



Jahresbericht 1998/99

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Impressum

ZEW Jahresbericht 1998/99
4. Jahrgang
ISSN 1434-4424
Dezember 1999

Herausgeber:

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim
L 7, 1 · D-68161 Mannheim

Postanschrift:
Postfach 10 34 43
D-68034 Mannheim

Telefon +49/(0)621/1235-01
Telefax +49/(0)621/1235-224
Internet www.zew.de

Präsident:

Prof. Dr. Wolfgang Franz

Kaufmännischer Direktor:
Ernst-O. Schulze

Redaktion: Barbara Knoth

Lay-out und Umbruch: Erich Dichiser

Fotos: Erich Dichiser (4)
Wolfgang Decker (2)
GES (10)

Druck: Karl Elser Druck GmbH,
75417 Mühlacker

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) ist ein Wirtschaftsforschungsinstitut mit Sitz in Mannheim, das 1990 auf Initiative der Landesregierung Baden-Württemberg, der Landeskreditbank Baden-Württemberg und der Universität Mannheim gegründet wurde und im April 1991 seine Arbeit aufnahm.

Wichtige Aufgabenstellungen des ZEW sind:

- ▷ Interdisziplinäre Forschung in praxisrelevanten Bereichen,
- ▷ Informationsvermittlung,
- ▷ Wissenstransfer und Weiterbildung.

Im Rahmen der Projektforschung werden weltwirtschaftliche Entwicklungen und insbesondere die mit der europäischen Integration einhergehenden Veränderungsprozesse erfaßt und in ihren Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft analysiert. Priorität besitzen Forschungsvorhaben, die für Wirtschaft und Wirtschaftspolitik praktische Relevanz aufweisen. Die Forschungsergebnisse werden sowohl im Wissenschaftsbereich vermittelt als auch über Publikationsreihen, moderne Medien und Weiterbildungsveranstaltungen an Unternehmen, Verbände und die Wirtschaftspolitik weitergegeben.

Jahresbericht 1998/99

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

An der Schwelle zum neuen Jahrhundert:	
Standortbestimmung und Perspektiven	1
Arbeitsschwerpunkte der Forschungs- und Servicebereiche	13
Berichte aus den Forschungsbereichen	
I. Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement	27
Projektübersicht	32
Laufende Projekte	33
Abgeschlossene Projekte	40
II. Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung	43
Projektübersicht	50
Laufende Projekte	52
Abgeschlossene Projekte	65
III. Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung	75
Projektübersicht	82
Laufende Projekte	84
Abgeschlossene Projekte	104
IV. Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft	117
Projektübersicht	122
Laufende Projekte	123
Abgeschlossene Projekte	129
V. Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement	137
Projektübersicht	144
Laufende Projekte	146
Abgeschlossene Projekte	154
Verbundprojekte und temporäre Arbeitsgruppen	
Laufende Verbundprojekte	165
Abgeschlossene Verbundprojekte	173
Temporäre Arbeitsgruppen	181

Berichte aus den Servicebereichen

Information und Kommunikation	186
Informationsdienste/Öffentlichkeitsarbeit	186
Konjunktur- und Brancheninformation	194
Mediendesign und Vertrieb	195
EDV-Service	196
Bibliothek	197
Wissenstransfer & Weiterbildung	199
Publikationen und Vorträge	
Externe und interne Veröffentlichungen	216
Vorträge	238
Weiterbildung, Beratung und Lehre	256
Wirtschaftspolitik aus erster Hand, Workshops	
Vortragsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand	268
ZEW-Workshops	270
Personal und Finanzen	278
Gremien und Außenbeziehungen	282
Organigramm	290

An der Schwelle zum neuen Jahrhundert: Standortbestimmung und Perspektiven

Hiermit legt das ZEW seinen Jahresbericht 1998/99 vor, der – bedingt durch die Umstellung des Rechnungsjahres auf den üblichen Jahresrhythmus – die Zeitspanne August 1998 bis Dezember 1999 umfasst. Nicht nur der Eintritt in das neue Jahrhundert gibt Anlass zur Standortbestimmung und Entwicklung von Perspektiven, sondern auch die Evaluation des ZEW durch den Wissenschaftsrat.

Die Evaluation des ZEW durch die Gutachtergruppe des Wissenschaftsrates fand im Dezember 1998 statt. Im Juli 1999 empfahl der Wissenschaftsrat dann auf der Grundlage des Bewertungsberichts die Aufnahme des ZEW in die „Blaue Liste“, das heißt in die Gruppe der Forschungsinstitute, welche vom Bund und vom jeweiligen Bundesland gemeinsam finanziert werden. Für das vergleichsweise sehr junge ZEW bedeutet diese Empfehlung eine hohe Auszeichnung seiner wissenschaftlichen Qualifikation, welche auch nicht durch die Tatsache beeinträchtigt wird, dass die praktische Umsetzung dieser Empfehlung aufgrund politischer Gegebenheiten noch einige Zeit auf sich warten lassen dürfte. Vielmehr können alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW in den Forschungs- und Servicebereichen sowie in der Verwaltung stolz auf das Erreichte sein. In diesem Zusammenhang möchten wir uns nachdrücklich für die von

vielen Seiten erfahrene Unterstützung sowie für die zahlreichen anerkennenden Worte und Glückwünsche bedanken.

Der Wissenschaftsrat hat einige Spezifika des ZEW besonders positiv bewertet, teilweise sogar als vorbildlich bezeichnet. Dazu gehört zunächst die allgemeine Feststellung, dass sich das ZEW seit seiner Gründung „zu einer der führenden Einrichtungen der anwendungsbezogenen empirischen Wirtschaftsforschung entwickelt“ habe. „Mit seinem Forschungsprofil und den bisher vorgelegten Arbeiten konnte sich das Institut sowohl als kompetenter Diskussionspartner innerhalb der Scientific Community wie auch als nachgefragter Anbieter für wirtschaftspolitische Beratungsleistungen etablieren. Das ZEW entspricht damit der Erwartung, dass qualifizierte wirtschaftspolitische Beratung stets eine hohe Qualität in der wissenschaftlichen Fundierung voraussetzt.“

Mit Blick auf die Publikationsaktivitäten konstatiert der Wissenschaftsrat: „... hinsichtlich der Qualität befinden sich eine Vielzahl von Arbeiten auf hohem, international konkurrenzfähigem Niveau. Der Anteil an Veröffentlichungen in referierten Fachzeitschriften ist, gemessen an der Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter, relativ hoch ... Hinsichtlich der Präsenz auf Fachtagungen nimmt das Institut eine Spitzenstellung ein.“ Besonders hervorgehoben werden die Be-

mühungen des ZEW um Forschungs Kooperationen: „Geradezu beispielhaft erscheint die Institution der ‚Forschungsprofessur‘. ... Damit werden die Vorteile universitärer und außeruniversitärer Forschung beispielhaft kombiniert.“

Schließlich lobt der Wissenschaftsrat die Bemühungen des ZEW um Weiterqualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: „Das Institut betreibt in engagierter Weise die Weiterqualifikation seines wissenschaftlichen Nachwuchses. Insbesondere die Maßnahmen im Rahmen des Qualifizierungsfonds, die es erlauben, jeden wissenschaftlichen Mitarbeiter im Rahmen seiner rund fünfjährigen Tätigkeit ein Jahr lang bei voller Bezahlung zur Fertigstellung seiner Dissertation oder Habilitationsschrift freustellen zu können, sind anzuerkennen.“

Diese überaus positive Bewertung der genannten Aspekte bedeutet zugleich eine Verpflichtung, auf diesem Weg weiter voranzuschreiten. Ganz allgemein gesprochen bedeutet dies als Richtschnur für die Strategie des ZEW, erst gar keinen Konflikt zwischen Forschungsaktivitäten und der Bearbeitung von Drittmittelprojekten entstehen zu lassen. Dies heißt zum einen, dass nach Möglichkeit jedes Drittmittelprojekt wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und in das wissenschaftliche Profil des ZEW passen sollte und zum anderen, dass sich jeder Wissenschaftler im ZEW bei der Akquisition und Bearbeitung von Drittmittelprojekten engagieren muss. Es darf auch nicht ansatzweise der Eindruck unterschiedlicher Wissenschaftlerkategorien vermittelt werden, nämlich die Forscher auf der einen Seite und die Einwerber von externen Projekten auf der anderen. Dies wäre für den inneren Zusammenhalt der Mitarbeiter und für die Reputation des ZEW eine verhängnisvolle Entwicklung; sie darf erst gar nicht aufkommen. Gewiss: Nicht jedes aktuell bedingte Drittmittelprojekt wird mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen verbunden sein. Aber:

Projekte und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlich fragwürdigem Fundament werden vom ZEW abgelehnt. Das ZEW ist ein unabhängiges wissenschaftliches Forschungsinstitut, welches seine Forschung in die wirtschaftspolitische Beratung und in die Öffentlichkeit einbringt und Fragestellungen von dort aufnimmt. Dies hat der Wissenschaftsrat ausdrücklich anerkannt und dabei muss es bleiben. Daher wird Projekten, die von Forschungsförderungsinstitutionen (wie etwa der Deutschen Forschungsgemeinschaft) finanziert werden – nach vorheriger intensiver und strenger wissenschaftlicher Begutachtung – weiterhin eine große Aufmerksamkeit zuteil. Der von solchen Einrichtungen finanzierte Drittmittelanteil lag beim ZEW für die vergangenen Jahre übrigens weit höher als bei den derzeitigen Wirtschaftsforschungsinstituten der „Blauen Liste“.

Zur Sicherung und Weiterentwicklung dieses wissenschaftlichen Qualitätsanspruchs hat das ZEW eine Reihe von Einrichtungen geschaffen, die es zu pflegen und gegebenenfalls auszubauen gilt:

- (i) An erster Stelle ist hier die Institution des „Forschungsprofessors“ zu nennen, welche – wie oben erwähnt – der Wissenschaftsrat als „geradezu beispielhaft“ bezeichnet hat. Das große Engagement dieser Hochschullehrer in der Akquisition und Leitung von Forschungsprojekten, meistens finanziert durch Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder anderer Forschungsförderungsinstitutionen, kann nicht hoch genug gewürdigt werden. Ihnen an dieser Stelle nachdrücklich Dank zu sagen, ist uns ein besonderes Anliegen. Dies gilt umso mehr, als die Forschungsprofessoren, auf eigene Anregung hin, zusätzlich eine aktive Rolle bei der wissenschaftlichen Begleitung der allgemeinen und forschungsbereichsspezifischen Konzeptionen des ZEW einnehmen wollen, ein Beitrag, der

aus Sicht des ZEW hochwillkommen ist. Vor diesem Hintergrund wird sich das ZEW sehr intensiv nicht nur auf die Pflege der bestehenden Kooperationen mit den Forschungsprofessoren konzentrieren, sondern sich zudem bemühen, weitere Hochschullehrer von in- und ausländischen Universitäten für eine Mitarbeit zu gewinnen. Sicherlich bedeutet für die Forschungsprofessoren ein solches Engagement in erster Linie eine zeitliche Belastung, die aus rein intrinsischen Motiven angenommen wird. Gleichwohl strebt das ZEW an, dass Forschungsprofessor am ZEW zu sein ein lohnendes Ziel für Wissenschaftler aus dem universitären Bereich darstellen müsste. Denn das ZEW kann neben seiner wissenschaftlichen Reputation eine vielfältige Unterstützung der jeweiligen Forschungsaktivität zur Verfügung stellen.

- (ii) Der Wissenschaftliche Beirat des ZEW hat sich bereits in der Vergangenheit um die Sicherung wissenschaftlicher Standards am ZEW außerordentlich verdient gemacht und zahlreiche Anregungen aus Wissenschaft und Praxis eingebracht. Dies hat auch der Wissenschaftsrat betont, und daher sind wir allen Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats zu großem Dank verpflichtet. Wie bei allen anderen Instituten hat der Wissenschaftsrat angeregt, dass der Beirat beim ZEW „in Zukunft auch eine systematische Evaluation aller Forschungsaktivitäten des ZEW vornehmen“ solle. Durch die Neuaufnahme von Persönlichkeiten mit hoher Reputation innerhalb und außerhalb des Wissenschaftsbereiches in den Wissenschaftlichen Beirat des ZEW sind beste Voraussetzungen für diese nunmehr begleitende Evaluation, die das ZEW nachdrücklich begrüßt, geschaffen worden. Angesichts der Tatsache, dass diese Tätigkeit ehrenamtlich

erfolgt, sollte das Problem der zeitlichen Belastung der Beiratsmitglieder nicht verkannt werden. Ganz allgemein: Die Forderung nach gutachterlicher, unentgeltlicher Tätigkeit insbesondere für Hochschullehrer, aber nicht nur für sie, wird immer breiter angelegt. Diesbezügliche Anfragen häufen sich seitens Stiftungen, Instituten, Universitäten, Zeitschriften etc. Solche Engagements einzufordern ist eine Sache, ihnen nachzukommen offenbar eine andere, die anscheinend als selbstverständlich betrachtet wird, mitunter von denselben Leuten, welche die Reputation von Hochschullehrern dann jedoch ziemlich eng an deren Publikationstätigkeit – natürlich ausschließlich in renommierten referierten Zeitschriften – festzumachen wünschen. Nur schwer kann man sich hier des Eindrucks einer nicht völlig konsistenten Argumentation erwehren. Anders herum wird ebenfalls ein Schuh daraus: Angesichts der wissenschaftlichen Evaluationen des ZEW durch den Wissenschaftlichen Beirat, die Forschungsprofessoren, die Forschungsförderinstitutionen (wie z. B. die DFG) und durch den Wissenschaftsrat (oder künftig durch die Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz) sowie der laufenden Kontrolle durch Aufsichtsrat, Wirtschaftsprüfer, Preisprüfungsstelle und die Rechnungshöfe des Landes und der EU kann sich das ZEW nicht beklagen, prüfungsmäßig vernachlässigt worden zu sein.

- (iii) Ein Garant für wissenschaftliche Standards stellt weiterhin die Erwartung des ZEW an jeden Wissenschaftler – von Funktionsstellen vielleicht abgesehen – dar, sich weiterzuqualifizieren, bei Universitätsabsolventen durch die Anfertigung einer Dissertation, bei promovierten Mitarbeitern durch weitere wissen-

schaftlich anspruchsvolle Publikationen, wenn möglich im Rahmen einer Habilitationsschrift. Diese Erwartung ist zwar bei einer Einstellungszusage als Verpflichtung anzusehen, wird indessen von den ZEW-Mitarbeitern nahezu ausnahmslos als Chance begriffen, mehr noch, die meisten Bewerber um eine Tätigkeit im ZEW machen diese Möglichkeit zur Weiterqualifikation zur Voraussetzung einer Zusage, ein Beschäftigungsangebot des ZEW zu akzeptieren. Das ist gut so, denn das ZEW will nur solche Personen, die sich wissenschaftlich weiterbilden wollen. An Wissenschaftlern ohne solche Ambitionen, die nur routinemäßig bestimmte Projekte bearbeiten, ist das ZEW nicht interessiert.

Dieser Anspruch des ZEW setzt allerdings voraus, dass das ZEW die Bedingungen für eine erfolgreiche Weiterqualifikation schafft. Dies ist die Aufgabe des bereits erwähnten Qualifizierungsfonds, den der Wissenschaftsrat ebenfalls außerordentlich positiv bewertet hat. Der Aufsichtsrat des ZEW hat auf Antrag der Geschäftsführung die für den Qualifizierungsfonds erforderlichen Mittel bereitgestellt. Um die wissenschaftliche Qualität der Arbeiten am ZEW und dessen Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, muss dieses bewährte und von anderen Institutionen als Vorbild anerkannte Modell unbedingt fortgeführt werden.

Nicht unerwähnt sollte in diesem Zusammenhang bleiben, dass das ZEW auch hier von der Kooperation mit Universitäten profitiert und auf diese angewiesen ist. Dankenswerterweise haben sich zahlreiche Hochschullehrer bereit erklärt, Dissertationen von ZEW-Mitarbeitern zu betreuen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Kooperation weiterhin erfolgreich fortgeführt werden kann, unbeschadet aller anerkanntswerten Bemühungen einiger Fakultäten, ein wissenschaftlich sehr ambitioniertes Promotionsstu-

dium verbindlich vorzuschreiben. Selbstverständlich sollen sich ZEW-Mitarbeiter im Rahmen ihrer Möglichkeiten einem solchen Promotionsstudium unterziehen. Dies aber so ausgestalten zu wollen, dass es praktisch nur dem eigenen Hochschullehrernachwuchs vorbehalten bleibt, wirft für wissenschaftliche Forschungsinstitute wie das ZEW und andere Wirtschaftsforschungsinstitute erhebliche Probleme auf und lässt sich mit den Forderungen des Wissenschaftsrates schwerlich in Einklang bringen.

Der Wissenschaftsrat hat sich des Weiteren ausführlich mit dem wissenschaftlichen Profil des ZEW beschäftigt. Er schreibt: „Mit seiner Konzentration auf die angewandte Mikroökonomie und Mikroökometrie und die Bearbeitung von international vergleichenden Fragestellungen im europäischen Kontext ist es dem Institut in überzeugender Weise gelungen, ein eigenes kohärentes Forschungsprofil zu entwickeln und sich durch die Fokussierung auf die Arbeitsfelder Industrieökonomik, Arbeitsmarktökonomik und Finanzmarktforschung thematisch von den anderen außeruniversitären Wirtschaftsforschungsinstituten abzugrenzen ... Die Europaorientierung als profilbildendes Merkmal des ZEW sollte dabei dahingehend präzisiert werden, dass der Schwerpunkt auf international vergleichenden mikroökonomisch und mikroökometrisch fundierten Arbeiten mit europäischen Bezügen liegen sollte. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Schärfung des wissenschaftlichen Profils notwendig und wünschenswert ... Die thematischen Abgrenzungen der Abteilungen sind gut gewählt, abteilungsübergreifende Fragestellungen wurden in den letzten Jahren im Rahmen von Verbundprojekten und zeitlich befristeten Arbeitsgruppen erfolgreich behandelt.“

Insgesamt betrachtet bewertet der Wissenschaftsrat mithin die Forschungskonzeption des ZEW sehr positiv, regt indessen eine weitere Schärfung des Profils an. Diese Ein-

schätzung ermutigt und verpflichtet, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen. In der Tat sollen die beiden Aspekte „mikroökonomische und mikroökonomische Ausrichtung“ und „Orientierung auf europäische Fragestellungen“ weiterhin die beiden konstitutiven Elemente des ZEW bleiben, wenn möglich in ihrer Bedeutung noch verstärkt werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Weiterentwicklung der Forschungsbereiche „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ und „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ zu thematisieren. Beim zuerst genannten Forschungsbereich geht es einmal um die Weiterentwicklung des bewährten „European Tax Analyzer“ im Hinblick auf die Einbeziehung von Personengesellschaften und grenzüberschreitenden Unternehmen und dessen Einbeziehung in Untersuchungen über das Investorenverhalten. Zum anderen ist die Neuausrichtung auf Fragen des internationalen Wettbewerbs der Systeme der Steuern und sozialen Sicherung unter Berücksichtigung von nationalen und europäischen Aspekten des Finanzföderalismus zu nennen.

Die konzeptionelle Fortführung dieses Forschungsbereichs reflektiert damit sowohl die europäische Komponente und nimmt zudem, soweit möglich, mikroökonomisch orientierte Fragestellungen auf. Erkennbar wird aber, dass es nicht bei jedem Projekt möglich sein wird, beide konstitutiven Elemente zugleich zur Geltung zu bringen, sei es, dass dies aufgrund des Fehlens international vergleichbarer Individualdatensätze (vorerst) nicht möglich ist, sei es, dass von der Fragestellung, die ihrerseits gut in das Forschungsprofil des ZEW passt, eine andere Methodik aussichtsreicher erscheint. Dies betrifft gleichermaßen den Umweltbereich. In der Umweltökonomik hat sich dieser Forschungsbereich insbesondere im Drittmittelbereich gut positioniert und er nimmt rege Stellung zu aktuellen umweltpolitischen Fra-

gen wie etwa Umweltsteuern, Betriebslaufzeiten von Kernkraftwerken oder internationale Klimaaspekte, um nur einige Beispiele zu nennen. Zusätzlich hat dieser Forschungsbereich mittlerweile eine Reihe von Anstrengungen zur konzeptionellen Weiterentwicklung unternommen, etwa hinsichtlich der Installation und Auswertung allgemeiner Gleichgewichtsmodelle zur Behandlung umweltpolitischer Probleme, die auf einigen Gebieten in diesem Forschungsbereich zu einer graduellen Umorientierung führen. Dies betrifft beispielsweise die Überprüfung – wie vom Wissenschaftsrat angeregt –, inwieweit Projekte zu „Umweltmanagement“-Themen vor dem Hintergrund der im Jahresbericht an anderer Stelle genauer dargelegten Fokussierung und Konzentration der Aktivitäten sinnvoll sind.

Diese wissenschaftlichen Aktivitäten des ZEW sind nicht nur im Gefolge der Evaluation durch den Wissenschaftsrat zu sehen, sondern ebenso vor dem Hintergrund eines verstärkten Wettbewerbs der Wirtschaftsforschungsinstitute. Bekanntlich beginnen immerhin drei konkurrierende Institute unter einer neu berufenen Leitung eine teilweise beachtliche wissenschaftliche Um- oder gar Neuorientierung auch auf Feldern, die das ZEW bearbeitet, wie etwa im Bereich der Arbeitsmarktforschung, teilweise als Reaktion auf einschlägige Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Der zunehmende Konkurrenzdruck ist insgesamt betrachtet – vor allem aus der Sicht des Steuerzahlers und der Drittmittelgeber – sicherlich erwünscht, bedeutet aber für alle Angehörigen des ZEW einen erhöhten Leistungsdruck. Denn wer aufhört, besser zu werden, hört bald auf, gut zu sein. Die positive Beurteilung durch den Wissenschaftsrat macht Mut und bietet gute Ausgangsbedingungen. Sich verstärkt anzustrengen ist nun das Gebot für das ZEW.

Neben den wissenschaftlichen Tätigkeiten im engeren Sinn hat sich das ZEW in zunehmendem Maße um die Vermittlung sei-

ner Forschungsergebnisse an die Öffentlichkeit bemüht. Zeugnis davon legen zum einen die zahlreichen, gut besuchten Weiterbildungsveranstaltungen ab, die der Servicebereich „Wissenstransfer und Weiterbildung“ des ZEW durchgeführt hat und zwar mit Unterstützung vornehmlich von ZEW-Mitarbeitern, aber zugleich von externen Referenten. Richtschnur für diese Weiterbildungsaktivitäten ist die Vermittlung von Forschungsergebnissen des ZEW und des Expertenwissens seiner Wissenschaftler.

Andere Themen kommen, falls erforderlich, vereinzelt hinzu. Damit bleibt der Charakter des ZEW als wissenschaftliches Forschungsinstitut gewahrt, welches allerdings auf die Vermittlung seines Wissens an die Öffentlichkeit Wert legt, ohne damit ein „Weiterbildungsunternehmen“ sein zu wollen. Zu diesen Aktivitäten gehört ebenfalls die Erstellung einer inhaltlich umfangreichen CD-ROM „Altersvorsorge KOMPETENT“. Mit ihr sollen Unternehmen und Privatpersonen angesprochen werden, wenn es um eine effiziente Sicherung von Einkünften im Rentenalter geht.

Das ZEW spricht die Öffentlichkeit ferner mit der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ und mit dem neu gegründeten ZEW-Wirtschaftsforum an. In der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ referierten im Jahr 1999 Herr Dr. Rolf-E. Breuer (Deutsche Bank) und der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Herr Dr. Werner Müller. Beide Vorträge stießen auf große Resonanz. Dies gilt ebenso für das ZEW-Wirtschaftsforum, welches erstmalig im Juni 1999 stattfand und für das als Hauptredner Herr Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing (Europäische Zentralbank) und Herr Karel Van Miert (seinerzeitiger EU-Kommissar für Wettbewerbsfragen) gewonnen werden konnten. Das ZEW-Wirtschaftsforum wurde ergänzt durch ein ZEW-Konjunkturforum unter Beteiligung hochkarätiger externer Experten – Dr. Heise (Chefvolkswirt der DG-Bank), Dr. Leibing

(Präsident des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg) und Dr. Schubert (Generaldirektor bei der EU-Kommission) – sowie eine Session „Wissenschaft für die Praxis“, in der praxisrelevante Projekte des ZEW zusammen mit den jeweiligen Kooperationspartnern vorgestellt wurden. Nach Aussagen der Teilnehmer ist das ZEW-Wirtschaftsforum sehr gut aufgenommen worden, sodass es im Jahr 2000 fortgesetzt werden soll.

Jüngere Nachwuchswissenschaftler aus dem In- und Ausland wurden erstmalig durch den „ZEW Summer Workshop“ angesprochen. Den gut 20 Doktoranden – unter Beteiligung von ZEW-Mitarbeitern – wurde Gelegenheit gegeben, Teile ihrer Dissertation in einem mehrtägigen Seminar vorzutragen und sich der Kritik und den Anregungen renommierter in- und ausländischer Gastwissenschaftler zu stellen. Zusätzlich boten diese Gastwissenschaftler – wie beispielsweise die Professoren Audretsch, Baltagi, Laisney, Nickell und Röller – in Form von Referaten Übersichten über neuere Entwicklungen auf speziellen Gebieten der Arbeits- und Industrieökonomik sowie der Panelökonomie. Die Resonanz auf diesen „ZEW Summer Workshop“ war durchweg positiv, in einzelnen Fällen kommen die beteiligten jungen Wissenschaftler in diesem Jahr für eine längere Zeitperiode ans ZEW. Auch im Jahr 2000 soll ein „ZEW Summer Workshop“ abgehalten werden, diesmal unter finanz- und umweltpolitischen Fragestellungen.

Alle Aktivitäten des ZEW wären ohne die Unterstützung einer gut funktionierenden Verwaltung so nicht möglich. Als ob dies selbstverständlich wäre, erfolgt diese Tätigkeit weit über das normale Pensum hinaus in effizienter Weise.

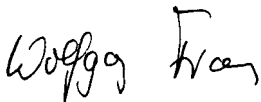
Unser schließlicher, aber nicht letzter Dank gilt dem Förderkreis des ZEW. Ohne ihn wäre die Anschubfinanzierung einer Reihe von Projekten sehr schwierig, wenn nicht unmöglich gewesen. Dies betrifft hauptsächlich, aber nicht ausschließlich, das interdis-

zipliniäre Forschungsprojekt über Entgeltflexibilisierung, welches mittlerweile mit beträchtlichen Mitteln von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert wird. Daneben gewährt der Förderkreis eine großzügige Unterstützung einiger Veranstaltungen des ZEW, wie beispielsweise der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“.


Zu guter Letzt: Natürlich ist Wissenschaft zu betreiben eine ernste Angelegenheit, auch am ZEW. Dies sollte aber den Blick nicht darauf verstellen, dass diese Tätigkeit zudem Spaß machen kann, gerade am ZEW. Das gute Betriebsklima bei uns manifestiert sich an vielen Alltäglichkeiten, am sichtbarsten aber

beim Sommer- und Weihnachtsfest und wenn es ans Abschiednehmen geht, um zu neuen beruflichen Perspektiven aufzubrechen, was in der Regel mit ein wenig Wehmut verbunden ist – von beiden Seiten. Wie gern lauscht man den Alumni, wenn sie beim Treffen des im letzten Jahr gegründeten „Clubs der Ehemaligen des ZEW“ mit heiterer Melancholie über ihre Zeit am ZEW plaudern. Und als ob es noch eines zusätzlichen Beweises für die harmonische Stimmung am ZEW bedurft hätte, so ist eine Vermählung zweier ZEW'ler miteinander zu vermelden, mit nochmaligem herzlichem Glückwunsch für das Wohl der nunmehrigen Familie!

Mannheim, im Januar 2000



Prof. Dr. Wolfgang Franz



Ernst-O. Schulze



ZEW Wirtschaftsforum 1999: ehem. EU-Kommissar Karel Van Miert bei seinem Vortrag (oben links); EZB-Chef-Volkswirt Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmар Issing im Gespräch mit ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz (oben rechts); die Teilnehmer der Podiumsdiskussion (Mitte); voll besetztes Auditorium beim ZEW Wirtschaftsforum (unten links); Prof. Issing und ZEW-Gründungsdirektor Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König (unten rechts).



Bundeswirtschaftsminister Dr. Werner Müller spricht bei der ZEW-Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ (oben);

Dr. Müller und Prof. Franz während der Diskussion anschließend an den Vortrag (Mitte);

Dr. Müller mit der Geschäftsführung des ZEW, Prof. Franz und Ernst-O. Schulze (unten).





Dr. Rolf-E. Breuer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank AG, spricht bei der ZEW-Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ (links);

Gerhard Stratthaus, Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, bei seinem Besuch am ZEW mit der Geschäftsführung des ZEW (rechts);

Dr. Manfred Fuchs, Vorsitzender des Förderkreises Wissenschaft und Praxis am ZEW e.V., im Gespräch mit der Geschäftsführung des ZEW (unten).





oben: Pressekonferenz anlässlich des positiven Gutachtens durch den Wissenschaftsrat, von rechts: Ministerialdirektor Rudolf Böhler, Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg, Prof. Dr. Manfred Timmermann, Vorsitzender des ZEW-Aufsichtsrats und die Geschäftsführung des ZEW;

rechts: ZEW-Stand bei der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 1999 in Mainz;



unten: Vernissage im ZEW mit Werken der Künstler Eberhard Fiebig und Wolfgang Thies (1. und 2. von links), Nicole König (5. von links), und Jens Trimpin (2. von rechts).





Die Teilnehmer am ZEW Summer Workshop 1999 (oben);
Treffen des „Clubs der Ehemaligen“ des ZEW im Juni 1999 (unten).



Arbeitsschwerpunkte der Forschungs- und Servicebereiche

1998/99

Jahresbericht

Arbeitsschwerpunkte der Forschungs- und Servicebereiche

Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement

Forschungsbereichsleiter: Dr. Michael Schröder

- ▶ Europäische Integration
(Dr. Friedrich Heinemann)
 - ▷ Auswirkungen der Osterweiterung der EU
 - ▷ Ökonomische Analyse der Finanzmarktentwicklung in den osteuropäischen Staaten
 - ▷ Kapitalmarkteffekte der Europäischen Währungsunion
 - ▷ Wirtschaftspolitische und makroökonomische Entwicklungen innerhalb der EWU
 - ▷ Europäisches Bank- und Börsenwesen

- ▶ Analyse von Kapitalmärkten
(Dr. Peter Westerheide)
 - ▷ Monatliche Befragung von Finanzmarktexperten
(ZEW-Finanzmarkttest, G-Mind, ECB-Watch)
 - ▷ Analyse der Erwartungsbildung auf Kapitalmärkten
 - ▷ Corporate Governance
 - ▷ Theoretische und empirische Analyse stochastischer Prozesse von Finanzinstrumenten
 - ▷ Statistische Methoden für Anwendungen in der Kapitalmarktanalyse

- ▶ Finanzmanagement
(Dr. Michael Schröder)
 - ▷ Risikomanagement in Finanzinstituten
 - ▷ Risikomessung
 - ▷ Analyse und Prognose von Insolvenz- und Kreditrisiken
 - ▷ Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten
 - ▷ Venture-Capital-Finanzierung
 - ▷ Kapitalgedeckte Altersvorsorge
 - ▷ Immobilienfinanzierung

Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Forschungsbereichsleiter: Dr. Viktor Steiner

- ▶ Ungleichgewichte und Anpassungsprozesse auf Arbeitsmärkten
(Ralf-Henning Peters)
 - ▷ Erscheinungsformen und Ursachen von Ungleichgewichten auf Arbeitsmärkten
 - ▷ Lohnstruktur und -flexibilität
 - ▷ Arbeitszeitflexibilisierung
 - ▷ Mobilitätsprozesse zum Abbau von „Mismatch“ auf Arbeitsmärkten
 - ▷ Unternehmensgründungen und Beschäftigungsdynamik

- ▶ Humankapital und betriebliche Personalpolitik
(Dr. Thomas Zwick)
 - ▷ Individuelle und betriebliche Aus- und Weiterbildungsentscheidungen
 - ▷ Private und soziale Erträge von Humankapitalinvestitionen
 - ▷ Berufliche Mobilitätsprozesse
 - ▷ Betriebliche Entlohnungssysteme
 - ▷ Produktivitätseffekte der betrieblichen Arbeitsorganisation

- ▶ Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik
(Dr. Viktor Steiner)
 - ▷ Arbeitsmarktpolitik im internationalen Vergleich
 - ▷ Mikroökonomische Evaluationsstudien
 - ▷ Kosten und gesamtwirtschaftliche Effekte aktiver Arbeitsmarktpolitik
 - ▷ Modellinstrumentarium zur Analyse aktiver Arbeitsmarktpolitik

- ▶ Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt
(Hermann Buslei)
 - ▷ Arbeitsanreizeffekte der sozialen Sicherung
 - ▷ Verteilungseffekte und fiskalische Kosten sozialpolitischer Maßnahmen
 - ▷ Finanzierung der sozialen Sicherung, internationale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung
 - ▷ Alterssicherung im demografischen Wandel
 - ▷ Ökonomie und Kriminalität

Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung

Forschungsbereichsleiter: Dr. Georg Licht

- ▶ Innovationsforschung und Innovationspolitik
(Dr. Nobert Janz, Dr. Georg Licht, Jürgen Egel)
- ▷ Bestimmungsfaktoren unternehmerischen Innovationsverhaltens
- ▷ Indikatoren und Messung der Innovationstätigkeit
- ▷ Innovationsaktivitäten in kleinen und mittleren Unternehmen
- ▷ Innovationspolitik
- ▷ Internationalisierung der Innovationstätigkeit
- ▷ Forschungsinfrastruktur und Technologietransfer
- ▷ Evaluation von Forschungs- und Technologiepolitik

- ▶ Unternehmensdynamik
(Jürgen Egel, Dr. Max Keilbach)
- ▷ Unternehmensgründungen
- ▷ Insolvenzen und Überleben von Unternehmen
- ▷ Determinanten des Unternehmenswachstums
- ▷ Evaluation von Gründungsförderung
- ▷ Beteiligungskapitalmärkte
- ▷ Entwicklungsszenarien für Märkte und Regionen
- ▷ Infrastrukturprojekte

- ▶ Unternehmensstrategien
(Dr. Thomas Cleff, Marian Beise)
- ▷ Internationalisierung der Beschaffungsmärkte
- ▷ Absatzmarktanalysen
- ▷ Markteinführung innovativer Produkte

- ▶ Datenbanken
- ▷ Mannheimer Unternehmenspanel (Dr. Georg Licht)
- ▷ Gründungspanel-Westdeutschland (Helmut Fryges)
- ▷ Gründungspanel-Ostdeutschland (Dirk Engel)
- ▷ Gründungen Österreich (Jürgen Egel)
- ▷ Mannheimer Innovationspanels Verarbeitendes Gewerbe und Dienstleistungen
(Dr. Nobert Janz)
- ▷ Mannheimer Regionenmonitor (Jürgen Egel)
- ▷ Dienstleistungskonjunktur (Ulrich Kaiser)

Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft

Forschungsbereichsleiter: PD Dr. Robert Schwager

- ▶ Unternehmenssteuerbelastung, steuerlicher Standortvergleich und steuerlicher Vergleich der Rechtsformen
(Tobias H. Eckerle, Michael Gröschel)
- ▷ Internationaler Vergleich von Steuerbelastungen
- ▷ Ökonomische Auswirkungen und Quantifizierung von Steuerreformmaßnahmen
- ▷ Rechtsformneutrale Besteuerung
- ▷ Besteuerung international operierender Unternehmen

- ▶ Steuern, Investitionen und Finanzierung
(Timm Körting, Fred Ramb)
- ▷ Auswirkungen von Steuerreformen auf Investition und Innovation
- ▷ Möglichkeiten und Probleme einer steuerlichen Investitionsförderung
- ▷ Finanzierungsstrukturen von kleinen und mittleren Unternehmen
- ▷ Bankenregulierung

- ▶ Fiskalwettbewerb und Föderalismus
(Dr. Thiess Büttner)
- ▷ Fiskalpolitisches Entscheidungsverhalten im Standortwettbewerb
- ▷ Steuerwettbewerb in der EU
- ▷ Finanzausgleich und Koordination der Fiskalpolitik in der EU
- ▷ Wettbewerb der Sozialversicherungssysteme

Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement

Forschungsbereichsleiter: Dr. Christoph Böhringer

- ▶ Innovationen und nachhaltiges Wirtschaften
(Dr. Klaus Rennings)
 - ▷ Regeln, Indikatoren und Strategien für nachhaltiges Wirtschaften
 - ▷ Determinanten und Wirkungen umweltorientierter Innovationen
 - ▷ Umweltorientierte Innovationssysteme

- ▶ Energiewirtschaft
(Wolfgang Bräuer, Isabel Kühn)
 - ▷ Nationale und europäische Ordnungsrahmen der Energiemärkte
 - ▷ Zielfindung und Instrumentenwahl bei der Energiepolitik
 - ▷ Erneuerbare Energien und externe Kosten

- ▶ Transport und Mobilität
(Sigurd Weinreich)
 - ▷ Ökologische und sozio-ökonomische Auswirkungen der verschiedenen Verkehrssysteme – Bewertung externer Kosten des Verkehrs
 - ▷ Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung im Verkehr
 - ▷ Konjunkturbarometer für die deutsche und grenzüberschreitende Transportwirtschaft

- ▶ Internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik
(Dr. Karl Ludwig Brockmann)
 - ▷ Institutionalisierung von Umwelt- und Ressourcenpolitik auf internationaler Ebene
 - ▷ Zielkonflikte mit internationalen Handels- und Investitionsordnungen
 - ▷ Klimapolitik und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen

- ▶ Gesamtwirtschaftliche Analyse umweltrelevanter Politiken
(Dr. Christoph Böhringer)
 - ▷ Ausgestaltung und Entwicklung umwelt- und wirtschaftspolitischer Instrumente
 - ▷ Makroökonomische und sektorale Effekte nationaler und internationaler Umweltpolitik – Effizienz- und Verteilungsanalyse, Wettbewerbseffekte
 - ▷ Umweltwirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen

Information und Kommunikation

Koordination: Ernst-O. Schulze

- ▶ Informationsdienste und Öffentlichkeitsarbeit
(Gunter Grittmann)
 - ▷ Wirtschaftsredaktion
 - ▷ Publikationen/Informationsmaterial: Redaktion, Lektorat, Editing
 - ▷ Internet (inhaltliche Koordinierung)
 - ▷ Bearbeitung von Anfragen
 - ▷ Pressearbeit
 - ▷ PR-Veranstaltungen

- ▶ Konjunktur- und Brancheninformation
(Dr. Herbert S. Buscher)
 - ▷ Konjunkturanalyse für Deutschland
 - ▷ Auslandskonjunktur mit Schwerpunkt EU
 - ▷ Allgemeine Brancheninformationen

- ▶ Mediendesign und Vertrieb
(Erich Dichiser)
 - ▷ Weiterentwicklung Corporate Design
 - ▷ Design von gedruckten und elektronischen Medien
 - ▷ Produktion im Pre-Print-Bereich, Auftragsvergabe
 - ▷ Vertrieb von Publikationen und Informationsmaterial
 - ▷ Verwaltung der Vertriebsdatenbank
 - ▷ Messen und Ausstellungen

- ▶ EDV-Service
(Andreas Michelfeit)
 - ▷ Netzwerk-/Servermanagement
 - ▷ Benutzerservice
 - ▷ Internetdienste: FTP, Mail und www-Betreuung
 - ▷ EDV-Mitarbeiterschulung

- ▶ Bibliothek
(Sabine Staf)
 - ▷ Bibliotheksbetrieb/Benutzerservice
 - ▷ Sammlung, Nachweis und Nutzbarmachung wirtschaftswissenschaftlicher Literatur und Medien
 - ▷ Archivierung und Nachweis der ZEW-Publikationen
 - ▷ Literatur- und Datenbankrecherchen
 - ▷ Recherche-Schulungen für ZEW-Mitarbeiter

Wissenstransfer & Weiterbildung

Koordination: Ernst-O. Schulze

- ▶ Expertenseminare
(Dr. Sonja Kurz)
- ▶ Spezifische Weiterbildung für Unternehmen und Institutionen
(Lothar Weinland)
- ▶ Qualifikation ausländischer Führungskräfte
(Barbara Hey)
- ▶ Elektronischer Wissenstransfer
(Jürgen Fend)

ZEW-Publikationen



ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW (Monographien und Sammelbände, unregelmäßig)



ZEW Economic Studies (Unregelmäßig erscheinende Schriftenreihe)



Schriftenreihe Umwelt- und Ressourcenökonomik (unregelmäßig erscheinende Monographien)



EUMagazin (erscheint 10 x im Jahr)



Monatliche Fachzeitschriften, Newsletter und Fachbulletine

Subventionierung der Sozialbeiträge: Wenig effektiv und teuer

Die Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge wird generell als wichtige Maßnahme zur Stärkung der Arbeitslosigkeit angesehen. Dennoch ist die Wirkung dieser Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt nur begrenzt zu erwarten. Dies wird durch die Ergebnisse der ZEW-Studie bestätigt.

Die Studie zeigt, dass die Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge nur zu einer geringfügigen Erhöhung der Beschäftigung führt. Dies ist auf die geringe Flexibilität des Arbeitsmarktes zurückzuführen. Die Studie zeigt, dass die Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge nur zu einer geringfügigen Erhöhung der Beschäftigung führt. Dies ist auf die geringe Flexibilität des Arbeitsmarktes zurückzuführen.

Veränderung Beschäftigung (in Tausend)	
Gesamtbeschäftigung	1.200
Produktionsberufstätige	1.100
Nichtproduktionsberufstätige	100
Produktionsberufstätige (Männer)	1.050
Produktionsberufstätige (Frauen)	50
Nichtproduktionsberufstätige (Männer)	70
Nichtproduktionsberufstätige (Frauen)	30
Produktionsberufstätige (Männer)	1.000
Produktionsberufstätige (Frauen)	50
Nichtproduktionsberufstätige (Männer)	70
Nichtproduktionsberufstätige (Frauen)	30

ZEWnews (erscheint 10 x im Jahr)



English edition

Monatliche Fachzeitschriften, Newsletter und Fachbulletine

Experts Favour More ECB Transparency

It is not an efficient monetary financial markets. More is the probability, and the result of the ECB's monetary policy. The result of the ECB's monetary policy is not as efficient. This is also likely to be a result of the ECB's monetary policy.

The ECB's monetary policy is not as efficient. This is also likely to be a result of the ECB's monetary policy. The ECB's monetary policy is not as efficient. This is also likely to be a result of the ECB's monetary policy.

The ECB's monetary policy is not as efficient. This is also likely to be a result of the ECB's monetary policy. The ECB's monetary policy is not as efficient. This is also likely to be a result of the ECB's monetary policy.

ZEWnews English Edition (erscheint vierteljährlich)



Monatliche Fachzeitschriften, Newsletter und Fachbulletine

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland 2000

Die Konjunktur in Deutschland hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Konjunktur zurückzuführen. Die Konjunktur in Deutschland hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Konjunktur zurückzuführen.

Die Konjunktur in Deutschland hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Konjunktur zurückzuführen. Die Konjunktur in Deutschland hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Konjunktur zurückzuführen.

Die Konjunktur in Deutschland hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Konjunktur zurückzuführen. Die Konjunktur in Deutschland hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Konjunktur zurückzuführen.

ZEW Konjunkturreport (erscheint vierteljährlich)



Monatliche Fachzeitschriften, Newsletter und Fachbulletine

Stromerzeugung in den Brixen

Die Stromerzeugung in den Brixen hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Stromerzeugung zurückzuführen. Die Stromerzeugung in den Brixen hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Stromerzeugung zurückzuführen.

Die Stromerzeugung in den Brixen hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Stromerzeugung zurückzuführen. Die Stromerzeugung in den Brixen hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Stromerzeugung zurückzuführen.

Die Stromerzeugung in den Brixen hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Stromerzeugung zurückzuführen. Die Stromerzeugung in den Brixen hat sich im Jahr 2000 weiter verbessert. Dies ist auf die Erholung der Stromerzeugung zurückzuführen.

ZEW Finanzmarktreport (erscheint monatlich)



ZEW Branchenreport Dienstleistungen (erscheint vierteljährlich)



ZEW Branchenreport Innovationen (erscheint je Branche jährlich)



ZEW Dokumentationen (erscheinen unregelmäßig)



ZEW Discussion Paper (erscheinen unregelmäßig)

Berichte aus den Forschungsbereichen

1998/99

Jahresbericht

I. Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement

Es ist das Ziel des Forschungsbereichs, aktuelle volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Problemstellungen, die im Zusammenhang mit Finanzmärkten stehen, zu bearbeiten und einer Lösung zuzuführen. Bei zahlreichen Themen sind die makro- und mikroökonomischen Elemente eng miteinander verzahnt, wie z. B. bei der Gestaltung einer ökonomisch sinnvollen Regulierung von Markt- und Kreditrisiken. Die Forschungsprojekte sind im Allgemeinen sowohl theoretisch als auch empirisch ausgerichtet. Hinsichtlich der dabei angewandten empirischen Methodik dominieren ökonometrische Verfahren, die zum Teil speziell weiterentwickelt werden.

Bei der inhaltlichen Ausrichtung der Forschungsprojekte gibt es eine Differenzierung zwischen grundfinanzierten und durch Drittmittel finanzierten Projekten. Die meisten Drittmittelprojekte dienen schwerpunktmäßig der wirtschaftspolitischen oder unternehmerischen Beratung. Die grundfinanzierten Projekte sowie die von Forschungsstiftungen finanzierten Drittmittelprojekte sind zwar ebenfalls häufig anwendungsorientiert, widmen sich aber stärker der Lösung grundsätzlicher ökonomischer Fragestellungen oder der methodischen Weiterentwicklung.

Regelmäßig stattfindende wissenschaftliche Konferenzen und Weiterbildungsseminare sowie eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dienen dem intensiven Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis.

Wichtige Impulse für neue Forschungsthemen ergeben sich unter anderem aus der aktuellen nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik. Zu nennen sind hier insbesondere die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, die geplante Osterweiterung der Europäischen Union sowie die Libe-

ralisierung der Finanzmärkte, die in den vergangenen Jahren zu weit reichenden Veränderungen der internationalen Banken- und Börsenlandschaft geführt hat. Einige der deutlich spürbaren Folgen sind der zunehmende Konzentrationsprozess der Finanzinstitute und die Steigerung des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Börsenplätzen.

Neue Regulierungsvorschläge und der erhöhte Wettbewerbsdruck führen weiterhin zu erheblichen Veränderungen im Risikomanagement der Banken. Insbesondere bei der Kontrolle und Steuerung von Kreditrisiken wird sich in der näheren Zukunft eine Neugestaltung der Methoden und der organisatorischen Prozesse ergeben. Dabei wird der schon weiter fortgeschrittene Bereich des Managements von Marktrisiken als Vorbild dienen. Die Lehren aus der Währungs- und Finanzkrise in Südostasien könnten in den nächsten Jahren ebenfalls zu weiteren Veränderungen bei der Risikokontrolle und der Regulierung der Kreditrisiken internationaler Banken führen.

Die Liberalisierung des Strommarktes in Deutschland hat Mitte 1999 zur Gründung einer Strombörse geführt und damit ein neues Forschungsthema im Bereich der Finanzmärkte aufgestellt. Mit der Errichtung einer Strombörse wird der Börsenhandel auf einen Bereich ausgedehnt, bei dem die Preisbildung bislang stark reguliert war. Ähnliche Entwicklungen könnten sich auch beim Handel mit Emissionszertifikaten und bei der Allokation von Zeiteinheiten im liberalisierten Telekommunikationsmarkt ergeben. Ein weiterer wirtschaftspolitisch induzierter Einflussfaktor im Finanzmarktbereich zeichnet sich mit der anstehenden Reform der staatlichen Altersvorsorge ab, die in Zukunft weltweit zu einem wesentlich größeren Teil als

bisher auf privaten Kapitalanlagen beruhen dürfte. Dies könnte die volkswirtschaftliche Bedeutung von Finanzmärkten ganz erheblich erhöhen.

Damit sind nur einige der wichtigsten Themen angesprochen, die bereits heute und noch stärker in Zukunft im Bereich der Finanzmarktforschung anzusprechen sind. Sie sind damit auch wichtige Gebiete, denen sich der Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement zu widmen hat.

Zur effizienten Bearbeitung der oben angesprochenen Fragestellungen wird die Forschungsarbeit in drei Schwerpunkte eingeteilt: Europäische Integration, Analyse von Kapitalmärkten und Finanzmanagement.

Forschungsschwerpunkt „Europäische Integration“

Im Forschungsschwerpunkt Europäische Integration werden Projekte bearbeitet, die relativ stark makroökonomisch oder wirtschaftspolitisch ausgerichtet sind. Die Projekte beziehen sich im Wesentlichen auf europaweite Entwicklungen, die in direktem Zusammenhang mit Kapitalmärkten stehen, wie z. B. die Auswirkungen der Osterweiterung der EU auf die Kapitalmärkte der Beitrittskandidaten.

In den letzten Jahren bezogen sich die Projekte vor allem auf die makroökonomische Analyse der Auswirkungen der Europäischen Währungsunion. In einem abgeschlossenen Projekt wurde herausgefunden, dass die Zinspolitik in der Vergangenheit signifikant zur Konvergenz der konjunkturellen Entwicklungen innerhalb der EU beigetragen hat. Dies gilt allerdings nur bis Mitte der Achtzigerjahre. Im Zeitraum danach dominierte die Geldpolitik der Deutschen Bundesbank, und eine eigenständige Geldpolitik der anderen europäischen Staaten fand immer weniger statt. Die Aufgabe der geldpolitischen Souveränität für die an der Europäischen Währungsunion teilnehmenden Län-

der dürfte damit keinen großen Verlust darstellen. Außerdem zeigte sich in den empirischen Analysen, dass in der Währungsunion eine Steigerung der Mobilität von Kapital zu erwarten ist. Dies dürfte die Kohärenz zwischen den Teilnehmerstaaten weiter erhöhen. Die Analyse der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und deren Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung wird auch in Zukunft ein Forschungsthema sein.

In einem von der DFG geförderten Projekt wird der Frage nachgegangen, ob von Kapitalmärkten eine wirkungsvolle Kontrolle öffentlicher Verschuldung ausgeht. Die Idee ist, dass eine höhere Verschuldung der einzelnen Staaten über schlechtere Ratings zu Risikozuschlägen bei öffentlichen Anleihen führt. Diese Risikozuschläge erhöhen die Kosten für die öffentliche Hand und setzen damit Anreize zu einer Verminderung öffentlicher Kreditaufnahme. Inwieweit diese Anreize tatsächlich vorhanden sind und ob sie eine stärkere Wirkung ausüben, steht im Mittelpunkt dieser Studie. Besondere Berücksichtigung bei den wirtschaftspolitisch relevanten Schlussfolgerungen finden die Bedingungen, die innerhalb der Europäischen Währungsunion bestehen. Die bisherige Analyse im Rahmen des Projekts hat beispielsweise gezeigt, dass in einer Währungsunion ein stärkerer Anreiz zur Verschuldung besteht, weil eine übermäßige nationale Verschuldung nicht mehr durch eine Abwertung der nationalen Währung bestraft werden kann.

Ein Themenbereich, der in Zukunft noch weiter ausgebaut wird, ist die Osterweiterung der EU und ihre Auswirkungen auf die europäischen Finanzmärkte. Derzeit befindet sich ein Projekt in der Abschlussphase, das die Effekte eines EU-Beitritts auf die Kapitalmärkte der Beitrittskandidaten Estland, Polen, Slowenien, Tschechien und Ungarn untersucht. Im ersten Teil dieses Projektes wird eine umfassende Bestandsaufnahme der Organisationsstrukturen und der auf-

sichtsrechtlichen Regelungen der Aktien- und Anleihemärkte durchgeführt. Außerdem werden die Effizienz der Aktienmärkte der Beitrittskandidaten sowie ihre kurz- und langfristigen Zusammenhänge mit westlichen Aktienmärkten anhand statistischer Verfahren analysiert. Der zweite Teil des Projektes widmet sich den Auswirkungen auf die Kapitalmärkte, die sich aus der Übernahme des Acquis Communautaire, also den gemeinschaftlichen Regeln der Europäischen Union, ergeben. Dabei stehen die zukünftigen Entwicklungen der Finanzmarktinstitutionen und die Bedeutung der Kapitalmärkte für die osteuropäischen Volkswirtschaften im Mittelpunkt. Die Analysen sollen in Zukunft auf weitere osteuropäische Staaten ausgedehnt werden. Ein neues Forschungsprojekt wird die Wirkungen der Europäischen Währungsunion auf die räumliche Allokation von Realkapital und die wirtschaftliche Entwicklung im Gebiet der EWU untersuchen.

Forschungsschwerpunkt

„Analyse von Kapitalmärkten“

Im Zentrum dieses Forschungsschwerpunktes stehen derzeit drei Problembereiche: die theoretische und empirische Untersuchung der Erwartungsbildung auf Kapitalmärkten, die Analyse der stochastischen Prozesse der Preise von Finanzinstrumenten sowie der Bereich Corporate Governance. Damit umfasst dieser Forschungsschwerpunkt sowohl die quantitative Untersuchung der Eigenschaften von Kapitalmarktpreisen als auch die Analyse von Institutionen und institutionellen Regelungen.

Vor kurzem wurden zwei Projekte aus diesem Forschungsschwerpunkt abgeschlossen. Ein Projekt befasste sich mit der Bewertung von Aktienoptionen unter der Annahme, dass die Volatilität einem bestimmten stochastischen Prozess (GARCH-Prozess) folgt. Ein zentraler Teil des Projektes war die empirische Analyse der Volatilität von Aktien und der impliziten Volatilität von Aktienoptionen,

die sich mit Hilfe der Black-Scholes-Formel berechnen lässt. Die gefundenen Resultate für die Modellierung stochastischer Volatilität wurden auf die Bewertung von Aktienoptionen erfolgreich angewandt und können der Verbesserung der Optionsbewertung in der Praxis dienen.

Im Bereich Corporate Governance wurde Mitte 1999 ein Projekt abgeschlossen, das die Auswirkungen der zunehmenden Bedeutung institutioneller Anleger auf Aktienmärkten in Bezug auf die zukünftige Rolle von Corporate Governance untersuchte. Hier zeigt sich, dass die Aktienmärkte von institutionellen Investoren in stärkerem Maße als bisher als Vehikel der Unternehmenskontrolle und für eine Einflussnahme auf das Management genutzt werden dürften. Der Forschungsbereich wird sich in einem aktuellen sowie in weiteren zukünftigen Projekten auf die Analyse der Corporate-Governance-Strukturen und ihrer Ursachen in West- und Osteuropa konzentrieren. Die Untersuchungen stützen sich vor allem auf die Analyse von Unternehmensdaten mit mikroökonomischen Verfahren.

Auch bei der Analyse der Erwartungsbildung auf Kapitalmärkten werden hauptsächlich mikroökonomische Schätzverfahren eingesetzt. Die seit 1992 monatlich durchgeführte ZEW-Finanzmarktumfrage hat zu einem umfangreichen Bestand an originären Erwartungsdaten geführt. Die Erwartungen beziehen sich auf die zukünftige Entwicklung von internationalen Aktienmärkten, Zinsen und Währungen sowie auf wichtige makroökonomische Variablen (gesamtwirtschaftliches Wachstum und Inflation). Untersuchungen zu Einflussfaktoren von Wechselkursbewertungen haben beispielsweise gezeigt, dass insbesondere die Einschätzung der zukünftigen ausländischen Konjunktur die Einschätzung künftiger Wechselkursänderungen beeinflusst.

In einem weiteren Projekt, das sich mit der theoretischen Begründung empirisch er-

mittelter stochastischer Prozesse von Aktienkursen befasst, spielen ebenfalls Erwartungen eine große Rolle. Im ersten Schritt wird der Zusammenhang zwischen Erwartungen und Aktienkursen untersucht. Im anschließenden zweiten Teil werden Nutzenfunktionen ermittelt, die einen empirisch beobachteten Zusammenhang zwischen Erwartungen und Aktienkursen theoretisch fundieren. Damit wird eine wichtige Lücke zwischen der theoretischen und der empirischen Kapitalmarktforschung geschlossen.

Ein neues Forschungsfeld eröffnet sich durch die Liberalisierung der europäischen Energiemärkte und den Börsenhandel mit Strom. Mitte 1999 wurde in Frankfurt am Main die European Energy Exchange (EEX) gegründet. Die EEX ist eine Börse für den Terminhandel mit Strom. Ein Spotmarkt soll im Laufe des Jahres 2000 entstehen. Aus Sicht der Finanzmarktforschung ergibt sich mit der angestrebten europaweiten Vernetzung des Strommarktes und dem börsenmäßigen Handel eine interessante neue Warenbörse, die Aspekte klassischer Wertpapier- und Warenbörsen kombiniert. Der zentrale Unterschied in Bezug auf Bewertungsfragen liegt in der fehlenden Lagerbarkeit von Strom. Neben der institutionellen Ausgestaltung einer Strombörse wird vor allem die Bewertung und Ausgestaltung der gehandelten Produkte Gegenstand künftiger Forschungsprojekte sein. Die dabei erzielten Resultate könnten z. B. auch für den in Zukunft möglichen Börsenhandel von Emissionszertifikaten im Rahmen der Umweltpolitik nützlich sein.

Forschungsschwerpunkt „Finanzmanagement“

Ein zentrales Themengebiet des Forschungsschwerpunktes Finanzmanagement ist das Risikomanagement in Finanzinstituten. Am Beginn standen Projekte, die sich vor allem mit der Messung des Marktrisikos von Kapitalanlagen beschäftigten. Sowohl in der Forschung als auch in der Bankpraxis ist inzwi-

schon das Management von Kreditrisiken in den Vordergrund gerückt. Zusätzlich zur Übernahme und Anpassung von Konzepten aus dem Bereich des Marktrisikos ergeben sich auch zahlreiche spezifische Fragestellungen.

In einem kurz vor dem Abschluss stehenden Forschungsprojekt wird der Frage nachgegangen, wie gut die bankinternen Ratings Kreditausfälle vorhersagen können und wie sich die Ratings verbessern lassen. Besondere Beachtung finden dabei eine entscheidungstheoretische Sichtweise und die Aufhebung von konzeptimmanenten Verzerrungen, die beispielsweise dadurch entstehen, dass die Vorhersagegenauigkeit bei abgelehnten Kreditanträgen bislang nicht in ein statistisch fundiertes Entscheidungskalkül eingegangen ist. Die empirische Basis dieses Projektes besteht in einem Datensatz des Center for Financial Studies (CFS), Frankfurt/Main, der aus einer repräsentativen Auswahl von Kreditakten deutscher Geschäftsbanken konstruiert wurde. Besondere Aktualität gewinnt dieses Projekt durch die neuesten Vorschläge des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht zur Berücksichtigung von Ratings bei der Ermittlung des notwendigen Eigenkapitals im Kreditgeschäft von Banken. Die dabei vorgesehene Verwendung bankinterner Ratings lässt eine Überprüfung und Verbesserung ihrer Prognosegenauigkeit ratsam erscheinen. Dazu können die Ergebnisse unserer Studie einen wichtigen Beitrag leisten.

Spätestens seit den Finanzkrisen Mitte der Neunzigerjahre im Zusammenhang mit Verlusten aus Derivategeschäften hat das Risikomanagement erheblich an Bedeutung gewonnen. Ein besonderer Aspekt ist dabei die Bewertung des Risikos von komplexen Absicherungsstrategien (Hedging). Das Beispiel des Beinahe-Konkurses der Metallgesellschaft zeigt, dass manche Absicherungsstrategien so kompliziert sein können, dass sie weder von Praktikern noch von Wissenschaftlern gründlich durchschaut werden. Ein inzwischen abgeschlossenes Projekt

untersuchte die Frage, wie Absicherungsstrategien bewertet werden können, wenn wie im Falle der Metallgesellschaft eine langfristige Verpflichtung mit rollierenden kurzfristigen Instrumenten abgesichert werden soll. Die Ergebnisse zeigten unter anderem, dass die von der Metallgesellschaft gewählte ständige Absicherung sehr risikoreich war. Der Beinahe-Konkurs stellt somit keinen Betriebsunfall dar, sondern war a priori ein durchaus zu erwartender Ausgang der gewählten Vorgehensweise. Ein völliger Verzicht auf Absicherung des Basisgeschäftes hätte dagegen insgesamt ein deutlich geringeres Risiko aufgewiesen.

Aufbauend auf einem vor einigen Jahren durchgeführten Projekt zur Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen zum Kapitalmarkt beschäftigt sich der Forschungsbereich erneut mit dem Thema Venture Capital. Im Vordergrund steht eine Bestandsaufnahme der Praxis und der Methoden des Portfolio-Managements von Venture-Capital-Fonds. Die hier gewonnenen Ergebnisse sollen als Basis für ein neues Projekt dienen, das Fragestellungen von Venture-Capital-Finanzierungen aufgreift, die im Zusammenhang mit der Europäischen Währungsunion und der Osterweiterung der EU stehen. Ansatzpunkte bilden dabei einerseits die Verbreiterung des Venture-Capital-Marktes durch die EWU und andererseits die Nutzung von Risikokapital in osteuropäischen Unternehmen, die zu einer Verbesserung der Finanzierungsbedingungen beitragen könnte.

Die anstehende Reform der Alterssicherungssysteme in den meisten Industrieländern dürfte zu einer erheblichen Steigerung der Bedeutung führen, die Kapitalmärkte in Zukunft für die Volkswirtschaften weltweit haben werden. Ein Anfang wurde in diesem neuen Themengebiet mit der CD-ROM „Altersvorsorge KOMPETENT“ gemacht, zu der der Forschungsbereich wesentliche Beiträge lieferte. Weitere Projekte werden von den ge-

änderten Rahmenbedingungen z. B. in der staatlichen Vermögenspolitik ausgehen und insbesondere die Eignung bestimmter Anlageformen für die Altersvorsorge untersuchen. Neben den methodischen und anwendungsorientierten Forschungsaufgaben zur Performancemessung von Kapitalanlagen bietet sich hier auch die Untersuchung bislang im Finanzmarktbereich eher vernachlässigter Anlageformen wie der Immobilien an. Ein konkreter Ansatzpunkt wird zunächst das klassische Bausparen sein und die Möglichkeit, Bausparen mit Hilfe von Finanzinnovationen zu replizieren. Daran anschließend soll die optimale Gestaltung neuer Finanzprodukte aus Sicht der Nachfrager untersucht werden.

Ausblick

In der näheren Zukunft werden einige Forschungsgebiete, die durch die Schlagworte „Strombörse“ und „Altersvorsorge“ kurz benannt werden können, neu aufgenommen und in konkreten Forschungsprojekten bearbeitet werden. Schon bestehende Forschungsgebiete wie z. B. die Analyse der Effekte der Osterweiterung der Europäischen Union werden weiter an Gewicht gewinnen.

Unverändert stark bleibt die Ausrichtung des Forschungsbereichs auf Themen, die einen deutlichen Europabezug aufweisen. Auch die bislang schon vorhandene weitgehende Verknüpfung von mikro- und makroökonomischen Fragestellungen und Lösungsansätzen wird weiterhin betont werden. Bei vielen Themen bieten sich aus fachlicher Sicht Kooperationen mit anderen ZEW-Forschungsbereichen an. Davon wird auch in Zukunft häufig Gebrauch gemacht werden.

Der Forschungsbereich bietet zahlreiche Weiterbildungsseminare für Praktiker an, die dem beiderseitigen Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis dienen, und veranstaltet wissenschaftliche Workshops, in denen aktuelle Forschungsergebnisse vorgestellt und diskutiert werden.

Projektübersicht

Laufende Projekte

▷ Finanzmarktrestriktionen der Fiskalpolitik im Mehrebenensystem der Europäischen Union	33
▷ ZEW-Finanzmarkttest	33
▷ Empirische Analyse der Mechanismen von Corporate Governance in Deutschland	35
▷ Stochastische Prozesse und Präferenzen	35
▷ The New Capital Markets in Central and Eastern Europe	36
▷ Laufende Berechnung internationaler konjunktureller Frühindikatoren für die Chemieindustrie	37
▷ Aufbau und Pflege einer Anleihen- und Zinsdatenbank	37
▷ Auswirkungen von Zinsänderungen auf Einkommen und Nachfrage privater Haushalte	37
▷ Neuere quantitative Verfahren in der Insolvenz- und Kreditrisikoanalyse	38
▷ Ausfallwahrscheinlichkeit und Rating im Kreditgeschäft	39
▷ Auswirkungen der einheitlichen Geldpolitik in der EWU auf die Exportwirtschaft in Baden-Württemberg (s. Verbundprojekte)	165
▷ Wagniskapitalfinanzierung als Aufgabe der Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank (s. Verbundprojekte)	168
▷ German Parcel TransportmarktBarometer von Prognos/ZEW (s. Verbundprojekte)	169

Abgeschlossene Projekte

▷ Optimale Hedgestrategien für langfristige Positionen	40
▷ Auswirkungen der zunehmenden Institutionalisierung an internationalen Aktienmärkten auf die Corporate Governance in Deutschland	40
▷ Return on Investment, Return on Equity und interner Zinsfuß	41
▷ Internationale Rechnungslegung von derivativen Finanzinstrumenten	41
▷ Aktienbewertung mit dem Discounted-Cash-Flow-Ansatz	42
▷ Panelökonometrische Analyse der Erwartungsbildung auf Finanzmärkten	42
▷ CD-ROM Altersvorsorge KOMPETENT (s. Verbundprojekte)	174
▷ Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (s. Verbundprojekte)	177
▷ Arbeitsmarkteffekte der EWU (s. Verbundprojekte)	178
▷ Beteiligungskapital und technologieorientierte Existenzgründungen (s. Verbundprojekte)	179
▷ Erwartungen bezüglich des künftigen Return on Investment auf Basis von Zeitreihenanalysen (s. Verbundprojekte)	180
▷ Makroökonomie und -ökonometrie (s. Temporäre Arbeitsgruppen)	182

Laufende Projekte

Finanzmarktrestriktionen der Fiskalpolitik im Mehrebenensystem der Europäischen Union

Zuwendungsgeber:

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam:

Dr. Friedrich Heinemann

Prof. Dr. Dr. h. c. Heinz König (Leiter)

Es ist fast schon ein Allgemeinplatz, dass die Globalisierung politischem Handeln neue Restriktionen setzt. Dennoch sind diese Einschränkungen politischer Handlungsfähigkeit noch unzureichend verstanden und kaum empirisch belegt. Das im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Regieren in der EU“ geförderte Projekt widmet sich einem Aspekt dieses Gesamtkomplexes. Die Leitfrage lautet: „Über welche Kanäle und in welchem Ausmaß engen globalisierte Finanzmärkte die Souveränität nationaler Fiskalpolitiker ein?“.

Bislang ist in theoretischen Modellierungen und empirischen Studien der Wechselkursaspekt untersucht worden, der gerade im europäischen Kontext von großem Interesse ist: So haben seit dem Beginn der Währungsunion die Fiskalpolitiker der Teilnehmerstaaten keine negativen Folgen einer übermäßigen Verschuldung für die Wechselkursentwicklung mehr zu befürchten. Von daher steht zu erwarten, dass systembedingt die Währungsunion zu größerer Defizitneigung führt, wenn institutionelle Sicherungen wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt versagen. Der Wirkungskanal Zins wird einen Schwerpunkt der weiteren Analysen darstellen. Hoffnungen, dass offene Finanzmärkte die Schuldenneigung der Fiskalpolitik be-

grenzen, sind auf der Annahme gegründet, die Fiskalpolitik reagiere auf Zinsschwankungen. Die Gültigkeit dieser Annahme ist jedoch für Industrieländer noch kaum ausreichend überprüft worden.

Laufzeit: September 1997 – August 2001

Ansprechpartner: Dr. Friedrich Heinemann (Tel.: -149, E-Mail: heinemann@zew.de)

Veröffentlichungen:

Heinemann, F. (1999), *After the Death of Inflation: Will Fiscal Drag Survive?*, CERGE-EI Research Seminar Series, November, Charles University, Prague.

Heinemann, F. (1999), *EMU and Fiscal Discipline: The End of the Depreciation Threat*, *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften/Review of Economics* 50, 109-135.

Heinemann, F. (1999), *Does Globalization Restrict Budgetary Autonomy? A Multidimensional Approach*, ZEW Discussion Paper No. 99-29, Mannheim.

Heinemann, F. (1999), *Exchange Rate Regimes and Fiscal Discipline in OECD Countries*, ZEW Discussion Paper No. 99-04, Mannheim.

Heinemann, F. (1998), *The EMU Consolidation Game – or: Does 3.0 Really Mean 3.0?*, ZEW Discussion Paper No. 98-01, Mannheim.

ZEW-Finanzmarkttest

Projektteam:

Birgit Sasse

Dr. Michael Schröder

Andrea Szczesny (Leiterin)

Der ZEW-Finanzmarkttest ist eine seit Dezember 1991 durchgeführte Umfrage, in der monatlich die im deutschen Finanzbereich existierenden Erwartungen über die Entwicklung an wichtigen internationalen Finanzmärkten erhoben werden. Dabei handelt es sich um die Finanzmärkte von Deutschland, den Vereinigten Staaten, Japan, Großbritan-

nien, Frankreich, Italien und den Euroraum. Insgesamt beteiligen sich rund 400 Unternehmen regelmäßig an dieser Umfrage. Darunter befinden sich etwa 250 Banken, 50 Versicherungen, 50 Kapitalanlagegesellschaften, 30 Industrieunternehmen sowie 20 private Anlagemanager. Angesprochen werden die Experten der Finanz-, Research- und volkswirtschaftlichen Abteilungen sowie der Anlage- und Wertpapierabteilungen dieser Unternehmen. Im Einzelnen werden die Finanzexperten nach ihren Erwartungen gefragt, die sie für die genannten Länder hinsichtlich der Entwicklung der Konjunktur, der Inflationsrate, der kurz- und langfristigen Zinsen, der Aktienkurse und der Wechselkurse haben. Zusätzlich werden die Marktkenner um eine Einschätzung der Ertragslage in 13 deutschen Branchen gebeten (Banken, Versicherungen, Fahrzeugbau, Chemie und Pharma, Stahl/NE-Metalle, Elektro, Maschinenbau, Konsum und Handel, Baugewerbe, Versorger, Dienstleister, Telekommunikation, Informationstechnologie).

Seit 1999 besteht eine Kooperation zwischen dem ZEW und dem Finanzplatz e.V., der Interessenvertretung der deutschen Financial Community. Neben einem festen Umfrageanteil werden für diesen Verband Sonderumfragen zu aktuellen Themen durchgeführt. So wurden beispielsweise Themen wie Altersvorsorge, das Sparpaket der Regierung, Entwicklungen am Neuen Markt oder die Beurteilung des Frankfurter Börsenplatzes in den Fragebogen aufgenommen.

Im Auftrag der Nachrichtenagentur vwd wurde der Indikator „G-Mind“ entwickelt, der monatlich veröffentlicht wird. Er ist ein Stimmungsbarometer für die zukünftige Entwicklung am deutschen Finanzmarkt. Darüber hinaus wurde mit dem „ECB-Watch“ ein Erwartungsindikator erarbeitet, in dem die Einschätzungen zur Zinspolitik der Europäischen Zentralbank abgebildet werden.

Zusätzlich zu der bisher durchgeführten Sammlung, Aufbereitung und Publizierung

der Erwartungsdaten wird der Datenbestand systematisch analysiert. In einem ersten Schritt werden die Eigenschaften der Daten einschließlich ihrer Prognosequalität untersucht. Diese Analyse wird sowohl im Aggregat als auch disaggregiert auf der Ebene der einzelnen Teilnehmer durchgeführt. Im Anschluss an diese Auswertungen werden die Daten für Fragestellungen zur Erwartungsbildung auf Kapitalmärkten (Behavioral Finance) und zum Verhalten von Marktteilnehmern (Marktmikrostruktur) genutzt.

Laufzeit: seit 1992

Ansprechpartnerin: Birgit Sasse

(Tel. -141, E-Mail: sasse@zew.de)

Veröffentlichungen:

Dornau, R. und A. Szczesny (1999), *250 Analysten, 1 Portfolio? Eine ökonometrische Analyse von Empfehlungen zur Gestaltung eines Vermögensportfolios zur Altersvorsorge*, ZEW Discussion Paper No. 99-17, Mannheim.

König, H., R. Dornau und M. Schröder (1999), Über den Zusammenhang von Finanzmarkterwartungen: USA und Deutschland, in: Nölling W., K. A. Schachtschneider und J. Starbatty (Hrsg.), *Währungsunion und Weltwirtschaft*, Stuttgart.

König, H., T. Körting und U. Anders (1998), Zur Bildung von Wechselkurs-erwartungen – Eine Untersuchung auf der Grundlage des ZEW-Finanzmarkttests, in: Galler, H. P. und G. Wagner (Hrsg.), *Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung – Festschrift für Hans-Jürgen Krupp zum 65. Geburtstag*, Reihe Wirtschaftswissenschaften, Bd. 38, Frankfurt/Main.

Schröder, M. and R. Dornau (1999), *What's on Their Mind: Do Exchange Rate Forecasters Stick to Theoretical Models?* ZEW Discussion Paper No. 99-08, Mannheim.

Szczesny, A., R. Dornau und U. Anders (1997), *G-Mind – German Market Indicator*, ZEW Dokumentation Nr. 97-04, Mannheim.

Empirische Analyse der Mechanismen von Corporate Governance in Deutschland

Projektteam:

Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D. (Leiter),

Universität Mannheim

Jens Köke

Ergänzend zu einem DFG-Projekt soll der Funktionsmechanismus von Corporate Governance in Deutschland empirisch analysiert werden. Denn Corporate Governance, also das komplexe System aus gesetzlichen, institutionellen und marktlichen Kräften, durch das Unternehmen gesteuert werden, ist durch die ökonomische Theorie, besonders aber durch empirische Analysen nur unbefriedigend geklärt.

In der ersten Phase des Projektes stand der Aufbau einer Datenbank – überwiegend mit Unternehmensdaten aus Jahresberichten – im Vordergrund, die speziell für die Analyse von Corporate Governance in Deutschland geeignet ist. Dies ist eine zentrale Aufgabe, da eine solche Datenbank bisher für Deutschland nicht existiert. Erste deskriptive, methodische, aber auch ökonomische Analysen wurden anhand der neuen Firmendatenbank bereits durchgeführt und dokumentiert.

In der zweiten Phase des Projektes wird die Firmendatenbank vollständig ausgebaut. Daraus werden wichtige Maßzahlen berechnet, auf deren Grundlage dann eine Reihe ökonomischer Analysen zur Beantwortung der folgenden Fragen durchgeführt werden:

- ▷ Was sind die Gründe für den Marktaustritt und das Wachstum von Unternehmen?
- ▷ Was sind die Ursachen und Konsequenzen freundlicher Übernahmen von Unternehmen? Wo liegen die Unterschiede zu feindlichen Übernahmen?
- ▷ Welche internen und externen Governance-Mechanismen sichern den kontinuierlichen Erfolg von Unternehmen? Welche sorgen für den Marktaustritt ineffizienter Firmen?

Alle Studien dienen dem Ziel dieses Projektes, die Funktionsweise der Unternehmenskontrolle in Deutschland besser zu verstehen. Größter Wert wird dabei auf die klare ökonometrische Identifikation der Wirkungsweise der einzelnen Governance-Mechanismen gelegt. Wirtschaftspolitische Implikationen ergeben sich bezüglich der deutschen und europäischen Wettbewerbspolitik sowie einer Reform der Unternehmensverfassung. Auch soll ein besseres Verständnis der Rolle institutioneller Investoren die Diskussion um das System der deutschen Alterssicherung anreichern.

Laufzeit: März 1998 – Dezember 2001

Ansprechpartner: Jens Köke

(Tel.: -190, E-Mail: koeke@zew.de)

Veröffentlichungen:

Januszewski, S., J. Köke und J. Winter (1999), *Product Market Competition, Corporate Governance and Firm Performance: An Empirical Analysis for Germany*, ZEW Discussion Paper No. 99-63, Mannheim.

Köke, J. (1999), *New Evidence on Ownership Structures in Germany*, ZEW Discussion Paper No. 99-60, Mannheim.

Stochastische Prozesse und Präferenzen

Projektteam:

Prof. Dr. Günter Franke (Leiter),

Universität Konstanz

Erik Lüders,

ZEW und Universität Konstanz

Im Rahmen dieses Projektes soll die Lücke zwischen empirischen und theoretischen Arbeiten der Kapitalmarktforschung geschlossen werden. Die bislang in theoretischen Arbeiten hergeleiteten stochastischen Prozesse für den Aktienkursverlauf vermögen nur sehr begrenzt die tatsächlichen Kursverläufe an den internationalen Finanzmärkten zu beschreiben. In empirischen Arbeiten konnten stochastische Prozesse gefunden werden,

die die Realität deutlich besser beschreiben. Allerdings fehlt es bislang an einer theoretischen Begründung für solche Kursverläufe. Ziel dieses Projekts ist es daher, stochastische Prozesse ökonomisch zu fundieren. Theoretische Modelle sollen verwendet werden, um diese Prozesse herzuleiten oder solche Prozesse abzuleiten, deren statistische Eigenschaften mit den in empirischen Arbeiten verwendeten stochastischen Prozessen große Ähnlichkeit aufweisen.

Im ersten Untersuchungsschritt wird im Rahmen theoretischer Modelle untersucht, wie der funktionale Zusammenhang zwischen den Erwartungen der Investoren und den Aktienkursen beschrieben werden kann. Hieraus lassen sich Schlussfolgerungen ziehen, inwiefern statistische Eigenschaften von Kurszeitreihen auf die Erwartungsbildung der Marktteilnehmer zurückzuführen sind. Diese theoretischen Zusammenhänge werden im weiteren Verlauf der Arbeiten empirisch überprüft. In den späteren Untersuchungsschritten wird die Frage des Einflusses der Risikopräferenz auf die Aktienrendite im Vordergrund stehen.

Laufzeit: August 1998 – Dezember 2001

Ansprechpartner: Erik Lüders

(Tel. 07531/882541,

E-Mail: Erik.Lueders@uni-konstanz.de)

Veröffentlichungen:

Franke, G., R. C. Stapleton and M. G. Subrahmanyam (1999), When are Options Overpriced? The Black-Scholes Model and Alternative Characterisations of the Pricing Kernel, *European Finance Review* 3 (1), 79-102.

Franke, G., R. C. Stapleton and M. G. Subrahmanyam (1998), Who Buys and Who Sells Options: The Role of Options in an Economy with Background Risk, *Journal of Economic Theory* 82, 89-109.

The New Capital Markets in Central and Eastern Europe

Auftraggeber:

European Capital Markets Institute (ECMI),
Madrid

Projektteam:

Anne Benoit

Raiffeisen-Zentralbank Österreich, Wien

Peter Brezinschek,

Raiffeisen-Zentralbank Österreich, Wien

Prof. Jürgen Kähler, Ph.D.,

Universität Erlangen-Nürnberg

Jens Köke

Karel Lannoo,

Centre for European Policy Studies,

Brüssel

Prof. Ronald MacDonald, Ph.D.,

University of Strathclyde, Glasgow

Thomas Reininger,

Raiffeisen-Zentralbank Österreich, Wien

Tanja Salem,

Leuven Centre for the Study of Transition

Economics, Leuven

Ronald Schneider,

Raiffeisen-Zentralbank Österreich, Wien

Dr. Michael Schröder (Leiter)

Claudia Stirböck

Tereza Tykrová

Zehn Staaten Osteuropas führen derzeit Verhandlungen mit der EU mit dem Ziel, möglichst bald Mitglied der Europäischen Union zu werden. Bei einem EU-Beitritt soll der Übergangsprozess zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung in diesen osteuropäischen Staaten weitgehend vollzogen sein. Die Aussicht auf einen Beitritt ist ein Faktor, der zu einer erheblichen Beschleunigung dieses Prozesses führt. Im Zentrum des Projektes stehen die Veränderungen, die die Kapitalmärkte im Zuge der Übernahme des Acquis Communautaire erfahren. Wir betrachten vor allem Aktien- und Anleihemärkte, aber auch Devisenmärkte und – soweit vorhanden – Märkte für Finanzderivate von Estland, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei und Un-

garn. Zusätzlich werden auch die russischen Kapitalmärkte in die Analyse einbezogen.

Die Studie gliedert sich in zwei Teile. Der erste Teil widmet sich einer umfassenden Bestandsaufnahme der Kapitalmarktentwicklung, die sowohl die makroökonomischen Hintergründe beleuchtet als auch die konkreten Strukturen der einzelnen Kapitalmärkte und der Unternehmensfinanzierung untersucht. Ein wichtiger Teil ist dabei auch die Analyse der Markteffizienz sowie der kurz- und langfristigen Wechselwirkungen zwischen osteuropäischen und westlichen Finanzmärkten.

Im zweiten Teil werden die Auswirkungen der Übernahme des Acquis Communautaire ausführlich untersucht. Im makroökonomischen Bereich geht es vor allem um die zukünftige Entwicklung der Wechselkurssysteme sowie Effekte auf die öffentlichen Finanzen und das Bankensystem. Die mikroökonomische Analyse bezieht sich auf Änderungen der Kapitalmarkt-Regulierung, Nachfrage- und Angebotseffekte im Bereich Unternehmensfinanzierung sowie den Wettbewerb zwischen ost- und westeuropäischen Börsen.

Laufzeit: Januar 1999 – Februar 2000
Ansprechpartner: Dr. Michael Schröder
(Tel.: -140, E-Mail: schroeder@zew.de)

Laufende Berechnung internationaler konjunktureller Frühindikatoren für die Chemieindustrie

Auftraggeber:
BASF AG
Projektleiter:
Dr. Michael Schröder

Im Rahmen dieses Projektes werden die für die BASF AG entwickelten internationalen Frühindikatoren der chemischen Industrie monatlich fortgeschrieben und überprüft. Im Einzelnen handelt es sich um Frühindikatoren der Chemieproduktion und der Chemiepreise für Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien sowie Europa.

Laufzeit: April 1999 – März 2000
Ansprechpartner: Dr. Michael Schröder
(Tel.: -140, E-Mail: schroeder@zew.de)

Aufbau und Pflege einer Anleihen- und Zinsdatenbank

Projektteam:
Prof. Dr. Wolfgang Bühler (Leiter),
Universität Mannheim
Stephan Pabst,
Universität Mannheim

Der Datenbestand wurde um die Stamm- und Kursdaten der im letzten Jahr emittierten Anleihen ergänzt. Ferner wurden für das Segment der Anleihen von Bund, Bahn und Post die Wochenschlusskurse der Jahre 1960 bis 1973 manuell aus den Kursblättern der Frankfurter Wertpapierbörse nacherhoben, da dieses Marktsegment für wissenschaftliche Untersuchungen besonders interessant ist.

Aktuelle Arbeiten umfassen ferner die Ausdehnung der automatisierten Konsistenzprüfung auf die Kurstabellen sowie die Bereitstellung ausgewählter Datensätze über das lokale Rechnernetz, damit Standard-Softwarepakete von Arbeitsplatzrechnern des Instituts aus auf die jeweils aktuellen Daten zugreifen können.

Laufzeit: Januar 1995 – Dezember 2000
Ansprechpartner: Stephan Pabst
(Tel.: 0621/181-1527,
E-Mail: pabst@lsdb.bwl.uni-mannheim.de)

Auswirkungen von Zinsänderungen auf Einkommen und Nachfrage privater Haushalte

Zuwendungsgeber:
Landeskreditbank Baden-Württemberg
Förderbank (L-Bank)
Projektteam:
Birgit Sasse
Dr. Peter Westerheide (Leiter)

Das in den letzten Jahren außergewöhnlich geringe Zinsniveau in der Bundesrepublik Deutschland fordert dazu heraus, die Effekte von dauerhaften Zinssenkungen auf die Einkommenssituation und die Nachfrage privater Haushalte zu analysieren. Grundsätzlich stehen sich hier zwei konträre Effekte gegenüber: Zinssenkungen haben positive Einkommenswirkungen für Kreditnehmer, wenn ihre Zinslast nach dem Auslaufen von Zinsbindungsfristen oder bei variabel verzinsten Krediten dem Marktzinsniveau entsprechend sinkt. Negative Einkommenseffekte haben demgegenüber Geldanleger zu gewärtigen, sofern fällige Kapitalanlagen neu angelegt werden müssen oder sich die Konditionen flexibel verzinsten Anlagen verschlechtern. Darüber hinaus kann angenommen werden, dass diese Einkommenseffekte unterschiedlich starke Wirkungen auf das Spar- und Nachfrageverhalten von Haushalten verschiedener Einkommens- bzw. Vermögenshöhe haben. Im Projekt wird eine quantitative Abschätzung dieser Einkommens- und Nachfrageeffekte auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes vorgenommen. Laufzeit: September 1999 – Februar 2000
Ansprechpartner: Dr. Peter Westerheide (Tel.: -146, E-Mail: westerheide@zew.de)

Neuere quantitative Verfahren in der Insolvenz- und Kreditrisikoanalyse

Projektteam:
Ulrich Kaiser
Andrea Szczesny (Leiterin)
Kooperationspartner:
Wolfgang Schwerdt,
CREST, Paris

Die Aufgabenstellung des Projekts besteht in der Analyse von bestehenden und der Entwicklung von neuen Prognosemodellen unter Verwendung neuerer statistischer

Verfahren, mit deren Hilfe man die zukünftige Insolvenzgefährdung von Unternehmen vorhersagen kann.

Im Rahmen des Projektes wurde mit Daten des Mannheimer Unternehmenspanels (MUP) eine Querschnittsanalyse zur Insolvenzgefährdung kleinerer und mittlerer Unternehmen durchgeführt. Die Schwierigkeit bei einer Analyse dieser Unternehmen besteht darin, dass häufig nur wenige Bilanzdaten verfügbar sind, sodass qualitative Angaben zu den Unternehmen hinzugezogen werden müssen. Es zeigt sich, dass trotz dieser Einschränkung gute Ergebnisse erzielt werden können. Mit Hilfe statistischer neuronaler Netzwerke wurde ein Modell geschätzt, das sehr differenzierte Aussagen über das Insolvenzrisiko in Abhängigkeit von bestimmten Unternehmensmerkmalen erlaubt. Weiterhin wurden Einflussfaktoren der tatsächlichen Kreditwürdigkeitsentscheidungen in Deutschland untersucht. Ausgangspunkt der Untersuchung stellen informations- sowie spieltheoretische Analysen der Rolle von Kreditwürdigkeitsprüfern auf einem Kreditmarkt dar. Unter Hinzunahme industrieökonomischer Modelle erfolgte eine spezifische Modellierung des Entscheidungsproblems von Kreditwürdigkeitsprüfern und die Ableitung testbarer Hypothesen bezüglich der faktischen Einflussgrößen bei deren Entscheidung. Diese Hypothesen werden auf Basis des MUP getestet. Eine abschließende Arbeit illustriert die Anwendung unterschiedlicher Verfahren von Zweizustandsmodellen (z. B. Logit- und Probit-Modelle) bis hin zu Verweildauermodellen (z. B. Hazardraten-Modelle). Auf der Basis eines Datensatzes, der Informationen aus Akten von Unternehmenskrediten enthält, werden die Schätzergebnisse diskutiert.

Laufzeit: April 1995 – April 2000
Ansprechpartnerin: Andrea Szczesny (Tel.: -143, E-Mail: szczesny@zew.de)
Veröffentlichung:

Anders, U. und A. Szczesny (1998), Prognose von Insolvenzwahrscheinlichkeiten

mit Hilfe logistischer neuronaler Netzwerke, *Zeitschrift für Betriebswirtschaftliche Forschung* 10 (3), 150-159.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Rating im Kreditgeschäft

Projektteam:

Dr. Michael Schröder (Leiter)

Andrea Szczesny

Kooperationspartner:

Prof. Dr. Ralf Ewert,

Universität Frankfurt/Main

Obwohl das Kreditgeschäft für die Ertrags- und Risikosituation von Banken von hoher Bedeutung ist, existieren nur wenige empirische Untersuchungen zum Kreditvergabe- und Kreditüberwachungsprozess. Das Forschungsprojekt „Kreditmanagement“ des Center for Financial Studies (CFS) versucht, in Zusammenarbeit mit sechs deutschen Universalbanken einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke zu leisten. Thematische Forschungsschwerpunkte des CFS-Projektes liegen in der Gestaltung von Kreditkonditionen, der Marktbewertung von Kreditrisiken sowie Wiederverhandlungen in Distress-Situationen. Das Ziel des Teilprojekts „Ausfallwahrscheinlichkeit und Rating im Kreditgeschäft“, welches in Kooperation zwischen CFS und ZEW durchgeführt wird, liegt in der Analyse der bestehenden Ratingmodelle zur Einschätzung des Kreditrisikos. Um drohende Verluste im Kreditgeschäft zu vermeiden, werden Kreditwürdigkeitsprüfungen in Banken durchgeführt, indem die Ausfallwahrscheinlichkeit vor der eigentlichen Kreditvergabe bzw. vor einer anstehenden Prolongation bestimmt wird. Die Einstufung des Kunden in ein Bonitätsrating sollte das Kreditausfallrisiko möglichst exakt widerspiegeln. Die ersten auf dem CFS-Datensatz bereits durchgeführten Studien deuten jedoch darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen

Bonitätsrating und der Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kredit zum Problemfall wird, nicht so deutlich ist, wie es eigentlich zu erwarten wäre. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen wurde ein Schätzmodell entworfen, mit dessen Hilfe die Wahrscheinlichkeit abgeschätzt werden kann, mit der ein Problemfall im Kreditgeschäft auftritt. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Untersuchung des Einflusses der Konditionengestaltung und der Besicherung des Kreditengagements auf die Ausfallwahrscheinlichkeit. Die am ZEW entwickelte Methodik der statistischen neuronalen Netzwerke ermöglicht dabei eine präzise Modellierung der funktionalen Zusammenhänge.

Laufzeit: Juli 1998 – April 2000

Ansprechpartnerin: Andrea Szczesny

(Tel.: -143, E-Mail: szczesny@zew.de)

Abgeschlossene Projekte

Optimale Hedgestrategien für langfristige Positionen

Projektteam:

Prof. Dr. Wolfgang Bühler (Leiter),
Universität Mannheim
Dr. Olaf Korn

Die zentrale Frage des Projektes bestand darin, wie langfristige Positionen gegen Preisrisiken gesichert werden können, wenn keine laufzeitäquivalenten Terminkontrakte verfügbar sind und deshalb auf kurzfristige Kontrakte zurückgegriffen werden muss. Diese Frage steht auch im Zentrum der kontroversen Diskussion um die Hedgestrategie der Metallgesellschaft.

Im Rahmen des Projektes wurde Wert darauf gelegt, Hedgestrategien zunächst durch eine Bewertungstheorie zu fundieren. Dabei erfolgte insofern eine Weiterentwicklung bisheriger Bewertungsansätze für Ölterminkontrakte, als Friktionen auf dem Ölmarkt, wie Transaktionskosten und Leerverkaufsbeschränkungen, einbezogen wurden. Auf Basis verschiedener Bewertungsmodelle wurden anschließend optimale rollierende Hedgestrategien für langfristige Terminlieferverpflichtungen abgeleitet. Eine umfangreiche empirische Untersuchung anhand von Öl- und Ölterminpreisen vergleicht die Hedgequalität der verschiedenen Strategien, wobei sich erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ansätzen zeigen. Die von der Metallgesellschaft verfolgte Sicherungsstrategie erweist sich als hochgradig spekulativ, wohingegen eine Strategie, die auf dem innerhalb des Projektes entwickelten Modell basiert, zu den besten Sicherungsergebnissen führt.

Laufzeit: Juli 1996 – Mai 1999

Ansprechpartner: Dr. Olaf Korn
(Tel. 0621/181-1487,
E-Mail: o.korn@uni-mannheim.de)
Veröffentlichung:

Bühler, W. und O. Korn (1998), *Hedging langfristiger Lieferverpflichtungen mit kurzfristigen Futures: Möglich oder unmöglich?*
ZEW Discussion Paper No. 98-20, Mannheim.

Auswirkungen der zunehmenden
Institutionalisierung an internationalen
Aktienmärkten auf die Corporate
Governance in Deutschland

Auftraggeber:

Deutsche Börse AG
BASF AG

Projektteam:

Prof. Dr. Wolfgang Gerke (Leiter),
Universität Erlangen-Nürnberg
Dr. Michael Schröder (Leiter)
Dr. Max Steiger

An den internationalen Aktienmärkten kann seit längerem eine zunehmende Institutionalisierung festgestellt werden. Dies bedeutet, dass immer mehr privates Kapital von institutionellen Investoren, wie z. B. Versicherungen, Kapitalanlagegesellschaften und Pensionskassen bzw. -fonds, verwaltet werden.

Dadurch verändert sich die Eigentümerstruktur vieler börsennotierten Aktiengesellschaften – immer weniger Investoren besitzen einen immer größer werdenden Anteil des Aktienkapitals. Das Projekt untersuchte in einer ersten Umfrage unter institutionellen Investoren deren Einstellungen und Aktivitäten hinsichtlich des Aktienhandels und der Corporate Governance, d. h. der Einfluss- und Kontrollstrukturen in Unternehmen. In einer zweiten Umfrage wurden deutsche Aktiengesellschaften zu ihren Erfahrungen im Umgang mit den spezifischen Bedürfnissen

institutioneller Investoren sowie zur eigenen Corporate Governance befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass das Thema Corporate Governance am deutschen Kapitalmarkt eine immer höhere Beachtung erfährt. Im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern können jedoch noch keine ähnlich umfangreichen Aktivitäten im Rahmen des so genannten „shareholder activism“ deutscher institutioneller Investoren festgestellt werden. Der Versuch, über persönliche Gespräche, durch Auftritte auf Hauptversammlungen oder Medienpräsenz Druck auf die Unternehmen auszuüben, bleibt vorerst internationalen Institutionellen überlassen. Empirisch konnte gezeigt werden, dass inländische institutionelle Investoren eher über die Aktienmarktliquidität als über die Corporate Governance Einfluss ausüben, um Unternehmen mit einer schlechten Performance zu disziplinieren.

Laufzeit: Juli 1998 – August 1999

Ansprechpartner: Jens Köke

(Tel.: -190, E-Mail: koeke@zew.de)

Veröffentlichung:

Steiger, M.(1998), *Institutionelle Investoren und Corporate Governance – eine empirische Analyse*, ZEW Dokumentation Nr. 98-05, Mannheim.

Return on Investment, Return on Equity und interner Zinsfuß

Auftraggeber:

Westdeutsche Landesbank Girozentrale (WestLB)

Projektteam:

Thorsten Peske,

Universität Mannheim

Dr. Michael Schröder (Leiter)

Im Rahmen des Projektes wurden die theoretischen Grundlagen und die Zusammenhänge zwischen Return on Investment, Return on Equity und dem internen Zinsfuß ei-

ner Investition dargestellt.

Laufzeit: September – Oktober 1999

Ansprechpartner: Dr. Michael Schröder

(Tel.: -140, E-Mail: schroeder@zew.de)

Internationale Rechnungslegung von derivativen Finanzinstrumenten

Auftraggeber:

Fritz Thyssen Stiftung

Projektteam:

Norbert Ammon

Dr. Michael Schröder (Leiter)

Kooperationspartner:

Prof. Peter Pope,

Lancaster University, GB

Ziel des Projektes war die Beantwortung der Frage, wie Derivate bilanziert werden sollen. Außerdem sollte untersucht werden, welche zusätzlichen Informationen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung zu publizieren sind, um sowohl Gläubiger als auch Aktionäre über die Risiken des Derivateinsatzes zu informieren. Zunächst wurde eine Bestandsaufnahme der Rechnungslegungspraxis bei Banken durchgeführt und der Informationswert für Aktionäre und Gläubiger im internationalen Vergleich dargestellt. In einem zweiten Teil wurden auf der Basis von Principal-Agent-Ansätzen die Motive für die Durchführung von Absicherungsmaßnahmen mit Derivaten theoretisch und empirisch analysiert. Leider musste das Projekt aufgrund einer Erkrankung des Projektbearbeiters nach dieser Phase beendet werden. In einem zukünftigen Projekt soll auf der Basis der hier gefundenen Resultate geklärt werden, wie die Rechnungslegungsvorschriften für Derivate konkret verbessert werden können, damit sie möglichst weitgehend sowohl die Belange der Aktionäre (Stichwort: Shareholder Value) als auch diejenigen der Gläubiger erfüllen.

Laufzeit: Juni 1997 – Mai 1999

Ansprechpartner: Dr. Michael Schröder
(Tel.: -140, E-Mail: schroeder@zew.de)
Veröffentlichung:

Norbert Ammon (1998), *Why Hedge? – A Critical Review of Theory and Empirical Evidence*, ZEW Discussion Paper No. 98-18, Mannheim.

Aktienbewertung mit dem Discounted-Cash-Flow-Ansatz

Auftraggeber:

Wanke Portfolio Consulting GmbH,
Frankfurt/Main

Projektteam:

Dr. Michael Schröder (Leiter)

Viktor Winschel

Das Ergebnis des Projektes ist ein Computerprogramm, das der Ermittlung eines fairen fundamentalen Aktienkurses auf Basis der Discounted-Cash-Flow-Methode dient. Durch Vergleich wahrscheinlicher künftiger Cashflows werden Erwartungen bezüglich des fairen Wertes von Aktien ermittelt. Der Vergleich mit dem heutigen Kurs ermöglicht die Ermittlung von signifikanten Über- oder Unterbewertungen.

Laufzeit: Mai 1998 – Februar 1999

Ansprechpartner: Dr. Michael Schröder
(Tel.: -140, E-Mail: schroeder@zew.de)

Panelökonometrische Analyse der Erwartungsbildung auf Finanzmärkten

Projektteam:

Robert Dornau

Prof. Dr. Winfried Pohlmeier (Leiter),
Universität Konstanz

Dr. Michael Schröder (Leiter)

Das Projekt diente dazu, die Eigenschaften der Erwartungsdaten des ZEW-Finanzmarkttests näher zu analysieren. Als Beispiel

wurden Zusammenhänge zwischen Erwartungen zu Zinsen, Wachstum, Inflation und Wechselkursen untersucht. Es zeigte sich, dass die Erwartungen bezüglich des zukünftigen gesamtwirtschaftlichen Wachstums einen dominierenden Einfluss auf die Wechselkurserwartungen ausüben. Größere Unterschiede zwischen den betrachteten Analystengruppen (Banken, Versicherungen, Kapitalanlagegesellschaften und Industrie) konnten meistens nicht festgestellt werden. Auch die Berücksichtigung individueller Charakteristika (Stichwort: Schwellenwerte) führte zu keinen deutlichen Veränderungen der Ergebnisse.

In der näheren Zukunft werden sich weitere Projekte mit der tieferehenden Analyse der Erwartungsbildung auf Kapitalmärkten befassen und auf den in diesem Projekt gewonnenen Erkenntnissen aufbauen.

Laufzeit: Februar 1998 – August 1999

Ansprechpartner: Dr. Michael Schröder
(Tel.: -140, E-Mail: schroeder@zew.de)

Veröffentlichungen:

König, H., R. Dornau und M. Schröder (1999), Über den Zusammenhang von Finanzmarkterwartungen: USA und Deutschland, in: Nölling W., K. A. Schachtschneider und J. Starbatty (Hrsg.), *Währungsunion und Weltwirtschaft*, Stuttgart.

Schröder, M. and R. Dornau (1999), *What's on Their Mind: Do Exchange Rate Forecasters Stick to Theoretical Models?*, ZEW Discussion Paper No. 99-08, Mannheim.

II. Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Durch die mit den Stichworten „Globalisierung“, „dritte technologische Revolution“ und „Alterung der Gesellschaft“ plakativ bezeichneten Problemfelder sind die Anforderungen an die Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte und der Sozialsysteme entwickelter Volkswirtschaften deutlich gestiegen. Aufgrund eingeschränkter Lohnflexibilität und Mobilität der Arbeitskräfte sowie institutioneller Rigiditäten wird auch in den kommenden Jahren zumindest in Teilbereichen ein hohes Niveau an Arbeitslosigkeit bestehen bleiben. Dies wird die Sozialversicherungssysteme zusätzlich belasten und Reformen erforderlich machen. Grundsätzlich wird die Aufrechterhaltung eines hohen sozialen Sicherungsniveaus nur bei einem hohen Beschäftigungsniveau und hoher Produktivität der Arbeitskräfte möglich sein. Dies setzt funktionsfähige Arbeitsmarktstrukturen, ein effizientes Bildungssystem und anreizkompatible soziale Sicherungssysteme und Reformen bei staatlichen Regulierungen sowie dem Steuer- und Transfersystem voraus.

Das Ziel des Forschungsbereichs besteht darin, theoretisch und empirisch fundierte Analysen zu den skizzierten Problemen durchzuführen und daraus abgeleitete wirtschaftspolitische Handlungsoptionen für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie die betriebliche Personalpolitik zu entwickeln. Diese Analysen werden zurzeit im Rahmen von vier Forschungsschwerpunkten bearbeitet:

- ▷ *Ungleichgewichte und Anpassungsprozesse auf Arbeitsmärkten:*
In diesem Forschungsschwerpunkt werden zum einen die Erscheinungsformen und Ursachen von Ungleichgewichten auf Arbeitsmärkten analysiert, die aus makroökonomischen Schocks, der zunehmenden Inter-

nationalisierung der Produktion sowie der technologischen und demografischen Entwicklung resultieren. Zum anderen werden die Anpassungsprozesse zum Ausgleich dieser Arbeitsmarktungleichgewichte analysiert. Dazu werden theoretisch fundierte empirische Analysen zur Lohnstruktur und -flexibilität sowie zu Mobilitätsprozessen zum Abbau des beruflichen und regionalen Mismatch auf Teilarbeitsmärkten durchgeführt. Ein weiteres wichtiges Forschungsfeld betrifft die Determinanten von Unternehmensgründungen und deren Beitrag zur Beschäftigungsdynamik.

- ▷ *Humankapital und betriebliche Personalpolitik:*
Hier werden zum einen die Determinanten von Aus- und Weiterbildungsentscheidungen von Individuen und Unternehmen und deren Effekte sowie die privaten und sozialen Erträge dieser Humankapitalinvestitionen untersucht. Dazu werden mikroökonomische Analysen zur Humankapitalbildung und Lohnentwicklung im Lebenszyklus und den damit verbundenen beruflichen Mobilitätsprozessen sowie den Zusammenhängen zwischen Humankapital und betrieblichen Innovationsentscheidungen untersucht. Zum anderen werden die Anreizeffekte betrieblicher Entlohnungssysteme sowie allgemein die Produktivitätseffekte der betrieblichen Arbeitsorganisation theoretisch und empirisch analysiert.
- ▷ *Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik:*
In diesem Forschungsschwerpunkt werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bezüglich ihrer Effektivität zum Abbau bestehender Ungleichgewichte auf Arbeitsmärkten und ihrer Effizienz gegen-

über marktwirtschaftlichen Lösungen evaluiert. Dazu werden sowohl mikroökonomische Evaluationsstudien zu den Effekten staatlich geförderter Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik bezüglich der Verbesserung individueller Beschäftigungschancen als auch den gesamtwirtschaftlichen Effekten im Rahmen empirischer partieller und allgemeiner Gleichgewichtsmodelle durchgeführt.

▷ *Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt:*

Hier werden die vielschichtigen Zusammenhänge und Rückwirkungen zwischen sozialer Sicherung und Arbeitsmarkt untersucht. Diese betreffen zum einen die Anreizeffekte der Arbeitslosen- und Rentenversicherung sowie von staatlichen Einkommenstransfers auf das Arbeitsangebot und zum anderen die Frage, inwieweit sich die zur Finanzierung der sozialen Sicherung erhobenen Sozialabgaben und Steuern in den Arbeitskosten niederschlagen und damit die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung beeinflussen. Weitere Forschungsfelder stellen Analysen zur Alterssicherung im demografischen Wandel und die ökonomische Analyse der Kriminalität dar.

Die Analysen in den einzelnen Forschungsschwerpunkten und die daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Lösungsansätze werden eingebettet in Vergleiche mit den Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten in anderen Ländern, insbesondere den Ländern der Europäischen Union und den USA. Allgemein wird eine enge Verbindung von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratungstätigkeit angestrebt. Projekte werden häufig interdisziplinär in Verbindung mit anderen Forschungsbereichen im ZEW durchgeführt. Darüber hinaus bestehen enge Kooperationen mit Forschungsgruppen in Deutschland und mehreren europäischen Ländern, die auch im Rahmen von Projekten im Auftrag der EU genutzt werden.

Forschungsschwerpunkt

„Ungleichgewichte und Anpassungsprozesse auf Arbeitsmärkten“

Die ökonomischen Anpassungsprozesse auf konjunkturelle Schocks und strukturelle Veränderungen, wie die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft oder demografische und technologische Veränderungen, werden wesentlich von der Funktionsweise der Arbeitsmärkte bestimmt. Wird die Anpassung an diese geänderten Rahmenbedingungen durch inflexible Lohnstrukturen, zu geringe berufliche und regionale Mobilität sowie institutionell bestimmte Rigiditäten verhindert, erhöht sich das Niveau der Arbeitslosigkeit, insbesondere auch deren strukturelle Komponente, und die Beschäftigungsdynamik sinkt. Makroökonomisch zeigt sich die zu geringe Anpassungsfähigkeit der Arbeitsmärkte in Deutschland, aber auch in einigen anderen Ländern der Europäischen Union, durch die Persistenz hoher Arbeitslosigkeit und die geringe gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsdynamik, insbesondere im Vergleich zu den USA. Mikroökonomisch zeigt sie sich in struktureller Arbeitslosigkeit bestimmter Personengruppen, insbesondere älterer und gering qualifizierter Arbeitnehmer, im qualifikatorischen und regionalen „Mismatch“ zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage und persistenten Ungleichgewichten auf bestimmten Arbeitsmärkten, wie beispielsweise dem Lehrstellenmarkt. In diesem Forschungsschwerpunkt werden auf der Basis theoretisch fundierter empirischer Untersuchungen die Bedeutung dieser Faktoren identifiziert und Reformvorschläge zur Reduktion der Arbeitslosigkeit und zur Erhöhung der Beschäftigung entwickelt.

Im Berichtszeitraum wurden im Forschungsbereich ein international besetzter Workshop zu „Unemployment in Europe“ und gemeinsam mit dem Forschungsbereich Industrieökonomik der erste ZEW Summer Workshop zu „Empirical Labour and Industrial Economics“ durchgeführt sowie mehrere

Projekte abgeschlossen und einige neu begonnen. Stärker makroökonomisch orientierte Analysen wurden in Zusammenarbeit mit anderen Forschungsbereichen des ZEW zu den Zusammenhängen zwischen Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie zu den Arbeitsmarkteffekten der Europäischen Währungsunion durchgeführt. In diesem Kontext wurden unter anderem Analysen zur Lohnbildung bei unterschiedlichen Wechselkursregimes und zur Arbeitskräftemigration in der Europäischen Währungsunion erstellt. Außerdem wurde im Forschungsbereich an der Weiterentwicklung eines makroökonomischen Ungleichgewichtsmodells gearbeitet und mit den Arbeiten an einer Studie zur Entwicklung von Reallohn und Beschäftigung im Konjunkturzyklus begonnen.

Mikroökonomisch orientierte Analysen wurden im Berichtszeitraum zum langfristigen Rückgang der Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit, zum Arbeitsmarkt für Jugendliche, zur Arbeitszeitflexibilisierung und -verkürzung, zur Entwicklung der Lohnstruktur und zur Lohnkonvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland durchgeführt. In mehreren empirischen Studien konnte gezeigt werden, dass ein wichtiger Faktor für den Nachfragerückgang nach gering qualifizierter Arbeit in Deutschland in der geringen qualifikatorischen Lohndifferenzierung vor dem Hintergrund des (bezüglich einfacher Arbeit) Arbeit sparenden technischen Fortschritts liegt. Die Analysen zur Lohnkonvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland haben gezeigt, dass sich die Lohnstruktur in den neuen Bundesländern zum Teil bereits an die westdeutsche angepasst hat, dass aber früher erworbene Berufserfahrung im privaten Sektor der Wirtschaft weitgehend entwertet wurde und eine vollständige Anpassung der ostdeutschen an die westdeutschen Lohnstrukturen aus diesem Grund kurz- und mittelfristig nicht zu erwarten ist.

Im Berichtszeitraum lief weiterhin ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft ge-

fördertes größeres interdisziplinäres Projekt zur Flexibilisierung des Arbeitsentgelts aus ökonomischer und juristischer Sicht an. Durch den interdisziplinären Ansatz sollen theoretische und empirische Grundlagen für ein besseres Verständnis der ökonomischen und juristischen Zusammenhänge zwischen dem Arbeitsrechtssystem und dem Grad der Lohnflexibilität erarbeitet und Reformoptionen bezüglich des Flächentarifvertrags abgeleitet werden. Des Weiteren wurde mit dem Forschungsbereich Industrieökonomik ein gemeinsames Verbundprojekt zu den Zusammenhängen zwischen Marktstruktur, Innovationsdynamik und Beschäftigung sowie Unternehmensgründungen und Selbstständigkeit begonnen.

Forschungsschwerpunkt
„Humankapital und betriebliche Personalpolitik“

Humankapital stellt den wichtigsten Standortvorteil der deutschen Wirtschaft dar. Nur durch ein hohes Ausbildungsniveau und ständige Anpassung des Humankapitals an neue Technologien und Organisationsstrukturen durch Weiterbildung kann Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen und ein hohes Einkommensniveau gesichert werden. Makroökonomisch gilt seit der „Neuen Wachstumstheorie“ das Humankapital einer Volkswirtschaft als ein bedeutender, wenn nicht als der entscheidende Faktor für das Wirtschaftswachstum, wobei sowohl direkte Produktivitätseffekte eines höheren Qualifikationsniveaus als auch indirekte, über betriebliche Innovationsprozesse vermittelte Effekte eine Rolle spielen. Aus mikroökonomischer Sicht hängt die Beeinflussung des Wirtschaftswachstums daher entscheidend davon ab, dass die richtigen Anreize zur Investition in Humankapital gesetzt werden. Diese hängen von den ökonomischen Erträgen und Kosten von Investitionen in Aus- und Weiterbildung ab. Liegen keine Rigiditäten und Externalitäten vor, werden in einer Marktwirt-

schaft die Anreize durch die Lohnstruktur gesetzt und durch die Aus- und Weiterbildungsentscheidungen von Individuen und Unternehmen ein optimaler Bestand an Humankapital gebildet. Da in der Realität die Bedingungen für eine effiziente Allokation nur beschränkt erfüllt sind und Verteilungsziele wirtschaftspolitisch eine wichtige Rolle spielen, greift der Staat in die Bildung und die Entlohnung von Humankapital durch das Steuer- und Transfersystem massiv ein. Dadurch werden die privaten Kosten und Erträge von Aus- und Weiterbildung und damit die Bildung von Humankapital beeinflusst. Die Analyse der Determinanten und Erträge individueller und betrieblicher Aus- und Weiterbildungsentscheidungen stellt ein wichtiges Forschungsfeld in diesem Schwerpunkt dar, wobei auch die Zusammenhänge zwischen Qualifikation und Innovation mikroökonomisch analysiert werden.

Ein weiteres Forschungsfeld betrifft die Analyse von Anreizstrukturen in Unternehmen. Durch die Unvollständigkeit des Arbeitsvertrages und aufgrund divergierender Interessen zwischen Unternehmensleitung und Beschäftigten ist eine effiziente Entgeltgestaltung für die Beschäftigten notwendig, um den Unternehmenserfolg zu sichern. Das Hauptaugenmerk des Forschungsschwerpunktes liegt vor allem auf individuellen Anreizen zu Aus- und Weiterbildung, dem Verhalten der Beschäftigten gegenüber der Einführung von Innovationen und dem Verhältnis zwischen Entlohnung und Arbeitseinsatz (Effizienzlohnhypothese). Diese Zusammenhänge werden im Rahmen mikroökonomischer fundierter empirischer Analysen untersucht.

Im Berichtszeitraum wurden in diesem Forschungsschwerpunkt mehrere Analysen zum Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und Qualifikationsstruktur, zum Lehrstellenmarkt sowie zu den privaten Erträgen von Aus- und Weiterbildung durchgeführt. Außerdem hat sich der Forschungsschwerpunkt an der im Auftrag des Bundes-

ministeriums für Bildung und Forschung unter anderem vom ZEW durchgeführten Berichterstellung zur technologischen Leistungsfähigkeit beteiligt und dabei den Bildungsteil bearbeitet. Die bisherigen Arbeiten zur Qualifikationsstruktur und zur Bedeutung des Humankapitals für die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands wurden in einem Band der ZEW Wirtschaftsanalysen zusammengefasst. In einem Projekt zum Zusammenhang zwischen staatlicher Bildungsförderung und den privaten Erträgen schulischer und beruflicher Ausbildung, das in einem von der Kommission der Europäischen Union geförderten Projekt gemeinsam mit Forschungseinrichtungen in 14 anderen europäischen Ländern durchgeführt wird, wurde in einem ersten Schritt die zeitliche Entwicklung der privaten Erträge untersucht. Dabei zeigte sich, dass die durchschnittlichen Erträge in Deutschland im Vergleich zu den anderen betrachteten Ländern im Mittelfeld liegen, zwischen 1984 und 1997 stabil geblieben und für Frauen höher als für Männer sind. Diese Aussagen werden bei Berücksichtigung von Kohorteneffekten und bei der Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichem Sektor der deutschen Wirtschaft jedoch etwas relativiert.

Die zukünftigen Arbeiten in diesem Bereich werden sich auf den Einfluss der staatlichen Bildungsfinanzierung auf die privaten Erträge von Ausbildungsinvestitionen, die Reform der Dualen Berufsbildung in Deutschland und die Zusammenhänge zwischen Aus- und Weiterbildung und dem betrieblichen Innovationsverhalten konzentrieren. Begonnen wurde auch mit einer Studie zu den Anreizproblemen angesichts von Widerständen der Arbeitnehmer bei der Einführung betrieblicher Innovationen.

Forschungsschwerpunkt

„Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik“

Ungleichgewichte auf Arbeitsmärkten werden aufgrund bestehender institutioneller Rigiditäten, aber auch wegen partiellem Marktversagen durch die oben beschriebenen Anpassungsprozesse nicht oder nur sehr langfristig abgebaut. Aktive Arbeitsmarktpolitik (AAMP) kann daher auch ökonomisch effizient sein. Dies setzt voraus, dass die privaten und sozialen Erträge arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen größer als die damit verbundenen Kosten sind. Anderenfalls können derartige Maßnahmen nur verteilungspolitisch oder allgemein politisch begründet werden. Die ökonomische Begründung aktiver Arbeitsmarktpolitik setzt neben der Identifikation von Arbeitsmarktungleichgewichten und deren Ursachen die Evaluation der Arbeitsmarkteffekte und Kosten arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen voraus. Die empirische Evaluation der Effekte der AAMP bezieht sich zum einen auf die mikroökonomische Fragestellung, ob durch die Teilnahme an einer bestimmten Maßnahme die zukünftigen individuellen Beschäftigungschancen und/oder das individuelle Humankapital verbessert werden. Diese Fragestellung ist für die USA bereits für verschiedene Programme empirisch untersucht worden, für Deutschland und andere europäische Länder liegen dazu nur wenige aussagekräftige Untersuchungen vor. In Deutschland liegt die Ursache dafür vor allem darin begründet, dass der Wissenschaft nur sehr eingeschränkt geeignete Individualdaten zur Verfügung stehen und bisher aus politischen Gründen in diesem Bereich keine sozialen Experimente durchgeführt werden konnten. Wesentlich schwieriger noch ist die Evaluation der gesamtwirtschaftlichen Effekte und Kosten der AAMP, da dies auch die Berücksichtigung von Substitutionseffekten zwischen Teilnehmern und Nichtteilnehmern an Maßnahmen („Verdrängungseffekte“) und die mit der Finanzierung der AAMP verbun-

denen indirekten Effekte (allgemeine Gleichgewichtseffekte) voraussetzt. Dazu liegen bisher auch international nur wenige aussagekräftige Studien vor.

Im Berichtszeitraum wurde vom ZEW eine international besetzte Konferenz zur Evaluation der Arbeitsmarktpolitik ausgerichtet, bei der von führenden Experten der Stand der methodischen und empirischen Forschung auf diesem Gebiet präsentiert wurde. In Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit wurden die Effekte von zwei arbeitsmarktpolitischen Programmen evaluiert. Dabei handelt es sich um die Evaluation der Programme zur Arbeitnehmerüberlassung und der Förderung arbeitsloser Unternehmensgründer durch ein „Überbrückungsgeld“ bezüglich der späteren Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt. Analysiert wurde auch die „Überlebenswahrscheinlichkeit“ als Selbstständiger nach Auslaufen der Förderung. In diesen Untersuchungen konnten leicht positive Effekte dieser neueren Instrumente der AAMP festgestellt werden. Des Weiteren wurden im Rahmen eines von der Kommission der Europäischen Union geförderten Projekts die Effekte verschiedener Maßnahmen der AAMP in Polen evaluiert. Gemessen am Wiedereingliederungserfolg im ersten Arbeitsmarkt, konnten nur für Fortbildung und Umschulung positive Effekte festgestellt werden, für Lohnsubventionen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zeigten sich hingegen negative Effekte. Für Deutschland wurden im Rahmen eines empirisch geschätzten Arbeitsmarktmodells die Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen sowohl in Form von reduzierten Transferentzugsraten bei der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe als auch in Form einer degressiv gestaffelten Stundenlohnsubvention an Unternehmen untersucht. Dabei zeigte sich, dass von Ersteren keine nennenswerten Beschäftigungseffekte zu erwarten sind und die leicht positiven Beschäftigungseffekte einer direk-

ten Lohnsubvention an Unternehmen mit extrem hohen Kosten verbunden sind.

Neu begonnen wurde im Berichtszeitraum ein Forschungsprojekt, das eine Bestandsaufnahme und kritische Bewertung der Effektivität und Effizienz einer Vielzahl von Instrumenten der aktiven and passiven Arbeitsmarktpolitik zum Gegenstand hat. Daraus sollen zum einen Handlungsoptionen für eine effiziente Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland abgeleitet werden, zum anderen Ansatzpunkte für eine fundierte wissenschaftliche Evaluationsforschung aufgezeigt werden. Begonnen wurde in Kooperation mit dem Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik auch mit der Entwicklung eines Modellinstrumentariums zur gesamtwirtschaftlichen Analyse von Arbeitsmarktpolitiken, das auf einem Berechenbaren Allgemeinen Gleichgewichtsmodell (CGE-Modell) basiert.

Forschungsschwerpunkt

„Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt“

In der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion werden die vermuteten negativen Anreizeffekte und Kosten der sozialen Sicherungssysteme häufig als wichtige Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit und geringe Beschäftigungsdynamik in Wohlfahrtsstaaten europäischer Prägung angesehen. Zum einen kann das relativ hohe Niveau der Lohnersatzleistungen (Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, Rente) in Deutschland und anderen Wohlfahrtsstaaten negative Anreizeffekte auf das Arbeitsangebot haben und beispielsweise die Dauer freiwilliger Arbeitslosigkeit erhöhen. Zum anderen entstehen durch die Finanzierung staatlicher Einkommenstransfers erhebliche Kosten, die unter Umständen von den Unternehmen getragen werden müssen und damit die Arbeitsnachfrage reduzieren. In Deutschland und einigen anderen Ländern der Europäischen Union werden die sozialen Sicherungssysteme überwiegend durch Beiträge

finanziert, die vor allem den Faktor Arbeit belasten und dadurch zu einer geringeren Beschäftigungsdynamik, geringeren Nettolöhnen und zu höherer Arbeitslosigkeit führen können. Dies ist umso wahrscheinlicher, je weniger den Sozialversicherungsbeiträgen aus Sicht der Arbeitnehmer bzw. der Gewerkschaften versicherungsäquivalente Leistungen gegenüberstehen, desto stärker also die Umverteilungskomponente in den sozialen Sicherungssystemen ist. Da in diesem Fall Sozialversicherungsbeiträge tendenziell als Steuer betrachtet werden, dürften die Arbeitnehmer bzw. die Gewerkschaften versuchen, sie in die Löhne zu überwälzen. Gelingt ihnen dies, sinkt die Beschäftigung und steigt die Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund wird die Stabilisierung der Beitragssätze zur Sozialversicherung als vordringliches Ziel der Wirtschaftspolitik angesehen. Dabei spielt die Rentenversicherung eine besondere Rolle, da diese den höchsten Beitragssatz aufweist und da aufgrund der demografischen Entwicklung bei Beibehaltung des gegenwärtigen Systems weiter stark steigende Beitragssätze erwartet werden.

Im Forschungsschwerpunkt Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt werden zum einen die Anreizeffekte der Arbeitslosen- und Rentenversicherung sowie von staatlichen Einkommenstransfers auf die individuelle Erwerbsentscheidung mittels mikroökonomischer Modelle analysiert. Zum anderen werden die gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungs- und Lohneffekte der Finanzierung der sozialen Sicherung auf der Basis komparativer und makroökonomischer Arbeitsmarktanalysen abgeschätzt. Diese Analysen werden ergänzt um empirische Analysen zu den Beschäftigungs- und Verteilungseffekten von Reformen der sozialen Sicherungssysteme. Ein weiteres Forschungsfeld betrifft die ökonomische Analyse der Kriminalität.

Im Berichtszeitraum wurde das Simulationsmodell (Wachstumsmodell mit überlappenden Generationen) zur Analyse der makro-

ökonomischen Effekte und der Wohlfahrtseffekte von Reformmaßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung weiterentwickelt. Dies betrifft insbesondere die Berücksichtigung unterschiedlicher Einkommensgruppen zur Abbildung von Verteilungseffekten. Im Rahmen der temporären Arbeitsgruppe „Makroökonomie“ wurde ein Vergleich mehrerer konzeptionell unterschiedlicher Makromodelle mit Hilfe einer Simulationsstudie zu den Beschäftigungseffekten der Umfinanzierung der sozialen Sicherung erarbeitet und als ZEW Discussion Paper veröffentlicht. Die Ergebnisse dieser Studie belegen, dass von einer bloßen Umfinanzierung der sozialen Sicherung keine größeren Beschäftigungseffekte zu erwarten sind.

Des Weiteren wurde an einem Forschungsprojekt zu den Beschäftigungseffekten und Kosten einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit („Rente mit 60“) gearbeitet. Die Berechnungen zeigen, dass die Kosten für einen Tariffonds, wie er von der IG Metall vorgeschlagen wurde, zwischen 0,8 und 1,2 Prozent der Lohnsumme liegen. Die ermittelten Beschäftigungseffekte der „Rente mit 60“

sind nach unseren Berechnungen aufgrund der geringen geschätzten Wiederbesetzungsquote und der mit der Finanzierung des Tariffonds verbundenen Kosten für die Unternehmen als sehr gering einzustufen. Zur ökonomischen Analyse der Kriminalität wurden im Berichtszeitraum in einem Forschungsprojekt Indikatoren zur Messung des Zusammenhangs zwischen Kriminalität, sozialer Kohäsion und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit entwickelt und eine Studie zu den sozio-ökonomischen Determinanten der Kriminalität in Deutschland erstellt.

Das im Rahmen eines früheren Forschungsprojekts entwickelte Steuer-Transfer-Simulationsmodell wurde aktualisiert und weiterentwickelt. Es soll zukünftig für die Analyse von Verteilungseffekten und fiskalischen Kosten von sozial- und steuerpolitischen Maßnahmen eingesetzt werden. Begonnen wurde auch mit den Vorarbeiten zu einem neuen geplanten Projekt, in dem der Zusammenhang zwischen der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und der Inzidenz der Finanzierung durch Steuern und Sozialabgaben untersucht werden soll.

Projektübersicht

Laufende Projekte

▷ Flexibilisierung des Arbeitsentgeltes aus ökonomischer und juristischer Sicht	52
▷ Arbeitszeitflexibilisierung und Beschäftigung	53
▷ Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung auf Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Metall- und Elektroindustrie	54
▷ Labour Market Flexibility in the Wake of EU Accession – Poland Compared with the Iberian Experience	55
▷ Analysis of the Impact of Innovation on Employment Using CIS II Data	55
▷ Aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit	56
▷ Entwicklung eines Frühindikators für die europäische Konjunktur	57
▷ Growth, Inequality and Training	57
▷ Public Funding and Private Returns to Education	58
▷ Identifizierung neuer oder zu modernisierender dienstleistungsbezogener Ausbildungsberufe und deren Qualifikationsanforderungen	59
▷ Von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Förderung von Arbeit – Analysen und Empfehlungen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland	59
▷ Die International Labour Organization als internationales Verhandlungssystem: Eine politisch-ökonomische Analyse	60
▷ Labor Market Effects of Income Support Programs in Germany and the United States – Comparative Analyses and Lessons for Economic Policy	61
▷ Frauen in kleinen und mittleren Unternehmen in Baden-Württemberg	61
▷ Entwicklung und Validierung wissenschaftlicher Indikatoren über den Zusammenhang zwischen Kriminalität, sozialer Kohäsion und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit	62
▷ Ökonomie und Kriminalität	63
▷ Analyse ausgewählter Reformoptionen in der Alterssicherung	63
▷ Analyse der Verteilung des Grundvermögens privater Haushalte	65
▷ Modellinstrumentarium zur gesamtwirtschaftlichen Analyse von Arbeitsmarktpolitiken (s. Verbundprojekte)	165
▷ Auswirkungen der einheitlichen Geldpolitik in der Europäischen Währungsunion auf die Exportwirtschaft Baden-Württembergs	165
(s. Verbundprojekte)	
▷ Indikatorenbericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands	166
(s. Verbundprojekte)	
▷ Marktstruktur, Innovationsdynamik und Beschäftigung	167
(s. Verbundprojekte)	
▷ Unternehmensgründung und Selbstständigkeit	167
(s. Verbundprojekte)	
▷ Absatzprognose als strategisches Instrument der Unternehmensplanung. Beispiel: Schmierstoffmarkt (s. Verbundprojekte)	168

▷ Technischer Fortschritt, Qualifikation und Arbeitsnachfrage (s. Verbundprojekte)	170
▷ Makroökometrisches Ungleichgewichtsmodell (s. Temporäre Arbeitsgruppen)	181

Abgeschlossene Projekte

▷ Lohnflexibilisierung aus ökonomischer und juristischer Sicht	65
▷ Ausbildung und individueller Erfolg – Biographien und Effekte der Ausbildung	66
▷ Die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft in Baden-Württemberg	67
▷ Der Arbeitsmarkt für Jugendliche in Deutschland	68
▷ Berufliche Weiterbildung, Einkommen und selbstständige Erwerbstätigkeit	68
▷ Benchmarking von mitarbeiterbezogenen Fähigkeiten und Fertigkeiten („human skills“) in der europäischen Industrie	69
▷ Ingenieure und Facharbeiter im Maschinen- und Anlagenbau und in sonstigen Branchen	70
▷ Arbeitslosigkeit und selbstständige Erwerbstätigkeit. Analysen der ZEW Gründerdatei und Vergleich mit der IAB-Erhebung §55a AFG (IAB-Projekt 10-481A)	70
▷ Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich	71
▷ Tarifpolitik und Beschäftigung in der chemischen Industrie	73
▷ Arbeitsplatzeffekte gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassungen in Rheinland-Pfalz. Evaluation und wissenschaftliche Begleitung (s. Verbundprojekte)	173
▷ CD-ROM Altersvorsorge KOMPETENT (s. Verbundprojekte)	174
▷ Humankapital, Qualifikationsstruktur und Arbeitsmarkteffekte im technologischen und demographischen Wandel (s. Verbundprojekte)	175
▷ Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (s. Verbundprojekte)	177
▷ Arbeitsmarkteffekte der EWU (s. Verbundprojekte)	178
▷ Erwartungen bezüglich des künftigen Return on Investment auf Basis von Zeitreihenanalysen (s. Verbundprojekte)	180
▷ Makroökonomie und -ökonometrie (s. Temporäre Arbeitsgruppen)	182
▷ Selbstständigkeit und Unternehmensgründungen in Europa (s. Temporäre Arbeitsgruppen)	182

Laufende Projekte

Flexibilisierung des Arbeitsentgeltes
aus ökonomischer und juristischer Sicht

Zuwendungsgeber:

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam:

Prof. Dr. Wolfgang Franz

(Leitung und Gesamtkoordination)

Dr. Martin Gutzeit,

Universität Mannheim

Prof. Dr. Walter A. Oechsler (Leiter),

Universität Mannheim

Dr. Friedhelm Pfeiffer

Lars Reichmann,

Universität Mannheim

Prof. Dr. Volker Rieble (Leiter),

Universität Mannheim

Jochen Roll,

Universität Mannheim

Dr. Gabriel Wiskemann,

Universität Mannheim

Geplante Kooperationspartner:

Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D.,

Universität Mannheim

Prof. Chris Brewster,

Cranfield University School of Management,

Centre for European Human Resource

Management, GB

Prof. Bernd Fitzenberger, Ph. D.,

Universität Mannheim

Prof. Dr. Knut Gerlach,

Universität Hannover

Prof. Dan S. Hamermesh,

University of Texas at Austin, USA

Prof. Dr. Manfred Löwisch,

Universität Freiburg i. Br.

Prof. Dr. Winfried Pohlmeier,

Universität Konstanz

Prof. Dr. Dieter Sadowski,

Universität Trier

Prof. Dr. Hartmut Wächter,

Universität Trier

Ökonomen und Rechtswissenschaftler sehen in einer größeren Flexibilität des Arbeitsentgelts eine wichtige Voraussetzung zum Abbau der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Dabei wird häufig auf die Erfahrungen in Großbritannien oder den USA verwiesen, also Länder, in denen die Arbeitslosenquote in den Neunzigerjahren stark rückläufig war und zum Teil einschneidende Deregulierungen in den rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes erfolgten. Demnach ist die Frage berechtigt, ob das bundesdeutsche Lohnfindungssystem, auch vor dem Hintergrund der mit dem technischen Fortschritt einhergehenden Änderungen der Arbeitsorganisation sowie der Integration Europas, zunehmend wettbewerbs- und arbeitsplatzfeindlich ist.

In dem von Vertretern der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre sowie der Rechtswissenschaften durchgeführten interdisziplinären Forschungsvorhaben werden theoretische und empirische Grundlagen für ein besseres Verständnis der ökonomischen und juristischen Zusammenhänge zwischen dem Arbeitsrechtssystem (insbesondere Tarifsysteem) und dem Grad der Lohnflexibilität erarbeitet. Ziel ist es, wirtschaftspolitisch gehaltvolle, theoretisch und empirisch fundierte Ergebnisse zu den Ursachen und Konsequenzen von Lohnrigiditäten und darauf aufbauend Reformoptionen für die Tarifvertragsparteien, die Unternehmen und die öffentlichen Entscheidungsträger abzuleiten.

Laufzeit: Mai 1999 – November 2001

Ansprechpartner: Prof. Dr. Wolfgang Franz

(Tel.: -100, E-Mail: franz@zew.de),

Dr. Friedhelm Pfeiffer

(Tel.: -150, E-Mail: pfeiffer@zew.de)

Veröffentlichungen:

Fitzenberger, B. und W. Franz (1999), *Der Flächentarifvertrag: Eine kritische Würdigung aus ökonomischer Sicht*, ZEW Discussion Paper No. 99-57, Mannheim.

Fitzenberger, B. und W. Franz (1999), *Industry-Level Wage Bargaining: A Partial Reha-*

bilitation – the German Experience, *Scottish Journal of Political Economy* 46 (4), 437-457.

Franz, W. (1999), *Real and Monetary Challenges to Wage Policy in Germany at the Turn of the Millennium: Technical Progress, Globalization and European Monetary Union*, ZEW Discussion Paper No. 99-48, Mannheim.

Franz, W. (Hrsg.) (1999), Lohnstrukturen, Qualifikation und Mobilität, Sonderheft der *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219 (1+2).

Pfeiffer, F. (1999), *Lohnflexibilisierung aus volkswirtschaftlicher Sicht*, ZEW Dokumentation Nr. 99-01, Mannheim.

Oechsler, W. A. (1999), Managementvergütungssysteme, in: Gerke, W. und M. Steiner (Hrsg.), *Handwörterbuch des Bank- und Finanzwesens*, 3. Auflage, Stuttgart (erscheint 2000).

Oechsler, W. A. und G. Wiskemann (1999), *Flexibilisierung von Entgeltsystemen – Voraussetzung für ein systematisches Beschäftigungsmanagement*, ZEW Dokumentation Nr. 99-04, Mannheim.

Oechsler, W. A. und G. Wiskemann (1998), Entlohnungsmodelle der Zukunft – Entwicklungstendenzen im Bereich der Entgeltgestaltung, *Wirtschaftspolitische Blätter* (2-3), 237-244.

Rieble, V. (1999), Bündnis für Arbeit – „Dritter Weg“ oder Sackgasse, *RdA*, 169-177.

Rieble, V. (1999), Flucht aus dem Tarifvertrag und ihre Behinderung durch die gesetzliche Weitergeltung (Vortrag auf den 34. Bitburger Gesprächen, Januar 1998), Sammelband im Druck.

Rieble, V. (1999), Die Burda-Entscheidung des BAG, *ZTR*, 483-488.

Rieble, V. (1999), Flexible Gestaltung von Entgelt und Arbeitszeit im Arbeitsvertrag, *NZA*, im Druck.

Rieble, V. (1999), Anmerkung zum Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 24.6.1998 – 4 AZR 208/97, *Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht* (EzA) § 20 UmwG Nr. 1.

Wiskemann, G. (1999), *Strategisches Human Resource Management und Arbeitsmarkt – Personalplanung als Grundlage eines systematischen Beschäftigungsmanagement*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 44, Baden-Baden.

Arbeitszeitflexibilisierung und Beschäftigung

Zuwendungsgeber:

Fritz Thyssen Stiftung

Projektteam:

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Elke Wolf

Kooperationspartner:

Dr. Lutz Bellmann,

Institut für Arbeitsmarkt- und

Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Rob Euwals,

IZA, Bonn

Prof. Dr. François Laisney,

Université Louis Pasteur, Straßburg, F

Prof. Arthur van Soest,

Universität Tilburg, NL

Arbeitszeitflexibilisierung wird oft als der Schlüssel zur Lösung des Arbeitslosigkeitsproblems diskutiert. Die Beschäftigungseffekte einer zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitszeit sind bislang allerdings kaum erforscht. Arbeitszeitflexibilisierung hat verschiedene Dimensionen. In diesem Forschungsprojekt werden die Determinanten und Beschäftigungseffekte von Teilzeitarbeit einschließlich Altersteilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung untersucht. Die Verbreitung von Teilzeitarbeit hängt entscheidend vom Verhalten der Gewerkschaften, den Präferenzen der Arbeitnehmer und der Arbeitsnachfrage der Arbeitgeber ab. Deshalb wird die Situation in Deutschland auch mit jener in Ländern verglichen, in denen Teilzeitarbeit bereits größere Verbreitung ge-

funden hat. Dies sind in der EU vor allem die Niederlande und Großbritannien.

Darüber hinaus wird auf Basis mikroökonomischer Modelle analysiert, inwieweit die Arbeitnehmer und -nehmerinnen durch die derzeitigen Arbeitszeitregelungen restringiert sind und von welchen sonstigen Faktoren das Arbeitsangebot bestimmt wird. Derartige Untersuchungen werden für Deutschland und die Niederlande durchgeführt. Anhand dieses Vergleichs können wichtige Hinweise auf die Ursachen der internationalen Unterschiede hinsichtlich der Verbreitung der Teilzeitarbeit gewonnen werden. Schließlich wird geprüft, wovon das Angebot an Teilzeitstellen seitens der Unternehmen abhängt. Es wird versucht, die Beschäftigungseffekte einer zusätzlichen Arbeitszeitflexibilisierung abzuschätzen, indem das Arbeitsangebot der Deutschen in einem flexibleren Arbeitsmarkt, wie beispielsweise dem der Niederlande, simuliert wird. Auf Basis der empirischen Analysen sollen dann Handlungsoptionen für die Arbeitszeitpolitik in Deutschland abgeleitet werden.

Laufzeit: Oktober 1997 – September 2000

Ansprechpartner: Dr. Viktor Steiner
(Tel.: -151, E-Mail: steiner@zew.de)

Veröffentlichungen:

Wolf, E. (1999), *Arbeitszeiten im Wandel. Welche Rolle spielt die Veränderung der Wirtschaftsstruktur?* ZEW Dokumentation Nr. 99-02, Mannheim.

Wolf, E. (1998), *Do Hours Restrictions Matter? A Discrete Family Labor Supply Model with Endogenous Wages and Hours Restrictions*, ZEW Discussion Paper No. 98-44, Mannheim.

Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung auf Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Metall- und Elektroindustrie

Auftraggeber:

Arbeitgeberverband Gesamtmetall

Projektteam:

Ralf-Henning Peters

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung als Mittel der Beschäftigungspolitik wird im Bündnis für Arbeit und in der Öffentlichkeit diskutiert. Der Hintergrund ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit; Ziel ist eine Umverteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens zugunsten der Arbeitslosen. Es werden insbesondere zwei Modelle diskutiert: zum einen eine Senkung der tariflichen Wochenarbeitszeit und zum anderen eine Senkung der Lebensarbeitszeit.

Die Auswirkungen einer Arbeitszeitverkürzung auf die Höhe der Beschäftigung sowie auf die Kosten und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen werden kontrovers beurteilt. Eine Arbeitszeitverkürzung beeinflusst die Betriebsorganisation und die Flexibilität der Betriebe. Des Weiteren hängen die Auswirkungen von den Rahmenbedingungen ab, unter denen die Arbeitszeitverkürzung stattfindet. Hierbei stellt sich insbesondere die Frage nach der parallelen Lohnentwicklung und nach industriespezifischen Charakteristika.

Es wird untersucht, welche Auswirkung eine Arbeitszeitverkürzung auf die Nachfrage nach unterschiedlichen Qualifikationsprofilen in der Metall- und Elektroindustrie hat und wie sich die Produktivität, die Kostenstruktur und die Wettbewerbsfähigkeit in diesem Industriezweig entwickeln. Dabei wird eine Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit von derzeit 35 Stunden in der Metall- und Elektroindustrie auf 32 bzw. 30 Stunden betrachtet.

Neben einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit wird die „Rente mit 60“ analysiert. Das Ziel ist die Bewertung einer Arbeitszeit-

reduzierung durch das Vorziehen des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre. Ausgangspunkt ist der vorgeschlagene Tariffonds, der eine Rentenabschlagskompensation vorsieht. Es werden sowohl der Finanzbedarf eines Tariffonds ermittelt als auch die Beschäftigungseffekte einer „Rente mit 60“. Laufzeit: August 1999 – Januar 2000
Ansprechpartner: Ralf-Henning Peters
(Tel.: -169, E-Mail: peters@zew.de)

Labour Market Flexibility in the Wake of EU Accession – Poland Compared with the Iberian Experience

Zuwendungsgeber:
Europäische Kommission (Phare ACE 1997)
Projektteam:
Dr. Una-Louise Bell
Dr. Patrick A. Puhani (Leiter),
SIAW, Universität St. Gallen
Dr. Viktor Steiner (Leiter)
Kooperationspartner:
Prof. S. Borkowska,
Universität Lodz und Institute of Labour Market and Social Studies, Warschau, PL
Prof. E. Krynska,
Universität Lodz und Institute of Labour Market and Social Studies, Warschau, PL
Prof. E. Kwiatkowski,
Universität Lodz, PL
Prof. H. Sobocka-Szczapa,
Universität Lodz, PL
Prof. P. Teixeira,
Universität Coimbra, P

Der Beitritt zur Europäischen Union wird oft als letzte Hürde des Transformationsprozesses der mittel- und osteuropäischen Staaten betrachtet. Obwohl diese Staaten 10 Jahre nach dem Ende der Planwirtschaft ähnliche Institutionen wie die EU besitzen, wird der EU-Beitritt die Kandidaten mit den noch verbleibenden Herausforderungen der marktwirtschaftlichen Transformation konfrontie-

ren. Insbesondere werden der freie Güter- und Kapitalverkehr sowie die freie Arbeitsmobilität innerhalb der EU weitere strukturelle Anpassungen erfordern.

Polen ist mit Abstand der größte Beitrittskandidat. In diesem Forschungsvorhaben wird daher die Flexibilität des polnischen Arbeitsmarktes untersucht. Portugal und Spanien in der Zeit ihres EU-Beitritts werden dabei als Referenzbeispiele betrachtet (diese Länder hatten z. B. wie Polen einen im Vergleich zur damaligen EU sehr hohen Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft beschäftigt).

In diesem Projekt wird Arbeitsmarktflexibilität nicht nur in der sektoralen, sondern auch in der beruflichen und geographischen Dimension betrachtet. Des Weiteren wird die Flexibilität der Löhne im Rahmen von Struktur Anpassungen untersucht. Den empirischen Untersuchungen werden dabei hauptsächlich mikroökonomische Methoden zugrunde liegen. Die hierbei verwendeten Individualdaten sollen detaillierte Kenntnisse über Strukturveränderungen und institutionelle Mängel am polnischen Arbeitsmarkt vermitteln. Daraus sollen politikrelevante Vorschläge zur Gestaltung der polnischen (Arbeitsmarkt-)Institutionen im Rahmen des anstehenden Beitritts zur Europäischen Union erarbeitet werden.

Laufzeit: Oktober 1999 – April 2001
Ansprechpartner: Dr. Viktor Steiner
(Tel.: -151, E-Mail: steiner@zew.de),
Dr. Patrick A. Puhani (Tel.: +41 71 224-2341,
E-Mail: patrick.puhani@unisg.ch)

Analysis of the Impact of Innovation on Employment Using CIS II Data

Auftraggeber:
Europäische Kommission (DG XIII)
Projektteam:
Johannes Ludsteck
Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Kooperationspartner:

Dr. Hannes Leo, Dr. Michael Pfaffermayer,
Dr. Gernot Hutschenreiter,
Österreichisches Institut für
Wirtschaftsforschung (WIFO)

Die Frage nach den Beschäftigungswirkungen des technischen Fortschritts hat in den letzten Jahren – angesichts des Einzugs von Informationstechnologien in allen Bereichen der Arbeitswelt und zunehmender Arbeitslosigkeit – wieder an Bedeutung gewonnen. Obwohl sie seit Jahren intensiv behandelt wird, ist sie zumindest aus empirischer Sicht nach wie vor ungeklärt. Das liegt vor allem an methodischen Problemen, die mit dem bisher vorliegenden Datenmaterial nicht beseitigt werden konnten. Eine besondere Hürde für die empirische Forschung stellen Spillover-Effekte (Neuerungen in einem bestimmten Sektor oder einer bestimmten Technologie induzieren Fortschritt in anderen Sektoren) und das Problem dar, dass positive Beschäftigungseffekte von Innovationen, die auf einen bestimmten Sektor oder ein bestimmtes Land beschränkt sind, unter Umständen durch negative Wirkungen in anderen Sektoren oder Ländern überkompensiert werden und insgesamt einen negativen Gesamteffekt implizieren.

Im Projekt wird versucht, diese methodischen Probleme mit Hilfe des CIS-II-Datensatzes (Community Innovation Survey) zu lösen. Er ist in besonderer Weise dafür geeignet, weil er vergleichbare und konsistente Firmendaten von 15 Ländern der Europäischen Union zusammenstellt und detaillierte Informationen zum Themenkreis Innovation und Beschäftigung enthält. Die Ergebnisse der Studie können zum einen präzisere Antworten auf die Frage der Beschäftigungswirkungen von Innovationen liefern, aus denen sich entsprechende beschäftigungspolitische Maßnahmen ableiten lassen. Zum anderen werden sich aus den Arbeiten methodische Erkenntnisse für zukünftige Befragungen ableiten lassen.

Laufzeit: Januar 1999 – Juli 2000

Ansprechpartner: Dr. Viktor Steiner
(Tel.: -151, E-Mail: steiner@zew.de)

Aus der Arbeitslosigkeit
in die Selbstständigkeit

Zuwendungsgeber:

Förderkreis Wissenschaft und Praxis
am Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung e.V.

Projektbearbeiter:

Frank Reize

Ziel dieses Projektes ist es, die Möglichkeiten und Grenzen der selbstständigen Erwerbstätigkeit als Weg aus der Arbeitslosigkeit zu analysieren. Als Ausgangspunkt wird hierbei eine theoriegeleitete Analyse des Übergangs aus Arbeitslosigkeit in die selbstständige Erwerbstätigkeit durchgeführt. Hierfür werden verschiedene Modelle der Wahl der beruflichen Stellung mit Modellen der Suche eines Arbeitslosen nach einer abhängigen Beschäftigung verknüpft. Ausgehend von der Suche eines Arbeitslosen nach einer abhängigen oder selbstständigen Erwerbstätigkeit kann das Suchmodell um Komponenten der Entscheidungsmodelle zur selbstständigen Erwerbstätigkeit ergänzt werden. Ein Arbeitsloser wird sich für die Selbstständigkeit entscheiden, sofern der erwartete Ertrag der selbstständigen Erwerbstätigkeit über seinem Anspruchslohn respektive über dem erwarteten Lohnangebot liegt.

Die Erweiterung des Suchmodells um die Alternative der selbstständigen Erwerbstätigkeit und ihre empirische Überprüfung kann folgendermaßen begründet werden. Zum einen gibt es empirische Evidenz, dass die Höhe der Arbeitslosigkeit die Selbstständigengquote beeinflusst, und zum anderen suchen nach Auswertungen der Daten des Mikrozensus immer mehr Menschen nach einer selbstständigen Erwerbstätigkeit.

Die konkrete Analyse soll hierbei einerseits die Determinanten der Selbstständigkeit unter vormals arbeitslosen Personen untersuchen. Das heißt, inwieweit unterscheiden sich Arbeitslose, die ein Unternehmen gründen, hinsichtlich ihrer Qualifikation, Erwerbsbiographie, insbesondere der Dauer der Arbeitslosigkeit, oder ihres sozio-ökonomischen Umfeldes von anderen Arbeitslosen oder wie unterscheiden sich vormals arbeitslose Existenzgründer von vormals beschäftigten Existenzgründern? Darüber hinaus soll der Erfolg der selbstständigen Erwerbstätigkeit anhand des erneuten Arbeitslosigkeitsrisikos und der Einkommensentwicklung bewertet werden. Folgende Fragen sollen somit beantwortet werden:

- ▷ Welcher Arbeitslose macht sich selbstständig? Wie stabil ist die selbstständige Erwerbstätigkeit?
- ▷ Welche Einkommenschancen und -risiken sind damit verbunden?

Als Datengrundlage für eine empirische Analyse werden das „Sozioökonomische Panel“ (SOEP) und ergänzend der „Mikrozensus“ verwendet.

Laufzeit: April 1999 – März 2000

Ansprechpartner: Frank Reize
(Tel.: -159, E-Mail: reize@zew.de)

Entwicklung eines Frühindikators für die europäische Konjunktur

Projektteam:

Dr. Herbert S. Buscher (Leiter)
Daniel Radowski

Mit der zunehmenden Bedeutung der konjunkturellen Entwicklung in der EU für die einzelnen Mitgliedstaaten ist es erforderlich, frühzeitig Informationen über die zu erwartende Entwicklung zu erzielen. Das Projektteam entwickelt einen „leading indicator“ für die Europäische Union als Ganzes. Dieser Indikator soll vorlaufende Eigenschaften haben und

in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts der EU15 stehen. Neben qualitativen Aussagen soll der Indikator auch Informationen liefern, die eine quantitative Abschätzung der zu erwartenden Entwicklung erlauben.

Laufzeit: April 1999 – März 2000

Ansprechpartner: Daniel Radowski
(Tel.: -296, E-Mail: radowski@zew.de)

Growth, Inequality and Training

Auftraggeber:

Europäische Kommission (DG XIII)

Projektteam:

Johannes Ludsteck

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Kooperationspartner:

Prof. Carlo Carror,

Fondazione Eni Enrico Mattei, I

Prof. Claude D'Aspremont,

Centre for Operations Research and

Econometrics, B

Prof. Alfonso Gambardella,

Fondazione Eni Enrico Mattei, I

Dominique Goux,

INSEE, F

Prof. Jaques Mairesse,

Centre de Recherche en Economie et

Statistique (CREST), F

Prof. Thomas Moutos,

Centre for Economic Research and

Environmental Strategy, GR

Prof. David Ulph (Koordinator),

University College London, GB

Prof. John van Reenen,

University College London, GB

Die in den letzten zwei Jahrzehnten insbesondere in den angelsächsischen Ländern angestiegenen Einkommensdifferenziale zwischen Qualifizierten und Unqualifizierten werden in der ökonomischen Theorie erklärt durch die zunehmende Bedeutung des internationalen Handels (Auslagerung von lohn-

intensiven Produktionsprozessen in Niedriglohnländern) oder Skill Biased Technical Change, d.h. technischen Fortschritt, der Qualifizierte und Hochqualifizierte begünstigt. Theoretische und empirische Untersuchungen zum Thema konzentrieren sich bisher hauptsächlich auf die Nachfrageseite, d. h. die Veränderung der Arbeitsnachfrage von Unternehmen aufgrund technischen Fortschritts (Substitution unqualifizierten Personals durch qualifiziertes), oder auf (in Niedriglohnländern) ausgelagerte Produktionsprozesse. Im Rahmen des Projekts soll diese Lücke einerseits durch Integration der Angebotsseite in ein Gesamtmodell, andererseits durch detaillierte Analysen des Weiterbildungsverhaltens privatwirtschaftlicher Unternehmen geschlossen werden. Alle Analysen stützen sich auf vergleichbare Daten europäischer Länder. Die empirischen Untersuchungen des ZEW-Projektteams stützen sich vor allem auf die Datensätze des Mannheimer Innovationspanels.

Laufzeit: Januar 1999 – Dezember 2000

Ansprechpartner: Dr. Viktor Steiner
(Tel.: -151, E-Mail: steiner@zew.de)

Public Funding and Private Returns to Education

Auftraggeber:

Europäische Kommission
(Targeted Socio-Economic Research)

Projektteam:

Charlotte Lauer

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Kooperationspartner:

Dr. Mahmood Arai,

National Institute of Economic Research,
Stockholm University, S

Dr. Rita Asplund (Koordinator),

Research Institute of the
Finnish Economy, FIN

Prof. Josep Luis Eaymond Bara,
Universitat Autònoma de Barcelona, E

Dr. Erling Barth,

Institute for Social Research, N

Prof. Giorgio Brunello,

Fondazione Enrico Mattei, I

Dr. Colm Harmon,

University College Dublin, IRL

Prof. Joop Hartog und Dr. Joop Odink,

Universität Amsterdam, NL

Prof. Pedro Telhado Pereira,

Universidade Nova de Lisboa, P

Dr. Alli Skalli,

ERMES, Université Panthéon-Assas, Paris, F

Prof. Panos Tsakloglou,

Center for Economic Research and

Environmental Strategy, GR

Prof. Ian Walker,

Keele University, GB

Prof. Niels Westergaard-Nielsen,

Centre for Labour Market and

Social Research, DK

Prof. Rudolf Winter-Ebmer,

Universität Linz, A

Dr. Josef Zweimüller,

Institut für Empirische Wirtschaftsforschung,

Universität Zürich, CH

Bildungssysteme in Europa unterscheiden sich unter anderem in dem Ausmaß der Differenzierung der Schüler nach Lernfähigkeit, in der relativen Bedeutung der beruflichen Bildung im Vergleich zur allgemeinen Bildung sowie im System der Bildungsfinanzierung und der finanziellen Unterstützung der Studenten. Es ist zu erwarten, dass sich diese Unterschiede auf Ausbildungsentscheidungen und auf die Rendite der Ausbildung in Form von Arbeitseinkommen auswirken werden. Ziel des Projekts ist die Analyse der Auswirkungen von unterschiedlichen Bildungssystemen auf den individuellen Erfolg am Arbeitsmarkt, wobei 15 Länder untersucht werden. Insbesondere sollen folgende Untersuchungen durchgeführt werden:

- ▷ Vergleichende Analyse der Lohn- und Bildungsverteilung und deren zeitlichen Entwicklung in den unterschiedlichen Ländern,

- ▷ Differenzierte Schätzung der Bildungsrenditen und deren zeitlichen Entwicklung,
- ▷ Analyse der Effekte der Unterschiede im Bildungssystem und in der Bildungsfinanzierung auf den privaten Erfolg am Arbeitsmarkt und auf die Lohnungleichheit.

Laufzeit: November 1998 – Oktober 2000

Ansprechpartner: Dr. Viktor Steiner
(Tel.: -151, E-Mail: steiner@zew.de)

Veröffentlichung:

Lauer, C. und V. Steiner (1999), Returns to Human Capital in Germany: Review of the Empirical Literature, in: Asplund, R. and P. Pereira (eds.), *Returns to Human Capital in Europe – A Literature Review*, ETLA B156 Series, 125-144.

Identifizierung neuer oder zu modernisierender dienstleistungsbezogener Ausbildungsberufe und deren Qualifikationsanforderungen

Auftraggeber:

Bundesministerium für
Wirtschaft und Technologie

Projektteam:

Peter Jacobebbinghaus
Dr. Thomas Zwick (Leiter)

Kooperationspartner:

Dr. Helmut Schröder,
infas Institut für angewandte
Sozialwissenschaft, Bonn

In dieser Studie werden zuerst die Branchen des Dienstleistungssektors in der Bundesrepublik identifiziert, die eine überdurchschnittliche Beschäftigungsdynamik aufweisen. Anschließend wird die Frage geklärt, ob in diesen Branchen andere Qualifikationsanforderungen bestehen als in anderen, nicht so stark wachsenden Dienstleistungsbranchen und im verarbeitenden Gewerbe. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Lehrberufen und erfolgt mit Hilfe einer

Auswertung des Mikrozensus und des Mannheimer Dienstleistungspanels. Der zweite Schwerpunkt des Gutachtens ist eine Primärerhebung bei Dienstleistungsbetrieben in Branchen, die stark wachsen und sich in einer strukturellen Umbruchsituation befinden. Die Befragung soll klären, ob die Qualifikationen der Absolventen einer Lehrausbildung den Erwartungen der Betriebe entsprechen und ob neue oder modernisierte Ausbildungsberufe in diesen Bereichen aus Sicht der Betriebe notwendig sind.

Laufzeit: Juni 1999 – Juni 2000

Ansprechpartner: Dr. Thomas Zwick
(Tel.: -283, E-Mail: Zwick@zew.de)

Von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Förderung von Arbeit – Analysen und Empfehlungen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland

Auftraggeber:

Bundesministerium der Finanzen

Projektteam:

Tobias Hagen

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Im Jahr 1998 betragen die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundeshaushalts für Arbeitsmarktpolitik über 133 Milliarden DM. Hinzu kommen noch Ausgaben anderer öffentlicher Körperschaften. Von dem genannten Betrag wurden circa 64% für passive Maßnahmen, wie Arbeitslosengeld und -hilfe und verschiedene arbeitsmarktpolitisch motivierte Frühverrentungsformen, und etwa 36% für aktive Maßnahmen, wie geförderte berufliche Weiterbildung oder für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, aufgewendet.

Angesichts der hohen fiskalischen Kosten, der Hinweise auf geringe oder gar fehlende Effektivität aktiver Maßnahmen und der verbreiteten Diskussion über negative Anreizeffekte von Zahlungen bei Arbeitslosigkeit (Arbeitslo-

sengeld und -hilfe sowie Sozialhilfe) ist eine breitangelegte Evaluation der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland dringend geboten.

Das Ziel des Gutachtens ist eine Bestandsaufnahme und kritische Bewertung der Effizienz und Effektivität einer Vielzahl von Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik. Daraus sollen zum einen Handlungsoptionen für eine effizientere Ausgestaltung abgeleitet werden, zum anderen Ansatzpunkte für eine fundierte wissenschaftliche Evaluation der Arbeitsmarktpolitik in Zukunft aufgezeigt werden. Im Einzelnen verfolgt das Forschungsprojekt die folgenden Ziele:

- ▷ Darstellung der Kriterien und Methoden zur wissenschaftlichen Evaluation der Effizienz und Effektivität der Arbeitsmarktpolitik unter Berücksichtigung der internationalen Erfahrungen,
- ▷ Darstellung der Möglichkeiten und Grenzen der Erfolgskontrolle der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland,
- ▷ Bestandsaufnahme und kritische Würdigung der vorliegenden Studien zur Evaluation der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland,
- ▷ Ableitung von Handlungsempfehlungen für eine effizientere Ausgestaltung der Arbeitsmarktpolitik,
- ▷ Entwicklung konzeptioneller Vorschläge für die zukünftige Evaluationsforschung.

Laufzeit: September 1999 – Februar 2000

Ansprechpartner: Dr. Viktor Steiner
(Tel.: -151, E-Mail: steiner@zew.de)

Die International Labour Organization als internationales Verhandlungssystem:
Eine politisch-ökonomische Analyse

Zuwendungsgeber:

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam:

Dr. Bernhard Boockmann

Prof. Dr. Roland Vaubel (Leiter),
Universität Mannheim

Kooperationspartner:

Prof. Dr. Beate Kohler-Koch,
Universität Mannheim und MZES

Prof. Dr. Franz-Urban Pappi,
Universität Mannheim und MZES

Prof. Dr. Manfred Perlitz,
Universität Mannheim

Prof. Dr. Eibe Riedel,
Universität Mannheim

Gegenstand dieses Projektes ist die Normsetzung durch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Den höchsten Verbindlichkeitsgrad unter diesen Normen haben die ILO-Übereinkommen, die vom Internationalen Arbeitsamt vorformuliert und durch die Internationale Arbeitskonferenz beschlossen werden. Rechtsgültig werden sie jedoch erst durch die Ratifizierung durch den einzelnen Mitgliedstaat. Bis heute gibt es 181 ILO-Übereinkommen zu einer Vielzahl von Gegenständen, von den Grundrechten der Arbeitnehmer über die Sozial- und Beschäftigungspolitik bis zur Regulierung bestimmter Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse.

Im ersten Schritt wird die Ratifikation von ILO-Konventionen durch die Mitgliedstaaten untersucht. Wichtig dafür können drei Gruppen von Faktoren sein: die ökonomischen und Verwaltungskosten, die durch eine Ratifikation entstehen, der politische Druck aus dem Ausland und die internen Kräftekonstellationen. In den bisher durchgeführten Voruntersuchungen erweisen sich vor allem letztere und die ökonomischen Kosten als signifikant.

Die zweite empirische Untersuchung betrifft das Abstimmungsverhalten der Delegierten auf der internationalen Arbeitskonferenz. Sie wird auf der Grundlage eines theoretischen Modells über mögliche Koalitionen durchgeführt. Diese Untersuchung soll eine Antwort auf die Frage geben, ob die Bildung von Interessenkoalitionen für den Entscheidungsprozess bei ILO-Standards charakteristisch ist und ob es Akteure gibt, die auf der Konferenz Agenda-Macht ausüben. In der

Planung befindet sich eine Untersuchung über die Wirksamkeit der Kontrolle bei der Anwendung der Konventionen durch die ILO.

Das Projekt wird im Rahmen der von der DFG geförderten Mannheimer Forschergruppe „Institutionalisierung internationaler Verhandlungssysteme“ durchgeführt, die sich aus Juristen, Politikwissenschaftlern und Ökonomen zusammensetzt. Es ist zunächst auf zwei Jahre angelegt, soll aber insgesamt über einen Zeitraum von sechs Jahren geführt werden. Während in den ersten beiden Jahren vor allem das Modell und der Schätzansatz entwickelt werden sollen, ist für die späteren Projektabschnitte ein Vergleich mit den Theorien und Methoden geplant, die in den anderen Projekten der Forschergruppe verwendet werden. Für die Analyse der ILO könnten zum Beispiel kognitive Theorien und nicht-ökonomische räumliche Modelle alternative Erklärungsmuster bereitstellen.

Laufzeit: März 1999 – Februar 2001

Ansprechpartner: Dr. Bernhard Boockmann,
(Tel.: -156, E-Mail: boockmann@zew.de)

werden die Unterschiede in der Arbeitsmarktentwicklung und der Ausgestaltung der relevanten sozialpolitischen Programme in den beiden Ländern herausgearbeitet. Die folgenden staatlichen Programme werden berücksichtigt: Arbeitslosenunterstützung, Einkommenssicherung bei Frühverrentung und Invalidität sowie Lohnsubventionen an Geringqualifizierte. Diese Programme hängen eng zusammen und beeinflussen die Inzidenz und Dauer der Arbeitslosigkeit sowie die Erwerbsbeteiligung bestimmter sozioökonomischer Gruppen. Die Verteilungseffekte dieser Programme sollen ebenfalls analysiert werden. Eine zentrale Fragestellung ist dabei, inwieweit einkommensbezogene Lohnsubventionen, wie der Earned Income Tax Credit, der in den USA als Einkommenssicherungsprogramm praktiziert wird, auf die unterschiedliche deutsche Situation übertragbar sind und zur Erhöhung der Beschäftigung im Niedriglohnbereich beitragen können.

Laufzeit: August 1999 – Juli 2001

Ansprechpartner: Dr. Viktor Steiner
(Tel.: -151, E-Mail: steiner@zew.de)

Labor Market Effects of Income Support Programs in Germany and the United States – Comparative Analyses and Lessons for Economic Policy

Zuwendungsgeber:

Deutsch-Amerikanisches Akademisches

Konzil

Projektteam:

Peter Jakobebbinghaus

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Kooperationspartner:

Prof. James J. Heckman,

University Chicago, USA

In diesem Projekt werden vergleichende empirische Analysen zu den Arbeitsmarkteffekten von staatlichen Programmen zur Einkommenssicherung in Deutschland und den USA durchgeführt. In einem ersten Schritt

Frauen in kleinen und mittleren Unternehmen in Baden-Württemberg

Auftraggeber:

Staatsministerium des Landes

Baden-Württemberg

Projektteam:

Frank Reize

Elke Wolf

Gaby Wunderlich (Leiterin)

Kooperationspartner:

Institut für Mittelstandsforschung der

Universität Mannheim

INRA Deutschland Gesellschaft für

Markt- und Sozialforschung mbH, Mölln

Mittätige Unternehmerfrauen haben eine erhebliche volkswirtschaftliche Bedeutung. Demgegenüber tragen sie eine ganze Reihe

von Risiken, die abhängig beschäftigte Arbeitnehmerinnen nicht tragen. Dazu gehören die Entwertung ihres Humankapitals durch ausbildungsinadäquate Beschäftigung und mangelnde Weiterbildung, die Gefahr des sozialen Abstiegs im Falle von Trennung, Scheidung oder Tod des Firmeninhabers und mangelnde Alterssicherung. In Anbetracht auch der besonderen Belastungen, von denen mittätige Frauen außerdem aufgrund der Verknüpfung von Haushalt und Unternehmen betroffen sind, ist es umso erstaunlicher, dass die Leistungen dieser Frauen von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden und statistische und wissenschaftliche Erkenntnisse über die gesamte Gruppe der mittätigen Familienangehörigen insgesamt sehr rar sind. Diesem Informationsmangel soll mit Hilfe des vom Staatsministerium Baden-Württemberg in Auftrag gegebenen Projekts entgegengetreten werden. In Form einer telefonischen Befragung, die im November und Dezember 1999 von INRA durchgeführt wurde, konnten Daten von etwa 1200 Personen erhoben werden. Der zugrunde liegende Fragebogen wurde vom ZEW in Zusammenarbeit mit dem Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim und einer Vertreterin der Vereinigung der Frauen europäischer Mittel- und Kleinbetriebe (FEM) entwickelt. Das Projekt wird im Jahr 2000 mit der Auswertung der gesammelten Daten weitergeführt. Darüber hinaus werden diese Informationen mit Daten über abhängig beschäftigte Arbeitnehmerinnen (SOEP, Mikrozensus) verglichen.

Laufzeit: August 1999 – Juni 2000

Ansprechpartnerin: Gaby Wunderlich
(Tel.: -287, E-Mail: wunderlich@zew.de)

Entwicklung und Validierung wissenschaftlicher Indikatoren über den Zusammenhang zwischen Kriminalität, sozialer Kohäsion und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit

Auftraggeber:

Europäische Kommission

Projektteam:

Prof. Dr. Horst Entorf (Leiter),

Universität Würzburg

Hannes Spengler

Kooperationspartner:

Bundeskriminalamt, Wiesbaden

Ziel des Projekts ist die Entwicklung und Validierung einer Reihe von wissenschaftlichen Indikatoren zur Verdeutlichung der Wechselwirkungen zwischen Kriminalität, sozialer Kohäsion und sozioökonomischer Situation sowie zur Bewertung der negativen Auswirkungen von Kriminalität auf das Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Das Projekt besteht aus drei Teilen: Der erste Teil beinhaltet die Zusammenfassung der für die Bestimmung eines diesbezüglichen Indikatorensystems relevanten Aussagen der wichtigsten neueren Forschungen zu den Ursachen und Faktoren der Entstehung von Kriminalität sowie zum Einfluss der Kriminalität auf das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das in der ersten Stufe gewonnene sachlogische Indikatorensystem wird im zweiten Projektteil in eine funktionale Form umgesetzt, die einer empirischen Überprüfung zugänglich ist. Im abschließenden dritten Projektteil erfolgt eine Evaluierung des empirischen Indikatorensystems hinsichtlich seiner (ex post und ex ante) Vorhersagegenauigkeit anhand von Datenmaterial ausgewählter EU-Mitgliedstaaten.

Laufzeit: Januar 1999 – Januar 2000

Ansprechpartner: Hannes Spengler

(Tel.: -284, E-Mail: spengler@zew.de)

Ökonomie und Kriminalität

Projektteam:

Prof. Dr. Horst Entorf,
Universität Würzburg

Hannes Spengler

Kooperationspartner:

Bundeskriminalamt, Wiesbaden

In den letzten 30 Jahren hat sich das Kriminalitätsaufkommen in der Bundesrepublik Deutschland von etwa 3 Straftaten pro 100 Einwohner auf etwa 8 Straftaten pro 100 Einwohner erhöht. Diese Zahlen lassen unter anderem auf ökonomische Konsequenzen der Kriminalität schließen, denn Kriminalitätsbekämpfung und -verhütung erfordern die Zuteilung immer knapper werdender öffentlicher Mittel. Daneben verursacht Kriminalität erhebliche materielle und seelische Schäden bei ihren Opfern. Das Projekt versucht die politische Entscheidungsfindung durch ökonomische Hintergrundinformation zu erleichtern.

Der erste Schritt zur Erreichung dieses Ziels ist die Bewertung vorhandener Schäden. Hier geht es um die pekuniäre Bewertung von immateriellen Kriminalitätsschäden, wie sie hauptsächlich bei Gewaltdelikten (z.B. Vergewaltigung, Raub, Körperverletzung) auftreten, sowie um eine realistische Aufbereitung des vom Bundeskriminalamt veröffentlichten Schadens aus Eigentumsdelikten (z.B. Diebstahl, Betrug, Sachbeschädigung), der sich bisher nur an den direkten materiellen Kriminalitätsschäden orientiert.

Den Hauptteil des Projekts bildet die ökonomische Analyse der potenziellen Einflussfaktoren von Kriminalität, die mittels eines Panels deutscher Kreisdaten durchgeführt wird. Die Ergebnisse früherer Studien, wonach Kriminalität von Variablen aus unterschiedlichen „Bereichen“ (Demographie, Ökonomie, Sozialsystem, Justizsystem, Politik, Psychologie, Medien etc.) beeinflusst wird, verbietet es, sich diesem Untersu-

chungsgegenstand monokausal, d.h. ausschließlich von der ökonomischen Seite zu nähern, weshalb das Projekt eine ausgeprägte interdisziplinäre Ausrichtung besitzt.

In der abschließenden Projektphase wird angestrebt, auf der Grundlage der vorangegangenen Ergebnisse Empfehlungen an politische Entscheidungsträger auszusprechen. In diesem Zusammenhang sollen z. B. die folgenden Fragen beantwortet werden: „Rechnet“ sich die Neueinstellung von Polizeibeamten? Ist das „New Yorker Modell“ ökonomisch sinnvoll? Sollen Bagatelldelikte verfolgt werden? Würde eine Strafverschärfung greifen? Welche Form der Strafdurchführung ist sinnvoll?

Laufzeit: Dezember 1999 – August 2000

Ansprechpartner: Hannes Spengler

(Tel.: -284, E-Mail: spengler@zew.de)

Veröffentlichung:

Entorf, H. and H. Spengler (1998), *Socio-Economic and Demographic Factors of Crime in Germany: Evidence from Panel Data of the German States*, ZEW Discussion Paper No. 98-16, Mannheim (erscheint in *International Review of Law and Economics*).

Analyse ausgewählter Reformoptionen in der Alterssicherung

Projektteam:

Hermann Buslei (Leiter)

Dr. Viktor Steiner

Kooperationspartner:

Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D.,
Universität Mannheim

Prof. Dr. Hans Fehr,
Universität Würzburg

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen,
Universität Freiburg

Die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung (gRV) wird weithin als eines der wichtigsten politischen Reformvorhaben angese-

hen. Nach einem im Projekt durchgeführten und in der CD-ROM Alterssicherung KOMPE-TENT (vgl. Verbundprojekte) enthaltenen Vergleich langfristiger Vorausberechnungen des Beitragssatzes in der gRV ist unter den geltenden rechtlichen Regelungen mit einem deutlichen Anstieg des Beitragssatzes zu rechnen. Im Zentrum der politischen Diskussion stehen Reformvorschläge, die Modifikationen am bestehenden System vornehmen, dieses aber grundsätzlich beibehalten wollen. Von diesen Reformvorschlägen wird im Projekt eine Senkung des Rentenniveaus in Abhängigkeit von der Entwicklung der Lebenserwartung untersucht. Die Effekte einer Umfinanzierung von Rentenversicherungsbeiträgen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wurden in einem Simulationsmodell mit überlappenden Generationen betrachtet. Die Umfinanzierung führt zwar zu einem niedrigeren Beitragssatz in der gRV, die Gesamtbelastung der Erwerbstätigen durch Steuern und Sozialbeiträge sinkt jedoch nur geringfügig. Die kurzfristigen Effekte im verwendeten Modell wurden in einer Untersuchung im Rahmen der temporären Arbeitsgruppe Makroökonomie mit den Ergebnisse anderer am ZEW verwendeter Modelle verglichen. In allen Modellen zeigte sich in der kurzen Frist nur ein geringer Anstieg der Beschäftigung.

In Politik und Wissenschaft werden aber auch weitergehende Vorschläge diskutiert. Hierbei stehen Vorschläge zu einer verstärkten Kapitaldeckung der Alterssicherung im Mittelpunkt. Von diesen wird der Vorschlag eines Übergangs auf eine beitragsfinanzierte Grundrente, die die Sozialhilfe leicht übersteigt, untersucht. Daneben werden die inter- und intragenerationalen Verteilungseffekte verschiedener Vorschläge zur Reform der Besteuerung der Rentenleistungen betrachtet. Die Untersuchung erfolgt zum überwiegenden Teil in einem Überlappende-Generationen-Wachstumsmodell. In der ersten Projektphase wurde ein Simulationsmodell, das bereits für verwandte Fragestellungen

verwendet wurde, weiter entwickelt und die Anpassung der endogenen makroökonomischen Größen im Ausgangsgleichgewicht an beobachtete Größen verbessert. Das Modell erlaubt nun eine Berücksichtigung unterschiedlicher Einkommensgruppen. Eine solche Unterscheidung ist eine Voraussetzung für die Untersuchung der Verteilungswirkungen eines Übergangs auf eine einheitliche Grundrente wie auch von Veränderungen in der Besteuerung von Rentenleistungen. Durch einen Vergleich mit anderen europäischen Ländern, die zu Deutschland deutlich verschiedene Rentenregelungen, insbesondere ein niedrigeres Niveau in der „ersten Säule“ der Alterssicherung (Niederlande, Großbritannien), aufweisen, werden die Konsequenzen der Reformoptionen in der Praxis abgeschätzt.

Laufzeit: August 1997 – Mai 2000

Ansprechpartner: Hermann Buslei
(Tel.: -155, E-Mail: buslei@zew.de)

Veröffentlichungen:

Buscher, H. S., H. Buslei, K. Göggelmann, H. Koschel, F. Ramb, T.F.N. Schmidt, V. Steiner and P. Winker (1998), *Empirical Macromodels Under Test – A Comparative Study of a Revenue Neutral Cut in Social Security Contributions*, ZEW Discussion Paper No. 98-40, Mannheim.

Buslei, H. (1999), Übergang auf ein niedrigeres Rentenniveau bei alternativem Rententage, in: Wille, E. (Hrsg.), *Entwicklung und Perspektiven der Sozialversicherung*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 33, Baden-Baden, 69-100.

Buslei, H. (1999), *Wohlfahrtseffekte des Vorschlags zur Besteuerung der Renten in den „Petersberger Steuervorschlägen“*, mimeo, Mannheim.

Analyse der Verteilung des Grundvermögens privater Haushalte

Auftraggeber:

Prognos AG

Projektbearbeiter:

Hermann Buslei

Im Projekt wurden vornehmlich auf Basis der Mikrodaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993 Analysen zur Verteilung des Grundvermögensbestandes, der Grundvermögensbildung, der Einkommen aus Grundvermögen und von Grundvermögenserschäften vorgenommen. Im Vergleich zu früheren Erhebungsjahren der EVS zeigt sich eine leichte Abnahme der Konzentration der Grundvermögensbestände. Dies dürfte in erster Linie auf den Anstieg des Anteils der Haushalte mit Grundvermögen unter den Haushalten mit einer Bezugsperson im Alter über 65 Jahre zurückzuführen sein. Dieser Anstieg beruht wiederum vor allem auf Kohorteneffekten: Ein wachsender Anteil der älteren Haushalte ist nicht mehr von Vermögensverlusten im zweiten Weltkrieg betroffen.

Laufzeit: Dezember 1999 – Januar 2000

Ansprechpartner: Hermann Buslei

(Tel.: -155, E-Mail: buslei@zew.de)

Abgeschlossene Projekte

Lohnflexibilisierung aus ökonomischer und juristischer Sicht (Pilotprojekt)

Zuwendungsgeber:

Förderkreis Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V. (Anschubfinanzierung)

Projektteam:

Prof. Dr. Wolfgang Franz

(Leitung und Gesamtkoordination)

Prof. Dr. Walter A. Oechsler (Leiter),

Universität Mannheim

Dr. Friedhelm Pfeiffer

Prof. Dr. Volker Rieble (Leiter),

Universität Mannheim

Dr. Gabriel Wiskemann,

Universität Mannheim

Im Rahmen des Forschungsvorhabens wurden theoretische und empirische Grundlagen für ein besseres Verständnis der ökonomischen und juristischen Zusammenhänge zwischen dem Arbeitsrechtssystem (insbesondere dem Tarifsystem) und dem Grad der Lohnflexibilität erarbeitet. Die Vielfalt der tarifvertraglichen Regelungen hat in den Neunzigerjahren zugenommen. So hat sich die Zahl der gültigen Tarifverträge erhöht, und ferner ist eine Tendenz zur überproportionalen Zunahme von Firmenverträgen bei neu registrierten Tarifverträgen erkennbar. Allerdings gab es auch 1997 noch mehr Verbands- als Firmentarifverträge. Auf Firmenebene ist im Vergleich zur Verbandsebene der Anteil der Vergütungs-Tarifverträge deutlich höher als der anderer Tarifvertragsarten. Das ist ein Hinweis darauf, dass Unternehmen im Vergütungsbereich eine größere Autonomie suchen, während sie sich mit den Bestimmungen von Manteltarifverträgen eher zurechtfinden können.

Seit den Neunzigerjahren wird vielfach eine stärkere qualifikatorische und regionale

Spreizung der Arbeitsentgelte auch in Flächentarifverträgen gefordert, um den Abbau der Arbeitslosigkeit zu unterstützen. In der Studie wurden für über 20 ausgewählte Tarifbereiche in den alten und neuen Bundesländern das Wachstum von Tariflöhnen und -gehältern zwischen 1994 und 1997 untersucht. In beiden Regionen lässt sich ein etwas stärkeres Wachstum des „Ecklohns“ im Vergleich zur „untersten“ bzw. „obersten“ Tarifgehaltsguppe feststellen. Allerdings sind die Unterschiede nicht groß. Die regionale Spreizung hat dagegen aufgrund des höheren Wachstums der Arbeitsentgelte in den neuen Bundesländern weiter abgenommen.

Das Forschungsvorhaben wurde in einer interdisziplinären Arbeitsgruppe bestehend aus Betriebswirten, Juristen und Volkswirten bearbeitet, um ökonomisch und juristisch fundierte und wirtschaftspolitisch verwertbare Aussagen zur zukünftigen Gestaltung des Arbeitsrechtssystems zu erhalten und weitere Forschungsaktivitäten zu initiieren. Unter anderem wurde auf der Basis der Studie ein umfangreicheres empirisches Forschungsvorhaben vorbereitet, in dem die unterstellten Zusammenhänge und Hypothesen aus ökonomischer und juristischer Sicht überprüft werden sollen. Dieses Forschungsvorhaben wird seit Mai 1999 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt (siehe unter laufende Projekte „Flexibilisierung des Arbeitsentgeltes aus ökonomischer und juristischer Sicht“).

Laufzeit: Oktober 1997 – September 1998

Ansprechpartner: Dr. Friedhelm Pfeiffer
(Tel.: -150, E-Mail: pfeiffer@zew.de)

Veröffentlichungen:

Fitzenberger, B. und W. Franz (1998), Flexibilität der qualifikatorischen Lohnstruktur und Lastverteilung der Arbeitslosigkeit: Eine ökonometrische Analyse für Westdeutschland, in: Gahlen, B., H. Hesse und H.-J. Ramser (Hrsg.), *Verteilungsprobleme der Gegenwart. Diagnose und Therapie*, Tübingen, 47-79.

Pfeiffer, F. (1999), *Lohnflexibilisierung aus volkswirtschaftlicher Sicht*, ZEW Dokumentation Nr. 99-01, Mannheim.

Ausbildung und individueller Erfolg – Biographien und Effekte der Ausbildung

Auftraggeber:

European Centre for the Development of Vocational Training – Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsausbildung, Saloniki

Projektbearbeiter:

Dr. Friedhelm Pfeiffer

Ziel der Studie war eine vergleichende europäische Analyse der Bestimmungsgründe und Wirkungen von Bildungsinvestitionen auf der individuellen Ebene, wobei ein Schwerpunkt auf dem sekundären Bildungsbereich liegt. Die Arbeit basiert auf einer Literaturübersicht und ergänzenden Studien des ZEW. Die Wirkungen von Bildungsinvestitionen hängen unter anderem von den individuellen Fähigkeiten, von den bereits vorhandenen individuellen Qualifikationen, vom sozialen Hintergrund, von der Qualität der Bildungseinrichtung, von der Dauer der Schulpflicht, von der Finanzierung und dem Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte insgesamt ab.

Aus ökonomischer Sicht werden Investitionen in Bildung typischerweise durch ihren Beitrag zur Verbesserung individueller Fähigkeiten, zur Erhöhung der individuellen Produktivität sowie gesamtwirtschaftlich zur Erhöhung des Wohlstandes begründet. Diese traditionelle humankapitaltheoretische Sichtweise ist in den letzten Jahren verstärkt um informationstheoretische Aspekte ergänzt bzw. dadurch in Frage gestellt worden. In Filter- und Sortiermodellen steht nicht der lern- und produktivitätserhöhende Beitrag von Bildung im Vordergrund, sondern dessen Auslesefunktion zur Rekrutierung von Arbeits-

kräften. Durch Investitionen in Bildung wird ein Zertifikat oder Diplom erworben, das als Signal für ansonsten nicht beobachtete, aber von Arbeitgebern gewünschte Fähigkeiten (wie z. B. Motivation) dient und insofern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Produktivitätssteigerungen sind somit nicht das einzige Ziel von Bildungsinvestitionen. In der Literatur gibt es zwar einen weitgehenden Konsens dahingehend, dass beide Sichtweisen eine gewisse empirische Relevanz haben. Allerdings wird die Frage, wie hoch der humankapitaltheoretisch begründbare Anteil ist, keineswegs einheitlich beantwortet. Gerade dieser Anteil ist es aber, den die Befürworter einer Ausweitung von staatlichen Bildungsinvestitionen im Auge haben, wenn sie mehr Bildung fordern.

Vor allem in den frühen Lebensjahren eines Menschen sind Bildungsinvestitionen geeignet, das Humanvermögen zu entwickeln. Frühe, quantitativ ausreichende und qualitativ hochwertige Bildungsinvestitionen scheinen daher humankapitaltheoretisch von großer Bedeutung.

Laufzeit: Oktober 1998 – November 1999

Ansprechpartner: Dr. Friedhelm Pfeiffer
(Tel.: -150, E-Mail: pfeiffer@zew.de)

Die Entwicklung der betrieblichen Ausbildungsbereitschaft in Baden-Württemberg

Auftraggeber:

Staatsministerium Baden-Württemberg

Projektteam:

Prof. Dr. Wolfgang Franz

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Dr. Volker Zimmermann

Die Lehrstellensituation in Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren im Vergleich zur Situation Anfang der Neunzigerjahre ungünstig entwickelt. Hatte damals das Lehrstellenangebot die Nachfrage noch deutlich übertroffen, ist seither das An-

gebot deutlich gesunken. In den letzten Jahren konnten das Angebot und die Nachfrage zwar im Durchschnitt über alle Berufe noch ausgeglichen werden, dies war jedoch mit erheblichen Anstrengungen seitens der Verbände, Gewerkschaften und Politik verbunden. Vor diesem Hintergrund wird in der wirtschaftspolitischen Diskussion die zu geringe bzw. nachlassende Ausbildungsbereitschaft der Betriebe problematisiert.

Die empirische Untersuchung ergab, dass beinahe alle Maßzahlen für den Arbeits- und Lehrstellenmarkt in Baden-Württemberg eine günstigere Situation anzeigen als im übrigen westlichen Bundesgebiet. Dafür ist unter anderem verantwortlich, dass – aufgrund einer Vielzahl von Alternativen – in Baden-Württemberg weniger Jugendliche Lehrstellen nachfragen als in anderen Bundesländern. Allerdings gleicht sich die Situation in Baden-Württemberg zunehmend der im restlichen Bundesgebiet (West) an.

In einem weiteren Schritt wurden Hypothesen über die Determinanten der Ausbildungsbereitschaft formuliert und sodann mit Hilfe von Unternehmensbefragungen auf ihren empirischen Gehalt überprüft. Dabei zeigte sich, dass die Ausbildungsbereitschaft im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor vornehmlich von der Qualifikationsstruktur, von den Beschäftigungserwartungen für Fachkräfte sowie von der Betriebsgröße abhängen. Auch zeigen sich Unterschiede zwischen einzelnen Branchen. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse und des Versuches einer Abschätzung der zu erwartenden zukünftigen Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen in Baden-Württemberg wurden schließlich wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen abgeleitet.

Laufzeit: Mai 1998 – August 1999

Ansprechpartner: Dr. Viktor Steiner
(Tel.: -151, E-Mail: steiner@zew.de)

Veröffentlichung:

Franz, W., V. Steiner und V. Zimmermann,
Die betriebliche Ausbildungsbereitschaft im

technologischen und demographischen Wandel, erscheint als Bd. 46 der ZEW Wirtschaftsanalysen.

Der Arbeitsmarkt für Jugendliche in Deutschland

Projektteam:

Prof. Dr. Wolfgang Franz (Leiter)

Dr. Volker Zimmermann

Die Arbeitsmarktforschung hat die Analyse des Arbeitsmarktes für Jugendliche zu Recht verstärkt thematisiert und zwar schon zu einer Zeit, als die Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zu anderen Altersgruppen oder im internationalen Vergleich ein relativ geringes Problem darstellte. Die Rechtfertigung für die besondere Bedeutung des Arbeitsmarktes für Jugendliche liegt nicht nur in den enormen gesamtwirtschaftlichen Kosten, sondern auch in den höheren individuellen Belastungen, mit denen ein Jugendlicher, der sein Erwerbsleben mit Arbeitslosigkeit beginnen muss, konfrontiert ist. Im Mittelpunkt der Untersuchungen standen – neben einem empirischen Überblick über die aktuelle Situation in Westdeutschland – drei Aspekte des Jugendarbeitsmarktes, nämlich die Dauer der Jugendarbeitslosigkeit, die Determinanten des Ausbildungsplatzangebotes von Betrieben sowie der Übergangsprozess von der betrieblichen Berufsausbildung in die erste Beschäftigung. Dabei ist das Ausbildungsplatzangebot der Betriebe eine der wichtigsten Einflussgrößen hinsichtlich der Höhe der Jugendarbeitslosigkeit.

Als wichtige Bestimmungsfaktoren für die Situation der Jugendlichen wurden unter anderem das persönliche Bildungsniveau, die gesamtwirtschaftliche Situation, aber auch ein Einfluss des Elternhauses festgestellt. Für die Ausbildungsbereitschaft von Betrieben wurden mit Hilfe eines Hürdenmodells zum Teil unterschiedliche Bestimmungsfak-

toren für die Ausbildungswahrscheinlichkeit und die Ausbildungsintensität, gemessen an der Anzahl von Auszubildenden je Beschäftigten, ermittelt. So ist die Ausbildungswahrscheinlichkeit für innovative Betriebe höher als für nicht innovative Betriebe. Die Ausbildungsintensität unterscheidet sich jedoch nicht wesentlich. Für beide Dimensionen des Ausbildungsengagements erweist sich die Höhe der Ausbildungsvergütungen als maßgeblicher Faktor.

Laufzeit: April 1997 – Oktober 1999

Ansprechpartner: Prof. Dr. Wolfgang Franz
(Tel.: -100, E-Mail: franz@zew.de)

Veröffentlichungen:

Franz, W. und V. Zimmermann (1999), Mobilität nach der beruflichen Ausbildung. Eine empirische Studie für Westdeutschland, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219 (1+2).

Franz, W. und V. Zimmermann (1998), Zur Dynamik der Arbeitslosigkeit in Deutschland, in: Galler, H. P. und G. Wagner (Hrsg.), *Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung*, Frankfurt/M.

Berufliche Weiterbildung, Einkommen und selbstständige Erwerbstätigkeit

Zuwendungsgeber:

Förderkreis Wissenschaft und Praxis
am Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung e.V.

Projektteam:

Dr. Friedhelm Pfeiffer (Leiter)

Frank Reize

Die Rentabilität von Aus- und Weiterbildungsaktivitäten unterscheidet sich in individueller, betrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Hinsicht. Diese Unterschiede helfen, einen Teil der beobachteten Heterogenität von individueller, beruflicher und betrieblicher Weiterbildung zu erklären. Aus der Möglichkeit von externen Effekten bei der

Vermittlung von Allgemeinwissen (Schlüsselqualifikationen) kann eine aus gesamtwirtschaftlicher Sicht langfristig zu geringe betriebliche und individuelle Investitionsaktivität in Weiterbildung resultieren. In diesem Zusammenhang sind aktuelle Bestrebungen in der Politik zu bewerten, die auf eine stärkere Regulierung der beruflichen Weiterbildung abzielen.

Zur Beurteilung der Notwendigkeit solcher Maßnahmen wurde in dem Projekt das Weiterbildungsverhalten von Arbeitnehmern und Selbstständigen verglichen. Die Analysen zeigen, dass sich Selbstständige weniger weiterbilden als Arbeitnehmer, aber ihre Weiterbildungsaktivitäten gleichmäßiger über das Erwerbsleben verteilen. Arbeitnehmer haben mit 15,7 % eine um 3,9 Prozentpunkte höhere Weiterbildungsquote als Selbstständige. Für Arbeitnehmer liegen die höchsten Weiterbildungsquoten mit 36,1 % bei einer Berufserfahrung von 10 bis unter 15 Jahren und bei Selbstständigen mit 36,7 % bei 15 bis unter 20 Jahren. Ferner haben Arbeitnehmer die höchste Weiterbildungsquote mit 35,1 % bei einer Berufszugehörigkeit von 30 oder mehr Jahren. Bei Selbstständigen liegt die höchste Weiterbildungsquote mit 35,2 % am Anfang der selbstständigen Erwerbstätigkeit. Die Einkommenseffekte von Weiterbildung sind bei Arbeitnehmern um bis zu 30 % höher als bei Selbstständigen. Dies weist auf die empirische Bedeutung von internen Aufstiegsprozessen im Falle der Arbeitnehmer hin. Eine Intensivierung und stärkere Regulierung der beruflichen Weiterbildung wird daher nicht zwangsläufig zu einer Verbesserung der beruflichen Situation von Erwerbstätigen führen.

Laufzeit: Juli 1996 – Dezember 1998

Ansprechpartner: Dr. Friedhelm Pfeiffer
(Tel.: -150, E-Mail: pfeiffer@zew.de)

Veröffentlichungen:

Pfeiffer, F. (1998), Eine vergleichende Analyse der Bedeutung von Ausbildung, Fortbildung und nicht formalem Lernen im Ar-

beitsleben, in: Pfeiffer, F. und W. Pohlmeier (Hrsg.), *Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 31, Baden-Baden.

Pfeiffer, F. und F. Reize (1999), *Berufliche Weiterbildung und Existenzgründung*, ZEW Discussion Paper No. 99-12, Mannheim.

Pfeiffer, F. und F. Reize (1999), *Berufliche Weiterbildung und Existenzgründung*, in: Merz, J. (Hrsg.), *Existenzgründung – Tips, Training, Studien und Praxis für Unternehmen und freie Berufe*, Baden-Baden.

Pfeiffer, F. und F. Reize (1999), *Berufliche Weiterbildung, Verdienst und selbstständige Erwerbstätigkeit*, in: von Weizsäcker, R. (Hrsg.), *Bildung und Beschäftigung*, Berlin.

Benchmarking von mitarbeiterbezogenen Fähigkeiten und Fertigkeiten („human skills“) in der europäischen Industrie

Auftraggeber:

Bundesministerium für Wirtschaft

Projektteam:

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Dr. Thomas Zwick

Die Zielsetzung des Projekts ist vor allem industriepolitisch motiviert. Im Einzelnen ging es um folgende Fragestellungen:

- ▷ Ermittlung der relevanten mitarbeiterbezogenen Fähigkeiten und Fertigkeiten („skills“) aus der Sicht der Industrie, insbesondere Identifizierung von „skill“-Engpässen in der Industrie,
- ▷ Kennzeichnung des „skill“-Bedarfs in Abhängigkeit vom technologischen und organisatorischen Wandel, insbesondere der Einführung von Informations- und Kommunikations-Technologien,
- ▷ Darstellung von „illustrativen Fallbeispielen“ zur flexiblen Anpassung des Angebots an mitarbeiterbezogenen „skills“ an die sich rasch verändernden Bedürfnisse der Industrie,

- ▷ Erarbeitung von Empfehlungen für die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten.

Anhand eines vorgegebenen Fragebogens wurden Potenzial und Engpässe von mitarbeiterbezogenen „skills“ in zehn repräsentativ ausgesuchten deutschen Unternehmen ermittelt.

Laufzeit: März 1998 – August 1998

Ansprechpartner: Dr. Thomas Zwick
(Tel.: -283, E-Mail: zwick@zew.de)

Ingenieure und Facharbeiter im Maschinen- und Anlagenbau und in sonstigen Branchen

Auftraggeber:

Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.

Projektteam:

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Elke Wolf

Der Maschinen- und Anlagenbau wird sich in Zukunft möglicherweise Problemen bei der Nachwuchsgewinnung gegenübersehen. Der quantitative Mangel an hochqualifizierten Fachkräften im Maschinen- und Anlagenbau leitet sich aus den zurückgehenden Studentenzahlen in ingenieurwissenschaftlichen Fächern ab. Der qualitative Engpass bei der Nachwuchsgewinnung resultiert aus den sich wandelnden und wachsenden Anforderungen an die Mitarbeiter im Maschinen- und Anlagenbau. Die zunehmende Globalisierung der Märkte, Internationalisierung der Unternehmen und wachsende Bedeutung des Dienstleistungsanteils auch innerhalb dieser Branche erfordern ein hohes Qualifikationsniveau der Mitarbeiter.

Das Nachwuchsproblem kann nur gelöst werden, wenn das Arbeitsangebot an die Anforderungen der Arbeitsnachfrage angepasst wird. Dies setzt voraus, dass den angehenden Mitarbeitern das Anforderungsprofil bekannt ist, sodass sie sich während ihrer Aus-

bildung zielgerichtet darauf vorbereiten können. Daher wurden im Rahmen dieser Studie das Tätigkeitsprofil der Facharbeiter mit typischen Berufen des Maschinen- und Anlagenbaus und der Ingenieure sowie deren soziodemographische Struktur auf Basis der Mikrozensus 1991, 1993 und 1995 detailliert dargestellt. Diese Analyse des Tätigkeitsspektrums kann darüber hinaus als Orientierungshilfe bei der zukünftigen Ausgestaltung der Ausbildungssysteme dienen. Abschließend wurde untersucht, in welchen Branchen die Ingenieure und Facharbeiter mit Berufen des Maschinen- und Anlagenbaus arbeiten.

Laufzeit: Mai 1998 – September 1998

Ansprechpartnerin: Elke Wolf

(Tel.: -294, E-Mail: wolf@zew.de)

Veröffentlichung:

Wolf, E. (1999), *Ingenieure und Facharbeiter im Maschinen- und Anlagenbau und sonstigen Branchen. Analyse der soziodemographischen Struktur und der Tätigkeitsfelder*, ZEW Dokumentation Nr. 99-05, Mannheim.

Arbeitslosigkeit und selbstständige Erwerbstätigkeit. Analysen der ZEW-Gründerdatei und Vergleich mit der IAB-Erhebung §55a AFG (IAB-Projekt 10-481A)

Auftraggeber:

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Projektteam:

Dr. Friedhelm Pfeiffer (Leiter)

Frank Reize

In den Jahren 1991 bis 1998 förderte die Bundesanstalt im Rahmen des Überbrückungsgeldes fast 450.000 Arbeitslose als Teil der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Ziel dieser Politik ist es, die Arbeitslosigkeit durch die Förderung der Selbstständigkeit zu ver-

ringern. Bestandteil des Projektes war eine statistische Korrelationsanalyse des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Unternehmensgründungen, die Ziehung und ökonometrische Auswertung einer Vergleichsstichprobe zu der §55a-Erhebung des IAB sowie eine Analyse des Wunsches nach einer selbstständigen Erwerbstätigkeit von Arbeitslosen mit den Daten des Mikrozensus 1991, 1993 und 1995.

Ergebnis der Korrelationsanalyse ist, dass eine einprozentige Zunahme der regionalen Arbeitslosigkeit zu einer Zunahme der Gründungen um 5,7 % bis 13 % führt. Arbeitslosigkeit führt zu überdurchschnittlich vielen Gründungen im Handel, Reparatur- und Gastgewerbe sowie im Kleinstgewerbebereich.

Die Analyse der individuellen Wirkungen des Programms basiert auf einem Vergleich der Existenzgründungen von Arbeitslosen mit Existenzgründungen von sonstigen Personen. Da der Zugang zur Förderung vermutlich nicht zufällig erfolgt, wurden, um den Einfluss der Förderung auf die Unternehmensentwicklung zu bestimmen, ökonometrische Modelle geschätzt, die die Unternehmensentwicklung und die Auswahl zur Förderung simultan bestimmen. Die Schätzergebnisse deuten auf unbeobachtete Selektionseffekte hin. In Bezug auf das Beschäftigungswachstum konnten nach Kontrolle der unbeobachteten Selektionseffekte keine Unterschiede zu den sonstigen Existenzgründungen festgestellt werden. Die Überlebenswahrscheinlichkeit der aus Arbeitslosigkeit gegründeten Unternehmen in den neuen Bundesländern lag allerdings um 6 % niedriger als bei den sonstigen Existenzgründungen.

Zwischen 1991 und 1995, so die Analyse des Mikrozensus, ist die Zahl der Personen, die eine Tätigkeit als Selbstständiger suchten, zunächst gefallen und dann wieder gestiegen. Im Jahre 1995 suchten in Deutschland mehr als 5,3 Millionen Personen eine neue Tätigkeit, davon 177.000 oder fast 3 % eine selbstständige. Arbeitslose haben so-

mit einen zunehmenden Anteil an der Zahl der Arbeitsuchenden, die selbstständig werden wollen.

Laufzeit: Dezember 1997 – September 1998

Ansprechpartner: Dr. Friedhelm Pfeiffer

(Tel: -150, E-Mail: pfeiffer@zew.de)

Veröffentlichungen:

Pfeiffer, F. (1999), Existenzgründungen und Arbeitsplätze – schaffen oder verdrängen? in: Evangelische Akademie (Hrsg.), *Arbeit, Arbeit, Arbeit*, Bad Boll.

Pfeiffer, F. (1999), Existenzgründerpotenziale unter Arbeitsuchenden. Empirische Evidenz mit den Daten des Mikrozensus, *MittAB* 32 (3), 1-25.

Pfeiffer, F. und F. Reize (1999), Arbeitslosigkeit, Selbstständigkeit und Existenzgründungen, in: Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen (Hrsg.), *Aktuelle Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und Auswirkungen auf das Handwerk*, Duderstadt.

Pfeiffer, F. and F. Reize (1998), *Business Start-Ups by the Unemployed – an Econometric Analysis Based on Firm Data*, ZEW Discussion Paper No. 98-38, Mannheim.

Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich

Auftraggeber:

Hans-Böckler-Stiftung

Projektteam:

Felix Brosius

Hermann Buslei

Peter Jacobebbinghaus

Ralf Martin

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und sich verschlechternden Beschäftigungschancen Geringqualifizierter wird über eine Erweiterung bestehender Lohnsubventionen an Arbeitgeber ebenso intensiv diskutiert wie über lohnbezogene Transfers an Arbeitnehmer. Letztere sollen nach verschiedenen

Vorschlägen den Anreiz von arbeitslosen Sozialhilfeempfängern bzw. Arbeitslosenhilfeempfängern erhöhen, eine Beschäftigung aufzunehmen. Die Beschäftigungseffekte dieser Maßnahmen sind jedoch umstritten. Für eine Beurteilung der Beschäftigungseffekte sind empirische Untersuchungen erforderlich. Diese liegen aber insbesondere für Deutschland kaum vor. Im Gutachten wurden die Beschäftigungseffekte ausgewählter Formen von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich empirisch untersucht und damit der Versuch unternommen, einen Beitrag zur Schließung dieser Lücke zu leisten.

Zur Abschätzung der Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich wurden im Projekt ökonometrische Schätzungen der Reaktion der Arbeitsnachfrage und des Arbeitsangebots auf veränderte Bruttolöhne durchgeführt (Lohnelastizitäten der Arbeitsnachfrage und des Arbeitsangebots). Dazu wurde ein Arbeitsangebotsmodell spezifiziert, das auf der gemeinsamen Entscheidung im Haushaltszusammenhang basiert und das deutsche Einkommensteuer- und Transfersystem detailliert abbildet. Eine zentrale Komponente des Modells stellt das hypothetische Nettohaushaltseinkommen bei alternativ gewählten Stundenkategorien des Haushalts dar. Dieses wurde auf der Basis eines im Projekt entwickelten Steuer-Transfer-Simulationsmodells berechnet. Das Modell basiert auf den Daten des Soziökonomischen Panels für die Jahre 1993-1996. Die Simulation erfolgte für das Jahr 1995.

Die untersuchte Form der Lohnsubvention an Arbeitgeber beinhaltet eine unbefristete, degressiv gestaffelte Stundenlohnsubvention an Unternehmen für Arbeitnehmer im Niedriglohnbereich. Die Abschätzung der Beschäftigungseffekte erfolgte in einem Partialmodell des Arbeitsmarkts. Eine obere Referenzgröße wurde unter der Annahme eines vollständig elastischen Arbeitsangebots hergeleitet. In diesem Fall ergibt sich eine Erhöhung der Zahl der Beschäftigten um etwa

280.000 Personen. Werden dagegen die empirisch ermittelten Arbeitsangebotselastizitäten im Partialmodell des Arbeitsmarkts zugrunde gelegt, ergibt sich lediglich eine Erhöhung der Beschäftigung um etwa 55.000 Personen und ein deutlicher Anstieg der Bruttolöhne im Niedriglohnbereich. Die Angebotselastizitäten wurden in einem Wahlmodell geschätzt, das mögliche Restriktionen der Arbeitsanbieter nicht berücksichtigt. Zur näherungsweisen Berücksichtigung derartiger Restriktionen wurden die Elastizitäten auf hohe, aber noch als realistisch anzusehende Werte gesetzt. In diesem Fall ergibt sich eine Zunahme der Beschäftigung um etwa 100.000 Personen. Allerdings würde diese Reformalternative erhebliche Kosten verursachen, die nicht annähernd durch zu erwartende Mehreinnahmen des Staates aufgrund der höheren Beschäftigung und gestiegenen Löhne kompensiert werden. Die Nettokosten betragen nach einer groben Schätzung etwa sieben Milliarden Mark.

Die untersuchten Reformoptionen in der Sozialhilfe sehen im Vergleich zum geltenden Recht eine Senkung der Transferertragsrate für Erwerbseinkommen vor. Bei der Arbeitslosenhilfe wurde eine Reformalternative betrachtet, die einen höheren maximalen Hinzuverdienst vorsieht und die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit für längerfristig arbeitslose Personen aufhebt. Die Umsetzung dieser Reformoptionen im Rahmen der bestehenden institutionellen Regelungen erscheint unproblematisch. Weiterhin sind die fiskalischen Kosten im Vergleich zur oben beschriebenen Lohnsubventionierung an Unternehmen wegen der Beschränkung auf eine enger eingegrenzte Personengruppe als eher gering einzuschätzen. Die Arbeitsangebotseffekte dieser Alternativen wurden auf der Basis der Schätzergebnisse für das Arbeitsangebotsmodell und des Steuer-Transfer-Simulationsmodells ermittelt. Nach den Ergebnissen der Simulationen sind von den im Projekt untersuchten Re-

formalternativen keine nennenswerten Beschäftigungseffekte zu erwarten. Dies resultiert zum Teil aus der relativ schwachen Reaktion des individuellen Arbeitsangebots, zum Teil aus kompensierenden Arbeitsangebotseffekten in Paarhaushalten. Außerdem führt nur ein Teil des zusätzlichen Arbeitsangebots zu einer Erhöhung der Zahl der Beschäftigten, da zum einen die Erhöhung der Beschäftigung über die Anpassung der Arbeitsstunden erfolgt, zum anderen die Arbeitsnachfrage nur schwach reagiert.

Laufzeit: April 1998 – Dezember 1998

Ansprechpartner: Dr. Viktor Steiner
(Tel.: -151, E-Mail: steiner@zew.de)

Veröffentlichung:

Buslei, H. und V. Steiner (1999), *Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 42, Baden-Baden.

rate Tarifpolitik kann einen signifikanten Beitrag zur Beschäftigungsstabilisierung in der westdeutschen chemischen Industrie liefern. Jedoch wird auch eine moderate Tarifpolitik bei geringem Wachstum der Nettoproduktion den Beschäftigungsabbau in der chemischen Industrie nicht stoppen, sondern nur leicht abfedern können. Dagegen wird eine expansive Tarifpolitik das Beschäftigungsproblem in der chemischen Industrie weiter verschärfen. Eine moderate Lohnpolitik (reale Zunahme von 2 %) kann im Vergleich zu einer expansiven Lohnpolitik (Zunahme von 4 %) den Beschäftigungsrückgang im kommenden Jahr um mehrere Tausend Stellen abmildern.

Laufzeit: Februar 1999 – März 1999

Ansprechpartner: Martin Falk
(Tel.: - 153, E-Mail: falk@zew.de)

Tarifpolitik und Beschäftigung in der chemischen Industrie

Auftraggeber:

Chemieverbände Rheinland-Pfalz

Projektteam:

Martin Falk

Dr. Viktor Steiner

Diese Studie untersuchte die Auswirkungen der Tarifrunde 1999 und der damit verbundenen Reallohnentwicklung auf die zukünftige Beschäftigungsentwicklung in der westdeutschen chemischen und Kunststoff verarbeitenden Industrie. Besonderes Interesse gilt der Frage, inwieweit relative Lohnzurückhaltung zur Beschäftigungsstabilisierung beitragen kann.

Auf Basis von Zeitreihen für den Zeitraum 1960 bis 1998 wurde ein dynamisches Modell der Arbeitsnachfrage geschätzt und auf Stabilität getestet. Die Ergebnisse für die westdeutsche chemische Industrie lassen sich wie folgt zusammenfassen: Eine mode-

III. Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung

Die Wachstumsraten der OECD-Länder entwickelten sich in den letzten zehn Jahren auseinander und lagen in aller Regel deutlich unter denen der beiden Vorgängerdekaden. Während einige Länder, wie Irland, Dänemark oder die USA, von der Zunahme der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung profitieren konnten, verloren andere Volkswirtschaften deutlich an Boden. So nahm Deutschland im Durchschnitt der Neunzigerjahre unter allen OECD-Ländern hinsichtlich des Wirtschaftswachstums den drittletzten Platz ein. Die geringe Wachstumsdynamik lenkt den Blick auf das deutsche Innovationssystem und dessen institutionelle Rahmenbedingungen. Es besteht Anlass zur Vermutung, dass das Innovationssystem und der institutionelle Rahmen den Herausforderungen, die mit der zunehmenden Internationalisierung von Produktions-, Investitions- und Innovationstätigkeiten der Unternehmen verbunden sind, nicht mehr hinreichend gerecht werden. Die mittel- und langfristigen Auswirkungen dieser Entwicklung und die sich daraus ergebenden Anpassungserfordernisse sowohl auf Seiten der Unternehmen als auch auf Seiten der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger verlangen eine andauernde, intensive wissenschaftliche Beobachtung, Analyse und Bewertung.

Der notwendige Anpassungsbedarf und die Anpassungsreaktion der Unternehmen zeigen sich mit besonderer Deutlichkeit bei Betrachtungen unterhalb der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Der Schwerpunkt der vom Forschungsbereich durchgeführten Analysen liegt daher häufig auf der Mikroebene. Analysiert werden das Verhalten der Unternehmen, die dafür relevanten Rahmenbedingungen und die Veränderungen von Märkten und Regionen. Im Zuge der Internationalisierung der Wirtschaft und der fortschreitenden

europäischen Einigung werden sich voraussichtlich unterschiedliche Muster der Marktdynamik einstellen. Unterschiedliche regionale Muster der ökonomischen Aktivitäten müssen daher ebenso im Blickfeld behalten werden wie Veränderungen und Anpassungsnotwendigkeiten auf der Branchen- und der Unternehmensebene. Basierend auf den Analysen zeigt der Forschungsbereich strategische Handlungsoptionen für wirtschafts-, technologie- und innovationspolitische Entscheidungsträger auf europäischer, nationalstaatlicher und regionaler Ebene auf. Die Arbeiten des Forschungsbereichs richten sich aber auch an Unternehmen und unterstützen die Entscheidungsfindung bei Anpassungsprozessen an das sich rapide verändernde ökonomische Umfeld.

Die Forschungsarbeiten widmen sich drei Forschungsschwerpunkten:

- ▷ Im Forschungsschwerpunkt *Innovationsforschung und Innovationspolitik* steht die Analyse der Innovationsprozesse auf der Unternehmensebene im Vordergrund. Untersucht werden auf einzelwirtschaftlicher Ebene die Faktoren, die das Innovationsverhalten von Unternehmen bestimmen. Basierend auf diesen mikroökonomisch fundierten Überlegungen werden das Zusammenwirken der Mikroeinheiten und der das ökonomische Verhalten der Akteure prägende institutionelle Rahmen untersucht, um ein vertieftes Verständnis nationaler und regionaler Innovationssysteme zu erlangen. Dies schafft die Basis für die Ableitung von wirtschafts- und innovationspolitischen Handlungsoptionen. Darüber hinaus werden Veränderungsprozesse von Innovationssystemen im Zuge der Globalisierung der Innovationstätigkeit untersucht.

- ▷ Der Forschungsschwerpunkt *Unternehmensdynamik* umfasst Arbeiten zu den Determinanten von Unternehmensgründungen und -schließungen sowie des externen und internen Wachstums von Unternehmen. Neben den ökonomischen Rahmenbedingungen werden auch Fragen des internen Wandels und der Strategiewahl in der Unternehmensentwicklung behandelt. Darüber hinaus zielen die Arbeiten dieses Schwerpunkts auf ein vertieftes Verständnis der Konsequenzen der Unternehmensdynamik auf der Marktebene ab. Da die nationalen Grenzen innerhalb Europas zunehmend ihre Funktion und Bedeutung für die Tätigkeit der Unternehmen verlieren, sind in diesen Schwerpunkt auch die Untersuchungen zum Einfluss regionaler und lokaler Faktoren auf die Unternehmensentwicklung integriert.
- ▷ Der dritte Forschungsschwerpunkt *Unternehmensstrategien* widmet sich der Entwicklung von Methoden zur Unterstützung der strategischen Entscheidungsfindung von Unternehmen im Rahmen von Produkt-, Prozess- und organisatorischen Innovationen. Entwickelt werden quantitative Modelle zur Prognose der Entwicklung von Absatz- und Beschaffungsmärkten als Grundlage für die Ausrichtung von Unternehmensstrategien.

Forschungsschwerpunkt „Innovationsforschung und Innovationspolitik“

Die Innovationsforschung bildete im Berichtszeitraum – ebenso wie in den Vorjahren – das Rückgrat der Forschungsarbeiten. Im Zentrum standen die Auswertungen der sechsten und siebten Welle der Innovationserhebungen im verarbeitenden Gewerbe und der dritten und vierten Erhebungsrunde im Dienstleistungssektor. Diese Erhebungen werden im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführt. Das System der Berichterstattung für das Bundesforschungsministerium und die Öffentlichkeit

wurde neu konzipiert. Die jeweils im ersten Quartal eines Jahres vorzulegenden Kurzberichte konzentrierten sich auf die Erarbeitung und Interpretation ausgewählter Schlüsselgrößen zum Innovationsverhalten der Unternehmen. Diese Berichte werden ergänzt durch die Schwerpunktberichte, die intensiv auf wechselnde aktuelle Fragestellungen zum Innovationsverhalten der Wirtschaft eingehen. Die Arbeiten konzentrierten sich auf die Untersuchung von Innovationsprozessen und die Charakterisierung typischer Innovationsmuster auf der Unternehmensebene. Dabei wurde der Innovationsprozess nicht als isoliertes Teilstück des Unternehmens gesehen, sondern als integraler Bestandteil der Unternehmensstrategie. Um die Diffusion der Forschungsergebnisse in der Wissenschaft und bei innovationspolitischen Entscheidungsträgern zu unterstützen, wurde die Berichterstattung aus den Vorjahren aufbereitet und in der Schriftenreihe ZEW Wirtschaftsanalysen publiziert. Analyseschwerpunkte waren dabei der Zusammenhang von Export- und Innovationsaktivitäten im Dienstleistungssektor, das Zusammenwirken der Innovationsprozesse innerhalb des Unternehmenssektors und das Verhältnis von Industrieforschung und der öffentlichen FuE-Infrastruktur. Wie in den Vorjahren wurden für die Teilnehmer der Innovationsumfragen branchenspezifische Auswertungen und Analysen auf der Basis der Innovationsdaten erstellt.

Die Innovationsprozesse innerhalb der Unternehmen bilden eine vielschichtige Struktur von Aktivitäten. Die isolierte Beobachtung einzelner Unternehmen würde die systemischen Komponenten von Innovationen vernachlässigen. Innovationsaktivitäten von Unternehmen sind eingebettet in ein komplexes Zusammenspiel von Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten und abhängig von den jeweils geltenden formellen und informellen „Spielregeln“. Das Zusammenwirken dieser Faktoren und die Rolle der öffentlichen FuE-Infrastruktur im Strukturwandel wurden

in verschiedenen Untersuchungen herausgearbeitet. Abgeschlossen wurde jüngst eine Untersuchung der Wissensströme zwischen Industrie- und Dienstleistungssektoren und deren Bedeutung im Entwicklungsprozess der neuen Bundesländer.

Ein zweites wesentliches Arbeitsfeld in diesem Forschungsschwerpunkt war die Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Der Forschungsbereich ist dabei sowohl an der Erstellung des regelmäßigen Indikatorenpakets als auch an einzelnen Schwerpunktstudien (z. B. zum Wissens- und Technologietransfer in Deutschland) beteiligt. In den Jahren 1998 und 1999 hatte der Forschungsbereich zudem die Gesamtkoordination, die Erarbeitung der Konzeption und die Abfassung des zusammenfassenden Endberichts für das Forschungsministerium übernommen. Neben dem ZEW sind an dieser Berichterstattung auch das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung (NIW), das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (FhG-ISI), Karlsruhe, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin und die Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die deutsche Wirtschaft beteiligt. Dieser Institutsverbund wird fallweise ergänzt durch eine Reihe von Experten aus anderen ökonomischen Forschungsinstitutionen in Deutschland (z. B. WZB Berlin, IfW Kiel, ifo München). In den letzten beiden Jahren wurden neben der analytischen Arbeit zur Lage und zu den Perspektiven der technologischen Wettbewerbsfähigkeit auch verstärkt Implikationen für die Innovationspolitik abgeleitet. Das Berichtssystem wurde zudem in Richtung auf eine die aktuelle Innovationspolitik begleitende kritische Kommentierung fortentwickelt. Im Januar 1999 und Januar 2000 wurde der jeweils aktuelle „Zusammenfassende Endbericht zur technologischen Leistungsfähigkeit“ im Rahmen von Ministerpressekonferenzen der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieser Endbericht erfuhr – nicht zuletzt durch die im Januar 2000

anberaumte Parlamentsdebatte zum Bericht – eine breite Aufmerksamkeit in innovationspolitisch orientierten Fachkreisen wie auch der einschlägig interessierten Öffentlichkeit und trug maßgeblich zu einer Stimulierung der Diskussion um die Weichenstellungen zur Innovationspolitik bei. Ebenso wie die Berichte zur Innovationserhebung sind die Berichte zur technologischen Leistungsfähigkeit im Internet verfügbar (www.zew.de/tl99).

Neu in Angriff genommen wurden grundfinanzierte Projekte zur Entwicklung und zum Einfluss ausgewählter Spezifika des deutschen Innovationssystems auf unternehmerische Innovationsaktivitäten. Zu erwähnen sind hier ein Projekt über unternehmerische Strategien im Rahmen von Patentrechtsverletzungsprozessen, das an der Schnittstelle von Industrieökonomik und der ökonomischen Analyse des Rechts angesiedelt ist, und ein Projekt zum Einfluss der direkten FuE-Projektförderung des Bundes auf das Innovationsverhalten von Unternehmen.

Im Rahmen dreier europäischer Forschungsverbünde beteiligt sich der Forschungsbereich an EU-geförderten Projekten, deren gemeinsamer Kern die Bewertung des aktuellen Standes und der Perspektiven der Innovationspolitik auf europäischer Ebene ist (vgl. z. B. die Projekte „Guidelines for Future Innovation Policy of the EU“, „Trend Chart on Innovation in Europe“). Angelaufen sind darüber hinaus auch die Arbeiten für die europäischen Innovationserhebungen, die für das Jahr 2001 vorgesehen sind. Die laufende Diskussion zu diesem Thema wurde dabei durch eine Reihe von Vorträgen von Mitgliedern des Forschungsbereichs bei Expertentreffen der OECD und der EU mitgestaltet.

Die Betrachtung von Internationalisierungsstrategien bei den FuE-Aktivitäten ergänzt die genannten Aspekte. Die Untersuchung zur Internationalisierung der Innovationstätigkeit in ausgewählten Hochtechnologiebranchen wie der Biotechnik, der Mikroelektronik und der Telekommunikationstechnik wurde zur

Publikation aufbereitet. Der Band ist zwischenzeitlich im Physica-Verlag erschienen. Fortgesetzt werden diese Forschungsarbeiten durch ein breit angelegtes Projekt zu den Determinanten der Internationalisierung von FuE-Aktivitäten (empirischer Test der konkurrierenden Erklärungsansätze wie der Markterschließungshypothese, der Technology-Sourcing-These und der By-Product-Hypothese).

In den Berichten zur Innovationstätigkeit im Dienstleistungssektor wurde wiederholt die zentrale Bedeutung der Informationstechnik für den strukturellen Wandel in diesem Sektor hervorgehoben. Ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Projekt, das die Implikationen der Diffusion der Informationstechnik für die Preis- und Produktivitätsentwicklung untersucht, kann als Vertiefung dieser Analysen angesehen werden. Aufgezeigt wird im Rahmen dieses Projekts nicht nur der Einfluss der Informationstechnik auf einzelwirtschaftlicher Ebene, sondern es werden auch die aus der rapiden Entwicklung der Informationstechnik resultierenden Probleme bei der Bildung von Preisindizes auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene dargelegt, wie sie z. B. im Boskin-Report für die Wirtschaft der USA aufgezeigt wurden und zu einschneidenden Veränderungen in der US-amerikanischen Preisstatistik führten.

Forschungsschwerpunkt „Unternehmensdynamik“

Die Arbeiten dieses Schwerpunktes umfassen Untersuchungen über die Determinanten von Unternehmensgründungen, über die Entwicklungspfade der Unternehmen und über die Auswirkungen der Unternehmensdynamik auf regionaler, sektoraler und gesamtwirtschaftlicher Ebene. Wichtige exogene Faktoren, die die Unternehmensgründung und -entwicklung beeinflussen, sind das Gründerpotenzial, regionale Standortbedingungen, Finanzierungsbedingungen, konjunkturelle und politische Rahmenbedingun-

gen. Ziel der Arbeiten dieses Forschungsschwerpunktes ist es, Erkenntnisse über den Einfluss und die Bedeutung solcher Faktoren auf die einzelnen Unternehmensphasen zu gewinnen.

Mit der Errichtung des Neuen Marktes an der Frankfurter Börse und der rasant steigenden Anzahl von Börseneinführungen an diesem Markt ist die Wagniskapitalfinanzierung von jungen Hightech-Unternehmen heute zu einer wichtigen Finanzierungsoption für diese Unternehmen geworden. Der Forschungsbereich widmete sich dieser Entwicklung im Rahmen mehrerer Studien zum Verhältnis von Beteiligungskapitalfinanzierung und Gründungsaktivitäten. Abgeschlossen wurde zu Beginn des Jahres 1999 ein Kooperationsprojekt mit dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung zur Entwicklung und zu den Perspektiven des deutschen Wagniskapitalmarktes und der daraus abzuleitenden Konsequenzen für die Innovations- und Wirtschaftspolitik. Diese Studie zeigt auf, dass Veränderungen der institutionellen Rahmenbedingungen, insbesondere die Einführung des Neuen Marktes und die Abschaffung der Vermögenssteuer, wesentlichen Anteil am rasanten Aufstieg des deutschen Beteiligungskapitalmarktes hatten. Einschlägige Fördermaßnahmen der Bundesregierung trugen darüber hinaus dazu bei, dass vor allem junge Hightech-Unternehmen von diesem Aufschwung profitieren konnten. Diese Forschungslinie wurde fortgesetzt durch ein Projekt für die Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank (L-Bank), in dem Handlungsalternativen für das öffentliche Kreditinstitut im Risikokapitalmarkt erarbeitet wurden.

Breiten Raum nahm die Verbesserung der Gründungsdatenbanken des ZEW ein. Einige in der jüngeren Zeit aufgedeckte Einschränkungen des Analysepotenzials dieser Datenbanken konnten beseitigt werden. So wurden Hochrechnungsfaktoren zur Schätzung der aktuellen Entwicklung der Gründungsaktivität ermittelt, die die für die verwendete Daten-

quelle typische zeitliche Verzögerung in der Erfassung von neuen Unternehmen berücksichtigen. Völlig umgestellt wurde die Datenbankstruktur der auf Angaben der Kreditauskunftei Creditreform beruhenden Unternehmenspanels (vgl. Projekt „Mannheimer Unternehmenspanel“), da 1999 eine Reorganisation des Datenüberlassungsprozesses und -formats seitens Creditreform wirksam wurde. Durch die methodischen Vorarbeiten konnte die Erfassung der Gründungsaktivität und der Entwicklung von jungen Unternehmen in den alten und neuen Ländern wie auch in Österreich erheblich präzisiert werden. Diese Verbesserung der Analysebasis kam bereits einigen Projekten, z. B. dem Gründungsmonitor für Österreich, dem oben angeführten Projekt für die L-Bank oder auch dem Gründungsmodul in der Berichterstattung zur Technologischen Leistungsfähigkeit, zugute.

Neue Impulse für die Weiterentwicklung der Forschungsarbeiten zur Unternehmensdynamik ergaben sich aus einem DFG-geförderten Projekt über die Determinanten des Überlebens und des schnellen Wachstums von Neugründungen. Dieses in Kooperation mit der Universität Mannheim durchgeführte Projekt knüpft an die Arbeiten über „Fast-growing SMEs“ und Analysen zur Beschäftigungsentwicklung von Neugründungen in Ost- und Westdeutschland an, die in Vorjahren durchgeführt wurden. Basierend auf telefonischen Recherchen bei mehreren tausend jungen Unternehmen konnten in ökonomischen Analysen Hinweise auf eine höhere Überlebenswahrscheinlichkeit und ein in den ersten Lebensjahren höheres Wachstum von öffentlich geförderten Unternehmen gewonnen werden. Die weiteren Forschungsarbeiten sollen dieses vorläufige Ergebnis erhärten und einen tieferen Einblick in die kausale Begründung dieses Effektes geben. Dazu dient auch ein gemeinsames Projekt mit der Deutschen Ausgleichsbank, das sich dem Vergleich von geförderten und nicht geförderten jungen Unternehmen widmet.

Abgeschlossen wurde eine vergleichende deutsch-englische Studie zur Internationalisierung von jungen Hightech-Unternehmen. Als wichtige Determinanten für einen erfolgreichen Eintritt in internationale Märkte in einer Frühphase der Unternehmensentwicklung wurden dabei Charakteristika der Produkte und die Vorerfahrungen der Gründer in international tätigen Unternehmen oder frühere Tätigkeiten im Ausland herausgearbeitet. Die frühe strategische Ausrichtung der Unternehmensführung auf internationale Märkte ist ein weiterer Erfolgsfaktor im Wettbewerb auf internationalen Märkten. Nicht überraschend konnte auch festgestellt werden, dass eine frühzeitige Internationalisierung der Geschäftstätigkeit einen wichtigen Erfolgsfaktor für diese Gruppe von Unternehmen darstellt und ein schnelleres Umsatzwachstum ermöglicht.

Neben der Analyse und Betrachtung der Unternehmen auf der Mikroebene spielt die Untersuchung der Entwicklung von Märkten und Regionen eine wichtige Rolle, da der Erfolg einzelner Unternehmen nicht allein von unternehmensspezifischen Größen und Faktoren abhängt. Die Untersuchungsgebiete konzentrieren sich dabei auf die Fragen: Was ist die relevante Analyseebene im Kontext von Märkten und Regionen? Wo ist die übliche Branchen- und Marktabgrenzung zu eng, um neue Produkte und Technologien zu untersuchen? Wie verändert sich der regionale Bezug im Prozess zunehmender Internationalisierung? Wie entwickeln sich bestehende Märkte und Regionen, welche Größen bestimmen diese Entwicklung? Was lässt neue Märkte entstehen? Wie beeinflussen Innovationen sowie technische und institutionelle Veränderungen die Größe der relevanten Regionen? Traditionelle räumliche Abgrenzungen oder konventionelle Branchenabgrenzungen sind für eine Reihe wichtiger industrieökonomischer Fragestellungen nicht mehr angemessen. Wichtiges Ziel ist es deshalb, die inhaltlich adäquaten Marktebenen theo-

retisch zu begründen und empirisch zu identifizieren. Dies trifft beispielsweise für die Entwicklung von Multimedia-Unternehmen oder neuen Mobilitätsdienstleistungen (Verkehrstelematik) zu. Auf der Grundlage von am ZEW entwickelten Ansätzen, die neue Mobilitätsdienstleister nicht anhand der üblichen Wirtschaftszweigklassifikation, sondern anhand der konkreten Tätigkeitsprofile der Unternehmen identifizieren, konnte z. B. gezeigt werden, dass die Entwicklung neuer Mobilitätsdienstleistungen nicht die häufig unterstellte Dynamik aufweist. Es besteht vielmehr eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Angebotsprofil und dem (potenziellen) Bedarf der Verkehrsteilnehmer, und die neuen Dienstleistungsprodukte bieten bislang keinen relevanten Zusatznutzen für die Verkehrsteilnehmer.

Weitergeführt wurden auch die regelmäßigen Analysen zur Konjunkturentwicklung im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen. Eine wesentliche methodische Neuerung im Rahmen dieser seit 1994 vierteljährlich durchgeführten laufenden Berichterstattung stellt die 1999 eingeführte Quantifizierung der qualitativen Unternehmensantworten dar. Zudem wurde die Stichprobe vergrößert und das Hochrechnungsverfahren verbessert. Die Befragungsergebnisse stehen für die Presse und die interessierte Öffentlichkeit auf den Internet-Seiten des ZEW zur Verfügung. Exklusiv für Befragungsteilnehmer stehen darüber hinaus auch weiterführende Detailergebnisse im Internet bereit. Diese Datenbasis wird außer für die laufende Konjunkturberichterstattung auch für eine Reihe von wissenschaftlich orientierten Analysen, beispielsweise zum Zusammenhang konjunktureller Schwankungen im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor, verwendet.

Forschungsschwerpunkt „Unternehmensstrategien“

Besonders positiv entwickelte sich im Berichtszeitraum der noch junge Forschungsschwerpunkt Unternehmensstrategien. Gemeinsam mit dem Weltmarktführer bei Druckmaschinen, Heidelberger Druckmaschinen AG, wurde ein methodisches Instrumentarium zur Selektion internationaler Beschaffungsmärkte entwickelt, das mittelständischen Unternehmen die ersten Schritte bei der Suche nach kostengünstigen und qualitativ hochwertigen Zulieferern erleichtert. Das quantitative Verfahren zur Selektion von Beschaffungsmärkten („Global Sourcing Management Tool“) wurde soweit wie möglich automatisiert. Es kann von Unternehmen über das ZEW erworben werden. Das im Projekt entwickelte Verfahren war auch Gegenstand mehrerer Weiterbildungsseminare des ZEW.

Die aus den Forschungsarbeiten zur Internationalisierung von FuE gewonnenen Erkenntnisse über die Selektions- und Informationsfunktion von Absatzmärkten für die Produktentwicklung bei neuen Technologien sollen im Rahmen mehrerer – zum Teil unternehmensspezifischer – Projekte zu Management-Tools ausgebaut werden. Ausgangspunkt ist dabei die Feststellung, dass die anfängliche Produktvielfalt bei neuen technologieintensiven Produkten (z. B. Mobilkommunikation) durch das Zusammenspiel von Nachfragepräferenzen, Nachfragedynamik und technologischer Entwicklung mit der Zeit zu einheitlichen Standards und zur Homogenisierung der technologischen Entwicklungspfade führt. Für Unternehmen, die auf den für den Selektionsprozess zentralen Märkten als Anbieter vertreten sind, können sich permanente Vorteile ergeben (siehe z. B. Nokia und Ericsson in der Mobilkommunikation). Die Identifizierung der führenden Märkte ist daher für Unternehmen, die Produkte für den Weltmarkt entwickeln, eine zentrale strategische Frage. Gemeinsam mit Unternehmen werden Methoden entwickelt, mit deren Hilfe

dieser Selektionsprozess wissenschaftlich fundiert auf einer quantitativen Basis abgebildet werden kann.

Schwerpunkt „Datenbanken“

In den letzten Jahren wurden als Grundlage für die Untersuchungen des Forschungsbereichs umfangreiche unternehmensbezogene Datenbanken aufgebaut. Diese für Deutschland einzigartigen Paneldaten zu Unternehmensgründungen und Wachstumsprozessen von Unternehmen (Mannheimer Unternehmenspanel, Gründungsdatenbank-Westdeutschland, Gründungsdatenbank-Ostdeutschland, Unternehmensdatenbank Österreich) wurden sukzessive ergänzt durch Datenbanken zum Innovationsverhalten von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen (Mannheimer Innovationspanel Verarbeitendes Gewerbe bzw. Dienstleistungen). Als empirische Basis für Forschungsarbeiten über unternehmensnahe Dienstleistungen wird eine regelmäßige Quartalsbefragung zur Dienstleistungskonjunktur (einschließlich einiger struktureller Informationen) durchgeführt. Eine Aufgabe des Forschungsbereichs besteht in der Pflege und Erweiterung dieser Untersuchungsgrundlagen. Zudem werden die Auswertungsmöglichkeiten und -verfahren für diese Unternehmensdatenbanken fortlaufend verbessert, um neuen Anforderungen gerecht zu werden. Neben statistischen und mikroökonomischen Analysen werden Fall- und Industrie-studien eingesetzt, um den komplexen Problemstellungen durch einen Methodenmix gerecht zu werden und handlungsrelevante Schlussfolgerungen ziehen zu können. Die aufgebaute Forschungsinfrastruktur bildet nicht nur für empirische Projekte des Forschungsbereichs Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung eine wesentliche Informationsbasis, sondern auch für andere Forschungsbereiche des ZEW. Darüber hinaus werden diese Daten – soweit es mit den Datenschutzbestimmungen vereinbar ist – auch Wissenschaftlern und Wissen-

schaftlerinnen an Universitäten und außer-universitären Forschungsinstitutionen für Forschungszwecke zur Verfügung gestellt.

Die Arbeiten in den einzelnen Schwerpunkten werden häufig in Kooperation mit anderen Forschungsbereichen des ZEW durchgeführt. Diese Zusammenarbeit ergänzt das forschungsbereichsinterne Know-how und führt durch die Realisierung von Spezialisierungsvorteilen zu erheblichen Synergieeffekten. Beispielsweise werden die Innovationswirkung umweltpolitischer Instrumente oder die Beschäftigungswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen gemeinsam mit den Forschungsbereichen Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement sowie Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung untersucht. Gemeinsam mit dem Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung wird zu den Beschäftigungseffekten von Innovationen und über den Einfluss der Innovationstätigkeit auf die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten gearbeitet. Der Einfluss steuerlicher Rahmenbedingungen auf Innovations- und Gründungsaktivitäten und die Standortwahl von Unternehmen wird in Kooperation mit dem Forschungsbereich Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft analysiert. Zu Fragen der Auswirkungen von Finanzierungsrestriktionen auf das Innovations- und Gründungsverhalten und des Wachstums der Unternehmen werden Projekte gemeinsam mit den Forschungsbereichen Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement sowie Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft bearbeitet.

Forschungsergebnisse aus allen Schwerpunkten des Forschungsbereichs wurden auf nationalen und internationalen Fachtagungen vorgestellt. Daneben war eine Reihe von Mitarbeitern auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene in wirtschaftspolitischen Beratungsgremien aktiv.

Projektübersicht

Laufende Projekte

▷ Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands	84
▷ Innovationsaktivitäten im verarbeitenden Gewerbe: Zukunftsperspektiven der deutschen Wirtschaft	85
▷ Innovationsaktivitäten im Dienstleistungssektor: Dienstleistungen in der Zukunft	86
▷ Technologiepolitik und privatwirtschaftliche Innovationsaktivitäten	88
▷ Guidelines for Future Innovation Policy of the EU	88
▷ Trend Chart on Innovation in Europe	89
▷ Analyse von Patentverletzungsprozessen	89
▷ Innovation-Related Knowledge Flows in European Industry: Extent, Mechanisms, Implications	90
▷ Wissens- und Technologietransfer in Deutschland. Bestandsaufnahme und Ansätze für die Technologiepolitik	91
▷ Determinanten der Internationalisierung von Innovationsprozessen multinationaler Unternehmen	92
▷ Informationstechnologie – eine General-Purpose-Technologie und ihre Auswirkungen auf die Produktivität	92
▷ Mannheimer Unternehmenspanel	93
▷ Überleben und Wachstum von Unternehmensgründungen in den alten und neuen Bundesländern	94
▷ Überlebenschancen und Wachstumspotenziale von Unternehmensgründungen in den alten und neuen Bundesländern – Ein Vergleich von Unternehmen mit und ohne Förderung durch die Deutsche Ausgleichsbank	95
▷ Berichterstattung zum Unternehmensgründungsgeschehen in Österreich bis 1998 ...	96
▷ Entrepreneurship, Venture Capital and Macroeconomic Growth	97
▷ Konjunkturumfrage in zehn unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen	98
▷ Bewertung des Liquiditäts- und Konkursrisikos neu gegründeter Unternehmen	99
▷ Profil innovativer Unternehmen im Umfeld der Anbieter „neuer Mobilitätsdienstleistungen“	100
▷ Quantitative Methoden zur Entwicklung systematischer Entscheidungsgrundlagen für internationale Unternehmensstrategien	100
▷ Management Training in Small and Medium-Sized Enterprises (SMEs)	101
▷ Analyse führender Absatzmärkte für globale Produkte	102
▷ Erstellung eines Instruments zur mittelfristigen Prognose der Nachfrage nach Personenkraftwagen in Europa	103
▷ Identifikation potenzieller Einführungsmärkte neuer Verkehrstelematikanwendungen ...	103
▷ Indikatorenbericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands	166
(s. Verbundprojekte)	
▷ Marktstruktur, Innovationsdynamik und Beschäftigung	167
(s. Verbundprojekte)	

▷ Unternehmensgründung und Selbstständigkeit (s. Verbundprojekte)	167
▷ Wagniskapitalfinanzierung als Aufgabe der Landescreditbank Baden-Württemberg Förderbank (s. Verbundprojekte)	168
▷ Absatzprognose als strategisches Instrument der Unternehmensplanung. Beispiel: Schmierstoffmarkt (s. Verbundprojekte)	168
▷ Technischer Fortschritt, Qualifikation und Arbeitsnachfrage (s. Verbundprojekte)	170

Abgeschlossene Projekte

▷ National Innovation Systems	104
▷ Forschung, Entwicklung und Innovation in produktionsnahen Dienstleistungsbereichen – Impulse für die ostdeutsche Industrie und Perspektiven	105
▷ Aufbau einer Patentdatenbank mit Anbindung an Daten der Creditreform und Untersuchung der Patentstrategien von Unternehmen	106
▷ Informationstechnologie – Preisentwicklung und Produktivitätseffekte	107
▷ Internationalisierungsstrategien junger, technologieorientierter Unternehmen im internationalen Vergleich	108
▷ Aktualisierung und Erweiterung der Gründungsdatenbanken für West- und Ostdeutschland	109
▷ Dienstleistungsneugründungen in Baden-Württemberg	110
▷ Standortbedingungen und Entwicklung junger innovativer Unternehmen im Ost-West-Vergleich	110
▷ Berichterstattung zum Unternehmensgründungsgeschehen in Österreich bis 1996	112
▷ Dienstleistungsneugründungen in Österreich, Sektorstruktur, Regionalverteilung und Determinanten	113
▷ Thematic Evaluation of Structural Funds	113
▷ Internationalisierung von Beschaffungsmärkten aus der Sicht eines Maschinenbauunternehmens	114
▷ Zukunft der Arbeit in der Stadt	115
▷ Arbeitsplatzeffekte gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassungen in Rheinland-Pfalz. Evaluation und wissenschaftliche Begleitung (s. Verbundprojekte)	173
▷ Humankapital, Qualifikationsstruktur und Arbeitsmarkteffekte im technologischen und demographischen Wandel (s. Verbundprojekte)	175
▷ Beteiligungskapital und technologieorientierte Existenzgründungen (s. Verbundprojekte)	179
▷ Selbstständigkeit und Unternehmensgründungen in Europa (s. Temporäre Arbeitsgruppen)	182
▷ Arbeit und Umwelt – Strategie für eine beschäftigungsorientierte Förderung von Umweltschutztechniken am Beispiel des Rhein-Neckar-Dreiecks (s. Temporäre Arbeitsgruppen)	183

Laufende Projekte

Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands

Auftraggeber:

Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Projektteam:

Thomas Eckert

Jürgen Egelin (ab 1.3.1999)

Dr. Georg Licht (Leiter)

Dr. Alfred Spielkamp (bis 28.2.1999)

Kooperationspartner:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (FhG-ISI), Karlsruhe

Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (NIW), Hannover

Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen

Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Berlin

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Im internationalen Wettbewerb der Volkswirtschaften sowie im Wettbewerb der Unternehmen haben in den letzten Jahren Investitionen in Know-how und technischen Wandel an Bedeutung gewonnen. Die Schaffung und die Ausbreitung von Wissen spielen eine zentrale Rolle für gesamtwirtschaftliches Wachstum, Einkommen und auch Beschäftigung. Das Projekt leistet einen Beitrag dazu, aussagekräftige Einschätzungen zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands zu erhalten.

Die Analysen decken unter anderem folgende Themen ab:

- ▷ Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsanstrengungen der deutschen Wirtschaft
- ▷ Internationalisierung der Innovationsaktivitäten der Unternehmen

- ▷ Effizienz der öffentlich finanzierten Forschung und deren Umsetzung in neue Produkte und Verfahren sowie die dabei vorliegenden Hemmnisse,
- ▷ Niveau, Stärken und Schwächen bei auf den Weltmarkt gerichteten Erfindungen, insbesondere bei Technologien mit Basis- und Schlüsselfunktion,
- ▷ Stärken und Schwächen in der Dynamik der forschungsintensiven Industrien und ihrer Einbindung in den internationalen Wettbewerb,
- ▷ Bedeutung des Dienstleistungssektors als Anbieter und Nutzer neuer Technologien sowie als treibende Kraft für die Wissensintensivierung der Wirtschaft,
- ▷ technologischer Aufholprozess in den neuen Ländern,
- ▷ Rolle von kleinen und mittleren Unternehmen im deutschen Innovationssystem,
- ▷ Bildungsstand sowie Anstrengungen von Staat und Privaten im Bildungsbereich als wesentliche Bestimmungsfaktoren für das Innovationspotenzial,
- ▷ Innovation und Arbeitsnachfrage nach Hochqualifizierten,
- ▷ regionale Verteilung der Innovationspotenziale in Deutschland,
- ▷ vertiefende Analysen zu einzelnen Sektoren und Technologiefeldern (z. B. Umweltinnovationen, Schienenfahrzeugbau, Medizintechnik).

Die Befunde sind im internationalen Vergleich zu beurteilen. Es soll aufgezeigt werden, welche Konsequenzen Veränderungen auf den genannten Gebieten haben. Weiterhin sind die entscheidenden Grundlagen und Triebkräfte für Innovationen, wissensintensives Wachstum und einen hohen Beschäftigungsstand ausfindig zu machen.

Die technologische Leistungsfähigkeit ändert sich nicht im Jahresrhythmus. Die Auswirkungen einer Veränderung der technologischen Leistungsfähigkeit auf die gesamtwirtschaftlichen Ziele Wachstum, Einkommen und Beschäftigung werden vielmehr erst

mittel- und langfristig sichtbar. Dementsprechend ist bei der Betrachtung eine längerfristige Perspektive geboten. Kontinuität zu in den vorangegangenen Jahren vorgelegten Arbeiten und Daten ist daher eine essenzielle Voraussetzung für die Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit. Die jährlichen Berichte widmen sich einzelnen Aspekten mit unterschiedlicher Intensität. In der Kontinuität der Berichterstattung kann jedoch jeweils auf die Analysen und Ergebnisse der Vorjahresberichte verwiesen werden.

Den jährlichen Ergebnisberichten wird in Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung und Wirtschaft ein großes Interesse entgegengebracht. Sie waren Gegenstand von Beratungen in Ausschüssen des Bundestages und zogen parlamentarische Anfragen nach sich. Laufzeit: Juni 1998 – März 2000

Ansprechpartner: Dr. Georg Licht
(Tel.: -194, E-Mail: licht@zew.de)

Veröffentlichungen:

BMBF (Hrsg.) (1999), *Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Zusammenfassender Endbericht 1998*, Bonn (erhältlich auch unter www.zew.de/tl99).

BMBF (Hrsg.) (2000), *Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Zusammenfassender Endbericht 1999*, Bonn (erhältlich auch unter www.zew.de/tl99).

Innovationsaktivitäten im verarbeitenden Gewerbe: Zukunftsperspektiven der deutschen Wirtschaft

Auftraggeber:

Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Projektteam:

Thorsten Doherr

Günther Ebling

Sandra Gottschalk

Dr. Norbert Janz (Leiter)

Hiltrud Niggemann

Wissenschaftlicher Beirat:

Pia Brugger,

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Prof. Dr. Hans Georg Gemünden

(Vorsitzender), Universität Karlsruhe

Dr. Hans-Peter Glaab,

Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D.,

Universität München

Dr. Susanne Krebs,

VDMA Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau, Frankfurt/M.

Dr. Harald Legler,

Niedersächsisches Institut für

Wirtschaftsforschung (NIW), Hannover

Prof. Dr. Gerd Ronning,

Institut für Angewandte Wirtschafts-

forschung (IAW) und

Eberhard-Karls-Universität, Tübingen

Dr. Günther Sandermann,

Bundesministerium für Wirtschaft und

Technologie, Berlin

Kooperationspartner:

Dr. Spyridon Arvanitis,

Konjunkturforschungsstelle an der

Eidgenössischen Technischen Hochschule

(ETH), Zürich

Menno Smid,

infas Institut für angewandte

Sozialwissenschaft, Bonn

Seit 1993 führt das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) jährlich systematische Erhebungen zum Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft durch. In Zusammenarbeit mit dem infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft wird eine für das produzierende Gewerbe repräsentative Datenbasis aufgebaut und gepflegt (Mannheimer Innovationspanel, MIP). Parallel wird seit 1995 eine entsprechende Erhebung auch im Dienstleistungssektor (MIP-DL) durchgeführt.

Um das Panel aktuell zu halten, werden alle zwei Jahre neu gegründete Unternehmen in den Stichprobenrahmen aufgenommen. Im Zentrum der Befragung stehen folgende Themen:

- ▷ Entwicklung und Verbreitung von Innovationsaktivitäten,
- ▷ Entwicklung des Innovationserfolgs,
- ▷ Bedeutung und Struktur von Innovationshemmnissen,
- ▷ Verbreitung und Ergebnisse öffentlicher Innovationsförderung.

Das Konzept der Erhebung besteht dabei zum einen aus jährlich wiederkehrenden Fragen, z. B. nach der Durchführung von Produkt- und Prozessinnovationen, den wirtschaftlichen Effekten von Innovationen sowie der Höhe von FuE- und Innovationsaufwendungen. Zum anderen werden im zweijährigen Turnus zusätzliche Schwerpunktthemen untersucht, wie z. B. Formen des Technologietransfers, Informationsquellen und Kooperationen.

Im Rahmen einer regelmäßigen Berichterstattung wird auf dieser Datengrundlage das Innovationsgeschehen in Deutschland beschrieben. Das Mannheimer Innovationspanel trägt dazu bei, den technologie- und wirtschaftspolitischen Informationsbedarf hinsichtlich der Innovationsprozesse zu decken und Ansatzpunkte für eine die Innovationskraft stärkende Politik aufzuzeigen.

Die Innovationserhebung im produzierenden Gewerbe ist 1999 zum siebten Mal durchgeführt worden. Sie war 1993 und 1997 zugleich der deutsche Beitrag zu den Innovationserhebungen der Europäischen Kommission (Community Innovation Surveys). Die Daten stehen in streng anonymisierter Fassung externen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen für nicht kommerzielle Forschungszwecke zur Verfügung.

Laufzeit: Dezember 1992 – Dezember 2000

Ansprechpartner: Dr. Norbert Janz

(Tel.: -171, E-Mail: janz@zew.de)

Veröffentlichungen:

Beise, M., G. Ebling, N. Janz, G. Licht und H. Niggemann (1999), Innovationsaktivitäten im verarbeitenden Gewerbe, in: Janz, N. und G. Licht (Hrsg.), *Innovationsaktivitäten in der deutschen Wirtschaft*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 41, Baden-Baden, 1-99.

Beise, M. and H. Stahl (1999), Public Research and Industrial Innovations in Germany, *Research Policy* 28, 397-422.

Harhoff, D., G. Licht, M. Beise, J. Felder, E. A. Nerlinger und H. Stahl (1996), *Innovationsaktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmen*, Schriftenreihe des ZEW, Bd. 8, Baden-Baden.

Kaiser, U. and G. Licht (1998), *R&D Cooperation and R&D Intensity: Theory and Micro-Econometric Evidence for Germany*, ZEW Discussion Paper No. 98-32, Mannheim.

Licht, G. and K. Zoz (1998), Patents and R&D, An Econometric Investigation Using Applications for German, European and US Patents by German Companies, *Annales d'Economie et de Statistique*, 49/50, 329-360.

Innovationsaktivitäten im Dienstleistungssektor:
Dienstleistungen in der Zukunft

Auftraggeber:

Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bonn

Projektteam:

Thorsten Doherr

Günther Ebling

Sandra Gottschalk

Dr. Norbert Janz (Leiter)

Hiltrud Niggemann

Wissenschaftlicher Beirat:

Pia Brügger,

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Prof. Dr. Hans Georg Gemünden (Vorsitzender), Universität Karlsruhe

Dr. Hans-Peter Glaab,

Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D.,

Universität München

Dr. Susanne Krebs,

VDMA Verband deutscher Maschinen- und Anlagenbau, Frankfurt/M.

Dr. Harald Legler,
Niedersächsisches Institut für
Wirtschaftsforschung (NIW), Hannover
Prof. Dr. Gerd Ronning,
Institut für Angewandte Wirtschafts-
forschung (IAW) und
Eberhard-Karls-Universität, Tübingen
Dr. Günther Sandermann,
Bundesministerium für Wirtschaft und
Technologie, Berlin
Kooperationspartner:

Dr. Knut Blind,
Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und
Innovationsforschung (FhG-ISI), Karlsruhe
Fred Gault, Statistics Canada, Ottawa
Menno Smid,
infas Institut für angewandte
Sozialwissenschaft, Bonn

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) erhebt seit 1995 systematisch Informationen über die Innovationsaktivitäten von Dienstleistungsunternehmen (Mannheimer Innovationspanel Dienstleistungen, MIP-DL). Die Erhebung ist für Deutschland repräsentativ und erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (FhG-ISI) sowie mit dem infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft. Das Projekt kann dabei auf das gesammelte methodische und fachliche Wissen vergleichbarer Erhebungen im produzierenden Gewerbe (MIP) aufbauen, die bereits seit 1993 durch das ZEW durchgeführt werden.

An der Befragung im Dienstleistungssektor beteiligen sich etwa 2500 Unternehmen der Dienstleistungsbranchen Handel und Verkehr, Banken und Versicherungen, Technische und EDV-Dienstleistungen sowie Sonstige unternehmensnahe Dienstleistungen. Um die Repräsentativität des Datensatzes zu gewährleisten, werden alle zwei Jahre neu gegründete Unternehmen in den Stichprobenrahmen aufgenommen.

Der Fragenkatalog besteht zum einen aus regelmäßigen Fragen zu Kerngrößen des In-

novationsverhaltens, z. B. zu der Einführung neuer Dienstleistungen und neuer Verfahren zur Erbringung von Dienstleistungen, der Höhe und Struktur der Innovationsausgaben sowie der Bedeutung von FuE. Zusätzlich werden in jedem zweiten Jahr wechselnde, vertiefende Fragen erhoben, wie etwa nach Innovationszielen und -hemmnissen, Informationsquellen und Kooperationen.

Die Innovationserhebung im Dienstleistungssektor ist 1999 zum vierten Mal ins Feld gegangen. Sie war 1997 integraler Bestandteil der europäischen Innovationsstatistik im Rahmen der Community Innovation Surveys (CIS) der Europäischen Kommission. Die Daten stehen in streng anonymisierter Fassung externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für nicht kommerzielle Forschungszwecke zur Verfügung.

Laufzeit: März 1995 – März 2001

Ansprechpartner: Dr. Norbert Janz
(Tel.: -171, E-Mail: janz@zew.de)

Veröffentlichungen:

König, H., M. Kukuk und G. Licht (1996), Kooperationsverhalten von Unternehmen des Dienstleistungssektors, in: Helmstädter, E., G. Poser und H.-J. Ramser (Hrsg.), *Beiträge zur angewandten Wirtschaftsforschung*, Berlin, 217-243.

Licht, G., C. Hipp, M. Kukuk und G. Münt unter Mitarbeit von N. Janz (1997), *Innovationen im Dienstleistungssektor. Empirischer Befund und wirtschaftspolitische Konsequenzen*, Schriftenreihe des ZEW, Bd. 24, Baden-Baden.

Ebling, G., C. Hipp, N. Janz, G. Licht und H. Niggemann (1999), Innovationsaktivitäten im Dienstleistungssektor, in: Janz, N. und G. Licht (Hrsg.), *Innovationsaktivitäten in der deutschen Wirtschaft*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 41, Baden-Baden, 99-222.

Ebling, G. and N. Janz (1999), *Export and Innovative Activities in the German Services Sector, Empirical Evidence at the Firm Level*, ZEW Discussion Paper No. 99-53, Mannheim.

Technologiepolitik und privatwirtschaftliche Innovationsaktivitäten

Projektteam:

Andreas Fier (Leiter)

Dr. Georg Licht

Kooperationspartner:

Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D.,

Universität München

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bonn

Der staatliche Anteil an der Finanzierung von Forschung und Entwicklung in Deutschland nimmt einen beachtlichen Raum ein. Im Gegensatz zu vielen anderen Industriestaaten ist dieser Anteil in den Neunzigerjahren nicht signifikant gesunken. Auf die direkte Projektförderung entfällt dabei ein nicht unerheblicher Anteil. Gleichzeitig ist die direkte Projektförderung durch das BMBF häufig Gegenstand einer ordnungspolitisch orientierten Kritik an der staatlichen Forschungs- und Technologiepolitik.

Trotz der scheinbar geringen Bewegung in der staatlichen Technologiepolitik wurden insbesondere seit Mitte der Neunzigerjahre eine Reihe von Neuerungen in der Vergabepraxis in Angriff genommen. Dies betrifft insbesondere die direkte Projektförderung (z. B. Leitprojekte, Ideenwettbewerbe wie BIOREGIO, EXIST, INNOREGIO).

Vor diesem Hintergrund will das Projekt die aktuelle Entwicklung der direkten Projektförderung durch eine „historische“ Analyse der bisherigen ökonomischen und politischen Begründungszusammenhänge besser einordnen. Zweitens soll auf der Basis eines bislang für die Bundesrepublik nicht verfügbaren Datenmaterials die Auswirkung der direkten Projektförderung auf die FuE-Tätigkeit der privaten Wirtschaft bewertet werden. Dabei werden im Gegensatz zu bisherigen Analysen nicht die Auswirkungen einzelner Förderprogramme und -projekte im Vordergrund stehen, sondern die Einschätzung des Systems der direkten Förderung als Ganzes.

Laufzeit: August 1999 – Dezember 2000

Ansprechpartner: Andreas Fier

(Tel.: -295, E-Mail: fier@zew.de)

Guidelines for

Future Innovation Policy of the EU

Auftraggeber:

Europäische Union

Projektleiter:

Dr. Georg Licht

Kooperationspartner:

Prof. Danielle Archibugi,

Italian National Research Council, Rom, I

Prof. Paul David,

All Souls College, Oxford, GB und

Stanford University, USA

Prof. Dominique Foray,

Université Paris Dauphine, F

Prof. Paloma Sanchez,

Universidad Autonoma Madrid, E

Prof. Luc Soete, Dr. Gert van de Paal,

Robin Cowan, MERIT, Maastricht, NL

Prof. Keith Smith, STEP-Group, Oslo, N

Im Bereich der Innovations- und Technologiepolitik kommt der europäischen Ebene eine wachsende Bedeutung zu. Die Maßnahmen der EU-Kommission ergänzen die Innovations- und Technologiepolitik der einzelnen Mitgliedsländer, stehen aber in einzelnen Teilbereichen auch in Konkurrenz zu Aktivitäten, die auf der nationalen und regionalen Ebene ergriffen werden.

Im Rahmen dieses Projektes werden Überlegungen angestellt, wie die Rolle der EU im Rahmen der Innovations- und Technologiepolitik definiert werden kann. Basierend auf einer Bestandsaufnahme der Wettbewerbsposition der EU und der einzelnen Mitgliedsländern werden Entwicklungstrends im internationalen technologischen Wettbewerb aufgezeigt und Leitlinien für die zukünftige Innovations- und Technologiepolitik auf der EU-Ebene entwickelt.

Laufzeit: Juni 1999 – Juni 2000
 Ansprechpartner: Dr. Georg Licht
 (Tel.: -194), E-Mail: licht@zew.de)

Trend Chart on Innovation in Europe

Auftraggeber:
 Europäische Union
 Projektteam:
 Andreas Fier
 Dr. Georg Licht (Leiter)
 Kooperationspartner:
 Centrale Management, Paris, F
 Danish Technical University, Lyngby, DK
 IMIT, Uppsala, S
 LuxInnovation, Luxemburg, L
 MERIT, Maastricht, NL
 NOMISMA, Bologna, I
 PREST, University of Manchester, GB
 Science Policy Research Centre, Dublin, IRL
 Technopolis B.V., Amsterdam, NL
 University of Athens, GR
 University of Lisbon, P
 University Carlos III de Madrid, E
 VTT, Helsinki, FIN
 WIFO, Wien, A

Zur besseren Transparenz innovationspolitischer Aktivitäten der Mitgliedsländer hat die Europäische Union das Projekt „Trend Chart on Innovation in Europe“ initiiert. Die politischen Maßnahmen der EG-Mitgliedsländer werden analysiert, um die zeitnahen Trends und Schwerpunkte der nationalen Innovationspolitiken aufzuzeigen. Die regelmäßige Berichterstattung gliedert sich in drei Analysebereiche:

▷ *Schaffung und Förderung einer Innovationskultur*

In diesem Abschnitt liegt der Arbeitsschwerpunkt in der Bestandsaufnahme innovationspolitischer Maßnahmen und ihrer Veränderungen. Neue Programme, Evaluationen, Initiativen und aktuelle Trends in der Forschungs- und Technologiepolitik stehen im Vordergrund.

▷ *Umsetzung von Forschungsergebnissen in Innovationen*

Nach Erfassung des nationalen innovationspolitischen Status quo besteht die Aufgabe in diesem Punkt darin, die nationalen Institutionen und Maßnahmen auf ihre FuE-Aktivitäten, Verwertungsabsichten, Dienstleistungsangebote und Marktrelevanz hin zu untersuchen.

▷ *Verbesserte Rahmenbedingungen für Innovationen*

Der dritte Abschnitt des Projekts sieht vor, „best practice“ basierend auf den Erfahrungen zur Verbesserung innovationsrelevanter Rahmenbedingungen herauszuarbeiten.

Laufzeit: seit April 1999

Ansprechpartner: Andreas Fier
 (Tel.: -295, E-Mail: fier@zew.de)

Analyse von Patentverletzungsprozessen

Projektteam:
 Dr. Georg Licht (Leiter)
 Katrin Vopel
 Kooperationspartner:
 Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D.,
 Universität München

Patente in ihrer Eigenschaft als verbrieftes, exklusives Nutzungsrecht für Erfindungen stehen in einem direkten Zusammenhang zum Innovationsprozess. Ökonomische Untersuchungen zum Innovationsverhalten anhand von Patenten zeigen, dass die Verteilung der Gewinne aus Patenten eine große Streuung aufweist. Sehr wertvolle Patente treten dabei sehr selten auf, sie haben aber einen großen Einfluss auf den durchschnittlichen Gewinn über alle Patente. Aus dieser Erkenntnis heraus erscheint es wichtig, die ökonomische Bedeutung der Patente in die Indikatorfunktion der Patentstatistiken einzubeziehen. Zu beachten ist dabei, dass Patente als ökonomische Handlungsrechte

(property rights) im jeweiligen juristischen System verankert sind. Entscheidungsträger handeln in diesem rechtlichen und ökonomischen Umfeld. Ein juristisches Handlungsrecht wird nur dann ökonomisch sinnvoll, wenn es in Anspruch genommen und verteidigt wird.

Das Projekt soll einerseits zeigen, welche Strategien bei der Verteidigung des Patentrechtes erfolgreich sind und demzufolge auch zu erfolgreichen, patentierten Innovationen führen. Andererseits soll auch herausgearbeitet werden, welche erteilten Patente besonders umstritten sind. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Hypothese zu testen, dass hauptsächlich wertvolle Patente Gegenstand von Patentverletzungsprozessen sind. Neben dem messbaren Gewinn aus einem umstrittenen Patent ist weiterhin die Signalwirkung von Patentrechtsprozessen ein nicht zu unterschätzender Faktor für die weiteren wirtschaftlichen und innovativen Aktivitäten der Konkurrenz- und Kooperationsunternehmen.

Die Projektarbeit besteht derzeit in der genauen Analyse der Akten von Patentrechtsverletzungsprozessen an den wichtigsten Landgerichten in Düsseldorf, Mannheim und München. Es werden Daten zum Verlauf, zu den Parteien und den aufgewendeten Kosten erhoben. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Patente gelegt, die am Europäischen Patentamt für mehrere Staaten der EU gleichzeitig angemeldet wurden. Im Verlauf der Arbeit soll mittels der Kombination von Unternehmens- und Patentinformationen aus den Datenbanken des ZEW gezeigt werden, welcher Zusammenhang zwischen der Wertigkeit von Patenten und den Verteidigungsstrategien der Patenhalter besteht.

Laufzeit: August 1999 – Juli 2000

Ansprechpartnerin: Katrin Vopel
(Tel.: -297, E-Mail: vopel@zew.de)

Innovation-Related Knowledge
Flows in European Industry:
Extent, Mechanisms, Implications

Auftraggeber:

Europäische Kommission

Projektteam:

Dr. Thomas Cleff (Leiter)

Dirk Czarnitzki

Dr. Georg Licht

Kooperationspartner:

Laboratory of Industrial and Energy
Economics, National Technical University of
Athens (NTUA), GR

MERIT, Maastricht, NL

Strategic Industrial Research Network
SIRN, GB

Centre of Research on Internationalisation
(CESPRI), Università Luigi Bocconi, I

Bureau d'Économie Théorique et Appliqué
(BETA), Université de Strasbourg, F

International Konkurrence Evne (IKE),
Aalborg University, DK

Ziel des Projektes ist die empirische Untersuchung von Wissensströmen im europäischen verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistungssektor sowie die Wirkung der Wissensströme auf das entsprechende Innovationsverhalten. Wissensströme können dabei unterschiedliche Formen annehmen: Kodifizierbares Wissen lässt sich durch formale Informationskanäle (z. B. Regeln, Gesetze, Vorschriften etc.) vermitteln, während nicht-kodifizierbares Wissen an Mitarbeiter gebunden ist und entsprechend nicht über formale Informationskanäle übertragen werden kann. Untersucht werden Wissensströme zwischen Unternehmen untereinander sowie zwischen Unternehmen und dem Wissenschaftssektor (Hochschulen und Forschungsinstituten). Das Projekt verfolgt fünf Untersuchungsschwerpunkte:

- ▷ Untersuchung des Typs und des Umfangs von Wissensströmen in der europäischen Wirtschaft,
- ▷ Evaluierung der Effizienz unterschied-

licher Mechanismen zum Transfer von Wissen,

- ▷ Vergleichende Untersuchung der Bedeutung von regionalen, nationalen und internationalen Wissensströmen,
- ▷ Analyse möglicher Konvergenzen nationaler Innovationssysteme in Europa,
- ▷ Ableitung politisch sinnvoller Maßnahmen zur Verbesserung des Wissenstransfers im Hinblick auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen.

Für die Untersuchung werden bestehende Datenbanken (PACE, CIS, EPO etc.) ausgewertet. Darüber hinaus erfolgt eine zusätzliche telefonische Befragung von Unternehmen in Dänemark, Frankreich, Italien, Griechenland, Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland.

Laufzeit: Januar 1999 – Dezember 2000

Ansprechpartner: Dr. Thomas Cleff
(Tel.: -233, E-Mail: cleff@zew.de)

Wissens- und Technologietransfer in Deutschland. Bestandsaufnahme und Ansätze für die Technologiepolitik

Auftraggeber:

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Projektteam:

Dirk Czarnitzki

Dr. Georg Licht (Leiter)

Kooperationspartner:

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (FhG-ISI), Karlsruhe

Seit etwa 20 Jahren wird in Deutschland darüber diskutiert, wie der Technologietransfer von öffentlichen Forschungseinrichtungen zu privaten Unternehmen verbessert werden könnte. Obwohl mittlerweile eine Vielzahl von Maßnahmen zur Erreichung die-

ses Ziels durchgeführt worden ist, ist die Debatte über Stand und Verbesserungsmöglichkeiten des Technologietransfers in jüngster Zeit wieder aufgelebt. Gleichzeitig werden traditionelle Konzepte des Technologietransfers in Frage gestellt und breitere Ansätze eines Wissens- und Technologietransfers diskutiert. Hintergrund ist die wachsende Bedeutung wissensbasierter Technologie für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit, die eine verstärkte Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft nahe legt. Änderungen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, die Beschleunigung der Diffusion neuen Wissens und die Verkürzung der Produktlebenszyklen und Imitationszeiten rücken auch die Frage nach der zeitlichen Dimension des Wissens- und Technologietransfers stärker in den Vordergrund. Parallel zu dem strukturellen Wandel in der Wirtschaft wird das Spektrum der für den Wissens- und Technologietransfer relevanten Forschungs- und Ausbildungsaktivitäten öffentlicher und privater Forschungseinrichtungen breiter. Vor diesem Hintergrund werden in Kooperation mit dem ifo Institut und dem ISI die Entwicklung und der Stand des Wissens- und Technologietransfers analysiert, um daraus Ansatzpunkte für seine Verbesserung ableiten zu können. In einem ersten Schritt soll der aktuelle internationale Diskussionsstand zu diesem Thema dargelegt werden, um eine gemeinsame Ausgangsbasis für die weitere Analyse zu schaffen. Darauf aufbauend wird eine Bestandsaufnahme zur Kooperation zwischen Wirtschaft und öffentlichen Forschungseinrichtungen vorgenommen. Die Rolle der Absorptionskapazität von Unternehmen sowie die Vermittlung von Kontakten zwischen Wissenschaft und Wirtschaft werden in weiteren Projektschritten diskutiert.

Laufzeit: Juni 1999 – Juli 2000

Ansprechpartner: Dr. Georg Licht
(Tel.: -197, E-Mail: licht@zew.de)

Determinanten der Internationalisierung von Innovationsprozessen multinationaler Unternehmen

Projektbearbeitung:

Marian Beise

Kooperationspartner:

Prof. Dr. Hans Georg Gemünden,
Institut für Angewandte Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensführung,
Universität Karlsruhe

Im Zuge der stärkeren Internationalisierung führen deutsche Unternehmen auch ihre Innovations-, Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu einem immer höheren Anteil in ihren ausländischen Tochtergesellschaften durch. Häufig wird diese Internationalisierung im FuE-Bereich als zentrale Bedrohung für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik gesehen, da Deutschland nicht nur ein zunehmend inferiorer Produktionsstandort, sondern auch ein immer schlechterer FuE-Standort sei. Diese Sichtweise ist allerdings nicht unumstritten. Vielfach wird auch argumentiert, FuE-Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland seien gerade ein Beleg für die technologische Stärke des Standortes Deutschland.

Das Projekt hat die Operationalisierung und den empirischen Test der konkurrierenden Erklärungsansätze zum Ziel. In der Literatur werden drei Gruppen von Motiven der Internationalisierung beschrieben:

- ▷ Internationalisierung von FuE zur Erweiterung lokaler Marktpositionen (Markterschließungsthese),
- ▷ Internationalisierung von FuE zur Partizipation an lokalen Know-how-Vorsprüngen (Technology-Sourcing-These),
- ▷ Internationalisierung der FuE als „by-product“ der Internationalisierung der Produktion (By-Product-Hypothese).

Mit den Direktinvestitionsdaten des amerikanischen Handelsministeriums liegen Informationen zu den FuE-Aufwendungen ame-

rikanischer Unternehmen außerhalb der USA für den Zeitraum 1989 bis 1997 vor. Diese Daten werden zur Validierung der Hypothesen herangezogen. Es wird ein Panelregressionsmodell aus 12 Industrien und 61 Zielländern über neun Jahre zur Erklärung der FuE-Aktivitäten durchgeführt. Der Internationalisierungsprozess ist häufig von historischen Einzelentscheidungen und nicht von einer Standortstrategie geprägt. Mit Hilfe einer Analyse der bisherigen Entwicklung soll eine Strategie zur internationalen Allokation der FuE multinationaler Unternehmen abgeleitet werden.

Laufzeit: Februar 1998 – Mai 2000

Ansprechpartner: Marian Beise
(Tel.: -172, E-Mail: beise@zew.de)

Informationstechnologie – eine General-Purpose-Technologie und ihre Auswirkungen auf die Produktivität

Zuwendungsgeber:

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam:

Dr. Georg Licht (Leiter)

Dietmar Moch

Kooperationspartner:

Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D.,

Universität München

Prof. Konrad Stahl, Ph. D.,

Universität Mannheim

International Data Corporation (IDC)

Deutschland GmbH

Prof. Erik Brynjolfsson,

Stanford University und MIT

Das Projekt soll einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, das Forschungsdefizit hinsichtlich der ökonomischen Auswirkungen von Informationstechnologie (IT) zu verringern. Denn diese sind noch immer umstritten, obwohl IT bereits seit mehr als 50 Jahren in der Wirtschaft eingesetzt wird. IT ist eine Basistechnologie, deren ökonomische Aus-

wirkungen auch jenseits traditioneller Produktivitätsanalysen zu suchen sind. Die Besonderheiten der IT werden in bisherigen theoretischen und empirischen Analysen nicht adäquat berücksichtigt. Die bisherigen Forschungsergebnisse, die IT als Aggregat betrachten, sollen daher durch eine weitere Differenzierung der Informationstechnologie nach verschiedenen Technologiearten und deren Netzwerk-Effekten vertieft werden.

Durch die Auswertung der am ZEW vorhandenen Unternehmensdatenbanken, wie z. B. des Mannheimer Dienstleistungspanels sowie der IT-Surveys, sollen für die Bundesrepublik Deutschland umfassende Erkenntnisse zum Einsatz und zu den Auswirkungen von IT auf die Produktivität von Unternehmen gewonnen werden. Die Bildung theoretischer Modelle soll durch neue stilisierte Fakten unterstützt werden. Insgesamt werden drei Ziele verfolgt. Erstens soll die theoretische Modellierung und der empirische Erkenntnisstand zum Einsatz von IT in deutschen Unternehmen verbessert werden. Zweitens soll geprüft werden, inwieweit das theoretische Konzept der General-Purpose-Technologien auf die Informationstechnologie angewandt werden kann und welche Implikationen dies für die Analyse der aus dem Einsatz von IT erwachsenden ökonomischen Konsequenzen hat. Insbesondere der Zusammenhang von IT-Einsatz und Innovationsaktivitäten soll dabei untersucht werden. Drittens soll theoretisch und empirisch analysiert werden, welche Auswirkungen der Einsatz von IT auf die Produktivitätsentwicklung der betrachteten Unternehmen hat.

Laufzeit: Februar 1999 – August 2000

Ansprechpartner: Dietmar Moch

(Tel.: -187, E-Mail: moch@zew.de)

Mannheimer Unternehmenspanel

Projektteam:

Matthias Almus

Dirk Engel

Helmut Fryges

Jürgen Moka

Susanne Prantl,

Universität Mannheim

Prof. Konrad Stahl, Ph. D. (Leiter),

Universität Mannheim

Kooperationspartner:

Dr. Lutz Bellmann,

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Werner Strahler,

Creditreform

Gegenstand des Projekts ist der Aufbau und die regelmäßige Pflege eines Unternehmenspanels, in dem die Entwicklung einer repräsentativ geschichteten Stichprobe von ca. 12.000 westdeutschen Unternehmen im Zeitverlauf verfolgt wird. Die Daten für dieses Unternehmenspanel werden von Creditreform, der größten deutschen Kreditauskunftei, halbjährlich zur Verfügung gestellt. Die Ziehung der sechzehnten Beobachtungswelle fand im September 1999 statt. Von seiner Konzeption her ist das Mannheimer Unternehmenspanel insbesondere darauf ausgelegt, die Dynamik der Schaffung von Arbeitsplätzen in Unternehmen nachzuvollziehen sowie Unternehmensgründungen und Unternehmensstilllegungen zu analysieren.

In enger Verbindung zum MUP stehen drei weitere Unternehmensdateien des ZEW mit identischer Datenbankstruktur: Seit Mai 1990 werden Informationen zu allen von Creditreform neu erfassten westdeutschen Unternehmen dem ZEW zur Verfügung gestellt. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung hat Creditreform die Geschäftstätigkeit auf die neuen Bundesländer ausgedehnt. Im Gründungspanel-Ost des ZEW sind alle von Creditreform recherchierten Unternehmen enthalten. Im Rahmen eines weiteren Koope-

rationsvorhabens werden alle mit Beginn des Jahres 1996 von Creditreform angelegten Datensätze zu österreichischen Unternehmen überspielt und in das Gründungspanel-Österreich des ZEW integriert. Bei jeder neuen Ziehung werden neben den Angaben zu den neu erfassten Unternehmen die zwischenzeitlich aktualisierten Angaben zu den in der Datenbank bereits enthaltenen Unternehmen übernommen. Ende 1999 lagen Angaben zu mehr als drei Millionen Unternehmensgründungen seit 1989 vor. Im Mittelpunkt der bisherigen wissenschaftlichen Arbeit mit den ZEW-Gründungspanels standen eine Vielzahl von Analysen zum Gründungsgeschehen und zum Wachstum junger Unternehmen. Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem MUP werden in Zukunft verstärkt Untersuchungen zum Marktaustritt von Unternehmen durchgeführt. Die ZEW-Gründungspanels dienen zudem als Datengrundlage für die Realisierung von Unternehmensbefragungen im Rahmen weiterer Projekte.

Laufzeit: Seit 1982

Ansprechpartner: Dirk Engel

(Tel.: -182, E-Mail: engel@zew.de)

Veröffentlichung:

Almus, M., D. Engel und S. Prantl (2000), *Die „Mannheimer Gründungspanels“ des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW)*, ZEW Dokumentation Nr. 00-02.

Überleben und Wachstum von Unternehmensgründungen in den alten und neuen Bundesländern

Zuwendungsgeber:

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam:

Matthias Almus

Prof. Dr. Josef Brüderl,

Universität Mannheim

Dr. Georg Licht

Jürgen Moka

Susanne Prantl,

Universität Mannheim

Prof. Konrad Stahl, Ph. D. (Leiter),

Universität Mannheim

Dr. Michael Woywode,

Universität Mannheim

Kooperationspartner:

Werner Strahler,

Creditreform

Mit dem Stichwort Unternehmensgründungen verbinden sich eine Vielzahl von Erwartungen, wobei sich die wichtigsten auf ihre Rolle als Job-Generatoren und als Motor im Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft beziehen. Im Sommer 1998 richtete die DFG den Schwerpunkt „Interdisziplinäre Gründungsforschung“ ein, in dessen Mittelpunkt Untersuchungen über das tatsächliche Ausmaß des Erfolgs von Neugründungen in Deutschland, d. h. über ihr Überleben und Wachsen, stehen.

Ziel des vom ZEW und der Universität Mannheim initiierten Projektes ist die Beantwortung der folgenden forschungsbegleitenden Fragen: Wie sehen die Entwicklungspfade von Unternehmensgründungen aus, die nach dem Fall der Mauer in Ost- und Westdeutschland gegründet wurden? Welche Faktoren beeinflussen die Überlebenschancen und das Wachstum dieser Unternehmensgründungen? Wie unterscheiden sich die Determinanten des Erfolgs zwischen ost- und westdeutschen Unternehmensgründungen? Lassen sich erfolgreiche Gründungen identifizieren, die außergewöhnlich schnell wachsen? Welche Bedeutung haben diese schnell wachsenden Unternehmensgründungen für den Beschäftigungsbeitrag von Neugründungen? Was sind die Determinanten schnellen Wachstums?

Seit Februar 1999 wird am ZEW eine umfangreiche Unternehmensbefragung durchgeführt. Dabei werden 12.000 Unternehmen der alten und neuen Bundesländer, die zwi-

schen 1990 und 1993 gegründet wurden, telefonisch kontaktiert und um die Beantwortung von Fragen zur Post-Entry-Performance des Unternehmens gebeten. Die Befragung dauert derzeit noch an. Erste Analysen zum Überleben und Wachstum von Unternehmensgründungen, die Ende Oktober im Rahmen eines DFG-Workshops in Freiberg vorgestellt wurden, zeigen, dass eine Vielzahl von theoretisch als relevant angesehenen Einflussfaktoren des Überlebens und Beschäftigungswachstums mit dem bislang verfügbaren Datensatz bestätigt werden kann.

Von besonderem Interesse sind die Unternehmen, die sich durch überdurchschnittliche Beschäftigungsgewinne bzw. -verluste auszeichnen. In der verbleibenden Laufzeit des Projektes soll versucht werden, Determinanten zu finden, die einen Einfluss auf die beiden angesprochenen Extrema in der Beschäftigungsentwicklung ausüben.

Laufzeit: Oktober 1998 – September 2000

Ansprechpartner: Matthias Almus

(Tel.: -185, E-Mail: almus@zew.de)

Veröffentlichungen:

Almus, M., D. Engel und E. A. Nerlinger (1999), *Wachstumsdeterminanten junger Unternehmen in den alten und neuen Bundesländern: Ein Vergleich zwischen innovativen und nicht-innovativen Unternehmen*, ZEW Discussion Paper No. 99-09, Mannheim.

Almus, M. und E. A. Nerlinger (1999), *Zum Zusammenhang zwischen Größe und Wachstum bei Gründungen – Empirische Ergebnisse für Westdeutschland*, in: Bellmann, L. und V. Steiner (Hrsg.), *Panelanalysen zu Lohnstruktur, Qualifikation und Beschäftigungsdynamik*, BeitrAB, Bd. 229, 177-195.

Almus, M. und E. A. Nerlinger (1999), *Zum Zusammenhang zwischen Größe und Wachstum bei Gründungen – Empirische Ergebnisse für West-Deutschland*, ZEW Discussion Paper No. 99-01, Mannheim.

Almus, M., E. A. Nerlinger and F. Steil (1999), *Growth Determinants of Start-Ups in*

Eastern Germany. A Comparison between Innovative and Non-Innovative Firms, in: Oakey, R., W. Daring and S.-M. Mukhtar (eds.), *New Technology-Based Firms in the 1990s*, Vol. VI, London, 283-96.

Almus, M., E. A. Nerlinger and F. Steil (1999), *Growth Determinants of Start-Ups in Eastern Germany: A Comparison between Innovative and Non-Innovative Firms*, ZEW Discussion Paper No. 99-05, Mannheim.

Überlebenschancen und Wachstumspotenziale von Unternehmensgründungen in den alten und neuen Bundesländern – Ein Vergleich von Unternehmen mit und ohne Förderung durch die Deutsche Ausgleichsbank

Auftraggeber:

Deutsche Ausgleichsbank (DtA)

Projektteam:

Matthias Almus

Thorsten Doherr

Dr. Georg Licht (Leiter)

Susanne Prantl,

Universität Mannheim

Prof. Konrad Stahl, Ph. D. (Leiter),

Universität Mannheim

Kooperationspartner:

Dr. Jochen Struck,

Deutsche Ausgleichsbank (DtA),

Leiter Produktanalyse

Dr. Daniel Skambracks,

Deutsche Ausgleichsbank (DtA),

Produktanalyse

Unternehmensgründungen genießen insbesondere wegen ihres Potenzials, auf dem gegenwärtig angespannten Arbeitsmarkt Beschäftigung zu schaffen, hohe Aufmerksamkeit von wissenschaftlicher wie auch von politischer Seite. Aufgrund von Unvollkommenheiten des Kapitalmarktes wird die Errichtung neuer Unternehmen, auch bei einem erfolgversprechenden Unternehmenskonzept, häufig gravierend behindert. Hier setzen die

Förderprogramme der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) an, welche Unternehmensgründern zusätzliche Investitionsmittel zu reduzierten Zinssätzen und günstigen Tilgungsmodalitäten anbieten. Insbesondere gilt dies für das ERP-Eigenkapitalhilfeprogramm und das ERP- sowie das DtA-Existenzgründungsprogramm.

Der Erfolg von Unternehmensgründungen, die im Rahmen von Programmen der DtA Förderleistungen erhielten, wurde schon in einigen Studien analysiert. Diese weisen jedoch methodische Schwächen auf, die mit dem Ansatz der vorliegenden Studie vermieden werden sollen. Dabei wird auf Matching-Verfahren zurückgegriffen, die bis dato vorwiegend zur Evaluation von Arbeitsmarktprogrammen eingesetzt wurden. Da zur Anwendung dieser Verfahren ein umfangreicher Unternehmensdatensatz benötigt wird, stellt das ZEW eine hinreichend große Zufallsstichprobe aus den ZEW-Gründungspanels Ost und West bereit. Unternehmen, die von der DtA Förderleistungen erhielten, versucht man, in der ZEW-Stichprobe zu identifizieren. Diese stellen die Untersuchungsgruppe dar. Unternehmen ohne DtA-Förderung in der ZEW-Stichprobe bilden die Menge potenzieller Kontrollbeobachtungen. Jedem geförderten Unternehmen in der Untersuchungsgruppe wird mindestens ein nicht gefördertes Unternehmen zugeordnet, das die gleichen oder hinreichend ähnliche Ausprägungen bei allen beobachtbaren Merkmalen aufweist, die sowohl den Unternehmenserfolg als auch die Wahrscheinlichkeit einer Förderung durch die DtA beeinflussen. Mit diesem Verfahren können zwei Entwicklungsverläufe nachvollzogen werden. Zum einen kann die Entwicklung der Unternehmen im Falle der Förderung betrachtet werden. Zum anderen kann die Entwicklung, die diese Unternehmen ohne Förderung durchlaufen hätten, durch die Entwicklung der „gematchten“ hinreichend ähnlichen Unternehmen in der Kontrollgruppe nachgebildet werden. Durch den Vergleich

der beiden Entwicklungspfade können zuverlässige Aussagen über die durchschnittliche kausale Wirkung der evaluierten DtA-Förderung auf die Überlebenschancen und das Beschäftigungswachstum der geförderten Unternehmen abgeleitet werden. Mit den Ergebnissen der Untersuchung lassen sich Aussagen dahingehend machen, ob eine Förderung durch die DtA effizient ist und die „richtigen“ Unternehmen trifft oder ob sich nach Auslaufen eines Anfangs-Fördereffektes Unternehmen aus der Untersuchungs- und Kontrollgruppe hinsichtlich ihrer Überlebenswahrscheinlichkeiten und Wachstumspotenziale nicht mehr signifikant unterscheiden. Laufzeit: November 1999 – Oktober 2000
Ansprechpartner: Matthias Almus
(Tel.: -185, E-Mail: almus@zew.de)

Berichterstattung zum
Unternehmensgründungsgeschehen
in Österreich bis 1998

Auftraggeber:
Bundesministerium für Wissenschaft und
Verkehr (BMWV), Wien
Projektteam:
Matthias Almus
Jürgen Egel (Leiter)
Dirk Engel
Kooperationspartner:
Österreichisches Forschungszentrum
Seibersdorf (ÖFZS), Geschäftsfeld
Regionalforschung

Aufbauend auf dem bereits abgeschlossenen Projekt zum Gründungsgeschehen in Österreich bis 1996 wird hier die Berichterstattung fortgeführt und bis 1998 ausgedehnt.

Im Rahmen dieses Projektes wird anhand verschiedener Indikatoren und Kennzahlen das Unternehmensneugründungsgeschehen in Österreich unter den Aspekten zeitliche Entwicklung, Branchenstrukturen, Modernisierung und Raumstruktur für den Zeitraum 1990

bis 1998 analysiert. Hierbei werden Vergleiche zu den entsprechenden Entwicklungen und Befunden in Westdeutschland und im deutschen Bundesland Bayern gezogen.

Schwerpunktthema ist die Analyse des Strukturwandels in Österreich sowohl in sektoraler als auch in technologischer Hinsicht sowie des Beitrags von Neugründungen zu den gefundenen Strukturveränderungen.

Neben den Schwerpunktthemen soll die laufende Berichterstattung zum Gründungsgeschehen im Wesentlichen zwei Ziele verfolgen: Erstens sichert sie die Weiterführung der zugrundeliegenden Datenbasis als Unternehmenspanel. Mit Hilfe dieser Informationen ist nach einigen Jahren die Analyse von Überleben und Wachstum neuer Unternehmen möglich. Die Informationen aus solchen Untersuchungen sind ein wichtiger Input zur Konzipierung effizienter Gründungspolitik. Zweitens gewährleistet eine laufende Berichterstattung die Wahrnehmung eines von temporären Einflüssen bereinigten Bildes der Trends und Entwicklungen im Neugründungsgeschehen. Durch die regelmäßige Bereitstellung von Indikatoren werden den Entscheidungsträgern Kriterien an die Hand gegeben, die es ihnen ermöglichen, den Erfolg ihrer gründungspolitischen Konzepte zu beurteilen und eine effiziente Auswahl im Sinne von „best practices“ zu treffen.

Laufzeit: Juni 1999 – Mai 2000

Ansprechpartner: Jürgen Egel
(Tel.: -176, E-Mail: egeln@zew.de)

Entrepreneurship, Venture Capital and
Macroeconomic Growth

Zuwendungsgeber:

Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil

Projektteam:

Prof. Michael Horvath,
Stanford University

Dr. Michael Woywode,
Universität Mannheim
Kooperationspartner:

Prof. William Barnett, Prof. Timothy Bresnahan, Prof. Michael Hannan,
Stanford University

Trotz beträchtlicher Forschungsbemühungen streben Wirtschaftswissenschaftler immer noch nach einem besseren Verständnis der Determinanten des makroökonomischen Wachstums. Im Rahmen dieses Projekts wird ein neuer Ansatz zur Beantwortung dieser Frage entwickelt. Ziel ist es, mehr über die Determinanten makroökonomischen Wachstums zu lernen, indem man ein besseres Verständnis der Beziehung zwischen Unternehmertum, Unternehmensdynamik und Wirtschaftswachstum entwickelt. Das Forschungsprogramm beinhaltet sowohl theoretische als auch empirische Elemente. Im Rahmen des Projektes sollen vier weit gefasste Fragen beantwortet werden:

- ▷ Welche Merkmale bestimmen die Unternehmensdynamik (Gründung, Wachstum und Scheitern)?
- ▷ Welchen Einfluss hat die Unternehmensdynamik auf den Konjunkturzyklus und umgekehrt?
- ▷ Wie sind Unternehmensdynamik und Industriedynamik miteinander verknüpft?
- ▷ Welche Rolle spielt Venture-Capital-Finanzierung bei jungen Unternehmen und ist die Wirkung von Venture Capital auf das makroökonomische Wachstum quantifizierbar?

Laufzeit: November 1997 – März 2000

Ansprechpartner: Dr. Michael Woywode
(Tel.: 0621/181-1606,
E-Mail: woywode@yahoo.com)

Konjunkturumfrage in zehn unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen

Projektteam:

Alexandra Spitz (ab 15.2.2000)

Ulrich Kaiser (Leiter)

Kooperationspartner:

Michael Bretz,

Creditreform

Prof. Dr. Winfried Pohlmeier,

Universität Konstanz

Trotz ihrer in den vergangenen Jahren erheblich gestiegenen gesamtwirtschaftlichen Bedeutung werden unternehmensnahe Dienstleistungen von der amtlichen Statistik immer noch unzureichend erfasst. Es fehlen sowohl Daten zur aktuellen konjunkturellen Lage als auch Informationen über Strukturveränderungen innerhalb des Sektors der unternehmensnahen Dienstleistungen. Um diese Lücke zu schließen, befragt das ZEW in Kooperation mit der Kreditauskunftei Creditreform, Neuss, vierteljährlich rund 1.100 Unternehmen aus den Branchen EDV-Dienstleistungen, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architektur und technische Planung, Werbung, Fahrzeugvermietung, Maschinenvermietung, Spedition und Lagerei sowie der Abfallwirtschaft.

Der eine Seite umfassende Fragebogen besteht aus zwei Teilen und wird vierteljährlich verschickt. Im ersten Teil machen die Unternehmen Tendenzaussagen zur Veränderung von Umsatz, Preisen, Nachfrage, Ertrag und Personalbestand im gegenwärtigen Quartal im Vergleich zum Vorquartal und zu den Aussichten für das darauf folgende Quartal. Im zweiten Teil des Fragebogens geht es um wirtschaftspolitisch und -wissenschaftlich interessante Fragestellungen. Diese werden im jährlichen Turnus wiederholt. Die Unternehmen, die sich an der Umfrage beteiligen, erhalten vom ZEW eine Auswertung der Ergebnisse in Form des *ZEW Branchenreports Dienstleistungen*. Weitere Analysen können auf kennwortge-

schützten Internetseiten des ZEW eingesehen werden.

Eine wesentliche Verbesserung der Interpretierbarkeit der Umfrageergebnisse war 1999 die Umrechnung der Tendenzaussagen zur Umsatzveränderung in Wachstumsraten. Außerdem wurde das Hochrechnungsverfahren weiter verbessert und eine Auffrischung der Stichprobe vorgenommen. Zudem wurde die Stichprobe vergrößert.

Wissenschaftliche Arbeiten mit den Daten der Konjunkturumfrage befassten sich mit dem Einfluss der Euro-Einführung auf das Exportverhalten unternehmensnaher Dienstleister und mit der konjunkturellen Abhängigkeit unternehmensnaher Dienstleister vom verarbeitenden Gewerbe. In aktuellen Studien wird der Panelcharakter der Daten berücksichtigt. So konnte auf Grundlage der von ZEW und Creditreform erhobenen Daten gezeigt werden, dass die Rechtsform und der Grad der Produktdiversifizierung eines Unternehmens kaum Auswirkungen auf den Unternehmenserfolg haben. In einer ebenfalls auf dem Panelcharakter der Umfrage aufbauenden Studie wurde ein negativer Effekt von Prozessinnovationen auf die Nachfrage nach gering qualifizierter Arbeit deutlich.

In methodischer Hinsicht wird es zukünftig darum gehen, die bislang verwendeten Saisonbereinigungsverfahren weiter zu optimieren sowie auch die Angaben zur Veränderung des Personalbestandes in Wachstumsraten umzurechnen. Weitere wissenschaftliche Arbeiten werden sich auf den Einfluss von Tarifverträgen auf die Arbeitsnachfrage konzentrieren.

Laufzeit: Seit Juni 1994

Ansprechpartner: Ulrich Kaiser

(Tel.: -292, E-Mail: kaiser@zew.de)

Veröffentlichungen:

Kaiser, U. (1999), Die ZEW/Creditreform-Konjunkturumfrage bei unternehmensnahen Dienstleistern, in: *Allgemeines Statistisches Archiv (Rundschau)* 83, 447-451.

Kaiser, U. and C. Stirböck (1999), The Im-

pact of the Introduction of the Euro on Firms' Expectations Concerning Export Behavior, Product Innovation and Foreign Competition, *Intereconomics* 34 (3), 107-115.

Kaiser, U. and Voss, K. (1999), *Do Business-Related Services Really Lag Behind Manufacturing in the Business Cycle?*, ZEW Discussion Paper 99-34, Mannheim.

Bewertung des Liquiditäts- und Konkursrisikos neu gegründeter Unternehmen

Projektteam:

Frank Gerhard,

Universität Konstanz

Ulrich Kaiser

Dr. Georg Licht (Leiter)

Prof. Dr. Winfried Pohlmeier (Leiter),

Universität Konstanz

Im Rahmen dieses Kooperationsprojektes mit dem Zentrum für Finanzen und Ökonometrie an der Universität Konstanz soll das Risiko eines Fremdkapitalgebers bei der Kreditvergabe an neu gegründete Unternehmen gemessen und bewertet werden. Dabei geht es im Gegensatz zu zahlreichen bestehenden Arbeiten nicht nur darum, die Wahrscheinlichkeit des vollständigen Ausfalls eines Kreditnehmers zu ermitteln. Vielmehr wird hier der Konkurs nur als ein möglicher Zustand des Unternehmens angesehen. Die nachhaltige Überschreitung eines Zahlungsziels und ein eingetretener Scheck- oder Wechselprotest sind andere mögliche Zustände, die für potenzielle Geber von Fremdkapital ein Negativmerkmal darstellen. Um die Entwicklung des Liquiditätszustandes eines Unternehmens abzubilden, wird die gesamte Vergangenheit einer Kreditbeziehung in Betracht gezogen. Es wird untersucht, welche beobachtbaren ökonomischen Bestimmungsfaktoren das Auftreten eines Negativsignals (z. B. fehlende Skontoausnutzung

oder Zahlungsverzug) bewirken. Grundlage der empirischen Analysen bildet das ZEW-Gründungspanel West.

Frühere Studien haben gezeigt, dass die Konkurswahrscheinlichkeit eine starke branchenspezifische Komponente hat. Um den Brancheneinfluss auszuschalten, beschränkt sich das Projekt auf die Analyse des Sektors „unternehmensnahe Dienstleistungen“. Da im vorliegenden Projekt auch konjunkturelle Einflüsse auf die Entwicklung des Liquiditätszustandes berücksichtigt werden sollen, werden die Daten der ZEW/Creditreform-Konjunkturumfrage bei unternehmensnahen Dienstleistern in diesem Projekt Verwendung finden. In diesem Zusammenhang wurde ein Konjunkturindikator für den Wirtschaftszweig unternehmensnahe Dienstleistungen entwickelt, der in die Schätzungen des Kreditausfallrisikos Eingang finden wird.

Das Projekt umfasst drei aufeinander aufbauende Projektabschnitte. Zunächst geht es darum, einen theoretischen Rahmen für die Wahrscheinlichkeit des Auftretens eines Negativmerkmals zu konstruieren. Im zweiten Abschnitt wird das Konkurs- bzw. Liquiditätsrisiko eines neu gegründeten Dienstleistungsunternehmens aus der Perspektive eines Fremdkapitalgebers analysiert.

Im Rahmen des dritten Projektabschnittes werden die Informationen, die sich aus der Historie eines Unternehmens ergeben, genutzt. In diesem Abschnitt steht die Frage nach den Einflussfaktoren im Vordergrund, die die Wahrscheinlichkeit erhöhen, ein bestimmtes Negativmerkmal, z. B. einen Wechselprotest, zeitlich vor einem anderen, z. B. einer nachhaltigen Ausnutzung des Zahlungsziels, zu beobachten. Für die Analyse werden verallgemeinerte Verweildauermodelle eingesetzt werden. (Weitere Informationen: http://marvin.wiwi.uni-konstanz.de/CoFE/proj_c2D.html.)

Laufzeit: Januar 1998 – Dezember 2000

Ansprechpartner: Ulrich Kaiser

(Tel.: -134, E-Mail: kaiser@zew.de)

Veröffentlichung:

Kaiser, U. and H. S. Buscher (1999), *The Service Sentiment Indicator – A Business Climate Indicator for the German Business-Related Services Sector*, Center of Finance and Econometrics Discussion Paper No. 99/06.

Profil innovativer Unternehmen im Umfeld der Anbieter „neuer Mobilitätsdienstleistungen“

Auftraggeber:

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Projektteam:

Thomas Eckert

Jürgen Egelin (Leiter)

Helmut Fryges

Kooperationspartner:

Prognos AG, Basel

Dr. Peter Zimmermann,

Unternehmensberater

In den letzten Jahren wurde eine Vielzahl neuer mobilitätsbezogener Dienstleistungen und Produkte der Verkehrstelematik konzipiert, modellhaft erprobt und teilweise bereits standardmäßig eingeführt. Dies betrifft sowohl mobilitätsbezogene Informationsdienstleistungen für den Individualverkehr und den öffentlichen Verkehr als auch Hardware- und Software-Komponenten einer mobilitätsbezogenen Informations- und Kommunikationsstruktur.

Untersuchungsgegenstand dieses Projekts ist die Angebotsseite im Marktfeld innovativer Mobilitätsdienstleistungen und Komponenten der Verkehrstelematik. Dazu wurden drei Arbeitsschwerpunkte gebildet. Zum einen wurden mit Hilfe der am ZEW bestehenden Unternehmensdatenbanken die in diesem Marktfeld agierenden Unternehmen identifiziert und das Gründungsverhalten in den letzten zehn Jahren analysiert. Zum anderen wurde auf der Grundlage einer

Unternehmensbefragung das Innovationsverhalten der Anbieter in diesem Bereich beschrieben und wurden die aus Sicht der Unternehmen bestehenden Innovations- und Entwicklungshemmnisse aufgezeigt. Dabei wurde das Innovationsverhalten im Bereich Verkehrstelematik mit dem Verhalten von Unternehmen in anderen Branchen verglichen. Grundlage für den Vergleich bildeten die Mannheimer Innovationspanels für das verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor in Deutschland (MIP und MIP-DL). Im dritten Arbeitsschwerpunkt schließlich gilt es aufzuzeigen, welche innovativen Ideen, Konzepte und Produkte die im Marktfeld Verkehrstelematik tätigen Unternehmen erarbeiten oder vertreiben.

Bisher zeigt die Untersuchung, dass die Gründungsentwicklung nicht als überaus dynamisch bezeichnet werden kann. Das Innovationsverhalten der Unternehmen unterscheidet sich kaum von dem Verhalten in anderen technologie- und wissensintensiven Branchen wie etwa der EDV-Branche oder der Elektrotechnik. Zwischen dem Angebotsprofil und dem (potenziellen) Bedarf der Verkehrsteilnehmer besteht derzeit eine Diskrepanz, unter anderem weil die angebotenen Dienstleistungen und Produkte zum Teil keinen spürbaren Zusatznutzen für den Verkehrsteilnehmer bieten.

Laufzeit: März 1999 – März 2000

Ansprechpartner: Jürgen Egelin
(Tel.: -176, E-Mail: egelin@zew.de)

Quantitative Methoden zur Entwicklung systematischer Entscheidungsgrundlagen für internationale Unternehmensstrategien

Projektteam:

Dr. Thomas Cleff

Thorsten Doherr

Die Globalisierung der Märkte, der voranschreitende technische Fortschritt, die regio-

nal variierende Marktdynamik und der internationale Austausch von Gütern und Dienstleistungen verändern zunehmend die Wettbewerbsbedingungen von Unternehmen. Auch bei bisher national orientierten Unternehmen bewirkt die wachsende Konkurrenz aus dem Ausland zwangsläufig eine Erweiterung des nationalen zu einem internationalen Fokus.

Die Unternehmen stehen somit vor der Herausforderung, ihre Unternehmensstrategien international ausrichten zu müssen. Aus der Analyse internationaler Konkurrenz sowie internationaler Beschaffungs- und Absatzmärkte können Unternehmen wichtige Informationen für die Gestaltung ihrer globalen Unternehmensstrategien gewinnen. Als Grundlage hierfür sind umfassende und systematisierte Daten erforderlich. Die geeignete Aufbereitung, Strukturierung, Verarbeitung und Bereitstellung von Informationen für Unternehmensentscheidungen wird zur zentralen Aufgabenstellung der unterschiedlichen Unternehmensbereiche. Ziel des Projektes ist die Entwicklung standardisierbarer Verfahren zur Verbesserung der systematisierten Informationsbereitstellung sowie zur Erstellung von Entscheidungsgrundlagen in Unternehmen. Bereits existierende Verfahren (z. B. das am ZEW entwickelte „Global Sourcing Management Tool“) sollen sowohl in Hinblick auf die bei ihnen angewendeten ökonometrischen Methoden als auch in Hinblick auf die bei ihnen verwendeten Datenquellen erweitert werden. Neben Außenhandelsdaten sollen zukünftig auch Produktions-, Markt- und Patentdaten die Grundlage für ein quantitativ-statistisches Management-Informationssystem bilden.

Laufzeit: Januar 1999 – Dezember 2000

Ansprechpartner: Dr. Thomas Cleff
(Tel.: -233, E-Mail: cleff@zew.de)

Management Training in Small and Medium-Sized Enterprises (SMEs)

Auftraggeber:

OECD

Projektteam:

Andreas Fier

Dr. Georg Licht (Leiter)

Kooperationspartner:

Merja Salmi, Anna-Maria Hotari,

Vantaa Institute for Continuing Education,

University of Helsinki

Vom globalen Wettbewerb sind längst nicht mehr nur große, sondern zunehmend auch kleinere Produzenten und Dienstleister betroffen. Die damit vollzogenen Veränderungen der Produktions-, Organisations- und Entscheidungsstrukturen fordern das Management und die Mitarbeiter kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in besonderer Weise heraus. Sie erfordern zunehmend die Ergänzung der laufenden Geschäftsaktivitäten durch eine langfristig wirksame Investition in Know-how. Die Voraussetzung dafür, dass Beschäftigte heute selbstständig planen, komplexe und vernetzte Systeme verstehen sowie qualitäts-, kostenbewusst und kundenorientiert handeln können, ist die berufliche Fort- und Weiterbildung. KMU sind aber zusätzlich mit dem Problem konfrontiert, dass Bildungsarbeit zwar die individuelle Fähigkeiten fördert, dem Mitarbeiter gleichzeitig aber auch einen Anspruch auf höhere Bezahlung einräumt. Die erlangten Kompetenzvorteile fließen daher nicht selten an andere Unternehmen, die im Wettbewerb um qualifiziertes Personal mehr Mittel einsetzen können oder attraktivere Angebote machen.

Das Projekt ist Teil einer Gesamtstudie der OECD, in der das Angebot an und die Nachfrage nach Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für das gehobene Management in KMU im internationalen Vergleich untersucht wird. Die deutsche und die finnische Studie wurden am ZEW durchgeführt. Sie befassen sich mit den Märkten sowie der jeweiligen Inan-

spruchnahme von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen durch KMU. Zu diesem Zweck werden in einer Bestandsaufnahme die geschätzten Aufwendungen von Staat und Unternehmen, die Anzahl der Anbieter und Teilnehmer, das Kursangebot etc. tabelliert. Im Weiteren werden aus der Sicht der an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmenden Manager in KMU ihr Bedarf sowie Erfolge und Schwierigkeiten diskutiert. Das Projekt geht den Fragen nach, in welcher Form Institutionen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen anbieten, in welchem Umfang KMU Bildungsträger beanspruchen und welche nationalen Evaluationen und Statistiken zum Thema existieren. Ziel ist dabei, „best practice“ im internationalen Vergleich zu ermitteln.

Laufzeit: März 1999 – März 2000

Ansprechpartner: Andreas Fier
(Tel.: -295, E-Mail: fier@zew.de)

Veröffentlichungen:

Fier, A. and G. Licht (1999), *Management Training in Small and Medium-Sized Enterprises – Survey of Germany and Finland*, OECD Proceedings, Paris.

Fier, A. (1999), Mit der Weiterbildung hat der Mittelstand Probleme, *EU-Magazin* (11).

Analyse führender Absatzmärkte für globale Produkte

Zuwendungsgeber:

Förderkreis Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V.

Projektteam:

Marian Beise

Dr. Thomas Cleff

Neue weltweit erfolgreiche Produkte sind häufig auf einem Regionalmarkt in engem Zusammenspiel mit lokalen Kunden entwickelt worden und setzen sich nach einem Reifeprozess international gegenüber den in anderen Ländern entwickelten Technikspezifikationen durch. Besonders gewichtige Bei-

spiele sind das Fax-Gerät und der digitale Mobilkommunikationsstandard GSM. Ursache für die anfängliche Produktvielfalt zwischen den Ländern ist, dass Nachfragepräferenzen und Nachfragedynamik für neue FuE-intensive Produkte vielfach in den einzelnen Märkten unterschiedlich sind und zu Beginn des Technologielebenszyklus Produkte entwickelt werden, die den lokalen Eigenheiten des Marktes (Umwelt, Wirtschaftsstrukturen, Kultur) am besten entsprechen. In vielen Fällen übernehmen allerdings andere Länder im Laufe der Zeit die Nachfragepräferenzen von Märkten, die eine besonders dynamische Weiterentwicklung dieser Produkte unterstützen. Derartige Märkte lassen sich als führende Märkte (Lead-Markets) bezeichnen.

Die Identifizierung führender Märkte ist für Unternehmen, die Produkte für den Weltmarkt entwickeln wollen oder müssen, ein wichtiger Beitrag zur Forschungs- und Technologiestrategie. Sie kann sogar zu einer zentralen Aufgabe für die Standortwahl einzelner Innovationsprojekte werden. Denn da die Innovationsaktivitäten aufgrund von Informationsvorteilen stark am jeweiligen Umfeld des Standortes der FuE-Aktivitäten ausgerichtet sind, ist die Vergabe von Innovationsprojekten an Tochtergesellschaften im Lead-Market eine erfolversprechende Strategie zur Entwicklung globaler Innovationen. Außerdem haben Unternehmen Wettbewerbsnachteile, wenn sie ihre Innovationen nicht an den Nachfragepräferenzen der führenden Märkte ausgerichtet haben. Zum einen lassen sich in FuE-intensiven Industrien die hohen FuE-Investitionen nur mit internationaler Vermarktung amortisieren. Zum anderen kann selbst der Heimatmarkt an den in anderen Ländern und anderen Unternehmen entwickelten technischen Weltstandard verloren gehen. Im Rahmen des Projektes soll deshalb mit Hilfe von Fallstudien eine quantitative statistische Methode zur Identifizierung führender Absatzmärkte entwickelt und validiert werden.

Laufzeit: Juni 1999 – Juni 2001

Ansprechpartner: Thomas Cleff
(Tel.: 233, E-Mail: cleff@zew.de)

Veröffentlichungen:

Beise, M. (1999), Vom Lead-User zum Lead-Market: Regionale Ausgangspunkte globaler Innovationen, *Technischer Vertrieb* 1 (5).

Beise, M. (1999), Lead Markets and the International Allocation of R&D, in: Kocaoglu, D. and T. Anderson (eds.), *Technology and Innovation Management: Setting the Pace for the Third Millennium*, Proceedings of the PICMET '99 Conference, Vol. 2, Portland.

Erstellung eines Instruments zur mittelfristigen Prognose der Nachfrage nach Personenkraftwagen in Europa

Auftraggeber:

Adam Opel AG

Projektteam:

Dr. Thomas Cleff

Dirk Czarnitzki

In Zusammenarbeit mit der Adam Opel AG wird ein Instrument zur Prognose der Nachfrage nach Personenkraftwagen in 16 europäischen Ländern entwickelt. Die Entwicklung der Gesamtnachfrage nach Kraftfahrzeugen hat eine zentrale Bedeutung für die großen Autohersteller, da diese frühzeitig ihre Produktionskapazitäten an vorhersehbare Veränderungen anpassen müssen. Einerseits verursachen Überkapazitäten hohe Fixkosten und andererseits bedingt eine zu geringe Kapazität lange Lieferzeiten und mögliche Kundenabwanderungen zur Konkurrenz. Die Untersuchung hat eine makroökonomische Ausrichtung. Auf der Basis verschiedener ökonomischer Ansätze werden die Nachfrageentwicklungen in den Ländern analysiert. Dazu werden kausale ökonomische Modelle und Ansätze aus der Zeitreihenökometrie auf ihre Prognosequalität getestet. Ergeben sich mehrere geeignete

Modelle, gehen diese verschiedenen Ansätze gewichtet in die Prognose der PKW-Neuzulassungen ein.

Laufzeit: November 1999 – März 2000

Ansprechpartner: Dr. Thomas Cleff
(Tel.: -233, E-Mail: cleff@zew.de)

Identifikation potenzieller Einführungsmärkte neuer Verkehrstelematikanwendungen

Auftraggeber:

DaimlerChrysler AG

Projektteam:

Marian Beise

Dr. Thomas Cleff

Thomas Eckert

Da Länder sich in ihren kulturellen, geographischen, ökonomischen und politischen Kontexten und damit ihren Nachfragepräferenzen unterscheiden, werden neue Technologien und Innovationen von Land zu Land zu unterschiedlichen Zeitpunkten aufgegriffen und genutzt. Darüber hinaus variieren die technischen Spezifikationen und das Innovationsdesign, das von den Anwendern nachgefragt wird, von Land zu Land. Multinationale Unternehmen sind jedoch an global standardisierten Produkten und Dienstleistungen interessiert, um Größenvorteile in Produktion und Marketing zu nutzen und hohe FuE-Investitionen auf weltweite Märkte verteilen zu können. Um dies zu erreichen, kommt es zunächst darauf an, den Einführungsmarkt so zu wählen, dass die Akzeptanz in diesem Markt hoch ist. Weiterhin sollte das dort eingeführte Produkt leicht in anderen Ländern eingeführt werden können, ohne dass die technischen Spezifikationen erheblich den dortigen Bedingungen angepasst werden müssen. Länder, die eine solche Eigenschaft haben, sind Lead-Markets. In vielen Fällen lassen sich solche Lead-Markets, die bei der weltweiten Adoption be-

stimmter neuer Technologien und Produkte vorangegangen sind und das globale Design oder den Standard geprägt haben, nachträglich identifizieren. Die Möglichkeit einer Ex-ante-Identifizierung von Lead-Markets ist bisher noch nicht getestet worden. Das Forschungsprojekt soll anhand eines konkreten Beispiels prüfen, ob potenzielle Lead-Markets für neue Innovationsideen identifiziert werden können. Das Forschungsprojekt fußt auf dem Lead-Market-Konzept, das im ZEW entwickelt wurde. Dabei soll geprüft werden, ob es potenzielle Lead-Markets für Telematikanwendungen gibt und welche Märkte eine Lead-Market-Funktion erfüllen können.

Laufzeit: September 1999 – Juli 2000

Ansprechpartner: Thomas Cleff
(Tel.: -233, E-Mail: cleff@zew.de)

Abgeschlossene Projekte

National Innovation Systems

Projektteam:

Dr. Alfred Spielkamp (Leiter)

Katrin Vopel

Kooperationspartner:

Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D.,
Universität München

Die mikroökonomisch fundierte Untersuchung des Innovationsverhaltens von Unternehmen erbringt eine Vielfalt von Determinanten, die dieses Verhalten beeinflussen. Damit kann ein Innovationssystem identifiziert werden, das der Generierung, Verbreitung und Aufnahme neuen Wissens in verarbeitenden und dienstleistenden Unternehmen dient. Das Hauptziel der vorliegenden Untersuchung war es, Unternehmen in ein solches Innovationssystem einzuordnen.

Ein Arbeitsfeld in diesem Kontext war die Identifikation von Profilen oder Clustern von Unternehmen, die ein vergleichbares Innovationsverhalten an den Tag legen. Dabei umfasst die Analyse auch das Ausmaß der Integration dieser Unternehmenstypen in das nationale Innovationssystem, d. h. den Nutzungsgrad der Forschungsinfrastruktur und die Anpassungsfähigkeit an die sich ändernde Umwelt. Die Untersuchung stand im Zusammenhang mit dem OECD-Projekt „Mapping Innovative Clusters in National Systems of Innovation“. Mit ihr versuchten Wissenschaftler des ZEW, sich in die Debatte über die Charakteristika eines effizienten Innovationssystems einzubringen.

Als Ergebnis dieser Zusammenarbeit wurde ein wichtiger Schritt in Hinblick auf die Systematisierung von Innovationssystemen bewältigt. Verschiedene Ansätze der Clusterbildung wurden in Zusammenhang gebracht und die Vergleichbarkeit von Forschungser-

gebnissen auf dem Gebiet der Innovationserfolgsmessung verbessert.

Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden auf mehreren internationalen Workshops diskutiert und schließlich in den „Synthesis Report“ der Working Group on Innovation and Technology Policy des Directorate for Science, Technology and Industry der OECD eingearbeitet.

Laufzeit: Mai 1997 – März 1999

Ansprechpartnerin: Katrin Vopel
(Tel.: -297, E-Mail: vopel@zew.de)

Veröffentlichungen:

Spielkamp, A. and K. Vopel (1999), *Mapping Innovative Clusters in National Innovation Systems*, ZEW Discussion Paper No. 98-45, Mannheim.

Spielkamp, A. and K. Vopel (1999), *Mapping Innovative Clusters in National Innovation Systems*, in: OECD (ed.), *Boosting Innovation. The Cluster Approach*, OECD Proceedings, Paris, 91-123.

Forschung, Entwicklung und Innovation in produktionsnahen Dienstleistungsbereichen – Impulse für die ostdeutsche Industrie und Perspektiven

Auftraggeber:

Bundesministerium für Wirtschaft

Projektbearbeiter:

Dirk Czarnitzki

Kooperationspartner:

Dr. Herbert Berteit, Dr. Siegfried Ransch,
SÖSTRA Sozialökonomische Strukturanalysen GmbH, Berlin

Dr. Reinhard Schüssler,

Prognos AG, Basel

Prof. Dr. Alfred Spielkamp (Leiter),

Fachhochschule Gelsenkirchen

Im Zuge der strukturellen Veränderungen der Wirtschaft verzeichnen gerade die produktionsnahen Dienstleister ein überdurchschnittliches Wachstum und gewinnen als

Produkt- und Ideenlieferant für andere Unternehmen, insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, an Bedeutung. Innovative und forschende produktionsnahe Dienstleister können auch in Ostdeutschland zum Treibriemen des technischen Wandels werden, der die Exportfähigkeit und Internationalisierung der Unternehmen unterstützt. In der Folge können schließlich Arbeitsplätze sowohl in der Industrie als auch im Dienstleistungssektor geschaffen und gesichert werden. Die Forschungs- und Technologiepolitik der letzten Jahre trug dazu bei, ostdeutschen Unternehmen eine hohe Innovationsintensität zu ermöglichen.

Die vorliegenden Informationen zeigen eine hohe Wirksamkeit der Förderung auf der Inputseite, sodass die FuE-Potenziale ostdeutscher produktionsnaher Dienstleister an diejenigen ihrer westdeutschen Pendanten herankommen. Zu den Stärken ostdeutscher Dienstleister gehört das Engagement in regionalen Innovationsnetzwerken. Dazu zählt unter anderem eine relativ hohe Kooperationsneigung – und dies insbesondere mit wissenschaftlichen Einrichtungen. Dies deutet auf hohes nutzbares Humankapital hin. Allerdings sind bei der Umsetzung dieser Potenziale, gemessen an Indikatoren wie Umsatz und Export, noch einige Hürden zu nehmen. Die Positionierung am Markt und der Aufbau von Wettbewerbsvorteilen erfordern Zeit sowie Managementenerfahrung und stellen eine Reihe ostdeutscher Unternehmen vor ernste Probleme. Auf dem Weg zu einer sich selbst tragenden wirtschaftlichen Basis kann die Forschungs- und Innovationsförderung Hilfestellung geben. Jedoch kann sie bei unternehmerischen Aufgaben nur bedingt helfen, da die Verantwortung für eine erfolgreiche überregionale und internationale Vermarktung der Ideen bei den Unternehmen liegt.

Laufzeit: Juli 1998 – Oktober 1999

Ansprechpartner: Dirk Czarnitzki
(Tel.: -158, E-Mail: czarnitzki@zew.de)

Veröffentlichung:

Spielkamp, A., H. Berteit, D. Czarnitzki, S. Ransch und R. Schüssler (2000), *Forschung, Entwicklung und Innovation in produktionsnahen Dienstleistungsbereichen – Impulse für die ostdeutsche Industrie und Perspektiven*, ZEW Dokumentation Nr. 00-01, Mannheim.

Aufbau einer Patentdatenbank mit Anbindung an Daten der Creditreform und Untersuchung der Patentstrategien von Unternehmen

Projektteam:

Marian Beise

Torsten Doherr

Dr. Georg Licht (Leiter)

Katrin Vopel

Kooperationspartner:

Prof. Frederic M. Scherer,

Harvard University

Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D.,

Universität München

Im Rahmen der Untersuchung von Innovationsstrategien von Unternehmen wächst die Bedeutung der Erfassung und Einordnung des Outputs derartiger Aktivitäten. Als wichtigster Indikator dienen hierbei Patentanmeldungen. Patente beeinflussen aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaft als verbrieftes Eigentumsrecht an einer Erfindung viele strategische Entscheidungen innerhalb der Innovationsaktivitäten von Unternehmen.

Das Projekt hatte zum Ziel, bibliographische Daten von Patentanmeldungen der Jahre 1978 bis 1995 am Europäischen Patentamt in einer Datenbank abzulegen, um sie danach einer weiteren statistischen Verarbeitung und fundierten Analyse zugänglich zu machen. Die Datenbank wurde fertiggestellt. Über die Informationen zu den Anmeldern konnten die Patentdaten mit weiteren Informationen aus verschiedenen Quellen

verbunden werden. Dies betrifft sowohl FuE-spezifische als auch allgemeine Unternehmensdaten. Diese Informationen wurden aus den ZEW-Datenbanken MIP, MIP-DL, MUP sowie aus weiteren allgemein verfügbaren Unternehmensdaten (z. B. von Creditreform/HOPPENSTEDT) gewonnen. Die generierte Datenbasis bildet die Grundlage für die Untersuchung der Regionalisierung von Patentaktivitäten im Rahmen der Europa-Erweiterung des Mannheimer Regionenmonitors. Aus den regionenspezifischen Mustern der Patentanmeldungen und im Besonderen der regionalen Erfinderverteilung sind Rückschlüsse auf die Innovationskraft von Regionen im Zusammenhang mit ihrer Wirtschaftskraft möglich. Weiterhin können Untersuchungen auf der Unternehmensebene Aufschlüsse über das Patentverhalten und letztlich über Innovationsmuster in multinationalen Unternehmen geben.

Patente sind vor allem ein qualitativer Outputindikator der Innovationsaktivitäten. Anhand der Verlängerungsschemata von europäischen Patenten können für die Unternehmen, aber auch für Branchen und Technologiefelder die Patente in ihrer Wertigkeit erfasst werden. Weitere Indikatoren des Patentwertes sind beispielsweise die Größe der Patentfamilie, die Zitationshäufigkeit, aber auch die Resistenz gegen Einsprüche und Patentverletzungen. Über die Erfassung des Werts der Patente kann der Innovationserfolg von Unternehmen im europäischen Maßstab untersucht werden.

Laufzeit: Januar 1997 – Dezember 1998

Ansprechpartner: Dr. Georg Licht

(Tel.: -177, E-Mail: licht@zew.de)

Veröffentlichung:

Licht, G. and K. Zoz (1998), Patents and R&D – An Econometric Investigation Using Applications for German, European and US Patents by German Companies, *Annales d'Économie et de Statistique* 49/50, 329-360.

Informationstechnologie – Preisentwicklung und Produktivitätseffekte

Projektteam:

Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D.,
Universität München

Dietmar Moch

Prof. Konrad Stahl, Ph. D. (Leiter),
Universität Mannheim

Kooperationspartner:

International Data Corporation (IDC)
Deutschland GmbH

Die ökonomischen Auswirkungen des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in deutschen Unternehmen waren Gegenstand dieses Projektes. Die Investitionen in diese Technologien sind in den zurückliegenden Jahrzehnten ständig gewachsen. Im Jahr 1998 wurden dafür allein in Deutschland 89 Milliarden ECU ausgegeben. Die Nutzung von Informationstechnologie gilt als wesentliche Voraussetzung, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

Im Rahmen dieses Projektes wurden zwei Hypothesen zur Erklärung des Produktivitätsparadoxons näher untersucht. Das erste überprüfte Argument beruht auf der häufig diskutierten Hypothese, dass bei der Messung des Outputs Fehler auftreten, die aus der mangelhaften Berücksichtigung von Qualitätsveränderungen der erzeugten Güter und der erbrachten Dienstleistungen resultieren. Diese Heterogenität wird von traditionellen Messgrößen wie z. B. Umsatz oder erzeugte Stückzahl nicht berücksichtigt und führt so zu fehlerhaften Kennzahlen für das Produktivitätswachstum. Hedonische Preisindizes stellen eine Möglichkeit dar, dieser Heterogenität zu begegnen. Sie können eine adäquate Erfassung der Preisentwicklung ermöglichen, auch wenn eine rasche technologische Entwicklung dies erschwert. Am Beispiel der Preisentwicklung bei PCs und der dazugehörigen Software wurden Verzerrungen untersucht, die aus der Unterlassung

von Qualitätsbereinigung resultieren können. Ein im Rahmen dieses Projektes gebildeter hedonischer Preisindex für PCs, die von 1986 bis 1994 angeboten wurden, weist einen deutlich höheren Preisverfall auf als der Index des Statistischen Bundesamtes. Bereits veröffentlichte Ergebnisse für Datenbanksoftware und erste Ergebnisse für Tabellenkalkulationssoftware bestätigen diesen Befund. Als Ergebnis ließ sich festhalten, dass herkömmliche Messmethoden bei Qualitätsverbesserungen zu einer Unterschätzung des Outputs führen.

Im nächsten Schritt wurde mit Hilfe des Mannheimer Innovationspanels Dienstleistungen (MIP-DL) gezeigt, dass Investitionen in ITK einen größeren Einfluss auf die Qualität der erbrachten Dienstleistungen haben als auf die Steigerung der Produktivität des Unternehmens, das ITK einsetzt. Investitionen in IKT sind dann besonders wirksam, wenn sie zur Erhöhung der Liefergeschwindigkeit oder zur Verbesserung der zeitlichen und räumlichen Verfügbarkeit von Dienstleistungen eingesetzt werden. Dass sich der IKT-Einsatz insbesondere auf die Qualität der angebotenen Güter auswirkt, ist ein weiterer Grund für die große Bedeutung der qualitätsbereinigten Messung von Output.

Das zweite untersuchte Argument befasst sich mit der Struktur des ITK-Inputs und dem Aggregationsniveau der Messung. In einer auf Basis der IT-Surveys der IDC durchgeführten Analyse konnte erstmals gezeigt werden, dass die Schwierigkeit, positive Auswirkungen von IKT auf die Produktivität zu finden, auch auf die Aggregation der IKT-Inputs zurückzuführen ist. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere die jüngste Generation von Informationstechnologie, d. h. individuelle Datenverarbeitung und Client-Server-Architekturen, die Produktivität von Unternehmen steigert. Für die einzelnen Technologien wurden deutliche Unterschiede in ihrem Einfluss auf die Produktivität gemessen. Den höchsten Beitrag lieferten dabei die PCs,

während UNIX-Workstations und Terminals von Großrechnern keinen messbaren Produktivitätsbeitrag aufwiesen.

Laufzeit: März 1995 – Dezember 1998

Ansprechpartner: Dietmar Moch

(Tel.: -187, E-Mail: moch@zew.de)

Veröffentlichungen:

Harhoff, D. and D. Moch (1997), Price Indexes for PC Database Software and the Value of Code Compatibility, *Research Policy* 26 (4/5), 509-520.

Licht, G. and D. Moch (1999), Innovation and Information Technology in Services, *The Canadian Journal of Economics* 32 (2), 363-383.

Internationalisierungsstrategien junger, technologieorientierter Unternehmen im internationalen Vergleich

Zuwendungsgeber:

Anglo-German Foundation for the Study of Industrial Society

Projektteam:

Oliver Bürgel

Andreas Fier

Helmut Fryges

Dr. Georg Licht (Leiter)

Dr. Eric A. Nerlinger

Kooperationspartner:

Apax Partners and Co. Ventures Ltd., London

Department of Trade and Industry (dti), London

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn

Dr. Gordon Murray, Prof. Dr. David J. Storey, London Business School

In vielen Ländern Europas gelten junge technologieorientierte Unternehmen (TOU) als Hoffnungsträger bei der Bewältigung des Strukturwandels. Mit ihnen verbinden sich Innovationen und die Erwartung von mehr Wachstum und Beschäftigung als in traditio-

nellen Industrien. Aufgrund der kleinen nationalen Heimatmärkte bietet es sich europäischen Unternehmen an, frühzeitig ins Ausland zu expandieren. Die Untersuchung, die in Zusammenarbeit mit der London Business School durchgeführt wurde, sollte zu einem besseren Verständnis des Internationalisierungsprozesses in jungen innovativen Unternehmen beitragen. Die Kernfrage der Studie lautete: Auf welche Art und Weise und unter welchen Umständen gelingt es TOU, trotz ihrer knappen finanziellen und personellen Ressourcen international tätig zu werden?

Aus der schriftlichen Befragung, an der rund 600 deutsche und britische technologieorientierte Gründungen teilnahmen, geht hervor, dass mehr als 60 Prozent der Firmen bereits in den ersten acht Jahren ihrer Geschäftstätigkeit international aktiv sind. Ein Großteil zählt sogar zu den so genannten „Born Globals“, d. h. sie sind von Anfang an auf ausländischen Märkten vertreten. Ein Vergleich zwischen Unternehmen, die auf den Heimatmarkt beschränkt sind, und international tätigen Firmen lässt deutliche Unterschiede hinsichtlich der Unternehmensgründer und produktspezifischer Merkmale erkennen. Internationale Unternehmen führen regelmäßig FuE-Aktivitäten durch und suchen Marktvorteile durch technologiegestützte Produktdifferenzierungen. Gleichzeitig verfügen die Gründer international tätiger Unternehmen weitaus häufiger über Arbeitserfahrung im Ausland oder in international tätigen Großunternehmen. Für die Produkteigenschaften lässt sich die Faustformel aufstellen: Je höher der kundenspezifische Anpassungsaufwand, desto eher bleibt man auf dem vertrauten Heimatmarkt. Trotz der generellen Ähnlichkeit der britischen und deutschen Hightech-Gründungen werden bei einer Detailbetrachtung in den Strategien und Verhaltensweisen der Unternehmen Einflüsse der nationalen Innovationssysteme sichtbar: So führen häufig Messebegegnungen, Referenzen oder die Vermittlung über Groß-

kunden deutsche Unternehmen ins Ausland (reaktive Internationalisierung). Demgegenüber konzentrieren sich britische Manager schon bei der Produktentwicklung auf die Vermarktung im Ausland (proaktive Internationalisierung).

Laufzeit: August 1997 – Dezember 1999

Ansprechpartner: Dr. Georg Licht
(Tel.: -177, E-Mail: licht@zew.de)

Veröffentlichungen:

Bürgel, O. and G. Murray (1998), *The International Market Entry Choices of Start-Ups in High Technology Industries*, in: *Proceedings of the International Conference on Globalization and Emerging Businesses*, Montreal.

Fier, A., E. A. Nerlinger and G. Licht (1998), *The Internationalisation of British and German Start-Up Companies in High-Technology Industries*, ZEW Discussion Paper No. 98-34, Mannheim.

Bürgel, O. und A. Fier (1999), *Die Internationalisierung junger Technologieunternehmen in Deutschland und Großbritannien*, Seminarberichte der Gesellschaft für Regionalforschung (GfR).

Aktualisierung und Erweiterung der Gründungsdatenbanken für West- und Ostdeutschland

Projektteam:

Dirk Engel

Andreas Fier

Dr. Max Keilbach

Dr. Georg Licht (Leiter)

Jürgen Moka

Seit Gründung des ZEW wird in Kooperation mit der Kreditauskunftei Creditreform intensiv am Aufbau von Unternehmensdatenbanken für Ost- und Westdeutschland gearbeitet. Mittlerweile handelt es sich bei diesen Datenbanken um die umfangreichsten ihrer Art für Deutschland. Daneben wurde im

Jahr 1994 mit dem Aufbau einer Datei mit umfangreichen Informationen über Unternehmensgründungen in technologieintensiven Wirtschaftszweigen begonnen. Mit dem Projekt sollen die qualitativen Auswertungsmöglichkeiten beider Datenbanken gesteigert werden. Da die Daten ursprünglich mit dem Zweck erhoben wurden, Kreditauskünfte zu geben, sind sie nicht unmittelbar einer wissenschaftlichen Auswertung zugänglich. Deswegen werden die vorliegenden Rohdaten verschiedenen Analysen und Hochrechnungsprozeduren unterzogen und die entsprechenden Algorithmen anhand neuer Erkenntnisse laufend aktualisiert. Sie werden darüber hinaus ständig durch andere externe Datenquellen ergänzt.

In 1999 wurden verschiedene Einflussfaktoren, die zu Verzerrungen bei der Hochrechnung für die aktuelle Entwicklung der Gründungsaktivität führen können, auf sehr detaillierter Ebene analysiert. Anschließend wurden verbesserte Hochrechnungsfaktoren auf Basis verschiedener parametrischer und nicht-parametrischer Schätzverfahren ermittelt. Daneben wurde die Datenbank auf ein neues und detaillierteres System von Klassifizierungscodes umgestellt, das präzisere Analysen ermöglicht. Darüber hinaus konnte im abgelaufenen Jahr der Erhebungsumfang beträchtlich ausgeweitet werden, da mittlerweile effiziente Datenentnahme-Algorithmen vorliegen und eine umfangreiche Ausweitung der Hardwarebasis vorgenommen wurde.

Laufzeit: Januar 1999 – Dezember 1999

Ansprechpartner: Dr. Max Keilbach
(Tel.: -257, E-Mail: keilbach@zew.de)

Dienstleistungsneugründungen in Baden-Württemberg

Auftraggeber:

Akademie für Technikfolgenabschätzung,
Stuttgart

Projektteam:

Dirk Engel

Dr. Fabian Steil (Leiter)

In den letzten beiden Jahrzehnten haben die unternehmensnahen Dienstleistungen beträchtlich an Bedeutung gewonnen. Im Kontext des Themas „regionale Innovationssysteme“ bzw. „regionale Innovationsregime“ stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang, der zwischen den Unternehmen des produzierenden Sektors und des Dienstleistungsbereichs besteht. Neben ihrer Rolle als Zulieferer üben eine Reihe von Dienstleistungsbranchen als „Lead-Kunden“ eine wichtige innovationstreibende Funktion für die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes aus. Andererseits stellen die Neuentwicklungen im industriellen Sektor vielfach die Voraussetzung für die Generierung von Innovationen bei den Dienstleistern dar. Ein wichtiges Element der Dynamik in den einzelnen Wirtschaftszweigen stellen die Gründungsaktivitäten dar. Untersucht wurden die Gründungsaktivitäten im Dienstleistungsbe-
reich in Baden-Württemberg im Zeitraum von 1989 bis 1997. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei den unternehmensbezogenen, wissensintensiven Dienstleistungsbranchen. Als Datenbasis der Untersuchung diente das ZEW-Gründungspanel West.

Bezogen auf alle Wirtschaftszweige sind für Baden-Württemberg leicht unterdurchschnittliche Gründungsaktivitäten auszumachen. Verglichen mit dem Bundesdurchschnitt ergibt sich nur im verarbeitenden Gewerbe und bei den technologieintensiven Dienstleistern eine höhere Gründungsintensität.

Mit Hilfe ökonomischer Analysen wurde zudem den Ursachen der regionalen Unterschiede in der Gründungszahl unter-

nehmensnaher Dienstleister nachgegangen. Die zwischen den Kreisen variierende Gründungshäufigkeit kann mit einer Reihe von Indikatoren des regionalen Gründer- und Nachfragepotenzials erklärt werden. Regionen mit einer modernen Industriestruktur oder auch einem bereits starken unternehmensnahen Dienstleistungsbereich sind im Strukturwandel zum Dienstleistungssektor begünstigt. In Regionen mit einer hohen Gründungsintensität im unternehmensnahen Dienstleistungsbereich sind oftmals auch die Zuwachsraten an neuen Unternehmen insgesamt am höchsten.

Laufzeit: Dezember 1997 – November 1998

Ansprechpartner: Dirk Engel

(Tel.: -182, E-Mail: engel@zew.de)

Veröffentlichung:

Engel, D. und F. Steil (1999), *Dienstleistungsneugründungen in Baden-Württemberg*, Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung Nr. 139, Stuttgart.

Standortbedingungen und Entwicklung junger innovativer Unternehmen im Ost- West-Vergleich

Zuwendungsgeber:

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam:

Thorsten Doherr

Andreas Fier

Dr. Georg Licht (Leiter)

Dr. Eric A. Nerlinger

Das Projekt analysierte die räumliche Konzentration junger innovativer Unternehmen und die für ihre Standortwahl relevanten Einflussfaktoren in Deutschland. Im Mittelpunkt des Ost-West-Vergleichs standen Fragen nach Faktoren, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Wirtschafts- und Innovationsaktivitäten der Unternehmen stehen. Hierzu gehören insbesondere die in Hochschulen, sonstigen öf-

fentlichen Forschungseinrichtungen sowie den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Unternehmen durchgeführten Innovationsaktivitäten, die sich über Wissensexternalitäten positiv auf die Clusterung innovativer Unternehmen auswirken könnten.

Die deskriptiven Analysen zu den Standorten innovativer Gründungen zeigen deutliche räumliche Konzentrationen in Ost- und Westdeutschland. In der Mehrzahl werden Gründungen in Agglomerationen und dicht besiedelten Regionen vorgenommen. Deren Bedeutung hat in den letzten Jahren jedoch insbesondere in Westdeutschland nachgelassen. Davon haben vor allem die an die Kernstädte angrenzenden Kreise profitiert, in denen relativ zum Gründungspotenzial überproportional viele innovative junge Unternehmen gegründet wurden. Zur Erklärung der räumlichen Varianz der Anzahl innovativer Gründungen wurden theoretische Ansätze miteinander kombiniert und erweitert. Die Überprüfung der abgeleiteten Hypothesen anhand alternativer empirischer Modelle erfolgte auf der Basis von Zählmodellen und neueren ökonomischen Ansätzen, bei denen die traditionelle Annahme der Unabhängigkeit von Räumen zugunsten wechselseitiger Einflüsse aufgegeben wird. Die Schätzergebnisse belegen unter anderem, dass von der forschungsinfrastrukturellen Ausstattung positive Externalitäten auf die Zahl innovativer Unternehmensgründungen ausgehen. Zugleich wird deutlich, dass positive Effekte auch von der FuE-Infrastruktur benachbarter Kreise ausgehen. Die Effekte variieren je nach Art der FuE-Einrichtung (FuE-Labors der Unternehmen, Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen) und der fachlichen Ausrichtung bzw. Spezialisierung.

Laufzeit: April 1997 – März 1999

Ansprechpartner: Dr. Georg Licht
(Tel.: -177, E-Mail: licht@zew.de)

Veröffentlichungen:

Almus, M., D. Engel und E. A. Nerlinger (1999), *Wachstumsdeterminanten junger*

Unternehmen in Ost- und Westdeutschland: Ein Vergleich zwischen innovativen und nicht-innovativen Unternehmen, ZEW Discussion Paper No. 99-09, Mannheim.

Almus, M. und E. A. Nerlinger (1999), *Wachstumsdeterminanten junger innovativer Unternehmen – Empirische Ergebnisse für Westdeutschland*, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 218, 257-275.

Almus, M. und E. A. Nerlinger (1999), *Zum Zusammenhang zwischen Größe und Wachstum bei Gründungen – Empirische Ergebnisse für West-Deutschland*, ZEW Discussion Paper No. 99-01, Mannheim.

Almus, M. und E. A. Nerlinger (1998), *Beschäftigungsdynamik in jungen innovativen Unternehmen: Empirische Ergebnisse für Westdeutschland*, ZEW Discussion Paper No. 98-09, Mannheim.

Almus, M., E. A. Nerlinger and F. Steil (1999), *Growth Determinants of Start-Ups in Eastern Germany, A Comparison between Innovative and Non-Innovative Firms*, in: Oakey, R., W. Daring and S.-M. Mukhtar (eds.), *New Technology-Based Firms in the 1990s*, Vol. VI, London, 283-96.

Licht, G. and E. A. Nerlinger (1998), *New Technology-Based Firms in Germany: A Survey of the Recent Evidence*, *Research Policy* 26 (9), 1005-1022.

Licht, G. und E. A. Nerlinger (1997), *Junge innovative Unternehmen in Europa: Ein internationaler Vergleich*, in: Harhoff, D. (Hrsg.), *Unternehmensgründungen – Empirische Analysen für die alten und neuen Bundesländer*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 7, Baden-Baden, 187-208.

Nerlinger, E. A. (1998), *Standorte und Entwicklung innovativer Unternehmen*, *Empirische Ergebnisse für West-Deutschland*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 27, Baden-Baden.

Nerlinger, E. A. (1998), *Innovative Unternehmensgründungen in Deutschland: Ein Überblick über aktuelle Forschungsergebnisse und Trends*, in: Bögenhold, D. und D. Schmidt (Hrsg.), *Neue Gründerzeiten? Die*

Wiederentdeckung kleiner Unternehmen in Theorie und Praxis, Berlin.

Nerlinger, E. A. (1998), *Scientific Know-How in Great Demand*, *ZEWnews English edition* 1, 2.

Nerlinger, E. A. (1998), *Standorte und Entwicklung innovativer Unternehmen: Empirische Ergebnisse für West-Deutschland*, Dissertation, Universität Lüneburg, Lüneburg.

Nerlinger, E. A. (1998), *Standorte und Entwicklung innovativer Unternehmen: Empirische Ergebnisse für West-Deutschland*, ZEW Schriftenreihe, Bd. 27, Baden-Baden.

Nerlinger, E. A., C. Olofsson and B. Szymne (1998) *High-Tech in Sweden: A Regional Perspective*, ZEW Discussion Paper No. 98-05, Mannheim.

Berichterstattung zum Unternehmensgründungsgeschehen in Österreich bis 1996

Auftraggeber:

Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr (BMWV), Wien

Projektteam:

Matthias Almus

Jürgen Egelin (Leiter)

Dirk Engel

Kooperationspartner:

Österreichisches Forschungszentrum

Seibersdorf (ÖFZS), Geschäftsfeld

Regionalforschung

Auch in Österreich zählen die Stimulierung eines gründerfreundlichen Wirtschaftsklimas, die Förderung von Gründungsvorhaben und speziell die Verbesserung der Bedingungen für Hochtechnologie-Gründungen inzwischen zu den unstrittigen Zielen der nationalen, aber auch der regionalen Wirtschaftspolitik.

Unabdingbar für die Konzeption und Ausgestaltung einer effizienten zielgenauen Gründungspolitik ist eine profunde Kenntnis

der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger von den Gegebenheiten, Entwicklungen und Tendenzen des Unternehmensgründungsgeschehens in Österreich. Basierend auf Daten des ZEW-Gründungspanels Österreich bietet sich die Möglichkeit, diesen Informationserfordernissen der Wirtschaftspolitik durch eine regelmäßige Berichterstattung zum Unternehmensgründungsgeschehen in Österreich gerecht zu werden.

ZEW und ÖFZS erarbeiteten im Rahmen dieses Projektes den ersten im Auftrag des BMWV durchgeführten Bericht zum Gründungsgeschehen. Dabei wurde die Gründungsdynamik anhand von Indikatoren und Kennzahlen zur zeitlichen Entwicklung, zu Branchenstrukturen, Strukturwandel und Modernisierung, zur Raumstruktur sowie Entwicklung des neuen Technologiefelds Multimedia für den Zeitraum bis 1996 dokumentiert.

Mit einer laufenden Berichterstattung zum Gründungsgeschehen sollen im Wesentlichen zwei Ziele verfolgt werden. Zum einen sichert sie die Weiterführung der zugrundeliegenden Datenbasis als Unternehmenspanel. Auf Basis dieser Informationen ist nach einigen Jahren die Analyse von Überleben und Wachstum neuer Unternehmen möglich. Solche Untersuchungen liefern wichtige Informationen zur Konzipierung effizienter Gründungspolitik. Zum anderen gewährleistet eine laufende Berichterstattung die Wahrnehmung eines von temporären Einflüssen bereinigten Bildes der Trends und Entwicklungen im Neugründungsgeschehen. Durch die regelmäßige Bereitstellung von Indikatoren werden den Entscheidungsträgern Kriterien an die Hand gegeben, die es ihnen ermöglichen, den Erfolg ihrer gründerpolitischen Konzepte zu beurteilen und eine effiziente Auswahl im Sinne von „best practices“ zu treffen.

Laufzeit: März 1998 – Februar 1999

Ansprechpartner: Jürgen Egelin

(Tel.: -176, E-Mail: egelin@zew.de)

Veröffentlichung:

Almus, M., J. Egel, D. Engel und H. Gassler (1999), *Berichterstattung zum Unternehmensgründungsgeschehen in Österreich bis 1996*, Report OEFZS-A-4524A, Seibersdorf.

Dienstleistungsneugründungen in Österreich – Sektorstruktur, Regionalverteilung und Determinanten

Auftraggeber:

Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr

Projektteam:

Matthias Almus

Jürgen Egel (Leiter)

Dirk Engel

Helmut Gassler,

Österreichisches Forschungszentrum

Seibersdorf (ÖFZS), Geschäftsfeld

Regionalforschung

Im Zuge der Tertiärisierung der Wirtschaft ist seit längerer Zeit eine kontinuierliche Zunahme des Dienstleistungsanteils an der Bruttowertschöpfung und Gesamtbeschäftigung in den hochindustrialisierten Staaten Europas, den USA und Japan zu beobachten. Diese überproportionale Entwicklung des Dienstleistungssektors war in den vergangenen Jahrzehnten auch in Österreich zu beobachten. Unternehmensgründungen tragen entscheidend zur „Modernisierung“ und zunehmenden Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmensbestandes und so zum Strukturwandel einer Volkswirtschaft bei. Zielsetzung dieser Studie war es, die Dynamik des Gründungsgeschehens im tertiären Sektor in Österreich, die intrasektorale Struktur der Neugründungen sowie den Beitrag technologie- und wissensintensiver Dienstleistungsgründungen zum Strukturwandel zu untersuchen. Als Datenbasis der Untersuchung diente das ZEW-Gründungspanel Österreich.

Die regionale Verteilung der Gründungen

im tertiären Sektor weist ein ausgeprägtes Zentrum-Peripherie-Gefälle in Österreich auf. Mit zunehmender Verdichtung der Regionen nimmt die Gründungsneigung zu. Vor allem im wissensintensiven, aber auch im übrigen unternehmensnahen Dienstleistungsbereich sind erhebliche Unterschiede zwischen den Regionstypen zu erkennen. Die zwischen den Kreisen variierende Gründungshäufigkeit kann neben den verschiedenen Indikatoren zum regionalen Gründer- und Nachfragepotenzial auch mit der unterschiedlichen Infrastrukturausstattung in den Bezirken erklärt werden. Hervorzuheben sind die positiven Zusammenhänge zwischen der Gründungszahl wissensintensiver Dienstleister und den Beschäftigtenanteilen der eigenen Branche wie auch „moderner“ Industriebranchen. Eine geringere Gründungsneigung ist in der Nähe zur Grenze zu den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie in solchen Bezirken zu beobachten, in denen kein Technologie- und Gründerzentrum existiert.

Laufzeit: März 1998 – Februar 1999

Ansprechpartner: Jürgen Egel

(Tel.: -176, E-Mail: egeln@zew.de)

Veröffentlichung:

Almus, M., J. Egel, D. Engel und H. Gassler (1999), *Dienstleistungsgründungen in Österreich: Sektorstruktur, Regionalverteilung und Determinanten*, Report OEFZS-A-4543A, Seibersdorf.

Thematic Evaluation of Structural Funds

Auftraggeber:

Europäische Kommission

Projektteam:

Dr. Vera Lessat (Leiterin bis 31.8.1998)

Dr. Eric A. Nerlinger (Leiter ab 1.9.1998)

Kooperationspartner:

ACT Consultants, Paris

CEDRU, Lissabon

Centre de Recherche PME,

Universität de Liège

CERPEM, Bari
 Danish Technology Institute, Kopenhagen
 Ernst & Young, London
 IMIT, Stockholm School of Economics
 INFYDE, Los Arenas
 PRISMA, Athen
 Research Voor Beleid (RVB), Leiden
 University College, Dublin
 Uniscience Ltd, University of Helsinki
 Wirtschaftsuniversität Wien

Unter Federführung der Unternehmensberatung Ernst & Young, London untersuchte ein internationales Konsortium Auswirkungen von Interventionen des Strukturfonds der EU auf kleine und mittlere Unternehmen. Das ZEW erstellte dabei die Analyse für Deutschland. Die Untersuchungen umfassten dabei

- ▷ die Aufarbeitung von Maßnahmen zur Unterstützung des Mittelstandes, die aus Strukturfondsmitteln finanziert wurden, und die Beurteilung der Angemessenheit dieser Maßnahmen im Hinblick auf die typischen Probleme von kleinen und mittleren Unternehmen,
- ▷ die Analyse zur Effizienz und Effektivität dieser Maßnahmen unter dem Blickwinkel der kleinen und mittleren Unternehmen,
- ▷ die Auswirkung der Maßnahmen im Hinblick auf die Zielvorgaben des Strukturfonds, d. h. insbesondere auf Beschäftigung und Wachstum,
- ▷ der Analyse von Ursachen des Erfolgs bzw. Misserfolgs von strukturfondsfinanzierten Projekten,
- ▷ die Herausarbeitung der wesentlichen Charakteristika besonders erfolgreicher Maßnahmen („best practice“).

Dazu wurden die durch die einzelnen Bundesländer durchgeführten, strukturfondsfinanzierten Maßnahmen typologisiert und die vorhandenen Studien zur Analyse von Strukturfondsinterventionen im Hinblick auf die skizzierten Fragestellungen ausgewertet. In einzelnen Regionen fanden Fachgespräche mit den jeweiligen Programmver-

antwortlichen statt. Darüber hinaus wurde eine Stichprobe von kleinen und mittleren Unternehmen, die an Strukturfondsmaßnahmen teilgenommen hatten, im Hinblick auf die von den Maßnahmen ausgelösten Effekte und deren Nachhaltigkeit für die Unternehmensentwicklung befragt. Anschließend wurden für die Ziel-1-Region Thüringen und die Ziel-2-Region Nordrhein-Westfalen vertiefende Fallstudien zur Umsetzung und zu regionalen Effekten der Strukturfondsinterventionen durchgeführt.

Laufzeit: Januar 1998 – Dezember 1998

Ansprechpartner: Dr. Georg Licht
 (Tel.: -194, E-Mail: licht@zew.de)

Internationalisierung von Beschaffungsmärkten aus der Sicht eines Maschinenbauunternehmens

Auftraggeber:
 Heidelberger Druckmaschinen AG
 Projektleiter:
 Dr. Thomas Cleff

Die Internationalisierung der Wirtschaft zwingt immer mehr Unternehmen zu einer Internationalisierung ihrer Beschaffungsaktivitäten. Wie aber sind dabei Kosten- und Qualitätsvorteile zu erreichen? Wie lassen sich auf internationalen Beschaffungsmärkten die wettbewerbsfähigsten Lieferanten finden? Vor dieser Frage stehen vor allem Unternehmen, die am Anfang der Internationalisierung ihrer Beschaffungsaktivitäten stehen und bisher kaum über internationale Erfahrung verfügen. Sie sehen sich einer Vielzahl von Optionen ausgesetzt, denen sie unternehmensintern häufig nicht mit eigener instrumenteller Kompetenz begegnen können. Aber auch die „international erfahrenen“ Unternehmen sind gezwungen, ihre Internationalisierungsstrategien zu rechtfertigen und kontinuierlich zu überprüfen. In der Praxis existierten bis vor kurzem keine

Methoden, mit deren Hilfe die Wettbewerbsfähigkeit potenzieller Lieferländer systematisch evaluiert werden konnten. Zum einen wurde die Komplexität der zu berücksichtigenden Zusammenhänge als zu hoch eingeschätzt. Zum anderen sind derartige Methoden in Hinblick auf ihre allgemeine Verständlichkeit einer „intuitiven und unternehmerischen“ Herangehensweise häufig unterlegen, sodass ein systematischer Einsatz solcher Methoden nicht vorangetrieben wurde. Das ZEW hat in Zusammenarbeit mit der Heidelberger Druckmaschinen AG das „Global Sourcing Management Tool“ entwickelt. Mit seiner Hilfe lässt sich die Entscheidungskomplexität im internationalen Beschaffungsprozess reduzieren: Auf Basis von Außenhandelsdaten lassen sich für die 21.000 Produkte der internationalen Produktnomenklatur Indikatoren berechnen, die eine Bewertung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der durchschnittlich gelieferten Produktqualität möglicher Lieferländer erlauben. Die potenziellen Lieferländer, deren Unternehmen sich in den unterschiedlichen Produktqualitätsstufen als besonders wettbewerbsfähig erwiesen haben, werden identifiziert. Diese „Vorselektion“ ermöglicht es den Unternehmen, die Suche nach potenziellen Lieferanten auf die selektierten Lieferländer zu beschränken. Hohe „Suchkosten“ werden dadurch reduziert. Mit dem „Global Sourcing Management Tool“ lassen sich darüber hinaus Trendprognosen erstellen. Potenzielle Lieferländer, die gewisse Qualitätsstandards bzw. eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit noch nicht erreicht, aber in den letzten Jahren stark aufgeholt haben, können mit dem Tool sensitiv beobachtet werden.

Laufzeit: Juni 1998 – Dezember 1999

Ansprechpartner: Dr. Thomas Cleff
(Tel.: -233, E-Mail: cleff@zew.de)

Zukunft der Arbeit in der Stadt

Auftraggeber:

Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU)

Projektteam:

Matthias Almus

Jürgen Egelin (Leiter)

Kooperationspartner:

Deutsches Institut für Urbanistik (DIFU),

Berlin

Die abnehmende Standortbindung, die daraus resultierenden Verlagerungen von Produktionsprozessen und die Tertiärisierung der Beschäftigung verändern die urbanen Wirtschaftsstrukturen grundlegend. In dem Projekt wurde nach den Konsequenzen dieser Trends für die Zukunft der Arbeit in den Städten allgemein und konkret für die fünf beteiligten Fallstudienstädte Berlin, Hamburg, München, Stuttgart und Wien gefragt. Dabei wurden einerseits theoretisch und empirisch fundierte Aussagen über die räumlichen Aspekte von Globalisierung und Tertiärisierung gesucht und andererseits empirisches Material über die bisherigen Entwicklungen für die Fallstudienstädte ausgewertet. Bisherige Veränderungen der urbanen Wirtschaftsstruktur und der städtischen Arbeitsmärkte wurden den prognostizierten Trends gegenübergestellt. Dies erlaubt das Aufzeigen von kommunalen Handlungsoptionen. Im Mittelpunkt stand die Frage nach der zukünftigen Struktur der Arbeitsnachfrage in den Städten: Ist der Dienstleistungssektor der Hoffnungsträger für die Wirtschaftsstruktur der Innenstädte oder profitiert nur die Peripherie der Städte, wohin die unternehmensnahen Dienstleistungen den Produktionsstandorten folgen, von der zunehmenden Tertiärisierung? Welche Beschäftigungswirkungen sind von den Dienstleistungsunternehmen zu erwarten, welche Bedeutung haben dabei speziell die haushalts- und konsumbezogenen Dienstleistungen?

Das ZEW steuerte in diesem Projekt Analysen zum Gründungsgeschehen und der re-

gionalen Arbeitsmarktentwicklung bei. Untersuchungsregionen waren dabei die Fallstudienstädte und deren zugehörige Umlandregionen sowie als Referenzkategorien die westdeutschen Kernstädte und Westdeutschland insgesamt (jeweils ohne Berlin). Basierend auf den Ergebnissen kann auf den spezifischen kommunalen Handlungsbedarf geschlossen werden.

Laufzeit: Mai 1997 – August 1998

Ansprechpartner: Jürgen Egel

(Tel.: -176, E-Mail: egeln@zew.de)

Veröffentlichung:

Egel, J. und H. Seitz, (Hrsg.), *Städte vor neuen Herausforderungen*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 28, Baden-Baden, 1998.

IV. Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft

Der Staat übt in den meisten europäischen Ländern und gerade auch in Deutschland einen bestimmenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Steuern, Sozialleistungen, Regulierung, aber auch Infrastruktur- und Bildungsausgaben sind wichtige Determinanten beinahe jeglicher ökonomischer Aktivität. Es ist kaum möglich, wirtschaftliche Phänomene wie etwa Wachstum, Investitionen, Mobilität, Beschäftigung oder Einkommensverteilung zu verstehen, ohne die Rolle des Staates mit zu berücksichtigen.

Spätestens seit den Neunzigerjahren muss diese Staatstätigkeit im internationalen Zusammenhang gesehen werden. Durch die europäische Integration ist eine zusätzliche supranationale Staatsebene geschaffen worden, deren Bedeutung weiter zunimmt. Gleichzeitig begrenzt die weltweite Verflechtung der Güter- und Faktormärkte die Handlungsmöglichkeiten einzelstaatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik. Diese Entwicklung eröffnet international tätigen Unternehmen Chancen, sich staatlichen Eingriffen zu entziehen. Gleichzeitig wird befürchtet, dass die Konkurrenz der Fiskalsysteme zu schädlichen Einschränkungen staatlicher Leistungen führt, etwa im Bereich der Infrastruktur oder der Sozialsysteme.

Ziel des Forschungsbereiches ist es, die Staatstätigkeit im Spannungsfeld von politischem Lenkungsanspruch und internationaler Integration ökonomisch zu untersuchen. Es wird analysiert, wie Unternehmen auf Steuern und andere staatliche Einflüsse reagieren, und welche Auswirkungen offene Güter- und Faktormärkte auf die staatliche Finanzpolitik selbst haben. Daraus sollen Handlungsempfehlungen für die Gestaltung der deutschen Steuer- und Finanzpolitik im

internationalen Fiskalwettbewerb abgeleitet werden.

Zur Untersuchung dieser Zusammenhänge wird zum einen die Perspektive der von staatlichen Maßnahmen betroffenen Unternehmen eingenommen, für die steuerliche und regulierende Eingriffe in erster Linie als Belastung erscheinen und zu Verhaltensänderungen Anlass geben. Diese Sichtweise steht in den Forschungsschwerpunkten *Unternehmenssteuerbelastung, steuerlicher Standortvergleich und steuerlicher Vergleich der Rechtsformen* sowie *Steuern, Investitionen und Finanzierung* im Vordergrund. Zum anderen wird im Forschungsschwerpunkt *Fiskalwettbewerb und Föderalismus* die Perspektive der Gebietskörperschaften eingenommen, die sich dem Druck des Standortwettbewerbs ausgesetzt sehen.

Als angewandte wirtschaftswissenschaftliche Forschung basiert die Arbeit des Bereichs auf einem breiten methodischen Fundament. Für die Modellierung einzelwirtschaftlicher Entscheidungen und strategischer Interaktionen konkurrierender Gebietskörperschaften wird die mikroökonomische Theorie verwendet. Die Quantifizierung und statistische Überprüfung theoretischer Zusammenhänge beruht auf mikroökometrischen Verfahren, wobei Unternehmen oder Gebietskörperschaften die Beobachtungseinheiten darstellen. Über die rein wirtschaftswissenschaftliche Methodik hinaus ist für die Analyse der Staatstätigkeit eine genaue, auch international vergleichende, Institutionenkenntnis von besonderer Bedeutung. Diese bezieht sich vor allem auf das Steuerrecht, aber auch auf die Regulierung des Bankensektors, die deutsche Finanzverfassung und die Kompetenzen und Entschei-

dungsmechanismen der Europäischen Union. Mit der Betonung der Institutionenkenntnis und der theoretischen Fundierung orientiert sich der Bereich an der Tradition der deutschen Finanzwissenschaft. Dagegen wird mit der Anwendung rigoroser ökonomischer Verfahren auf finanzwissenschaftliche Fragestellungen in Deutschland, wenn allerdings auch nicht international, weitgehend Neuland betreten.

Zur Messung von Unternehmenssteuerbelastungen wurde vom ZEW in Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim das Softwaretool *European Tax Analyzer* entwickelt. Mit diesem Instrument wird die Steuerbelastung eines repräsentativen Unternehmens simuliert, wobei alle relevanten Steuerarten, die Wechselwirkungen zwischen diesen und Tarifbesonderheiten wie Freibeträge und ermäßigte Steuersätze berücksichtigt werden. Die Steuersysteme von fünf Ländern sind abgebildet, sodass internationale Vergleiche möglich sind. Dieses Instrument hat inzwischen in der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre in Deutschland und zunehmend auch international breite Beachtung erfahren.

Aufgrund der Omnipräsenz des Staates im Wirtschaftsleben ergeben sich bei den Arbeiten über Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft immer wieder Anknüpfungspunkte zu den Themen der anderen Forschungsbereiche des ZEW. Beispiele hierfür sind die für das Innovationsgeschehen wichtige Besteuerung von kleinen und mittleren Unternehmen, die enge Verknüpfung von Arbeitsmarktpolitik und sozialstaatlichen Maßnahmen, der Zusammenhang von fiskalischer und monetärer Integration Europas sowie ökologisch motivierte Abgaben.

Die wissenschaftliche Arbeit der Mitarbeiter des Forschungsbereiches hat an mehreren Stellen Anerkennung gefunden. Zwei Mitarbeiter haben im Berichtszeitraum, während der Tätigkeit am ZEW, ihr Promotions-

verfahren abgeschlossen. Zwei andere wurden für ihre Dissertationen mit von der Privatwirtschaft gestifteten Preisen ausgezeichnet. Mitarbeiter aus allen Forschungsschwerpunkten haben, oft mehrfach, Ergebnisse auf wissenschaftlichen Tagungen im In- und Ausland präsentiert. Besonders hervorzuheben ist, dass mehrere Mitarbeiter Artikel in nationalen und internationalen Zeitschriften mit Gutachterverfahren plazieren konnten, obwohl sie sich noch in einem frühen Stadium ihrer wissenschaftlichen Laufbahn befinden.

Forschungsschwerpunkt

„Unternehmenssteuerbelastung, steuerlicher Standortvergleich und steuerlicher Vergleich der Rechtsformen“

Thema dieses Forschungsschwerpunktes ist die Messung, Erklärung und ökonomische Bewertung der Steuerbelastung von Unternehmen. Die Höhe der Steuerbelastung deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich ist immer wieder Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen. Der spezifische Beitrag des ZEW zu dieser Diskussion besteht in der Anwendung des *European Tax Analyzer*, mit dem diese Belastung detaillierter gemessen werden kann als etwa mit makroökonomischen Durchschnittsgrößen. Durch Variation von Ausgangsbedingungen kann die Steuerbelastung erklärt, d. h. auf strukturelle Merkmale des betrachteten Unternehmenstyps und spezielle Vorschriften im Steuerrecht zurückgeführt werden. Über das reine Erkenntnisinteresse hinaus ist es das Ziel dieser Untersuchungen, die Steuerpolitik zu beraten. So können die Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen quantifiziert werden, wie etwa der derzeit geplante Übergang vom Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren bei der Körperschaftsteuer. Der Forschungsbereich hat dementsprechend viele der im Berichtszeitraum vorgeschlagenen oder durchgeführten Steuerreformen mit Presse-

mitteilungen, ausführlichen Stellungnahmen und Gutachten begleitet.

Im Berichtszeitraum fanden wesentliche inhaltliche und methodische Weiterentwicklungen statt. So wurden Umweltsteuern in die Analyse integriert und ihre Auswirkungen auf die Unternehmenssteuerbelastung simuliert. Darüber hinaus ist das Analyseinstrument um die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen beim Anteilseigner erweitert worden. Methodische Neuerungen sind die Berücksichtigung länderspezifischer Unternehmen sowie die Integration einer empirisch fundierten Investitionsfunktion in die Analyse. Damit können steuerlich induzierte Veränderungen der Investitionstätigkeit und die Wirksamkeit spezifischer Investitionsfördermaßnahmen quantifiziert werden.

Die zukünftige Entwicklung dieses Forschungsschwerpunktes steht im Zeichen von zwei Erweiterungen. Die erste Erweiterung besteht in der Simulation der Steuerbelastung von Personengesellschaften, wofür bereits im Jahre 1999 die Basis gelegt wurde. Derzeit ist es möglich, für deutsche Unternehmen steuerliche Rechtsformvergleiche vorzunehmen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der in der Steuerreform 2000 für Personengesellschaften vorgesehenen Option, sich wie eine Kapitalgesellschaft besteuern zu lassen, von Interesse. In den nächsten Jahren soll der *European Tax Analyzer* auch für Personengesellschaften in den anderen vier betrachteten Ländern anwendbar gemacht werden.

Die zweite Neuentwicklung, die im Jahre 2000 begonnen wird, vertieft die internationale Dimension der Analyse. Während bisher Unternehmen betrachtet werden, deren Aktivitäten sich auf ein Land beschränken, wird im nächsten Schritt grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit in die Untersuchung integriert. Dies bedeutet zum Beispiel, dass die Steuerbelastung eines rein deutschen Unternehmens mit demjenigen verglichen werden kann, das eine französische Tochtergesell-

schaft besitzt. Im Zusammenhang mit dieser Erweiterung steht eine Verbreiterung der methodischen Basis der Analyse. Während bisher nur die Steuerbelastung ganzer Unternehmen untersucht wird, soll in Zukunft auch die Steuerbelastung einer einzelnen Erweiterungsinvestition gemessen werden.

Forschungsschwerpunkt „Steuern, Investitionen und Finanzierung“

Wirtschaftliches Wachstum ist nur möglich, wenn Unternehmen in neue Produktionsanlagen investieren. In welchem Umfang dies geschieht, hängt unter anderem von den zur Verfügung stehenden Finanzierungsmöglichkeiten und der Rendite der Investition ab. In diesem Schwerpunkt werden deshalb mikroökonomische Untersuchungen von unternehmerischen Investitions- und Finanzierungsentscheidungen unter dem Einfluss staatlicher Maßnahmen durchgeführt. Leitthemen sind zum einen die Auswirkungen der Besteuerung auf das Investitionsverhalten und die Finanzierungsstruktur. Zum anderen wird untersucht, welche Bedeutung Bankbeziehungen und Kreditrationierung für das Investitionsverhalten haben.

Zur Erklärung des Investitionsverhaltens wurden im Berichtszeitraum bestehende theoretische Investitionsmodelle um Kapitalnutzungskosten erweitert. Im Unterschied zu vergleichbaren Arbeiten erfolgte in der empirischen Analyse allerdings die Berechnung von weitgehend unternehmensspezifischen Kapitalnutzungskosten. Die Heterogenität ist dabei auf die unterschiedlichen Strukturen des Anlagevermögens und unterschiedliche Finanzierungswege zurückzuführen. Neben diesem Ansatz, dem durchschnittliche Steuersätze zugrunde liegen, wurde damit begonnen, unternehmensspezifische marginale Steuersätze zu ermitteln. Diese Vorgehensweise erlaubt eine präzisere Beschreibung des Zusammenhangs zwischen Besteuerung und Investitionsverhalten. Die For-

mulierung eines empirisch schätzbaren Ansatzes steht allerdings noch aus. Diese Arbeiten werden im Jahr 2000 fortgesetzt. Dabei wird für die Untersuchungen erstmalig die Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank verwendet. Aufgrund des Umfangs und der Qualität dieser Jahresabschlussdaten dürften statistisch bessere Ergebnisse zu erwarten sein.

Im Berichtszeitraum konnten erste Auswertungen einer 1997 durchgeführten Unternehmensbefragung zu den Bankbeziehungen von kleinen und mittleren Unternehmen vorgenommen werden. Es zeigte sich, dass die Qualität der Bankbeziehung die Kreditverfügbarkeit und die Besicherungsnotwendigkeiten beeinflusst, nicht aber die Zinssätze. Darüber hinaus unterhalten viele, insbesondere finanzschwache Unternehmen Kreditbeziehungen zu mehreren Banken, obwohl eine enge Bindung an eine Bank zu besseren Konditionen führen könnte. In der nächsten Zukunft werden diese Ergebnisse mit Beobachtungen aus den USA verglichen. Es wird der Frage nachgegangen, ob die deutsche Bankenregulierung und das Sparkassen- und Genossenschaftsbankensystem tatsächlich, wie oft behauptet wird, günstige Auswirkungen auf die Finanzierungsmöglichkeiten von kleinen und mittleren Unternehmen haben.

Forschungsschwerpunkt

„Fiskalwettbewerb und Föderalismus“

Gegenstand dieses Forschungsschwerpunktes ist der Wettbewerb zwischen Gebietskörperschaften und die Koordination fiskalischer Maßnahmen im Rahmen von Föderalstaaten oder Staatenbünden. Staaten, Länder und Gemeinden konkurrieren um mobile Faktoren, insbesondere Kapital, indem sie ihnen attraktive steuerliche Rahmenbedingungen bieten oder Infrastruktur zur Verfügung stellen. Anknüpfend an diese Beobachtung werden die folgenden Fragen behandelt: Ist Steuerwettbewerb empirisch

festzustellen und führt er tatsächlich, wie oft behauptet wird, zu einer Steuersenkung? Werden öffentliche Leistungen, insbesondere im sozialen Bereich, eingeschränkt? Sollte die Steuerpolitik in Europa stärker harmonisiert werden? Von den Antworten auf diese Fragen hängen wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der Finanzpolitik ab, etwa in Bezug auf die Koordinierung der Zinseinkommensbesteuerung in Europa oder die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs in Deutschland. Der Forschungsbereich hat deshalb einige Male in der Tagespresse zu Fragen des Föderalismus Stellung bezogen und ist auch auf diesem Gebiet in der politischen Beratung aktiv.

Der Forschungsschwerpunkt Fiskalwettbewerb und Föderalismus befindet sich noch im Aufbau. Dennoch konnten im Berichtszeitraum bereits erste Ergebnisse erzielt werden. In einem ersten Schritt konzentrierte sich die Analyse auf die empirische Untersuchung des Hebesatzwettbewerbs zwischen deutschen Gemeinden. Dies ist zum einen für die Kommunalpolitik interessant. Zum anderen kann man hier aber auch die Funktionsweise des Steuerwettbewerbs an einem mit besonders reichhaltigen Daten dokumentierten Anwendungsbeispiel studieren. Es zeigte sich, dass es durchaus einen Hebesatzwettbewerb zwischen den Gemeinden gibt. Dieser ist aber auf einen engen räumlichen Bereich begrenzt und führt nicht zu einem generellen Absinken der Hebesätze. Diese Analyse wird in Zukunft vertieft. Es soll den Grenzregionen zu Frankreich und der Schweiz besonderes Augenmerk geschenkt werden, um so auch den Einfluss internationaler Steuerkonkurrenz mit einzubeziehen. Zudem ist eine Übertragung der erarbeiteten regionalökonomischen Methodik auf regionale Lohnverhandlungen vorgesehen.

Zwei thematische Ausweitungen dieses Forschungsschwerpunktes wurden Ende des Jahres 1999 in Angriff genommen. Das erste neue Themenfeld ist eine international orientierte

tierte Betrachtung der Sozialpolitik. Gerade im Hinblick auf die Systeme der sozialen Sicherung wird der fiskalische Wettbewerb besonders kritisch gesehen. Insbesondere wird befürchtet, dass Migration die Grundlagen der Umverteilungspolitik unterminiert. Zur Untersuchung dieses Zusammenhanges findet zunächst eine Bestandsaufnahme der Sozialsysteme und der Einkommensverteilung in den Ländern Europas statt. Diese soll dazu verwendet werden abzuschätzen, wie stark die soziale Sicherung tatsächlich durch die wirtschaftliche und politische Integration, etwa durch die Osterweiterung der Eu-

ropäischen Union, unter Druck gerät. Das zweite neue Themenfeld ist die Finanzverfassung der Europäischen Union. Die Kernfrage ist hier, welche fiskalischen Kompetenzen die Europäische Union erhalten soll. Dies wird nicht nur im Hinblick auf die – weitgehend bekannte – Theorie des Steuerwettbewerbes untersucht, sondern es werden vor allem auch die politischen und institutionellen Gegebenheiten der europäischen Entscheidungsfindung mit einbezogen. Darüber hinaus wird eine empirische Untersuchung des Steuerwettbewerbs in Europa angestrebt.

Projektübersicht

Laufende Projekte

▷ Fiskalwettbewerb: Theorie und empirische Relevanz	123
▷ Einwohnerveredelung, Siedlungsdichte und Mehrbedarfe im Länderfinanzausgleich	123
▷ Die Bedeutung ordnungspolitischer und finanzpolitischer Rahmenbedingungen für die Innovationstätigkeit in Deutschland seit der Reichsgründung	124
▷ Unternehmensrechtsform, Unternehmensgröße und Steuerbelastung im nationalen und internationalen Vergleich	125
▷ Steuerbelastungen und Steuerwirkungen bei nationaler und grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit	126
▷ Die Finanzverfassung der Europäischen Union	127
▷ Sozialpolitik im Föderalismus	127
▷ Makroökonomisches Ungleichgewichtsmodell (s. Temporäre Arbeitsgruppen)	181

Abgeschlossene Projekte

▷ Besteuerung, Investitionen und Innovationen	129
▷ Wirtschaftspolitische Maßnahmen in einem makroökonomischen Ungleichgewichtsmodell	130
▷ Auswirkungen von Umweltabgaben auf Unternehmen – Ein qualitativer und quantitativer Steuerbelastungsvergleich unter besonderer Berücksichtigung des europäischen Integrationsprozesses	130
▷ Entscheidungswirkungen und Reform der Besteuerung in Europa – Eine EDV-gestützte internationale Analyse	131
▷ Vergleichende Untersuchung über die Besteuerung von Kapitalgesellschaften und ihrer Gesellschafter in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und den Vereinigten Staaten	133
▷ Die deutsche handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung im Vergleich zu internationalen Rechnungslegungsprinzipien und zur handels- und -steuer- rechtlichen Rechnungslegung in wichtigen Industriestaaten	133
▷ Besteuerung von Aktienoptionen in Deutschland, Großbritannien und den USA	134
▷ Finanzierungsrestriktionen bei asymmetrischer Information und ihre Auswirkungen auf die Investitions- und Innovationstätigkeit von Unternehmen	135
▷ Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (s. Verbundprojekte)	177
▷ Arbeitsmarkteffekte der EWU (s. Verbundprojekte)	178
▷ Beteiligungskapital und technologieorientierte Existenzgründungen (s. Verbundprojekte)	179
▷ Makroökonomie und -ökonometrie (s. Temporäre Arbeitsgruppen)	182

Laufende Projekte

Fiskalwettbewerb: Theorie und empirische Relevanz

Projektbearbeiter:

Dr. Thiess Büttner

Ziel des Projektes ist es, die Relevanz und die Konsequenzen des fiskalischen Wettbewerbs zu untersuchen. Auf der Basis eines einheitlichen theoretischen Analyserahmens wird hierzu die fiskalische Entwicklung in ausgewählten europäischen Ländern und in westdeutschen Kommunen untersucht. Zwar haben Letztere in wichtigen fiskalischen Bereichen keine Autonomie. Gerade die Beschränkung der Autonomie auf wenige fiskalische Kompetenzen stellt aber einen besonders interessanten Beobachtungsfall dar. So soll die kleinräumige Betrachtung die Untersuchung des internationalen Fiskalwettbewerbs bezüglich der Verhaltensdeterminanten der fiskalpolitischen Entscheidungsträger ergänzen. Im Einzelnen wird untersucht,

- ▷ inwieweit fiskalpolitische Entscheidungen einen Einfluss auf konkurrierende Gebietskörperschaften haben und welche Reaktionen gegebenenfalls zu beobachten sind,
- ▷ inwieweit gegebene Standortfaktoren Wettbewerbsvorteile und -nachteile erzeugen,
- ▷ ob der Wettbewerb tendenziell die Effizienz der lokalen Politik fördert und
- ▷ welche Rolle die vertikalen Finanzbeziehungen im föderalen System für den horizontalen Wettbewerb spielen.

Wegen der vergleichsweise hohen Mobilität des Kapitals wurde zunächst die Rolle des Wettbewerbs im Rahmen der Kapitaleinkommensbesteuerung untersucht. Während

sich auf europäischer Ebene keine substantiellen Anhaltspunkte für den horizontalen Wettbewerb finden ließen, zeigten sich auf kommunaler Ebene eindeutige Wettbewerbseffekte. Allerdings verbleibt den Kommunen ein Spielraum für eine eigenständige Hebesatzpolitik. Gegenwärtig wird untersucht, ob der interkommunale Wettbewerb ein bloßes Nachahmen fremder Hebesatzpolitiken ist oder ob die Hebesatzpolitik als aktives Instrument eingesetzt wird und tatsächlich einen messbaren Einfluss auf die Standortentscheidungen hat. Zudem wird die Frage untersucht, welche Spuren der Wettbewerb auf der Ausgabenseite des kommunalen Budgets hinterlässt.

Laufzeit: März 1998 – Dezember 2000

Ansprechpartner: Dr. Thiess Büttner
(Tel.: -183, E-Mail: buettner@zew.de)

Veröffentlichungen:

Büttner, T. (1999), Nationaler und regionaler Steuerwettbewerb: Probleme und Grenzen, *Konjunkturpolitik* 49, 111-142.

Büttner, T. (1999), *Determinants of Tax Rates in Local Capital Income Taxation: A Theoretical Model and Evidence from Germany*, CESifo Working Paper, CESifo, München, erscheint demnächst in *Finanzarchiv*.

Einwohnerveredelung,
Siedlungsdichte und Mehrbedarfe im
Länderfinanzausgleich

Auftraggeber:

Finanzministerium Baden-Württemberg

Projektteam:

Dr. Thiess Büttner

PD Dr. Robert Schwager (Leiter)

Dan Stegarescu

Im Rahmen des Länderfinanzausgleichs wird grundsätzlich die Einwohnerzahl als Maßstab des Finanzbedarfs angesetzt. Davon wird aber in einigen Fällen abgewichen, insbesondere durch die so genannte Verede-

lung der Einwohnerzahl der Stadtstaaten. Zur Begründung dieses Vorgehens wird ein Mehrbedarf der Stadtstaaten angeführt, der diesen höhere Kosten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auferlege. In ähnlicher Weise spricht das Bundesverfassungsgericht in seiner jüngsten Entscheidung zum Länderfinanzausgleich die dünne Besiedelung als ein Merkmal an, das eine überdurchschnittliche Finanzausstattung möglicherweise rechtfertigen könnte.

Gegenstand des Projektes ist die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe die durch die Anerkennung eines Mehrbedarfs ausgelösten Finanzausgleichszahlungen aus ökonomischer Sicht gerechtfertigt sind. Dazu soll in einer theoretischen Untersuchung dargestellt werden, welche Argumente dafür oder dagegen sprechen, einzelne Länder von erhöhten Kosten zu entlasten. Im empirischen Teil soll mit Hilfe von finanzstatistischen Daten für die Großstädte sowie der Landeshaushalte der drei Stadtstaaten getrennt nach Gemeinde- und Landesaufgaben ermittelt werden, ob und gegebenenfalls wie die Kosten öffentlicher Leistungen von möglichen Indikatoren eines Mehrbedarfs abhängen.

Laufzeit: Dezember 1999 – März 2000

Ansprechpartner: Dr. Robert Schwager
(Tel.: -160, E-Mail: schwager@zew.de)

Die Bedeutung ordnungspolitischer und finanzpolitischer Rahmenbedingungen für die Innovationstätigkeit in Deutschland seit der Reichsgründung

Zuwendungsgeber:
Bundesministerium für
Bildung und Forschung
Projektteam:

Dr. Thiess Büttner
Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D. (Leiter),
Universität München

Rico Hermann
Timm Körting
Fred Ramb
PD Dr. Robert Schwager (Leiter)
Dan Stegarescu
Kooperationspartner
im Forschungsverbund
„Historische Innovationsforschung“:
Prof. Dr. Helmuth Albrecht,
Institut für Wissenschafts- und Technik-
geschichte, TU Bergakademie Freiberg
PD Dr. Hariolf Grupp,
Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und
Innovationsforschung (FhG-ISI), Karlsruhe
Prof. Dr. Thomas Hänseroth,
Institut für Geschichte der Technik und
der Technikwissenschaften, TU Dresden
PD Dr. Rainer Metz,
ZA für Empirische Sozialforschung, Köln
Prof. Dr. Helmuth Trischler,
FI für Technik- und Wissenschaftsgeschichte,
Deutsches Museum, München
Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch,
Institut für Geschichtswissenschaften,
Humboldt-Universität Berlin
Prof. Dr. Ulrich Wengenroth,
Münchner Zentrum für Wissenschafts-
und Technikgeschichte

Eine Beurteilung des Einflusses staatlicher Maßnahmen auf die Innovationstätigkeit im historischen Vergleich muss aus ökonomischer Sicht unterschiedliche Ansatzpunkte staatlichen Handelns berücksichtigen. Zum einen beeinflusst der Staat die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft direkt durch die Bildungs- und Forschungspolitik. Zum anderen wirken staatliche Maßnahmen auf die Innovationsanreize, denen sich private Akteure gegenüber sehen.

Das Projekt befasst sich mit ausgewählten Aspekten dieser beiden Rollen des Staates im Innovationssystem. Es soll untersucht werden,

- ▷ inwieweit die Entwicklung der Innovationstätigkeit von der zentralstaatlichen Dominanz in der Innovationspolitik abhing,

- ▷ welche Effekte von der Steuerpolitik auf die Innovationstätigkeit ausgingen und
- ▷ welchen Stellenwert die Ausgestaltung des Finanzsystems für die Innovationstätigkeit gehabt hat.

Während die forschungspolitische Bedeutung des Staates im Allgemeinen kaum bestritten wird, ist die richtige Ansiedlung der diesbezüglichen Kompetenz im föderalen Staatswesen zwischen Reich bzw. Bund, Ländern und Gemeinden weniger offensichtlich. In den ersten Jahrzehnten nach der Reichsgründung sind Marksteine in der Forschungspolitik gesetzt worden, wie die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Institute. Dieser zeitliche Zusammenhang lässt eine Dominanz der zentralstaatlichen Ebene vermuten. Gleichzeitig hat sich aber auch die Länderautonomie im Hochschulwesen bis heute zu einem großen Teil erhalten. Im Hinblick auf dieses Spannungsfeld setzt sich das Projekt das Ziel, die Beiträge zu identifizieren, die von den drei Ebenen des Staates zu Innovation und technischem Fortschritt geleistet wurden.

Die für Leistungsanreize wesentliche ordnungspolitische Einrichtung ist das Eigentumsrecht. Indem er dieses Recht durch Steuern einschränkt, beeinflusst der Staat diese Anreize. Für Innovationen ist speziell die Bereitschaft zu riskanten Investitionen von Bedeutung. Diese hängt ebenfalls von der Besteuerung ab. Ebenso wichtig sind jedoch die Institutionen des Finanzsektors, die Risiko übernehmen. Das Bankgewerbe wurde im betrachteten Zeitraum in unterschiedlichem Maße vom Staat reguliert. Da zu vermuten ist, dass diese Regulierung sich auf die Kreditvergabepraxis der Banken auswirkt, übt der Staat einen mittelbaren Einfluss auf die Innovationsbereitschaft aus. Im Projekt wird die Entwicklung der Bankengesetzgebung und des Steuersystems, insbesondere der Unternehmensbesteuerung, nachgezeichnet. Diesen Fakten soll die Innovationstätigkeit gegenübergestellt werden,

um abzuschätzen, wie der Staat durch Veränderung unternehmerischer Anreize das Innovationsgeschehen beeinflusst hat.

Laufzeit: August 1999 – Juni 2001

Ansprechpartner: Dr. Robert Schwager
(Tel.: -160, E-Mail: schwager@zew.de)

Unternehmensrechtsform, Unternehmensgröße und Steuerbelastung im nationalen und internationalen Vergleich

Projektteam:

Gerd Gutekunst

Rico A. Hermann

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs (Leiter),
Universität Mannheim

Dr. Christoph Spengel (Leiter),
Universität Mannheim

Thorsten Stetter

Mit dem „European Tax Analyzer“ liegt ein Computersimulationsprogramm vor, das die Steuer- und Sozialabgabenbelastung von Unternehmen in verschiedenen Ländern berechnet und miteinander vergleicht. Die aktuelle Version bildet die Abgabensysteme von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, der Niederlande und der USA ab. Mit Ausnahme von Deutschland können jedoch die Steuerbelastungsvergleiche nur für Unternehmen in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft durchgeführt werden. Eine derartige Begrenzung kann gerade angesichts der Tatsache, dass Personenunternehmen für mittelständische Unternehmen häufig die relevante Rechtsform darstellen, zu einer unvollständigen Abbildung der Belastungssituationen führen. Vor diesem Hintergrund ist es Zielsetzung des Forschungsvorhabens, den European Tax Analyzer in allen betrachteten Ländern um die Rechtsform der Personengesellschaft zu erweitern. Durch die Möglichkeit zur Durchführung rechtsformspezifischer Steuerbelastungsvergleiche können nationale Steu-

erreformvorhaben besser beurteilt werden. Es entsteht ferner ein erweitertes Spektrum für internationale Steuerbelastungsvergleiche, auf deren Grundlage die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen international verglichen werden kann. Dabei können verstärkt kleine und mittlere Unternehmen, die häufig in der Rechtsform einer Personengesellschaft firmieren, in die Analysen einbezogen und damit insbesondere Aussagen zur derzeitigen Steuerpolitik auf EU-Ebene getroffen werden. Darüber hinaus können die aus der Realisation des Forschungsvorhabens gewonnenen Erkenntnisse wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung und Umsetzung weiterführender Steuerreformvorhaben auf gesamteuropäischer Ebene liefern. Inhaltlich vervollständigt das geplante Forschungsprojekt bisherige Arbeiten und steht in enger Verbindung zu den methodischen Erweiterungen des European Tax Analyzer im Rahmen des Projekts Steuerbelastungen und Steuerwirkungen bei nationaler und grenzüberschreitender Tätigkeit.
 Laufzeit: April 1999 – Dezember 2001
 Ansprechpartner: Rico A. Hermann
 (Tel.: -161, E-Mail: hermann@zew.de)

Steuerbelastungen und Steuerwirkungen bei nationaler und grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit

Projektteam:

Gerd Gutekunst

Rico A. Hermann

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs (Leiter),
 Universität Mannheim

Dr. Christoph Spengel (Leiter),
 Universität Mannheim

Thorsten Stetter

Standort-, Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen von Unternehmen werden in vielfacher Weise durch die Besteuerung beeinflusst. Will man den Einfluss der

Besteuerung auf diese Entscheidungen messen, sind aus methodischer Sicht folgende Voraussetzungen zu erfüllen. Es sind erstens die unterschiedlichen Steuersysteme, alle relevanten Steuerarten, Bemessungsgrundlagen und Steuertarife zu berücksichtigen. Des Weiteren sind neben den rein nationalen auch grenzüberschreitende Sachverhalte mit in die Berechnung einzubeziehen. Zudem ist die relevante steuerliche Belastung zu identifizieren. Diese kann in Abhängigkeit von der jeweiligen Entscheidungssituation entweder die Grenzsteuerbelastung oder die Durchschnittssteuerbelastung sein. Mit dem European Tax Analyzer, der am ZEW in Kooperation mit der Universität Mannheim entwickelt wurde, besteht bereits ein umfangreiches Instrumentarium zur Messung von Steuerbelastungen von Unternehmen. Jedoch ist die Aussagekraft des European Tax Analyzer bisher auf rein national tätige Unternehmen und auf die Berechnung von effektiven Durchschnittssteuerbelastungen beschränkt.

Vor diesem Hintergrund besteht die Zielsetzung des Forschungsprojekts in methodischer Sicht zunächst darin zu untersuchen, für welche Arten von Entscheidungen welche Steuerbelastung die relevante ist, die Grenz- oder die Durchschnittssteuerbelastung. In einem zweiten Schritt ist das methodische Instrumentarium, der European Tax Analyzer, um die Konzeption zur Berechnung von effektiven Grenzsteuerbelastungen zu erweitern. Im Anschluss daran werden grenzüberschreitende Unternehmensverbindungen in das Modell implementiert, um für Standort-, Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen die entsprechenden Steuerwirkungen zu untersuchen.

Von diesem Forschungsvorhaben wird in erster Linie eine methodische Erweiterung des Analysespektrums für nationale und internationale Steuerbelastungsvergleiche erwartet. Da neben Durchschnitts- künftig auch Grenzsteuerbelastungen ermittelt werden können, werden gleichzeitig die Entscheidungswirkun-

gen der Unternehmensbesteuerung umfassender analysiert. Dies erlaubt auch eine breit angelegte Analyse der Auswirkungen von nationalen Steuerreformen und Harmonisierungsüberlegungen innerhalb der EU auf unternehmerische Entscheidungen.

Laufzeit: Oktober 1999 – Dezember 2001

Ansprechpartner: Gerd Gutekunst

(Tel.: -282, E-Mail: gutekunst@zew.de)

Die Finanzverfassung der Europäischen Union

Projektteam:

PD Dr. Robert Schwager (Leiter)

Dan Stegarescu

Vor dem Hintergrund der Währungsunion und der anstehenden Osterweiterung ist die Frage nach der Gestaltung der künftigen Steuer- und Finanzpolitik der Europäischen Union Gegenstand der Untersuchung dieses Projektes. Ausgehend vom Istzustand werden dabei mögliche Entwicklungen hin zu einer Finanzverfassung und einer stärkeren Zentralisierung der fiskalischen Kompetenzen der EU untersucht. Thematisch wird das Projekt schwerpunktmäßig in zwei Aspekte unterteilt: der EU-Haushalt und die europäische Steuerpolitik. Methodische Ansatzpunkte sind die Föderalismustheorie und die Theorie der internationalen Besteuerung. Wichtig ist aber auch die Berücksichtigung der politischen Entscheidungsfindungsprozesse in der EU und politökonomischer Ansätze im Hinblick auf die Realisierbarkeit einzelner Reformvorschläge.

Zunächst erfolgt eine Bestandsaufnahme der Institutionen und Regelungen im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik der EU. Darauf aufbauend soll im nächsten Schritt eine positive Wirkungsanalyse erfolgen. Gegenstand ist zum einen die Wirksamkeit einzelner Ausgabenposten des EU-Haushalts. Dabei wird auf mögliche Reformen und deren Auswir-

kungen eingegangen. Zum anderen sollen in einem empirischen Teil der Steuerwettbewerb in der EU und mögliche steuerinduzierte Standortverlagerungen von Unternehmen untersucht werden. Ausgehend von diesen Ergebnissen kann die Frage beantwortet werden, ob eine weitergehende Steuerharmonisierung sinnvoll wäre und welche Auswirkungen unterschiedliche Vorschläge dazu (z. B. Quellensteuer auf Zinseinkünfte, Maßnahmen zur Bekämpfung des schädlichen Steuerwettbewerbs) möglicherweise hätten.

Im Anschluss an die Wirkungsanalyse sollen normative Überlegungen zur Ausgestaltung einer künftigen Finanzverfassung der EU angestellt und bisherige Vorschläge auf ihre Realisierbarkeit hin geprüft werden. Von besonderem Interesse ist vor allem:

- ▷ wie eine umfassende Finanzreform in der EU aussehen könnte,
- ▷ welche Kompetenzen die EU-Zentralgewalt in der Finanzpolitik haben sollte und welche institutionelle Ausgestaltung vorstellbar wäre,
- ▷ ob die EU eine eigene Ertrags- oder Gesetzgebungskompetenz in bestimmten Bereichen der Steuerpolitik haben sollte (Stichwort EU-Steuer) und wenn ja, welche,
- ▷ ob ein expliziter europäischer Finanzausgleich anstelle der impliziten Umverteilung über den EU-Haushalt eingeführt werden sollte.

Laufzeit: November 1999 – Oktober 2001

Ansprechpartner: Dan Stegarescu

(Tel.: -167, E-Mail: stegarescu@zew.de)

Sozialpolitik im Föderalismus

Projektteam:

Dr. Thiess Büttner

Dr. Margit Kraus

PD Dr. Robert Schwager (Leiter)

Neben dem Wettbewerb der europäischen Steuersysteme wird zunehmend auch

der „Wettbewerb der Sozialversicherungssysteme“ diskutiert. Das Thema betrifft einerseits die Frage der Finanzierbarkeit, andererseits aber auch die Frage der Effektivität der Systeme im Hinblick auf sozial- und insbesondere verteilungspolitische Zielsetzungen. Ziel des Projektes ist die vergleichende Analyse der europäischen Sozialversicherungssysteme im Hinblick auf ihre sozialpolitische Effektivität unter Beachtung der Finanzierungsrestriktion. Im Hintergrund steht hierbei die Frage, ob eine vereinheitlichte europäische Sozialpolitik aus theoretischer und empirischer Sicht wünschenswert und realisierbar ist.

In der ersten Projektphase wird eine Systematik europäischer Sozialversicherungssysteme erstellt. Zu diesem Zweck werden zunächst verschiedene Strategien der sozialen Sicherung auf ihre Entstehungstradition zurückgeführt und auf der Grundlage ökonomischer und sozialwissenschaftlicher Theorien zur Sozialversicherung analysiert. Sodann werden die europäischen Sozialversicherungssysteme anhand ihrer institutionellen Eigenschaften sowie auf der Basis von Makrodaten systematisiert. Grundlage dieser Systematisierung ist insbesondere

- ▷ auf der Inputseite die Aufteilung der Finanzierung auf Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern;
- ▷ auf der Outputseite der Anteil der Leistungen, die pauschal, beitragsabhängig und nach Maßgabe der Bedürftigkeit gewährt werden.

Ebenfalls anhand von Makrodaten werden die möglichen Zusammenhänge zwischen Finanzierungsstruktur und Kostensituation einerseits sowie zwischen Leistungsbedingungen und Einkommensverteilung andererseits untersucht. Darüber hinaus wird auf der Basis dieser Systematik in Kooperation mit dem Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und soziale Sicherung ein Indikatorensystem zur Charakterisierung

der europäischen Sozialversicherungssysteme entwickelt, das in weiteren empirischen Studien eingesetzt werden kann.

In weiteren Untersuchungsschritten ist geplant, auf der Grundlage von Querschnittsdaten die Implikationen verschiedener Strategien der sozialen Sicherung für Finanzierungserfordernisse und für die Einkommensverteilung näher zu untersuchen. Zu diesem Zweck sollen für verschiedene europäische Länder unterschiedliche Verteilungs- und Armutsmaße errechnet und die Effektivität ihrer Sozialversicherungssysteme in der Verminderung von Ungleichheit und Armut analysiert werden. Hierbei soll insbesondere untersucht werden, inwieweit der Dezentalisierungsgrad der sozialpolitischen Kompetenzen in den verschiedenen Ländern als erklärende Variable für die Einkommensungleichheit eine Rolle spielt. Um Hinweise auf die Umsetzbarkeit einer zentralen europäischen Sozialpolitik zu erhalten, ist schließlich geplant, auf Basis von Paneldaten die Verteilungs- und Finanzierungswirkungen sozialpolitischer Reformvorschläge zu untersuchen, wobei die Berücksichtigung der verteilungspolitischen Aspekte wie auch der Auswirkungen auf die Arbeitskosten wünschenswert ist.

Laufzeit: Oktober 1999 – Oktober 2001

Ansprechpartnerin: Dr. Margit Kraus
(Tel.: -163, E-Mail: kraus@zew.de)

Abgeschlossene Projekte

Besteuerung, Investitionen und Innovationen

Projektteam:

Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D. (Leiter),
Universität München

Timm Körting

Dr. Georg Licht

Fred Ramb

Kooperationspartner:

Prof. Richard Blundell,
Institute for Fiscal Studies (IFS), London

Prof. Stephen Bond,
Oxford University, Nuffield College und IFS

Uwe Hochmuth,

IAW Tübingen

Das Projekt war darauf ausgerichtet, den empirischen Kenntnisstand über den Einfluss der Unternehmensbesteuerung auf das Investitions- und Innovationsverhalten der Unternehmen zu verbessern und die Auswirkungen der Unternehmensbesteuerung auf Kapitalstruktur und Finanzierungsrestriktionen bundesdeutscher Unternehmen zu analysieren.

In einem ersten Schritt sollten Steuer- und Jahresabschlussdaten gesammelt werden. Dabei konnte das ursprünglich formulierte Ziel des Aufbaus eines Steuerpanels aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht realisiert werden. Im Rahmen des Projekts erfolgte hingegen die Entwicklung einer umfangreichen Unternehmensdatenbank. Diese Jahresabschlussdaten sind auch die Basis für weitere Projekte am ZEW.

Unter Verwendung der Unternehmensdaten wurde in einem internationalen Vergleich die Kapitalstruktur von Unternehmen systematisch untersucht. Theoretische Überlegungen, die sich unter anderem aus den Ansät-

zen zur Informationsasymmetrie herleiten, gehen davon aus, dass Unternehmen aufgrund ihrer Rechtsform, Branche, Größe und der steuerlichen Rahmenbedingungen unterschiedliche Finanzierungsstrukturen aufweisen. Die ökonometrischen Analysen zeigen, dass in den meisten untersuchten Ländern zwischen Aktiengesellschaften und Nicht-Aktiengesellschaften keine wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der Determinanten der Kapitalstruktur bestehen. Es sind allerdings Niveauunterschiede bei den einzelnen Finanzierungsmitteln zu beobachten, die darauf hindeuten, dass für die untersuchten Rechtsformen Unterschiede beim Zugang zum Kapitalmarkt bestehen. Diese Restriktionen wirken sich auf die Investitions- und Innovationsaktivitäten der Unternehmen aus.

In weiteren Analysen wurden zunächst Methoden zur Bestimmung der Steuerbelastung von Unternehmen untersucht. Dabei galt besonderes Interesse der Ermittlung unternehmensspezifischer Kapitalnutzungskosten und marginaler Steuersätze. Diese konnten in den empirischen Investitionsmodellen entsprechende Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse zeigen, dass die unter Anwendung mikroökonomischer Verfahren geschätzten Elastizitäten für Kapitalnutzungskosten deutlich geringer ausfallen als in makroökonomischen Untersuchungen.

Die Arbeiten dieses Projekts finden seit Januar 2000 ihre Fortsetzung in zwei Forschungsprojekten mit den Titeln „Investitionsverhalten und Besteuerung“ und „Die Kreditfinanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen – Ein deutsch-amerikanischer Vergleich“.

Laufzeit: Januar 1996 – Dezember 1999

Ansprechpartner: Fred Ramb

(Tel.: -165, E-Mail: ramb@zew.de)

Veröffentlichung:

Ramb, F. (2000), Verschuldungsstrukturen im Vergleich – Eine Analyse europäischer Unternehmen, *Kredit und Kapital* 1, 1-38.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen in einem makroökonomischen Ungleichgewichtsmodell

Projektteam:

Prof. Dr. Wolfgang Franz (Leiter)

Dr. Klaus Göggelmann

Kooperationspartner:

Dr. Peter Winker,

Universität Mannheim

Inhalt dieses Projektes war die empirische Überprüfung wirtschaftspolitischer Maßnahmen vor dem Hintergrund zunehmender Beschäftigungsprobleme in der Bundesrepublik Deutschland. Die theoretischen Grundlagen der Untersuchung basierten auf den Ergebnissen der Neuen Keynesianischen Makroökonomie. Es konnte gezeigt werden, dass die grundsätzliche Festlegung auf entweder eine angebots- oder eine nachfrageorientierte Politik, wie sie in den bisher vorliegenden empirischen Modellen gegeben ist, den tatsächlichen Gegebenheiten nicht gerecht wird. Die Grundlage für die empirischen Untersuchungen bildete ein makroökonomisches Modell temporärer Ungleichgewichte für die westdeutsche Volkswirtschaft, welches mit Quartalsdaten für den Zeitraum von 1960 bis 1994 geschätzt wurde. Das Modell ist in der Lage für Ungleichgewichte auf einzelnen Märkten, wie beispielsweise dem Arbeitsmarkt, unterschiedliche Ursachen zu identifizieren und zu quantifizieren. Auf der Basis dieser Ergebnisse können dann Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit formuliert werden, die je nach dominierendem Regime angebots- oder nachfrageorientiert sein können.

Um genauere Aussagen über die Wirkungen einzelner wirtschaftspolitischer Instrumente insbesondere im Zusammenhang mit unterschiedlichen Regimen auf dem Arbeitsmarkt machen zu können, wurde der Staatssektor in dem Modell detaillierter als in früheren Versionen modelliert. Die Erweiterung zielte dabei auf eine Disaggregation sowohl der staatlichen Einnahmen als auch der Aus-

gaben. Zusätzlich wurde eine Reaktionsfunktion für die Geldpolitik geschätzt, mit der das Zusammenwirken von Geld- und Fiskalpolitik im Rahmen von wirtschaftspolitischen Simulationen abgebildet werden kann. Es zeigte sich, dass die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen wesentlich von dem bestehenden Regime bestimmt wird.

Laufzeit: April 1997 – März 1999

Ansprechpartner: Dr. Peter Winker,

Universität Mannheim (Tel.: 0621/181-1921,
E-Mail: winker@sonne.vwl.uni-mannheim.de)

Veröffentlichungen:

Franz, W., K. Göggelmann und P. Winker (1998), Ein makroökonomisches Ungleichgewichtsmodell für die westdeutsche Volkswirtschaft 1960 bis 1994: Konzeption, Ergebnisse und Erfahrungen, in: Heilemann, U. und J. Wolters (Hrsg.), *Gesamtwirtschaftliche Modelle in der Bundesrepublik Deutschland: Erfahrungen und Perspektiven*, Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 115-165.

Göggelmann, K. (1999), *Fiskal- und Geldpolitik in einem makroökonomischen Ungleichgewichtsmodell*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 40, Baden-Baden.

Auswirkungen von Umweltabgaben
auf Unternehmen – Ein qualitativer und
quantitativer Steuerbelastungsvergleich
unter besonderer Berücksichtigung des
europäischen Integrationsprozesses

Zuwendungsgeber:

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam:

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs (Leiter),
Universität Mannheim

Dr. Alexander Wünsche,

ZEW und Universität Mannheim

Sowohl in der praktischen Politik als auch in der Wissenschaft wird zunehmend die Frage diskutiert, ob und in welcher Form der zunehmenden Umweltzerstörung durch Erhe-

bung von Umweltabgaben (Ökosteuer) Einhalt geboten werden kann. In den Wirtschaftswissenschaften wird die Diskussion vornehmlich auf volkswirtschaftlicher Ebene geführt. Diese Betrachtungsweise weist einen hohen Abstraktionsgrad auf und lässt die einzelwirtschaftlichen Wirkungen von Ökosteuern zu sehr außer Betracht. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht sind die Wettbewerbs- und Allokationswirkungen von Umweltsteuern nur dann adäquat zu beurteilen, wenn man weiß, wie diese Steuern auf betriebliche Entscheidungen wirken. Solche Entscheidungen können genetischer Art, z. B. den Standort betreffend, aber auch funktionaler Natur sein, vor allem im Hinblick auf die Beschaffungs-, Produktions-, Investitions- und Finanzierungs- sowie Personal- und Absatzpolitik von Unternehmen.

In einer internationalen Betrachtung sind diese Entscheidungswirkungen aufgrund länderspezifischer Ausgangsdaten unterschiedlich und stark von der konkreten Ausgestaltung der Umweltsteuern abhängig. Ob und inwieweit ein einzuführendes Ökosteuersystem in einer internationalen Betrachtung wettbewerbs- und allokationsverzerrend wirkt, hängt zudem davon ab, auf welche schon bestehenden Steuersysteme die neuen Ökosteuern in den einzelnen (europäischen) Ländern treffen und welche Kompensationsmaßnahmen eingeführt werden. Diese Fragen sind nicht zuletzt für die Harmonisierung der Steuersysteme innerhalb der Europäischen Union von großer Bedeutung.

Ziel des Forschungsprojekts war daher die Analyse der Auswirkungen von Umweltabgaben auf die Steuerbelastung und auf Entscheidungen von Unternehmen im internationalen Vergleich.

Dabei zeigte sich, dass sich bei einer europaweiten Umweltbesteuerung komparative Vorteile für den Standort Deutschland ergeben, weil die effektive Belastung durch Umweltabgaben im Rahmen des deutschen Steuersystems prinzipiell geringer ist als in

den meisten übrigen Mitgliedsländern. Neben den Standortentscheidungen beeinflussen Umweltabgaben aber auch weitere unternehmerische Entscheidungen. Soweit diese nicht die intendierte Lenkungswirkung betreffen, verursachen sie steuerliche Verzerrungen, die grundsätzlich unerwünscht sind. Insbesondere die vergleichsweise hohe Belastung von ertragschwachen Unternehmen ist hier zu nennen. Es ist daher auch nach Gestaltungsalternativen der Kompensation zu suchen, die diese unbeabsichtigten Effekte abmildern können.

Laufzeit: November 1996 – November 1998

Ansprechpartner: Rico A. Hermann; Tobias H. Eckerle (Tel.: -161, -164;

E-Mail: hermann@zew.de, eckerle@zew.de)

Veröffentlichungen:

Jacobs, O. H., C. Spengel und A. Wünsche (1999), Wettbewerbswirkungen einer ökologischen Steuerreform in Deutschland und Europa, *Die Betriebswirtschaft*, 7-21.

Jacobs, O. H., C. Spengel und A. Wünsche (1999), Steuerreform 1999/2000/2002: Auswirkungen auf die Unternehmensbesteuerung im nationalen und internationalen Vergleich, *Der Betrieb*, 57-63.

Wünsche, A. (1999), *Umweltabgaben und Unternehmensbesteuerung*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 38, Baden-Baden.

Wünsche, A., T. H. Eckerle und H. Koschel (1999), Was bringt die ökologische Steuerreform der deutschen Wirtschaft?, *ZEW Konjunkturreport* No. 1, 6-9.

Entscheidungswirkungen und Reform der Besteuerung in Europa – Eine EDV-gestützte internationale Analyse

Projektteam:

Tobias H. Eckerle

Michael Gröschel,

ZEW und Universität Mannheim

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs (Leiter),
Universität Mannheim

Das Erfordernis einer grundlegenden Reform der Unternehmensbesteuerung in Deutschland wird in jüngster Zeit heftiger diskutiert denn je. Ziel der Steuerreform soll es sein, Investitionsanreize für Unternehmen zu schaffen, um gesamtwirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Zwar sind bei unternehmerischen Entscheidungskalkülen verschiedene ökonomische wie auch außerökonomische Einflussfaktoren zu berücksichtigen, dennoch haben die steuerlichen Rahmenbedingungen hier eine entscheidende Bedeutung. Dieser Zusammenhang zwischen Besteuerung und Investitionsverhalten wurde über die betriebswirtschaftliche Investitionstheorie hinaus in unterschiedlichen ökonometrischen wie auch behavioristischen empirischen Studien mit Signifikanz nachgewiesen. Entsprechend ist in der Veränderung der steuerlichen Rahmenbedingungen auch der Ansatzpunkt für Veränderungen beim Investitionsverhalten von Unternehmen zu sehen.

Im Mittelpunkt des Projekts stand die Entwicklung eines Modells, das die quantitative Analyse steuerlicher Einflussnahme auf die Investitionsentscheidung von Unternehmen im Rahmen eines internationalen Vergleichs ermöglicht. Die Auswirkungen sind generell von den Daten des Einzelfalles abhängig. Zur Verwirklichung der Zielsetzung war daher ein Ansatz herzuleiten, der es ermöglicht, allgemeingültige Aussagen zu machen und bei dem sowohl differenziert ausgestaltete Unternehmensdaten als auch ländertypische ökonomische Rahmenbedingungen berücksichtigt werden können. Dies wurde mit Hilfe eines internationalen Standortvergleichs erreicht, bei dem ländertypische Unternehmen (und Unternehmensstrukturen) bzw. ökonomische Rahmenbedingungen zugrunde gelegt wurden.

Für die Umsetzung des Standortvergleichs wurden die Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und die USA herangezogen. Damit sind alle wesentlichen

Steuersysteme in Europa berücksichtigt. Zudem sind die USA in mehrfacher Hinsicht als Vorbild für ein europäisches Steuersystem bedeutsam. Ein besonderes Merkmal ist dabei das Zusammenwirken von betriebswirtschaftlicher und mikroökonomischer Methodik, indem ein detailliert ausgestaltetes Unternehmensmodell um eine empirisch getestete Investitionsfunktion erweitert wird. Ein weiteres Erfordernis ist die detaillierte Berücksichtigung der für die Investitionsentscheidung relevanten steuerlichen Rahmenbedingungen auf Unternehmensebene einschließlich steuerlicher Investitionsförderungsmaßnahmen. Ebenso ist die Besteuerung des Anteilseigners relevant, der als Kapitalgeber auftritt und in Abhängigkeit der Unternehmensgröße maßgeblichen Einfluss auf die Investitionsentscheidung ausüben kann.

Anhand der Ergebnisse können dadurch zum einen neue Erkenntnisse über die Wirkungsweisen von Steuersystem, Steuerarten und Investitionsförderungsmaßnahmen gewonnen werden. Zum anderen sind die Resultate sowohl für die künftige nationale als auch europäische Steuerpolitik bedeutsam, indem eine wesentlich fundiertere Deduktion von Gestaltungsempfehlungen für die Wirtschafts- und Steuerpolitik mit dem Ziel, wirksame Investitions- und Innovationsanreize zu schaffen, möglich wird.

Laufzeit: Oktober 1997 – Oktober 1999

Ansprechpartner: Tobias H. Eckerle
(Tel.: -164, E-Mail: eckerle@zew.de)

Veröffentlichungen:

Eckerle, T. H. (1998), Unternehmenssteuern – Deutschland ist besser als sein Ruf, *EUMagazin* (3), 35-37.

Eckerle, T. H. and A. Wünsche (1999), Tax Reform: Only Few Growth Impulses, *ZEW-news English edition* No. 1, 1-2.

Jacobs, O. H. (1999), Corporation Income Tax Systems in the European Union – An Analysis of their Effects on Competition and Reform Proposals, *INTERTAX (International Tax Review)*, 264-278.

Jacobs, O. H. (1998), Die Belastung von Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben in Europa und den USA. Eine quantitative Analyse der relevanten Einflussfaktoren, in: Meffert, H. und Krawitz, N. (Hrsg.), *Unternehmensrechnung und -besteuerung, Festschrift für Dietrich Börner zum 65. Geburtstag*, Wiesbaden, 451-487.

Jacobs, O. H., D. Harhoff, C. Spengel, T. H. Eckerle, C. Jaeger, K. Müller und F. Ramb (1998), *Stellungnahme zur Steuerreform 1999/2000/2002*, ZEW Dokumentation Nr. 98-10, Mannheim.

Lessat, V., G. Licht, T. H. Eckerle et al. (1999), *Beteiligungskapital und technologieorientierte Unternehmensgründungen, Markt – Finanzierung – Rahmenbedingungen*, Wiesbaden.

Spengel, C. and T. H. Eckerle (1999), Debate on Effective Tax Burden of Corporations in Europe, *ZEWnews English edition* No. 3, 1-4.

Spengel, C. und T. H. Eckerle (1999), Deutschland ist keine Steueroase für Unternehmen, *Handelsblatt* v. 25.5.99, Forum, 63.

Vergleichende Untersuchung über die Besteuerung von Kapitalgesellschaften und ihrer Gesellschafter in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und den Vereinigten Staaten

Auftraggeber:
Finanzministerium Nordrhein-Westfalen
Projektteam:
Michael Gröschel,
ZEW und Universität Mannheim
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs (Leiter),
Universität Mannheim
Claudia Jaeger,
Universität Mannheim
Katja Müller,
Universität Mannheim
Dr. Christoph Spengel,
Universität Mannheim

Im Rahmen dieses Gutachtens waren die Konsequenzen für die Steuerbelastung von sechs konkreten nordrhein-westfälischen Unternehmen einschließlich der Anteilseigner zu berechnen, die sich für den Fall der Abschaffung des Körperschaftsteuerlichen Vollanrechnungsverfahrens, einer deutlichen Senkung der Körperschaftsteuersätze sowie der Einführung eines Systems der gemilderten Doppelbelastung von Dividenden (Shareholder Relief) ergäben. Zudem waren die Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsposition im Vergleich zu Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und den USA zu analysieren.

Laufzeit: November 1998 – Juni 1999
Ansprechpartner: Michael Gröschel
(Tel.: -162, E-Mail: groschel@zew.de)

Die deutsche handels- und steuerrechtliche Rechnungslegung im Vergleich zu internationalen Rechnungslegungsprinzipien und zur handels- und steuerrechtlichen Rechnungslegung in wichtigen Industriestaaten

Auftraggeber:
Bundesministerium der Finanzen
Projektteam:
Klaus Eichhorn,
Universität Mannheim
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otto Jacobs,
Universität Mannheim (Leiter)
PD Dr. Andreas Oestreicher,
Universität Mannheim
Fred Ramb
Dr. Christoph Spengel,
Universität Mannheim

Bislang haben die ausländischen oder internationalen Rechnungslegungsmethoden in der Bundesrepublik Deutschland noch keinen Eingang in die Vorschriften über die steuerliche Gewinnermittlung gefunden. Es ist aber abzusehen, dass ausländische

oder internationale Rechnungslegungsmethoden in Zukunft Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Einzelabschluss haben werden. Vor diesem Hintergrund wurden in diesem Forschungsprojekt die Konsequenzen geprüft, die sich aus einer Anpassung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung an die International Accounting Standards (IAS) für die steuerliche Gewinnermittlung ergeben. Das Projekt war in drei Untersuchungsbereiche gegliedert. Zum einen wurde die Frage behandelt, ob die auf die Einkommensmessung ausgerichteten Ziele der Steuerbilanz eine Maßgeblichkeit von IAS, die auf die Lieferung entscheidungsnützlicher Informationen ausgerichtet sind, überhaupt zulassen. Zum Zweiten wurden die materiellen Konsequenzen aufgezeigt, die sich für die Steuerbelastung der Unternehmen, die Wettbewerbsposition der Unternehmen im internationalen Vergleich und das gesamtwirtschaftliche Steueraufkommen ergeben. Schließlich wurden zum Dritten die Auswirkungen geprüft, die mit einer Maßgeblichkeit der IAS für den Handlungsspielraum des steuerlichen Gesetzgebers verbunden sind.

Laufzeit: April 1998 – August 1998

Ansprechpartner: Dr. Christoph Spengel
(Tel.: 0621/181-1701,

E-Mail: spengel@bwl.uni-mannheim.de)

Veröffentlichungen:

Oestreicher, A. und C. Spengel (1999), *Maßgeblichkeit der International Accounting Standards für die steuerliche Gewinnermittlung?*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 39, Baden-Baden.

Oestreicher, A. und C. Spengel (1999), *International Accounting Standards, Maßgeblichkeitsprinzip und Besteuerung*, *Der Betrieb*, 593-600.

Oestreicher, A., C. Spengel und F. Schmidt (1999), *Steuerliche Gewinnermittlung nach internationalen Grundsätzen – Eine EDV-gestützte quantitative Analyse der Belastungs- und Wettbewerbswirkungen*, *Steuern und Bi-*

lanzen, 1035-1041.

Ramb, F. (1999), *Internationale Rechnungslegung I, Gewinner und Verlierer*, *EU-magazin*, Heft 4, 34-35.

Ramb, F. (1999), *Internationale Rechnungslegung II, Vater Staat sollte Begehrlichkeiten zügeln*, *EUmagazin*, Heft 5, 34-35.

Besteuerung von Aktienoptionen
in Deutschland, Großbritannien
und den USA

Auftraggeber:

Bundesministerium für
Bildung und Forschung

Projektteam:

Tobias Eckerle

PD Dr. Robert Schwager (Leiter)

Thomas Stellpflug,

Universität Hannover

Untersucht wurde die steuerliche Behandlung von Aktienoptionen, die als Teil der Entlohnung Führungskräften bzw. Spezialisten eingeräumt werden. Im Rahmen des Vorhabens wurden zuerst die steuerrechtlichen Regelungen in Deutschland, Großbritannien und in den USA ermittelt und systematisch dargestellt. Hierbei wurden der Besteuerungszeitpunkt (Einräumung oder Ausübung der Option) sowie die Höhe der Besteuerung unter Berücksichtigung von Sonderregelungen behandelt. Danach wurde analysiert, welcher Besteuerungszeitpunkt aus ökonomischer Sicht vorteilhafter ist. Schließlich wurde in einem internationalen Vergleich untersucht, ob die dargestellten steuerlichen Regelungen in Deutschland einen Standortnachteil für junge innovative Unternehmen darstellen. Es zeigte sich, dass die USA und insbesondere Großbritannien die Entlohnung durch Aktienoptionspläne niedriger besteuern als Deutschland. Dem steht jedoch eine vergleichsweise höhere Wertzuwachsbesteuerung in diesen Ländern gegenüber.

Laufzeit: September 1999 – Dezember 1999
 Ansprechpartner: Dr. Robert Schwager
 (Tel.: -160, E-Mail: schwager@zew.de)

Finanzierungsrestriktionen bei asymmetrischer Information und ihre Auswirkungen auf die Investitions- und Innovationsfähigkeit von Unternehmen

Zuwendungsgeber:
 Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
 Projektteam:
 Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D. (Leiter),
 Universität München
 Timm Körting
 Fred Ramb
 Kooperationspartner:
 Prof. Stephen Bond,
 Oxford University, Nuffield College und IFS
 Prof. Dr. Norbert Schulz,
 Universität Würzburg
 Prof. Konrad Stahl, Ph. D.,
 Universität Mannheim
 Prof. John Van Reenen,
 University College London und IFS

Zahlreiche theoretische Forschungsarbeiten haben sich mit den Auswirkungen von Informationsasymmetrien auf die Funktion von Kreditmärkten auseinandergesetzt. Da die Leistung des Kreditgebers und die Gegenleistung des Kreditnehmers zeitlich auseinanderfallen und die Informationen hinsichtlich der Ertragsaussichten der finanzierten Projekte asymmetrisch verteilt sind, kann es zu mengenbeschränkendem Anbieterverhalten kommen. Zu vermuten ist, dass Mengenerationierung insbesondere gegenüber informationsintensiven Nachfragergruppen auftritt, wie beispielsweise Unternehmen mit starken Innovationsaktivitäten und jungen bzw. kleinen Unternehmen.

Ziel des Projektes war es, mit mikroökonomischen Verfahren die Bedeutung des Kreditrationierungsphänomens für den deut-

schen Kreditmarkt zu quantifizieren. Als Datengrundlage diente hierzu eine Befragung von 1500 kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

In den Untersuchungen war vorgesehen, mit verschiedenen Methoden Modelle des Kreditvergabeverhaltens von Banken sowie zu den Auswirkungen von Finanzierungsrestriktionen auf Investitionen und Innovationen zu entwickeln. Die Ergebnisse zeigen, dass sich lang andauernde und enge Bankbeziehungen insbesondere für die Besicherungsanforderungen und die Kreditverfügbarkeit der untersuchten Unternehmen positiv auswirken. Trotz dieser offensichtlichen Vorteile exklusiver Bankbeziehungen haben viele KMU in dem verwendeten Datensatz mehrere Bankbeziehungen. Mit Hilfe multivariater Verfahren lässt sich neben den positiven Größen- und Alterseffekten auf die Zahl der Kreditgeber beobachten, dass insbesondere finanziell schwache und innovative Unternehmen tendenziell mehr Kreditgeber haben als finanziell starke und nicht innovative KMU. Diese Ergebnisse stehen mit theoretischen Modellen im Einklang, die die Rolle mehrerer Bankbeziehungen als eine Absicherung gegen mögliche Streichungen von Kreditlinien betonen.

Seit dem 1. Januar 2000 arbeitet das Projektteam an einem ebenfalls von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Nachfolgeprojekt mit demselben Titel, das bis Ende 2001 läuft.

Laufzeit: Januar 1998 – Dezember 1999
 Ansprechpartner: Timm Körting
 (Tel.: -145, E-Mail: koerting@zew.de)

V. Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement

Der Problemdruck im Bereich des Umwelt- und Ressourcenschutzes hat sich in den letzten Jahren von der nationalen auf die internationale Ebene verschoben. Dies liegt nicht nur daran, dass zentrale Umweltprobleme wie Klimaerwärmung, Verlust an Artenvielfalt, Überfischung der Meere oder Wasserverknappung von grenzüberschreitender Natur sind und daher auch einer supranationalen bzw. globalen Lösung bedürfen. Vielmehr führt auch die zunehmende Globalisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten dazu, dass bei nationalen Politikstrategien die internationalen Rückwirkungen stärker als bisher berücksichtigt werden müssen. Thematisiert wird hier häufig, wie weit Kapitalmobilität bzw. Standortwettbewerb die ökonomischen Auswirkungen (z. B. Verlust an Wettbewerbsfähigkeit) und die ökologische Lenkungswirkung (z. B. Umweldumping, race-to-the-bottom) unilateraler Politikmaßnahmen beeinflusst. Auch die Frage von Umweltpolitik als strategischem Instrument der Handels- oder Entwicklungspolitik gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Für die wissenschaftliche Forschung und Politikberatung ergeben sich hieraus weit reichende Konsequenzen: Zum einen muss die Umweltpolitik verstärkt das strategische Verhalten von wichtigen Adressaten ihrer Maßnahmen berücksichtigen. Zum anderen besteht zunehmend die Notwendigkeit, international bindende Vereinbarungen zwischen souveränen Staaten zu erzielen. Stabile Koalitionen lassen sich eher dann finden, wenn die Verteilung potentieller Kosten und Erträge von Umwelt- und Ressourcenpolitiken als „gerecht“ akzeptiert wird. Die Forschung ist also nicht nur gehalten, nach ökonomisch effizienten Lösungen zu suchen, sondern auch

eine gerechte Lastenverteilung zu finden. Diese Herausforderung stellt sich dabei nicht nur auf der nationalen oder bilateralen Ebene, sondern wegen der Langfristigkeit zahlreicher Umwelt- und Ressourcenprobleme auch auf der intergenerationalen Ebene.

Vor diesem Hintergrund ist das Ziel des Forschungsbereichs, Umwelt- und Ressourcenprobleme wissenschaftlich zu analysieren und politisch umsetzbare Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Problemanalyse und Entwicklung von wirtschaftspolitischen Handlungsoptionen orientieren sich dabei am Konzept einer nachhaltigen Entwicklung. Hierbei wird geprüft, inwieweit gegenwärtige Wirtschaftsformen bzw. durch Politikmaßnahmen induzierte Veränderungen dauerhaft *umweltverträglich*, wirtschaftlich tragfähig (*effizient*) und sozialkonform („*gerecht*“) sind. Voraussetzung für die Operationalisierung des komplexen Nachhaltigkeitskonzepts ist die Konkretisierung von Regeln und Indikatoren nachhaltigen Wirtschaftens. Für die Ableitung von Handlungsempfehlungen ist die Forschung zudem gefordert aufzuzeigen, wie sich über geeignete Maßnahmen Veränderungen von Technologien (technologischer Fortschritt), Infrastrukturen, Lebensstilen und Institutionen in Richtung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster erzielen lassen.

Konkret arbeitet der Forschungsbereich auf drei Problemebenen. Erstens geht es um die Entwicklung und Bewertung von umweltpolitischen Konzepten für ein nachhaltiges Wirtschaften. Zweitens erfolgt die Quantifizierung der ökonomischen und ökologischen Auswirkungen von umweltrelevanten Politiken. Drittens wird aus politökonomischer Sicht analysiert, wie politische Prozesse und

institutionelle Rahmenbedingungen die Konzeption und Umsetzung von Umweltpolitiken beeinflussen. Entlang dieser drei Problem-ebenen sind die fünf Forschungsschwerpunkte des Forschungsbereichs miteinander verbunden:

- ▷ Der Forschungsschwerpunkt *Innovationen und nachhaltiges Wirtschaften* konkretisiert Regeln, Indikatoren und Strategien nachhaltigen Wirtschaftens, insbesondere im Hinblick auf ökonomische und soziale Aspekte. Darüber hinaus werden Determinanten und ökonomische Wirkungen von Umweltinnovationen (auch im Dienstleistungssektor) analysiert.
- ▷ Im Mittelpunkt des Forschungsschwerpunktes *Energiewirtschaft* stehen umweltpolitisch motivierte Weiterentwicklungen der nationalen Ordnungsrahmen für die Energiewirtschaften in Europa. Ein Schwerpunkt bildet dabei die Konzeption von neuen wettbewerbskonformen Fördermechanismen für erneuerbare Energie. Darüber hinaus werden die beim Energieeinsatz verursachten externen Effekte identifiziert und problemgerechte Internalisierungsstrategien entwickelt.
- ▷ Der Forschungsschwerpunkt *Transport und Mobilität* widmet sich der Frage, wie Transport- und Mobilitätsbedürfnisse dauerhaft-umweltgerecht erfüllt werden können. Auf der Basis externer Kostenrechnungen werden zielkonforme Instrumente und Maßnahmenbündel zur Beeinflussung des Verkehrsgeschehens abgeleitet.
- ▷ Gegenstand des Forschungsschwerpunktes *Internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik* ist die Untersuchung und Konzeption von Regelsystemen für souveräne Staaten zur Institutionalisierung grenzüberschreitender und globaler Umwelt- und Ressourcenpolitik. Hierunter fallen kodifizierte Regeln wie die Prinzipien des

internationalen Umweltrechts oder konkrete problemspezifische Regelungen wie das Montrealer Protokoll und die Klimarahmenkonvention. Zunehmend in den Vordergrund tritt auch die Analyse internationaler Vertragswerke mit mittelbarem Umweltbezug wie multilaterale Handels- oder Investitionsabkommen.

- ▷ Der Forschungsschwerpunkt *Gesamtwirtschaftliche Analyse umweltrelevanter Politiken* beschäftigt sich mit der Ausgestaltung von umwelt- und wirtschaftspolitischen Instrumenten bzw. Strategien aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. Ausgehend von qualitativ-theoretischen Überlegungen werden die potentiellen *trade-offs* zwischen ökologischen und wirtschaftlichen Zielen auf makroökonomischer und sektoraler Ebene quantifiziert. Neben Effizienz- und Verteilungsanalysen auf nationaler Ebene werden zunehmend EU- und weltweite Politiksimulationen für grenzüberschreitende oder globale Probleme durchgeführt.

Bei der Bearbeitung der Forschungsschwerpunkte steht die mikroökonomische Sichtweise im Vordergrund. Im Wesentlichen werden Umwelt und Ressourcenprobleme sowie die Reaktion auf Politikmaßnahmen aus dem Verhaltenskalkül einzelner Wirtschaftssubjekte (Haushalte, Unternehmen, Verbände, Medien, Regierung u. a.) und deren Interaktion erklärt. Der Anspruch, Umwelt- und Ressourcenpolitik im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung auch auf institutionelle Voraussetzungen sowie Wirtschafts- und Sozialverträglichkeit hin zu überprüfen, erfordert eine breite, mikroökonomisch fundierte Theorienbasis. Die Umwelt- und Ressourcenökonomie steht daher in enger Verbindung mit anderen wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen wie der Finanzwissenschaft, der (neueren) Handelstheorie, der Wettbewerbs- und Wachstumstheorie sowie der Politischen Ökonomie. Erforderlich ist auch ein interdis-

ziplinärer Austausch mit Naturwissenschaften, sofern es um die Fragen der ökologischen Tragfähigkeit bzw. der begrenzten Substituierbarkeit von Naturkapital geht.

Für die einzelnen Forschungsschwerpunkte gibt es zahlreiche inhaltliche Anknüpfungspunkte mit den Arbeiten der anderen Forschungsbereiche des ZEW. Im Schwerpunkt Innovation und nachhaltiges Wirtschaften besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung bei der Analyse der Beschäftigungswirkungen von Umweltinnovationen sowie mit dem Bereich Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung hinsichtlich der Untersuchung der Determinanten von Umweltinnovationen. Im Schwerpunkt Gesamtwirtschaftliche Analyse umweltrelevanter Politiken gehen erhebliche Synergismen von der Kooperation mit den Forschungsbereichen Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung sowie Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwissenschaft aus: Die empirische Fundierung der Arbeitsmarktmechanismen sowie eine finanzwissenschaftlich vertiefte Darstellung von Steuersystemen in den quantitativen gesamtwirtschaftlichen Modellen des Schwerpunkts versprechen hochwertige Simulationsanalysen der wirtschaftlichen Auswirkungen von umweltpolitischen Eingriffen auf nationaler und internationaler Ebene. Ein weiteres Beispiel für *in-house* Synergieeffekte ist die Kooperation mit dem Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement zu Fragen der Implementierung und Auswirkungen von Emissionsrechtehandel (Schwerpunkt Internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik), der handelbaren Quoten für regenerative Energien oder des Börsenhandels mit Strom (Schwerpunkt Energiewirtschaft).

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten fließen zum einen über Fachpublikationen und -vorträge in die wissenschaftliche Dis-

kussion ein. Zum anderen werden politische Entscheidungsträger, Unternehmen sowie die interessierte Öffentlichkeit in jeweils angemessener Form über die Forschungsaktivitäten informiert bzw. in konkreten Fragen gezielt beraten. Der Forschungsbereich hat den Anspruch, nicht nur einen angemessenen Beitrag zum wissenschaftlichen Fortschritt zu leisten, sondern zeitnah und fundiert wirtschaftspolitische Positionen zu aktuellen Fragestellungen (im Berichtszeitraum unter anderem Ökologische Steuerreform oder Kernenergieausstieg) zu erarbeiten.

Forschungsschwerpunkt „Innovationen und nachhaltiges Wirtschaften“

Nachhaltige Wirtschaftsformen erfordern umweltrelevante Innovationen im Sinne weitreichender und langfristiger Veränderungen von Technologien, Infrastrukturen, Lebensstilen und Institutionen. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Frage, ob und wie sich solche Innovationen durch staatliche Instrumente fördern lassen. Darüber hinaus werden die ökonomischen Wirkungen von Umweltinnovationen, insbesondere deren Beschäftigungseffekte, untersucht. Theoretisch greift der Arbeitsschwerpunkt weitgehend auf neoklassische Ansätze der Umwelt-, Innovations- und Arbeitsmarktökonomik zurück. Wo diese Ansätze für die Erklärung realer Innovationsprozesse als zu restriktiv erscheinen, werden ergänzend Ansätze der evolutiven Ökonomik hinzugezogen. Die empirische Arbeit basiert auf der Durchführung und Auswertung von Firmeninterviews, teils in Form von Breitenbefragungen, teils in Form von Tiefenfallstudien. Ein weiterer Schwerpunkt besteht in der Konkretisierung von Regeln, Indikatoren und Strategien nachhaltigen Wirtschaftens. Theoretische Ausgangsbasis ist auch hier die neoklassische Sichtweise, die allerdings um wichtige Aspekte von Nachhaltigkeit wie die Ableitung von umweltpolitischen Zielen, die Behand-

lung langfristiger Umweltprobleme (intergenerative Gerechtigkeit) oder die Integration von Unsicherheiten und Irreversibilitäten erweitert wird.

Im Rahmen von Projektarbeiten für die EU-Kommission und das Bundesministerium für Bildung und Forschung wurden Ergebnisse europäischer und amerikanischer Forschungsprogramme zur Untersuchung des Zusammenhangs von Umweltregulierung und Innovation analysiert. Es wurde unter anderem festgestellt, dass FuE-Politik vor allem die Invention, Umweltpolitik stattdessen eher die Diffusion von Umweltinnovationen fördern kann. Zweitens bestimmen der Instrumentenmix und seine Ausgestaltung den Erfolg der Politik, nicht dagegen die Auswahl eines einzelnen Instruments. Als innovationsfördernd wird ebenso eine langfristige und strategisch angelegte Umweltpolitik angesehen, was für die Festlegung langfristiger und verbindlicher Umweltziele spricht. In diesem thematischen Zusammenhang erarbeitete der Forschungsschwerpunkt auch ein Kapitel zu „Anreizen und Hemmnissen von Umweltinnovationen“ für den Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit 1999. Die Beschäftigungswirkungen von Umweltinnovationen wurden in verschiedenen Projekten untersucht. Dabei war es ein Ziel, den methodischen Rahmen für eine EU-weite Analyse der Beschäftigungswirkungen integrierter Umwelttechnik zu entwickeln (siehe auch Projekt-Homepage <http://www.impress.zew.de>).

Im Themenfeld nachhaltigen Wirtschaftens hat das ZEW mit dem Projekt „Die ökonomische Dimension in einem integrativen Konzept nachhaltiger Entwicklung“ untersucht, wie eine nachhaltige Entwicklung neben ökologischen Zielen auch soziale und ökonomische Erfordernisse beachten muss.

Forschungsschwerpunkt „Energiewirtschaft“

Für die Lösung drängender Umweltprobleme und die mittel- bis langfristige Umsetzung nachhaltigen Wirtschaftens spielt der Energieeinsatz eine entscheidende Rolle. Im Vordergrund stehen dabei die verschiedenen Emissionen der Energieumwandlung und ihre Umweltwirkungen, d. h. die in der Energiewirtschaft verursachten externen Effekte. Mittelfristig tritt auch die Knappheit der gegenwärtig genutzten Ressourcen hinzu. Ziel der Arbeiten ist es, umwelt- und ressourcenökonomische Fragestellungen bei der Konzeption eines nachhaltigen Ordnungsrahmens für die Energiewirtschaft zu integrieren. Der häufig grenzüberschreitende und intergenerationale Charakter von Umwelt- und Ressourcennutzung im Energiebereich erschwert dabei die Lösungsfindung. Für praxismgerechte Vorschläge spielen zudem die institutionellen Rahmenbedingungen auf den nationalen, europäischen und weltweiten Energiemärkten eine wichtige Rolle.

Ein Schwerpunkt der Projektarbeiten ist die vergleichende Analyse von alternativen Fördermechanismen für erneuerbare Energien auf nationaler und europäischer Ebene (z. B. EU-Projekt REALM). Es zeichnet sich als Ergebnis ab, dass eine Förderung von erneuerbaren Energien durch verbindlich vorgeschriebene Quoten aus ordnungspolitischer Sicht dann empfehlenswert ist, wenn die Quotenerfüllung durch einen Handel von Zertifikaten für „grüne“ Energie flexibilisiert wird. Zum Thema „Kernenergieausstieg“ wurden einerseits die einzelwirtschaftlichen Kosten für alternative Politikvorschläge simuliert. Dabei zeigte sich, dass – je nach Regelung – nicht nur die Gesamthöhe der Kosten stark variiert, sondern auch die Eigentümergesellschaften ganz unterschiedlich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit betroffen sind. Andererseits stellte sich bei einer politökonomischen Analyse der Energiekonsensgespräche heraus, dass die öffentliche

Meinung das Verhalten der Politiker signifikant beeinflusste.

Zukünftig sollen die konzeptionellen Überlegungen im Bereich der Förderung erneuerbarer Energien im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Umsetzung von Klimaschutz (insbesondere in Form eines Emissionsrechtehandels) weiterentwickelt werden. Zur Erreichung der ehrgeizigen Ziele der Bundesregierung und der Europäischen Union im Bereich erneuerbarer Energien und Klimaschutz sind weit reichende Politikmaßnahmen notwendig. Da hiervon erhebliche gesamtwirtschaftliche Effekte ausgehen können, soll der Aspekt erneuerbarer Energien zudem in die gesamtwirtschaftlichen Modelle des Forschungsbereichs integriert werden.

Forschungsschwerpunkt „Transport und Mobilität“

Die Umweltbeeinträchtigungen durch Verkehr haben in den letzten Jahren wegen der Zunahme der Personen- und Güterverkehrsleistung in Verbindung mit einer Verlagerung zum motorisierten Straßenverkehr erheblich zugenommen. Der Verkehrsbereich entwickelt sich in der Bundesrepublik wie auch in der gesamten EU zum größten Verursacher von Umweltbelastungen. Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung stellt sich daher verstärkt die Frage, wie Transport- und Mobilitätsbedürfnisse dauerhaft-umweltgerecht erfüllt werden können. Der Forschungsschwerpunkt entwickelt Umwelt- bzw. Nachhaltigkeitskriterien, mit denen sich alternative Politiken im Verkehrsbereich bewerten lassen und kosteneffiziente Instrumente bzw. Maßnahmenbündel zur Beeinflussung des Verkehrsgeschehens abgeleitet werden können.

Eine wichtige Voraussetzung für eine umweltgerechte Verkehrspolitik wird mit der Quantifizierung externer Kosten im Personen- und Güterverkehr – nach Raum und Verkehrstechnologie differenziert – geleistet, die eine Orientierung für das Ausmaß staat-

licher Preiskorrekturen gibt. Ausgehend von den EU-Projekten QUITTS und CAPRI wird die Analyse der externen Kosten im Verkehr auf der Grundlage der neoklassischen Wohlfahrtsökonomie weiterentwickelt. Hierbei wird ein Wirkungspfadansatz zur streckenbezogenen Berechnung der externen Kosten eingesetzt. Ein Dauerprojekt ist das TransportmarktBarometer, das zusammen mit der Prognos AG entwickelt wurde. Bei der Panelerhebung werden Zeitreihendaten für Transportaufkommen und Güterverkehrspreise generiert, anhand derer mit Hilfe von quantitativen Verfahren Aufkommens- und Preisprognosen erstellt werden können. Für vertiefende Analysen der Umweltauswirkungen der Transportmärkte sowie der Auswirkungen preispolitischer Maßnahmen auf das Transportverhalten soll die Erhebung in Zukunft durch Zusatzbefragungen weiterentwickelt werden. Ein weiteres zukünftiges Thema des Forschungsschwerpunkts stellen Umweltinnovationen im Verkehrsbereich dar. Neben technologischen Innovationen geht es hier auch um „soziale Umweltinnovationen“, die eine Änderung von Präferenzstrukturen bzw. Lebensstilen (z. B. *car sharing*, Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel) beinhalten.

Forschungsschwerpunkt „Internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik“

Die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen sowie die zunehmende Bedeutung grenzüberschreitender bzw. globaler Umwelt- und Ressourcenprobleme zwingt immer mehr zur internationalen Koordination von Umweltpolitiken. Ein Schwerpunkt der Untersuchungen lag bisher auf Fragen der effizienten Ausgestaltung von multilateralen Regelwerken für internationale Umwelt- und Ressourcenprobleme.

Die Forschungsprojekte kombinieren häufig qualitative (ordnungspolitische) und quantitative Analysen und sind darauf aus-

gerichtet, Konzepte zur praktischen Umsetzung konkreter Politikmaßnahmen zu entwerfen. So wurde beispielsweise im Rahmen des Projektes „Handlungsoptionen für Baden-Württemberg im Klimaschutz“ aufgezeigt, in welchen Sektoren in Deutschland Systeme des Emissionsrechtehandels praktisch anwendbar erscheinen. Die Ergebnisse sind in der Monographie „Emissionsrechtehandel – eine neue Perspektive für die deutsche Klimapolitik nach Kioto“ in der ZEW-Reihe Umwelt- und Ressourcenökonomie zusammengefasst. Die Bedeutung von flexiblen Instrumenten in der Klimapolitik wurde auf einer internationalen, vom ZEW organisierten Konferenz zu „Flexible Mechanisms for an Efficient Climate Policy“ mit Teilnehmern aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft diskutiert.

In Zukunft wird eine methodische Vertiefung im Bereich der Institutionalisierung von multilateralen Umweltabkommen anhand von spieltheoretischen Analysen der internationalen Klimaverhandlungen erfolgen. Eine Themenerweiterung in Bezug auf ressourcenökonomische Fragen soll im Bereich „Wasser“ erfolgen, in dem Konflikte und Lösungsansätze für die Nutzung grenzüberschreitender Wasserressourcen untersucht werden.

Forschungsschwerpunkt „Gesamtwirtschaftliche Analyse umweltrelevanter Politiken“

Die Operationalisierung von Politiken zum „nachhaltigen“ Schutz der natürlichen Ressourcen erfordert quantitative Abschätzungen ihrer ökologischen und ökonomischen Auswirkungen. Dabei geht es vor allem um die Quantifizierung möglicher *trade-offs* zwischen ökologischen und ökonomischen Zielen wie Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen oder wirtschaftliches Wachstum. Für diese Aufgabe werden im Forschungsschwerpunkt gesamtwirtschaftliche Analyseinstrumente wei-

terentwickelt und angewendet. Neben einem System von allgemeinen Gleichgewichtsmodellen (GEM-E3, PACE) in unterschiedlicher sektoraler, regionaler und zeitlicher Auflösung umfasst das Analyseinstrumentarium auch ein ökonometrisch geschätztes dynamisches Input-Output-Modell (DIOGENES) mit starker energietechnologischer Fundierung und umweltseitiger Differenzierung. Letzteres stellt eine Weiterentwicklung des im Auftrag des Umweltbundesamts geförderten Modells „Emittentenstruktur BRD“ dar, mit dem die umweltseitigen Auswirkungen von ökonomischem Struktur- und Technologiewandel sowie Wachstumsentwicklungen quantifiziert werden können. Der komplementäre Einsatz dieser Modelle erlaubt eine umfassende Analyse von umweltrelevanten Fragestellungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene. Zusätzlich können mit DIOGENES Trend- bzw. Referenzszenarien erstellt werden, die in den Politiksimulationen mit den Gleichgewichtsmodellen als Ausgangsbasis verwendet werden können.

Im Rahmen eines internationalen Verbundprojekts für die EU (GEM-E3) wurden alternative Strategien zur Erreichung der in Kioto vereinbarten Klimagasreduktionsziele in ihren Effizienz- und Verteilungswirkungen analysiert. Es wurde dargelegt, dass die Minderungsanstrengungen der Industrieländer mittel- bis langfristig zu erheblichen negativen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer führen, die sich jedoch durch koordiniertes Handeln (internationaler Emissionsrechtehandel) erheblich abschwächen lassen. Auf nationaler Ebene stand die Bewertung der ökologischen Lenkungswirkung und der Beschäftigungseffekte einer Ökologischen Steuerreform (ÖSR) im Vordergrund. Dabei zeigte sich, dass von der aktuellen ÖSR wegen kontraproduktiver Ausnahmeregelungen nur geringe ökologische Lenkungseffekte zu erwarten sind. Auch die Aussichten auf eine positive Arbeitsmarktbelegung sind eher zurückhaltend zu beurteilen.

Die methodischen Weiterentwicklungen bei den Gleichgewichtsmodellen konzentrieren sich auf die Integration von unvollkommenen Marktstrukturen zwecks mikroökonomischer Fundierung von Arbeitslosigkeit und internationalem Handel sowie die Einbindung industrieökonomischer Ansätze für die Abbildung von Standortwettbewerb. Beim

ökonometrisch geschätzten dynamischen Input-Output-Modell stehen eine mikroökonomisch orientierte Abbildung von Arbeits- und Kapitalmarktmechanismen sowie die Fortführung der Integration von technologischen Innovations- und Diffusionsprozessen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene im Vordergrund.

Projektübersicht

Laufende Projekte

- ▷ Folgen von Umweltschutz und Ressourcenschonung für Ausbildung, Qualifikation und Beschäftigung 146
- ▷ Neue umweltpolitische Instrumente im liberalisierten Strommarkt 146
- ▷ Berücksichtigung von Umweltschutzziele in den deregulierten Strommärkten der Europäischen Union 147
- ▷ Applied Global Simulation of Renewable Energies on Internet (AVALANCHE) 147
- ▷ Kernenergieausstieg in Deutschland: Wirtschaftliche, ökologische und rechtliche Aspekte 148
- ▷ The Role of an Integrated Tradable Green Certificate System in a Liberalising Market (InTraCert) 148
- ▷ The European Renewable Electricity Certificate Trading Project (RECeT) 149
- ▷ Nachhaltige Entwicklung im Personenverkehr unter Berücksichtigung der externen Kosten 149
- ▷ Flexible Instrumente in der Klimapolitik: Chancen und Risiken für Deutschland 150
- ▷ Internationale Klimaverhandlungen unter dem Einfluss ihrer Institutionalisierung und nationaler Eigeninteressen 150
- ▷ Factors Influencing Capital Decisions and Environmental Policy Measures in Europe – The Role of Nature as Productive Factor. Case Studies: The Pulp Industry in Germany and in Portugal 151
- ▷ Umweltsteuern, internationaler Wettbewerb und Beschäftigung in einem Simulationsmodell mit monopolistischer Konkurrenz 152
- ▷ Die ökologische Steuerreform im nationalen Alleingang: Eine Bedrohung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit oder Chance für den Arbeitsmarkt? 152
- ▷ Modellexperiment II des Forums für Energiemodelle und energiewirtschaftliche Systemanalysen in Deutschland: Kernenergieausstieg – Effekte und Wirkungen eines sofortigen oder schrittweisen Verzichts auf Strom aus Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland 153
- ▷ Modellinstrumentarium zur gesamtwirtschaftlichen Analyse von Arbeitsmarktpolitiken 165 (s. Verbundprojekte)
- ▷ German Parcel TransportmarktBarometer von Prognos/ZEW 169 (s. Verbundprojekte)
- ▷ The Impact of Clean Production on Employment in Europe: An Analysis Using Surveys and Case Studies (IMPRESS) 172 (s. Verbundprojekte)

Abgeschlossene Projekte

- ▷ Die ökonomische Dimension in einem integrativen Konzept nachhaltiger Entwicklung 154
- ▷ Der Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland 155
- ▷ Identifikation von Leitthemen für die Umwelttechnologieforschung in Baden-Württemberg 155
- ▷ Rechtliche Aspekte der Einführung eines Quotenmodells für erneuerbare Energien 156
- ▷ Vertiefende Betrachtung der rechtlichen Aspekte eines Quotenmodells für erneuerbare Energien 157
- ▷ Renewable Electricity and Liberalised Markets (REALM) 157
- ▷ EUROREX – Renewable Energy Exchange – A WWW Site 158
- ▷ Concerted Action on Transport Pricing Research Integration (CAPRI) 159
- ▷ Handlungsoptionen für Baden-Württemberg im Klimaschutz 159
- ▷ European Emission Mitigation Policy and Technological Evolution: Economic Evaluation with the GEM-E3-EG Model (GEM-E3-Elite) 160
- ▷ Modellexperiment I des Forums für Energiemodelle und energiewirtschaftliche Systemanalysen in Deutschland: Auswirkungen des Klimaschutzes – Die nationale Perspektive 161
- ▷ Innovationsprozess vom Verbrennungsmotor zur Brennstoffzelle. Chancen und Risiken für die baden-württembergische Industrie 162
- ▷ Ausbau des Modells „Emittentenstruktur BRD“ für Baden-Württemberg und die Europäische Union 162
- ▷ Makroökonomie und -ökonometrie 182 (s. Temporäre Arbeitsgruppen)
- ▷ Arbeit und Umwelt – Strategie für eine beschäftigungsorientierte Förderung von Umweltschutztechniken am Beispiel des Rhein-Neckar-Dreiecks 183 (s. Temporäre Arbeitsgruppen)

Laufende Projekte

Folgen von Umweltschutz und Ressourcenschonung für Ausbildung, Qualifikation und Beschäftigung

Auftraggeber:

Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB)

Projektteam:

Suhita Osório-Peters

Dr. Klaus Rennings (Leiter)

Ziele der TAB-Studie zum Themenbereich „Arbeit und Umwelt“ sind:

- ▷ eine Aufarbeitung des Standes der Forschung,
- ▷ die Schaffung eines Überblicks (Vergleich und Bewertung verschiedener Ansätze, Methoden, Ergebnisse) über vorliegende Studien zu den Beschäftigungswirkungen von umweltpolitischen Instrumenten sowie Umweltinnovationen.

Das ZEW bearbeitet im Rahmen der TAB-Gesamtstudie zwei Teilprojekte:

- ▷ Analyse von Umweltschutzmärkten, Auswertung vorliegender Marktstudien zum Volumen und Beschäftigungspotenzial von Umweltschutzmärkten (Angebots- sowie Nachfrageseite) sowohl in Bezug auf nachgeschaltete Umweltschutztechnologien als auch in Bezug auf integrierten Umweltschutz.
- ▷ Umweltpolitische Instrumente und Beschäftigungswirkungen, Bewertung vorliegender Modellrechnungen und teilweise gegenläufiger Ergebnisse durch einen Modellvergleich.

Laufzeit: November 1999 – April 2000

Ansprechpartner: Dr. Klaus Rennings
(Tel.: -207, E-Mail: rennings@zew.de)

Neue umweltpolitische Instrumente im liberalisierten Strommarkt

Auftraggeber:

Forschungszentrum Karlsruhe

Projektteam:

Dr. Heidi Bergmann

Wolfgang Bräuer (Leiter)

Isabel Kühn

Kooperationspartner:

Prof. Dr. Otto Rentz,

Universität Karlsruhe

Ziel des Vorhabens ist die Untersuchung verschiedener Konzepte zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien („grüner“ Strom) vor dem Hintergrund der Marktöffnung in der Elektrizitätswirtschaft. Dabei wird unterschieden zwischen freiwilligen Maßnahmen auf Unternehmensebene (so genannte Grüne Angebote) und hoheitlichen Maßnahmen auf Bundesebene (Ausschreibungsmodelle und Quotenregelungen zur Förderung erneuerbarer Energien). Das ZEW nimmt in diesem Zusammenhang eine ordnungspolitische Bewertung der hoheitlichen Instrumente vor. Es wird untersucht, inwieweit verschiedene Ausgestaltungsformen von Quotenregelungen und Ausschreibungsmodellen mit den Anforderungen einer sozialen Marktwirtschaft kompatibel sind und wie sie im Rahmen einer solchen Bewertung im Vergleich zum bestehenden Strom einspeisungsgesetz (Garantiepreismodell) zu bewerten sind. Im Bereich der Quotenmodelle hat sich dabei gezeigt, dass eine Verpflichtung der Stromlieferanten zur Erfüllung einer bestimmten Quote grünen Stroms in ihrem Stromportfolio tendenziell gegenüber einer Verpflichtung der Endverbraucher vorzuziehen ist. Im Bereich der Ausschreibungsmodelle ergibt die ordnungspolitische Analyse eine Bevorzugung von Steuerlösungen zur Finanzierung derjenigen Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, die im Rahmen des Ausschreibungswettbewerbs zum Zuge kommen. Einer generellen Abnah-

mepflicht für grünen Strom durch die Netzbetreiber, wie sie im Stromeinspeisungsgesetz vorgesehen ist, wird im Rahmen der ordnungspolitischen Bewertung generell eine klare Absage erteilt.

Das Institut für Industriebetriebslehre und Industrielle Produktion (IIP) der Universität Karlsruhe untersucht die quantitativen Effekte der verschiedenen Fördermechanismen auf die (baden-württembergische) Stromwirtschaft.

Laufzeit: Mai 1999 – August 2000

Ansprechpartner: Wolfgang Bräuer

(Tel.: -204, E-Mail: braeuer@zew.de)

sichtigt werden. Weiterhin kann auf Erfahrungen zurückgegriffen werden, die man bislang in verschiedenen Staaten, Wirtschaftssektoren und Unternehmen mit dem Handel von Emissionszertifikaten gesammelt hat. Den historisch gewachsenen Unterschieden in den nationalen Branchenstrukturen sowie in den energie- und umweltpolitischen Regulierungen soll durch Vorschläge für Übergangsregelungen Rechnung getragen werden.

Laufzeit: Januar 1999 – Dezember 2000

Ansprechpartnerin: Isabel Kühn

(Tel.: -216, E-Mail: kuehn@zew.de)

Berücksichtigung von Umweltschutzziele in den deregulierten Strommärkten der Europäischen Union

Projektleiterin:

Isabel Kühn

Im Zuge der Liberalisierung der Strommärkte in den Mitgliedstaaten der EU muss die Frage nach dem geeigneten umweltpolitischen Ordnungsrahmen neu gestellt werden. Ziel des Forschungsvorhabens ist es deshalb, einen praktikablen Vorschlag für die EU-weite und nationale Ausgestaltung der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen im Bereich der erneuerbaren Energien auszuarbeiten, unter denen politisch definierte klima- und umweltpolitische Ziele wettbewerbskonform und effizient erreicht werden können.

Erste Analysen haben ergeben, dass die EU-weite Standardisierung von „grünen“ Zertifikaten (d. h. Zertifikaten, die die umweltfreundliche Produktion von Strom dokumentieren) und ihr grenzüberschreitender Handel einen viel versprechenden Basismechanismus darstellen. Bei der weiteren Ausgestaltung der Zertifikatemarkte können Entwicklungen im Finanzwesen, also Banking, Futures und Optionen für Zertifikate, berück-

Applied Global Simulation of Renewable Energies on Internet (AVALANCHE)

Auftraggeber:

Europäische Kommission, DG XII

Hauptauftragnehmer:

Institut für Elektrische Energietechnik,

Rationelle Energiewandlung,

Universität Gesamthochschule Kassel

Projektleiter:

Stefan Vögele

Kooperationspartner:

ARMINES, Ecole National Supérieure

des Mines de Paris, F

Department of Buildings and Energy,

Technical University of Denmark, Lyngby, DK

European Photovoltaic Industry Association

(EPIA), B

IT Power Ltd, GB

Das Ziel des Forschungsvorhabens ist es, technische und ökonomische Information über erneuerbare Energien in standardisierter Form im Internet zugänglich zu machen. Dabei soll es dem Anwender ermöglicht werden, sowohl Daten zu den natürlichen Gegebenheiten am gewünschten Standort, als auch – direkt vom Hersteller – technische und wirtschaftliche Informationen zu erhalten. Das ZEW hat ein Internet-Tool entwickelt,

mit dem die Wirtschaftlichkeit erneuerbarer Energie überprüft werden kann. Dieses wird zurzeit von verschiedenen Institutionen getestet.

Laufzeit: Mai 1998 – April 2000

Ansprechpartner: Tim Hoffmann

(Tel.: -205, E-Mail: hoffmann@zew.de)

Veröffentlichung:

Vögele, S. (1999), *AES: A Tool for the Evaluation of the Profitability of Renewable Energies*, Manual, Mannheim (auch: avalanche.zew/pub/AES-doc.pdf).

Laufzeit: Juli 1999 – April 2000

Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer

(Tel.: -200, E-Mail: boehringer@zew.de)

Veröffentlichungen:

Böhringer, C., T. Hoffmann und S. Vögele (1999), *Zu den Kosten eines Kernenergieausstiegs in Deutschland*, ZEW Dokumentation, Mannheim.

Böhringer, C. und S. Vögele (1999), *Volllastjahre versus Kalenderjahre – Die Kostenunterschiede alternativer Laufzeitregelungen für den Kernenergieausstieg*, ZEW Dokumentation, Mannheim.

Kernenergieausstieg in Deutschland:
Wirtschaftliche, ökologische und
rechtliche Aspekte

Auftraggeber:

Förderkreis Wissenschaft und Praxis
am Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung e.V.

Projektteam:

Dr. Christoph Böhringer (Leiter)

Wolfgang Bräuer

Isabel Kühn

Stefan Vögele

Mit dem Regierungswechsel im Herbst 1998 wurde die Diskussion um den Verzicht auf Kernenergie neu entfacht. Neben dem rechtlichen Rahmen für einen Kernenergieausstieg soll im Forschungsprojekt analysiert werden, welche ökonomischen und emissionsseitigen Auswirkungen ein Kernenergieverzicht haben könnte. Zur quantitativen Untersuchung von Ausstiegsszenarien wird ein dynamisches Wirtschaftsmodell mit energietechnologischer Fundierung eingesetzt.

Auf qualitativer Ebene soll schließlich ein Kriterienraster erarbeitet werden, mit dem die Rolle der Kernenergie in einem mittel- bis langfristigen Energiekonzept kritisch untersucht wird.

The Role of an Integrated Tradable
Green Certificate System in a Liberalising
Market (InTraCert)

Auftraggeber:

Europäische Kommission, DG XVII

Hauptauftragnehmer:

Netherlands Energy Research Foundation
(ECN), NL

Projektteam:

Wolfgang Bräuer

Isabel Kühn (Leiterin)

Marcus Stronzik

Kooperationspartner:

Risø National Laboratory, Roskilde, DK

Universidad Autonoma de Madrid, E

University of Sussex, Brighton, GB

Im Mittelpunkt des Projektes stehen die Konzeption und Analyse eines Systems handelbarer „grüner“ Zertifikate für die Europäische Union und einzelne Mitgliedstaaten. Bislang wurden die Ausstellung und der Handel grüner Zertifikate im Wesentlichen für den Stromsektor diskutiert und in einigen EU-Mitgliedstaaten auch eingeführt.

InTraCert untersucht, ob eine Ausweitung dieses Fördermechanismus für die Markteinführung erneuerbarer Energien auf dem Wärme- und Gasmarkt sinnvoll und möglich ist. Einen zweiten Schwerpunkt des Projektes

bildet die Analyse der Wechselwirkungen eines Systems grüner Zertifikate mit der Umsetzung der Kioto-Mechanismen. Schließlich wird ein Blick auf in EU-Mitgliedstaaten bereits existierende staatliche Instrumente für die Bereiche Klima-, Umwelt- und Energiepolitik geworfen und ihre Vereinbarkeit mit dem „neuen“ Instrument des Zertifikatehandels überprüft. Ziel des Projektes ist es, wesentliche Eckpunkte für die optimale Ausgestaltung eines integrierten europäischen Zertifikatesystems herauszuarbeiten.

Laufzeit: Dezember 1999 – Mai 2001

Ansprechpartnerin: Isabel Kühn

(Tel.: -216, E-Mail: kuehn@zew.de)

tungs- und Forschungsinstitute aus sieben Ländern teil. Ziel des RECerT-Projektes ist zum einen, die Idee des Zertifikatehandels durch Workshops und über neue Medien zu verbreiten. Zum anderen sollen die 22 beteiligten europäischen Energieunternehmen und weitere relevante Akteure durch Plan- und Rollenspiele erste Erfahrungen mit dem für sie neuartigen Instrument sammeln. Das ZEW wird Kosten und Nutzen eines europäischen Zertifikatesystems für Strom aus erneuerbaren Energien gegenüber alternativen umweltpolitischen Instrumenten abschätzen.

Laufzeit: Dezember 1999 – Mai 2001

Ansprechpartnerin: Isabel Kühn

(Tel.: -216, E-Mail: kuehn@zew.de)

The European Renewable Electricity Certificate Trading Project (RECerT)

Auftraggeber:

Europäische Kommission, DG XVII

Hauptauftragnehmer:

Energy for Sustainable Development (ESD),
GB

Projektteam:

Wolfgang Bräuer

Isabel Kühn (Leiterin)

Kooperationspartner:

Technical University of Denmark (TUD),
Lyngby, DK

KEMA Consulting, NL

Netherlands Energy Research Foundation
(ECN), NL

University of Amsterdam, NL

Das Projekt ist ein Nachfolgeprojekt von REALM (vgl. abgeschlossene Projekte). Es wird in enger Kooperation mit RECS (Renewable Energy Certificate System) durchgeführt, einer Anfang 1999 von Unternehmen der Energiebranche gestarteten Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, ein grenzüberschreitendes Handelssystem mit „grünen“ Zertifikaten zu etablieren. Inzwischen nehmen an RECS Regierungsvertreter, Bera-

Nachhaltige Entwicklung im Personenverkehr unter Berücksichtigung der externen Kosten

Projektbearbeiter:

Sigurd Weinreich

Ziel dieses Forschungsvorhabens ist, die internen und externen Kosten des landgebundenen Personenverkehrs für verschiedene Verkehrsmittel zu ermitteln und so zu internalisieren, dass eine effiziente Preisgestaltung im Hinblick auf eine dauerhaft-umweltgerechte Verkehrsentwicklung möglich wird. Dabei soll die Bottom-up-Methodik zur Berechnung der streckenbezogenen internen und externen Kosten unter Einbeziehung neuer Bewertungsansätze weiterentwickelt werden. Eine sinnvolle Strecken-Typologie soll für Straße, Schiene und ÖPNV-Streckennetz ausgearbeitet werden, welche die unterschiedlichen Streckenspezifika des städtischen, ländlichen und überregionalen Verkehrs im Hinblick auf interne und externe Kostenkategorien widerspiegelt.

Verkehrspolitische Maßnahmen im Personenverkehr müssen ausgewählt und ausgestaltet werden, die eine verursacherge-

rechte Anlastung (Internalisierung) der externen Effekte ermöglichen, dem Kriterium der ökonomischen Effizienz entsprechen und die Entwicklung hin zu einem nachhaltigen Verkehrssystem fördern. Für das letztere müssen aussagekräftige Kriterien herausgearbeitet werden.

Sowohl bei der Erstellung der Streckentypologie als auch bei der Auswahl der verkehrspolitischen Maßnahmen ergibt sich methodisch die Notwendigkeit, diese nach den untersuchten Schadenskategorien zu differenzieren, d. h. beispielsweise, dass für Lärmschäden andere Maßnahmen zur Internalisierung ausgewählt werden als für Luftverschmutzungskosten.

Laufzeit: Januar 1999 – Dezember 2000

Ansprechpartner: Sigurd Weinreich

(Tel.: -206, E-Mail: weinreich@zew.de)

über den Einsatz flexibler Instrumente bereits vor 2008 Vermeidungsaktivitäten in Deutschland angeregt werden können („Early Crediting“). Dabei werden auch die gegebenen rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen berücksichtigt.

Der dritte Themenschwerpunkt beinhaltet die Quantifizierung der Effekte des Einsatzes flexibler Instrumente für die deutsche Wirtschaft. Auf Basis eines gesamtwirtschaftlichen Weltmodells werden die internationalen und sektoralen Wettbewerbs- und Beschäftigungswirkungen für verschiedene Szenarien ausgewiesen, um die Vorteile bzw. eventuelle Risiken dieser Instrumente besser abschätzen zu können.

Laufzeit: August 1999 – Mai 2000

Ansprechpartner: Dr. Karl Ludwig Brockmann

(Tel.: -214, E-Mail: brockmann@zew.de)

Flexible Instrumente in der Klimapolitik: Chancen und Risiken für Deutschland

Auftraggeber:

Ministerium für Umwelt und Verkehr,
Baden-Württemberg

Projektteam:

Dr. Christoph Böhringer

Dr. Karl Ludwig Brockmann (Leiter)

Marcus Stronzik

Das Projekt umfasst drei thematische Schwerpunkte. Im ersten Themenschwerpunkt wird der Fortgang der internationalen Klimaverhandlungen ausgewertet. Dies erfolgt insbesondere in Hinblick auf die Rahmenbedingungen für den nationalen und internationalen Einsatz von räumlichen Flexibilisierungsinstrumenten (Emissionsrechtehandel, Joint Implementation, Clean Development Mechanism) zur Erfüllung der Reduktionsverpflichtungen aus dem Kioto-Protokoll für die erste Budgetperiode (2008 bis 2012).

Der zweite Themenschwerpunkt besteht darin, eine Konzeption zu entwerfen, wie

Internationale Klimaverhandlungen unter dem Einfluss ihrer Institutionalisierung und nationaler Eigeninteressen

Auftraggeber:

Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG)

Projektleiter:

Dr. Christoph Böhringer (Leiter)

Projektbearbeiter:

Wolfgang Bräuer

Dr. Karl Ludwig Brockmann

Carsten Vogt

Bei den Klimaverhandlungen lassen sich die unterschiedlichen Verhandlungspositionen der USA oder Japans im Gegensatz zu den meisten europäischen Staaten nicht allein dadurch erklären, dass die Verhandler sich an der nationalen Wohlfahrt orientieren und ihre Position ausschließlich anhand der Relation von nationalen Schadens- und Vermeidungskosten des Klimawandels bestimmen. Das Vorhaben stellt hierzu die Hypothese auf, dass sich die Verhandlungspositionen eines Landes größtenteils aus bestimmten Ei-

geninteressen der Regierungen (insbesondere ihr Wiederwahlinteresse) erklären lassen. Einer zweiten Hypothese gemäß lassen sich die erzielten Verhandlungsergebnisse zudem auf die Institutionalisierung der internationalen Klimaverhandlungen durch einen Kaskadeneffekt zurückführen, der im Laufe der Zeit das Kooperationsniveau der Verhandlungen ansteigen lässt. In internationalen Umweltverhandlungen stellt sich der Kaskadeneffekt typischerweise dar als Abfolge aus einer allgemeinen Rahmenvereinbarung, prozeduralen Vereinbarungen und später auch verbindlichen Protokollen. Die spieltheoretische Modellierung des Verhaltens der Regierungen soll mit den Methoden der nichtkooperativen Spieltheorie erfolgen. Die Motivation der Akteure wird daher modelltechnisch durch die Spezifikation und Parametrisierung der Auszahlungsfunktion der Regierungen abgebildet. Der Einfluss der Institutionalisierung der Klimaverhandlungen durch ein Kaskadenmodell auf die erzielten Verhandlungsergebnisse soll durch die Berücksichtigung unvollständiger Informationen in einem mehrstufigen Spiel aufgezeigt werden. Ein Test des Gesamtmodells und der darin enthaltenen Hypothesen erfolgt durch den Versuch, aus dem Modell – zunächst qualitativ, in der zweiten Projektphase auch quantitativ – die beobachteten Verhandlungsangebote und -ergebnisse abzuleiten.

Laufzeit: Juli 1999 – August 2001

Ansprechpartner: Dr. Karl Ludwig Brockmann
(Tel.: -214, E-Mail: brockmann@zew.de)

Factors Influencing Capital Decisions and Environmental Policy Measures in Europe – The Role of Nature as Productive Factor. Case Studies: The Pulp Industry in Germany and in Portugal

Projektbearbeiterin:
Suhita Osório-Peters

Die Beziehungen zwischen Industrie und Umwelt werden zum großen Teil von der technischen Ausstattung der produzierenden Unternehmen bestimmt. Dabei werden Entscheidungen über technische Investitionen im Rahmen von sich ständig verändernden, ökologischen und gesellschaftlichen Einflussfaktoren getroffen. Bei Entscheidungen bezüglich der Einführung neuer Technologien in ein Unternehmen ist davon auszugehen, dass Überlegungen über die erwartete Entwicklung der einzelnen Faktorproduktivitäten, insbesondere der Arbeitsproduktivität, eine große Rolle spielen. Allerdings wird dem Beitrag anderer Produktionsfaktoren (Energie, natürliche Ressourcen) zur Wertschöpfung kaum Aufmerksamkeit geschenkt. Durch die Zentrierung der Fragestellung auf die Rolle von natürlichen Rohstoffen als Produktionsfaktor in einem Industriesektor soll in dieser Arbeit versucht werden, anhand eines konkreten Beispiels – die Zellstoffindustrie in zwei sehr unterschiedlich ausgestatteten Ländern – den Beitrag von natürlichen Ressourcen zur Produktivitätsentwicklung zu verdeutlichen. Ausgangspunkt der Arbeit bildet die Untersuchung der Technologieentwicklung in der Branche und der Rückkoppelungseffekte, die sich daraus für den Wald als Rohstofflieferant der Zellstoffindustrie ergeben. Daran knüpft eine umweltpolitische Fragestellung an: Da die Erfolgchancen der Umweltpolitik von den konkreten Bedingungen der Kapitalverwertung abhängen, ist es von vitaler Bedeutung für die Umweltpolitik der EU, die Determinanten zu analysieren, die in umweltintensiven Branchen Entscheidungen bezüglich der Kapitalinvestitionen beeinflussen. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn ressourcenschonende Maßnahmen zum Schutz des Waldes angestrebt werden. Die Untersuchung der konkreten Entscheidungsdeterminanten von Kapitalinvestitionen zur Schließung des Stoffkreislaufs „Papier“ durch verstärktes Recycling von Altpapier soll Aufschluss darüber

liefern, mit welchen Instrumenten die Umweltpolitik ihre Ziele effektiv erreichen kann.
 Laufzeit: Januar 1999 – Dezember 2000
 Ansprechpartnerin: Suhita Osório-Peters
 (Tel.: -201, E-Mail: osorio-peters@zew.de)

Umweltsteuern, internationaler Wettbewerb und Beschäftigung in einem Simulationsmodell mit monopolistischer Konkurrenz

Auftraggeber:

Volkswagen-Stiftung im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Umwelt als knappes Gut: Steuerungsverfahren und Anreize zur Schadstoff- und Abfallverringerung“

Projektteam:

Dr. Christoph Böhringer (Leiter)

Henrike Koschel

Kooperationspartner:

Institut für VWL 1, Universität Oldenburg

Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Universität Stuttgart

Die anhaltende Debatte um Umweltsteuern, insbesondere im Zusammenhang mit dem Klimaschutz, kreist aus ökonomischer Sicht im Wesentlichen um zwei Fragestellungen:

- ▷ die Auswirkungen solcher Steuern auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit,
- ▷ die Beschäftigungseffekte einer „ökologischen Steuerreform“.

Der Forschungsstand im Bereich der Außenhandels- und der Arbeitsmarkttheorie legt nahe, dass eine Beurteilung der außenwirtschaftlichen und der Beschäftigungseffekte von Umweltsteuern in einem Modellrahmen mit homogenen Gütern und vollkommenem Wettbewerb unangemessen ist, da durch einen solchen Ansatz wesentliche Sachverhalte, wie zum Beispiel intra-industrieller Handel oder Arbeitslosigkeit, nicht erklärbar sind. Sowohl die neuere Außenhan-

dels- als auch die Arbeitsmarkttheorie gehen demgegenüber von Produktheterogenität und dem darauf basierenden Modell der monopolistischen Konkurrenz aus, mit dem die Handels- und Arbeitsmarkteffekte von Umweltsteuern problemadäquater erklärt werden können. Die monopolistische Konkurrenz findet aber in existierenden Simulationsanalysen der außenwirtschaftlichen Effekte und der Beschäftigungseffekte von Umweltsteuern keine Berücksichtigung. Eine entsprechende Erweiterung bestehender Simulationsmodelle erscheint deshalb notwendig.

Vor diesem Hintergrund besteht die Zielsetzung des Projektes in der Weiterentwicklung bestehender umweltökonomischer Simulationsmodelle durch die Integration neuerer Ansätze der Außenwirtschafts- und der Arbeitsmarkttheorie sowie im Einsatz dieser Modelle zur Analyse der außenwirtschaftlichen und der Beschäftigungseffekte von Umweltsteuern.

Laufzeit: Juli 1998 – Juni 2000

Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer
 (Tel.: -200, E-Mail: boehringer@zew.de)

Die ökologische Steuerreform im nationalen Alleingang: Eine Bedrohung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit oder Chance für den Arbeitsmarkt?

Auftraggeber:

Förderkreis Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V.

Projektteam:

Dr. Christoph Böhringer

Henrike Koschel (Leiterin)

Andreas Rohde

Für die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland werden in der politischen Diskussion häufig die in den letzten Jahren stark ange-

stiegegen Lohnnebenkosten verantwortlich gemacht. Die beabsichtigte Umverteilung der Steuerlasten vom Faktor Arbeit auf den Faktor Umwelt im Rahmen einer ökologischen Steuerreform hat somit nicht nur eine umweltpolitische, sondern auch eine starke arbeitsmarktpolitische Motivation. Ob es durch eine aufkommensneutrale Energiesteuer nicht nur zur Reduktion des Energieverbrauchs (erste Dividende), sondern auch zu den erhofften positiven Beschäftigungswirkungen (zweite Dividende) kommen wird, ist allerdings von wissenschaftlicher Seite her höchst umstritten. Entscheidend für die Beschäftigungseffekte ist die Inzidenz der Abgabensenkung, d. h. deren Überwälzung auf die realen Arbeitskosten und den realen Nettolohn.

Ziel des Forschungsprojekts ist es, die potentiellen Auswirkungen des ersten Schritts der geplanten ökologischen Steuerreform auf die Beschäftigung, die internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie die Entwicklung der CO₂-Emissionen mittels eines angewandten allgemeinen Gleichgewichtsmodells möglichst realistisch abzuschätzen. Dabei steht nicht nur die deutsche Volkswirtschaft als Ganzes im Vordergrund der Analyse, sondern auch einzelne ausgewählte Sektoren, wie z. B. die chemische Industrie, der Maschinenbau oder Banken und Versicherungen. Insbesondere erfolgt eine methodische Weiterentwicklung des Modells im Bereich des Arbeitsmarktes durch Berücksichtigung endogener Lohnrigiditäten und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus werden verschiedene Ausnahmeregelungen zum Schutz von export- und energieintensiven Branchen einer genaueren juristischen Betrachtung unterzogen.

Laufzeit: Juli 1999 – April 2000

Ansprechpartnerin: Henrike Koschel
(Tel.: -208, E-Mail: koschel@zew.de)

Veröffentlichungen:

Böhringer, C. und R. Schwager (1999), *Ökologische Lenkungswirkung und Arbeits-*

markteffekte der ÖSR, ZEW-Stellungnahme für den Finanzausschuß des Deutschen Bundestages.

Koschel, H., T.F.N. Schmidt und A. Wünsche (1999), *Was bringt die ökologische Steuerreform der deutschen Wirtschaft, der Umwelt und dem Arbeitsmarkt?*, ZEW-Stellungnahme für den Finanzausschuß des Deutschen Bundestages.

Modellexperiment II des Forums für Energiemodelle und energiewirtschaftliche Systemanalysen in Deutschland: Kernenergieausstieg – Effekte und Wirkungen eines sofortigen oder schrittweisen Verzichts auf Strom aus Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland

Auftraggeber:

Bundesministerium für
Bildung und Forschung

Projektteam:

Dr. Christoph Böhringer (Leiter)

Andreas Rohde

Stefan Vögele

Kooperationspartner:

Bremer Energie Institut

IER Universität Stuttgart

IIP Universität Karlsruhe

STE-FZ Jülich

Universität Oldenburg

Universität Osnabrück

Wuppertal-Institut für Klima,

Umwelt, Energie

Das politisch motivierte Ende der Nutzung der Kernenergie führt zu Diskussionen über die Art und Weise des Ausstiegs aus dieser Form der Energiegewinnung. Mittels stilisierter Ausstiegsszenarien werden in dem Modellexperiment II des Forums für Energiemodelle und energiewirtschaftliche Systemanalysen im Rahmen einer harmonisierten Fallstudie mit unterschiedlichen Mo-

dellen die energie- und umweltseitigen sowie die wirtschaftlichen bzw. volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines Kernenergieausstiegs in Deutschland untersucht. Das ZEW beteiligt sich mit den bestehenden Modellen DIOGENES und GEM-E3 an dem Modellexperiment.

Untersucht werden sollen insbesondere Fragen der Auswirkungen eines Kernenergieausstiegs auf die Elektrizitätsversorgung und die Elektrizitätswirtschaft, etwa hinsichtlich der Stromerzeugungskosten und der Strompreise. Außerdem werden die Effekte auf wesentliche volkswirtschaftliche Kennzahlen wie etwa das Wirtschaftswachstum oder die Beschäftigungssituation analysiert. Daneben sollen auch die Umweltwirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie bezüglich des Ausstoßes von energiebedingten Luftschadstoff- bzw. Treibhausgasemissionen wie etwa CO₂ in die Untersuchung eingehen. Ein Abgleich der mit den einzelnen Modellen erzielten Ergebnisse soll die bestimmenden Einflussgrößen offenlegen.

Laufzeit: Oktober 1999 – Juni 2000

Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer
(Tel.: -200, E-Mail: boehring@zew.de)

Abgeschlossene Projekte

Die ökonomische Dimension in einem integrativen Konzept nachhaltiger Entwicklung

Auftraggeber:

Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und
Technologie

Hauptauftragnehmer:

Forschungszentrum Karlsruhe, Institut
für Technikfolgenabschätzung und
Systemanalyse

Projektbearbeiter:

Dr. Klaus Rennings

Es handelte sich um ein Teilprojekt im Rahmen des Verbundprojektes „Untersuchung zu einem integrativen Konzept nachhaltiger Entwicklung – Bestandsaufnahme, Problemanalyse, Weiterentwicklung“ der Hermann-von-Helmholtz-Gesellschaft.

Im vergangenen Jahrzehnt war die Nachhaltigkeitsdiskussion maßgeblich von der Suche nach ökologischen Grenzen des Wirtschaftens und tolerierbaren Nutzungsgrenzen bestimmt – relevante Maße waren beispielsweise die ökologische Tragekapazität, „Schwellenwerte“ oder durch „Leitplanken“ begrenzte Bandbreiten, die nicht über- bzw. unterschritten werden dürfen. Darüber hinaus wurde weitgehend anerkannt, dass nachhaltige Entwicklung neben den ökologischen Zielen auch soziale und ökonomische Erfordernisse beachten muss (bzw. umgekehrt, dass ökologische Erfordernisse in der sozialen und ökonomischen Entwicklung berücksichtigt werden müssen). Daraus hat sich unter anderem eine Diskussion über eigenständige Regeln und Indikatoren für ökonomische Nachhaltigkeit entwickelt.

Im Rahmen des Projektes wurden, ausgehend von einem integrativ-ganzheitlichen

Verständnis von nachhaltiger Entwicklung (im Sinne einer „gleichberechtigten“ Betrachtung ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte), generelle Regeln für „ökonomische Nachhaltigkeit“ formuliert. Darauf aufbauend wurden Vorschläge für zentrale Indikatoren (Leitindikatoren) zur Messung und Beurteilung der Nachhaltigkeit (bzw. Nicht-Nachhaltigkeiten im Sinne der Verletzung der Regeln bzw. Leitlinien) unterbreitet. Laufzeit: November 1998 – Juni 1999

Ansprechpartner: Dr. Klaus Rennings
(Tel.: -207, E-Mail: rennings@zew.de)

Veröffentlichung:

Der Endbericht ist in folgende Veröffentlichung des Auftraggebers eingegangen:

Jörissen, J. et al. (1999), *Ein integratives Konzept nachhaltiger Entwicklung*, Forschungszentrum Karlsruhe, Technik und Umwelt, Wissenschaftliche Berichte FZKA 6393.

Der Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland

Projektbearbeiter:
Wolfgang Bräuer

Im Mittelpunkt dieses Forschungsvorhabens stand die Energiepolitik der Bundesregierung im Spannungsfeld zwischen den Interessen nationaler politischer Parteien, Verbandsinteressen und Medieneinfluss einerseits und den Verhandlungen im Rahmen der internationalen Klimapolitik andererseits. Die politische Entscheidungsfindung wurde durch einen aktorsorientierten Modellansatz der Public-Choice-Theorie abgebildet. Dabei sollten sowohl das Verhalten von Parteien und Wählern als auch der Einfluss von Interessengruppen und Medien auf die Politik modelliert werden.

Im Laufe des Vorhabens standen zunächst Einzelaspekte der Gesamtfragestellung im Mittelpunkt. Für die nationale Entscheidungsfindung wurde ein theoretisches

Konzept zur Modellierung des Medieneinflusses auf die Politikwahl erarbeitet und am Beispiel der Energiekonsensgespräche, der internationalen Klimaverhandlungen und der freiwilligen Selbstverpflichtung der deutschen Wirtschaft zum Klimaschutz überprüft. Von den Aspekten der internationalen Zusammenarbeit im Klimaschutz wurde im Projektverlauf untersucht, inwieweit besonders klimarelevante Entwicklungsländer wie China und Indien in Zusammenarbeit mit Industrieländern (Deutschland) von den Klimaverhandlungen profitieren können und inwieweit sich ihre bisherigen Verhandlungspositionen erklären lassen.

Zur Erarbeitung des angestrebten umfassenden aktorsorientierten Modellansatzes wurde, basierend auf diesem Projekt, ein DFG-Antrag im Rahmen der Mannheimer DFG-Forschungsgruppe „Institutionalisierung internationaler Verhandlungssysteme“ eingereicht, über den die DFG positiv entschieden hat.

Laufzeit: Januar 1997 – Dezember 1998

Ansprechpartner: Wolfgang Bräuer
(Tel.: -204, E-Mail: braeuer@zew.de)

Veröffentlichungen:

Bräuer, W. (1998), *Electoral Competition under Media Influence*, ZEW Discussion Paper No. 98-19, Mannheim.

Bräuer, W. und O. Kopp (1999), Indien als Gastland für Joint Implementation-Projekte, *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht* 3, 385-412.

Bräuer, W., O. Kopp und R. Rösch (1999), *Ökonomische Aspekte internationaler Klimapolitik*, Heidelberg.

Identifikation von Leitthemen für die Umwelttechnologieforschung in Baden-Württemberg

Auftraggeber:
Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Baden-Württemberg

Projektbearbeiterin:
Dr. Heidi Bergmann
Kooperationspartner:
Prognos, Basel

Das Forschungsprojekt baute auf den Ergebnissen der von ZEW und Prognos gemeinsam erarbeiteten Studie „Bedarfsanalyse zur Umwelttechnologieforschung in Baden-Württemberg“ aus dem Jahr 1997 auf. In dieser Studie wurde das heterogene Spektrum der Technologien und Maßnahmen des betrieblichen Umweltschutzes in den Bereichen Entsorgung, Verwertung, Vermeidung und Controlling bereits auf künftig bedeutsame und zugleich forschungsintensive Themenfelder hin untersucht. Wegen der Breite des Blickwinkels blieb der Differenzierungsgrad bei der Unterscheidung von Technologien in dieser ersten Untersuchung jedoch notwendigerweise eher grob. Als zweiter Schritt auf dem Wege zur praktischen Umsetzung der Untersuchungsergebnisse erfolgte deshalb eine vertiefte Auseinandersetzung mit den in der ersten Studie ermittelten Zukunftsfeldern der Umwelttechnologieforschung. Ziel dieses Folgeprojektes war es, eng abgegrenzte technologische Leitthemen zu identifizieren, die sich als Schwerpunkte für künftige förderpolitische Pilotprojekte eignen.

Die Untersuchung kam zum Ergebnis, dass insbesondere Forschungen zu den Themenfeldern „Kreislaufführung und Reinhaltung von Wasser“ und „Vom landwirtschaftlichen Reststoff zum Biowertstoff“ Potenzial für die Zukunft bergen.

Laufzeit: Mai 1998 – Oktober 1998
Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer
(Tel.: -200, E-Mail: boehring@zew.de)

Rechtliche Aspekte der Einführung eines Quotenmodells für erneuerbare Energien

Auftraggeber:
Ministerium für Umwelt und Verkehr,
Baden-Württemberg

Projektbearbeiterin:
Dr. Heidi Bergmann

Erneuerbare Energien haben es schwer, sich am Markt zu behaupten; die – im Verhältnis zur konventionellen Energiegewinnung – hohen Erzeugungskosten erweisen sich als Hemmnis für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Daher hat der nationale Gesetzgeber bereits 1990 mit dem Stromeinspeisungsgesetz ein Regelwerk statuiert, das eine Abnahme- und Vergütungspflicht festschreibt: Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind verpflichtet, den Strom aus erneuerbaren Energien abzunehmen und müssen diesen Strom mit einem bestimmten Mindestpreis vergüten. Für die Bundesrepublik ist allerdings abzusehen, dass das Konzept des Stromeinspeisungsgesetzes in seiner derzeitigen Form mittelfristig keinen Bestand mehr haben wird.

Ziel des Forschungsvorhabens war es, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie eine neue Politik zur Förderung erneuerbarer Energien auf nationaler Ebene aussehen könnte. Der Idee der Quotierung wurde dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet, insbesondere wurde aufgezeigt, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, Energieversorger oder Energieverbraucher an bestimmte Mengenvorgaben für regenerative Energien zu binden.

Das Gutachten enthält eine Bestandsaufnahme zur Situation der regenerativen Energien in der Bundesrepublik, beschreibt die europäischen Ansätze zur wettbewerblichen Förderung, analysiert die Idee der Quote und gibt erste Eckpunkte für die Übertragung eines Quotenmodells in die nationale Energiepolitik.

Laufzeit: Februar 1999 – April 1999
Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer
(Tel.: -200, E-Mail: boehring@zew.de)

Vertiefende Betrachtung der rechtlichen Aspekte eines Quotenmodells für erneuerbare Energien

Auftraggeber:

Ministerium für Umwelt und Verkehr,
Baden-Württemberg
Projektbearbeiterin:
Dr. Heidi Bergmann

Das Forschungsprojekt verstand sich als Fortschreibung des Gutachtens „Rechtliche Aspekte der Einführung eines Quotenmodells für erneuerbare Energien“ und nahm zu einzelnen Problempunkten vertieft Stellung.

Die Studie stellte zum einen die mengen- und preisgesteuerten Fördermechanismen für erneuerbare Energien einander gegenüber und arbeitete die Vor- und Nachteile der verschiedenen Förderansätze heraus. Dabei setzte sich das Projekt auch mit den Vorschlägen zur Novellierung des Stromeinspeisungsgesetzes auseinander und zeigte die europarechtlichen und finanzverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen auf. Zum anderen beleuchtete die Untersuchung gezielt das Modell einer Quote für grünen Strom und entwickelte Ideen, wie ein solches Modell für die Bundesrepublik Deutschland nutzbar gemacht werden kann. Auf der Basis der ersten Erfahrungen aus dem Ausland und der Diskussion innerhalb der Europäischen Gemeinschaft setzte sich die Studie mit den verschiedenen Elementen eines Quotenmodells und den verschiedenen Modellvarianten auseinander. Ein (Diskussions-)Vorschlag zu möglichen Leitpunkten für ein nationales Quotenmodell schloss das Forschungsvorhaben ab.

Laufzeit: Juni 1999 – Oktober 1999

Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer
(Tel.: -200, E-Mail: boehring@zew.de)

Renewable Electricity and Liberalised Markets (REALM)

Auftraggeber:

Europäische Kommission, DG XII
Hauptauftragnehmer:
Energy for Sustainable Development (ESD),
GB

Unterauftragnehmer:

Energys GmbH
PreussenElektra AG
Projektbearbeiterin:
Isabel Kühn
Kooperationspartner:
Association of Electricity
Producers (AEP), GB
Draukraft, A
National Technical University of Athens
(NTUA), GR
Netherlands Energy Research Foundation
(ECN), NL
Technical University of Denmark (TUD),
Lyngby, DK
Verbundplan, A

Im Mittelpunkt des Projektes stand die Frage, welchen Einfluss die veränderten Rahmenbedingungen liberalisierter Strommärkte auf die strategischen Entscheidungen von Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) im Geschäftsfeld der erneuerbaren Energiequellen haben. Zu diesem Zweck wurden in sechs europäischen Ländern Interviews durchgeführt, Workshops mit Branchenvertretern abgehalten und die aktuelle Fachpresse ausgewertet.

Zum einen war zu beobachten, dass viele der ehemaligen Monopolunternehmen „grünen“ Strom als eines ihrer ersten Markenprodukte auf den neu geschaffenen Strommarkt brachten. Als Imageinstrument und Nischenprodukt ist grüner Strom anerkannt. Zum anderen machten die Unternehmen deutlich, dass die mit erneuerbarer Stromerzeugung verbundenen Chancen und Risiken sehr eng mit dem europäischen und natio-

nenal Ordnungsrahmen zusammenhängen. Die mehrfache Aufschiebung einer europäischen Harmonisierungsrichtlinie für den Netzzugang regenerativer Energiequellen hat die Dynamik in diesem Sektor immer wieder abgebremst. Durch die Rahmenbedingungen in Deutschland sind erneuerbare Energien für EVUs eher eine Belastung als ein attraktiver Geschäftszweig. In den Niederlanden, Dänemark und Großbritannien werden die Instrumente zur Markteinführung erneuerbarer Energien gerade reformiert und markt- und wettbewerbskonformer gestaltet, sodass auch für etablierte Energieunternehmen in Zukunft ein hoher Investitionsanreiz bestehen wird.

Das Projektteam kam für die Europäische Union zu folgenden Schlussfolgerungen:

- ▷ Es besteht die Notwendigkeit einer Harmonisierungsrichtlinie von Seiten der EU.
- ▷ Die EU-Mitgliedstaaten sollten, wie in der Klimapolitik, auf bindende Ziele verpflichtet werden, sodass das 12-Prozent-Ziel der EU bis 2010 erreicht werden kann.
- ▷ Die EU-weit standardisierte Zertifizierung von grünem Strom ist das Basiselement, um grenzüberschreitenden Handel zu ermöglichen.

Laufzeit: Mai 1998 – Oktober 1999

Ansprechpartnerin: Isabel Kühn

(Tel.: -216, E-Mail: kuehn@zew.de)

Veröffentlichungen:

Kühn, I. (1999), *Renewable Electricity in the Liberalising German Market*, Final Report of the German Case Study, October, Mannheim.

Kühn, I., G. J. Schaeffer, M. Voogt and C. Crookall-Fallon (1999), *Evaluation of Incentive Schemes for Renewable Sources of Energy in the Electricity Sector*, REALM Working Group III, October, Mannheim, Petten, Bath.

The REALM Research Group (1999), *Renewable Electricity and Liberalising Markets*, Phase 1: Inception Report, ECN-C-99-007, March, Petten.

EUROREX – Renewable Energy Exchange – A WWW Site

Auftraggeber:

Europäische Kommission, DG XVII

Hauptauftragnehmer:

Energy for Sustainable Development (ESD), Bath, GB

Projektteam:

Wolfgang Bräuer

Suhita Osório-Peters (Leiterin)

Kooperationspartner:

Center for Renewable Energy Sources (CRES), Athen, GR

TEE Consult (Consultores em Tecnologias Energéticas), Lissabon, P

Department of Buildings and Energy, Technical University of Denmark, Kopenhagen, DK

Ziel von EUROREX war die Erstellung einer Internet-Web-Seite über erneuerbare Energien. Länderbezogene Informationen und Daten für 30 europäische Länder wurden im Laufe des Projektes gesammelt und systematisiert sowie ständig aktualisiert und ergänzt. Das ZEW war für die regelmäßige Speisung der EUROREX-Datenbank bezüglich folgender Länder verantwortlich: Deutschland, Schweiz, Niederlande und Österreich. Insbesondere die Verbreitung von Informationen über die Entwicklung von erneuerbaren Energien in Deutschland stand im Mittelpunkt der Arbeit. Diese Informationen wurden vornehmlich in dem vierzehntägig erscheinenden EUROREX-Newsletter veröffentlicht, der im Internet für Abonnenten des EUROREX unter <http://www.eurorex.com> zugänglich ist. Seit November 1999 wird das Projekt unter der Regie des Projektkoordinators ESD kommerziell weitergeführt.

Laufzeit: November 1997 – Oktober 1999

Ansprechpartnerin: Suhita Osório-Peters

(Tel.: -201, E-Mail: osorio-peters@zew.de)

Concerted Action on Transport Pricing Research Integration (CAPRI)

Auftraggeber:

Europäische Kommission, DG VII

Hauptauftragnehmer:

Institute for Transport Studies, University of Leeds (ITS), GB

Projektteam:

Dr. Klaus Rennings

Sigurd Weinreich (Leiter)

Kooperationspartner:

Institute for Transport Studies,
University of Leeds (ITS), GB

Katholieke Unieversiteit Leuven,
Center for Economic Studies (CES),
Leuven, B

Ingénierie du trafic et des déplacements
(ISIS), Lyon, F

Istituto di Studi per l'Informatica e i Sistemi
(ISIS), Rom, I

Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Universität Karlsruhe
(IWW), Karlsruhe

euroTRANS Consulting Ltd (EUROTRANS),
London, GB

Ziel von CAPRI war die Weitergabe und Aufbereitung der Ergebnisse verschiedener Projekte zum Thema „Bepreisung von Transportdienstleistungen“, die im 4. Rahmenprogramm der Europäischen Kommission vergeben wurden. Bereitgestellt wurde sowohl administrative als auch technische Unterstützung für die unkomplizierte Verbreitung der Methodik und der Ergebnisse innerhalb der Projekte, in den Mitgliedstaaten und zu anderen Institutionen. Die Ergebnisse der einzelnen Projekte wurden evaluiert und zusammengefasst und, wenn nötig, wurden weitere Arbeiten zur Integration der Ergebnisse durchgeführt. In den Bereichen Methodik der Berechnung, Umsetzung der Ergebnisse und Ausgestaltung der Preispolitiken im Transportbereich wurde zusätzlicher Forschungsbedarf aufgezeigt. CAPRI beinhaltet das Management der „Concerted Action“,

die Bereitstellung eines Sekretariats für die Kommission, die Überprüfung und Zusammenfassung der Bepreisungsrichtlinien inklusive der Bewertung der Externalitäten unter Berücksichtigung preispolitischer Rahmenbedingungen, die Überprüfung und Zusammenfassung der Bepreisungsvorschläge innerorts und außerorts für alle untersuchten Transportmittel mit besonderem Schwerpunkt auf den Umsetzungsstrategien und die Organisation einer Konferenz zur angemessenen Preispolitik im Transportsektor. Das ZEW war dabei verantwortlich für die Überprüfung und Zusammenfassung der Ergebnisse im Bereich der Berechnung der externen Kosten.

Laufzeit: Januar 1998 – Dezember 1999

Ansprechpartner: Sigurd Weinreich

(Tel.: -206, E-Mail: weinreich@zew.de)

Veröffentlichung:

Rennings, K., A. Ricci, C. Sessa and S. Weinreich (1999), *Valuation of Transport Externalities, Deliverable 3 of the Concerted Action on Transport Pricing Research Integration (CAPRI)*, Leeds.

Handlungsoptionen für Baden-Württemberg im Klimaschutz

Auftraggeber:

Ministerium für Umwelt und Verkehr,
Baden-Württemberg

Projektteam:

Dr. Heidi Bergmann

Dr. Karl Ludwig Brockmann (Leiter)

Marcus Stronzik

Die Studie diskutierte Möglichkeiten zur zielkonformen und kosteneffizienten nationalen bzw. europaweiten Umsetzung der durch das Kioto-Protokoll zur UN-Klimarahmenkonvention festgelegten Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen. Ausgangspunkt war die Analyse der Ergebnisse der internationalen Klimaverhandlungen, der in ihrem

Rahmen diskutierten Instrumente (Joint Implementation, Clean Development Mechanism, Emissionsrechtehandel) sowie der klimapolitischen Ziel- und Instrumentendiskussion in Europa und Deutschland seit Kioto.

Die Studie stellte Überlegungen zu den Transaktionskosten der Implementierung und Umsetzung umweltpolitischer Maßnahmen im Allgemeinen und von Zertifikatesystemen im Besonderen an und wendete sie auf die Verhältnisse in Deutschland an. Weiterhin erfolgte eine Auswertung frühzeitiger auf Emissionsrechtehandel basierender Vermeidungsaktivitäten in den USA, in Kanada und in einem privaten Unternehmen.

Eine abschließende rechtliche Prüfung bezog sich auf die Kompetenz zur Implementierung eines CO₂-Zertifikatmodells auf deutscher oder europäischer Ebene und setzte sich insbesondere mit verfassungsrechtlichen Fragen auseinander.

Laufzeit: April 1998 – Juli 1999

Ansprechpartner: Dr. Karl Ludwig Brockmann (Tel.: -214, E-Mail: brockmann@zew.de)

Veröffentlichungen:

Brockmann, K.L., M. Stronzik und H. Bergmann (1999), *Emissionsrechtehandel – eine neue Perspektive für die deutsche Klimapolitik*, Umwelt- und Ressourcenökonomie, Heidelberg.

Brockmann, K. L. and M. Stronzik (1999), Flexible Mechanisms for an Efficient Climate Policy – Bericht über eine internationale Konferenz, *Zeitschrift für Angewandte Umwelt-Forschung* 12 (3), 414-417.

Brockmann, K. L. und M. Stronzik (1999), Flexible Mechanismen für eine effiziente Klimapolitik, *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 12, 865.

Brockmann, K. L. and M. Stronzik (1999), FlexMechs and Efficiency, *Joint Implementation Quarterly* September.

European Emission Mitigation Policy and Technological Evolution: Economic Evaluation with the GEM-E3-EG Model (GEM-E3-Elite)

Auftraggeber:

Europäische Kommission, DG XII

Projektteam:

Dr. Christoph Böhringer

Henrike Koschel,

Dr. Tobias F. N. Schmidt

(Koordinator und Leiter)

Kooperationspartner:

L. Bergman, Stockholm School of Economics, S

P. Capros, National Technical University of Athens, GR

Prof. Dr. K. Conrad, Universität Mannheim

C. Kemfert, IER, Universität Stuttgart

S. Kyreos, Paul Scherrer Institut, CH

S. Proost, D. van Regemorter, CES, Catholic University of Leuven, B

A. van Zon, MERIT, NL

P. Zagame, ERASME, Ecole Central Paris, F

Gegenstand des Projektes war die Weiterentwicklung des bereits in vorangegangenen EU-Projekten entwickelten angewandten allgemeinen Gleichgewichtsmodells GEM-E3 für die Europäische Union. Analyseschwerpunkt des Modells ist die Abschätzung sektoraler, nationaler und internationaler Auswirkungen umwelt-, wirtschafts- und energiepolitischer Maßnahmen in Europa. Das gegenwärtige Projekt hat die Einsatzmöglichkeiten des Modells in der Politikberatung insbesondere im Hinblick auf die folgenden vier Punkte entscheidend verbessert. Erstens wurde der bisher modell-exogen spezifizierte technische Fortschritt endogen durch das Modell beschrieben, d. h. unternehmerische Entscheidungen über FuE-Aktivitäten, deren langfristige Auswirkungen für die technologische Entwicklung und das daraus resultierende Wachstumspotenzial werden in Abhängigkeit bereits bestehender oder neu zu generierender Mo-

dellvariablen erklärt. Zweitens wurde eine Weltversion des Modells entwickelt, um dem globalen Charakter des Klimaproblems besser gerecht werden zu können. Drittens kann die Energiewirtschaft realitätsnah durch ein ingenieurwissenschaftlich fundiertes Energiesystemmodell beschrieben werden. Schließlich wurden die bisher unterstellte statische Erwartungshaltung der Modellagenten um Ansätze rationaler Erwartungshaltung erweitert.

Laufzeit: Februar 1998 – Juli 1999

Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer
(Tel.: -200, E-Mail: boehringer@zew.de)

Veröffentlichungen:

Böhringer, C. (1999), Zur Verteilung der Kyoto-Reduktionspflichten in der EU, in: Läge, E., P. Schaumann und U. Fahl (Hrsg.), *Treibhausgasminderung in Deutschland zwischen nationalen Zielen und internationalen Verpflichtungen*, Jülich, 87-96.

Böhringer, C. (1999), *Cooling Down Hot Air – A Global CGE Analysis of Post-Kyoto Carbon Abatement Strategies*, ZEW Discussion Paper No. 99-43, Mannheim.

Böhringer, C. (1998), The Synthesis of Bottom-Up and Top-Down in Energy Policy Modeling, *Energy Economics* 20 (3), 233-248.

Böhringer, C. and T. F. Rutherford (1999), World Economic Impacts of the Kyoto Protocol, in: Welfens, P.J.J., R. Hillebrand and A. Ulph (eds.), *Internalization of the Economy, Environmental Problems and New Policy Options*, Heidelberg/New York.

Böhringer, C. and T. F. Rutherford (1999), *Decomposing General Equilibrium Effects of Policy Intervention in Multi-Regional Trade Models – Method and Sample Application*, ZEW Discussion Paper No. 99-36, Mannheim.

Böhringer, C. and H. Welsch (1999), *C&C – Contraction and Convergence of Carbon Emissions: The Economic Implications of Permit Trading*, ZEW Discussion Paper No. 99-13, Mannheim.

Modellexperiment I des Forums für Energiemodelle und energiewirtschaftliche Systemanalysen in Deutschland: Auswirkungen des Klimaschutzes – Die nationale Perspektive

Auftraggeber:

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Kooperationspartner:

Bremer Energie Institut

IER Universität Stuttgart

IIP Universität Karlsruhe

STE-FZ Jülich

Universität Oldenburg

Universität Osnabrück

Projektteam:

Henrike Koschel

Dr. Tobias Schmidt (Leiter)

Eine vergleichende Analyse der in Deutschland bestehenden Energiewirtschafts- und Energiesystemmodelle war der Schwerpunkt dieses Projektes. Für vorgegebene gemeinsame Rahmenannahmen wurden verschiedene CO₂-Minderungsmaßnahmen untersucht, um so Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den methodischen Ansätzen festzustellen. Ziel war es dabei, geeignete Anwendungsfelder der Modelle bzw. Modellkategorien abzustecken und die hierfür unter Umständen notwendig werdenden Modellerweiterungen zu definieren. Das ZEW beteiligte sich mit dem allgemeinen Gleichgewichtsmodell GEM-E3 an dem Modellexperiment.

Laufzeit: Januar 1998 – März 1999

Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer

(Tel.: -200, E-Mail: boehringer@zew.de)

Veröffentlichung:

Schmidt, T.F.N. und H. Koschel (1999), Ergebnisse des GEM-E3-Modells, in: Forum für Energiemodelle und energiewirtschaftliche Systemanalysen in Deutschland (Hrsg.), *Energiemodelle zum Klimaschutz in Deutschland: Strukturelle und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen aus nationaler Perspektive*, Heidelberg, 153-190.

Innovationsprozess vom Verbrennungsmotor zur Brennstoffzelle. Chancen und Risiken für die baden-württembergische Industrie

Auftraggeber:

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Baden-Württemberg

Hauptauftragnehmer:

Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (FhG-ISI)

Projektbearbeiter:

Stefan Vögele

Kooperationspartner:

Institut für Werkzeugmaschinen und Betriebstechnik (wbk) Universität Karlsruhe

Gegenwärtig ist die Automobil-ausrüstungs- und -zulieferindustrie in Baden-Württemberg auf die konventionelle Antriebstechnologie mit Otto- bzw. Dieselmotor und Getrieben ausgerichtet. Für die Komponenten, die für ein Brennstoffzellen-Automobil notwendig werden, existieren gegenwärtig nur zum Teil Zulieferer bzw. Ausrüster (z. B. Hersteller von Elektromotoren und Leistungselektronik). Zurzeit wird europaweit ein erster europäischer Produktionsstandort für Brennstoffzellen gesucht, es bewirbt sich auch ein Unternehmen aus Baden-Württemberg. Die Situation in Baden-Württemberg könnte angesichts der Tatsache, dass eine relativ hohe, direkte und indirekte Abhängigkeit der Arbeitsplätze vom Automobilbau vorliegt, in 10 bis 15 Jahren zu dramatischen Strukturveränderungen führen. So war 1994 jeder 6. Arbeitsplatz im verarbeitenden Gewerbe des Landes direkt oder indirekt von der Automobilproduktion abhängig.

Ziel des Gemeinschaftsprojektes war es, die betroffenen baden-württembergischen Betriebe im Rahmen eines Symposiums zu sensibilisieren und Handlungsnotwendigkeiten zu diskutieren. Hierbei sind vor allem die Zuliefer- und die Ausrüsterindustrie die Zielgruppe, weil davon auszugehen ist, dass die Automobil-Hersteller über den Stand der

Technik informiert sind und die notwendigen Analysen eigenständig durchführen werden.

Die Aufgabe des ZEW innerhalb des Gemeinschaftsprojektes bestand in der Abschätzung der durch Veränderungen in der Antriebstechnik direkt und indirekt induzierten Beschäftigungseffekte. Hierbei wurde auf das an Baden-Württemberg angepasste Input-Output Modell „EMI 2.0“ zurückgegriffen. Laufzeit: Januar 1999 – Dezember 1999
Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer (Tel.: -200, E-Mail: boehringer@zew.de)

Ausbau des Modells „Emittentenstruktur BRD“ für Baden-Württemberg und die Europäische Union

Projektteam:

Dr. Olav Hohmeyer (Leiter)

Stefan Vögele

Um die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und Umweltbelastungen erfassen zu können, wurde am Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (FhG-ISI), Karlsruhe das Modell „Emittentenstruktur“ entwickelt, mit dem sich sowohl die direkten als auch die indirekten Auswirkungen von wirtschaftlichen Aktivitäten auf die Umwelt erfassen lassen. Am ZEW wurde dieses Modell im Auftrag des Umweltbundesamtes zu einem benutzerfreundlichen Instrument ausgebaut, mit dem die Auswirkungen ökonomischer Aktivitäten auf die Emissionen von 12 Luftschadstoffen, 60 Abfallarten und 4 Emissionsarten für den Bereich Abwasser untersucht werden können. Durch die Berücksichtigung von technischen Prozessen bei der Berechnung der verwendeten branchenspezifischen Emissionskoeffizienten lassen sich hierbei sowohl die Wirkungen von ökonomischen Strukturveränderungen und Wachstumsentwicklungen als auch die Wirkungen des Einsatzes verschiedener Technologien analysieren.

Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens wurde das Modell so ausgebaut, dass es zum einen zur Bearbeitung Baden-Württemberg-spezifischer und zum anderen zur Bearbeitung europäischer Fragestellungen eingesetzt werden kann. Hierbei wurde mit dem neuen Modell ein Instrument erarbeitet, das sowohl die Analyse von regionalen Wachstums- und Struktureffekten (inklusive deren Auswirkungen auf die unterschiedlichen Emissionsarten) als auch die Herausarbeitung von Unterschieden bezüglich der Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivitäten und ihrer Auswirkungen auf die Entwicklung der Emissionen erlaubt.

Laufzeit: Januar 1997 – Dezember 1998

Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer
(Tel.: -200, E-Mail: boehringer@zew.de)

Veröffentlichung:

Vögele, S. und D. Nelissen (1999), *Möglichkeiten und Grenzen der Erstellung regionaler Emittentenstruktur in Deutschland – Das Beispiel Baden-Württemberg*, ZEW Dokumentation Nr. 99-03, Mannheim.

Verbundprojekte und temporäre Arbeitsgruppen

Laufende Verbundprojekte

Modellinstrumentarium zur gesamtwirtschaftlichen Analyse von Arbeitsmarktpolitiken

Beteiligte Forschungsbereiche:
Arbeitsmärkte, Personalmanagement
und Soziale Sicherung
Umwelt- und Ressourcenökonomik,
Umweltmanagement

Auftraggeber:

Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Projektteam:

Dr. Christoph Böhringer (Leiter)

Henrike Koschel

Dr. Viktor Steiner

Ziel des Projekts ist die Erstellung und Pflege eines benutzerfreundlichen Modellinstrumentariums, mit dem sich die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen von Arbeitsmarktpolitiken analysieren lassen. Neben der gesamtwirtschaftlich konsistenten Simulation von Politikeingriffen auf der Grundlage einer mikroökonomischen Fundierung sind Flexibilität und Benutzerfreundlichkeit wesentliche Zielsetzungen bei der Entwicklung des Modellinstrumentariums. Das Instrumentarium muss die schnelle, problemgerechte Anpassung an sich ändernde Fragestellungen (Politiksimulationen) erlauben, um den Anforderungen einer aktuellen Politikberatung gerecht zu werden. Schließlich soll eine weitgehend selbsterklärende Oberfläche dem Benutzer des Modells eine einfache Anwendung und einen verständlichen

Vergleich von alternativen Politikscenarien ermöglichen.

Laufzeit: Dezember 1999 – August 2000

Ansprechpartner: Dr. Christoph Böhringer
(Tel.: -200, E-Mail: boehring@zew.de)

Auswirkungen der einheitlichen Geldpolitik in der EWU auf die Exportwirtschaft in Baden-Württemberg

Beteiligte Forschungsbereiche:

Internationale Finanzmärkte und
Finanzmanagement

Arbeitsmärkte, Personalmanagement
und Soziale Sicherung

Zuwendungsgeber:

Förderkreis Wissenschaft und Praxis
am Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung e.V.

Projektteam:

Dr. Herbert S. Buscher

Claudia Stirböck

Tereza Tykvová

Dr. Peter Westerheide (Leiter)

Die Nachfrage nach Vorleistungen, Investitionsgütern und langlebigen Konsumgütern reagiert vermutlich in stärkerem Maße als die Nachfrage nach kürzerlebigen Konsumgütern auf Zinsänderungen. Das Land Baden-Württemberg ist in höherem Maße als Deutschland insgesamt auf die Produktion und den Export von Investitionsgütern spezialisiert. Dies spricht dafür, dass Baden-Württemberg stärker als der Durchschnitt der übrigen Bundesländer von Änderungen des Zinsniveaus in den Hauptabnehmerländern seiner Erzeugnisse betroffen sein könnte.

Die einheitliche Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gewinnt aus dieser Perspektive besondere Bedeutung für das Wirtschaftsgeschehen im Bundesland. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene werden die realwirtschaftlichen Änderungen, die durch die Währungsunion eintreten, zwar als wenig problematisch eingeschätzt. So liefen die Konjunkturzyklen in den Kernländern der Währungsunion auch bisher schon ziemlich synchron. Auch die Wirkungen von Zins- und Wechselkursinstrumenten auf die Verringerung von Wachstums- und Beschäftigungsdifferenzialen zwischen den Mitgliedsländern können als recht gering veranschlagt werden. Es ist jedoch fraglich, ob diese für größere Aggregate abgeleiteten Ergebnisse auf das export- und investitionsgüterorientierte Baden-Württemberg übertragen werden können. Im Projekt sollen daher die spezifischen Auswirkungen der geldpolitischen Vereinheitlichung auf die baden-württembergische Exportwirtschaft näher analysiert werden.

Laufzeit: Juli 1999 – Februar 2000

Ansprechpartner: Dr. Peter Westerheide
(Tel.: -146, E-Mail: westerheide@zew.de)

Indikatorenbericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands

Auftraggeber:

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Beteiligte Forschungsbereiche:

Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Industrieökonomik und

Internationale Unternehmensführung

Projektteam:

Marian Beise (Leiter)

Martin Falk

Charlotte Lauer

Dr. Georg Licht

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Kooperationspartner:

Deutsches Institut für

Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und

Innovationsforschung (FhG-ISI), Karlsruhe

Niedersächsisches Institut für

Wirtschaftsforschung (NIW), Hannover

Wissenschaftsstatistik im Stifterverband

für die deutsche Wissenschaft, Essen

Das Projekt schließt an die Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit an, die in den vorangegangenen Jahren von den vier Instituten DIW, FhG-ISI, NIW und ZEW erstellt wurde. Das Berichtssystem sucht über Indikatoren zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands einen Teilzugang zum gesamten Themenkomplex der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Ländern. In einem jährlichen Indikatorenbericht werden jeweils Indikatorenzeitreihen aktualisiert und schrittweise erweitert. Die Indikatoren werden sowohl in ihrer zeitlichen Entwicklung als auch im internationalen Vergleich analysiert. Das ZEW steuert Daten und Analysen zum Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft, zur Entwicklung der Gründungen von Unternehmen in den Hochtechnologiesektoren und zur Internationalisierung von FuE bei. Da langfristig die technologische Leistungsfähigkeit von Ländern ganz entscheidend vom nationalen Bildungssystem abhängt, bringt das ZEW Indikatoren zum Humankapital in Deutschland im internationalen Vergleich ein. Außerdem werden die Daten der ZEW-Stichprobe des Mikrozensus zur Qualifikation und Weiterbildung der Beschäftigten in Industrie und Dienstleistungen ausgewertet. Es wird jährlich ein zusammenfassender Indikatorenbericht erstellt, der die Indikatoren in einen interpretatorischen Zusammenhang bringt und ein Gesamtbild der aktuellen technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands zeichnet.

Laufzeit: April 1998 – Januar 2002

Ansprechpartner: Marian Beise

(Tel.: -172, E-Mail: beise@zew.de)

Veröffentlichung:

NIW et al. (1999), *Innovationsindikatoren zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 1998*, Hannover.

land gewonnen werden.

Laufzeit: Oktober 1999 – März 2001
Ansprechpartner: Dr. Norbert Janz
(Tel.: -171, E-Mail: janz@zew.de)

Marktstruktur, Innovationsdynamik und Beschäftigung

Beteiligte Forschungsbereiche:

Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung
Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Projektteam:

Günther Ebling
Martin Falk
Sandra Gottschalk
Dr. Norbert Janz (Leiter)
Johannes Ludsteck
Dr. Thomas Zwick

Die Konsequenzen von Innovationen für das Beschäftigungsvolumen sind theoretisch nicht eindeutig determiniert, sondern lassen sich nur empirisch bestimmen. Trotz einer stetig wachsenden Zahl von Untersuchungen sind jedoch die Zusammenhänge zwischen Innovation und Beschäftigung empirisch nicht gesichert. Zwei wesentliche Faktoren werden in bestehenden Studien nicht oder nur unzureichend berücksichtigt: die Endogenität der Marktstruktur und die zeitlich verzögerten Wirkungen.

Die Berücksichtigung dynamischer Anpassungsprozesse in empirischen Analysen erfordert Paneldaten, d. h. Beobachtungen für ein Unternehmen über mehrere Jahre, und den Einsatz neuerer Verfahren der Paneldatenökonometrie. Zur Analyse stehen die Daten des Mannheimer Innovationspanels zur Verfügung, die aus vorhandenen Daten der ZEW-Innovationserhebungen im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor der Bundesrepublik Deutsch-

Unternehmensgründung und Selbstständigkeit

Beteiligte Forschungsbereiche:

Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung
Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Projektteam:

Dirk Engel
Dr. Max Keilbach (Leiter)
Friedhelm Pfeiffer
Frank Reize
Kooperationspartner:
Dr. E. Fauchart,
Conservatoire National des Arts et Métiers,
Laboratoire d'Econométrie, Paris

Ziel dieses Projektes ist es, die Determinanten und Beschäftigungswirkungen von Unternehmensgründungen und Selbstständigkeit aus theoretischer und empirischer Sicht zu untersuchen.

Im theoretischen Teil wird ein Modellansatz zur Erklärung der Gründungsneigung und des Zusammenhangs zwischen hoher Gründungs- und Schließungsrate auf der Basis der vorhandenen neoklassischen bzw. evolutionsökonomischen Ansätze entwickelt. Dieser bildet die Grundlage für die weitere empirische Analyse.

Ziel der empirischen Arbeit ist es, Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Gründungen und Selbstständigkeit innerhalb der europäischen Länder aufzuzeigen und vor dem Hintergrund der rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen auf Güter- und Faktormärkten zu verstehen. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen auf der Selbstständigkeit von Akademikern und den Exis-

tenzgründungen aus Arbeitslosigkeit. Dabei soll insbesondere auf Gründungen in Hochtechnologiebereichen eingegangen werden.
 Laufzeit: Oktober 1999 – Juni 2001
 Ansprechpartner: Dr. Max Keilbach
 (Tel.: -257, E-Mail: keilbach@zew.de)

Wagniskapitalfinanzierung als Aufgabe der Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank

Beteiligte Forschungsbereiche:
 Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung
 Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement
 Auftraggeber:
 Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank (L-Bank)
 Projektteam:
 Dirk Engel
 Dr. Max Keilbach (Leiter)
 Tereza Tykvová
 Dr. Peter Westerheide

Gegenstand des Projekts ist die Erarbeitung eines Förderkonzeptes im Rahmen eines angestrebten Wagniskapitalengagements der L-Bank Förderbank. Hierzu werden Entwicklungen des bundesdeutschen Wagniskapitalmarktes dargestellt und für mehrere Bundesländer verglichen. Anschließend werden Gründungs-, Wachstums- und Schließungsdynamik verschiedener Branchenaggregate für das westliche Bundesgebiet und für mehrere Bundesländer dargestellt. Auf dieser Basis werden Branchen identifiziert, bei denen ein erhöhter Förderungsbedarf besteht. In einem weiteren Teil wird der Bedarf an Managementunterstützung im Rahmen eines Wagniskapitalengagements für verschiedene Phasen des Unternehmenszyklus analysiert. Abschließend werden konkrete Ausgestaltungsformen eines möglichen

Wagniskapitalengagements diskutiert. Darauf aufbauend wird geprüft, in welcher Form die L-Bank Förderbank zur Verringerung möglicher Angebotsdefizite auf dem Wagniskapitalmarkt beitragen kann.
 Laufzeit: März 1999 – März 2000
 Ansprechpartner: Dr. Max Keilbach
 (Tel.: -257, E-Mail: keilbach@zew.de)
 Dr. Peter Westerheide
 (Tel.: -146, E-Mail: westerheide@zew.de)

Absatzprognose als strategisches Instrument der Unternehmensplanung.
 Beispiel: Schmierstoffmarkt

Beteiligte Forschungsbereiche:
 Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung
 Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung
 Auftraggeber:
 Fuchs Petrolub AG
 Projektteam:
 Dr. Herbert S. Buscher
 Dr. Thomas Cleff
 Prof. Konrad Stahl, Ph. D. (Leiter),
 ZEW und Universität Mannheim

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich der Schmierstoffmarkt stark verändert. Technische, ökologische und ökonomische Anforderungen an Schmierstoffe sind gewachsen. Die erhöhte Effizienz von Schmierstoffen führt in den traditionellen Märkten – wie z. B. der Bundesrepublik – zu einem Rückgang der Absatzzahlen und dies wiederum zu einem erhöhten Wettbewerb auf diesen Märkten. Bei immer kürzer werdenden Produktlebenszyklen und gleichzeitig steigenden FuE-Kosten scheint die Globalisierung durch eigenes Wachstum sowie durch nationale und internationale Zusammenschlüsse der einzig gangbare Weg für einen Schmierstoffhersteller zu sein, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Eine zunehmend globale Ausrichtung von Unternehmen erfordert im Gegenzug eine entsprechende Erweiterung des strategischen Instrumentariums innerhalb der Unternehmen. Die Einschätzung des weltweiten Schmierstoffpotenzials zählt dabei zu den zu lösenden Kernaufgaben und erlaubt den Unternehmen eine strategische Positionierung auf dem Weltmarkt. Ziel des Projektes ist deshalb die Absatzprognose von unterschiedlichen Schmierstoffen in ausgewählten Ländern mit Hilfe eines ökonometrischen Modells. Auf der Basis von panelökonomischen Ansätzen lassen sich durch Analogieschlüsse auch Marktpotenziale für die Länder ermitteln, für die nur begrenzte Informationen über den Schmierstoffabsatz im Ausland vorliegen.

Laufzeit: November 1999 – April 2000

Ansprechpartner: Dr. Thomas Cleff
(Tel.: -233, E-Mail: cleff@zew.de)

German Parcel TransportmarktBarometer von Prognos/ZEW

Auftraggeber:

German Parcel Paket-Logistik GmbH

Beteiligte Forschungsbereiche:

Umwelt- und Ressourcenökonomik,
Umweltmanagement

Internationale Finanzmärkte und
Finanzmanagement

Projektteam:

Andrea Szczesny

Sigurd Weinreich (Leiter)

Kooperationspartner:

Dr. Stefan Rommerskirchen,

Prognos AG, Verkehrsabteilung

Prognos (Basel) und ZEW (Mannheim) haben mit Unterstützung von German Parcel eine Art Konjunktur-Barometer für die Transportwirtschaft entwickelt. Die Grundidee dieses Transportmarkt-Barometers besteht darin, das Expertenwissen in der Verladerschaft

und Transportwirtschaft in Deutschland systematisch für die Einschätzung der kurzfristigen Entwicklung des Transportaufkommens und der Transportpreise auf den Transportmärkten zu nutzen. Dazu wird ein fester Kreis von Experten regelmäßig viermal im Jahr danach befragt, wie die Entwicklung der Mengen und Preise in sechs verschiedenen Transportmärkten in den nächsten sechs Monaten eingeschätzt wird. Betrachtet werden die Transportmärkte Straßengüterverkehr, Schienengüterverkehr, Binnenschifffahrt, Luftfracht, Kurier-Express-/Paketdienste und kombinierte Transporte. Außerdem wird zwischen nationalen und internationalen Transporten (getrennt nach Ost- und Westeuropa) unterschieden. Im Straßengüterverkehr wird bei den nationalen Transporten sowohl nach den Entwicklungen im Nah- als auch im Fernverkehr gefragt.

Die Teilnehmer erhalten zum Dank für ihre Mitwirkung jeweils unverzüglich nach der Auswertung kostenfrei die vollständigen Ergebnisse. Dabei werden die Veränderungen für die einzelnen Transportmarktsegmente aus den drei letzten Erhebungsrunden einander gegenübergestellt und kurz erläutert. Diese Ergebnisse werden außerdem auch der interessierten Fachpresse zur Verfügung gestellt.

Die ersten beiden Runden wurden im Juni und September 1998 als Pilotphase durchgeführt. Sie erbrachten die gewünschte Anzahl von rund 150 Experten, die sich regelmäßig am „German Parcel TransportmarktBarometer von Prognos/ZEW“ beteiligen wollen. Nach erfolgreichem Abschluss dieser Testphase wurde entschieden, die Erhebungen als regelmäßige Befragung auf unbegrenzte Zeit weiterzuführen. Mitte 1999 wurde die Zahl der Experten durch eine Werbeaktion auf rund 200 erhöht.

Laufzeit: seit April 1998

Ansprechpartner: Sigurd Weinreich

(Tel.: -206, E-Mail: weinreich@zew.de)

Veröffentlichungen:

Weinreich, S. (1999), Barometer für die Transportmärkte, *ZEWnews* Januar/Februar.

Weinreich, S. (1999), A Barometer for Transport Markets, *ZEWnews English edition* No. 2.

Weinreich, S. (1999), Aussichten des kombinierten Verkehrs, *ZEWnews* Juli/August.

Weinreich, S. (1998), Transportmarkt-Barometer, *EUMagazin, ZEW-aktuell* (12).

Technischer Fortschritt,
Qualifikation und Arbeitsnachfrage

Beteiligte Forschungsbereiche:
Arbeitsmärkte, Personalmanagement
und Soziale Sicherung
Industrieökonomik und
Internationale Unternehmensführung
Zuwendungsgeber:

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Projektteam:

Martin Falk

Ulrich Kaiser

Stefan Klotz,

Universität Konstanz

Dr. Friedhelm Pfeiffer (Leiter)

Prof. Dr. Winfried Pohlmeier (Leiter),

Universität Konstanz

Kooperationspartner:

Dr. Anver Bar-Ilan,

Universität Haifa, IL

Prof. Richard Blundell,

University College London, GB

Prof. Bernd Fitzenberger, Ph. D.,

Universität Mannheim

Prof. Dr. Olaf Hübler,

Universität Hannover

Prof. Jacques Mairesse,

ENSAE-CREST, Paris, F

Prof. Dr. Hans-Jürgen Ramser,

Universität Konstanz

Prof. Konrad Stahl, Ph. D.,

Universität Mannheim

Dr. John van Reenen,

University College London, GB

Ziel des im Rahmen des Schwerpunktprogramms „Industrieökonomik und Inputmärkte“ von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes ist es, die theoretischen und empirischen Grundlagen zum Verständnis der Interaktion zwischen Qualifikation, Innovation und FuE-Aktivität zu verbessern. Eine solche Analyse setzt einen integrierten Forschungsansatz aus der Arbeitsmarkt- und Industrieökonomik voraus. Eine wichtige Voraussetzung für Innovationen sind qualifizierte Arbeitskräfte. Gleichzeitig kann technischer Fortschritt in Form neuer oder verbesserter Güter und Verfahren Freisetzungseffekte bewirken, die vor allem wenig qualifizierte Arbeitskräfte betreffen. Die Beschäftigungsfolgen des technischen Fortschritts hängen somit unter anderem von der Organisation des Arbeitsmarktes, z. B. von dem Verhalten der Tarifvertragsparteien, sowie der Bildungspolitik ab.

In dem Projekt soll der Zusammenhang zwischen der Arbeitsnachfrage der Unternehmen in nicht vollkommen kompetitiven Arbeitsmärkten und Outputmärkten, der Qualifikation und den Innovationsaktivitäten von Unternehmen mikroökonomisch und mikroökonomisch untersucht werden. Die empirischen Analysen basieren auf Firmen- und Sektordaten.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat in Deutschland, aber auch in anderen Industrieländern, eine dramatische Verschiebung in der Struktur der Arbeitnehmer zugunsten von höher Qualifizierten stattgefunden. In dem gleichen Zeitraum ist die Zahl der Arbeitslosen auf über vier Millionen Personen angestiegen, wobei die Arbeitslosenraten mit abnehmender schulischer und beruflicher Qualifikation stark zunehmen.

Die bisherigen Analysen zeigen differenzielle Technologieeffekte für unterschiedliche Gruppen von Arbeitskräften auf. Insbesondere Hochschulabsolventen sind deut-

lich weniger als Beschäftigte ohne Berufsabschluss betroffen. Die seit Jahren beobachtete Verschiebung der Arbeitsnachfrage zu Lasten ungelernter Arbeitskräfte wird vom technischen Fortschritt verursacht und durch Lohnrigiditäten in seinen Wirkungen verstärkt. Diese wiederum können nicht ausschließlich auf institutionelle Besonderheiten des Arbeitsmarktes (Tarifautonomie und Flächentarifverträge) zurückgeführt werden. Vielmehr müssen auch Unvollkommenheiten auf Gütermärkten mit in die Betrachtung aufgenommen werden. Die Resultate zeigen, dass der Lohnfindungsmechanismus entscheidend die Wirkung des technischen Fortschritts auf die Beschäftigungsstruktur prägt.

Laufzeit: April 1996 – Februar 2002

Ansprechpartner: Dr. Friedhelm Pfeiffer

(Tel: -150, E-Mail: pfeiffer@zew.de)

Veröffentlichungen (Auswahl):

Blechinger, D. und F. Pfeiffer (1999), Qualifikation, Beschäftigung und technischer Fortschritt. Eine Analyse mit den Daten des Mannheimer Innovationspanels, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 218 (1+2), 128-146.

Blechinger, D. and F. Pfeiffer (1999), Technological Change and Skill Obsolescence: The Case of German Apprenticeship Training, in: Heikje, H. and J. Muysken (eds.), *Education and Training in a Knowledge-Based Economy*, London.

Falk, M. and B. Koebel (1999), *Curvature Conditions and Substitution Pattern among Capital, Energy, Materials and Heterogeneous Labour*, ZEW Discussion Paper No. 99-06, Mannheim.

Falk, M. und B. Koebel (1998), Determinanten der qualifikatorischen Arbeitsnachfrage in der westdeutschen Industrie 1978-90: FuE-intensive versus nicht FuE-intensive Industrien, in: Pfeiffer, F. und W. Pohlmeier (Hrsg.), *Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 31, Baden-Baden, 339-373.

Falk, M. und F. Pfeiffer (1999), Innovation und Produktivitätswachstum ostdeutscher Betriebe 1992-1995, in: Bellmann, L., S. Kohaut und M. Lahner (Hrsg.), *Zur Entwicklung von Lohn und Beschäftigung auf der Basis von Betriebs- und Unternehmensdaten*, BeitrAB, Bd. 220, Nürnberg, 77-98.

Falk, M. und F. Pfeiffer (1998), Auswirkungen von Innovationen auf Lohn- und Produktivitätsangleichung zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen, in: Fritsch, M., F. Meyer-Krahmer und F. Pleschak (Hrsg.), *Innovationen in Ostdeutschland – Potenziale und Probleme*, Heidelberg, 145-169.

Inkmann, J., S. Klotz und W. Pohlmeier (1998), Permanente Narben oder temporäre Blessuren? Eine Studie über die langfristigen Folgen eines missglückten Einstiegs in das Berufsleben auf der Grundlage von Pseudo-Panel-Daten, in: Pfeiffer, F. und W. Pohlmeier (Hrsg.), *Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 31, Baden-Baden, 223-255.

Kaiser, U. (1999), Die ZEW/Creditreform-Konjunkturumfrage bei unternehmensnahen Dienstleistern, *Allgemeines Statistisches Archiv (Rundschau)* 83, 447-451.

Kaiser, U. (1999), *Measuring Knowledge Spillovers in Manufacturing and Services: An Empirical Assessment of Alternative Approaches*, ZEW Discussion Paper No. 99-62, Mannheim.

Kaiser, U. (1999), *New Technologies and the Demand for Heterogeneous Labor: Firm-Level Evidence for the German Business-Related Services Sector*, ZEW Discussion Paper No. 99-07, Mannheim.

Kaiser, U. (1998), *The Impact of New Technologies on the Demand for Heterogeneous Labor: Empirical Evidence from the German Business-Related Services Sector*, ZEW Discussion Paper No. 98-26, Mannheim (erscheint in Review of Industrial Organization).

Kaiser, U. and G. Licht (1998), *R&D Cooperation and R&D Intensity: Theory and Micro-Econometric Evidence for Germany*, ZEW Discussion Paper No. 98-32, Mannheim.

Klotz, S. (1999), Ökonometrische Modelle mit raumstruktureller Autokorrelation – Eine kurze Einführung, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 218 (1+2), 168-196.

Klotz, S., F. Pfeiffer und W. Pohlmeier (1999), Wirkung des technischen Fortschritts auf die Qualifikationsstruktur der Beschäftigung und die Entlohnung, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219 (1+2), 90-108.

Pfeiffer, F. (1999), Tätigkeitsspektrum und Verdienst von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, in: Lüttinger, P. (Hrsg.), *Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus*, ZUMA-Nachrichten Spezial Band 6, Mannheim.

Pfeiffer, F. (1999), Human Capital and Innovation in East and West Germany, in: Fritsch, M. and H. Brezinski (eds.), *Innovation and Technological Change in Eastern Europe*, Cheltenham, 142-165.

Pfeiffer, F. und M. Falk (1999), *Der Faktor Humankapital in der Volkswirtschaft – Berufliche Spezialisierung und technologische Leistungsfähigkeit*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 35, Baden-Baden.

The Impact of Clean Production on Employment in Europe: An Analysis Using Surveys and Case Studies (IMPRESS)

Auftraggeber:

Europäische Kommission, TSER-Programm

Beteiligte Forschungsbereiche:

Umwelt- und Ressourcenökonomik,

Umweltmanagement

Industrieökonomik und

Internationale Unternehmensführung

Arbeitsmärkte, Personalmanagement

und Soziale Sicherung

Projektteam:

Sandra Gottschalk

Dr. Norbert Janz

Suhita Osório-Peters

Dr. Klaus Rennings (Leiter)

Dr. Thomas Zwick

Kooperationspartner:

Fondazione Eni Enrico Mattei (FEEM),

Mailand, I

MERIT, Maastricht, NL

Victoria University of Manchester, GB

Das Hauptziel des IMPRESS-Projektes besteht darin, einen methodischen Rahmen für eine EU-weite Analyse der Beschäftigungswirkungen integrierter Umwelttechnik zu entwickeln. Zusätzlich werden eigene empirische Untersuchungen durchgeführt. Diese bestehen aus:

- ▷ der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Umweltinnovationen, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit auf der Basis der Analyse europäischer Datenbanken,
- ▷ Fallstudien in ausgewählten Branchen der Industrie und des Dienstleistungsgewerbes,
- ▷ standardisierten Unternehmensbefragungen zu Umweltinnovationen,
- ▷ einer vergleichenden internationalen Analyse der Fallstudien und Breitenerhebungen.

Zudem ist eine Internet Discussion Group zum Thema „Umwelt, Innovation und Beschäftigung“ eingerichtet worden (www.impress.zew.de).

Laufzeit: November 1998 – November 2000

Ansprechpartner: Dr. Klaus Rennings

(Tel.: -207, E-Mail: rennings@zew.de)

Veröffentlichungen:

Discussion Papers können über die Projekthomepage (www.impress.zew.de) abgerufen werden.

Abgeschlossene Verbundprojekte

Arbeitsplatzeffekte gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassungen in Rheinland-Pfalz. Evaluation und wissenschaftliche Begleitung

Beteiligte Forschungsbereiche:
Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung
Industrieökonomik und
Internationale Unternehmensführung
Auftraggeber:

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg
Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Rheinland-Pfalz

Projektteam:

Matthias Almus

Jürgen Egelin (Leiter)

Prof. Dr. Michael Lechner,
Universität St. Gallen

Dr. Friedhelm Pfeiffer (Leiter)

Hannes Spengler

Kooperationspartner:

Wolfgang Schwarz,

Direktor des Arbeitsamtes Ludwigshafen

Angesichts der anhaltenden und hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland werden schon seit einiger Zeit neue Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik diskutiert und in verschiedenen Projekten umgesetzt. Zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland trat am 1. Oktober 1994 mit den „Richtlinien zur Förderung der Eingliederung schwervermittelbarer Arbeitsloser durch Darlehen und Zuschüsse an Gesellschaften zur Arbeitnehmerüberlassung“ ein neues Bundesförderprogramm in Kraft. Ziel des auf etwas mehr als zwei Jahre befristeten Programms war die Wiedereingliederung von schwervermittelbaren Arbeitslosen (Langzeitarbeitslose, über 50-

Jährige, Behinderte und rehabilitierte Suchtkranke) in den ersten Arbeitsmarkt durch die Förderung von Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaften. Die durch das Förderprogramm in Aussicht gestellten Zuwendungen lösten eine verstärkte Hinwendung zur so genannten „gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung“ aus, die sich zum einen in der Neugründung von gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassungsgesellschaften und zum anderen in der Erweiterung des Geschäftsfelds bereits bestehender gemeinnütziger Organisationen niederschlug.

Ziel des Projektes war die wissenschaftliche Evaluierung der von der Bundesanstalt in den Jahren 1995 und 1996 geförderten gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz. Im Rahmen dieses Forschungsprojekts wurden die beiden Fragen erörtert, ob sich die durchschnittliche beschäftigungslose Zeit durch die Teilnahme an den Projekten verändert und wie sich für die verliehenen Arbeitskräfte die Wiedereinstellungschancen in ein „normales“ Beschäftigungsverhältnis entwickeln.

Die ökonometrische Untersuchung auf der Basis eines Kontrollgruppenansatzes deutet darauf hin, dass eine Teilnahme an gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassung zumindest in der kurzen Frist dazu geeignet ist, eine im Vergleich zu einer Nichtteilnahme bessere Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt hervorzubringen. Eine wichtige Ursache für dieses Ergebnis könnte in der Tatsache begründet sein, dass sich der Leiharbeiter im Rahmen der Leiheinsätze beim potenziellen Arbeitgeber durch gute Leistungen für eine dauerhafte Einstellung empfehlen kann – eine Chance, die sich ansonsten nicht ergeben würde. Ein weiterer Grund für die raschere Wiedereingliederung von Leiharbeitnehmern könnte darin liegen, dass von der Teilnahme an gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassung ein positives Signal an die einstellenden Unternehmen ausgeht, denn die Teilnahme

ist in der Regel mit Eigeninitiative und Arbeitswillen verbunden. Unter Umständen vertrauen die einstellenden Unternehmen auch auf die Vorauswahl der Verleiher, die ihnen Suchkosten in nicht unbeträchtlicher Höhe ersparen kann.

In der Arbeit wurde ein ökonometrisches Verfahren angewendet, um den direkten Effekt der Wiedereingliederung abschätzen zu können. Dazu stellte die Bundesanstalt für Arbeit Abzüge der *coArb*-Daten der betroffenen Arbeitsämter zur Verfügung, die aufgrund einer äußerst detaillierten Erfassung der Erwerbsgeschichten sowie ausreichender Fallzahlen die Bildung einer Kontrollgruppe ermöglichen. Das zur Schätzung eingesetzte nichtparametrische Matching-Verfahren erwies sich zwar als relativ aufwendig; die Ergebnisse zeigen jedoch, dass die noch vergleichsweise wenig verbreitete Matching-Methode in Verbindung mit einer hohen Datenqualität, die insbesondere durch eine sehr präzise Modellierung der Erwerbsgeschichte in der *coArb* zustande gekommen ist, zu wertvollen Einsichten in die Wirksamkeit von Programmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik beitragen kann.

Laufzeit: September 1996 – September 1998

Ansprechpartner: Dr. Friedhelm Pfeiffer

(Tel: -150, E-Mail: pfeiffer@zew.de)

Veröffentlichungen:

Almus, M., J. Egelin, M. Lechner, F. Pfeiffer und H. Spengler (1999), *Wirkungen gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz*, BeitrAB, Nürnberg.

Almus, M., J. Egelin, M. Lechner, F. Pfeiffer und H. Spengler (1998), Die gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz – eine ökonometrische Analyse des Wiedereingliederungserfolges, *MittAB* (3).

Lechner, M., F. Pfeiffer, H. Spengler and M. Almus (1999), *The Impact of Non-Profit Temping Agencies on Individual Labour Market Success in the West German State of Rheinland-Palatinate*, St. Gallener Diskussionspapiere Nr. 99-02, Universität St. Gallen.

CD-ROM Altersvorsorge KOMPETENT

Zuwendungsgeber:

Förderkreis Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V.

Beteiligte Forschungs- und Servicebereiche:

Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement

Wissenstransfer & Weiterbildung

Projektteam:

Hermann Buslei

Jürgen Fend

Kathrin Kölbl

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König (Leiter)

Dr. Olaf Korn

Erik Lüders, ZEW und Universität Konstanz

Dr. Michael Schröder

Dr. Christoph Spengel

Lothar Weinland

Kooperationspartner:

Commerzbank

PwC Deutsche Revision AG

Universität Mannheim

Vertriebspartner:

Vahlen Verlag München

Das System der Alterssicherung in Deutschland steht nach mehreren Reformen in den Neunzigerjahren erneut auf dem Prüfstand. Zwei Gruppen, die von einer möglichen Neuausrichtung des auf mehreren Säulen basierenden Systems der Alterssicherung betroffen sind, bilden Unternehmen, die ihren Mitarbeitern eine betriebliche Altersversorgung anbieten (wollen), und Privatpersonen, die ihre Alterssicherung planen. Für diese beiden Gruppen hat das ZEW gemeinsam mit Kooperationspartnern aus Wirtschaft und Wissenschaft die CD-ROM Altersvorsorge KOMPETENT entwickelt. Sie ist in zwei Versionen erhältlich: „Betriebliche Altersversorgung“ und „Private Altersvorsorge und Finanzmanagement“. Für PwC Deutsche

Revision wurde eine firmenspezifische Fassung der Version „Betriebliche Altersversorgung“ entwickelt.

Die Version „Betriebliche Altersversorgung“ richtet sich an Unternehmen und unterstützt diese bei der Gestaltung eines zeitgemäßen Systems der betrieblichen Altersversorgung. In einem solchen System sind sowohl ein angemessener Bedarf der Mitarbeiter als auch die Finanzierbarkeit und Kalkulierbarkeit für das Unternehmen zu berücksichtigen. Die zulässigen Durchführungsformen (Direktzusage, Unterstützungskasse, Pensionskasse und Direktversicherung) sowie unterschiedliche Versorgungssysteme werden einschließlich der relevanten arbeits-, steuer-, handels- und versicherungsrechtlichen Regelungen erörtert. Dabei wird auch auf deren betriebswirtschaftliche Aspekte eingegangen. Konkrete Entscheidungshilfen erlauben es dem Unternehmen, die Optimierung neuer oder bestehender Versorgungssysteme der betrieblichen Altersversorgung intensiv vorzubereiten. Für Gesellschafter-Geschäftsführer zeigt die CD-ROM darüber hinaus Optionen für eine adäquate Planung der individuellen Vorsorge auf.

Die Version „Private Altersvorsorge und Finanzmanagement“ unterstützt private Anleger bei der individuellen Gestaltung ihrer Altersvorsorge. Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung bietet die CD-ROM einen ausführlichen Überblick über das geltende Rentenrecht sowie einen Ausblick auf die künftige Entwicklung der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung. Aufbauend auf diesen Informationen kann mit Hilfe eines Rentenberechnungsprogramms eine Abschätzung der individuell zu erwartenden Rente vorgenommen werden. Ein weiteres Berechnungstool erlaubt es, den individuellen Bedarf bei Renteneintritt den erwarteten Einkünften (aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie weiteren Quellen) gegenüberzustellen. Übersteigt der Bedarf

die erwarteten Einkünfte, liegt eine so genannte Versorgungslücke vor. Die Erörterung der wichtigsten Instrumente zur Schließung dieser Versorgungslücke bildet einen zentralen Teil der CD-ROM. Zu diesen Instrumenten zählen die Geldanlage bei Banken, Wertpapiere, Investmentfonds, Versicherungen und Immobilien. Auf der Basis der gebotenen Informationen kann der Nutzer eine ausgewogene, individuelle Entscheidung über die Anlagen zur Altersvorsorge vorbereiten, die gleichermaßen potenzielle Erträge wie auch Risiken berücksichtigt.

Laufzeit: April 1998 – Dezember 1999

Ansprechpartner: Lothar Weinland
(Tel.: -179, E-Mail: weinland@zew.de)

Humankapital, Qualifikationsstruktur und Arbeitsmarkteffekte im technologischen und demographischen Wandel

Beteiligte Forschungsbereiche:
Arbeitsmärkte, Personalmanagement
und Soziale Sicherung
Industrieökonomik und
Internationale Unternehmensführung
Projektteam:

Doris Blechinger

Martin Falk

Ulrich Kaiser

Dr. Martin Kukuk

Dr. Georg Licht

Dr. Friedhelm Pfeiffer (Leiter)

Kooperations- und Projektpartner:

Dr. Günter Clar,

Akademie für Technikfolgenabschätzung
des Landes Baden-Württemberg

Dr. A. Cockrill,

University of Wales, College of Cardiff, GB

Prof. Dr. Knut Gerlach,

Universität Hannover

Dominique Goux,

INSEE, Paris, F

Prof. J.A.M. Heijke,
 Research Centre for Education
 and the Labour Market, NL
 Dr. Markus Pannenberg,
 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung,
 Berlin
 Prof. Dr. Winfried Pohlmeier,
 Universität Konstanz
 Prof. Dr. Michael Schallies,
 Pädagogische Hochschule Heidelberg
 Dr. Klaus Schömann,
 Wissenschaftszentrum Berlin
 Prof. Jeffrey A. Smith,
 University of Western Ontario, London, CDN
 Prof. Dr. Dieter Timmermann,
 Universität Bielefeld

Ziel des Projektes war es, das konzeptuelle und empirische Verständnis der Interdependenzen von Bildung, Technik und Arbeitsmarkt zu verbessern. Grundlage der empirischen Arbeiten waren die Unternehmensdaten des Mannheimer Innovationspanels (Verarbeitendes Gewerbe und Dienstleistungen) und die Personendaten des Mikrozensus der Jahre 1991, 1993 und 1995, der IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975 bis 1990 sowie der BIBB/IAB-Erhebungen zum Thema Qualifikation und Berufsverlauf 1979, 1985/86 und 1991/92.

Bildung und Fortschritt ergänzen sich in hohem Maße und bilden wichtige Grundbausteine von Prosperität und Wettbewerbsfähigkeit. Die staatliche Politik im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung erweist sich unter anderem deshalb als schwierig, weil über den Erfolg der Bildungspolitik auf Güter- und Arbeitsmärkten mit entschieden wird, allerdings häufig erst mit einer langen zeitlichen Verzögerung. Zur richtigen Gewichtung von beruflicher und allgemeiner Bildung werden daher verlässliche empirische Analysen wichtiger, in denen die häufig vernachlässigte Rolle des Arbeitsmarktes als zentrale Institution zur Transmission von Politik- und Technikimpulsen berücksichtigt wird.

Schätzungen auf der Grundlage der ZEW-

Daten haben Unterschiede in der Wirkung von Prozess- und Produktinnovationen auf die Beschäftigung aufgezeigt. Insgesamt war in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre die Wirkung von Produkt- und Prozessinnovationen in der Summe eher negativ. Wichtiger als die Beschäftigungswirkungen von Innovationen insgesamt sind, so ein weiteres Ergebnis der Arbeit, die Beschäftigungswirkungen in den einzelnen Qualifikationsgruppen. Während Innovationen selbst bei moderatem Wirtschaftswachstum zu zusätzlichen hochqualifizierten Arbeitsplätzen führen, werden gering Qualifizierte verstärkt freigesetzt. Aufgrund inflexibler Lohnstrukturen führte der technische Fortschritt der letzten 30 Jahre in Deutschland zu ungleichen Beschäftigungswirkungen für einzelne Qualifikationsgruppen. In Ökonomien mit relativ flexiblen Löhnen erfolgte im Vergleich dazu die Anpassung an neue technologische Niveaus auch über die qualifikatorische Lohnspreizung. Die Untersuchungen zu den Bestimmungsgründen und Effekten von Weiterbildung haben unter anderem gezeigt, dass es bedeutende Selektionseffekte gibt und dass Weiterbildung und beruflicher Aufstieg Hand in Hand gehen. Häufig ist berufliche Weiterbildung von Erwerbstätigen zwar die Konsequenz, nicht aber die Ursache eines beruflichen Aufstiegs. Insofern kann bezweifelt werden, ob verstärkte Qualifizierungsmaßnahmen alleine das geeignete Mittel sind, um die Arbeitsmarktprobleme der gering Qualifizierten zu lösen.

Laufzeit: Januar 1995 – Dezember 1998

Ansprechpartner: Dr. Friedhelm Pfeiffer

(Tel: -150, E-Mail: pfeiffer@zew.de)

Veröffentlichungen (Auswahl):

Blechinger, D., A. Kleinknecht, G. Licht and F. Pfeiffer (1997), *The Impact of Innovation on Employment in Europe – An Analysis Using CIS-Data*, EIMS Publication No. 46, European Commission.

Blechinger D. und F. Pfeiffer (1997), Humankapital und technischer Fortschritt, in:

Clar, G., J. Doré und H. Mohr (Hrsg.), *Humankapital und Wissen – Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung*, Berlin, 255-276.

Pfeiffer, F. (1998), Eine vergleichende Analyse der Bedeutung von Ausbildung, Fortbildung und nicht formalem Lernen im Arbeitsleben, in: Pfeiffer, F. und W. Pohlmeier (Hrsg.), *Qualifikation, Weiterbildung und Arbeitsmarkterfolg*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 31, Baden-Baden, 155-195.

Pfeiffer, F. (1997), Humankapitalbildung im Lebenszyklus, in: Clar, G., J. Doré und H. Mohr (Hrsg.), *Humankapital und Wissen – Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung*, Berlin, 173-195.

Pfeiffer, F. (1997), Die Alterung des Ausbildungswissens nach der Handwerkslehre, in: Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen (Hrsg.), *Der Faktor Humankapital im Handwerk*, Duderstadt, 75-107.

Pfeiffer, F. und D. Blechinger (1995), Die Verwertbarkeit der Berufsausbildung im technischen Wandel, in: Franz, W. und V. Steiner (Hrsg.), *Der westdeutsche Arbeitsmarkt im strukturellen Anpassungsprozess*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 3, Baden-Baden, 105-140.

Velling, J. und F. Pfeiffer (1997), *Arbeitslosigkeit, inadäquate Beschäftigung, Berufswechsel und Erwerbsbeteiligung*, ZEW Dokumentation Nr. 97-02, Mannheim.

Wachstum, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Auftraggeber:

Bundesministerium für Wirtschaft

Beteiligte Forschungsbereiche:

Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement

Unternehmensbesteuerung und

Öffentliche Finanzwirtschaft

Projektteam:

Dr. Herbert S. Buscher

Martin Falk

Dr. Klaus Göggelmann

Johannes Ludsteck

Dr. Viktor Steiner (Leiter)

Dr. Thomas Zwick

Die vermeintliche Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung (Okun-Relation) wird in der wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Diskussion als Argument für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen europäischen Ländern angeführt. Im Rahmen des Projekts wurde untersucht, ob die für das frühere Bundesgebiet geschätzten Zusammenhänge zwischen Wachstum und Beschäftigung auch nach der Wiedervereinigung stabil geblieben sind und unter welchen Modifikationen sie sich auf die neuen Bundesländer übertragen lassen. Dabei wurde auch die Rolle arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen für die Anpassungsprozesse in den neuen Bundesländern berücksichtigt. Die bisherigen Analysen weisen darauf hin, dass obige Zusammenhänge im Zeitablauf relativ stabil geblieben sind; die Beschäftigungswirksamkeit des Wachstums hat seit dem Ölpreisschock 1974 sogar zugenommen. Obwohl in den neuen Bundesländern ein beispielloser struktureller Umbruch erfolgt und die Wirtschaftsentwicklung von massiven Anpassungsprozessen überlagert ist, lassen sich auch dort eindeutig positive Beschäftigungswirkungen des Wirtschaftswachstums feststellen.

Zusätzlich wurden Analysen auf stärker disaggregierter Ebene (nach Wirtschaftssectoren bzw. Regierungsbezirken) durchgeführt, um weitere Einsichten über die Einflüsse struktureller Veränderungen (z. B. die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors) auf den Zusammenhang zwischen Wachstum und Beschäftigung zu erhalten. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Analyse struktureller Änderungen dieses Zu-

sammenhangs im Rahmen eines Ungleichgewichtsmodells, bei dem explizit zwischen verschiedenen makroökonomischen Regimes (Nachfrage- oder Angebotsbeschränkungen) unterschieden wird. Dabei wurden auch Aussagen zur Effizienz des Arbeitsmarktes bzw. zur Entwicklung des Mismatch und zu den Ursachen für diese Entwicklung (Qualifikation, regionale Unterschiede, friktionelle Arbeitslosigkeit) abgeleitet.

Laufzeit: September 1997 – September 1998

Ansprechpartner: Dr. Viktor Steiner
(Tel.: -151, E-Mail: steiner@zew.de)

Arbeitsmarkteffekte der EWU

Auftraggeber:

Deutsche Poststiftung

Beteiligte Forschungsbereiche:

Arbeitsmärkte, Personalmanagement
und Soziale Sicherung

Internationale Finanzmärkte und
Finanzmanagement

Unternehmensbesteuerung und

Öffentliche Finanzwirtschaft

Projektteam:

Dr. Bernhard Boockmann

Dr. Herbert S. Buscher

Dr. Thiess Büttner

Prof. Dr. Wolfgang Franz (Leiter)

Dr. Friedrich Heinemann

Charlotte Lauer

Dr. Patrick A. Puhani

Dr. Viktor Steiner

Claudia Stirböck

Ziel des Projektes war es, die Konsequenzen der Einführung des Euro für Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Europa festzustellen. Mit dem Wegfall der nationalen Wechselkurse wurden Wechselkursschwankungen und -risiken im Bereich der EWU ausgeschlossen. Empirisch konnte im Projekt bestätigt werden, dass die Wechselkursvolatilität in der Vergangenheit einen negativen

Effekt auf die Beschäftigung ausgeübt hat.

Problematisch ist nun aber, dass mit dem Euro sowohl der flexible Wechselkurs als auch die nationale Geldpolitik als Anpassungsinstrumente zum Ausgleich konvergierender wirtschaftlicher Entwicklungen weggefallen sind. Zum einen zeigte sich jedoch, dass länderspezifische Störungen in den Kernländern eine deutlich niedrigere Bedeutung haben als gemeinsame Störungen, sodass der länderübergreifende Einsatz der monetären Instrumente ein angemessenes Instrument sein kann. Zum anderen ergaben empirische Untersuchungen der Wirkung der monetären Instrumente in der Vergangenheit, dass Zinsänderungen im Allgemeinen einen positiven Beitrag zum Ausgleich divergierender Entwicklungen leisteten, Wechselkursanpassungen jedoch uneinheitlich wirkten. In den Kernländern der EWU wirkten die Instrumente seit dem Ende der Achtzigerjahre jedoch gar nicht mehr oder kaum als „shock absorber“, sodass die Aufgabe dieser Instrumente in den Kernländern auch keinen bedeutenden wirtschaftspolitischen Verlust darstellt.

Außerdem zeigte sich in empirischen Analysen, dass in der Währungsunion als alternative regionale Ausgleichsmechanismen sowohl eine gesteigerte Mobilität von Kapital als auch eine moderatere Lohnpolitik zu erwarten sind. Die Arbeitskräftemobilität ist allerdings nach wie vor als gering einzustufen. Auch der Finanzausgleich weist einen quantitativ eher geringen Beitrag zur Stabilisierung auf und ist außerdem mit Fehlanreizen verbunden. Eine gesteigerte Bedeutung wird also vor allem der Arbeitsmarkt- bzw. Lohnflexibilisierung sowie der Kapitalmobilität zukommen.

Laufzeit: Januar 1998 – Januar 1999

Ansprechpartner: Dr. Herbert S. Buscher

(Tel.: -135, E-Mail : buscher@zew.de)

Veröffentlichungen:

Boockmann, B. (1999), *Trade Union Strategies and Labour Market Outcomes under EMU*, mimeo, Mannheim.

Büttner, T. (1999), *Regional Stabilization by Fiscal Equalization? Theoretical Considerations and Empirical Evidence from Germany*, ZEW Discussion Paper No. 99-23, Mannheim.

Buscher, H. S. (1999), *Business Cycles in EU Member States*, ZEW Discussion Paper No. 99-16, Mannheim.

Lauer, C. (1999), *The Effects of European Economic and Monetary Union on Wage Behaviour*, IZA Discussion Paper No. 36, Bonn.

Müller, C. and H. S. Buscher (1999), *The Impact of Monetary Instruments on Shock Absorption in EU-Countries*, ZEW Discussion Paper No. 99-15, Mannheim.

Puhani, P. A. (1999), *Labour Mobility – An Adjustment Mechanism in Euroland?*, IZA Discussion Paper No. 34, Bonn.

Stirböck, C. and H. S. Buscher (1999), *Exchange Rate Volatility Effects on the German Labour Market*, mimeo, Mannheim.

Stirböck, C. and F. Heinemann (1999), *Capital Mobility within EMU*, ZEW Discussion Paper No. 99-19, Mannheim.

Beteiligungskapital und technologieorientierte Existenzgründungen

Auftraggeber:

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Beteiligte Forschungsbereiche:

Industrieökonomik und

Internationale Unternehmensführung

Öffentliche Finanzwirtschaft und

Unternehmensbesteuerung

Internationale Finanzmärkte und

Finanzmanagement

Projektteam:

Tobias H. Eckerle

Dr. Vera Lessat (Leitung)

Dr. Georg Licht

Dr. Eric Nerlinger

Dr. Max Steiger

Dr. Fabian Steil

Kooperationspartner:

Joachim Hemer, Dr. Marianne Kulicke, Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (FhG-ISI), Karlsruhe

Insbesondere in jungen Hochtechnologiebranchen wie der Biotechnologie, der Informationstechnik oder den Telekommunikationsdienstleistungen kommt den Unternehmensgründungen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in marktgängige Produkte und Prozesse zu. Ebenso wie in anderen europäischen Ländern war in den Jahren 1997 und 1998 ein rasantes Wachstum der Investitionen von Wagniskapitalfonds in neue Unternehmen zu verzeichnen. Diese explosionsartige Entwicklung löste eine Phase des konstanten Anstiegs der Wagniskapitalinvestitionen seit Beginn der Neunzigerjahre ab. Die Bundesregierung und einzelne Bundesländer haben in den Neunzigerjahren erhebliche Anstrengungen zur Stimulierung des Wagniskapitalmarkts unternommen. Vor diesem Hintergrund beauftragte das BMWi das ZEW und das FhG-ISI, die Entwicklung der Gründungsaktivitäten in Hochtechnologiebranchen und die Rolle der Wagniskapitalfinanzierung zu untersuchen und Perspektiven für die weitere Entwicklung aufzuzeigen.

Für die positive Entwicklung des deutschen Wagniskapitalmarktes lassen sich mehrere Ursachen ausmachen: Die Entstehung liquider Börsensegmente für junge und wachstumsstarke Unternehmen bietet den Venture-Capital-Investoren heute attraktive Möglichkeiten, aus einer zuvor eingegangenen Beteiligung auch wieder – mit einer entsprechenden Rendite – auszusteigen. Die Entwicklung des Neuen Markts war eine wichtige Voraussetzung für die stürmische Entwicklung des Venture-Capital-Markts in Deutschland. Dadurch profitierten auch die Anlagen in noch nicht börsennotierten Unternehmen von der boomenden Börse.

Die Abschaffung der Vermögensteuer in Deutschland kam gerade rechtzeitig, um die

einsetzende Dynamik des deutschen Beteiligungsmarkts zu unterstützen. Die Förderprogramme des Bundes und der Länder hatten ebenfalls eine stimulierende Wirkung auf die Entwicklung des Wagniskapitalmarktes in den Neunzigerjahren.

Fallende Renditen alternativer Anlagen wie beispielsweise im Immobilienbereich machten die Anlage von Kapital bei Beteiligungskapitalgesellschaften attraktiver. Die zunehmende Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die den Anlagemöglichkeiten in Venture-Capital-Fonds zuteil wurde, und die in der Vergangenheit erzielten hohen Renditen einiger Venture-Capital-Fonds stimulierten die Entwicklung zusätzlich.

Unternehmensgründungen in Hochtechnologiebranchen stellen aber eine recht heterogene Gruppe dar. Nur eine vergleichsweise kleine Anzahl von Unternehmen hat die häufig unterstellten ambitionierten Wachstumsziele. Die Mehrzahl der Unternehmensgründungen entspricht nicht den hochgesteckten Erwartungen in das zukünftige Wachstum und genügt daher den Ansprüchen von renditeorientierten Wagniskapitalfonds nur mit Einschränkungen.

Die Angebotsseite des deutschen Wagniskapitalmarktes hat sich in den letzten Jahren stärker ausdifferenziert. Das Spektrum reicht von „klassischen“ renditeorientierten Venture-Capital-Gesellschaften über (halb-)öffentliche Venture-Capital-Gesellschaften bis hin zu Privatinvestoren. Staatliche Programme spielen eine wichtige Rolle für die Gründungsfinanzierung durch Venture-Capital-Gesellschaften. Angesichts der rasanten Entwicklung sollte in Zukunft die staatliche Unterstützung stufenweise zurückgeführt werden und stärker auf Unternehmen mit einem ex ante eher geringen Wachstumspotenzial ausgerichtet werden. Des Weiteren sind Verbesserungen der Rahmenbedingungen angeraten, die den Mittelzufluss in Venture-Capital-Fonds stimulieren (z. B. Stimulierung des Engagements von

Pensionsfonds, Reform der Unternehmensbesteuerung, sofortiger Verlustausgleich für junge Unternehmen), die die Gründungsneigung erhöhen und die Möglichkeit der jungen Unternehmen zur Gewinnung erfahrenen, qualifizierten Personals verbessern.

Laufzeit: Februar 1998 – Dezember 1998

Ansprechpartner: Dr. Georg Licht
(Tel.: -194, E-Mail: licht@zew.de)

Veröffentlichung:

Lessat, V., J. Hemer, T. Eckerle, M. Kulicke, G. Licht, E. Nerlinger, F. Steil und M. Steiger (1999), *Beteiligungskapital und technologieorientierte Unternehmensgründungen. Markt – Finanzierung – Rahmenbedingungen*, Wiesbaden.

Erwartungen bezüglich des künftigen Return on Investment auf Basis von Zeitreihenanalysen

Auftraggeber:

Westdeutsche Landesbank Girozentrale (WestLB)

Beteiligte Forschungsbereiche:

Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement
Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Projektteam:

Dr. Herbert S. Buscher

Erik Lüders,

ZEW und Universität Konstanz

Dr. Michael Schröder (Leiter)

Aufgabe des Projektes war die Ermittlung von Erwartungen bezüglich der langfristigen Entwicklung des Return on Investment von deutschen Bankaktien.

Laufzeit: September 1999 – Oktober 1999

Ansprechpartner: Dr. Michael Schröder
(Tel.: -140, E-Mail: schroeder@zew.de)

Temporäre Arbeitsgruppen

Makroökonomisches Ungleichgewichtsmodell

Beteiligte Forschungsbereiche:
Arbeitsmärkte, Personalmanagement
und Soziale Sicherung
Unternehmensbesteuerung und
Öffentliche Finanzwirtschaft
Projektteam:

Dr. Herbert S. Buscher (Leiter)
Dr. Klaus Göggelmann
Daniel Radowski
Dr. Peter Winker,
Universität Mannheim

Das ZEW verfügt über ein makroökonomisches Modell für die Bundesrepublik Deutschland („Konstanzer Ungleichgewichtsmodell“), welches basierend auf der neokeynesianischen Theorie die Analyse ökonomischer Prozesse sowie die Klassifizierung spezifischer Rationierungsschemata (Regime) auf dem Arbeits- und Gütermarkt ermöglicht. Die Vorteile dieses Modells liegen zum einen in seiner Mikrofundierung. Zum anderen wird eine grundsätzliche Festlegung auf eine entweder angebots- oder nachfrageorientierte Politik, wie sie in den bisher vorliegenden empirischen Modellen gegeben ist, vermieden. Das Modell besteht aus dem aggregierten Arbeits- und Gütermarkt, dem Staatssektor, dem Kreditmarkt und einer Zentralbankgleichung. Sein Zweck ist es, wirtschaftspolitisch relevante Simulationen durchzuführen und zu bewerten.

Um genauere Aussagen über die Wirkungen einzelner wirtschaftspolitischer Instrumente insbesondere im Zusammenhang mit unterschiedlichen Regimen auf dem Arbeitsmarkt machen zu können, wurde der Staatssektor verfeinert. Die Erweiterung bezog sich dabei auf eine Disaggregation sowohl der staatlichen Einnahmen als auch der Ausgaben. Zusätzlich wurde eine Reaktionsfunk-

tion für die Geldpolitik geschätzt, mit der das Zusammenwirken von Geld- und Fiskalpolitik im Rahmen von wirtschaftspolitischen Simulationen abgebildet wird.

Bisher erfasste das Modell nur die westdeutsche Volkswirtschaft. Den Forschungsschwerpunkt des vergangenen Jahres bildete die Modellierung des Übergangs von der westdeutschen zur gesamtdeutschen Volkswirtschaft im Zuge der Wiedervereinigung, schwerpunktmäßig auf dem Arbeits- und Gütermarkt. Derzeit wird an der Integration des Staatssektors und der Zentralbank gearbeitet. Zukünftige Forschungsschwerpunkte bilden die Modellierung internationaler Spillovers und Rückkopplungseffekte auf den europäischen Märkten, der Ausbau der Angebotsseite, die Verfeinerung des Arbeitsmarktes sowie die Durchführung wirtschaftspolitischer Simulationen.

Laufzeit: Juni 1998 – Mai 2000

Ansprechpartner: Daniel Radowski
(Tel.: -296, E-Mail: radowski@zew.de)

Veröffentlichungen:

Göggelmann, Klaus (1999), *Fiskal- und geldpolitische Wirkungen in einem makroökonomischen Ungleichgewichtsmodell*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 40, Baden-Baden.

Radowski, D., W. Smolny and P. Winker (1999), *Investment and Employment Adjustment after Unification: Some Results from a Macroeconometric Disequilibrium Model*, ZEW Discussion Paper No. 99-56, Mannheim.

Winker, P., W. Smolny and D. Radowski (1999), *Modeling German Unification in a Disequilibrium Framework*, ZEW Discussion Paper No. 99-61, Mannheim.

Abgeschlossene temporäre Arbeitsgruppen

Makroökonomie und -ökonometrie

Beteiligte Forschungsbereiche:
Arbeitsmärkte, Personalmanagement
und Soziale Sicherung

Internationale Finanzmärkte und
Finanzmanagement

Unternehmensbesteuerung und
Öffentliche Finanzwirtschaft

Umwelt- und Ressourcenökonomik,
Umweltmanagement

Projektteam:

Dr. Herbert S. Buscher (Leiter)

Hermann Buslei

Dr. Klaus Göggelmann

Henrike Koschel

Daniel Radowski

Fred Ramb

Dr. Tobias F. N. Schmidt

Dr. Viktor Steiner

Dr. Peter Winker,

Universität Mannheim

Die temporäre Arbeitsgruppe „Makroökonomie und -ökonometrie“ konstituierte sich, um die am ZEW angewandten makroökonomischen und -ökonometrischen Modelle untereinander zu vergleichen und um zu überprüfen, ob bei einer Simulationsstudie die einzelnen Modelle zu einem tendenziell gleichen Ergebnis gelangen. Für die Simulation wurde unterstellt, dass die Sozialbeiträge um vier Prozentpunkte gesenkt werden, wobei für das erste Jahr der Absenkung eine Gegenfinanzierung in gleicher Größenordnung durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer unterstellt wurde. Alternativ wurde eine Erhöhung der indirekten Steuern unterstellt. Modelle, die entweder nur das Unternehmen oder nur den Arbeitnehmer abbilden, wurden mit einer entsprechend geringen Beitragssenkung simuliert. Ist modell-

mäßig keine Gegenfinanzierung erfassbar, dann wird einzig der Effekt der verringerten Beitragssätze untersucht.

Gegenstand der Überprüfung waren das Konstanzer makroökonomische Ungleichgewichtsmodell, das allgemeine Gleichgewichtsmodell GEM-E3 aus dem Bereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement, ein hochaggregiertes Modell des Arbeitsmarktes, ein internationales Intergenerationenmodell zur Erfassung der Rentenentwicklung und der European Tax Analyzer.

Die Ergebnisse dieser Studie erschienen als ZEW Discussion Paper. In einem weiteren Schritt wurden Vorschläge unterbreitet, wie einerseits die vorhandenen Modelle gepflegt und weiterentwickelt und welche forschungsbereichsübergreifenden makroökonomischen Fragestellungen mit Hilfe der Modelle aufgegriffen werden sollten.

In Zukunft werden makroökonomische Forschungsschwerpunkte verstärkt auf eine gesamteuropäische Sichtweise ausgerichtet. Hierzu dienen die Modelle als Grundlage für empirische Studien über wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Laufzeit: Juni 1997 – Dezember 1999

Ansprechpartner: Dr. Herbert S. Buscher,
(Tel.: -135, E-Mail: buscher@zew.de)

Veröffentlichung:

Buscher, H. S., H. Buslei, K. Göggelmann, H. Koschel, F. Ramb, T.F.N.Schmidt, V. Steiner and P. Winker (1998), *Empirical Macromodels Under Test – A Comparative Study of a Revenue Neutral Cut in Social Security Contributions*, ZEW Discussion Paper No. 98-40, Mannheim.

Selbstständigkeit und Unternehmensgründungen in Europa

Beteiligte Forschungsbereiche:
Arbeitsmärkte, Personalmanagement
und Soziale Sicherung

Industrieökonomik und
Internationale Unternehmensführung
Projektteam:

Dr. Vera Lessat

Dr. Georg Licht

Dr. Eric Nerlinger

Dr. Friedhelm Pfeiffer (Leiter)

Frank Reize

Die 22,4 Millionen Selbstständigen in der Europäischen Union gelten als Hoffnungsträger für Arbeitsplätze, Wachstum und Innovationen. Mit einer verstärkten Kultur der Selbstständigkeit sollen noch nicht ausgeschöpfte Beschäftigungspotenziale erschlossen werden. In vielen Ländern Europas hat die Selbstständigkeit, ähnlich wie in der Bundesrepublik, in den letzten 10 bis 20 Jahren zugenommen. Die Selbstständigenquote in Europa liegt derzeit bei etwa 15% und hat sich in den letzten fünf Jahren nur wenig verändert. Dabei gibt es innerhalb Europas erhebliche Unterschiede. Höhere Selbstständigquoten als Deutschland weisen Belgien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Schweden auf, niedrigere in Europa nur Dänemark.

Die Zunahme der Selbstständigkeit ist zum Teil die Folge des tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandels von der Industriegesellschaft hin zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, zum Teil die Folge der Deregulierung von Staatsaufgaben und zum Teil auch die Folge der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit. Eine Ausweitung der Selbstständigenquote, die vielfach von der Politik gefordert wird, kann allerdings für sich genommen nicht als sinnvolles Ziel der Wirtschaftspolitik angesehen werden. Nimmt beispielsweise die Zahl der Arbeitnehmer bei konstanter Zahl der Selbstständigen ab, dann steigt die Quote. In Deutschland ist die Selbstständigenquote zwischen 1993 und 1998 von 10,1 % auf 10,8 % gestiegen. Die Hälfte dieses Anstiegs ist allerdings auf den Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer um eine Million zurückzuführen, ein wirtschafts-

politisch kaum wünschenswerter Zustand. Ferner muss beachtet werden, dass der Anteil der Selbstständigen ohne weitere Beschäftigte stark zugenommen hat, in der Bundesrepublik von 45 % im Jahre 1991 auf 50% im Jahre 1998. Europaweit haben sogar 63 % der Selbstständigen keine weiteren Beschäftigten.

Laufzeit: Oktober 1997 – Juli 1999

Ansprechpartner: Dr. Friedhelm Pfeiffer

(Tel: -150, E-Mail: pfeiffer@zew.de)

Veröffentlichungen:

Pfeiffer, F. (1999), Tätigkeitsspektrum und Verdienst von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, in: Lüttinger, P. (Hrsg.), *Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus*, ZUMA-Nachrichten Spezial Band 6, Mannheim.

Pfeiffer, F. (1999), Selbstständige: Stabilisierung in Europa, *EUMagazin* (5), 36.

Pfeiffer, F. (1998), Existenzgründer in Europa, in: Karle, R. (Hrsg.), *So werden sie selbstständig. Karriere, Köpfe und Konzepte*, Stuttgart, 30-37.

Pfeiffer, F. (1997), Existenzgründer in Europa. Immer mehr Selbstständige bei hoher Arbeitslosigkeit, *EUMagazin* (12), 32-34.

Pfeiffer, F. und M. Falk (1999), *Der Faktor Humankapital in der Volkswirtschaft – Berufliche Spezialisierung und technologische Leistungsfähigkeit*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 35, Baden-Baden.

Arbeit und Umwelt – Strategie für eine beschäftigungsorientierte Förderung von Umweltschutztechniken am Beispiel des Rhein-Neckar-Dreiecks

Auftraggeber:

Beschäftigungsinitiative Rhein-Neckar

Beteiligte Forschungsbereiche:

Umwelt- und Ressourcenökonomik,

Umweltmanagement

Industrieökonomik und

Internationale Unternehmensführung

Projektteam:

Jürgen Egeln
Dr. Klaus Rennings

Laufzeit: März 1999 – April 1999
Ansprechpartner: Dr. Klaus Rennings,
(Tel.: -207, E-Mail: rennings@zew.de)

Standen zu Beginn der Neunzigerjahre langfristige Ziele der Sicherung ökologischer Stabilität im Mittelpunkt des gesellschaftlichen Interesses, so gilt derzeit das kurzfristige Ziel der Beseitigung der Arbeitslosigkeit als wichtigste politische Aufgabe. Entsprechend wird auch in der Umweltpolitik neben dem primären ökologischen Nutzen zunehmend ihr sekundärer ökonomischer Nutzen, vor allem bezüglich der Beschäftigungswirkungen, gesucht (Stichwort „doppelte Dividende“).

Im Rahmen der Untersuchung wurden auf der Basis einer Auswertung neuester empirischer Studien zum Themenbereich "Beschäftigungswirkungen von Umweltschutztechnik" Eckpunkte einer Beschäftigungsstrategie für den Bereich Umweltschutztechnik entwickelt. Konkret wurde dabei untersucht, wie in der Region Rhein-Neckar und in Heidelberg Unternehmen im Bereich Umweltschutztechnik beschäftigungsorientiert gefördert werden können. Bei der Beantwortung dieser Frage wurden insbesondere die folgenden Aspekte berücksichtigt:

- ▷ Merkmale von umweltinnovativen Unternehmen im Vergleich zu anderen Innovatoren.
- ▷ Unterschiede erfolgreich und weniger erfolgreich am Markt agierender Betriebe, die in der Umwelttechnik innovativ sind.
- ▷ Beschäftigungspotenziale von Umweltschutzbetrieben, die sich durch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit auszeichnen.
- ▷ Allgemeine strategische Schlussfolgerungen für die Region Rhein-Neckar und für Heidelberg.
- ▷ Regionalspezifische Anforderungen an eine beschäftigungsorientierte Förderung umweltorientierter Betriebe in der Region Rhein-Neckar und in Heidelberg.
- ▷ Komparative Vorteile des Rhein-Neckar-Dreiecks auf Umweltschutzmärkten.

Berichte aus den Servicebereichen

1998/99

Jahresbericht

Servicebereich Information und Kommunikation

Der Servicebereich Information und Kommunikation ist eine wichtige Schnittstelle zwischen Forschung und Öffentlichkeit. Ziel des Bereichs ist es, Forschungsergebnisse aus dem ZEW an Unternehmen weiterzugeben, sie für die wirtschaftspolitische Beratung und für die Öffentlichkeit nutzbar zu machen und den Dialog mit wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen zu fördern. Darüber hinaus unterstützt er die Arbeit der Forschungsbereiche sowie anderer Bereiche des ZEW durch vielfältige Dienstleistungen.

Die Aktivitäten des Servicebereichs sind organisatorisch in den folgenden Tätigkeitsschwerpunkten zusammengefasst:

- ▷ Informationsdienste/
Öffentlichkeitsarbeit,
- ▷ Konjunktur- und Brancheninformation,
- ▷ Mediendesign und Vertrieb,
- ▷ EDV-Service,
- ▷ Bibliothek.

I. Informationsdienste/ Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich Informationsdienste/Öffentlichkeitsarbeit unterstützt die Vermittlung der Forschungsergebnisse an spezifische Zielgruppen wie auch an die interessierte Öffentlichkeit, indem er:

- ▷ Kontakte knüpft, pflegt und gezielt vermittelt,
- ▷ Anfragen von Unternehmen, Behörden, Forschungseinrichtungen und anderen beantwortet,
- ▷ aktive Pressearbeit betreibt,
- ▷ die Erstellung einer Reihe von ZEW-Medien koordiniert und diese

redaktionell betreut,

- ▷ Texte editiert,
- ▷ Presseseminare organisiert,
- ▷ öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen des ZEW betreut,
- ▷ das ZEW, seine Forschungsarbeit und sein Weiterbildungsangebot auf externen Tagungen und Konferenzen präsentiert,
- ▷ Pflege von Adressverteilern.

In enger Zusammenarbeit mit den Forschungsbereichen wird vom Bereich Informationsdienste/Öffentlichkeitsarbeit ein sorgfältig konzipiertes Angebot an Informationsdiensten in Form von Publikationen und elektronischen Diensten bereitgestellt. In der Öffentlichkeitsarbeit stehen insbesondere die Pressearbeit (zum Beispiel Herstellung von Kontakten zwischen Medien und Mitarbeitern des Hauses, das Aufbereiten wissenschaftlicher Beiträge für die Presse), die Beantwortung von Anfragen, die öffentlichkeitswirksame Begleitung von Veranstaltungen des ZEW, der Besuch von Messen und Tagungen zur öffentlichkeitswirksamen Präsentation des ZEW und die Betreuung in- und ausländischer Delegationen und Gäste im Rahmen von Informationsbesuchen am ZEW im Mittelpunkt.

Die vom Bereich organisierten Presseseminare richten sich vor allem an die Mitarbeiter in den Forschungsbereichen des ZEW. Ihnen sollen in diesen Seminaren grundlegende Kenntnisse für eine verständliche Aufbereitung von Informationen für Zeitungen und Zeitschriften vermittelt werden. So soll dafür Sorge getragen werden, dass die am ZEW erarbeiteten Forschungsergebnisse auch der Öffentlichkeit, die diese Forschung finanziert, zugänglich gemacht werden.

Publikationen

Das Spektrum der ZEW-Publikationen ist nach potenziellen Zielgruppen differenziert. Es reicht von Schriftenreihen und Discussion Papers zum Austausch mit der wissenschaftlichen Fachwelt über monatlich, vierteljährlich oder jährlich erscheinende Informationsblätter zu aktuellen Forschungs- und Umfrageergebnissen des ZEW (ZEWnews, ZEWnews English edition, ZEW Konjunkturreport, ZEW Branchenreport Dienstleistungen, ZEW Branchenreport Innovationen, ZEW Finanzmarktreport) bis zum EUmagazin, das eine breite, an Wirtschaft und Politik in der Europäischen Union interessierte Öffentlichkeit anspricht. Darüber hinaus aktualisiert der Bereich regelmäßig die deutsche und englische Fassung der ZEW-Kurzinformation, die externe Interessenten über Arbeit und Forschungsschwerpunkte des ZEW informiert, und ist für die redaktionelle Betreuung des Jahresberichts verantwortlich.

Die bereits Anfang 1998 begonnene Überarbeitung des Lay-outs des EUmagazins wurde auch im Geschäftsjahr 1998/1999 fortgesetzt. Insbesondere die Standardseiten „Konjunktur aktuell“, „Steuern international“ und „Umwelt international“ wurden optisch noch interessanter und leserfreundlicher aufgebaut. In die Neugestaltung einbezogen war der Bereich Mediendesign und Vertrieb, der auch im Jahr 2000 weitere Verbesserungen für das Lay-out des EUmagazins erarbeiten wird.

Aufgrund der zahlreichen internationalen Kontakte und des gewachsenen Bekanntheitsgrads auch im Ausland ist es notwendig, verstärkt englischsprachige Informationen über das ZEW und seine Forschungsergebnisse bereitzustellen. Aus diesem Grund gibt das ZEW seit Ende 1998 viermal im Jahr die ZEWnews English edition heraus, die vor allem an Wissenschaftler in der Europäischen Union und in Nordamerika verschickt wird.

Der wachsenden Bedeutung des Internet wurde dadurch Rechnung getragen, dass im

Berichtszeitraum das Angebot des ZEW an englischsprachigen Internetseiten erheblich erweitert wurde.

Das Angebot an Publikationen des ZEW gestaltet sich wie folgt:

Schriftenreihen

▷ ZEW Wirtschaftsanalysen

Die Reihe konzentriert sich auf wirtschaftstheoretisch und wirtschaftspolitisch relevante Fragen, die sich aus den Forschungsschwerpunkten des ZEW ergeben. Ergebnisse aus der Projektarbeit, aber auch Dissertationen von ZEW-Mitarbeitern werden einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In Sammelbänden und Konferenzbänden werden Diskussionsbeiträge von Angehörigen des ZEW und von externen Wirtschaftswissenschaftlern sowie gelegentlich von Vertretern anderer Disziplinen zu aktuellen Themen vorgestellt. Adressaten der Schriftenreihe sind Unternehmen und Verbände, Behörden und wissenschaftliche Einrichtungen. Im Berichtszeitraum hat das ZEW 13 Bände in dieser Schriftenreihe neu herausgegeben.

Die Bände der ZEW Wirtschaftsanalysen können sowohl im Buchhandel als auch online über einen Link auf der ZEW-Internetseite direkt beim Nomos-Verlag, Baden-Baden, bestellt werden (siehe www.zew.de – „Publikationen“).

▷ ZEW Economic Studies

Mit der englischsprachigen Reihe soll ein internationales Publikum angesprochen werden. Sie behandelt aktuelle wirtschaftliche Problemstellungen, die von Interesse sind für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung, für Fach- und Führungskräfte in der Wirtschaft und in internationalen Organisationen sowie für politische Entscheider. Die im Berichtszeitraum erschienenen vier Bände befassen sich mit der Problematik der um-

weltbedingten Klimaveränderungen und mit Arbeitsmarktthemen. Für das Jahr 2000 sind unter anderem Titel zu umweltgerechter Mobilität oder innovationsorientierter Umweltgesetzgebung, zur technologischen Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, zur Internationalisierung von jungen Unternehmen und zur aktiven Arbeitsmarktpolitik geplant. Die ZEW Economic Studies erscheinen im Physica-Verlag, Heidelberg, einem Unternehmen des Springer-Verlags.

Die ZEW Economic Studies können außer im Buchhandel auch online über einen Link auf der ZEW-Internetseite direkt beim Springer/Physica-Verlag bestellt werden (siehe www.zew.de – „Publikationen“).

- ▷ Umwelt- und Ressourcenökonomie/
Environmental and Resource Economics
Die Monographien zur Umwelt- und Ressourcenökonomie richten sich an Wissenschaftler, Praktiker in Unternehmen, Mitarbeiter von Behörden sowie die interessierte Öffentlichkeit. Veröffentlicht werden Berichte von Fachtagungen und aktuelle Forschungsergebnisse des Bereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik des ZEW. Die Forschungsarbeiten sind interdisziplinär angelegt und orientieren sich an relevanten umweltpolitischen Fragestellungen. Inhaltlich soll die Reihe zur Weiterentwicklung der umweltökonomischen Forschung in Richtung auf das Ziel einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung (Sustainability) beitragen. Gleichzeitig stellt sie praxisnahe Konzepte zur Umsetzung einer nachhaltigen Wirtschaftsweise vor.

Die Reihe erscheint im Physica-Verlag, Heidelberg, einem Unternehmen des Springer-Verlags. Seit August 1998 sind in dieser Reihe weitere fünf Bände erschienen.

Die Bücher können außer im Buchhandel auch über einen Link auf der ZEW-Internetseite direkt beim Verlag bestellt werden (siehe www.zew.de – „Publikationen“).

Informationen zu sämtlichen in den Schriftenreihen des ZEW bisher erschienenen Titeln sind im Internet abrufbar unter www.zew.de „Publikationen“.

Wissenschaftliche Papers

▷ ZEW Discussion Papers

Mit diesen Beiträgen, die überwiegend in Englisch verfasst sind, beteiligen sich die Forscher des ZEW an wissenschaftlichen Fachdebatten. Die Publikationen enthalten vorläufige Beiträge, die zur Veröffentlichung in Fachzeitschriften vorgesehen sind. Die Discussion Papers können direkt beim ZEW bestellt beziehungsweise über den Internet-Service abgerufen werden (www.zew.de) und richten sich an nationale und internationale Zielgruppen. Im Berichtszeitraum sind 84 ZEW Discussion Papers erschienen.

▷ ZEW Dokumentationen

Die Dokumentationen beinhalten deskriptive Beiträge zu ausgewählten Themenbereichen, die sowohl für die Fachwelt als auch für Interessenten aus Wirtschaft und Politik Relevanz besitzen, jedoch nicht zur Veröffentlichung in Fachzeitschriften vorgesehen sind. Dies sind unter anderem Literaturzusammenfassungen, Beschreibungen von Datensätzen oder Darstellungen von in der Forschung eingesetzten Methoden. Dokumentationen können beim ZEW direkt angefordert werden. Im Berichtszeitraum sind sieben ZEW Dokumentationen veröffentlicht worden.

Printmedien für die breite Öffentlichkeit/
Veröffentlichung von Umfrageergebnissen

▷ EUmagazin

Das EUmagazin ist eine unabhängige Zeitschrift, die sich speziell mit den Themenbereichen Wirtschaft und Politik in der Euro-

päischen Union befasst. Sie erscheint zehnmal jährlich mit einer Auflage von 29.500 Exemplaren und wird gemeinsam mit der Nomos Verlagsgesellschaft in Baden-Baden herausgegeben. In jeder Ausgabe werden aktuelle Forschungsergebnisse des ZEW journalistisch aufbereitet und auf diese Weise sowohl Fachkreisen als auch der interessierten Öffentlichkeit nahegebracht. Darüber hinaus wird die Konjunkturentwicklung in ausgewählten EU-Ländern sowie osteuropäischen Kandidatenländern analysiert.

▷ ZEWnews

Die ZEWnews geben einen Überblick über aktuelle wirtschaftswissenschaftliche Forschungsergebnisse, berichten über Veranstaltungen und Seminare, stellen neue Publikationen vor und informieren über Veranstaltungstermine des ZEW. Die Informationsschrift erscheint zehnmal jährlich und wird kostenlos an Ministerien, Verbände, Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen und die Presse abgegeben.

Die englischsprachige Ausgabe ZEWnews English edition erscheint vierteljährlich und informiert Kooperationspartner, Forschungseinrichtungen, wirtschaftswissenschaftliche Institute von Hochschulen, internationale Konzerne sowie private und staatliche Institutionen im europäischen Ausland und den USA über die Forschungsarbeit des ZEW.

▷ ZEW Konjunkturreport

Der vierteljährlich erscheinende Konjunkturreport vermittelt Erkenntnisse der ZEW-Forschung vor allem im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Fragestellungen. Die vornehmlich analytischen Beiträge setzen deutliche Akzente auf europäische Themen, wobei allerdings auch die nationale Entwicklung nicht zu kurz kommt. Es werden regelmäßig Konjunkturprognosen anderer Institutionen kommentiert und gesamtwirtschaftliche Prognosen ausländischer Partner über die Entwicklung in ausgewählten EU-Staaten publiziert.

▷ ZEW Finanzmarktreport

Seit 1991 werden im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests monatlich rund 400 Experten von Banken, Versicherungen und Finanzabteilungen ausgewählter Großunternehmen nach ihren Einschätzungen und Prognosen wichtiger internationaler Finanzmarktdaten befragt. Die Ergebnisse werden im Finanzmarktreport und als Kurzversion auch im Internet veröffentlicht. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Umfrage regelmäßig über die Presse in Form von Indikatoren und Prognosen weitergegeben. Der G-Mind (German Market Indicator) sowie der ECB-Watch, ein Indikator für die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank, werden über vwd (Vereinigte Wirtschaftsdienste GmbH) verbreitet. Der Informationsdienst Reuters veröffentlicht die aggregierten Umfrageergebnisse ebenfalls.

▷ ZEW Branchenreport Dienstleistungen

Gemeinsam mit der Kreditauskunftei Creditreform führt das ZEW seit 1994 alle drei Monate eine Umfrage bei rund 1.100 Unternehmen aus zehn unternehmensnahen Dienstleistungsbranchen durch. Die Unternehmen geben Auskunft über Umsatz, Nachfrage, Preise, Erträge und Beschäftigungslage für das laufende und das kommende Quartal. Außerdem werden Fragen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen gestellt. Die Ergebnisse der Umfrage werden im ZEW Branchenreport Dienstleistungen veröffentlicht und an die teilnehmenden Unternehmen sowie an Interessenten sowohl in gedruckter Form als auch über das Internet weitergegeben. Im Handelsblatt, der Zeitschrift „Impulse“ sowie in Fachmagazinen wird regelmäßig über die Ergebnisse der Umfrage sowie über die Sonderauswertungen berichtet.

Für die Nachrichtenagentur vwd wurde auf der Basis der Umfragedaten sowie der Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der „Service Sentiment Indicator“ entwickelt. Dieser Konjunkturklimaindikator macht es

möglich, die konjunkturelle Lage des Wirtschaftssektors der unternehmensnahen Dienstleistungen zu erfassen. Seine Ergebnisse werden viermal im Jahr veröffentlicht.

▷ ZEW Branchenreport Innovationen

Seit 1993 untersucht das ZEW jährlich das Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft. Auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung von mehr als 5.000 Unternehmen des produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors werden die Aufwendungen der Betriebe für Innovationen sowie für Forschung und Entwicklung analysiert. Außerdem werden die wirtschaftlichen Effekte von Innovationen und die Kostenstruktur der Betriebe analysiert. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in 19 Branchenreports veröffentlicht, die unter anderem an die teilnehmenden Unternehmen kostenlos abgegeben werden.

An der Erstellung der vorab genannten Publikationen ist der Bereich Informationsdienste/Öffentlichkeitsarbeit in unterschiedlich starkem Maße beteiligt. Besonders intensiv ist die Beteiligung am EUmagazin und den deutsch- und englischsprachigen ZEW-news, für die der Bereich die redaktionelle Verantwortung trägt und die er in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Forschungsbereiche sowie der Abteilung Mediendesign druckfertig produziert. Am Jahresbericht und an den Schriftenreihen des ZEW ist der Bereich ebenfalls beteiligt, wobei ihm hier vor allem das Lektorat obliegt. Darüber hinaus sorgt der Bereich für die Vermittlung der Ergebnisse aus den Umfragen des ZEW an die interessierte Öffentlichkeit und informiert in Pressemitteilungen über neue Publikationen im Rahmen der Schriftenreihen des ZEW sowie über ausgewählte Dokumentationen und Discussion Papers.

Elektronische Dienste

Datenbanken

Verschiedene am ZEW gehaltene Datenbestände stehen Wissenschaftlern an universitären und außeruniversitären Forschungsinstitutionen zu Forschungszwecken zur Verfügung. Auf die Datenbestände kann entweder extern oder intern am ZEW zugegriffen werden. Aus Datenschutzgründen werden die Daten nur in anonymisierter und verschlüsselter Form weitergegeben. Im externen Verfahren werden die Daten auf einer Diskette zugesandt. Für die interne Bearbeitung von Datenbeständen stellt das ZEW einen PC-Arbeitsplatz zur Verfügung. Die Weitergabe von Daten erfolgt zurzeit gegen Erstattung der anfallenden zusätzlichen Kosten.

Auf folgende Datenbanken kann zugegriffen werden:

▷ Mannheimer Innovationspanel (MIP) und Mannheimer Innovationspanel Dienstleistungen (MIP-DL)

Daten des MIP und des MIP-DL sind für rein wissenschaftliche Zwecke verschlüsselt und in anonymisierter Form auf Diskette erhältlich. Ein Benutzervertrag regelt die Bedingungen für die Überlassung der Daten. Anfragen sind schriftlich oder über E-Mail an Dr. Norbert Janz zu richten (janz@zew.de).

▷ Regionenmonitor

Originäre ZEW-Daten auf Kreisebene, zum Beispiel über Gründungen und Markteintritte, können zur Verfügung gestellt werden. Aus externen Quellen stammende Daten des Regionenmonitors können aus rechtlichen Gründen nicht weitergegeben werden. Anfragen sind schriftlich oder über E-Mail an Jürgen Egeln zu richten (egeln@zew.de).

▷ Dienstleistungskonjunkturumfrage

Die Daten werden in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt. Einmal jährlich erfolgt

eine Aktualisierung der Daten. Anfragen sind schriftlich oder über E-Mail an Ulrich Kaiser zu richten (kaiser@zew.de).

▷ Finanzmarkttestdaten

Die Daten werden in anonymisierter Form und aggregiert je Variable zur Verfügung gestellt. Einmal jährlich erfolgt eine Aktualisierung. Daten der jeweils aktuellen sechs Monate bleiben geschützt. Anfragen sind schriftlich oder über E-Mail an Dr. Michael Schröder zu richten (schroeder@zew.de).

▷ Zinsdatenbank

Ein Zugriff auf Daten der Zinsdatenbank ist ausschließlich zu Forschungszwecken möglich und muss beantragt werden. Interessierte Wissenschaftler richten ihre Anfrage via E-Mail an Stefan Pabst (pabst@lsdb.bwl.uni-mannheim.de).

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Aus der ZEW-Forschung ergeben sich in der Regel Erkenntnisse, die über die Fachwelt hinaus einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Zu diesem Zweck gibt das ZEW Mitteilungen an die Presse heraus, die teils breit gestreut, teils in persönlichem Kontakt Redakteuren von Presseagenturen, regionalen und überregionalen Medien angeboten werden. Im Berichtszeitraum hat sich die Zahl der Pressemitteilungen stark erhöht. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des ZEW reagierte damit auf die Tatsache, dass Pressemitteilungen des ZEW bei den Medien eine immer stärkere Beachtung finden.

Neben festen Rubriken in den Wirtschaftsteilen der Regionalpresse übernehmen überregionale Tageszeitungen und Wirtschaftsmagazine regelmäßig spezifische ZEW-Ergebnisse. Eine enge Zusammenarbeit wird auch mit den Nachrichtenagenturen

Reuters und vwd gepflegt.

Auf Anfrage werden spezifische Informationen, die aus der Forschungsarbeit des ZEW resultieren, geliefert. Hierbei reicht das Spektrum der Interessenten von Redakteuren auf der Suche nach Hintergrundinformationen und Interviewpartnern bis zu Mitarbeitern von Unternehmen, Verbänden, Behörden oder Ministerien, die sich für spezielle Wirtschaftsthemen interessieren.

Der Bereich Informationsdienste/Öffentlichkeitsarbeit war 1998 und 1999 auf den Jahrestagungen des Vereins für Socialpolitik in Rostock und Mainz mit einem Informationsstand vertreten. Er informierte dort über das ZEW und dessen Forschungsschwerpunkte und stellte die Publikationen des Hauses vor, die auf großes Interesse stießen. Die Konzeption für den Informationsstand des ZEW wurde gemeinsam mit dem Servicebereich Mediendesign und Vertrieb entwickelt, der zu einem wesentlichen Teil die Messe- und Tagungsauftritte des ZEW organisiert. Ebenfalls teilgenommen hat das ZEW an der Messe „Wirtschaft trifft Wissenschaft“, die das Land Baden-Württemberg Ende 1998 in Stuttgart organisierte. Darüber hinaus war der Bereich 1999 mit einem ZEW-Informationsstand auf der Konferenz „Flexible Mechanisms for an Efficient Climate Policy“ präsent, die der ZEW-Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik im Auftrag des Umweltministeriums von Baden-Württemberg organisierte.

Im Berichtszeitraum arbeitete der Bereich auch an der Erstellung der Unterlagen für die Begehungskommission des Wissenschaftsrats mit. Nach erfolgter Evaluation des ZEW wurden die Medien von der hervorragenden Bewertung durch den Wissenschaftsrat durch Versendung entsprechender Presseunterlagen sowie im Rahmen einer Pressekonferenz informiert.

Editing

Das Editing von ZEW-Publikationen sowie von Projektberichten in Deutsch und Englisch ist eine weitere (interne) Serviceleistung des Bereichs Informationsdienste/Öffentlichkeitsarbeit. Durch ein entsprechendes Editing beziehungsweise Übersetzungsarbeiten durch kompetente Übersetzer (freie Mitarbeiter) soll erreicht werden, dass Publikationen und Texte, die das ZEW verlassen, ein gleichmäßig anspruchsvolles Sprachniveau haben.

Speziell mit Blick auf die wachsende Zahl englischer Texte, die am ZEW veröffentlicht werden, wird geprüft, inwieweit der Aufbau einer englischen Terminologiedatenbank für die Wissenschaftler des ZEW Vorteile bringt.

Veranstaltungen

Zum ersten Mal fand im Juni 1999 das ZEW Wirtschaftsforum zum Thema „Perspektiven der Wirtschaftspolitik in Europa“ statt. Die ganztägige Veranstaltung soll ein Diskussionsforum für aktuelle wirtschaftspolitische Probleme sein und wendet sich gezielt an Führungskräfte in Unternehmen, Verbänden sowie staatlichen Institutionen. Die Vorträge zum Auftakt des Wirtschaftsforums hielten Professor Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, und Karel Van Miert, zu diesem Zeitpunkt noch amtierender EU-Kommissar für Wettbewerbspolitik. Weitere Programmpunkte waren eine Podiumsdiskussion über die wirtschaftlichen Perspektiven im europäischen Binnenmarkt sowie drei Referate, in denen neuere Forschungsergebnisse des ZEW vorgestellt wurden. Die Veranstaltung hatte mit fast 300 Teilnehmern eine große Resonanz und fand auch in den Medien starke Beachtung. Im Jahr 2000 wird das ZEW Wirtschaftsforum unter dem Titel „Föderalismus im vereinten Europa“ erneut stattfin-

den. Ihre Teilnahme an einer Podiumsdiskussion zum Auftakt der Veranstaltung haben bereits zugesagt: Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen; Prof. Dr. Georg Milbradt, Staatsminister der Finanzen des Freistaates Sachsen, und Gerhard Stratthaus, Finanzminister von Baden-Württemberg.

Eine weitere, vom ZEW in der Regel zweimal jährlich ausgerichtete Veranstaltung ist die Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“. Sie bietet dem eingeladenen Teilnehmerkreis – Vertretern von Unternehmen, Repräsentanten aus Politik und Verwaltung sowie Wissenschaftlern der Region – Einblick in aktuelle wirtschaftspolitische Entwicklungen. Referenten waren im Berichtszeitraum: Dr. Rolf-E. Breuer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, zum Thema „Neue Dimensionen des Wettbewerbs in der Europäischen Union“ und Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, zum Thema „Arbeit und Umwelt“.

In Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim, der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Rhein-Neckar e.V. (VWA) und der Bankenvereinigung der Region organisiert das ZEW die kreditwirtschaftliche Vortragsreihe „Mannheimer Wirtschafts- und Währungsgespräche“. Referenten waren im Berichtszeitraum: Dr. Hans Georg Fabritius, Vizepräsident der Landeszentralbank in Hessen, zum Thema „Das deutsche Bankensystem im Wandel“; Professor Dr. Peter Bofinger, Universität Würzburg, zum Thema „Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank“ und Dr. Walter Döring, Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg, zum Thema „Instrumente – Handlungsmöglichkeiten eines Landes-Wirtschaftsministers“.

Neben den Veranstaltungen mit Bezug zu Wirtschaftsthemen fanden am ZEW auch kulturelle Ereignisse statt. Höhepunkte waren im September 1998 eine Vernissage des französischen Künstlers Armand Warin sowie im Dezember 1999 eine Vernissage der vier Künstler Eberhard Fiebig, Nicole König, Wolf-

gang Thies und Jens Trimpin. Ihre Werke waren im Rahmen einer Gruppenausstellung mehrere Wochen lang in den Räumen des ZEW ausgestellt. Indem es Künstlern, insbesondere auch aus der Region, die Möglichkeit eröffnet, seine Räume zu Ausstellungszwecken zu nutzen, will das ZEW seine Verbundenheit mit dem Rhein-Neckar-Dreieck als Region zum Ausdruck bringen und sich für einige Wochen einem Publikum öffnen, das ansonsten wohl kaum den Weg in ein Wirtschaftsforschungsinstitut finden würde.

Internet

Unter www.zew.de ist das ZEW seit 1994 über einen eigenen WWW-Server im Internet präsent. Die Internetseiten geben einen Überblick über das ZEW und seine Forschungsarbeiten, über die Mitarbeiter, die Publikationen und Pressemitteilungen sowie die Veranstaltungen und Seminare. Bei Fragen zu Forschungsprojekten und Serviceleistungen können Ansprechpartner via E-Mail kontaktiert werden.

Da das Internet in immer stärkerem Umfang von Wissenschaft, Unternehmen, Ministerien, Organisationen, Journalisten und der breiten Öffentlichkeit genutzt wird, um sich über das ZEW zu informieren und mit den Forschungs- und Servicebereichen zu kommunizieren, ist das ZEW bestrebt, diesem Informationsbedürfnis durch entsprechende Inhalte seiner Website Rechnung zu tragen. So ist es beispielsweise möglich, nicht allein die Verzeichnisse der verschiedenen ZEW-Publikationen einzusehen, sondern auch komplette Discussion Papers vom WWW-Server des ZEW herunterzuladen. Des Weiteren können die aktuellen Ergebnisse des ZEW Branchenreports Dienstleistungen unter Angabe eines entsprechenden Kennworts – das an die berechtigten Zielgruppen vergeben wird – eingesehen werden. Auch die ZEWnews, die

Branchenreports Innovation sowie der Konjunkturreport können im Volltext abgerufen werden. Informieren können sich die Nutzer auch über die neuen CD-ROMs des ZEW zur privaten und betrieblichen Alterssicherung sowie über das Global Sourcing Management Tool, eine Software zur Analyse internationaler Beschaffungsmärkte. Darüber hinaus ist es möglich, Informationen zum Seminarangebot des ZEW über das Internet abzurufen und sich anzumelden. Nachwuchswissenschaftler haben die Möglichkeit, im Internet die Stellenangebote des ZEW einzusehen und Kontakt zur Personalabteilung aufzunehmen.

Da sich das Internet rasant entwickelt und als Kommunikationsinstrument immer mehr an Bedeutung gewinnt, wird der Internet-Auftritt des ZEW kontinuierlich weiterentwickelt. Derzeit wird beispielsweise im Rahmen des Web2000-Projekts, an dem der Bereich mitarbeitet, der aktuelle Internet-Auftritt des ZEW intensiv analysiert und mit den Mitarbeitern der Forschungs- und Servicebereiche diskutiert. Ziel ist es, Verbesserungs- und Erweiterungsmöglichkeiten für die deutsch- und englischsprachigen Internetseiten des ZEW zu entwickeln und diese, soweit möglich, in die Praxis umzusetzen.

Projekt Web2000

Projektteam:

Robert Bräutigam

Jürgen Fend

Gunter Grittmann

Anne Grubb (Leitung)

Das Internet wird in zunehmendem Maße als Informations- und Kommunikationsmedium genutzt und gewinnt somit für Unternehmen und Institutionen an strategischer Bedeutung. Herkömmliche Formen des Wissenstransfers (z. B. Printmedien und Präsenzseminare) treten zugunsten der elektronischen Medien und Online-Publikationen in den Hintergrund. Das Internet ist heute schon

wichtigstes Kommunikationsmedium der Scientific Community. Für international ausgerichtete Forschungsinstitute stellt die Website ein bedeutendes Aushängeschild dar.

Dieser Entwicklung trägt das ZEW mit dem Projekt „Web2000“ Rechnung. Das Projekt soll den Auftritt des ZEW im World Wide Web (WWW) auf die Bedürfnisse der Zukunft ausrichten. Dazu werden Potenziale der ZEW-Website aufgezeigt und Veränderungen durchgeführt. Die Weiterentwicklung und der Ausbau von Inhalten und Serviceangebot (Forschungsergebnisse, Downloadmöglichkeiten etc.) sind zentrale Bestandteile der ZEW-Internetstrategie.

In der ersten Projektphase (Analyse) erfolgte eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Nutzung. Dazu wurde ein Fragebogen erstellt, der es den ZEW-Mitarbeitern ermöglichte, Wünsche und Anregungen zu formulieren. Zusätzlich wurden die Zugriffsstatistiken des ZEW-Webserver analysiert, die Web-Angebote anderer Forschungseinrichtungen untersucht und neue, sich im Netz abzeichnende Entwicklungen verfolgt. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Analyse findet in der zweiten Projektphase eine Optimierung bzw. Überarbeitung sowie in der dritten Projektphase eine Erweiterung in Form zusätzlicher Online-Dienste statt.

Ein weiteres Ziel des Projektes ist die Unterstützung und Verbesserung der internen Information und Kommunikation am Institut. Da Wissen die wichtigste Ressource einer Forschungseinrichtung ist, gilt es, diese möglichst einfach und effizient den Mitarbeitern zugänglich zu machen. Die Einrichtung eines internen Informationssystems („Intranet“) wird daher zu einem wichtigen Bestandteil einer kommunikationsorientierten Institutsinfrastruktur.

II. Konjunktur- und Brancheninformation

Aufgabe der Konjunktur- und Brancheninformation ist es, die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland und der EU zu beobachten. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse werden vierteljährlich im ZEW Konjunkturreport veröffentlicht und kommentiert. Neben einer ausführlichen Würdigung der konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik werden in ihm auch ZEW-eigene Informationen wie die Ergebnisse des ZEW-Finanzmarkttests und der Service Sentiment Indicator (SSI) publiziert. Die konjunkturelle Berichterstattung bezieht sich auf die EU insgesamt und auf die elf Staaten des Euroraumes. Ein weiterer Schwerpunkt der Konjunkturinformation erstreckt sich auf die osteuropäischen Länder, die in absehbarer Zeit der EU beitreten werden.

Neben der aktuellen Information über die Entwicklung der europäischen Wirtschaft liefert das ZEW auch gesamtwirtschaftliche Studien über eine zukünftige europäische Wirtschaftspolitik. Mit seinen gesamtwirtschaftlichen Modellen – dem kurzfristigen Ungleichgewichtsmodell und dem längerfristigen GEM-E3-Modell – verfügt das ZEW über das formale Rüstzeug, um alternative Politik-szenarien simulieren und kommentieren zu können. Die Ergebnisse dieser Modellschätzungen und -simulationen werden künftig verstärkt zur Analyse der europäischen Wirtschaftsentwicklung eingesetzt werden.

Das Angebot an Konjunkturinformationen wird ergänzt durch Länderkonjunkturberichte über einzelne europäische Staaten. Die Länderberichte werden im EUMagazin und im ZEW Konjunkturreport regelmäßig veröffentlicht. Sie geben einen komprimierten Überblick über die jüngste Entwicklung der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Größen und die voraussichtliche Entwicklung im laufenden beziehungsweise kommenden Jahr.

In der Mehrzahl der Fälle arbeitet das ZEW mit Wirtschaftsforschungsinstituten des jeweils untersuchten Landes zusammen.

Über die gemeinsam mit Creditreform durchgeführte Umfrage bei den unternehmensnahen Dienstleistungen untersucht das ZEW quartalsmäßig die konjunkturelle Entwicklung in diesem dynamischen Bereich der Wirtschaft. Der aus der Umfrage maßgeblich hervorgehende Service Sentiment Indicator informiert über die aktuelle und zukünftige Situation in diesem Bereich der Dienstleistungen.

Einmal jährlich untersucht das ZEW in Zusammenarbeit mit anderen Instituten das Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft. Auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung von mehr als 3.000 Unternehmen des produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungen analysiert das ZEW die Aufwendungen für Innovationen, Forschung und Entwicklung, die wirtschaftlichen Effekte von Innovationen sowie die Kostenstruktur der Betriebe. Die Resultate beider Umfragen werden als Branchenreports veröffentlicht.

Weitere aktuelle Konjunkturberichte werden im ZEW Finanzmarktreport der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

III. Mediendesign und Vertrieb

Mediendesign

Aufgabe des Bereichs Mediendesign ist die gesamte Abwicklung der Druckvorstufe für die Publikationen des ZEW. Dazu gehört die Angebotseinholung und Auftragsvergabe, die technische Redaktion, die Umsetzung, die Termin- und Qualitätskontrolle sowie die Budgetierung für die Produktion.

Ein weiterer Schwerpunkt des Bereichs ist die Gestaltung und Produktion der seriell und periodisch erscheinenden ZEW-Publika-

tionen und einer Vielzahl von Einzelpublikationen wie Broschüren, Flyer, Poster etc. sowie des ZEW-Jahresberichts. So gestaltete der Bereich Mediendesign beispielsweise die Internetseiten für das GEM-E3-Projekt des Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik, die Seminarkataloge und Seminarprogramme von W&W, das CD-Booklet und die Broschüre zum „Global Sourcing Management Tool“. Darüber hinaus war der Bereich Mediendesign an der Entwicklung der Oberfläche der CD-ROMs zur betrieblichen und privaten Altersvorsorge beteiligt und gestaltete die Covers, Inlays und Verkaufsverpackungen für die CD-ROMs.

Bei den Publikationen produziert der Bereich Mediendesign die ZEWnews mit zehn Ausgaben jährlich, die ZEWnews English edition mit vier Ausgaben jährlich, den ZEW Finanzmarktreport mit zwölf Ausgaben jährlich, den ZEW Branchenreport Dienstleistungen mit vier Ausgaben jährlich, den ZEW Branchenreport Innovationen mit 19 Einzelausgaben jährlich und den ZEW Konjunkturreport mit vier Ausgaben jährlich. Im Rahmen der technischen Redaktion wurden 84 ZEW Discussion Papers und sieben ZEW Dokumentationen produziert.

Für die Schriftenreihen ZEW Wirtschaftsanalysen (Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden) und ZEW Economic Studies (Physica-Verlag, Heidelberg) gestaltete der Bereich im Berichtszeitraum 17 Umschläge.

Das EUMagazin mit zehn Ausgaben jährlich wird in zwei Teilen produziert, zum einen von der Nomos Verlagsgesellschaft in Baden-Baden, zum anderen vom ZEW. Die von der ZEW-Redaktion des EUMagazins produzierten 18 bis 20 Seiten pro Ausgabe werden vom Bereich Mediendesign gestaltet und als Datei über ISDN an den Nomos-Verlag gesendet. Dort werden die beiden von ZEW und Nomos erstellten Dateien weiterverarbeitet und im Druck als Gesamtheft zusammengefügt. Eine Design-Überarbeitung des EUMagazins ist für 2000 geplant.

Ein Relaunch für den Internet-Auftritt des ZEW ist ebenfalls in Vorbereitung. Im ersten Quartal 2000 wird der Bereich dazu Design-Vorschläge erarbeiten, die anschließend in der Projektgruppe Web2000 vorgestellt und diskutiert werden.

Ein großer Teil der im Internet abrufbaren ZEW-Publikationen werden durch den Bereich zuvor mit dem Programm Acrobat in PDF-Dateien konvertiert und stehen damit dem interessierten Nutzer als Download-Dokument zur Verfügung. Alle im Bereich Mediendesign fertiggestellten Dokumente werden auf CD-ROM archiviert und stehen bei Bedarf jederzeit zur Verfügung.

Des Weiteren gestaltet und organisiert der Bereich Mediendesign gemeinsam mit dem Bereich Informationsdienste und Öffentlichkeitsarbeit Messe- und Tagungsstände für das ZEW und unterstützt die Forschungs- und Servicebereiche bei internen und externen Veranstaltungen durch die Gestaltung und Herstellung von Präsentations- und Informationsmaterial. Um den positiven Auftritt des ZEW bei Messen und Ausstellungen weiter zu verbessern, wird der Bereich Mediendesign im ersten Halbjahr des Jahres 2000 einen neuen Messestand konzipieren und umsetzen.

Weiterhin plant der Bereich für das Jahr 2000 die Erstellung einer Datenbank, in der Discussion Papers ab 1999 erfasst sind. Interessenten werden mit Hilfe einer Volltext- oder Schlagwortsuche Themen recherchieren und das entsprechende Discussion Paper finden können.

Vertrieb

Der Vertrieb verwaltet und pflegt die ZEW-Adressdatenbank, die im Jahr 2000 umfassend überarbeitet wird. Weiterhin organisiert der Bereich den Vertrieb der ZEW-Printmedien (soweit dieser nicht Sache der Verlage ist) und versendet auf Bestellung ZEW-Publikationen und Informationsmaterial. Auch der Versand von Massensendungen des ZEW

wird durch den Vertrieb geregelt. Dazu werden externe Dienstleister beauftragt, wobei besonderes Augenmerk auf eine möglichst kostensparende Versendung (Portooptimierung) gelegt wird.

IV. EDV-Service

Der Bereich EDV betreut ein Netzwerk mit rund 250 PCs, Servern und Workstations. Alle Arbeitsplätze sind mit PCs ausgestattet und untereinander vernetzt. Druck, Mail- und Fileservices werden zentral angeboten.

Zur Bereitstellung von Programmen und Daten sind derzeit vier Server unter dem Datenbanksystem ORACLE im Einsatz. Zwei dieser vier Server wurden 1999 installiert.

Zur Außenanbindung sind Gateways für folgende Dienste installiert:

- ▷ Telefon-Netz: Remote-Zugang, Dateitransfer
- ▷ ISDN-Netz: Fax, T-Online, Remote-Zugang, Dateitransfer
- ▷ Internet: Mail, Telnet, FTP, News, WWW.

Der Internet-Zugang erfolgt zurzeit über eine 128 kBit Datendirektverbindung zur Universität Mannheim. Dort wird der Anschluss des ZEW an das BelWü-Netz (das baden-württembergische Landesnetz) geroutet. Die Fernsprech- und Mehrwertdienste werden über den DFN-Verein, dessen Mitglied das ZEW ist, bezogen. Die weitere Kommunikation mit dem Internet erfolgt über den Internet-Gateway zinc.zew.de. Auf diesem Rechner sind die Informationsdienste, E-Mail und FTP installiert.

Die Präsentation des ZEW im Internet erfolgt über den im Haus betriebenen und gepflegten WWW-Server. Auf dem WWW-Server findet sich ein Überblick über die Aufgaben, Forschungsbereiche und Projekte des ZEW einschließlich der Ansprechpartner. Im Rahmen des Projektes „Web2000“ beteiligt sich

der Bereich am Ausbau des Webservers und des Internet-Angebots des ZEW.

Zusätzlich zum ZEW-Webserver www.zew.de sind momentan mehrere projektbezogene Webserver installiert, deren Pflege zentral in der EDV stattfindet. Diese Webserver dienen zur besseren Kooperation mit internationalen Projektpartnern.

Für die nähere Zukunft sind folgende Projekte geplant:

- ▷ Erweiterung der Serverkapazität für einen reibungslosen EDV-Ablauf
- ▷ Ausbau der Sicherheitsmaßnahmen (Firewall etc.)
- ▷ Erweiterung des datenbankgestützten Informationsangebotes des WWW-Servers
- ▷ Einführung eines Groupware-Systems
- ▷ Erweiterung der Remote-Zugänge für Mitarbeiter um breitbandigere 128 kBit-ISDN-Strecken
- ▷ Planmäßiger Austausch der aktiven Netzwerkkomponenten.

V. Bibliothek

Die Präsenzbibliothek des ZEW stellt den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wichtige Grundlagen- und Spezialliteratur zur direkten Nutzung im Haus zur Verfügung. Da es sich primär um eine Forschungsbibliothek handelt, liegt der Schwerpunkt des Bestandsaufbaus vor allem auf dem Erwerb forschungsrelevanter Spezialliteratur. Der Bestand umfasst derzeit 5000 Monographien, etwa 200 laufende Zeitschriften und Zeitungen sowie rund 300 elektronische Medien. Ergänzend können die Mitarbeiter auf eine umfangreiche Sammlung internationaler Discussion Papers zugreifen, die überwiegend im Tauschverfahren mit in- und ausländischen wissenschaftlichen Einrichtungen bezogen werden.

Der Bibliotheksbestand ist im Katalog des Südwestdeutschen Bibliotheksverbundes (SWB) nachgewiesen. Seit November

1999 ist der Bestand auch im OPAC der Universitätsbibliothek Mannheim enthalten. Dies zeigt, dass sich die ZEW-Bibliothek in das Mannheimer Bibliothekssystem weiter integriert hat. Beide Kataloge sind über das Internet recherchierbar. Im Rahmen des Kooperationsvertrags mit der Universität Mannheim ist die Bibliothek öffentlich als Präsenzbibliothek zugänglich. Externe Besucher können sie zu den Öffnungszeiten (Dienstag und Donnerstag von 10:00 bis 12:30 Uhr und Mittwoch von 13:00 bis 16:00 Uhr) nutzen. Für ZEW-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen ist die Bibliothek jederzeit zugänglich.

Die Bibliothek bietet in regelmäßigen Abständen Schulungen an. Dabei handelt es sich zum einen Teil um Einführungen für die unterschiedlichen Benutzergruppen, zum anderen Teil um Schulungen zu wirtschaftswissenschaftlichen Datenbanken und zu Recherche-Strategien.

Des Weiteren leistete die ZEW-Bibliothek einen Beitrag zur Ausbildung des bibliothekarischen Nachwuchses. Eine Studentin der Bibliothekswissenschaft absolvierte ein sechswöchiges Praktikum bei der ZEW-Bibliothek und lernte so eine wirtschaftswissenschaftliche Spezialbibliothek kennen. Auch das ZEW profitierte davon, da die Praktikantin in das Projekt „Überarbeitung der Link-Sammlung der ZEW-Internet-Seiten“ eingebunden werden konnte.

Für die Internet-Präsentation des ZEW wird von der Bibliothek die Link-Sammlung zu anderen Organisationen und zu Internet-Datenbanken überarbeitet. Der Aufbau der Link-Sammlung wird völlig neu strukturiert und erheblich erweitert, die Links selbst werden aktualisiert und übersichtlicher präsentiert. Es wurde ein Konzept entwickelt, um die Daten später laufend pflegen zu können und so aktuell zu halten. Die Neustrukturierung und Auswahl der Links ist abgeschlossen. Nachdem die entsprechenden Internet-Adressen vollständig eingegeben sind, sollen die neuen Seiten spätestens gegen Ende

des ersten Quartals des Jahres 2000 in die Internet-Seiten des ZEW eingestellt werden.

Um den Bestand der Nachschlagewerke übersichtlicher und benutzerfreundlicher aufzustellen, wurde eine neue Systematik für diesen Bereich erarbeitet. 70 Prozent der Nachschlagewerke konnten inzwischen überarbeitet werden.

Servicebereich Wissenstransfer & Weiterbildung

Im Zentrum der Tätigkeit des Bereichs Wissenstransfer & Weiterbildung (W&W) steht der intensive Austausch zwischen Forschung und Unternehmenspraxis.

Das ZEW leistet entsprechend seinem Weiterbildungsauftrag einen Beitrag für die Qualifizierung von Mitarbeitern in Wirtschaft und Verwaltung. Darüber hinaus gewinnt das ZEW durch die Zusammenarbeit mit Praktikern aus Unternehmen wertvolle Anregungen für die weitere Arbeit der Forschungsbereiche, die unmittelbar in die Forschungsprojekte einfließen.

Die enge Kooperation mit den Forschungsbereichen des ZEW und Experten aus der Praxis ermöglicht es, aktuelle Bildungs- und Informationsbedürfnisse zu erkennen und in das Weiterbildungsangebot aufzunehmen.

Um einen effizienten Wissenstransfer in die Praxis zu sichern, wird für jedes Thema das geeignete Weiterbildungsforum bestimmt. Dabei bedient sich der Bereich Wissenstransfer & Weiterbildung folgender Weiterbildungsformen: Expertenseminare, spezifische Seminare für Unternehmen und Institutionen, Seminare zur Qualifikation ausländischer Führungskräfte sowie elektronische Informations- und Lernprogramme.

Expertenseminare

Die Expertenseminare transferieren ausgewählte Forschungsergebnisse und Methodenkompetenzen der Forschungsbereiche des ZEW in Unternehmen, Institutionen sowie Forschungs- und Verwaltungseinrichtungen. Zur Gewährleistung einer hohen Praxisrelevanz der Seminare treten die Referenten des ZEW in der Regel gemeinsam mit kompetenten und in der Thematik erfahrenen Experten aus der Praxis auf.

Eine weitere Zielsetzung dieser Seminare ist es, Führungskräften aus kleinen und mittelständischen Unternehmen Basiswissen zu aktuellen ökonomischen Fragestellungen zu vermitteln.

Die Veranstaltungen bieten den Teilnehmern ein Forum, in dem sie sich aktuelles Wissen aneignen und die Umsetzung in die Unternehmenspraxis mit Experten diskutieren können. Des Weiteren können die Teilnehmer Kontakte mit den Mitarbeitern anderer Organisationen knüpfen und Erfahrungen austauschen. Die Seminare finden in kleinen Teilnehmergruppen statt, um einen guten Lernerfolg zu gewährleisten.

Spezifische Weiterbildung für Unternehmen und Institutionen

Im Bereich Spezifische Weiterbildung werden auf Anfragen von Unternehmen und Institutionen spezielle wissenschaftlich fundierte Qualifizierungsmaßnahmen erarbeitet. Die Grundlage hierfür bilden der individuelle Weiterbildungsbedarf und ökonomische Fragestellungen der Organisationen. In der Regel erstreckt sich die spezifische Weiterbildung auf die folgenden vier Phasen:

- ▷ Analyse des spezifischen Weiterbildungsbedarfes
- ▷ Konzeption der Qualifizierungsmaßnahme
- ▷ Durchführung der Qualifizierungsmaßnahme
- ▷ Evaluation des Erfolges der Qualifizierungsmaßnahme.

Auf Wunsch des Auftraggebers übernimmt das ZEW die komplette Organisation der Weiterbildungsveranstaltungen, insbesondere auch die Bereitstellung von Schulungsräumen. Die Analyse des Weiterbildungsbedarfes sowie die Konzeption und Durchführung

der Qualifizierungsmaßnahme vollziehen sich in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber, den Forschungsbereichen des ZEW und gegebenenfalls externen Experten. Dadurch ist gewährleistet, dass bei der Konzeption der spezifischen Weiterbildungsmaßnahmen die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt werden.

In Absprache mit Auftraggebern führt das ZEW auch empirische Studien durch, die als Basis für Qualifizierungskonzepte verwendet werden. Ausgewählte Referenzprojekte des ZEW sind Schulungskonzepte zur:

- ▷ Steigerung der Kundenorientierung von Vertriebsmitarbeitern
- ▷ Vermittlung neuer ökonomischer Erkenntnisse und Methoden für Mitarbeiter von Geschäftsbanken
- ▷ Erhöhung der Qualifikation von Führungskräften, unter anderem bezüglich der Aspekte Kommunikations- und Motivationsfähigkeit sowie Mitarbeiterentwicklung.

Qualifikation ausländischer Führungskräfte

Vor dem Hintergrund der Transformationsprozesse und Liberalisierungstendenzen in ihren Heimatländern schult das ZEW seit 1995 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) Nachwuchsführungskräfte insbesondere aus China, Afrika und Osteuropa in mehrwöchigen Seminaren. Die Bildungsveranstaltungen werden ergänzt durch Betriebsbesuche und -praktika. Da aus den Veränderungsprozessen auch vielfältige Konsequenzen für die Arbeitsstrukturen resultieren, stehen bisher hauptsächlich Fragestellungen aus dem Bereich der Personalwirtschaft im Vordergrund der Programme. Des Weiteren werden volks- und betriebswirtschaftliche Kenntnisse vermittelt. Auch für ausländische Delegationen werden ein- bzw. mehrtägige Informations- und Schulungsveranstaltungen

für spezielle Themenstellungen wie z. B. Steuerfragen angeboten. Neben Wissenschaftlern des ZEW sind externe Experten aus Wissenschaft und Praxis an den Weiterbildungsmaßnahmen beteiligt. Die Programme und Veranstaltungen werden in englischer oder deutscher Sprache abgehalten.

Elektronischer Wissenstransfer

Der Schwerpunkt des elektronischen Wissenstransfers lag bisher auf Informationsprogrammen, die aktuelle wirtschaftswissenschaftliche Fragestellungen behandeln. In enger Kooperation mit internen und externen Wissenschaftlern sowie Experten aus Unternehmen und Institutionen wurden interaktive, multimediale CD-ROMs konzipiert und produziert. Die Basis der CD-ROMs bildeten Forschungsergebnisse des ZEW, die anwenderorientiert aufbereitet wurden.

Im Berichtszeitraum wurden für die Zielgruppen Unternehmen und Privatpersonen zwei CD-ROMs zum Thema „Betriebliche Altersversorgung“ bzw. „Private Altersvorsorge und Finanzmanagement“ entwickelt.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten wird sich in Zukunft auf die Weiterentwicklung von Online-Produkten im Rahmen des Internet-Angebotes des ZEW verlagern (siehe Projekt Web2000 unter Servicebereich „Information und Kommunikation“).

Weitere Serviceleistungen

Der Bereich W&W versteht sich auch als interner Dienstleister. Er unterstützt die Planung und Organisation von ZEW-Veranstaltungen und disponiert die Seminarräume und -technik. Weitere Veranstaltungen, die vom Bereich W&W unterstützt werden, sind ZEW-Workshops (nationale und internationale Workshops, bei denen Wissenschaftler Erfahrungen und Forschungsergebnisse zu aktuellen Themen austauschen) und ZEW-Seminare (Referate interner und externer Wissenschaftler).

Projektübersicht

Expertenseminare	201
Unternehmensspezifische Seminare	211
Qualifikation ausländischer Führungskräfte	212
Elektronischer Wissenstransfer	213

Expertenseminare

Projektleitung: Dr. Sonja Kurz
(Tel.: -245, E-Mail: kurz@zew.de)

Das Angebot an Expertenseminaren wurde zahlenmäßig im Jahr 1999 deutlich ausgebaut. Die Anzahl der Seminare hat sich von 16 im Jahr 1998 auf 30 im Jahr 1999 erhöht. Gleichzeitig wurde eine Schärfung des Angebotsprofils auf Themen mit Bezug zu den Forschungsfeldern des ZEW erreicht. Die Konzentration der Weiterbildungsinhalte auf die Kernkompetenz des ZEW soll auch in Zukunft beibehalten werden.

Expertenseminare 1998

EURO-Workshop

Unter diesem Titel wurde gemeinsam mit dem Euro Info Centre (EIC) der IHK Rhein-Neckar ein Seminarpaket von sechs Einzelveranstaltungen angeboten. Ziel war es, die Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf Unternehmen aufzuzeigen und den Unternehmen die praktischen Vorbereitungen für die Einführung des Euro zu erleichtern. Nachdem die Workshop-Reihe im Frühjahr 1998 bei den Teilnehmern sehr gut angekommen war, wurde sie in der zweiten

Jahreshälfte komplett wiederholt. Im Berichtszeitraum wurden folgende Workshops vom ZEW ausgerichtet:

▷ Auswirkungen auf die Rechnungslegung

Referenten:
Prof. Dr. Gerhart Förschle,
PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.
Sabine Heusinger,
PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

▷ Anforderungen an Marketing und Vertrieb

Referent:
Jürgen Schuster, Gemini Consulting

▷ Auswirkungen auf das Finanz- und Cashmanagement

Referenten:
Michel Kuhlmann,
Société Générale, Frankfurt/M.
Hans-Jörg Naumer,
Société Générale, Frankfurt/M.

Die Rechnungslegung von Finanzinstrumenten

Referenten:
Norbert Ammon, ZEW
Dr. Thomas Naumann, KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Frankfurt/M.

Die Rechnungslegung konnte mit dem Siegeszug der Derivate und den Fortschritten im Risikomanagement nicht Schritt halten. Insbesondere die Bilanzierung und Bewertung von Derivaten ist bilanzrechtlich nicht hinreichend geregelt. Ziel des Seminars war es deshalb, Kenntnisse zu einer sachgerech-

ten Abbildung von Finanzinstrumenten, insbesondere Derivaten, im Jahresabschluss von Industrie, Handels- und Dienstleistungsunternehmen zu vermitteln.

Da immer mehr deutsche Unternehmen nach internationalen Standards bilanzieren, wurden die HGB-Regelungen den soeben erst verabschiedeten US-amerikanischen Regeln (SFAS 133) sowie dem jüngsten Vorschlag des IASC (Exposure Draft E 62) vergleichend gegenübergestellt und anhand von praktischen Beispielen erläutert.

Kurssystem Finanzmarkt-Ökonometrie: Analyse und Prognoseverfahren

Seminarleitung:

Dr. Michael Schröder, ZEW

Referenten:

Dr. Herbert S. Buscher, ZEW

Prof. Dr. Jürgen Kähler,
Universität Erlangen-Nürnberg

Dr. Olaf Korn, ZEW

Prof. Dr. Kugler, Universität Basel

Dr. Christian Schmitt, ZEW

Dr. Michael Schröder, ZEW

Das Kurssystem besteht aus zwei aufeinander aufbauenden Teilen. Eine wichtige Zielsetzung beider Seminare ist die praktische Umsetzbarkeit der erlernten Methoden. Zahlreiche Beispiele aus dem Bereich der Finanzmärkte unterstützen das Verständnis und die Anwendung der ökonometrischen Verfahren. Beide Kursteile fanden im zweiten Halbjahr 1998 statt:

Teil 1: Grundlagen

Das Seminar vermittelt Basiskenntnisse der linearen Regression, der Zeitreihenanalyse und der Konstruktion von Prognosemodellen. Damit die Teilnehmer die erlernten Methoden am eigenen Arbeitsplatz direkt anwenden können, werden Beispiele mit statistischer Standard-Software gerechnet.

Teil 2: Fortgeschrittene Verfahren

Dieser Seminarteil widmet sich fortgeschrittenen Prognoseverfahren wie z. B. vektor-autoregressiven Modellen und der Modellierung nicht-stationärer Zeitreihen.

Das Internet als Instrument der Wettbewerbsanalyse

Seminarleitung:

Dr. Thomas Cleff, ZEW

Referent:

Christian Kunze,

Bergische Universität-GH, Wuppertal

Ziel des Seminars war es zu vermitteln, wie die für unternehmerische Entscheidungen relevanten Informationen schnell im Internet zu finden sind. Neben ausgewählten Suchmaschinen und Katalogen wurden Literatur-, Zeitschriften- und Nachrichtendatenbanken vorgestellt, wobei auch die Zuverlässigkeit der Informationsquelle bewertet wurde. Vermittelt wurde, wie nationale und internationale Geschäftsberichtsquellen, Expertendatenbanken und wettbewerbsanalytische Webseiten im Internet genutzt werden können.

Zugang zu Informationen über das EU-Recht – Schwerpunkt Umweltrecht

Seminarleitung:

Dr. jur. Heidi Bergmann, ZEW

Referenten:

Dr. Heidi Bergmann, ZEW

Angelika Grund und Klaus Mayer,
Europäisches Dokumentationszentrum,
Universität Mannheim

Immer mehr Informationen erleichtern die Arbeit im Bereich EU-Umweltrecht. Der Zugang zu diesen wichtigen Informationsquellen bleibt jedoch leider vielen verborgen. Deswegen wurden Institutionen und

mögliche Ansprechpartner vorgestellt. Die Abfrage von persönlichen Informationen und speziellen Publikationen, die von der EU selbst zum Thema Umweltrecht angeboten werden, wurden im Seminar demonstriert.

Expertenseminare 1999

Qualitätsmanagement in Dienstleistungsunternehmen –
Qualitätscontrolling für Dienstleistungen

Seminarleitung:

Lothar Weinland, ZEW

Referenten:

Stephan Dauben,

Droege & Comp., Düsseldorf

Matthias Gouthier,

Universität Eichstätt/Ingolstadt

Dr. Andreas Guldin,

E. Breuninger GmbH & Co., Stuttgart

Hildegard Schott,

Lufthansa Cargo AG, Frankfurt/M.

Michael Walterspiel,

Advance Bank AG, München

Lothar Weinland, ZEW

Das Qualitätsmanagement ist gegenwärtig eines der zentralen Marketingthemen von Dienstleistungsunternehmen. Die Begründung hierfür erscheint einfach und plausibel: Qualität führt zu Kundenzufriedenheit, die über eine gesteigerte Kundenbindung einen höheren wirtschaftlichen Erfolg verspricht. Die Folge in der Praxis ist eine wahre „Qualitätseuphorie“. Allerdings verstärken sich diesbezüglich die kritischen Stimmen. In empirischen Studien wurde nachgewiesen, dass Kundenzufriedenheit nicht zwangsläufig zu Kundenbindung führt und dass nur ein Teil aller Kunden lukrative Kunden sind. Voraussetzung für den effizienten Einsatz der für das Qualitätsmanagement zur Verfügung stehen-

den Ressourcen ist folglich der Aufbau eines entsprechenden Controllingsystems.

Das Seminar vermittelte den Teilnehmern grundlegende Kenntnisse und Methoden des Qualitätscontrolling für Dienstleistungsunternehmen. Ergänzt wurde dies durch Beispiele aus der Praxis erfolgreicher Dienstleister.

Quality Function Deployment (QFD)

Seminarleitung:

Dr. Thomas Cleff, ZEW

Referent:

Horst R. Schöler, Schöler & Partner, Unternehmensberater für Produkt & Management, Eggenstein, und Lehrbeauftragter an der Universität Karlsruhe

Misserfolge bei der Entwicklung und Einführung von Produkten und Dienstleistungen sind Fehlinvestitionen, die sich kein Unternehmen leisten kann.

Quality Function Deployment (QFD) bietet den Unternehmen einen methodischen Ansatz, schon in der Planungsphase eine systematische kundenorientierte Nutzenplanung durchzuführen. Ziel ist dabei, die wichtigen Kundenanforderungen im Produkt umzusetzen, um ein möglichst optimales Produkt- bzw. Dienstleistungskonzept für die gegebene Kundenzielgruppe zu entwickeln.

Der Einsatz von QFD verbessert die Kundenorientierung, senkt Kosten, verkürzt Entwicklungszeiten und trägt zur rechtzeitigen Erkennung und Beseitigung von Fehlern und Zielkonflikten bei.

Mitarbeitermotivation – Erfolgsbeteiligung als Element der Entlohnung

Seminarleitung:

Dr. Thomas Zwick, ZEW

Referenten:

Christian Cahn von Seelen,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Sepp Lintner, Personalleiter Heidelberger Druckmaschinen AG, Wiesloch
 Hans-Rainer Pohl, Partner und Leiter der Abteilung Vergütungsberatung, PwC Deutsche Revision AG, Hamburg
 Dr. Sikandar Siddiqui, Unternehmensberater, Hamburg
 Dr. Thomas Zwick, ZEW

Leistungsanreize können das unternehmerische Verantwortungsbewusstsein aller Beschäftigten stärken. Anreizsysteme sind aber keine Selbstläufer. Sie müssen in stimmiger Weise in die Unternehmensstrategie und -kultur integriert sein. In der Praxis ist es oft hilfreich, die folgenden vier Einflussfaktoren der Leistung von Individuen, Gruppen oder Unternehmen zu untersuchen:

- ▷ erforderliche Qualifikation als Voraussetzung zur Leistungserbringung,
- ▷ subjektive Erfahrungen mit bisherigen Motivationsmodellen und daraus resultierende Erwartungen,
- ▷ die Aufbau- und Ablauforganisation,
- ▷ objektive und subjektive Stimmigkeit der gegebenen Anreizsysteme.

Die Untersuchung dieser vier Einflussfaktoren war Gegenstand des Seminars.

KonTraG und KapAEG – Gesetzesänderungen und ihre Auswirkungen auf Kapitalgesellschaften

Seminarleitung:

Ernst-O. Schulze, ZEW

Referenten:

Prof. Dr. Gerhart Förtschle,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Manfred Kropp,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Bernd Reimer,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Seit dem 1. Mai 1998 gilt das KonTraG (Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich), das das Kontrollsystem deutscher Unternehmen verbessert.

Das KapAEG (Kapitalaufnahmeerleichterungsgesetz) hat zum Ziel, die Finanzierung deutscher Publikumsgesellschaften an internationalen Kapitalmärkten zu erleichtern. Dieses Gesetz ermöglicht, dass börsennotierte deutsche Mutterunternehmen künftig einen Konzernabschluss nach international anerkannten Rechnungslegungsstandards aufstellen und offen legen können.

Wesentliche Veränderungen durch die neuen Gesetze und ihre Auswirkungen auf Unternehmen wurden in dem Seminar diskutiert.

Angewandte Wirtschaftsforschung – Grundlagen und Anwendungen in der Praxis

Seminarleitung:

Dr. Norbert Janz, ZEW

Referenten:

Prof. Dr. Horst Entorf, Universität Würzburg

Martin Falk, ZEW

Dr. Norbert Janz, ZEW

Dr. Peter Winker, Universität Mannheim

Wer sich mit volkswirtschaftlichen Fragestellungen befasst, ist in zunehmendem Maße gezwungen, sich mit Ergebnissen angewandter Wirtschaftsforschung auseinander zu setzen. Öffentliche und private Forschungseinrichtungen produzieren zahlreiche empirische Studien, die wiederum die Basis für Berichterstattungen in den Medien bilden. Fortschritte in der Datenverarbeitung und Erleichterungen beim Zugang zu Datenbanken erlauben zudem eigene, auf eine konkrete Problemstellung bezogene Auswertungen.

Um die Vielzahl der verfügbaren Informationen effizient nutzen und die Qualität der Masse an Studien beurteilen zu können, bedarf es jedoch grundlegender Kenntnisse moderner Verfahren der empirischen Wirtschaftsforschung.

In diesem Seminar wurden die Grundlagen und Grundbegriffe der angewandten Wirtschaftsforschung kompakt und zeitge-

mäß dargestellt und auf ausgewählte, aktuell relevante Problemfelder angewendet.

Quantifizierung von Risiko

Seminarleitung:

Dr. Michael Schröder, ZEW

Referenten:

Dr. Olaf Korn, ZEW

Dr. Thomas Ridder, SGZ-Bank, Frankfurt/M.

Dr. Michael Schröder, ZEW

Das Seminar, das 1999 zweimal stattfand, widmete sich neueren methodischen Ansätzen zur Messung des Marktrisikos von Kapitalanlagen. Ziel war es, die theoretischen Grundlagen von Risikomaßen zu vertiefen und statistische Verfahren zur Risikomessung zu vermitteln. Das Seminar griff dabei auf neue Ergebnisse der Forschung zurück und zeigte, wie sie sich für die Praxis nutzbar machen lassen.

Anhand von zahlreichen Beispielen und mit Hilfe von PC-Demonstrationen wurden Theorien und Methoden transparent gemacht und Anwendungsmöglichkeiten aufgezeigt.

EURO-Workshop

Auch 1999 wurden die Veranstaltungen aus dieser vom ZEW und dem Euro Info Centre (EIC) angebotenen Workshop-Reihe fortgesetzt. Die Workshops stellten eine konkrete Unterstützung bei den Euro-Vorbereitungen dar. Workshops mit den folgenden Themenschwerpunkten wurden angeboten:

▷ Auswirkungen auf die Rechnungslegung

Referenten:

Prof. Dr. Gerhart Förtschle,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Sabine Heusinger,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

▷ Die Euro-Umstellung im Personalwesen

Referenten:

Thomas Kohl, ZEW

Andreas Offinger,

m²c Prof. Perlitz & Cie., Mannheim

Prozessorganisation – Wie man die Prinzipien der Prozessorganisation für das eigene Unternehmen nutzbar macht

Seminarleitung:

Prof. Dr. Dr. h.c. Alfred Kieser,
Universität Mannheim

Referenten:

Prof. Dr. Dr. h.c. Alfred Kieser,
Universität Mannheim

Christian Langer, CTcon, Vallendar

Von den neuen Organisationskonzepten hat Reengineering (die Prozessorganisation) bei weitem die größte Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Nach einer heftigen Phase der Euphorie stellt sich nun eine gewisse Ernüchterung ein. Wenn man mit realistischen Erwartungen an das Reengineering herangeht, kann man viel versprechende Ansatzpunkte für die Verbesserung der Kundenorientierung und für eine Erhöhung der Effizienz des Unternehmens ausfindig machen.

Ganz wesentlich für das Gelingen von Reengineering-Projekten ist die motivierende Kommunikation, die auf ein „Umprogrammieren“ des organisatorischen Denkens aller Organisationsmitglieder gerichtet ist. Dazu sind neue Formen der Beteiligung und Schulung der Mitarbeiter erforderlich, wie sie auch in diesem Seminar praktiziert wurden.

Das Internet als Instrument der Wettbewerbsanalyse

Seminarleitung und Referent:

Christian Kunze,

Bergische Universität-GH, Wuppertal

Aufgrund des Erfolgs im Vorjahr wurde das Seminar in aktualisierter Form 1999 zweimal wiederholt.

Economic Modeling Workshop – Numerical Policy Analysis: Computational Framework and Sample Applications to Public Finance

Seminarleitung:

Dr. Christoph Böhringer, ZEW

Referenten:

Dr. Christoph Böhringer, ZEW

Dr. Anna Ruocco, Universität Tübingen

Prof. Dr. Wolfgang Wiegand,
Universität Tübingen

Mit Hilfe von allgemeinen Gleichgewichtsmodellen werden unter anderem bei internationalen Organisationen wie EU, IMF, Weltbank und OECD Simulationen zur Bewertung alternativer politischer Maßnahmen durchgeführt. Der in englischer Sprache gehaltene Workshop bot eine gründliche Einführung in die Anwendung allgemeiner Gleichgewichtsmodelle und konzentrierte sich dabei auf finanzpolitische Analysen.

Kurssystem Finanzmarkt-Ökonometrie: Analyse und Prognoseverfahren

Die beiden Teile des Kurssystems, „Grundlagen“ und „Fortgeschrittene Verfahren“, wurden mit denselben Referenten wie 1998 durchgeführt.

Internationalisierung der Rechnungslegung

Seminarleitung:

Fred Ramb, ZEW

Referenten:

Dr. Holger Kahle, Universität Hannover

Dr. Andreas Oestreicher,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Fred Ramb, ZEW

Dr. Frank R. Schmidt,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Dr. Christoph Spengel,

Universität Mannheim

Prof. Dr. Franz W. Wagner,

Eberhard-Karls-Universität Tübingen

Das Seminar setzte sich mit den Konsequenzen und den steuerlichen Vorschriften auseinander, die sich aus einer Öffnung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für die „International Accounting Standards“ ergeben.

Neben den Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresabschluss wurden die Wirkungen der IAS für die Steuerbelastung diskutiert. Dabei wurde auf aktuelle Forschungsergebnisse Bezug genommen, die sich mit quantitativen Analysen einzelner Fragestellungen befassen.

Quality Function Deployment (QFD) und Wertanalyse

Seminarleitung:

Dr. Thomas Cleff, ZEW

Referent:

Horst R. Schöler,

Schöler & Partner, Unternehmensberater

für Produkt & Management, Eggenstein,

und Lehrbeauftragter an der

Universität Karlsruhe

Die Entwicklung verbesserter und neuer Produkte ist heute für die Unternehmen von existenzieller Bedeutung. Quality Function

Deployment (QFD) und die Wertanalyse (Wertgestaltung) sind die zwei herausragenden Methoden, die im Entwicklungsprozess in einem frühzeitigen Stadium die Produktplanung und die Umsetzung unterstützen.

Im Seminar wurden die beiden Methoden QFD und Wertanalyse erläutert und ihre Erfolgsfaktoren beschrieben. Die Verknüpfung beider Methodiken wurde besprochen und Beispiele wurden vorgestellt.

Methoden zur Identifizierung wettbewerbsfähiger Beschaffungsmärkte – Neue Methoden des Global Sourcing

Seminarleitung:

Dr. Thomas Cleff, ZEW

Referenten:

Dr. Thomas Cleff, ZEW

Kerstin Seidenschwann,

Heidelberger Druckmaschinen AG,

Wiesloch

Wie lassen sich auf internationalen Beschaffungsmärkten „optimale“ Lieferanten finden? Das ZEW hat zu diesem Zweck das „Global Sourcing Management Tool“ entwickelt, ein Programm, mit dessen Hilfe die Entscheidungskomplexität im internationalen Beschaffungsprozess reduziert wird. Die potenziellen Lieferländer, deren Unternehmen sich in den unterschiedlichen Produktqualitätsstufen als besonders wettbewerbsfähig erwiesen haben, werden identifiziert und es werden Trendprognosen erstellt. Da eine internationale Beschaffung immer auch politischen und operativen Risiken in den potenziellen Lieferländern ausgesetzt ist, werden neben den ökonomischen Indikatoren auch Indikatoren zum damit verbundenen „Länderrisiko“ ausgegeben. Neben den theoretischen Kenntnissen wurden im Seminar praxisrelevante Anwendungsfähigkeiten vermittelt.

Neue Anforderungen an die GmbH-Geschäftsführung – Auswirkungen des KonTraG

Seminarleitung:

Ernst-O. Schulze, ZEW

Referenten:

Prof. Dr. Gerhart Förtschle,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Manfred Kropp,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Bernd Reimer,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

In dem Seminar wurden die Auswirkungen des KonTraG (Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich) auf die GmbH-Geschäftsführung diskutiert.

Neue Rechnungslegungspflichten für

Kapitalgesellschaften und GmbH & Co. KG

Seminarleitung:

Dr. Armin Tischbierek,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Referenten:

Michael Deubert,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Prof. Dr. Gerhart Förtschle,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Manfred Kropp,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Bernd Reimer,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Dr. Armin Tischbierek,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Der Entwurf eines Kapitalgesellschaften- und Co-Richtlinie-Gesetzes (KapCoRiLiG) bringt für Personengesellschaften, bei denen nicht wenigstens eine natürliche Person persönlich haftender Gesellschafter ist, verschärfte Regelungen für die Jahresabschlusserstellung, Prüfung und Offenlegung mit sich. Für die beratenden und prüfenden Berufe ergeben sich daraus neue Herausforderungen,

nicht zuletzt wegen der Ausweitung der Pflichtprüfungen. Darüber hinaus werden Kapitalgesellschaften – und künftig auch die GmbH & Co. KG – schärferen Sanktionen als bisher unterworfen, wenn sie ihren Offenlegungspflichten nicht nachkommen.

Strategien zur Vermeidung unerwünschter Publizität wurden im Seminar ebenso diskutiert wie Strategien im Hinblick auf die Erstellung eines Konzernabschlusses.

Perspektiven und Möglichkeiten der Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

Seminarleitung:

Fred Ramb, ZEW

Referenten:

Andreas Fier, ZEW

Rico A. Hermann, ZEW

Timm Körting, ZEW

Helmut Kraus, Ernst & Young

Deutsche Treuhand AG, Mannheim

Fred Ramb, ZEW

Dr. Frieder Schmitz, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/M.

Ingo Trosien,

Deutsche Börse AG, Frankfurt/M.

In der aktuellen Diskussion über die Finanzierungsmöglichkeiten und Besteuerung von Unternehmen ist häufig die Rede von einer Benachteiligung der KMU. Im Rahmen des Seminars wurden einige Problemfelder aus der Sicht von KMU diskutiert.

Hierzu wurden neueste wissenschaftliche Ergebnisse präsentiert sowie aktuelle Themen aus der Praxis vorgestellt. Das Seminar vermittelte Perspektiven und Möglichkeiten, die zu einer Verbesserung der Finanzierungslage von KMU beitragen können. Dazu zählen der Zugang zu staatlichen Förderprogrammen, neuere Entwicklungstrends bei der Eigen- und Fremdfinanzierung, der Börsengang sowie steuerliche Aspekte.

Unternehmensbesteuerung im Umbruch

Seminarleitung:

Fred Ramb, ZEW

Referenten:

Hermann Grimm,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Rico A. Hermann, ZEW

Armin Knödler,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Manfred Kropp,

PwC Deutsche Revision AG, Frankfurt/M.

Die Verabschiedung des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002 am 19. März 1999 brachte einschneidende Konsequenzen für die steuerliche Gewinnermittlung mit sich. Nicht zu unterschätzen sind die beachtlichen Auswirkungen der steuerlichen Neuregelungen auf Inhalt und Struktur der Handelsbilanz. Speziell auch hinsichtlich der gewünschten Erstellung einer Einheitsbilanz ergeben sich gravierende Konflikte und Handlungsbedarf.

Im Rahmen des Seminars erfolgte eine kritische Bestandsaufnahme der neuen Situation einschließlich der aktuellen Entwicklungen in der Bilanzsteuerrechtsprechung. Es wurden Gestaltungshilfen angeboten, die die Unternehmen für Jahresabschluss, Verlustrechnungen und Umstrukturierungsprozesse benötigen. Abschließend wurde dargelegt, welche Neuerungen die nächste Stufe der Unternehmenssteuerreform voraussichtlich für die Unternehmensbesteuerung bringen wird.

Portfolio-Insurance für Aktienportfolios

Seminarleitung:

Dr. Michael Schröder, ZEW

Referenten:

Dr. Christian Schmitt,

Deutsche Bank AG, Frankfurt/M.

Dr. Michael Schröder, ZEW

Pascal Traccucci,
Invesco Asset Management, Frankfurt/M.

Das Seminar vermittelte Kenntnisse über die Theorie und den praktischen Einsatz von Absicherungsstrategien für Aktienportfolios. Im ersten Teil des Seminars wurden Bewertungsfragen von Optionen besprochen, und es wurde untersucht, welchen Einfluss Optionen auf die Renditeverteilung eines Portfolios haben.

Der zweite Teil behandelte ausführlich statische und dynamische Wertsicherungskonzepte und bewertete die unterschiedlichen Verfahren für den praktischen Einsatz im Portfolio Management.

Wettbewerbsanalyse –
Competitive Intelligence

Seminarleitung:

Dr. Thomas Cleff, ZEW

Referenten:

Wolfram Havemann,

DaimlerChrysler AG, Stuttgart

Christian Kunze,

Bergische Universität-GH, Wuppertal

Michael Schürer,

DaimlerChrysler AG, Stuttgart

Drastisch zunehmender Wettbewerbsdruck zwingt nahezu alle Unternehmen dazu, in ihrer strategischen Ausrichtung das Handeln der Wettbewerber zu antizipieren. Gleichzeitig besteht die Gefahr, Marktchancen und -risiken durch die sich beschleunigende Datenexplosion zu übersehen. Dieser Gefahr kann lediglich durch die Einrichtung und den Betrieb eines systematischen Wettbewerbsanalysesystems begegnet werden, dessen Kernaspekte in diesem Seminar vorgestellt und diskutiert wurden.

Flexibilisierung des Arbeitsentgelts

Seminarleitung:

Prof. Dr. Walter A. Oechsler,

Universität Mannheim

Referenten:

Prof. Dr. Wolfgang Franz, ZEW

Prof. Dr. Walter A. Oechsler,

Universität Mannheim

Prof. Dr. Volker Rieble,

Universität Mannheim

Im Anschluss an die Flexibilisierung der Arbeitszeit ist ein Flexibilisierungsdruck auf das Arbeitsentgelt festzustellen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Entgeltflexibilisierung hängen entscheidend davon ab, ob die Flexibilisierung im Tarifvertrag, in der Betriebsvereinbarung oder in den Arbeitsverträgen vereinbart werden soll. Die Wahl der richtigen Regelungsebene gibt auch den Einfluss des Unternehmens vor. Zudem ist regelungstechnisch darauf zu achten, ob die Entgeltanpassung automatisch dynamisch durch Ausrichtung an bestimmten Faktoren geschehen soll, wie etwa dem Aktienkurs des Unternehmens oder dem Bilanzgewinn. Ergänzend wurde ein Blick auf die Mitbestimmung des Betriebsrats geboten, die die Entgeltanpassung erschweren kann und damit ein Flexibilitätshindernis darstellt.

Der Kalman-Filter für

Anwendungen im Finanzbereich

Seminarleitung:

Dr. Michael Schröder, ZEW

Referenten:

Dr. Martin Moryson,

Stab des Sachverständigenrats

zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,

Wiesbaden

Dr. Michael Schröder, ZEW

Zustandsraummodelle (State-Space-Modelle) sind eine sehr allgemeine Klasse von Zeitreihenmodellen, mit denen sich eine Vielzahl spezieller Zeitreihenmodelle zusammenfassen lassen. Sie sind besonders geeignet, um Modelle mit latenten Variablen, unbeobachtbaren Komponenten oder mit variierenden Koeffizienten zu behandeln. Aber auch VAR-Modelle oder faktorenanalytische Modelle können in eine Zustandsraumform überführt und analysiert werden.

Der Kalman-Filter ist das Instrument, um die latenten Variablen, unbeobachtbaren Komponenten oder die variierenden Koeffizienten aus den Daten zu filtern bzw. zu rekonstruieren. Außerdem ist der Kalman-Filter ein entscheidendes Hilfsinstrument bei der Spezifikation und Parameterschätzung von Zustandsraummodellen.

Aktioptionsprogramme als Vergütungsinstrument

Seminarleitung:

Dr. Thomas Zwick, ZEW

Referenten:

Oliver Coenberg,

Hoechst AG, Frankfurt/M.

Nils Crasselt, Universität Bochum

Dr. Sikandar Siddiqui,

Unternehmensberater, Hamburg

Prof. Dr. Stefan Winter,

Universität Würzburg

Internationaler Wettbewerb findet nicht nur auf den Märkten für Güter und Dienstleistungen statt, sondern auch auf dem Markt für das Anlagekapital institutioneller und privater Investoren. Um angesichts dieser Situation eine ausreichende Versorgung mit Eigenkapital und eine ergänzende Fremdkapitalaufnahme zu günstigen Konditionen sicherstellen zu können, orientieren sich immer mehr Unternehmen vorrangig an dem Ziel einer dauerhaften Steigerung des

Unternehmenswertes (Shareholder Value).

Um dieses Bestreben in der betrieblichen Personalwirtschaft zu verankern, streben auch deutsche Unternehmen zunehmend Entgeltssysteme an, in denen das Einkommen der Begünstigten an den Wertzuwachs des Unternehmens gekoppelt wird. Bei börsennotierten Aktiengesellschaften bietet sich die Vergabe von Kaufoptionen auf eigene Aktien als Vergütungsbestandteil für Vorstandsmitglieder und/oder Beschäftigte an.

Volkswirtschaftliche Daten
kompetent interpretieren

Seminarleitung:

Dr. Michael Schröder, ZEW

Referenten:

Dr. Herbert S. Buscher, ZEW

Dr. Michael Schröder, ZEW

Dan Stegarescu, ZEW

Dr. Peter Westerheide, ZEW

Die Veröffentlichung zentraler gesamtwirtschaftlicher Kennziffern wie Arbeitslosenquote, Preisentwicklung und Wirtschaftswachstum übt einen beträchtlichen Einfluss auf die aktuelle Entwicklung an den Börsen aus. Aber nicht nur die Veröffentlichung, sondern schon die von den Finanzmarktteilnehmern erwarteten Zahlen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zeigen im Vorfeld ihre Wirkungen.

So wichtig eine frühzeitige Veröffentlichung gesamtwirtschaftlicher Daten ist, so unsicher und ungenau sind häufig die ersten vorläufigen Werte für diese ökonomischen Größen. Weiterhin liefern unterschiedliche Saisonbereinigungsverfahren sowie national und international verschiedene konzeptionelle Abgrenzungen wichtiger gesamtwirtschaftlicher Größen oftmals unterschiedliche Werte. Das Seminar lieferte Grundlagen für die Interpretation dieser Vielfalt an Kennziffern.

Unternehmensspezifische Seminare

Projektleitung: Lothar Weinland
(Tel.: -240, E-Mail: weinland@zew.de)

Der Umfang der unternehmensspezifischen Aktivitäten hat sich im Berichtszeitraum positiv entwickelt. Im Hinblick auf die aktuelle Marktsituation werden Konzepte für Seminare erarbeitet und angeboten, deren Inhalt sich eng an die Forschungsschwerpunkte des ZEW anlehnen bzw. im ZEW vorhandene Methodenkompetenzen zum Gegenstand haben.

Qualifizierung der Führungskräfte des
Grosskraftwerks Mannheim
(Lothar Weinland)

Die Liberalisierung und Internationalisierung der Energiemärkte führen zu einer Marktsituation mit extrem hohem Wettbewerbsdruck und veränderten Anforderungen an die Führungskräfte von Unternehmen der Energieversorgungsbranche. Der Servicebereich Wissenstransfer & Weiterbildung begann 1999 mit der Durchführung des 1998 konzipierten Qualifizierungsprogramms für die Führungskräfte der Grosskraftwerk Mannheim AG (GKM). Zielsetzung des – auf der Basis der Grundsätze für Führung und Zusammenarbeit der GKM entwickelten – Qualifizierungsprogramms ist es, die Führungskräfte der GKM bei der Bewältigung der veränderten bzw. neuen Herausforderungen zu unterstützen.

Im Mittelpunkt des modularen Schulungskonzepts stehen insbesondere die folgenden Themen:

- ▷ Informations- bzw. Kommunikationsprozesse in Unternehmen

- ▷ Führung von Mitarbeitergesprächen
- ▷ Motivation von Mitarbeitern
- ▷ Entwicklung von Mitarbeitern
- ▷ Förderung von eigenverantwortlichem Handeln
- ▷ Aufbau von Vertrauen.
Die Schulungen für die GKM erstrecken sich voraussichtlich bis Ende 2000.

Konzeption eines MBA-Moduls
(Dr. Sonja Kurz)

In Kooperation mit der Universität St. Gallen und der Akademie für Weiterbildung der Universitäten Mannheim und Heidelberg konzipierte W&W in Zusammenarbeit mit dem ZEW-Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement ein Modul für das Executive MBA-Programm der Universität St. Gallen. Dieser Programmteil soll erstmals für das Jahr 2001 ins Angebot aufgenommen werden.

Inhouse-Schulung bei Gemini Consulting
(Dr. Sonja Kurz)

Unter dem Schulungstitel „Das Internet als Instrument zur Wettbewerbsanalyse“ organisierte W&W eine Inhouse-Schulung für die Gemini Consulting, Bad Homburg.

Qualifikation ausländischer Führungskräfte

Projektleitung: Barbara Hey
(Tel.: -244, E-Mail: hey@zew.de)

Im Rahmen von mehrmonatigen Seminaren für den chinesischen Führungskräftenachwuchs aus Personal- und Weiterbildungsabteilungen von Unternehmen und Behörden übernahm das ZEW unter anderem den Seminarteilbereich „Personalentwicklung“. Dieses dreizehnwöchige Intensivseminar bestand aus drei Modulen:

- ▷ Personalentwicklungsrelevante Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre und des Personalmanagements
 - ▷ Personalentwicklungsrelevante Teile des Personalmanagements
 - ▷ Kernbereiche der Personalentwicklung.
- Ziel dieser Weiterbildungsmaßnahme war es, den Teilnehmern detaillierte Einblicke in die Personalentwicklung zu geben und bei dem Transfer des neu gewonnenen Wissens in die chinesische Arbeitswelt zu helfen. Dies geschah mit Hilfe von umfangreichen Vorträgen, Übungen und Projektarbeiten. Um den Bezug zur Praxis herzustellen, wurden zahlreiche Betriebsbesichtigungen und Betriebspraktika durchgeführt. Dieses Seminar fand zum vierten Mal statt.

Im Frühjahr 1999 wurde eine in Englisch gehaltene Weiterbildungsveranstaltung zum Thema Personalentwicklung in Zusammenarbeit mit der DSE angeboten. Dieses siebenwöchige Programm wurde von Teilnehmern aus Afrika, China und Asien besucht. Ziele, Konzepte und Methoden gleichen denen der Fachseminare für die chinesischen Teilnehmer.

Hierauf aufbauend und um Elemente der Aus- und Weiterbildung erweitert, findet im Frühjahr 2000 eine in englischer Sprache gehaltene Fortbildungsmaßnahme statt. Die-

ses viermonatige Programm steht Teilnehmern aus aller Welt offen.

Weitere Qualifizierungsmaßnahmen für spezielle Zielgruppen sind ab dem Jahr 2000 geplant. Ein Beispiel hierfür ist ein fünftägiges Seminarprogramm für Experten aus dem Investmentbanking Chinas.

Im Berichtszeitraum waren folgende Referenten für die Qualifizierung ausländischer Führungskräfte tätig:

Externe Referenten:

Dr. Susanne Bartscher-Finzer,
freiberufliche Trainerin, Mannheim
Elke Bode, Team Concept, Dernbach
Johannes Fleischle,
freiberuflicher Trainer, Tübingen
Matthias Gouthier,
Katholische Universität Eichstätt
Prof. Dr. Herbert Grüner,
Fachhochschule Eberswalde
Jakob Iwanowitsch, E. Iwanowitsch,
Coaching und Beratung, Weinheim
Brigitte Jansky, Jansky Institut,
Oestrich-Winkel
Barbara Koop, Universität Mannheim
Prof. Dr. Dieter Timmermann,
Universität Bielefeld
Manuel Vermeer,
Ostasieninstitut FH Ludwigshafen
Thorsten Weidt,
freiberuflicher Trainer, Esslingen
Dr. Frank Zils,
CS&P Bildungsmanagement, Westhofen

Interne Referenten:

Melanie Henneke
Barbara Hey
Thomas Kohl
Dr. Sonja Kurz
Dr. Friedhelm Pfeiffer
Lothar Weinland
Dr. Thomas Zwick

Elektronischer Wissenstransfer

Nach Abschluss des Projekts „Altersvorsorge KOMPETENT“ konzentrierten sich die Tätigkeiten des elektronischen Wissenstransfers auf die Gestaltung und Pflege des Internetauftritts des ZEW sowie die Erweiterung und Optimierung des internen Informations- und Kommunikationssystems. Im Herbst 1999 wurde das Projekt „Web2000“ konzipiert mit dem Ziel, das Internetangebot des ZEW inhaltlich und technisch neuen Anforderungen und Möglichkeiten anzupassen und darüber hinaus die interne Informations- und Kommunikationsbasis zu optimieren. Aufgrund dieser Neuausrichtung wurde der Bereich „Elektronischer Wissenstransfer“ ab 1.1.2000 dem Servicebereich „Information und Kommunikation“ zugeordnet (Einzelheiten zu dem Projekt „Web2000“ siehe S. 193).

CD-ROM „Altersvorsorge KOMPETENT“

Zum Thema Altersvorsorge wurden vom ZEW unter Beteiligung von W&W und den Forschungsbereichen sowie in Zusammenarbeit mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft zwei CD-ROMs entwickelt („Betriebliche Altersversorgung“ und „Private Altersvorsorge und Finanzmanagement“). Für den Kooperationspartner PwC Deutsche Revision AG wurde eine unternehmensspezifische Fassung erstellt.

Die Aufgaben von W&W unter der Verantwortung von Jürgen Fend (Tel.: -243, E-Mail: fend@zew.de) umfassten in diesem Projekt insbesondere:

- ▷ die technische Koordination des Projektes,
- ▷ die EDV-technische Konzeption und deren Abstimmung mit Partnern und Verlagen,
- ▷ die Programmierung des zugrunde liegenden Informationssystems und verschiede-

ner Berechnungstools (z. B. eines Versorgungslückenrechners) unter Berücksichtigung aktueller mediendidaktischer Erkenntnisse,

- ▷ die Produktion von Multimedia-Elementen (z. B. Audio- und Video-Sequenzen) sowie die Angleichung der Benutzeroberfläche an das Erscheinungsbild des ZEW im Internet,
- ▷ die Planung und Koordinierung notwendiger Abstimmungen mit Kooperations- und Vertriebspartnern.

Publikationen und Vorträge

1998/99

Jahresbericht

Externe und interne Veröffentlichungen

Externe Fachzeitschriften

mit Referee-Prozess

Almus, M., J. Egel, M. Lechner, F. Pfeiffer und H. Spengler (1998), Die gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz – eine ökonometrische Analyse des Wiedereingliederungserfolges, *MittAB* 31 (3), 558-574.

Almus, M. and E. A. Nerlinger (1999), Growth of New Technology-Based Firms – Which Factors Matter?, *Small Business Economics* 13, 141-54.

Almus, M. und E. A. Nerlinger (1999), Wachstumsdeterminanten junger innovativer Unternehmen: Empirische Ergebnisse für West-Deutschland, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 218, 257-275.

Anders, U. and O. Korn (1999), Model Selection in Neural Networks, *Neural Networks* 12, 309-323.

Anders, U. und A. Szczesny (1998), Prognose von Insolvenzwahrscheinlichkeiten mit Hilfe logistischer neuronaler Netzwerke, *Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung* (10), 892–915.

Beise, M. and H. Stahl (1999), Public Research and Industrial Innovation in Germany, *Research Policy* 28 (4), 397-422.

Blechinger, D. und F. Pfeiffer (1999), Qualifikation, Beschäftigung und technischer Fortschritt: eine Analyse mit den Daten des Mannheimer Innovationspanels, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 218 (1+2), 128-146.

Böhringer, C. (1999), Die Kosten von Klimaschutz – Eine Interpretationshilfe für die mit quantitativen Wirtschaftsmodellen er-

mittelten Kostenschätzungen, *Journal of Environmental Law and Policy*, *ZfU* 22 (3), 369-384.

Bräuer, W. und O. Kopp (1999), Indien als Gastland für Joint-Implementation-Projekte, *Journal of Environmental Law and Policy*, *ZfU* 22 (3), 385-412.

Büttner, T. (1999), The Effect of Unemployment, Aggregate Wages, and Spatial Contiguity on Local Wages: An Investigation with German District Level Data, *Papers in Regional Science* 78, 47-67.

Cleff, T. and K. Rennings (1999), Determinants of Environmental Product and Process Innovation – Evidence from the Mannheim Innovation Panel and a Follow-Up Telephone Survey, in: Karl, H. and C. Orwat (eds.), *European Environment, Special Issue on Integrated Product Policy* 9 (5), 191-201.

Franz, W. (Hrsg.) (1999), Lohnstruktur, Qualifikation und Mobilität, Themenheft der *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219.

Franz, W. and B. Fitzenberger (1999), Industry-Level Wage Bargaining: A Partial Rehabilitation – The German Experience, *Scottish Journal of Political Economy* 46, 437-457.

Franz, W., K. Göggelmann, M. Schellhorn and P. Winker (1999), Quasi Monte Carlo Methods in Stochastic Simulations, erscheint in *Empirical Economics* (siehe auch ZEW Discussion Paper No. 98-03).

Franz, W. und V. Zimmermann (1999), Mobilität nach der beruflichen Erstausbildung: Eine empirische Studie für Westdeutschland, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219, 143-164.

Harhoff, D., F. Narin, F. M. Scherer and K. Vopel (1999), Citation Frequency and the Va-

lue of Patented Inventions, *The Review of Economics and Statistics* 81, 511-515.

Heinemann, F. (1999), EMU and Fiscal Discipline: The End of the Depreciation Threat, *Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften/Review of Economics* 50, 109-135.

Jacobs, O. H., C. Spengel und A. Wünsche (1999), Wettbewerbswirkungen einer ökologischen Steuerreform in Deutschland und Europa, *Die Betriebswirtschaft*, 7-21.

Kaiser, U. (1998), Die Wirkung wirtschaftspolitischer Ereignisse auf Erwartungen über den Starttermin der Europäischen Währungsunion, *ifo Studien* 2, 103-120.

Kempf, A. and O. Korn (1999), Market Depth and Order Size, *Journal of Financial Markets* 2, 29-48.

Kempf, A. und O. Korn (1999), Preisprognosen mit Handelsvolumen, *Finanzmarkt und Portfolio Management* 13, 178-193.

Klotz, S., F. Pfeiffer und W. Pohlmeier (1999), Wirkung des technischen Fortschritts auf die Qualifikationsstruktur der Beschäftigung und die Entlohnung, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219 (1+2), 90-108.

Kraus, F., P. A. Puhani and V. Steiner (1999), Employment Effects of Publicly Financed Training Programmes: The East German Experience, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 219, 216-248.

Licht, G. and D. Moch (1999), Innovation and Information Technology in Services, *The Canadian Journal of Economics* 32 (2), 363-383.

Pfeiffer, F. (1999), Existenzgründerpotenziale unter Arbeitsuchenden. Empirische Evidenz mit den Daten des Mikrozensus, *MittAB* 32 (3), 1-25.

Pfeiffer, F. and K. Rennings (1999), Employment Impacts of Cleaner Production – Evidence from a German Study Using Case Studies and Surveys, *Business Strategy and the Environment* (forthcoming).

Rennings, K. (1999), Redefining Innovation – Eco-Innovation Research and the Con-

tribution from Ecological Economics, *Ecological Economics* (forthcoming).

Rennings, K. (1999), Towards a Theory and Policy of Eco-Innovation – Neoclassical and (Co-)Evolutionary Perspectives, *International Journal of Sustainable Development* (forthcoming).

Rennings, K., H. Koschel, K. L. Brockmann and I. Kühn (1999), A Regulatory Framework for a Policy of Sustainability: Lessons from the Neo-Liberal School, *Ecological Economics* 28, 197-212.

Schwager, R. (1999), The Theory of Administrative Federalism: An Alternative to Fiscal Centralization and Decentralization, *Public Finance Review* 27, 282-309.

Schwager, R. (1999), Administrative Federalism and a Central Government with Regionally Biased Preferences, *International Tax and Public Finance* 6, 165-189.

Schwager, R. (1999), Dynamic Inefficiency in a World Ending with Probability One, *Keio Economic Studies* 36, 61-78.

Steil, F. und E. Wolf (1999), Determinanten der Beschäftigungsdynamik ostdeutscher Branchen. Eine mikroökonomische Analyse für das Verarbeitende Gewerbe, *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 119 (2), 265-292.

ohne Referee-Prozess

Beise, M. (1999), Vom Lead-User zum Lead-Market: Regionale Ausgangspunkte globaler Innovationen, *Technischer Vertrieb* 1 (5), 18-25.

Beise, M., B. Gehrke und H. Legler (1999), Attraktivität Deutschlands und seiner Regionen für Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, *Informationen zur Raumentwicklung* (1), 31-44.

Bergmann, H. (1999), Perspektiven der Förderung erneuerbarer Energien, *Energie-depesche* 4, 6-7.

Brockmann, K. L. und M. Stronzik (1999), Flexible Mechanisms for an Efficient Climate Policy – Bericht über eine internationale Konferenz, *Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung* 12 (3), 414-417.

Brockmann, K. L. und M. Stronzik (1999), Flexible Mechanismen für eine effiziente Klimapolitik, *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 49 (12), 865.

Brockmann, K. L. and M. Stronzik (1999), FlexMechs and Efficiency, *Joint Implementation Quarterly* 5 (3).

Büttner, T. (1999), Nationaler und regionaler Steuerwettbewerb – Probleme und Grenzen, *Konjunkturpolitik* 49, 111-142.

Cleff, T. and K. Rennings (1999), Determinants of Environmental Product and Process Innovation, *European Environment, The Journal of European Environment Policy* 9 (5), 191-201.

Eckerle, T. H. und C. Spengel (1999), Deutschland und Frankreich belasten die Unternehmen steuerlich am meisten, *Finanz-Rundschau* (11), V-VI.

Franz, W. (1999), Ein Plädoyer für eine beschäftigungsfreundliche Lohnpolitik, *Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 79 (8), 466-469.

Franz, W. und B. Rütters (1999), Arbeitsrecht und Ökonomie – Mehr Beschäftigung durch eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts, *Recht der Arbeit* 52, 32-38.

Grittmann, G. (1999), Internationale Konferenz „Innovation-Oriented Environmental Regulation. Theoretical Approaches and Empirical Analysis, Potsdam 27.-29.5.1999“, *TA-Datenbank-Nachrichten* 8 (2), 81-84.

Heinemann, F. (1999), Steuerpolitik im EU-Binnenmarkt: Harmonisierung oder Wettbewerb, *Politik und Gesellschaft/International Politics and Society* (2), 179-186.

Heinemann, F. (1999), Der Kompensationsfonds: Eine neue Finanzverfassung für die EU der 21+, *Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* (5), 293-299.

Heinemann, F. (1999), Überlegungen zum

EU-Finanzrahmen, *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 82, 17-22.

Heinemann, F. (1998), Die Erben von Diskont und Lombard, *Anlagepraxis* (8), 18-21.

Jacobs, O. H., C. Spengel und A. Wünsche (1999), Steuerreform 1999/2000/2002: Auswirkungen auf die Unternehmensbesteuerung im nationalen und internationalen Vergleich, *Der Betrieb*, 57-63.

Kaiser, U. (1999), Die ZEW/Creditreform Konjunkturumfrage bei unternehmensnahen Dienstleistern, *Allgemeines Statistisches Archiv (Rundschau)* 83, 447-451.

Kaiser, U. and C. Stirböck (1999), The Impact of the Introduction of the Euro on Firms' Expectations – An Empirical Assessment of the German Business-Related Services Sector, *Intereconomics* 34 (3), 107-114.

Niggemann, H. (1999), Der statistische Erhebungsumfang und die volkswirtschaftliche Bedeutung von Dienstleistungen, in: Scheinost, U. (Hrsg.), *Abbildung der Dienstleistungen in der Statistik, Sonderheft des Allgemeinen Statistischen Archivs*.

Pfeiffer, F. und K. Rennings (1999), Integrierter Umweltschutz: Weder Jobkiller noch Jobwunder, *Umweltwirtschaftsforum* 2, 20-23.

Pfeiffer, F. und K. Rennings (1999), Integrierter Umweltschutz: Weder Jobkiller noch Jobwunder, *TA-Datenbank-Nachrichten* 7 (2), 51-55.

Pfeiffer, F. und K. Rennings (1999), Weder Jobkiller noch Jobwunder – Die Beschäftigungswirkungen des integrierten Umweltschutzes, *Ökologisches Wirtschaften* 2, 26-27.

Puhani, P. A. (1999), Labour Mobility as an Adjustment Mechanism for Euroland?, *Global Player* (5).

Schröder, M. (1999), Messung des Marktrisikos von Kapitalanlagen, *Finanzbetrieb* 11, 383-388.

Schwager, R. (1998), Buchbesprechung zu Wildasin, D. (ed.), *Fiscal Aspects of Evolving Federations*, *Journal of Economics* 68, 88-90.

Steiner, V. und T. Zwick (1999), Tu Felix Austria Labora?, *Wirtschaftspolitische Blätter* 46 (3), 232-241.

Westerheide, P. (1999), Der Stellenwert der Vermögenspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, *Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 79, 51-55.

Zwick, T. und V. Steiner (1999), Van de Alpen naar de polder, *Economisch Statistische Berichten* 84, 369-371.

Externe Discussion Papers/ Working Papers

Almus, M., J. Egel, D. Engel und H. Gassler (1999), *Berichterstattung zum Unternehmensgründungsgeschehen in Österreich bis 1996*, Report OEFZS-A-4524A, Seibersdorf.

Almus, M., J. Egel, D. Engel und H. Gassler (1999), *Dienstleistungsgründungen in Österreich: Sektorstruktur, Regionalverteilung und Determinanten*, Report OEFZS-A-4543A, Seibersdorf.

Büttner, T. (1999), *Determinants of Tax Rates in Local Capital Income Taxation: A Theoretical Model and Evidence from Germany*, CESifo Working Paper Series No. 194, München.

Demougin, D. and R. Schwager (1999), *Excess Burden of Criminality and Redistribution*, Cahier de Recherche No. 62, Centre de Recherche sur l'Emploi et les Fluctuations Économiques, Université du Québec à Montréal, Revised Version, Montréal.

Dutschke, M., A. Michaelowa and M. Stronzik (1998), *Tightening the System: Central Allocation of Emission Rights*, HWWA Discussion Paper No. 70, Hamburg.

Egel, J. und P. Schmidt (1998), *Modernisierung der regionalen Wirtschaftsstruktur? – High-Tech-Gründungen in Österreich*, Bremer Diskussionsbeiträge zur empirischen Handels- und Regionalstrukturforschung 3-98, Hochschule Bremen.

Engel, D. und F. Steil (1999), *Dienstleistungsneugründungen in Baden-Württemberg*, Arbeitsbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung No. 139, Stuttgart.

Heinemann, F. (1999), *Exchange Rate Regimes and Fiscal Discipline in OECD Countries*, Universität des Saarlandes, Europa-Institut, Vorträge, Reden und Berichte Nr. 57, Saarbrücken.

Heinemann, F. (1999), *After the Death of Inflation: Will Fiscal Drag Survive?*, CERGE-EI Research Seminar Series, November, Charles University, Prague.

Kaiser, U. and H. S. Buscher (1999), *The Service Sentiment Indicator – A Business Climate Indicator for the German Business-Related Services Sector*, Center of Finance and Econometrics Discussion Paper 99/06, Konstanz.

Lauer, C. (1999), *The Effects of European Monetary Union on Wage Behaviour*, IZA Discussion Paper No. 36, Bonn.

Lechner, M., F. Pfeiffer, H. Spengler and M. Almus (1999), *The Impact of Non-Profit Temping Agencies on Individual Labour Market Success in the West German State of Rhineland-Palatinate*, University of St. Gallen Discussion Paper 99-02, St. Gallen.

Michaelowa, A., M. Dutschke and M. Stronzik (1999), *Convergence Criteria for Participation in the Flexible Mechanisms of the Kyoto Protocol*, HWWA Discussion Paper No. 82, Hamburg.

Michaelowa, A. and M. Stronzik (1999), *Early Crediting of Emissions Reduction – A Panacea or Pandora's Box?*, Fondazione Eni Enrico Mattei, Nota di Lavoro 48.99, Mailand.

Müller, C. and H. S. Buscher (1999), *Exchange Rate Volatility Effects on the German Labour Market: A Survey of Recent Results and Extensions*, IZA Discussion Paper No. 37, Bonn.

Puhani, P. A. (1999), *Public Training and Outflows from Unemployment, An Augmented Matching Function Approach on Polish Regional Data*, CEPR Discussion Paper No. 2244, London.

Puhani, P. A. (1999), *Labour Mobility – An Adjustment Mechanism in Euroland? Empirical Evidence for Western Germany, France, and Italy*, IZA Discussion Paper No. 34, Bonn.

Puhani, P. A. (1999), *Advantage through Training? A Microeconomic Evaluation of the Employment Effects of Active Labour Market Programmes in Poland*, CEPR Discussion Paper No. 2000, London.

Puhani, P. A. (1999), *Unemployment Benefit Entitlement and Training Effects in Poland During Transition*, The William Davidson Institute Working Paper Series No. 226, Ann Arbor, MI.

Monographien, Beiträge in Tagungs- und Sammelbänden

Almus, M., J. Egel, M. Lechner, F. Pfeiffer und H. Spengler (1999), *Wirkungen gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassungen in Rheinland-Pfalz*, BeitrAB, Bd. 225, Nürnberg.

Almus, M., E. A. Nerlinger und F. Steil (1999), *Growth Determinants of Start-Ups in Eastern Germany, A Comparison between Innovative and Non-Innovative Firms*, in: Oakey, R., W. Daring and S.-M. Mukhtar (eds.), *New Technology-Based Firms in the 1990s*, Vol. VI, London, 283-296.

Beise, M. (1999), *Lead Markets and the International Allocation of R&D*, in: Kocaoglu, D. and T. Anderson (eds.), *Technology and Innovation Management: Setting the Pace for the Third Millennium*, Proceedings of the PICMET '99 Conference, Vol. 2, Portland.

Beise, M., G. Ebling, N. Janz, G. Licht und H. Niggemann (1999), *Innovationsaktivitäten im Verarbeitenden Gewerbe, Ergebnisse der Innovationserhebung 1997*, in: Janz, N. und G. Licht (Hrsg.), *Innovationsaktivitäten in der deutschen Wirtschaft*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 41, Baden-Baden, 9-98.

Belitz, H. and M. Beise (1999), *Internationalisation of R&D in Multinational Enterprises:*

The German Perspective, in: Borell, R. and N. Pain (eds.), *Innovation, Investment and the Diffusion of Technology in Europe – German Direct Investment and Economic Growth in Postwar Europe*, Cambridge, 89-119.

Bellmann, L. und V. Steiner (Hrsg.) (1999), *Panelanalysen zu Lohnstruktur, Qualifikation und Beschäftigungsdynamik*, BeitrAB, Bd. 229, Nürnberg.

Blechinger, D. and F. Pfeiffer (1999), *Technological Change and Skill Obsolescence: The Case of German Apprenticeship Training*, in: Heijke, H. and J. Muysken (eds.), *Education and Training in the Knowledge-Based Economy*, London.

Blechinger, D. und F. Pfeiffer (1999), *Beschäftigung, Qualifikationsstruktur und integrierter Umweltschutz: Empirische Evidenz mit den Daten des Mannheimer Innovationspanel*, in: Pfeiffer, F. und K. Rennings (Hrsg.), *Beschäftigungswirkungen des Übergangs zu integrierter Umwelttechnik*, Umwelt- und Ressourcenökonomie, Heidelberg, 105-152.

Blechinger, D. und F. Pfeiffer (1999), *Determinanten von Umweltinnovationen*, in: Pfeiffer, F. und K. Rennings (Hrsg.), *Beschäftigungswirkungen des Übergangs zu integrierter Umwelttechnik*, Umwelt- und Ressourcenökonomie, Heidelberg, 191-201.

Böhringer, C. (1999), *Zur Verteilung der Kyoto-Reduktionspflichten in der EU*, in: Läge, E., P. Schaumann und U. Fahl (Hrsg.), *Treibhausgasminderung in Deutschland zwischen nationalen Zielen und internationalen Verpflichtungen*, Jülich, 87-96.

Böhringer, C., J. Jensen and T. F. Rutherford (1999), *Energy Market Projections and Differentiated Carbon Abatement in the European Union*, in: Carraro, C. (ed.), *Efficiency and Equity of Climate Change Policy*, Dordrecht.

Böhringer, C., A. Pahlke and T. F. Rutherford (1999), *Carbon Abatement, Revenue Recycling and Intergenerational Burden Sharing*, in: Herings, P.J.J., G. van der Laan and A.J.J. Talman (eds.), *The Theory of Markets*, Amsterdam, 305-326.

Böhringer, C. and T. F. Rutherford (1999), World Economic Impacts of the Kyoto Protocol, in: Welfens, P.J.J., R. Hillebrand and A. Ulph (eds.), *Internationalization of the Economy, Environmental Problems and New Policy Options*, Heidelberg/New York.

Brockmann, K. L. (1999), *Exportdiversifizierung durch Ausfuhrbeschränkungen für Rohstoffe – das Beispiel Tropenholz in Indonesien*, Europäische Hochschulschriften, Wiesbaden.

Brockmann, K. L. (1999), Anreizmechanismen und Innovationswirkungen 'freiwilliger' Selbstverpflichtungen im Umweltschutz – Eine spieltheoretische Analyse, in: Rennings, K. (Hrsg.), *Innovation durch Umweltpolitik*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 36, Baden-Baden, 103-146.

Brockmann, K. L. (1999), Innovationswirkungen der „Erklärungen der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge“ – Eine Fallstudie, in: Rennings, K. (Hrsg.), *Innovation durch Umweltpolitik*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 36, Baden-Baden, 147-182.

Brockmann, K. L. and S. Osório-Peters (1999), Effects on Innovation of Voluntary Agreements – Game Theoretic Analyses on Climate Protection in Germany and the Netherlands, in: Klemmer, P. (Ed.), *Innovation and the Environment*, Innovative Impacts of Environmental Policy Instruments, Vol. 6, Berlin.

Brockmann, K. L. and S. Osorio-Peters (1999), Innovationswirkungen freiwilliger Selbstverpflichtungen im Umweltschutz – spieltheoretische Analysen und Fallstudien zum Klimaschutz in Deutschland und den Niederlanden, in: Klemmer, P. (Hrsg.), *Innovationen und Umwelt*, Innovative Wirkungen umweltpolitischer Instrumente, Bd. 3, Berlin, 345-360.

Bürgel, O. und A. Fier (1999), *Die Internationalisierung junger Technologieunternehmen in Deutschland und Großbritannien*, Seminarberichte der Gesellschaft für Regionalforschung (GfR).

Bürgel, O., A. Fier, G. Licht, G. Murray and E. Nerlinger (1999), The Internationalisation

of British and German Start-Up Companies in High-Technology Industries, in: Oakey, R., W. Doring and S.-M. Mukhtar (eds.), *New Technology-Based Firms in the 1990s*, Vol. VI, London, 227-245.

Buslei, H. (1999), Übergang auf ein niedrigeres Rentenniveau bei alternativem Rentenzustand, in: Wille, E. (Hrsg.), *Entwicklung und Perspektiven der Sozialversicherung*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 33, Baden-Baden, 69-100.

Cleff, T., J. Hemmelskamp und K. Rennings (1998), Nachhaltigkeit und Innovation. Der Einfluß politischer Rahmenbedingungen auf Innovationsverhalten, in: UnternehmensGrün (Hrsg.), *Märkte ohne Grenzen*, München, 149-166.

Cleff, T. and K. Rennings (1999), Determinants of Environmental Innovation – Empirical Evidence from the Mannheim Innovation Panel and a Follow-Up Telephone Survey, in: Klemmer, P. (Ed.), *Innovation and the Environment*, Innovative Impacts of Environmental Policy Instruments, Vol. 6, Berlin.

Cleff, T. und K. Rennings (1999), Besonderheiten und Determinanten von Umweltinnovationen – Empirische Evidenz aus dem Mannheimer Innovationspanel und einer telefonischen Zusatzbefragung, in: Klemmer, P. (Hrsg.), *Innovationen und Umwelt*, Innovative Wirkungen umweltpolitischer Instrumente, Band 3, Berlin, 361-382.

Cleff, T. und K. Rennings (1999), Besonderheiten und Determinanten von Umweltinnovationen – Empirische Evidenz aus dem Mannheimer Innovationspanel und einer telefonischen Zusatzbefragung, in: Klemmer, P., U. Lehr und K. Lötter (Hrsg.), *Umweltinnovationen: Anreize und Hemmnisse*, Innovative Wirkungen umweltpolitischer Instrumente, Bd. 2, Berlin, 161-163.

Cleff, T. und K. Rennings (1999), Empirische Evidenz zu Besonderheiten und Determinanten von Umweltinnovationen, in: Rennings, K. (Hrsg.), *Innovation durch Umwelt-*

politik, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 36, Baden-Baden, 47-99.

Ebling, G., C. Hipp, N. Janz, G. Licht und H. Niggemann (1999), Innovationsaktivitäten im Dienstleistungssektor, Ergebnisse der Innovationserhebung 1997, in: Janz, N. und G. Licht (Hrsg.), *Innovationsaktivitäten in der deutschen Wirtschaft*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 41, Baden-Baden, 99-222.

Egeln, J. und P. Schmidt (1999), Modernisierung der regionalen Wirtschaftsstruktur? – High-Tech-Gründungen in Österreich, in: Welfens, P.J.J. und C. Graack (Hrsg.), *Technologieorientierte Unternehmensgründungen und Mittelstandspolitik in Europa*, Heidelberg, 167-184.

Elias, P. and V. Steiner (1998), *Labour Markets in Transition: Britain and Germany Compared*, Anglo-German Foundation, London.

European Commission (ed.) (1998), *QUITS – Quality Indicators for Transport Systems, Transport Research – Fourth Framework Programme – Strategic Transport*, Brüssel.

Falk, M. und F. Pfeiffer (1999), Auswirkungen von Innovationen auf Lohn- und Produktivitätsangleichung zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen, in: Fritsch, M., F. Meyer-Krahmer und F. Pleschak (Hrsg.), *Innovationen in Ostdeutschland, Potenziale und Probleme*, Heidelberg, 145-169.

Falk, M. und F. Pfeiffer (1999), Innovationen und Produktivitätswachstum ostdeutscher Betriebe 1992-1995, in: Bellmann, L., S. Kohaut und M. Lahner (Hrsg.), *Zur Entwicklung von Lohn und Beschäftigung auf der Basis von Betriebs- und Unternehmensdaten*, BeitrAB, Bd. 220, Nürnberg, 77-98.

Fier, A. (1999), Evaluation als Schlüssel zum Projekt- und Programmerfolg, in: BMWi (Hrsg.), *Verbesserte Umsetzung von Forschungsergebnissen in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen*, Bonn.

Fier, A. und G. Licht (1999), *Management Training in Small and Medium-Sized Enterprises – Survey of Germany and Finland*, OECD Proceedings, Paris.

Franz, W. (1999), Lohnpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft, in: Küng H., B. Leibinger und W. Spies (Hrsg.), *Auf sicherem Fundament. Festschrift für Erwin Teufel*, Stuttgart, 222-228.

Franz, W. (1999), Der Flächentarifvertrag in der Chemischen Industrie im Spannungsfeld zwischen Tarifpolitik und Beschäftigung, in: Bundesarbeitgeberverband Chemie (Hrsg.), *Perspektiven. 50 Jahre Tarif- und Sozialpolitik in der Chemie*, Wiesbaden, 29-43.

Franz, W. (1999), Beschäftigungspolitik – Was kann Deutschland von anderen Staaten lernen?, in: *Brockhaus Enzyklopädie: Jahrbuch 1998*, Mannheim, 77-81.

Franz, W. (1999), Innovative Employment Initiatives: Some Thoughts on the Flexibility of the Wage Bargaining Process, in: Marin, B. et al. (eds.), *Innovative Employment Initiatives*, Aldershot, 213-222.

Franz, W. (1999), Arbeit für alle? Wie viel Arbeitslosigkeit verträgt eine Gesellschaft?, in: Bibliographisches Institut/Brockhaus (Hrsg.), *Visionen 2000*, Mannheim, 212-215.

Franz, W. (1998), Skills and Technology, in: Centre for Economic Performance (ed.), *Employability and Exclusion. What Governments Can Do*, London, 19-26.

Franz, W. (1998), The German Unemployment Problem: What We Know and Do Not Know, in: Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil (Hrsg.), *Drittes Öffentliches DAAK Symposium*, Schriftenreihe des DAAK, Symposien, Bd. 5, Bonn, 25-43.

Franz, W. und F. Heinemann (1999), Geldpolitik in der Euro-Ära, in: GFA Gesellschaft für Fondsanalyse (Hrsg.), *Fondsguide Deutschland 1999*, Wiesbaden, I.83-I.94.

Franz, W., J. Inkmann, W. Pohlmeier and V. Zimmermann (1999), Young and Out in Germany: On the Youths' Chances of Labor Market Entrance in Germany, in: Blanchflower, D. G. and R. B. Freeman (eds.), *Youth Employment and Joblessness in Advanced Countries*, Chicago.

Groscurth, H.-M. und S. Vögele (1999),

Beschäftigungswirkungen des Übergangs von additiver zu integrierter Umwelttechnik – Fallstudie „Biomassennutzung“, in: Pfeiffer, F. und K. Rennings (Hrsg.), *Beschäftigungswirkungen des Übergangs zu integrierter Umwelttechnik*, Umwelt- und Ressourcenökonomie, Heidelberg, 93-104.

Heinemann, F. (1999), Haushalt und Finanzen, erscheint in: Weidenfeld, W. und W. Wessels (Hrsg.), *Europa von A-Z – Taschenbuch der europäischen Integration*, Bonn.

Heinemann, F. (1999), Die Reformperspektive der EU-Finanzverfassung nach den Beschlüssen zur Agenda 2000, erscheint in: Caesar, R. und H.-E. Scharrer (Hrsg.), *Die Zukunft Europas im Lichte der Agenda 2000*, Baden-Baden.

Heinemann, F. (1998), *EU-Finanzreform 1999: Eine Synopse der politischen und wirtschaftlichen Diskussion und eine neue Reformkonzeption*, Gütersloh.

Hemer, J., V. Lessat, G. Licht et al. (1999), *Beteiligungskapital und technologieorientierte Unternehmensgründungen. Markt – Finanzierung – Rahmenbedingungen*, Wiesbaden.

Herbrich, R., M. Keilbach et al. (1999), Neural Networks in Economics – Background, Applications and New Developments, in: Brenner, T. (Hrsg.), *Computational Techniques for Modelling Learning in Economics*, Dordrecht.

König, H. (1999), Economic Knowledge Transfer by Research Institutes in Germany: Some Reflections, in: Mohr, E. (ed.), *The Transfer of Economic Knowledge*, Cheltenham, 90-99.

König, H. (1998), Gründungsdynamik, Innovation und Beschäftigung, in: Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie (Hrsg.), *Walter Adolf Jöhr-Vorlesung 1998 an der Universität St. Gallen*, St. Gallen.

König, H., R. Dornau und M. Schröder (1999), Über den Zusammenhang von Finanzmarkterwartungen: USA und Deutschland, in: Nölling W., K. A. Schachtschneider und J. Starbatty (Hrsg.), *Währungsunion und Weltwirtschaft*, Stuttgart.

Krahmer, E. (1998), Entwicklung von Softwaresystemen zur Konzernanalyse, Mannheim.

Kraus, M. (1999), Firestone, Otto John (Jack'), in: Hagemann, H. und C. D. Krohn (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, München, 154-155.

Kraus, M. (1999), Foldes, Lucien Paul, in: Hagemann, H. und C. D. Krohn, (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, München, 156-157.

Kraus, M. (1999), Moser, Sir Claus Adolf, in: Hagemann, H. und C. D. Krohn (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, München, 472-474.

Kraus, M. (1999), Mueller, Eva Lilli, in: Hagemann, H. und C. D. Krohn (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933*, München, 475-477.

Kraus, M. (1999), *Interdisziplinäre Produktionsmodelle und umweltinduzierter Strukturwandel – Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik industrialisierter Volkswirtschaften*, Aachen.

Kühn, I. (1999), Eine Fallstudie zum US-amerikanischen Regulierungsmuster, in: Rennings, K. (Hrsg.), *Innovation durch Umweltpolitik*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 36, Baden-Baden, 253-277.

Kühn, I. (1999), International Market for Green Electricity. Overview on German Policy and Opinions among German Market Actors, in: *Proceedings of the Energidag '99*, 25.10.1999, Kopenhagen.

Kühn, I. (1999), New Competition-Based Support Schemes for Electricity Generation from Renewable Energy Sources, in: *Proceedings of the 1st Austrian-Czech-German Conference on „Energy Market Liberalisation in Central and Eastern Europe“*, 6.-8.09.1999, Prag, 114-119.

Kühn, I. and S. Osório-Peters (1999), Innovation Effects of 'Voluntary' Environmental

Agreements – Case Studies on the CFC Phase-Out in Germany and the United States, in: Klemmer, P. (Ed.), *Innovation and the Environment*, Innovative Impacts of Environmental Policy Instruments, Vol. 6, Berlin.

Kühn, I. und S. Osorio-Peters (1999), Innovationswirkungen freiwilliger Selbstverpflichtungen im Umweltschutz – Fallstudien FCKW-Ausstieg in Deutschland und den USA, in: Klemmer, P. (Hrsg.), *Innovationen und Umwelt*, Innovative Wirkungen umweltpolitischer Instrumente, Bd. 3, Berlin, 329-344.

Lauer, C. and V. Steiner (1999), Returns to Human Capital in Germany: Review of the Empirical Literature, in: Asplund, R. and P. Pereira (eds.), *Returns to Human Capital in Europe – A Literature Review*, ETLA B156 Series, 125-144.

Licht, G. (1999), *Innovation, Information Technologies and Human Capital in the German Service Sector*, Dordrecht.

Michaelowa, A. and M. Stronzik (1999), Early Crediting of Emissions Reduction – A Panacea or Pandora's Box?, in: Carraro, C. (ed.), *Efficiency and Equity of Climate Change Policy*, Dordrecht.

Osório-Peters, S. (1999), Das internationale Ozonregime: Eine institutionelle Innovation, in: Rennings, K. (Hrsg.), *Innovation durch Umweltpolitik*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 36, Baden-Baden, 205-226.

Osório-Peters, S. (1999), FCKW-Ausstieg in Deutschland, in: Rennings, K. (Hrsg.), *Innovation durch Umweltpolitik*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 36, Baden-Baden, 227-252.

Osório-Peters, S. (1999), Innovationswirkungen der „Long-Term Agreements“ der niederländischen Wirtschaft im Klimaschutz – Eine Fallstudie, in: Rennings, K. (Hrsg.), *Innovation durch Umweltpolitik*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 36, Baden-Baden, 183-202.

Pfeiffer, F. (1999), Beschäftigung und Innovation: Theoretische und empirische Grundlagen, in: Pfeiffer, F. und K. Rennings (Hrsg.), *Beschäftigungswirkungen des Übergangs zu integrierter Umwelttechnik*, Umwelt-

und Ressourcenökonomie, Heidelberg, 5-22.

Pfeiffer, F. (1999), Labour Market Specialisation and Earnings of Engineers and Scientists in Germany, in: OECD (ed.), *Mobilising Human Resources for Innovation. Proceedings from the OECD Workshop on Science and Technology Labour Markets 17 May 1999*, Paris, 77-90.

Pfeiffer, F. (1999), Existenzgründungen und Arbeitsplätze – schaffen oder verdrängen? in: Evangelische Akademie (Hrsg.), *Arbeit, Arbeit, Arbeit*, Bad Boll.

Pfeiffer, F. (1999), Human Capital and Innovation in East and West Germany, in: Fritsch, M. and H. Brezinski (eds.), *Innovation and Technological Change in Eastern Europe*, Cheltenham, 142-165.

Pfeiffer, F. (1999), Tätigkeitsspektrum und Verdienst von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, in: Lüttinger, P. (Hrsg.), *Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus*, ZUMA-Nachrichten Spezial Band 6, Mannheim.

Pfeiffer, F. (1998), Existenzgründer in Europa, in: Karle, R. (Hrsg.), *So werden sie selbstständig. Karriere, Köpfe und Konzepte*, Stuttgart, 30-37.

Pfeiffer, F. und F. Reize (1999), Berufliche Weiterbildung und Existenzgründung, in: Merz, J. (Hrsg.), *Existenzgründung – Tips, Training, Studien und Praxis für Unternehmen und Freie Berufe*, Baden-Baden.

Pfeiffer, F. und F. Reize (1999), Arbeitslosigkeit, Selbstständigkeit und Existenzgründungen, in: Seminar für Handwerkswesen an der Universität Göttingen (Hrsg.), *Aktuelle Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und Auswirkungen auf das Handwerk*, Duderstadt.

Reger, G., M. Beise und H. Belitz (1999), *Innovationsstandorte multinationaler Unternehmen: Internationalisierung technologischer Kompetenzen in der Pharmazie, Halbleiter- und Telekommunikationstechnik*, Reihe: Technik, Wirtschaft, Politik, Bd. 37, Heidelberg.

Rennings, K. (1999), Beschäftigungswirkungen des Übergangs von additiver zu integrierter Umwelttechnik – Fallstudie „Umwelt-Audits“, in: Pfeiffer, F. und K. Rennings (Hrsg.), *Beschäftigungswirkungen des Übergangs zu integrierter Umwelttechnik*, Umwelt- und Ressourcenökonomie, Heidelberg, 85-92.

Rennings, K. (1999), Bausteine einer Umweltinnovationstheorie und -politik – Neoklassische und evolutionsökonomische Perspektiven, in: Rennings, K. (Hrsg.), *Innovation durch Umweltpolitik*, ZEW Wirtschaftsanalysen, Bd. 36, Baden-Baden, 15-46.

Rennings, K., K. L. Brockmann and H. Bergmann (1999), Voluntary Agreements in Climate Protection: Experiences in Germany and Future Perspectives, in: Hacker, J. and A. Pelchen (eds.), *Goals and Economic Instruments for the Achievement of Global Warming Mitigation in Europe*, Dordrecht, 183-204.

Rennings, K., K. L. Brockmann und H. Bergmann (1998), Freiwillige Selbstverpflichtungen: Eine ordoliberalen Kritik korporatistischer Umweltpolitik, in: Hinterberger, F. und A. Renner (Hrsg.), *Zukunftsfähigkeit und Neoliberalismus – Zur Vereinbarkeit von Umweltschutz und Wettbewerbswirtschaft*, Baden-Baden, 257-276.

Rennings, K. und R. Kühn (1999), Beschäftigungswirkungen des Übergangs von additiver zu integrierter Umwelttechnik – Fallstudie „Lösemittelarme und -freie Autolacke“, in: Pfeiffer, F. und K. Rennings (Hrsg.), *Beschäftigungswirkungen des Übergangs zu integrierter Umwelttechnik*, Umwelt- und Ressourcenökonomie, Heidelberg, 45-61.

Rennings, K. und R. Kühn (1999), Beschäftigungswirkungen des Übergangs von additiver auf integrierte Umwelttechnik – Fallstudie „Abwasserfreier Textilveredelungsbetrieb“, in: Pfeiffer, F. und K. Rennings (Hrsg.), *Beschäftigungswirkungen des Übergangs zu integrierter Umwelttechnik*, Umwelt- und Ressourcenökonomie, Heidelberg, 62-84.

Rennings, K., A. Ricci, C. Sessa and S. Weinreich (1999), *Valuation of Transport Ex-*

ternalities, Deliverable 3 of the Concerted Action on Transport Pricing Research Integration (CAPRI), Leeds.

Schmidt, T.F.N. and H. Koschel (1999), Climate Change Policy and Burden Sharing in the European Union – Applying Alternative Equity Rules to a CGE Framework, in: Forschungszentrum Jülich (Hrsg.), *Treibhausgas-minderung in Deutschland zwischen nationalen und internationalen Verpflichtungen. Proceedings IKARUS-Workshop am 27.05.1998*, 97-130.

Schmidt, T.F.N. und H. Koschel (1999), Ergebnisse des GEM-E3 Modells, in: Forum für Energiemodelle und energiewirtschaftliche Systemanalysen in Deutschland (Hrsg.), *Energiemodelle zum Klimaschutz: Strukturelle und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen aus nationaler Perspektive*, 153-190.

Schmidt, T.F.N. und H. Koschel (1999), Beschäftigungswirkungen umweltpolitischer Instrumente zur Förderung integrierten Umweltschutzes, in: Pfeiffer, F. und K. Rennings (Hrsg.), *Beschäftigungswirkungen des Übergangs zu integrierter Umwelttechnik*, Umwelt- und Ressourcenökonomie, Heidelberg, 153-172.

Schröder, M. (1999), Auswirkungen der EWU auf die nationalen Immobilienmärkte und die Finanzierung von Wohneigentum, in: von Stein, H. (Hrsg.), *Bausparen im Euroland*, Frankfurt.

Spielkamp, A. and K. Vopel (1999), Mapping Innovative Clusters in National Innovation Systems, in: OECD (ed.), *Boosting Innovation. The Cluster Approach*, OECD Proceedings, Paris, 91-123.

Steiner, V. und T. Zwick (1999), Ursachen unterschiedlicher Arbeitsmarktentwicklungen in Europa und den USA – Wirtschaftswachstum, Lohnentwicklung und institutionelle Rigiditäten, in: Haller, M. und P. Schachner-Blazizek (Hrsg.), *Beschäftigung in Europa*, Graz.

Westerheide, P. (1999), *Vermögenspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft. Ziele und Wirkungsmöglichkeiten*, Münster.

Wolf, E. (1999), Dynamik der Arbeitszeitstruktur. Welche Rolle spielt der Strukturwandel?, in: Lüttinger, P. (Hrsg.), *Sozialstrukturanalysen mit dem Mikrozensus*, ZUMA-Nachrichten Spezial Band 6, Mannheim.

Wolf, E. (1999), Joint Labor Supply Decision of Couples, in: Merz, J. and M. Ehling (eds.), *Time-Use-Research, Data and Policy, Contributions from the International Conference on Time Use (ICTU), University of Lüneburg, April 22-25, 1998*, Baden-Baden.

Wolf, E. (1999), Firmengrößen-Lohnendifferenziale in den neuen Bundesländern – ein Selektionsprozess?, in: Bellmann, L. und V. Steiner (Hrsg.), *Panelanalysen zu Lohnstruktur, Qualifikation und Beschäftigungsdynamik*, BeitrAB, Bd. 229, Nürnberg, 45-72.

ZEW/BAK/IAW (Hrsg.) (1998), *Structure et évolution du fossé du Rhin supérieur en tant que site économique européen*, Mannheim.

ZEW/BAK/IAW (Hrsg.) (1998), *Struktur und Entwicklung des Oberrheingrabens als europäischer Wirtschaftsstandort*, Endbericht für das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Mannheim.

Zwick, T. (1999), Market Power of Skilled Workers Causes Unemployment – So What?, in: de Gijssel, P., R. Olthoff and T. Zwick (eds.), *The Unemployment Debate: Current Issues*, Marburg.

Zwick, T. (1998), Neue Organisationsformen – andere Weiterbildungsstrategien, in: *Seminare '99 – Das Jahrbuch der Management-Weiterbildung 1999*, Bonn.

ZEW Wirtschaftsanalysen

Lang, O. (1998), *Steueranreize und Geldanlage im Lebenszyklus*, Bd. 32, Baden-Baden.

Wille, E. (Hrsg.) (1999), *Entwicklung und Perspektiven der Sozialversicherung*, Bd. 33, Baden-Baden.

Steil, F. (1999), *Determinanten regionaler Unterschiede in der Gründungsdynamik. Eine empirische Analyse für die neuen Bundesländer*, Bd. 34, Baden-Baden.

Pfeiffer, F. und M. Falk (1999), *Der Faktor Humankapital in der Volkswirtschaft. Berufliche Spezialisierung und technologische Leistungsfähigkeit*, Bd. 35, Baden-Baden.

Rennings, Klaus (Hrsg.) (1999), *Innovation durch Umweltpolitik. Besonderheiten und Determinanten von Umweltinnovationen*, Bd. 36, Baden-Baden.

Boockmann, B. (1999), *Europäische Kollektivverhandlungen. Eine positive ökonomische Analyse*, Bd. 37, Baden-Baden.

Wünsche, A. (1999), *Umweltabgaben und Unternehmensbesteuerung. Eine nationale und internationale Analyse der Belastungs- und Entscheidungswirkungen*, Bd. 38, Baden-Baden.

Oestreicher, A. und C. Spengel (1999), *Maßgeblichkeit der International Accounting Standards für die steuerliche Gewinnermittlung?*, Bd. 39, Baden-Baden.

Göggelmann, K. (1999), *Fiskal- und Geldpolitik in einem makroökonomischen Ungleichgewichtsmodell*, Bd. 40, Baden-Baden.

Janz, N. und G. Licht (Hrsg.) (1999), *Innovationsaktivitäten der deutschen Wirtschaft*, Bd. 41, Baden-Baden.

Buslei, H. und V. Steiner (1999), *Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich*, Bd. 42, Baden-Baden.

Egeln, J., H. Gassler und P. Schmidt (1999), *Regionale Aspekte von Unternehmensneugründungen in Österreich*, Bd. 43, Baden-Baden.

Wiskemann, G. (1999), *Strategisches Human Resource Management und Arbeitsmarkt: Personalplanung als Grundlage eines systematischen Beschäftigungsmanagements*, Bd. 44, Baden-Baden.

Die Schriftenreihe ZEW Wirtschaftsanalysen erscheint bei der

NOMOS Verlagsgesellschaft
Postfach 610
76484 Baden-Baden
Tel.: 07221/21040
Fax: 07221/210427

und kann entweder direkt beim Verlag (siehe auch www.zew.de „Publikationen“) oder über den Buchhandel bezogen werden.

ZEW Economic Studies

Capros, P., L. Mantzos, P. Criqui, N. Kouvaritakis, A. Soria Ramirez, L. Schrattenholzer and E. L. Vouyoukas (1999), *Climate Technology Strategies 1: Controlling Greenhouse Gases. Policy and Technology Options*, Vol. 3, Heidelberg.

Capros, P., P. Georgakopoulos, D. Van Regemorter, S. Proost, T.F.N. Schmidt, H. Koschel, K. Conrad and E. L. Vouyoukas (1999), *Climate Technology Strategies 2: The Macroeconomic Cost and Benefit of Reducing Greenhouse Gas Emissions in the European Union*, Vol. 4, Heidelberg.

Puhani, P. A. (1999), *Evaluating Active Labour Market Policies. Empirical Evidence for Poland During Transition*, Vol. 5, Heidelberg.

Fitzenberger, B. (1999), *Wages and Employment Across Skill Groups. An Analysis for West Germany*, Vol. 6, Heidelberg.

Die Schriftenreihe ZEW Economic Studies erscheint beim

Physica Verlag
c/o Springer-Verlag
Haberstr. 7
D-69126 Heidelberg

und kann entweder direkt vom Verlag (siehe auch www.zew.de „Publikationen“) oder über den Buchhandel bezogen werden.

Umwelt- und Ressourcenökonomie

Schmidt, T.F.N (1999), *Integrierte Bewertung umweltpolitischer Strategien in Europa. Methoden, eine AGE-Modellentwicklung und Simulationsanalysen*, Heidelberg.

Pfeiffer, F. und K. Rennings (Hrsg.) (1999), *Beschäftigungswirkungen des Übergangs zu integrierter Umwelttechnik*, Heidelberg.

Bräuer, W., O. Kopp und R. Rösch (1999), *Ökonomische Aspekte internationaler Klimapolitik. Effizienzgewinne durch Joint Implementation mit China und Indien*, Heidelberg.

Hemmelskamp, J. (1999), *Umweltpolitik und technischer Fortschritt*, Heidelberg.

Brockmann, K. L., M. Stronzik und H. Bergmann (1999), *Emissionsrechtehandel – Eine neue Perspektive für die deutsche Klimapolitik nach Kioto*, Heidelberg.

Die Schriftenreihe Umwelt- und Ressourcenökonomie erscheint beim

Physica Verlag
c/o Springer-Verlag
Haberstr. 7
D-69126 Heidelberg

und kann entweder direkt vom Verlag (siehe auch www.zew.de „Publikationen“) oder über den Buchhandel bezogen werden.

ZEW Discussion Papers

Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement/International Financial Markets and Financial Management

- 98-30 Heinemann, F., *EMU and Fiscal Discipline: The End of the Depreciation Threat.*
- 99-04 Heinemann, F., *Exchange Rate Regimes and Fiscal Discipline in OECD Countries.*
- 99-08 Schröder, M. and R. Dornau, *What's on their Mind: Do Exchange Rate Forecasters Stick to Theoretical Models?*
- 99-15 Müller, C. and H. S. Buscher, *The Impact of Monetary Instruments on Shock Absorption in EU-Countries.*
- 99-17 Dornau, R. und A. Szczesny, *250 Analysten, 1 Portfolio? – Eine ökonomische Analyse von Empfehlungen zur Gestaltung eines Vermögensportfolios zur Altersvorsorge.*
- 99-19 Stirböck, C. and Heinemann, F., *Capital Mobility within EMU.*
- 99-29 Heinemann, F., *Does Globalization Restrict Budgetary Autonomy? A Multidimensional Approach.*
- 99-37 Köke, J., *Institutional Investment in Central and Eastern Europe: Investment Criteria of Western Portfolio Managers.*
- 99-49 Heinemann, F., *Die Reformperspektive der EU-Finanzverfassung nach den Beschlüssen zur Agenda 2000.*
- 99-60 Köke, J., *New Evidence on Ownership Structures in Germany.*
- 99-63 Januszewski, S. I., J. Köke and J. K. Winter, *Product Market Competition, Corporate Governance and Firm Performance: An Empirical Analysis for Germany.*

Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung/Labour Economics, Human Resources and Social Security

- 98-25 Puhani, P. A., *Advantage through Training? A Microeconomic Evaluation of the Employment Effects of Active Labour Market Programmes in Poland.*
- 98-36 Almus, M., J. Egelin, M. Lechner, F. Pfeiffer und H. Spengler, *Die gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz – eine ökonomische Analyse des Wiedereingliederungserfolgs.*
- 98-38 Pfeiffer, F. and F. Reize, *Business Start-Ups by the Unemployed – an Econometric Analysis Based on Firm Data.*
- 98-39 Büttner, T. and B. Fitzenberger, *Central Wage Bargaining and Local Wage Flexibility: Evidence from the Entire Wage Distribution.*
- 98-40 Buscher, H. S., H. Buslei, K. Göggelmann, H. Koschel, F. Ramb, T.F.N. Schmidt, V. Steiner and P. Winker, *Empirical Macromodels Under Test – A Comparative Simulation Study of the Employment Effects of a Revenue Neutral Cut in Social Security Contributions.*
- 98-41 Addison, J. T. and P. Portugal, *Job Search Methods and Outcomes.*
- 98-42 Addison, J. T. and M. L. Blackburn, *Minimum Wages and Poverty.*
- 98-44 Wolf, E., *Do Hours Restrictions Matter? A Discrete Family Labor Supply Model with Endogenous Wages and Hours Restrictions.*
- 98-46 Addison, J. T., C. R. Barret and W. S. Siebert, *Mandated Benefits, Welfare, and Heterogeneous Firms.*
- 98-47 Inkmann, J., S. Klotz and W. Pohlmeier, *Growing into Work – Pseudo Panel Data Evidence on Labor Market Entrance in Germany.*
- 99-02 Pfeiffer, F., *Existenzgründerpotenziale unter Arbeitsuchenden: Empirische*

- Evidenz auf der Basis des Mikrozensus.*
- 99-03 Addison, J. T. and P. Portugal, *Unemployment Benefits and Joblessness: A Discrete Duration Model with Multiple Destinations.*
- 99-06 Falk, M. and B. Koebel, *Curvature Conditions and Substitution Pattern among Capital, Materials and Heterogeneous Labour.*
- 99-10 Buscher, H. S., J. Felder and V. Steiner, *Regional Convergence and Economic Performance – A Case Study of the West German Laender.*
- 99-12 Pfeiffer, F. und F. Reize, *Berufliche Weiterbildung und Existenzgründung.*
- 99-14 Falk, M. and K. Seim, *Workers' Skill Level and Information Technology – Evidence from German Service Firms.*
- 99-16 Buscher, H. S., *Business Cycles in EU Member States.*
- 99-21 Franz, W. und V. Zimmermann, *Mobilität nach der beruflichen Ausbildung: Eine empirische Studie für Westdeutschland.*
- 99-24 Zwick, T., *Innovations Induce Asymmetric Employment Movements.*
- 99-25 Muysken, J. and T. Zwick, *Human Capital Creates Insider Power.*
- 99-30 Addison, J. T. and P. Teixeira, *Is Portugal Really so Arteriosclerotic? Results from a Cross-Country Analysis of Labor Adjustment.*
- 99-33 Fitzenberger, B. and W. Franz, *Industry-Level Wage Bargaining: A Partial Rehabilitation – The German Experience.*
- 99-38 Puhani, P. A., *Estimating the Effects of Public Training on Polish Unemployment by Way of the Augmented Matching Function Approach.*
- 99-40 Franz, W. and V. Steiner, *Wages in the East German Transition Process – Facts and Explanations.*
- 99-47 Puhani, P. A., *Labour Mobility – An Adjustment Mechanism in Euroland? Empirical Evidence for Western Germany, France and Italy.*
- 99-48 Franz, W., *Real and Monetary Challenges to Wage Policy in Germany at the Turn of the Millennium: Technical Progress, Globalization and European Monetary Union.*
- 99-50 Peters, R.-H. und K. Schneider, *Die Struktur kollektiver Lohnverhandlungen und Auslandsdirektinvestitionen in der OECD.*
- 99-56 Radowski, D., W. Smolny and P. Winker, *Investment and Employment Adjustment after Unification: Some Results from a Macroeconometric Disequilibrium Model.*
- 99-57 Fitzenberger, B. und W. Franz, *Der Flächentarifvertrag: Eine kritische Würdigung aus ökonomischer Sicht.*
- 99-58 Falk, M. and K. Seim, *The Impact of Information Technology on High-Skilled Labour in Services: Evidence from Firm Level Panel Data.*
- 99-59 Falk, M., *Technological Innovations and the Expected Demand for Skilled Labour at the Firm Level.*
- 99-61 Winker, P., W. Smolny and D. Radowski, *Modeling German Unification in a Disequilibrium Framework.*
- Industrieökonomik und internationale Unternehmensführung/Industrial Economics and International Management
- 98-26 Kaiser, U., *The Impact of New Technologies on the Demand for Heterogeneous Labour: Empirical Evidence from the German Business-Related Services Sector.*
- 98-28 Falk, M. and R. Falk, *Pricing to Market of German Exporters: Evidence from Panel Data.*
- 98-29 Kaiser, U. and C. Müller, *The Impact of the Introduction of the Euro on Firms' Expectations Concerning Export Be-*

- havior, Product Innovation and Foreign Competition – An Empirical Assessment of the German Business-Related Services Sector.*
- 98-34 Bürgel, O., A. Fier, G. Licht, G. Murray and E. A. Nerlinger, *The Internationalisation of British and German Start-Up Companies in High-Technology Industries.*
- 98-35 Inkmann, J., W. Pohlmeier and L. A. Ricci, *Where to Patent? Theory and Evidence on International Patenting.*
- 98-37 Beise, M. and H. Stahl, *Public Research and Industrial Innovations in Germany.*
- 98-45 Spielkamp, A. and K. Vopel, *Mapping Innovative Clusters in National Innovation Systems.*
- 99-01 Almus, M. and E. A. Nerlinger, *Zum Zusammenhang zwischen Größe und Wachstum bei Gründungen – Empirische Ergebnisse für West-Deutschland.*
- 99-05 Almus, M., E. A. Nerlinger and F. Steil, *Growth Determinants of Start-Ups in Eastern Germany: A Comparison between Innovative and Non-Innovative Firms.*
- 99-07 Kaiser, U., *New Technologies and the Demand for Heterogeneous Labor: Firm-Level Evidence for the German Business-Related Services Sector.*
- 99-09 Almus, M., D. Engel und E. A. Nerlinger, *Wachstumsdeterminanten junger Unternehmen in den alten und neuen Bundesländern: Ein Vergleich zwischen innovativen und nicht-innovativen Unternehmen.*
- 99-34 Kaiser, U. and K. Voß, *Do Business-Related Services Really Lag Behind Manufacturing Industries in the Business Cycle?*
- 99-46 Czarnitzki, D. and G. Stadtmann, *Uncertainty of Outcome Versus Reputation: Empirical Evidence for the First German Football Division.*
- 99-53 Ebling, G. and N. Janz, *Export and Innovation Activities in the German Service Sector: Empirical Evidence at the Firm Level.*
- 99-62 Kaiser, U. *Measuring Knowledge Spillovers in Manufacturing and Services: An Empirical Assessment of Alternative Approaches.*
- Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft/
Corporate Taxation and Public Finance
- 99-23 Büttner, T., *Regional Stabilization by Fiscal Equalization? Theoretical Considerations and Empirical Evidence from Germany.*
- 99-26 Konrad, K. A. and G. Schjelderup, *Fortress Building in Global Tax Competition.*
- 99-27 Saavedra, L. A., *A Model of Welfare Competition with Evidence from AFDC.*
- 99-28 Esteller-Moré, Á. and A. Solé-Ollé, *Vertical Income Tax Externalities and Fiscal Interdependence: Evidence from the U.S.*
- 99-31 Landon, S. and C. E. Smith, *Government Debt Spillovers and Creditworthiness in a Federation.*
- 99-35 Wildasin, D. E., *Factor Mobility and Fiscal Policy in the EU: Policy Issues and Analytical Approaches.*
- 99-39 Goodspeed, T. J., *Tax Competition and Tax Structure in Open Federal Economies: Evidence from OECD Countries with Implications for the European Union.*
- 99-41 Weichenrieder, A. J., *Public Procurement in the Presence of Capital Taxation.*
- 99-42 Poutvaara, P., *Federation's Alternative Tax Constitutions and Risky Education.*
- 99-44 Demougin, D. and R. Schwager, *Law Enforcement and Criminality: Europe vs. USA.*

- 99-45 Schwager, R., *Democratisation Versus Accountability – Should the European Parliament be Given More Powers?*
- 99-51 Bordignon, M. and S. Brusco, *Optimal Secession Rules.*
- 99-52 Wagener, A., *Double Bertrand Tax Competition: A Fiscal Game with Governments Acting as Middlemen.*
- 99-54 Jacobs, O. H. and C. Spengel, *The Effective Average Tax Burden in the European Union and the USA: A Computer-Based Calculation and Comparison with the Model of the European Tax Analyzer.*
- 99-55 Spengel, C., *Effective Marginal Tax Rates for US Investors in Germany and Europe: An Analysis of Recent Tax Reforms in Germany.*

Umwelt- und Ressourcenökonomik,
Umweltmanagement/Environmental and
Resource Economics and Environmental
Management

- 98-31 Osório-Peters, S. *The Goals of Sustainable Development and the Reform of the EU Banana Trade Regime. A Discussion of Different Trade Instruments.*
- 99-11 Böhringer, C., J. Jesper and T. F. Rutherford, *Energy Market Projections and Differentiated Carbon Abatement in the European Union.*
- 99-13 Böhringer, C. and H. Welsch, *C&C – Contraction and Convergence of Carbon Emissions: The Economic Implications of Permit Trading.*
- 99-20 Böhringer, C., *Die Kosten des Klimaschutzes. Eine Interpretationshilfe für die mit quantitativen Wirtschaftsmodellen ermittelten Kostenschätzungen.*
- 99-32 Pfeiffer, F. and K. Rennings, *Employment Impacts of Cleaner Production – Evidence from a German Study Using Case Studies and Surveys.*
- 99-36 Böhringer, C. and T. F. Rutherford, *Decomposing General Equilibrium Effects of Policy Intervention in Multi-Regional Trade Models – Method and Sample Application.*
- 99-43 Böhringer, C., *Cooling Down Hot Air. A Global CGE Analysis of Post-Kyoto Carbon Abatement Strategies.*

Die Discussion Papers können direkt beim ZEW bestellt bzw. über die Internet-Seiten www.zew.de abgerufen werden.

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW)
Vertrieb
Postfach 10 34 43
D-68034 Mannheim
Tel.: 0621/1235-122
Fax: 0621/1235-224
E-Mail: vertrieb@zew.de

ZEW Dokumentationen

- 98-10 Jacobs, O. H., D. Harhoff, C. Spengel, T. H. Eckerle, C. Jaeger, K. Müller, F. Ramb und A. Wünsche, *Stellungnahme zur Steuerreform 1999/2000/2002.*
- 99-01 Pfeiffer, F., *Lohnflexibilisierung aus volkswirtschaftlicher Sicht.*
- 99-02 Wolf, E., *Arbeitszeiten im Wandel. Welche Rolle spielt die Veränderung der Wirtschaftsstruktur?*
- 99-03 Vögele, S. und D. Nelissen, *Möglichkeiten und Grenzen der Erstellung regionaler Emittentenstrukturen in Deutschland – Das Beispiel Baden-Württemberg.*
- 99-04 Oechler, W. A. und G. Wiskemann, *Flexibilisierung von Entgeltsystemen – Voraussetzung für ein systematisches Beschäftigungsmanagement.*

- 99-05 Wolf, E., *Ingenieure und Facharbeiter im Maschinen- und Anlagenbau und sonstigen Branchen – Analyse der soziodemographischen Struktur und der Tätigkeitsfelder.*
- 99-06 Eckerle, T. H., T. Eckert, J. Egel, M. Himmel, A. Hügler, T. Kübler, V. Lessat, S. Vaterlaus und S. Weil, *Struktur und Entwicklung des Oberrheingrabens als europäischer Wirtschaftsstandort.*

ZEW Dokumentationen können beim ZEW bestellt werden:

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW)
Vertrieb
Postfach 10 34 43
D-68034 Mannheim
Tel.: 0621/1235-122
Fax: 0621/1235-224
E-Mail: vertrieb@zew.de

Beiträge im EUMagazin

- Almus, M. (1999), Große Beschäftigungsdynamik in den ersten Jahren, Heft 6.
- Beise, M. (1999), Industriepolitik auf dem Rückzug, Heft 7-8.
- Beise, M. (1998), Röntgens Enkel, Heft 10.
- Brockmann, K. L. (1999), Konflikt zwischen EU und USA noch nicht gelöst, Heft 12.
- Boockmann, B. (1998), Insider-Interessen dürfen nicht einziger Maßstab sein, Heft 12.
- Büttner, T. (1999), Steuerwettbewerb: Druckmittel für mehr Effizienz im öffentlichen Sektor, Heft 4.
- Buscher, H. S. (1999), Erwärmung der Wirtschaft läßt Arbeitsmarkt kalt, Heft 10.
- Buscher, H. S. (1999), Laue Konjunktur gibt Arbeitsmarkt kaum Impulse, Heft 6.

- Buscher, H. S. (1998), Dynamik des Wirtschaftsaufschwungs lässt nach, Heft 10.
- Buslei, H. und V. Steiner (1999), Mehr Jobs durch Lohnsubventionen?, Heft 9.
- Czarnitzki, D. und U. Kaiser (1998), Weniger Jobs als erwartet für gering Qualifizierte, Heft 11.
- Czarnitzki, D. und G. Stadtmann (1999), Der Sportplatz als Marktplatz, Heft 10.
- Demougin, D. und R. Schwager (1999), Sozialstaat und Kriminalität – Europa profitiert vom gut ausgebauten sozialen Netz, Heft 11.
- Falk, M. (1999), Qualifikationsstruktur und Determinanten der Höherqualifizierung, Heft 6.
- Falk, M. (1998), Löhne, Betriebsgröße und Gewinne, Heft 9.
- Fier, A. (1999), Mit der Weiterbildung hat der Mittelstand Probleme, Heft 11.
- Fier, A. und H. Fryges (1999), Britische und deutsche New Techs international aktiv, Heft 6.
- Franz, W. (1999), Lohnpolitische Herausforderung, Heft 10.
- Grittmann, G. (1999), Zwischen Umweltschutz und Wirtschaftswachstum, Heft 7-8.
- Heinemann, F. (1999), Eine Steuer für Europa?, Heft 11.
- Heinemann, F. (1999), Euro-Wechselkurs: Exportstimulus oder Konjunkturbremse, Heft 9.
- Heinemann, F. (1999), Katastrophensicherungen als neue Kapitalquelle, Heft 5.
- Heinemann, F. (1999), Nachfragepolitik: Einfache Rezepte verfehlen ihre Wirkung, Heft 3.
- Heinemann, F. (1998), EU-Finanzreform: Freiräume für Zukunftsaufgaben schaffen, Heft 11.
- Heinemann, F. (1998), Asienkrise: Euro wirft erste Dividende ab, Heft 10.
- Heinemann, F. (1998), Instrumente der Zinspolitik im Euroland, Heft 8.
- Heinemann, F. und C. Müller (1999), Mobileres Kapital hilft bei Wirtschaftsschocks, Heft 5.

Kaiser, U. (1999), Unternehmensnahe Dienstleister: Ausbildungsbereitschaft hat deutlich zugenommen, Heft 5.

Kaiser, U. (1999), Auf Nachfrageschwankungen flexibel reagieren, Heft 1-2.

Kaiser, U. und C. Müller (1998), Europäische Währungsunion: Viele Dienstleister haben die Chance nicht erkannt, Heft 9.

Kühn, I. und H.-M. Groscurth (1999), Biobrennstoffe als Hoffnungsträger, Heft 3.

Licht, G. (1999), Beteiligungskapitalmärkte. Rasante Entwicklung, Heft 12.

Müller, C. und H. S. Buscher (1999), Wehrlos gegen Wirtschaftsschocks?, Heft 4.

Müller, C. und F. Heinemann (1999), Mobiles Kapital hilft bei Wirtschaftsschocks, Heft 5.

Pfeiffer, F. (1999), Neuorientierung der Bildungspolitik, Heft 12.

Pfeiffer, F. (1999), Selbstständige: Stabilisierung in Europa, Heft 5.

Pfeiffer, F. und F. Reize (1999), Arbeitslose schaffen Arbeitsplätze, Heft 3.

Pfeiffer, F. und K. Rennings (1999), Integrierter Umweltschutz: Qualifizierte Arbeitskräfte gefragt, Heft 3.

Ramb, F. (1999), Internationale Rechnungslegung II, Vater Staat sollte Begehrlichkeiten zügeln, Heft 5.

Ramb, F. (1999), Internationale Rechnungslegung I, Gewinner und Verlierer, Heft 4.

Schröder, M. (1999), Finanzmärkte besser kontrollieren, Heft 10.

Schwager, R. (1999), Quellensteuer und Verhaltenskodex – auf dem Weg zum Hochsteuerland Europa?, Heft 10.

Spengler, H. (1999), Wo es mehr zu holen gibt – wird auch mehr geklaut, Heft 11.

Stronzik, M. (1999), Klimaverhandlungen – Und sie bewegt sich doch, Heft 1-2.

Stronzik, M. (1998), Zertifikate – Allheilmittel der Klimapolitik, Heft 11.

Stronzik, M. und K. L. Brockmann (1999), Einsatzmöglichkeiten handelbarer Emissionsrechte, Heft 10.

Szczesny, A. (1998), Shareholder Value –

Probates Lockmittel für Kapitalanleger, Heft 7-8.

Voß, K. (1998), Trend zur Größe, Heft 9.

Westerheide, P. (1999), Staatliche Sparförderung: Experten sehen mehrheitlich positive Effekte, Heft 12.

Wolf, E. (1999), Große Unterschiede bei der Akzeptanz von Teilzeitarbeit zwischen Frauen in Ost- und Westdeutschland, Heft 6.

Zwick, T. (1998), Staatliche Unterstützung für lebenslanges Lernen, Heft 11.

Das EUMagazin erscheint bei der

NOMOS Verlagsgesellschaft

Postfach 610

76484 Baden-Baden

Tel: 07221/21040

Fax: 07221/210427

Veröffentlichungen in der Presse, Interviews und Fernsehauftritte

Bergmann, H., Nachgefragt bei, Kommentar zur Novellierung des Energierechts in: FAZ, 3.12.1999.

Böhringer, C., Kernenergieausstieg, in: SWR (Fernsehsendung), 6/1999.

Böhringer, C., Ökologische Steuerreform, in: NDR, Markt im Dritten, 1/1999.

Brockmann, K. L., Emissionsrechtehandel im Klimaschutz, Interview in: Radio WDR 5, 27.7.1999.

Buscher, H. S., Euroschwäche keine Exportstütze – eine gewagte These, in: vwd – Währungsunion Spezial Nr. 39, 22.9.1999.

Buscher, H. S., Beschäftigung und Wachstum, Interview in: WiSo (ZDF), 16.8.1999.

Buslei, H. und Steiner, V., Lohnsubventionen bringen nur wenig neue Jobs, in: Handelsblatt, 25.5.1999.

Büttner, T. und R. Schwager, Föderalismus in Aktion, in: Die Welt, 20.10.1999.

Büttner, T. und R. Schwager, Gelockerter Ladenschluss belebt den Föderalismus, in: Handelsblatt, 19.10.1999.

Cleff, T. und H. Niggemann, Innovationen in der Metallindustrie, in: stahl und eisen, 10/1999.

Czarnitzki, D., Im Stadion mehr Spaß als zu Hause, Interview in: Rheinische Post, 17.11.1999.

Czarnitzki, D., Der Sportplatz als Marktplatz, Interview in: BLR Radio Dienst, 9/1999.

Dornau, R., Steigende Zinsen trüben die Zuversicht, in: Die Welt, 28.8.1999.

Dornau, R., Experten für Dax optimistisch, in: Die Welt, 25.6.1999.

Dornau, R., Experten für US-Aktien skeptisch, in: Die Welt, 21.4.1999.

Dornau, R., Experten für Euro-Börsen weiter optimistisch, in: Die Welt, 21.1.1999.

Dornau, R., Optimistische Stimmung an den Weltbörsen, in: Die Welt, 20.11.1998.

Eckerle, T. und C. Spengel, Deutschland ist keine Steueroase für Unternehmen, in: Handelsblatt, 25.5.99.

Falk, M., Qualifikationsstruktur und Determinanten der Höherqualifizierung, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 15.7.1999.

Franz, W., Stellungnahme zum Flächentarifvertrag in: Markt und Mittelstand, 12/1999.

Franz, W., Zukunft der Arbeit, Interview im ARD-Morgenmagazin, 29.12.1999.

Franz, W., Beerdigt das Bündnis! in: Die Zeit, 16.12.1999.

Franz, W., Bündnis für Arbeit, Interview in: Tagesspiegel Berlin, 13.12.1999.

Franz, W., Bündnis für Arbeit, Interview in der ARD-Sendung Bericht aus Berlin, 10.12.1999.

Franz, W., Flächentarifvertrag, Hintergrundgespräch mit: Wirtschaftswoche, 9.12.1999.

Franz, W., 40-Stunden-Woche, in: Die Welt, 8.12.1999.

Franz, W., Das Bündnis für Arbeit hat keine Existenzberechtigung mehr, in: Handelsblatt, 29.11.1999.

Franz, W., Wirtschaftliche Herausforderungen zur Zeitenwende, in: Südkurier-Beilage Zeitenwende, 22.11.1999.

Franz, W., Das stabilitätspolitische Pulver sollte trocken gehalten werden, in: Handelsblatt, 16.11.1999.

Franz, W., Bündnis für Arbeit, Fernsehinterview in der ZDF-Reihe WiSo, 18.10.1999.

Franz, W., Rente mit 60 ist ein Irrweg, in: Die Welt, 15.10.1999.

Franz, W., Gewerkschaften, Interview in: Radio 100,6 Berlin, 10.10.1999.

Franz, W., Gewerkschaftstag der IG-Metall, Interview mit: Nachrichtenagentur Reuters, 8.10.1999.

Franz, W., Das Arbeitsvolumen lässt sich nicht wie ein Kuchen umverteilen, in: Handelsblatt, 5.10.1999.

Franz, W., Arbeitsmarktpolitik, Rundfunkinterview im SWR, 5.10.1999.

Franz, W., Rente mit 60, zum IG-Metall-Kongress, Interview im Hessischen Rundfunk, 4.10.1999.

Franz, W., Zur Situation der Gewerkschaften, Fernsehinterview in der ARD-Sendereihe Report, 2.8.1999.

Franz, W., Begrenzung von Überstunden wäre verkehrt, Interview in: Die Welt, 24.7.1999.

Franz, W., Jetzt müssen die Bündnispartner ihre Absichtserklärungen in die Tat umsetzen, in: Handelsblatt, 16.7.1999.

Franz, W., Zum Beck-Vorschlag über zwei Nullrunden, in: Der Tagesspiegel, 13.7.1999.

Franz, W., Schritt in die richtige Richtung, zum Vorschlag von Ministerpräsident Beck, in: Mannheimer Morgen, 13.7.1999.

Franz, W., Ein guter Beginn – mehr nicht. Über Finanzminister Eichels Sparprogramm und das Schröder/Blair-Papier, Gespräch in: Die Zeit, 1.7.1999.

Franz, W., Verheerende Verunsicherung, Gespräch in: Markt und Mittelstand, Juli 1999.

Franz, W., Flächentarif überholungsbedürftig, Gespräch in: Impulse, 7/1999.

Franz, W., Jobkiller oder Jobmaschine? Die Auswirkungen des Euro auf den Arbeitsmarkt, in: SAPInfo-Magazin, 5/1999.

Franz, W., Wenn Vertragsbruch zur Notbremse wird, in: FAZ, 30.4.1999.

Franz, W., Bündnis und Tarifautonomie, in: Rheinischer Merkur, 30.4.99.

Franz, W., Ohne lohnpolitische Verabredungen bleibt das Bündnis für Arbeit ein Torso, in: Handelsblatt, 27.4.1999.

Franz, W., Schlag gegen Arbeitslose, Interview in: Wirtschaftswoche Nr. 9, 25.2.1999.

Franz, W., Ein Schlag ins Gesicht der Arbeitslosen, Interview in: Der Tagesspiegel, 19.2.1999.

Franz, W., Was heißt das für die Arbeitsplätze? Interview in: Mannheimer Morgen, 19.2.1999.

Franz, W., Zur aktuellen Arbeitsmarktstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, Interview im ZDF-Morgenmagazin, 10.2.1999.

Franz, W., Der Stellenabbau ist vermeidbar, Interview in: Capital, 2/1999.

Franz, W., Die Nachfrage nach Arbeitnehmern dauerhaft stärken, in: Handelsblatt, 23.12.1998.

Franz, W., Führungsrolle der Tarifpartner, in: Wirtschaftswoche Nr. 52, 17.12.1998.

Franz, W., Ich möchte derzeit nicht Gewerkschaftsführer sein, Interview in: Südkurier, 4.12.1998.

Franz, W., Bündnis für Arbeit, Gespräch in: Stern, 3.12.1998.

Franz, W., Lang-Interview in: Bayerisches Fernsehen, Alpha-Forum, 1.12.1998.

Franz, W., Bündnis für Arbeit, Rundfunkinterview in: SWR 2, 21.11.1998.

Franz, W., 620-DM-Jobs, Interview in: ZDF Heute Journal, 19.11.1998.

Franz, W., Bonner Pläne nicht weise, Interview in: Mannheimer Morgen, 19.11.1998.

Franz, W., Ausbildungsvergütung sollte eingefroren werden, Gespräch in: Berliner Zeitung, 1.9.1998.

Franz, W., Gibt es eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt? Interview in: ZDF Kenn-

zeichen D, 19.8.1998.

Franz, W., Halbjahresbilanz der Arbeitsvermittlung der BA; Abwertung des Rubel, Interview in: ARD Mittagmagazin, 18.8.1998.

Franz, W., Kombilohn, Interview in: ZDF Heute Journal, 13.8.1998.

Franz, W., Was Deutschland vom Ausland lernen kann, Interview in: Geldidee, 13.8.1998.

Heinemann, F., Keine Steuerkompetenz für Brüssel, in: Börsen-Zeitung, 15.12.1999.

Heinemann, F., Euro-Anleihen mit Inflationsschutz, in: Süddeutsche Zeitung 28.10.1999.

Heinemann, F., Wenn Kommissare träumen, in: Rheinischer Merkur, 1.10.1999.

Heinemann, F., Ein Kompensationsfonds für die Europäische Union, in: Handelsblatt, 8.7.1999.

Heinemann, F., Basel fördert die Budgetdisziplin, in: Börsen-Zeitung, 15.6.1999, wieder abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 41/1999.

Heinemann, F., Panikmodelle erklären Währungskrisen, in: FAZ, 25.3.1999, wieder abgedruckt in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, 20/1999.

Heinemann, F., Index gegen kalte Progression, in: Börsen-Zeitung, 27.1.1999.

Heinemann, F., Moderne Nachfragepolitik: Staatliches Sparen belebt die Konsumnachfrage, in: Handelsblatt, 13.1.1999.

Heinemann, F., Policy-Mix im Euro-Land: Fiskalpolitik national differenzieren, in: vwd Währungsunion Finanz, 16.11.1998.

Heinemann, F., Das Russland-Syndrom: Risikofaktor Staatsbankrott, in: Die Welt, 21.9.1998.

Heinemann, F., Die erste Euro-Dividende, in: Börsen-Zeitung, 15.9.1998.

Janz, N., Innovationsaktivitäten in der deutschen Wirtschaft, Interview in: dpa, 17.9.1999.

Kaiser, U., Zwei Fragen an: Ulrich Kaiser, in: Creditreform, 11/1999.

Kaiser, U., Unternehmensberater warten auf Impulse, in: Handelsblatt, 27.9.1999.

Kaiser, U., Viele Dienstleister sind nicht tarifgebunden, in: Handelsblatt, 26.7.1999.

Kaiser, U., Werbewirtschaft befindet sich im Aufwind, in: Handelsblatt, 23./24.7.1999.

Kaiser, U., EDV-Dienstleister bleiben optimistisch, in: Handelsblatt, 11.05.1999.

Kaiser, U., Unternehmensnahe Dienstleister: Keine weitere konjunkturelle Verbesserung eingetreten, in: unsere wirtschaft (Zeitschrift der Industrie- und Handelskammer zu Coburg), 3/1999.

Kaiser, U., Abfallwirtschaft ohne Impulse, in: Handelsblatt, 16.2.1999.

Kaiser, U., Weniger Schwung bei Speditoren, in: Handelsblatt, 8.12.1998.

Kaiser, U. und C. Müller, Unternehmensnahe Dienstleister: Fortschritte erzielt, vielfach Chancen nicht erkannt, in: Unternehmen Euro (Hrsg.: BMWi) Nr. 5, 1/1999.

Kaiser, U. und C. Müller, Der Einfluss des Euro auf unternehmensnahe Dienstleister, in: vwd Währungsunion Spezial Nr. 49, 9.12.1998.

Kaiser, U. und K. Voß, Aussichten unternehmensnaher Dienstleister, in: management berater, 3/1999.

Kaiser, U. und K. Voß, Unternehmensnahe Dienstleister: Keine weitere konjunkturelle Verbesserung, in: management berater, 12/1998.

Kühn, I., Green Pricing in Germany: Waiting for Take-Off, in: Wind Directions – Magazine of the European Wind Energy Association (EWEA), 11/1999.

Kühn, I. und H.-M. Groscurth, Strom und Wärme aus Biobrennstoffen, in: Rhein-Neckar-Zeitung, Beilage Wirtschaftsmagazin, 13.04.1999.

Licht, G., The Community Innovation Survey, in: ITT 2/2000.

Pfeiffer, F., Mehr Jobs durch mehr Selbstständige?, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 15.6.1999.

Pfeiffer, F., Aus der Not eine Tugend. Existenzgründungen durch Arbeitslose, in: Handelsblatt, 2./3.10.1998.

Pfeiffer, F. und F. Reize, Arbeitslose schaffen neue Jobs, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 9.3.1999.

Pfeiffer, F. und F. Wiessner, Empfänger von Überbrückungsgeld sind so erfolgreich wie andere Jungunternehmer. Fast jeder fünfte Existenzgründer war zuvor arbeitslos, in: Handelsblatt, 18./19.6.1999.

Schwager, R., Steuerreform 2000, Interview in: Die Rheinpfalz, 23.12.1999.

Schwager, R., Halbteilungsgrundsatz im Steuerrecht, Interview im Kurpfalzradio, 4.11.1999.

Schwager, R., Ökologische Steuerreform, Interview im Hessischen Rundfunk, 19.10.1999.

Schwager, R., Sozialstaat und Kriminalität, Interview im Südwestrundfunk, 6.10.1999.

Schwager, R., Flucht kaum zu stoppen – EU-Quellensteuer wird wenig helfen, in: FAZ, 8.6.1999.

Szczesny, A., Experten sehen Dax schon im Frühjahr über 7000 Punkte, in: Die Welt, 17.12.1999.

Szczesny, A., Börsianer lässt der traditionelle Crash-Monat kalt, in: Die Welt, 22.10.1999.

Szczesny, A., Drohende Zinsschritte verunsichern die Anleger, in: Die Welt, 25.9.1999.

Szczesny, A., Der US-Aktienmarkt spaltet die Analysten, in: Die Welt, 23.7.1999.

Szczesny, A., Skepsis der Experten für US-Aktien wächst, in: Die Welt, 23.4.1999

Szczesny, A., Experten bleiben für Euro-Börsen optimistisch, in: Die Welt, 25.02.1999.

Szczesny, A., Gedämpfte Konjunktur vertreibt Börsen-Euphorie, in: Die Welt, 18.12.1998

Voß, K., Unternehmensnahe Dienstleister haben Zukunft, in: Handelsblatt, 31.12.1999.

Voß, K. (1998), Firmen im Fusionsfieber, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 08.09.1998

Weinreich, S., Die Umweltkosten fließen nicht mit ein, Interview in: Badische Zeitung, Wirtschaft WIR 2, 15.09.1998.

Westerheide, P., Die Euro-Schwäche ist vor allem ein psychologisches Problem, Interview in: Mannheimer Morgen, 10.3.1999.

Wolf, E., Interview zum Gesetz der Ladenöffnungszeiten, Deutschlandfunk „Das war der Tag – Journal vor Mitternacht“, 2.8.1999.

Zimmermann, V., Lehre fertig – und Tschüs?, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 10.8.1999.

Zwick, T., Investitionen in die Ausbildung bringen hohe Rendite, Interview in: Badische Zeitung, 23.10.1999.

Zwick, T., Weiterbildungsdiplom für allgemeine Kompetenzen, in: Handelsblatt, 18.11.1998.

Zwick, T., Wer lernt, wird vom Staat belohnt, in: Rhein-Neckar-Zeitung, 10.11.1998.

Vorträge

Vorträge auf Fachveranstaltungen

Almus, M., Zum Zusammenhang zwischen Größe und Wachstum bei Gründungen – Empirische Ergebnisse für West-Deutschland, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 28.9.-1.10.1999; Volkswirtschaftliches Kolloquium des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Universität Lüneburg, 12.5.1999; IAB/ZEW-Workshop, Iphofen, 26.11.1998.

Almus, M., Testing Gibrat's Law for Young Firms in the West German Manufacturing Sector, EARIE-Conference, Turin, 4.-7.9.1999; High Technology Small Firm Conference, Manchester (Manchester Business School), 28.5.1999.

Almus, M., Growth Determinants of Start-Ups in Eastern Germany, A Comparison between Innovative and Non-Innovative Firms, The International Council for Small Business 44th World Conference, Neapel, 20.-23.6.1999.

Almus, M., Employment Growth in New Technology-Based Firms (NTBFs): Empirical Results for West-Germany, Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 22.3.1999.

Almus, M., Arbeitsplatzeffekte gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassungen in Rheinland-Pfalz – Erste Ergebnisse, Vortrag vor den Leitern der Arbeitsvermittlungen der Arbeitsämter Rheinland-Pfalz/Saarland, Mainz, 3.9.1998.

Beise, M., Lead Markets: A Source of Global Innovation Designs, Academy of International Business Annual Meeting, Charleston, South Carolina, 22.11.1999.

Beise, M., Lead-Märkte, 1. Fachtagung der wissenschaftlichen Kommission „Tech-

nologie- und Innovationsmanagement im Verband der Hochschullehrer für Betriebswirtschaft“, Technische Universität Cottbus, 30.10.1999.

Beise, M., Lead Markets and the International Allocation of R&D, 5th ASEAT Conference, Manchester School of Management, Manchester, 14.9.1999; PICMET '99 Conference, Portland, Oregon, USA, 29.7.1999.

Beise, M., Public Research and Industrial Innovation, PICMET '99 Conference, Portland, Oregon, USA, 27.7.1999.

Beise, M., Lead-Markets und die internationale Allokation der FuE multinationaler Unternehmen, Institut für Innovationsforschung und Technologiemanagement, Universität München, 6.7.1999; Institut für Wirtschaftsforschung und Wirtschaftspolitik, Universität Karlsruhe, 15.6.1999.

Beise, M., Die Wirkung der öffentlichen Forschung auf industrielle Innovationen in Deutschland, Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, 12.5.1999.

Beise, M., Internationalisierung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und ihre Bedeutung für die Wirtschaftspolitik, Vortrag im Rahmen der Jean-Monnet-Vorlesungen „Interdisziplinäre Analyse der ökonomischen Ordnung Europas“, Universität Bremen, 17.11.1998.

Bergmann, H., Nationale und Europäische Entwicklungen in der Energiepolitik, Energieforum der Industrie- und Handelskammer Karlsruhe, Karlsruhe, 27.10.1999.

Bergmann, H., Die Möglichkeiten der wettbewerblichen Förderung erneuerbarer Energien, Anhörung vor dem Arbeitskreis „Energie und Umwelt“ der Umweltministerkonferenz, Stuttgart, 16.9.1999.

Bergmann, H., Legal Scope for Common or National Permit Schemes in Europe, Inter-

national Conference on Flexible Mechanisms for an Efficient Climate Policy, Stuttgart, 28.7.1999.

Bergmann, H., Rechtlicher Rahmen für Quotenhandelsmodelle zur Förderung regenerativer Energien, Anhörung vor dem Arbeitskreis „Effizienter Rohstoff- und Energieeinsatz“ der Umweltpartnerschaft Baden-Württemberg, Karlsruhe, 19.7.1999.

Böhringer, C., The Efficiency Costs of Voluntary Agreements in Environmental Policy, Conference on Policy Evaluation with CGE Models, Genua, 29.-30.11.1999.

Böhringer, C., Shaping Greenhouse Gas Abatement Strategies – Policy Issues and Quantitative Insights, International Conference on Flexible Mechanisms for an Efficient Climate Policy, Stuttgart, 28.7.1999.

Böhringer, C., Cooling Down Hot Air, Münster Summerschool on Climate Change Policy and International Trade, 12.-16.7.1999.

Böhringer, C., C&C – Contraction and Convergence of Carbon Emissions: The Economic Implications of Permit Trading, Warwick/IFS/ESRC Conference on the International Dimension of Tax and Environmental Policies, Warwick, 27.-28.5.1999

Boockmann, B., Social Corporatism and Informational Efficiency, 9th GAAC Young Scholars' Summer Institute, Palo Alto, Ca., 25.7.1999.

Boockmann, B., Die ILO als internationales Verhandlungssystem, Kolloquium der DFG-Forschergruppe „Institutionalisierung internationaler Verhandlungssysteme“, 16.4.1999.

Boockmann, B., Trade Union Strategies and Labour Market Outcomes under EMU, IZA Workshop „Labour Market Effects of the European Currency Union“, Bonn, 23.-24.3.1999.

Boockmann, B., Collective Bargaining and Government Mandates – an Informational View, Forschungskolloquium Prof. Dr. Gerald Schneider, Universität Konstanz, 20.11.1998.

Brockmann, K. L., Harmonising Environmental Standards, Workshop des Bundesministeriums für Umwelt, Reaktorsicherheit und Naturschutz und des Umweltbundesamtes „Integrating Environmental Protection into Regional and Interregional Free Trade Agreements“, Berlin, 25.-26.3.1999.

Bürgel, O. und A. Fier, The Internationalisation of British and German Start-Up Companies in High-Technology Industries, Internationale Konferenz der Intech/United Nations University „Industrial Structure, Innovation Dynamics and Technology Policy“, Lissabon, 16.-18.10.1998.

Bürgel, O. und A. Fier, The Internationalisation of Start-Up Companies in High-Technology Industries – Empirical Results and Case Studies from UK and Germany, Vortrag an der University of Lisboa, Lissabon, 15.10.1998.

Buscher H. S., Das Europäische System der Zentralbanken, DSE-Tagung „Stand und Perspektiven der regionalen Kooperation in Zentralasien und in der Europäischen Union“, Issyk Kul (Kirgisien), 6.-10.9.1999.

Buscher H. S., Wachstums- und Beschäftigungseffekte der EWU, DSE-Tagung „Stand und Perspektiven der regionalen Kooperation in Zentralasien und in der Europäischen Union“, Issyk Kul (Kirgisien), 6.-10.9.1999.

Buscher, H. S., Konjunkturzyklen in den Mitgliedstaaten der EU, Freie Universität Berlin, 20.5.1999.

Buscher, H. S., Business Cycles in EU Member States, IZA Workshop „Labour Market Effects of the European Currency Union“, Bonn, 23.-24.3.1999.

Buslei, H., Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich, Workshop der Hans-Böckler-Stiftung „Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen im Niedriglohnbereich“, Frankfurt/M., 22.4.1999.

Buslei, H., Abbildung der Bevölkerungsentwicklung in Überlappende-Generationen-Modellen, Herbstseminar des Arbeitskreises Bevölkerungswissenschaftliche Methoden

der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, Bielefeld, 29.-30.10.1998.

Buslei, H., Wohlfahrtseffekte des Vorschlags zur Besteuerung der Renten in den „Petersberger Steuervorschlägen“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 22.-25.9.1998.

Büttner, T., Regional Labor Markets and Regional Mobility in Germany, ZEI Workshop „Regional Development and Policy in Europe“, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn, 11.12.1999.

Büttner, T., Local Business Taxation and Competition for Capital: the Choice of the Tax Rate, Applied Economics and Econometrics – Brown Bag Seminar (Universität Mannheim), 1.12.1999; Wirtschaftswissenschaftliches Kolloquium, Otto-von-Guericke-Universität, Fakultät für Wirtschaftswissenschaft, Magdeburg, 9.11.1999; European Regional Science Association Annual Congress, University College Dublin, Dublin, 26.8.1999 und CESifo Conference „Capital Income Taxation – Policy Requirements for Europe“, München, 5.6.1999.

Büttner, T., Lokale Kapitaleinkommensbesteuerung und Standortwettbewerb: Theoretische Analyse und Empirische Resultate für die Gewerbesteuer, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 29.9.1999.

Büttner, T., Regional Stabilization by Fiscal Equalization? Theoretical Considerations and Empirical Evidence from Germany, INFER-Jahrestagung 1999, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer, 18.9.1999.

Büttner, T., Reduzierte Mehrwertsteuer auf arbeitsintensive konsumnahe Dienstleistungen, Workshop im Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim, 21.6.1999.

Büttner, T., Budget Constraints and Tax Competition – Empirical Analysis of Local Tax Policy in Germany, ZEW Conference „Fiscal Competition and Federalism in Europe“, Mannheim, 2.6.1999; ZEI Conference „Com-

parative Fiscal Federalism“, Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Bonn 21.5.1999.

Büttner, T., Nationaler und regionaler Steuerwettbewerb – Probleme und Grenzen, 62. Wissenschaftliche Tagung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Bonn, 29.4.1999.

Büttner, T., Zentrale Lohnverhandlungen und regionale Lohnflexibilität: Ergebnisse auf Basis der gesamten Lohnverteilung, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 25.9.1998.

Büttner, T., Central Wage Bargaining and Local Wage Flexibility: Evidence from the Entire Wage Distribution, Econometric Society European Meeting (ESEM), Berlin, 2.9.1998 sowie Conference „Germany's Labor Market Problems: An Empirical Assessment“, Humboldt Universität, Berlin, 27.8.1998.

Cleff, T., Innovation and Innovation Policy in the German Construction Sector, Third Meeting of the Steering Committee of the CIB Task Group 35 – Innovation Systems in Construction, Paris, 18.11.1999.

Cleff, T., Innovationen in der Kunststoff verarbeitenden Industrie, Vortrag beim K-Gespräch, 5.11.1999.

Cleff, T., Innovation in the German Construction Sector, Vortrag auf dem Forschungskolloquium der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Steinbach/Taunus, 28.10.1999; Second Meeting of the Steering Committee of the CIB Task Group 35 – Innovation Systems in Construction, Kopenhagen, 27.5.1999.

Cleff, T., Einflüsse auf umweltrelevantes Innovationsverhalten, Veranstaltung „Wirtschaft trifft Wissenschaft – Messe und Kongress für Mittelstand und Handwerk“ des Staatsministeriums Baden-Württemberg, Stuttgart, 8.-9.12.1998.

Cleff, T., Besonderheiten und Determinanten von Umweltinnovationen, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Rostock, 25.9.1998.

Cleff, T., Innovationen im Fahrzeugbau, Vortrag beim Vorstand der IG Metall, Frankfurt, 31.8.1998.

Cleff, T. und W. Fendler, Auswahl internationaler Beschaffungsmärkte, ZEW-Wirtschaftsforum 1999, Mannheim, 11.6.1999.

Cleff, T. und W. Fendler, Global-Sourcing Management-Tool, 36. Sitzung des Fachausschusses Einkauf und Materialwirtschaft des VDMA, 24.3.1999.

Cleff, T. und N. Janz, Das Mannheimer Innovationspanel: Innovationsaktivitäten und -strategien in der deutschen Wirtschaft, Workshop zum Innovations-Benchmarking beim VDMA, Frankfurt/M., 12.3.1999.

Cleff, T. und K. Rennings, Determinanten von Umweltinnovationen – Empirische Evidenz aus dem Mannheimer Innovationspanel 1996 und einer telefonischen Zusatzbefragung, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 23.-25.9.1998.

Dornau, R. und A. Szczesny, 250 Analysen, 1 Portfolio?, Deutsche Bank, 18.8.1999.

Eckerle, T., Steuerliche Standortunterschiede: Beurteilung der Steuerbelastung deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich vor dem Hintergrund jüngerer Entwicklungen, Vortrag im Rahmen des EZS-ZEW-Workshops „Finanzverfassung und Föderalismus in Europa“, Mannheim, 14.-15.4.1999.

Egelin, J., Gründungsentwicklung und Standortwahl von Verkehrstelematikunternehmen und innovativen Mobilitätsdienstleistern, ZEW-Prognos-BMBF-Workshop „Innovative Verkehrsdienstleister/Komponenten der Verkehrstelematik“, Mannheim, 18.10.1999.

Egelin, J., Stärken und Schwächen einzelner Teilräume des Oberrheingrabens, Vortrag beim Arbeitskreis Wirtschaft der Oberrheinkonferenz, Kehl, 20.9.1999.

Egelin, J., Determinanten der regionalen Verteilung von wissensintensiven Dienstleistungsgründungen, Vortrag beim gemeinsamen Seminar von WIFO und ZEW, Wien, 14.9.1999.

Egelin, J., Zukunft der Arbeit in der Stadt – einige empirische Befunde, Vortrag auf der 3. Freiburger Arbeitsmarktkonferenz der Stadt Freiburg, 7.7.1999.

Egelin, J., Gründungsstimulanz als regionalpolitische Aufgabe?, Workshop „Aufgaben der Regionalpolitik“ des österreichischen Bundeswissenschaftsministeriums, Wien, 25.6.1999.

Egelin, J., Volkswirtschaftliche Bedeutung junger Unternehmen, Symposium „Forschungsergebnisse zur Existenzgründung“ der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg, 18.6.1999.

Egelin, J., Kennziffern des Gründungsgeschehens als Indikatoren der technologischen Erneuerung, Expertenworkshop „Technologischer Strukturwandel“ des österreichischen Bundeswissenschaftsministeriums, Wien, 5.5.1999.

Falk, M., Workers' Skill Level and Information Technology – Evidence from German Service Firms, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 30.9.1999 und European Association of Labour Economists (EALE), Regensburg, 24.9.1999.

Falk, M., Curvature Conditions and Substitution Patterns among Capital, Energy, Material and Heterogeneous Labour, European Association of Labor Economists (EALE), Regensburg, 25.9.1999 und Young Economists Conference, Amsterdam, 10.4.1999.

Falk, M., Determinanten der qualifikatorischen Arbeitsnachfrage in der westdeutschen Industrie 1978-90: FuE-intensive versus nicht FuE-intensive Industrien, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 25.9.1998.

Falk, M., Auswirkungen von Innovationen auf Lohn- und Produktivitätsangleichung zwischen ost- und westdeutschen Unternehmen, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 24.9.1998.

Falk, M., The Demand for Heterogeneous Labor in Germany, European Economic Association (EEA), Berlin, 2.9.1998.

Fier, A., Evaluation und innovative Ansätze zur Umsetzung von Forschungsergebnissen, Klausurtagung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi), Boppard, 13.-15.4.1999.

Fier, A., Evaluation als Schlüssel zum Projekt- und Programmerfolg, Vortrag am Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Bonn, 23.3.1999.

Fier, A., Die Internationalisierung junger Technologieunternehmen in Deutschland und Großbritannien – Empirische Ergebnisse, Winterseminar der Gesellschaft für Regionalforschung (GfR), Neunkirchen (Österreich), 21.2.1999.

Fier, A. und P. Boekholt, European Innovation Policy and its Delivery Mechanisms, European Innovation Monitoring System (EIMS), EU, Luxemburg, 16.12.1999.

Fier, A. und G. Licht, Internationalisation and Firm Performance in High-Technology Industries – A Comparative Study of British and German Start-Ups, Vortrag DFG Abschlusskolloquium, Berlin, 16.6.1999.

Fier, A. und G. Licht, Management Training in SMEs in Germany and Finland, OECD – 12th Session of the Working Party on SMEs, Helsinki (Finnland), 20.-21.5.1999.

Franz, W., Zur wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland: Gegen Pessimismus, Mitgliederversammlung der wir. (Wirtschafts-Initiativen für Deutschland e.V.), Berlin, 10.12.1999.

Franz, W., Global Players? Vortrag und Teilnahme am interdisziplinären Dialog der Universität München, 29.11.1999.

Franz, W., Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland, Vortrag beim Dies Oeconomicus der Universität Hohenheim, 19.11.1999; beim Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken – BVR, Garmisch-Partenkirchen, 10.11.1999; beim Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland, München, 7.7.1999; an der Universität Dresden, 18.6.1999 sowie vor der Jahreshaupt-

versammlung des Verbandes der Elektro- und Metallindustrie Rheinland-Rhein Hessen e.V. (VEM), Bad Neuenahr, 25.03.1999.

Franz, W., Labor Market Effects of the European Monetary Union, Vortrag beim Heidelberg Club International, 13.11.1999.

Franz, W., Perspektiven deutscher Wirtschaftspolitik, Vortrag bei der Baden-Württembergischen Bank, Heilbronn, 10.11.1999.

Franz, W., Finanz- und Lohnpolitik in Deutschland, Vortrag vor dem Club der Kurpfälzischen Wirtschaftsjournalisten, Ludwigshafen, 4.10.1999.

Franz, W., Brauchen wir eine Beschäftigungs- und Sozialunion? Symposium der Ludwig-Erhard-Stiftung „Der Europäische Beschäftigungspakt“, Bonn, 30.6.1999.

Franz, W., Der Euro: Jobmaschine oder Jobkiller? Vortrag beim Studium Generale der Universität Heidelberg, 28.6.1999.

Franz, W., Real and Monetary Challenges to German Wage Policy at the Turn of the Millennium: Technical Progress, Globalization and European Monetary Union, CESifo-Symposium „The European Unemployment Problem“, München, 22.6.1999.

Franz, W., Makroökonomische Auswirkungen der EWWU auf die Teilnehmerstaaten und deren Regionen, Tagung „Europäische Gebietskörperschaften und öffentliche Emittenten“ der Sachsen LB, Dresden, 17.6.1999.

Franz, W., Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland, Vortrag vor dem Bundesverband der Ernährungsindustrie (BVE), Berlin, 10.6.1999.

Franz, W., Wirtschaftspolitische Standortbestimmung und Perspektiven, Vortrag bei der Fellbach Bank e.G., 8.3.1999.

Franz, W., Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Statement auf dem Führungskräfte- und Betriebsräteseminar der Wacker-Chemie GmbH, Burghausen, 3.3.1999.

Franz, W., Das Jahresgutachten 1998/99 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Vortrag an der Universität Hohenheim,

26.1.1999; an der Technischen Universität Darmstadt, 15.12.1998; vor dem Beirat Südwest der Dresdner Bank AG Frankfurt, 10.12.1998; an der Universität Hannover, 9.12.1998; bei der Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung und der Stadtsparkasse Kassel, 1.12.1998 sowie an der Humboldt-Universität zu Berlin, 30.11.1998.

Franz, W., Gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Kontext der Euro-Einführung, Vortrag bei der Sparkasse Konstanz, 3.12.1998.

Franz, W., Herausforderungen an den Wirtschaftsstandort Deutschland – Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung, Vortrag beim Informationsforum der regionalen Wirtschaft Aschaffenburg und Umgebung, 26.11.1998.

Franz, W., Wachstum, Arbeit, Umwelt, Vortrag bei der BASF AG Ludwigshafen, 19.11.1998.

Franz, W. und V. Steiner, Ten Years After Unification, CESifo Conference „Wages in the East German Transition Process“, Berlin, 9.11.1999.

Fryges, H., The Decision on Entry Modes into International Markets, Summer School 1999, Centre for Industrial Economics, University of Copenhagen, Kopenhagen, 30.6.1999.

Groscurth, H.-M. und I. Kühn, Die energetische Nutzung von Biomasse – technische, ökonomische und ökologische Erfahrungen anhand ausgewählter europäischer Beispiele, Hauptvortrag auf der 63. Physikertagung, Heidelberg, 15.-19.3.1999.

Heinemann, F., Exchange Rate Regimes and Fiscal Discipline in OECD Countries, DFG-Workshop Linking EU and National Governance, Mannheim, 19.11.1999.

Heinemann, F., After the Death of Inflation: Will Fiscal Drag Survive?, CERGE-EI Seminar, Karls-Universität Prag, 4.11.1999.

Heinemann, F., Der Euro in seinem ersten Jahr – eine Bilanz, Euro-Tagung Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart, 14.10.1999.

Heinemann, F., Does Globalization Restrict Budgetary Autonomy?, European Economic Association (EEA), Santiago de Compostela, 4.9.1999.

Heinemann, F., Financing the European Union in the 21st Century, Summer School of Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, 22.7.1999.

Heinemann, F., Reformperspektiven der EU-Finanzverfassung nach den Beschlüssen zur Agenda 2000, Tagung Arbeitskreis für Europäische Integration, Hamburg, 18.6.1999.

Heinemann, F., Die Fiskalpolitik und ihre Bedeutung für die Entwicklung der EWU, Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung, 12.6.1999.

Heinemann, F., EU-Finanzverfassung und Agenda 2000 – die verpasste Chance, Universität Hohenheim, 12.5.1999.

Heinemann, F., Die WWU – Chancen und Risiken, Europa-Tagung Konrad-Adenauer-Stiftung, Straßburg, 4.5.1999.

Heinemann, F., Fiscal Policy under EMU: Discipline without a Depreciation Threat?, Jahrestagung European Public Choice Society, Lissabon, 8.4.1999 sowie Colloquium SUERF and Centre for Fiscal Studies, Frankfurt, 15.10.1998.

Heinemann, F., Die EU-Osterweiterung: Herausforderung für Politik und Wirtschaft, Dachser-Forum, Frankenthal, 11.3.1999.

Heinemann, F., Fiskaldisziplin ohne Abwertungsdrohung?, Kolloquium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Universität Dortmund, 25.1.1999.

Heinemann, F., Ruinöser Steuerwettbewerb im Euroland?, Internationales Europa-seminar Gustav-Stresemann-Institut, Bonn, 2.1.1999.

Heinemann, F., Exchange Rate Regimes and Fiscal Discipline in OECD Countries, Europa-Institut, Universität Saarbrücken, 1.12.1998.

Heinemann, F., Steuerpolitik im Euro-Binnenmarkt – Harmonisierung oder Wettbewerb?, Arbeitskreis Internationale Wirtschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 20.10.1998.

Heinemann, F., Finanzmarktrestriktionen der Fiskalpolitik im Mehrebenensystem der EU – die Rolle des Wechselkursregimes, DFG-Workshop Schwerpunktprogramm „Regieren in der EU“, Mannheim, 5.10.1998.

Heinemann, F., Strategische Euro-Vorbereitung, Euro-Informationsveranstaltung Sparkasse Mosbach, 22.9.1998.

Heinemann, F., The EMU Consolidation Game – Or: Does 3.0 Really mean 3.0?, European Economic Association (EEA), Berlin, 3.9.1998.

Janz, N., Gibt es einen stabilen Zusammenhang zwischen FuE- und Patentaktivitäten von Unternehmen? Eine Anwendung von ökonometrischen Panel-Zählmodellen, Christian-Albrechts-Universität, Ökonometrisches Seminar, Kiel, 2.12.1999.

Janz, N., Der Zusammenhang zwischen Patentierung und FuE – Empirische Ergebnisse aus dem Mannheimer Innovationspanel, Friedrich-Alexander-Universität, Statistisches Seminar, Nürnberg, 24.11.1999.

Janz, N., Ein Eulergleichungsmodell mit monopolistischen Absatz- und monopsonistischen Arbeitsmärkten, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 29.9.1999.

Janz, N., Export- und Innovationsaktivitäten im deutschen Dienstleistungssektor, Empirische Evidenz für deutsche Unternehmen, Symposium „Empirische Innovationsforschung“, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, 26.1.1999.

Janz, N., Exporterfolg und Innovationsaktivitäten deutscher Dienstleistungsunternehmen, Empirische Ergebnisse mit einem Querschnitt des Mannheimer Innovationspanels, Christian-Albrechts-Universität, Ökonometrisches Seminar, 14.1.1999;

Janz, N., Kann das neoklassische Investitionsmodell das Investitionsverhalten deutscher Aktiengesellschaften erklären?, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Wirtschaftswissenschaftliches Kolloquium, 15.12.1998.

Janz, N., Das Mannheimer Innovationspanel, LWBB Längsschnitt-Werkstatt Berlin-

Brandenburg, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, 14.12.1998.

Janz, N., Export- und Innovationsaktivitäten im deutschen Dienstleistungssektor, Empirische Ergebnisse mit Daten aus dem Mannheimer Innovationspanel, Jahrestagung des Verein für Socialpolitik, Rostock, 25.9.1998.

Janz, N., Export Behaviour and Innovation Activities in the Service Sector, Empirical Results for a Cross Section of Firms, 25th Conference of the European Association for Research in Industrial Economics, Kopenhagen, 27.8.1998.

Kaiser, U., Measuring Knowledge Spillovers in Manufacturing and Services: An Empirical Assessment of Alternative Approaches, International Conference on Innovation, Appropriation Strategies and Economic Policy, Paris, 19.11.1999.

Kaiser, U., R&D Cooperation and R&D Intensity: Theory and Micro-Econometric Evidence for Germany, Workshop DFG-Schwerpunktprogramm Industrieökonomik und Inputmärkte, Heidelberg, 29.10.-30.10.1999; Econometrics Society European Meeting, Santiago de Compostela, 29.8.-1.9.1999.

Kaiser, U., New Technologies and the Demand for Heterogeneous Labor: Firm-Level Evidence for German Business-Related Services, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 30.9.1999; European Economic Association (EEA), Santiago de Compostela, 2.9.-4.9.1999; 1st ZEW Summer Workshop, Mannheim, 7.6.1999; Econometrics seminar, Université Louis Pasteur, Straßburg, 10.5.1999; TSER workshop at Herstmonceux castle, Sussex, England, 19.2.1999 sowie ZEW/ISI Doktorandentag, Karlsruhe, 2.2.1999.

Kaiser, U.: Konjunktur im IT-Bereich, Bundesverband Bürokommunikation, Frankfurt, 09.12.1998.

Kaiser, U., The Impact of New Technology on the Demand for Heterogeneous Labor: Empirical Evidence from the German Business-Related Service Sector, Jahrestagung

des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 24.9.1998.

Kaiser, U., Shifting Employment Patterns in Business-Related Services: Empirical Evidence from German Survey data, Conference „Germany's Labor Market Problems: An Empirical Assessment“, Humboldt Universität Berlin, 27.8.1998; Brown Bag Seminar Universität Magdeburg, 26.8.1998.

Keilbach, M., Beratung als wichtiger Bestandteil eines Venture-Capital-Engagements, Existenzgründertage der L-Bank, Karlsruhe, 9.12.1999.

Keilbach, M., Network Externalities and the Dynamics of Markets, Will Bill Gates make it? Econometric Society European Meeting (ESEM), Santiago de Compostela, 30.08.1999; Computing in Economics and Finance, Boston, 25.7.1999; 1st ZEW Summer Workshop, Mannheim, 7.-10.6.1999.

Keilbach, M., Marshallian Externalities and the Dynamics of Agglomeration and Regional Growth, Econometric Society European Meeting (ESEM), Santiago de Compostela, 28.8.1999.

Keilbach, M., Marshallian Externalities and the Dynamics of Agglomeration – a Study Based on Cellular Automata, Kolloquium „Evolutorische Ökonomik“ des Max-Planck-Instituts zur Erforschung von Wirtschaftssystemen, Jena, 13.7.1999.

Keilbach, M., Network Externalities and the Dynamics of Markets, 7. Jahrestagung der Society for Nonlinear Dynamics and Econometrics, New York, 19.3.1999.

Kohl, T., Die Euro-Umstellung im Personalwesen, Euro-Workshop-Reihe der IHK Rhein-Neckar „Der Euro in der Unternehmenspraxis“, 12.6.1999.

Kohl, T., Interne und externe Personalbeschaffung, DSE-Seminar „Personalentwicklung“, Mannheim, 4.12.1998.

Köke, J., Institutional Investment in Central and Eastern Europe, 3rd International Conference „Institutions in Transition“, Maribor/Slowenien, 8.-9.10.1999.

König, H., Globalisierung – Eine Herausforderung für eine neue Weltwährungsordnung?, Vortrag an der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, 10.7.1999.

König, H., Makroökonomie – quo vadis?, Vortrag am Institut für Höhere Studien, Wien, 2.6.1999.

Korn, O., Bewertung und Hedging von Ölfutures, Ökonomisches Kolloquium der Universität Tübingen, 24.12.1999.

Korn, O., Price Predictions Based on Trading Volume, 6. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Finanzwirtschaft, Aachen, 24.9.1999.

Korn, O., Preisprognosen mit Handelsvolumen, Fakultätsseminar der Fakultät für Mathematik und Wirtschaftswissenschaften der Universität Ulm, 9.12.1998.

Korn, O., Hedging langfristiger Lieferverpflichtungen mit kurzfristigen Futures: Möglich oder unmöglich?, Finanzwirtschaftliches Kolloquium der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität Frankfurt/M., 24.11.1998.

Korn, O., Hedging Long-Term Oil Contracts With Short-Term Futures: Feasible Or Not?, 5. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Finanzwirtschaft, Hamburg, 25.9.1998 und OR98, International Conference on Operations Research, Zürich, 31.8.1998.

Körting, T., Bankbeziehungen deutscher KMU – Empirische Ergebnisse aus Umfragedaten, Finance Meeting, Ernst & Young, Stuttgart, 18.10.1999.

Körting, T., Die Kreditaufnahmeentscheidung deutscher kleiner und mittlerer Unternehmen – Empirische Ergebnisse aus Umfragedaten, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 28.9.-1.10.1999 und Konferenz des Fraunhofer-Instituts für Systemtechnik und Innovationsforschung „Finanzierung von KMU im Innovationsprozess – Akteure, Strategien, Probleme“, Karlsruhe, 8.-9.10.1998.

Körting, T., The German SME Finance Survey – First Results on Bank Relationships, Lunchtime Workshop of the European Central Bank, Frankfurt, 13.9.1999.

Körting, T., How Many Creditors Does It Take to Tango?, European Economic Association (EEA), Santiago de Compostela, 2.-5.9.1999 und International Conference on Funding Gaps Controversies, Centre for Small and Medium-Sized Enterprises, University of Warwick, Coventry, 12.-13.4.1999.

Körting, T., Bankbeziehungen kleiner und mittlerer Unternehmen – Empirische Ergebnisse aus Umfragedaten, Seminar der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, 17.12.1998 und Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 22.-25.9.1998.

Körting, T., Lending Relationships in Germany – Empirical Evidence from Survey Data, European Economic Association (EEA), Berlin, 2.-5.9.1998.

Koschel, H. und T.F.N. Schmidt, Kostenverteilung klimapolitischer Maßnahmen in der Europäischen Union, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 22.-25.9.1998.

Kühn, I., Entwicklung der Strommärkte in Deutschland und Europa, Vortrag auf dem Seminar „Strommarkt – die Chancen nutzen“ der IHK Nordschwarzwald, Pforzheim, 16.11.1999.

Kühn, I., International Markets for Green Electricity. Overview on German Policy and Market Actors, Konferenz „Trade with Electricity from Renewable Energy Plants“ des dänischen Rates für Energie und Umwelt, Kopenhagen, 25.10.1999.

Kühn, I., Strategien deutscher Energieversorgungsunternehmen zur Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen, 1. Internationale Energiewirtschaftstagung an der TU Wien, Wien, 24.-26.2.1999.

Kühn, I., The Potential Role of External Costs in Liberalised Energy Markets, 4th European IAEE/GEE Conference, Berlin, 9.-10.10.1998.

Lauer, C., Effekte der Europäischen Währungsunion auf das Lohnverhalten, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 30.9.1999.

Lauer, C., Europäische Währungsunion und Arbeitsmarkt, Konrad-Adenauer-Stiftung, Straßburg, 5.5.1999.

Licht, G., Some Suggestions to Improve the Measurement of Innovation Output and the Impacts of Innovation in Future Innovation Surveys, EWR Arbeitsgruppe, 23.-24.11.1999.

Licht, G., Innovation in the Service Sector – Selected Sector – Selected Facts and Some Policy Solutions, Expert Meeting Innovation Policy in a Knowledge-Based Economy, Madrid, 22.-23.10.1999.

Licht, G., Bietet regionale Clusterung einen Ansatzpunkt für die Innovations- und Technologiepolitik in Baden-Württemberg?, Staatsministerium, Stuttgart, 24.9.1999.

Licht, G., R&D Cooperation and R&D Intensity, European Economic Association (EEA), Santiago de Compostela, 1.-4.8.1999.

Licht, G., Germany's Technological Performance: Facts and Policy Implications, Industry Canada, Ottawa, 20.7.1999.

Licht, G., Innovation Surveys, Methods, Results and Prospects, Statistics Canada, Ottawa, 14.7.1999.

Licht, G., Development of Innovation Indicators over Time, NESTI, Paris, 29.6.-1.7.1999.

Licht, G., Internationalisation and Firm Performance in High-Technology Industries – A Comparative Study of British and German Start-Ups, DFG-Workshop „Technologischer Wandel und Regionalentwicklung in Europa“, Berlin, 17.-19.6.1999.

Licht, G., Zur technologischen Leistungsfähigkeit (Ost-)Deutschlands, Workshop der IG Metall im Rahmen des Bündnisses für Arbeit, Berlin, 11.6.1999.

Licht, G., Die Chimäre des Mitnahmeeffektes?, BDI-Workshop „Neue Ansätze zur Basisförderung der Innovationstätigkeit“, Köln, 5.5.1999.

Licht, G., Innovation & Technology Transfer in the Germany Innovation System, Workshop on Benchmarking Innovation &

Technology Transfer, EU High Level Group on Benchmarking, Bonn 3.5.1999.

Licht, G., Innovationen und Strukturen im Dienstleistungssektor, Workshop des BMBF „Innovative Dienstleistungen“, Bonn, 27.4.1999.

Licht, G., The Internationalization of British and German Start-Up Companies in High-Technology Industries, Workshop „Multinational Enterprises, Economic Development and Policies“, Salzau, 25.-27.4.1999.

Licht, G., Innovation, Information Technologies and Human Capital in the German Service Sector, Workshop University of Ottawa, 11.-12.3.1999.

Licht, G., Internationalisierung von britischen und deutschen Neugründungen in Hochtechnologieindustrien, Symposium „Empirische Innovationsforschung“ des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, 26.2.1999.

Licht, G., Unternehmensgründungen und regionale Innovationspotenziale in Deutschland, Kolloquium Universität Hamburg, 11.11.1998.

Licht, G., Steuerliche Behandlung von Unternehmensgründungen. Theoretische Grundlage und empirische Evidenz, 2. Magdeburg Meeting, 8.10.1998.

Licht, G., FuE-Kooperation und FuE-Intensität, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 22.-25.9.1998.

Licht, G., R&D Cooperation and R&D Intensity: Theory and Microeconomic Evidence, EARIE, Kopenhagen, 27.-30.8.1998.

Lüders, E., Eine Einführung in die Kapitalmarkttheorie, Vortragsreihe an der Wirtschaftsuniversität in Kiew, Ukraine, 26.2.-7.3.1999.

Niggemann, H., Der statistische Erhebungsumfang und die volkswirtschaftliche Bedeutung von Dienstleistungen, Statistische Woche der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Ausschuss Markt- und Unternehmensstatistik, Lübeck, 9.10.1998.

Osório-Peters, S., Review of Waste Con-

trol Regulations in Europe since 1975, Vortrag beim Internationalen Workshop „The Environment: Historical Context and Present Day Perspectives“ in der Hebrew University, Jerusalem, 9.11.1999.

Peters, R.-H., Bargaining with Inside and Outside Options: Disagreement Specific Investments, Econometric Society European Meeting (ESEM), Santiago de Compostela, 1.9.1999.

Pfeiffer, F., Aufwand und Ertrag: Daten und Fakten zur Bildung in Deutschland und in Europa, „Rohstoff Bildung“, Tagung des Frankfurter Instituts, Frankfurt/M., 15.11.1999.

Pfeiffer, F., Training and Individual Performance: Evidence from Microeconomic Studies, „Dimensions of Training – Research on Vocational Education and Training in Europe“, Working meeting CEDEFOP, Brüssel, 8.-9.11.1999.

Pfeiffer, F., The Impact of Non-Profit Temping Agencies on Individual Labour Market Success in the West German State of Rhineland-Palatinate, European Economic Association (EEA), Santiago de Compostela, 4.9.1999.

Pfeiffer, F., Self-Employment and Unemployment in Germany, MZES-Workshop on Self-Employment in Advanced Economies, Mannheim, 2.7.1999.

Pfeiffer, F., Labour Market Performance and Mobility of Scientists in Germany, Thematic Workshop on Science and Technology Labour Markets, OECD, Paris, 17.5.1999.

Pfeiffer, F., Berufliche Weiterbildung, Verdienst und selbstständige Erwerbstätigkeit, Bildungsökonomischer Ausschuss (VfS), Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, 6.3.1999.

Pfeiffer, F., Weiterbildung und Selbstständigkeit – eine Mikroanalyse, Forschungskolloquium „Freie Berufe und empirische Wirtschafts- und Sozialforschung“, Universität Lüneburg, 19.1.1999.

Pfeiffer, F., Business Start-Ups by the Unemployed – an Econometric Analysis Based

on Firm Data, 6. Kolloquium im DFG-Schwerpunktprogramm „Industrieökonomik und Inputmärkte“, Wissenschaftszentrum Schloss Reinsburg, Günzburg, 16.1.1999.

Pfeiffer, F., Überlebenswahrscheinlichkeit und Beschäftigungsentwicklung von Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit im Vergleich, Forum Gründungsforschung – Interdisziplinäre Jahreskonferenz zur deutschsprachigen Gründungsforschung, Deutsche Ausgleichsbank, Bonn, 4.12.1998.

Pfeiffer, F., Arbeitslosigkeit und die Suche nach beruflicher Selbstständigkeit, „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zu Sozialstruktur und Arbeitsmarkt“, ZUMA, Mannheim 9.10.1998.

Pfeiffer, F., Gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung, „Modernisierung der Arbeits- und Sozialverwaltung“, Elfte Sozialpolitisches Symposium, Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der Europäischen Gemeinschaft, Schloss Quint, 5.10.1998.

Pfeiffer, F., German Business Start-Ups from Unemployment – An Empirical Analysis with Firm Data, International Conference on Self-Employment, OECD, Canadian International Labour Network (CILN), Burlington, Ontario, Kanada, 26.9.1998.

Puhani, P. A., Advantage through Training? A Microeconomic Evaluation of the Employment Effects of Active Labour Market Programmes in Poland, 4th Annual International Conference on Transition Economics, The Centre for Economic Policy Research and the William Davidson Institute, Peking, 23.7.1999; Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 22.3.1999; Brown Bag Seminar, Universität Mannheim, 13.1.1999; American Social Science Association, Annual Meeting, New York, 4.1.1999; CASE Foundation Conference „Creation of New Work Places and Economic Restructuring in Poland“, Warschau, 23.10.1998; IZA European Summer School, Buch am Ammersee, 10.9.1998.

Puhani, P. A., All Quiet on the Wage Front? Gender, Public-Private Sector Issues and Rigidities in the Polish Wage Structure, Phare ACE Workshop „Changing Relative Wages in Central and Eastern Europe“, Budapest, 24.4.1999.

Puhani, P. A., Employment Effects of Active Labour Market Policies, The East German and Polish Experiences during Transition, Econometric Society, American Social Science Association, Annual Meeting, New York, 4.1.1999; Europe Meeting, Fachhochschule Ludwigshafen am Rhein – Hochschule für Technik, Ludwigshafen am Rhein, 5.11.1998.

Puhani, P. A., Beschäftigungseffekte von Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen in Ostdeutschland, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 23.9.1998.

Puhani, P. A., Employment Effects of Publicly Financed Training Programmes – The East German Experience, European Association of Labour Economists (EALE), Blankenberge, 18.9.1998, European Economic Association (EEA), Berlin, 4.9.1998 und Econometric Society European Meeting (ESEM), Berlin, 1.9.1998.

Radowski, D., Modeling German Unification in a Disequilibrium Framework, „Macromodels 1999“, Rydzyna (Polen), 2.12.1999.

Ramb, F., Investitionen, Finanzierungsrestriktionen und Besteuerung, Forschungsgruppe Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M., 23.9.1999.

Reize, F., Business Start-Ups by the Unemployed – An Econometric Analysis Based on Firm Data, European Economic Association (EEA), Santiago de Compostela, 4.9.1999 und 47th Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 22.3.1999.

Reize, F., Aus der Arbeitslosigkeit in die Selbstständigkeit, Expertenseminar des Allgemeinen Unternehmerverbands Neubrandenburg zum Thema „Existenzgründungsförderung als arbeitsmarktpolitische Aufgabe“, Neubrandenburg, 9.12.1998.

Reize, F., Überlebenswahrscheinlichkeit und Beschäftigungsentwicklung von Existenzgründungen, Wirtschaftswissenschaftliches Seminar für Betriebsberater des Handwerks 1998, Nürnberg, 29.9.1998.

Reize, F., Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit im Vergleich – Eine ökonometrische Analyse mit Firmendaten, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 25.9.1998.

Rennings, K., Umweltorientierte Innovationen in Unternehmen – Messung, Determinanten, Wirkungen, Vortrag auf der Statistischen Woche der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker, Ausschuss Unternehmens- und Marktstatistik, Hannover, 6.10.1999.

Rennings, K., Determinants of Environmental Innovation - Evidence from the Mannheim Innovation Panel and a Follow-Up Telephone Survey, Vortrag auf der internationalen Konferenz „Innovation-Oriented Environmental Regulation: Theoretical Approaches and Empirical Analysis“, veranstaltet von der Europäischen Kommission, MERIT und dem ZEW, Potsdam, 27.-29.5.1999.

Rennings, K., Indikatoren für ökonomische Nachhaltigkeit, Vortrag auf dem Workshop „Untersuchung zu einem integrativen Konzept nachhaltiger Entwicklung“ der Hermann-von-Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (HGF) im Wissenschaftszentrum Bonn, 25.3.1999.

Rennings, K., Prices and More – Driving Forces Towards Sustainable Mobility, 4th International Social Costs and Sustainability Conference, ZEW Mannheim and PACE University New York, „Policy Instruments for Incorporating Social Costs into Transportation and Energy Sectors“, New York, 1.-4.10.1998.

Rennings, K., Towards a Theory and Policy of Eco-Innovation – Neoclassical and (Co-)Evolutionary Perspectives, 5th Biennial Meeting of the International Society for Ecological Economics (ISEE), „Beyond Growth:

Policies and Institutions for Sustainability“, Santiago de Chile, 15.-19.9.1998.

Schröder, M., What's on their Mind: Do Exchange Rate Forecasters Stick to Theoretical Models, Journal of Applied Econometrics-Conference „Inference and Decision Making“, Rotterdam, 17.-19.6.1999.

Schwager, R., Innere Sicherheit, Altruismus und Umverteilung, Jahrestagung der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaftslehre und Statistik, 25.3.1999.

Schwager, R., Polizei, Sozialhilfe und innere Sicherheit, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 22.-25.9.1998.

Spengler, H., The Impact of Non-Profit Temping Agencies on Individual Labour Market Success in the West German State of Rhineland-Palatinate, 48th Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Montréal, 7.10.-10.10.1999; Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 28.9.-1.10.1999 und ZEW Research Conference „Econometric Evaluation of Active Labour Market Policies in Europe“, 25.-26.6.1999.

Spengler, H., Socio-Economic and Demographic Factors of Crime in Germany: Evidence from Panel Data of the German States, im Rahmen der Vortragsreihe „Law and Economics“ an der Universität Würzburg, 23.7.1999; 47th Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 16.3.-23.3.1999 sowie European Economic Association (EEA), Berlin, 2.9.-5.9.1998.

Spengler, H., Wiedereingliederungseffekte gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz, Vortrag im Rahmen der Sitzung des Fachausschusses des Landesarbeitsamts Rheinland-Pfalz/Saarland, Saarbrücken, 28.1.1999.

Spengler, H., Sozioökonomische Ursachen der Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland: Eine ökonometrische Untersuchung mit Paneldaten der deutschen Bundesländer, Ökonomischer Workshop der

Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Tübingen, 13.1.1999.

Spengler, H., Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik am Beispiel der gemeinnützigen Arbeitnehmerüberlassung in Rheinland-Pfalz, Vortrag im Rahmen einer Tagung der Arbeitsamts-Direktoren des Landesarbeitsamts Rheinland-Pfalz/Saarland, Kirkel, 24.11.1998.

Steiner, V., Kann man mit Lohnsubventionen die Beschäftigung Minderqualifizierter erhöhen?, Wirtschaftsuniversität Wien, 3.12.1999.

Steiner, V., Wages in the East German Transition Process – Facts and Explanations, CESifo Conference „Ten Years after: German Unification Revisited“, Berlin, 9.11.1999.

Steiner, V., Can Work Incentives be Improved by Wage Subsidies to Low-Skilled Workers? An Econometric Analysis for Germany, IAB-Workshop „Evaluation of Active Labour Market Policy“, Nürnberg, 28.10.1999 und IZA-Seminar, Bonn, 6.4.1999.

Steiner, V., Beschäftigungseffekte von Lohnsubventionen, Workshop der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin, 26.10.1999.

Steiner, V., Können durch einkommensbezogene Transfers an Arbeitnehmer die Arbeitsanreize gestärkt werden?, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 30.9.1999 und Jahrestagung der National-ökonomischen Gesellschaft Österreichs, 27.5.1999.

Steiner, V., The Development of Wages in Germany in the 1980s – Descriptions and Explanations, International Conference on „The Distribution of Income in an International Perspective“, Delmenhorst, 8.7.1999.

Steiner, V., Was leistet die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland?, Arbeitsmarktkonferenz der Selbstverwaltung Arbeitsamt Ludwigshafen, 30.4.1999.

Steiner, V., Evaluation staatlich geförderter Fortbildung und Umschulung – Wo stehen wir in Deutschland, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin, 23.4.1999.

Steiner, V., Industrial Change, Stability of Relative Earnings, and Substitution of Unskilled Labor in West Germany, Universität Mainz, 18.1.1999 und Conference on Policies for Low-Wage Employment and Social Exclusion in Europe, Groningen, 19.-21.11.1998.

Steiner, V., Employment Effects of Publicly Financed Training Programmes – The East German Experience, Universität Basel, 13.1.1999.

Steiner, V., Evaluation staatlich geförderter Fortbildung und Umschulung – wo stehen wir in Deutschland, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, 9.12.1998.

Steiner, V., Wage Subsidies and Low-Wage Employment, Tri Nation Conference „In Search of Work“, Washington DC, 10.11.1998.

Steiner, V., Extended Benefit Entitlement Periods and the Duration of Unemployment in Germany, ZEW Workshop „Unemployment in Europe“, Mannheim, 24.10.1998; European Economic Association (EEA), Berlin, 2.9.1998; Econometric Society European Meeting (ESEM), Berlin, 1.9.1998 und Konferenz über „Germany's Labor Market Problems – An Empirical Assessment“, Berlin, 29.8.1998.

Steiner, V., Employability – Skills and Welfare Reform, Tri Nation Conference „In Search of Work“, München, 14.10.1998.

Steiner, V., Der Einfluss der Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 23.9.1998.

Stirböck, C., Wachstums- und Arbeitsmarkteffekte der EWU – Perspektiven des Euro, Europa-Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung, Straßburg, 10.9.1999 und 25.10.1998.

Stirböck, C., Kapitalmobilität in der EWU, 1. Passauer Workshop „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“, Passau, 16.4.1999.

Stirböck, C., Der Einfluss der monetären Instrumente auf die Schockabsorption in der

EWU, Workshop „EWU und Arbeitsmarkteffekte“ des IZA, Bonn, 24.3.1999.

Stirböck, C., Auswirkungen des Euro auf die Transportbranche, Euro-Workshop des Club km 92/Iveco, Hamburg, 3.9.1998.

Szczesny, A., Problemengagements im Kreditgewerbe, Präsentation des CFS-Datensatzes, Center for Financial Studies, Frankfurt, 10.06.1999.

Weinreich, S. und A. Ricci (ISIS, Italien), Valuation of Transport Externalities, Deliverable 3 of the Concerted Action on Transport Pricing Research Integration, Vortrag beim zweiten CAPRI-Workshop, Brüssel, 19.11.1998.

Weinreich, S. und A. Ricci (ISIS, Italien), External Cost Analysis in the QUITs-Project, 4th International Social Cost and Sustainability Conference, ZEW Mannheim and PACE University New York, „Policy Instruments for Incorporating Social Costs into the Transportation Sector“, New York, 2.10.1998.

Westerheide, P., Reformoptionen der Alterssicherung und institutionelle Einbindung der Wohneigentumsförderung, Expertenhearing Bausparkasse Schwäbisch Hall, Schwäbisch Hall, 16.10.1999.

Wolf, E., Lower Wages for Less Hours? – A Simultaneous Wage-Hours Model for Germany, Lonestar Conference, A&M University Texas, College Station, Texas, 23.10.1999; 1st ZEW Summer Workshop, Mannheim, 9.6.1999.

Wolf, E., Firmengrößen-Lohndifferenziale in den neuen Bundesländern – ein Selektionseffekt?, Seminar am Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle, 9.2.1999 und IAB-ZEW-Kontaktseminar, Iphofen, 25.-27.11.1998.

Wolf, E., Arbeitsangebotsentscheidungen im Familienkontext, Workshop „Bildung und Arbeitsmarkt“, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Mannheim, 22.1.1999.

Wolf, E., Dynamik der Arbeitszeitstruktur. Welche Rolle spielt der Strukturwandel?,

ZUMA-Konferenz „Forschung mit dem Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur und zum Arbeitsmarkt“, Mannheim, 8.-9.10.1998.

Wolf, E., Joint Labour Supply Decisions of Married and Cohabiting Couples: A Discrete Choice Model with Endogenous Wages and Hours Restrictions, „Germany's Labor Market Problems, An Empirical Assessment“, Berlin, 26.-29.8.1998.

Zwick, T., Employee Resistance against Innovations – A Personnel Economic Approach with Evidence, Brown Bag Seminar, Universität Mannheim, 8.12.1999.

Zwick T., Trends bei Beschäftigung und Qualifikation in Deutschland, 3. Freiburger Wirtschaftssymposium, Freiburg, 21.-23.10.1999.

Zwick, T., Überqualifizierung treibt Arbeitnehmer in Niedriglohnbeschäftigung, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 28.9.-1.10.1999.

Zwick, T., Innovations Induce Asymmetric Employment Movements, European Association of Labour Economists (EALE), Regensburg, 23.9.-26.9.1999.

Zwick, T., Human Capital Creates Insider Power, Royal Economic Society Conference, Nottingham, 29.3.-1.4.1999.

Zwick, T., Human Capital, Market Power and Insiders, Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 16.-23.3.1999.

Zwick, T., Humankapital erzeugt Marktmacht, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 22.-25.9.1998.

Zwick, T., Human Capital Retards Employment Recovery, Jahrestagung der European Association of Labour Economists (EALE), Blankenberge, 17.-20.9.1998.

Vorträge im Rahmen des ZEW-Kolloquiums und des ZEW-Seminars

Das ZEW-Kolloquium und das ZEW-Seminar bieten externen und internen Wissenschaftlern und Praktikern ein Forum, neue Ergebnisse ihrer Forschung bzw. Tätigkeit sowohl einem sachkundigen als auch einem allgemein interessierten Publikum vorzustellen. Die Einladung an externe Wissenschaftler erfolgt im Allgemeinen auf Vorschlag von Mitarbeitern der einzelnen Abteilungen. Beim ZEW-Kolloquium besteht die Möglichkeit zu vertiefenden Gesprächen im Anschluss an die Veranstaltung.

Als Referenten begrüßte das ZEW im Berichtszeitraum:

ZEW-Seminar

Prof. Giorgio Brunello (Universität Padua): Produktivitätswachstum und interne Arbeitsmärkte in Japan, 16.9.1999.

Dr. Katherine Wakelin (University of Nottingham): Der Einfluss der europäischen Integration auf ausländische Direktinvestitionen in der britischen Nahrungsmittelindustrie, 9.9.1999.

Prof. Dominique Demougin Ph.D. (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg): Ranking of Informations Systems in Agency Models: An Integral Condition, 20.7.1999.

Prof. Dr. Arthur van Soest (Tilburg University): Mobility in the Urban Labour Market: a Panel Data Analysis for Mexico, 14.7.1999.

Dr. Stephan Hessler (Universität Frankfurt): Random Punishment: Eine kritische Reflexion der Bedeutung externer und interner Ursachen der asiatischen Finanzkrise, 6.7.1999.

Dr. Thomas Osang (University Dallas): Environmental Regulation and Competitiveness – Theory and Evidence, 5.7.1999.

Prof. Ronald McKinnon (University Stanford): The Exchange Rate Origins of Japan's Economic Slump, 3.5.1999.

Frank Bohn (Universität Heidelberg): The Italien Case: A Parable for the Eastern Enlargement of the EMU, 22.4.1999.

Dr. Martin Hemmert (Universität Gesamthochschule Essen): Das japanische Innovationssystem, 18.3.1999.

Dr. Christoph Weber (Universität Stuttgart): Konsumentenverhalten und Nachhaltigkeit – Konzeptionelle Überlegungen zur Berücksichtigung „eingeschränkter Rationalität“ und empirische Analysen, 11.2.1999.

Dr. Uwe Jirjahn (Universität Hannover): Materielle und immaterielle Beteiligungsmöglichkeiten von Arbeitskräften – Bestimmungsgründe und Wirkungen, 4.2.1999.

Prof. Dr. Arthur van Soest (Tilburg University): Language Fluency and Earnings: Estimation with Misclassified Language Indicators, 14.1.1999.

Dr. Christian Dreger (IWH): Das makroökonomische Modell des IWH, 14.12.1998.

Dr. Marteen Lindeboom (Tilburg University): Retirement, Financial Incentives and Health, 10.12.1998.

Dr. Kerstin Pull (IAA e.G., Universität Trier): Was ist der faire Lohn? – Ein Beitrag zur Konkretisierung des „fair wage concept“, 12.11.1998.

Dr. Ansgar Belke (Ruhr-Universität Bochum): Intra-European Exchange Rate Volatility, 5.11.1998.

Prof. Dr. Winfried Pohlmeier (Universität Konstanz): Zur Marktstruktur von Finanzmärkten: Ökonometrische Evidenz auf der Grundlage von Transaktionsdaten, 29.10.1998.

Dr. Bruno Kaltenborn (Bonn): Arbeitsmarkteffekte alternativer Reformvarianten für die Sozialhilfe, 15.10.1998.

Dr. Lutz Bellmann (IAB, Nürnberg): Empirische Untersuchung der betrieblichen Weiterbildung mit dem IAB-Betriebspanel, 1.10.1998.

ZEW-Kolloquium

Dr. Robert Schwager, Dezentralisierung staatlicher Kompetenzen – Ruinöser Wettbewerb oder Voraussetzung für mehr Bürgernähe?, 16.11.1999.

Dr. Viktor Steiner, Evaluation staatlich geförderter Fortbildung und Umschulung – Wo stehen wir in Deutschland, 2.3.1999.

Prof. Dr. Wolfgang Franz, Vorstellung des Jahresgutachtens des Sachverständigenrats „Aufschwung zwischen Hoffen und Bangen“, 25.11.1998.

Weiterbildung,
Beratung und Lehre

1998/99

Jahresbericht

Promotionen

Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement

Korn, Olaf (Promotion zum Dr. rer. pol., Universität Mannheim, Juli 1999, „Bewertung und Hedging von Terminkontrakten auf Mineralöl“).

Schmitt, Christian (Promotion zum Dr. rer. pol., Universität Mannheim, November 1999, „Ökonomische und ökonometrische Analyse der Bewertung von Optionen unter stochastischer Volatilität“).

Steiger, Max (Promotion zum Dr. rer. pol., Universität Mannheim, November 1999, „Institutionelle Investoren im Spannungsfeld zwischen Aktienmarktliquidität und Corporate Governance“).

Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Zimmermann, Volker (Promotion zum Dr. rer. pol., Universität Konstanz, Juli 1999, „Arbeitsmarktprobleme Jugendlicher. Eine empirische Untersuchung ihres Weges in die Beschäftigung“).

Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung

Keilbach, Max (Promotion zum Dr. rer. oec., Technische Universität Berlin, Juli 1999, „Spatial Knowledge Spillovers and the Dynamics of Agglomeration and Regional Growth“).

Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft

Göggelmann, Klaus (Promotion zum Dr. rer. pol., Universität Konstanz, Dezember

1998, „Fiskal- und Geldpolitik in einem makroökonomischen Ungleichgewichtsmodell“).

Krahmer, Eibo (Promotion zum Dr. rer. pol., Universität Mannheim, September 1998, „Computerunterstützung kennzahlenorientierter analytischer Prüfungshandlungen in der Wirtschaftsprüfung – Das EDV-System „KASPER““).

Kraus, Margit (Promotion zum Dr. oec., Universität Hohenheim, September 1999, „Interdisziplinäre Produktionsmodelle und umweltinduzierter Strukturwandel“).

Wünsche, Alexander (Promotion zum Dr. rer. pol., Universität Mannheim, Januar 1999, „Umweltabgaben und Unternehmensbesteuerung. Eine nationale und internationale Analyse der Belastungs- und Entscheidungswirkungen“).

Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement

Brockmann, Karl Ludwig (Promotion zum Dr. rer. pol., Universität Heidelberg, Juli 1999, „Binnenwirtschaftliche Auswirkungen von Exportrestriktionen auf Primärgüter – das Beispiel Tropenholz in Indonesien“).

Schmidt, Tobias Franz Norbert (Promotion zum Dr. rer. pol., Universität Mannheim, September 1998, „Integrierte Bewertung umweltpolitischer Strategien in Europa – Methoden, eine AGE-Modellentwicklung und Simulationsanalysen“).

Servicebereich Wissenstransfer & Weiterbildung

Kurz, Sonja (Promotion zum Dr. rer. pol., Universität Kaiserslautern, Dezember 1998, „Soziale Sicherung in Entwicklungsländern – Das Beispiel einer Alterssicherung in Indien“).

Gutachtertätigkeit

Böhringer, C.: Gutachter für die Zeitschrift „Economic Modelling“.

Boockmann, B.: Gutachter für „Journal of Theoretical Politics und Economics of Governance“.

Buscher, H. S.: Gutachter für das „Zentralblatt für Mathematik und Empirical Economics“.

Büttner, T.: Gutachter für die Zeitschriften „Papers in Regional Science“, „Jahrbuch für Regionalwissenschaft“ und „Regional Science and Urban Economics“.

Falk, M.: Gutachter für die Zeitschriften „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ sowie „European Economic Review“.

Franz, W.: Gutachter für die Deutsche Forschungsgemeinschaft sowie für die Fritz Thyssen Stiftung.

Heinemann, F.: Gutachter für „European Union Politics“.

Janz, N.: Gutachter für die Zeitschriften „Empirical Economics“, „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ und „Journal of Industrial Economics“.

Keilbach, M.: Gutachter für das 5. Rahmenprogramm der EU, Mathematisches Panel.

Licht, G.: Gutachter für die German-Israeli-Foundation.

Pfeiffer, F.: Gutachter für die Zeitschriften „Empirical Economics“, „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, sowie „Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ und „Small Business Economics – an International Journal“.

Puhani, P. A.: Gutachter für die Zeitschriften „Comparative Economic Studies“, „Journal of Population Economics“ und „The Economics of Transition“.

Rennings, K.: Gutachter für die Zeitschriften „GAIA – Ecological Perspectives in Science, Humanities and Economics“, „International Journal of Sustainable Development“ (IJSD) und „Ecological Economics“; Gutachtertätigkeit

für die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU).

Schwager, R.: Gutachter für die Zeitschriften „Regional Science and Urban Economics“, „International Tax and Public Finance“ sowie „Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“.

Steiner, V.: Gutachter für die Zeitschriften „Empirical Economics“, „Finanzarchiv“, „Review of Income and Wealth“, „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“, „Weltwirtschaftliches Archiv“ sowie „Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“.

Zwick, T.: Gutachter für die Zeitschrift „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“.

Beratende Tätigkeiten, Mitgliedschaften

Böhringer, C. und R. Schwager: Stellungnahme für den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages anlässlich der Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortführung der ökologischen Steuerreform, 28.9.1999.

Cleff, T.: Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Bauunternehmen“ (EU-Projekt – ADAPT, koordiniert vom Institut für Baumanagement an der Bergischen Universität-GH Wuppertal).

Ebling, G.: Mitglied der deutschen Delegation, 8th EEA Working Party Meeting on R&D and Innovation Statistics, Eurostat und Europäische Kommission, 24.-25.11.1999.

Eckerle, T. H., O. H. Jacobs und C. Spengel: Unternehmenssteuerbelastung im internationalen Vergleich, gemeinsame Stellungnahme von ZEW und Universität Mannheim anlässlich der Anhörung beim Finanzausschuss des deutschen Bundestages, 23.6.1999.

Eckerle T. H., O. H. Jacobs und A. Wünsche: Steuerreform 1999/2000/2002, Stellungnah-

me des ZEW anlässlich der Anhörung beim Finanzausschuss des deutschen Bundestages zum Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform, 18.1.1999.

Falk, M.: Beratung zu den Möglichkeiten der Nutzung von Mikrodaten beim Statistischen Bundesamt.

Fier, A.: Mitglied der Projektgruppe „Verbesserte Umsetzung von Forschungsergebnissen in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen“ am Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Franz, W.: Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (bis 28.2.1999).

Franz, W.: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

Franz, W.: Mitglied der ständigen Diskussionsrunde „Wirtschaftspolitik“ des baden-württembergischen Wirtschaftsministers.

Franz, W.: Mitglied des Innovationsbeirates der baden-württembergischen Landesregierung.

Franz, W.: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB).

Franz, W.: Mitglied des Senats der Fraunhofer Gesellschaft.

Franz, W.: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Fritz Thyssen Stiftung.

Franz, W.: Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle.

Franz, W.: Mitglied der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik).

Franz, W.: Mitglied des Theoretischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik.

Franz, W.: Mitglied der American Economic Association.

Franz, W.: Mitglied der European Economic Association.

Franz, W.: Mitglied der Royal Economic Society.

Heinemann, F.: Mitglied der „Groupeuro“, des Euro-Experten-Netzwerks der Europäi-

schen Kommission, Brüssel.

Janz, N.: Mitglied der deutschen Delegation, 6th EEA Working Party Meeting on R&D and Innovation Statistics, Eurostat und Europäische Kommission, 14.12.1998.

Kaiser, U.: Beratende Tätigkeit bei der halbjährlichen Umfrage des Bundesverbandes Bürokommunikation, Bad Homburg.

Kohl, T.: Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Personalführung (DGFP): Erfahrungsaustausch-Gruppe für Unternehmen des öffentlichen Rechts und Erfahrungsaustausch-Gruppe Mannheim.

Kohl, T.: Mitglied im Arbeitskreis „Datenschutz“, IHK Rhein-Neckar.

Koschel, H. und A. Wünsche: Stellungnahme für den Finanzausschuss des deutschen Bundestages anlässlich der zweiten Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform, 15.2.1999.

Koschel, H., A. Wünsche und T.F.N. Schmidt: Stellungnahme für den Finanzausschuss des deutschen Bundestages anlässlich der ersten Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zum Einstieg in die ökologische Steuerreform, 12.1.1999.

Licht, G.: Mitglied der deutschen Delegation, 8th EEA Working Party Meeting on R&D and Innovation Statistics, Eurostat und Europäische Kommission, 24.-25.11.1999.

Licht, G.: Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des NIFA-Panels an der Universität Bochum.

Licht, G.: Mitglied in der Expert Group Innovation Policy Memorandum, Europäische Kommission.

Licht, G. und N. Janz: Mitglieder in der Task Force CIS III, Europäische Kommission.

Pfeiffer, F.: Mitglied in der Arbeitsgruppe „2nd Report on Vocational Training Research in Europe“ des CEDEFOP (European Centre for the Development of Vocational Training – Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsausbildung), Saloniki, Griechenland.

Pfeiffer, F.: Berater der OECD zum Thema „Selbstständigkeit in Deutschland“.

Puhani, P. A.: Mitglied in der Kommission „Reform des Föderalismus und der Finanzverfassung“, CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz.

Rennings, K.: Stellungnahme für das Umweltministerium Österreich zur Möglichkeit einer ökonomischen Bewertung nuklearer Risiken in Europa.

Rennings, K.: Mitglied des Expertenkreises zur Teilnahme Deutschlands an der Testphase der CSD-Nachhaltigkeitsindikatoren beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Rennings, K.: Mitglied der Concerted Action for Transport Pricing Research Integration (CAPRI) der Europäischen Kommission, DG VII (Transport).

Rennings, K.: Mitglied des Arbeitskreises „Wirtschaft und Finanzen“ des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Deutsche Sektion von „Friends of the Earth International“.

Schulze, E.-O.: Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Personalführung (DGFP): Arbeitskreis Wissenschaft und Praxis.

Spiegel, S.: Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Personalführung (DGFP): Erfahrungsaustausch-Gruppe für Lohn und Gehalt.

Steiner, V.: Beratung zu den Möglichkeiten der Nutzung von Mikrodaten beim Statistischen Bundesamt.

Weinreich, S.: Mitglied der Concerted Action for Transport Pricing Research Integration (CAPRI) der Europäischen Kommission, DG VII (Transport).

Organisation von wissenschaftlichen Tagungen und Workshops

Bräuer, W., gemeinsam mit dem Institut für Industriebetriebslehre und Industrielle Produktion (IIP) der Universität Karlsruhe Organisation des Workshops „Neue umweltpolitische Instrumente im liberalisierten Energiemarkt“, Karlsruhe, 30.6.1999.

Brockmann, K. L. und M. Stronzik, Organisation der internationalen Konferenz „Flexible Mechanisms for an Efficient Climate Policy“, Stuttgart, 27.-28.7.1999.

Büttner, T., Organisation des 1. EZS-ZEW-Workshops „Föderalismus und Finanzverfassung innerhalb Deutschlands und in Europa“, Mannheim, 14.-15.4.1999.

Büttner, T. und R. Schwager, Organisation der Konferenz „Fiscal Competition and Federalism in Europe“, ZEW, Mannheim, 2.-3.6.1999.

Egeln, J., Organisation des ZEW-Prognos-BMBF-Workshops „Innovative Verkehrsdienstleister/Komponenten der Verkehrstelematik“, Mannheim, 18.10.1999.

Harhoff, D. und G. Licht, Organisation des Workshops „Financing Entrepreneurship and Innovation in Science-Based Industries“, Mannheim, 22.-23.1.1999.

Keilbach, M., Organisation des ZEW Summer Workshops „Empirical Labour and Industrial Economics“, Mannheim, 7.-10.6.1999.

Kühn, I., Organisation des ZEW-Workshops „Ausgestaltung einer Quotenregelung für die Markteinführung erneuerbarer Energiequellen in der Stromerzeugung II“, Mannheim, 15.11.1999.

Kühn, I., Mitorganisation des HEW-/ZEW-Workshops „Ausgestaltung einer Quotenregelung für die Markteinführung erneuerbarer Energiequellen in der Stromerzeugung I“, Hamburg, 15.09.1999.

Lechner, M. und F. Pfeiffer, Organisation der ZEW-Forschungskonferenz „Econometric

Evaluation of Active Labour Market Policies in Europe", Mannheim, 25.-26.6.1999.

Licht, G., gemeinsam mit dem IAW Organisation des Symposiums „Empirische Innovationsforschung“, Tübingen, 25.-26.1999.

Ramb, F., Organisation des ZEW-Workshops „Perspektiven und Möglichkeiten der Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen“, Mannheim, 11.11.1999.

Rennings, K., Co-Organisator der von der Europäischen Kommission, MERIT und dem ZEW veranstalteten internationalen Konferenz „Innovation-Oriented Environmental Regulation: Theoretical Approaches and Empirical Analysis“, Potsdam, 27.-29.5.1999.

Rennings, K., Co-Organisator der von der PACE-University, New York und dem ZEW veranstalteten 4. Internationalen Konferenz zu „Social Costs and Sustainability – Policy Instruments for Incorporating Social Costs into the Transportation Sector“, New York, 10/1998.

Steiner, V., Organisation des ZEW-Workshops „Unemployment in Europe“, Mannheim, 23.-24.10.1998.

Sitzungsleiter und Korreferenten

Almus, M.: Korreferat zu einem Beitrag von R. McKittrick „The Design and Implementation of Regulations Expressed as Ratios or Percentage Quotas“, Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 22.3.1999.

Almus, M.: Korreferat zu einem Beitrag von M. Falk „Curvature Conditions and Substitution Pattern among Capital, Energy, Materials and Heterogeneous Labour“, Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 22.3.1999.

Böhringer, C.: Korreferat zu einem Beitrag von F. Schneider „Induzieren ökologische Steuerreformen einen Lenkungseffekt oder nur volle Staatskassen“, Workshop des Graduiertenkollegs „Umwelt- und Ressourcen-

ökonomie“, Heidelberg, 18.-19.11.1999.

Böhringer, C.: Korreferat zu einem Beitrag von R. Salmons „Performance-Based Credit Trading – Cost-Efficient Implementation of Rate-Based Strategies“ auf der Konferenz „The International Dimension of Tax and Environmental Policies“, Warwick/IFS/ESRC, 27.-28.5.1999.

Boockmann, B.: Korreferat zu einem Beitrag von D. Dohse „EWU und regionale Arbeitslosigkeit in Europa“, IZA Workshop „Labour Market Effects of the European Currency Union“, Bonn, 23.-24.3.1999.

Boockmann, B.: Korreferat zu einem Beitrag von C. Lucifora und F. Origo „Wage Differentials and Unemployment in Italy: a Regional Perspective“, ZEW-Workshop „Unemployment in Europe“, Mannheim, 23.-24.10.1998.

Brockmann, K. L.: Sitzungsleiter der Gruppe I „Handelbare Zertifikate als Königsweg?“, „Drittes Hessisches Klimaschutzforum“ des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Forsten, Wiesbaden, 18.11.1999.

Brockmann, K. L.: Korreferat zu einem Beitrag von R. Zoboli „Environmental Regulation and Innovation in the End-of-Life-Vehicle-Sector“ auf der Konferenz „Innovation-Oriented Environmental Regulation: Theoretical Approaches and Empirical Analysis“ (veranstaltet von der Europäischen Kommission, MERIT, Maastricht und ZEW), Potsdam, 27.-29.5.1999.

Buscher, H. S.: Korreferat zu einem Beitrag von W. Scheremet, „On the Convergence of Wage Policy after EMU“, IZA Workshop „Labour Market Effects of the European Currency Union“, Bonn, 23.-24.3.1999.

Büttner, T.: Korreferat zu einem Beitrag von L. Feld „Tax Competition and Income Redistribution“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 1.10.1999.

Cleff, T.: Leiter der Sitzung „Umweltpolitik IV: Innovation und Umwelt“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 25.9.1998.

Ebling, G.: Diskutant eines Beitrags von M. von der Ruhr „An Empirical Examination of Service Foreign Direct Investment“, ZEW Summer Workshop, 7.-10.6.1999.

Falk, M.: Korreferat zu einem Beitrag von M. Lücke „Warum verschlechtern sich die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten von Gering qualifizierten?“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 24.9.1999.

Falk, M.: Korreferat zu H. E. Reimers „Saisonale Cointegration and Arbeitsnachfrage in Deutschland“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 24.9.1998.

Franz, W.: Teilnahme am Podiumsgespräch „Kurs 2000: Strategien für mehr Beschäftigung“ des Bremer Unternehmerforums, 18.11.1999.

Franz, W.: Diskutant beim „Forum Wissopol“ der BDA, Berlin, 8.11.1999.

Franz, W.: „Anforderungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes an die Praxis“, Statement für die Podiumsdiskussion beim internationalen Workshop der Österreichischen Nationalbank und des österreichischen Staatsschuldenausschusses über „Stabilitäts- und Wachstumspakt – Zieldefinition und Umsetzung“, Wien, 12.4.1999.

Franz, W.: „Der Euro – Chance ohne Risiko?“, Teilnahme an einer Podiumsdiskussion der Universität Mannheim, 27.11.1998.

Franz, W.: Diskutant eines Beitrages von Prof. Burda „Arbeitsmarktinstitutionen in Real-Business-Cycle-Modellen“ beim Seminar Ottobeuren, 14.-16.9.1998.

Franz, W.: Teilnahme am Policy Round Table auf der Forschungskonferenz „Germany's Labor Market Problems: An Empirical Assessment“, Humboldt-Universität Berlin, 28.8.1998.

Heinemann, F.: Diskutant eines Beitrags von F. Deppe, M. Felder und S. Tidow „Structuring the State – The Case of European Unemployment Policy“, DFG-Workshop „Linking EU and National Governance“, Mannheim, 18.-19.11.1999.

Heinemann, F.: Diskutant der Projektvorstellung von P. Klemmer „Institutionelles Lernen im europäischen Mehrebenensystem – am Beispiel europäischer Beschäftigungspolitik“, DFG-Tagung „Regieren in der Europäischen Union“, Mannheim, 15.-17.7.1999.

Heinemann, F.: Diskutant eines Beitrags von S. Landon und C. E. Smith „Government Debt Spillovers and Creditworthiness in a Federation“, ZEW-Konferenz „Fiscal Competition and Federalism in Europe“, Mannheim, 2.-3.6.1999.

Janz, N.: Diskutant eines Beitrags von B. Hall „Investment, R&D, and Financial Constraints in Britain and Germany“, Workshop „Financial Entrepreneurship and Innovation in Science-Based Industries“, ZEW, Mannheim, 22.1.1999.

Janz, N.: Diskutant eines Beitrags von J. Weigang „Investitionen in FuE, Finanzrestriktionen und Unternehmenssteuerung“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 30.9.1999.

Janz, N.: Diskutant eines Beitrags von N. Bloom „Uncertainty, Irreversibility, and Firm Level Investment Equations“, Workshop „Uncertainty and Factor Demands“, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, 27.8.1999.

Janz, N.: Sitzungsleitung bei der International Conference on „Comparative Analysis of Enterprise Data“, Den Haag, 20.8.1999.

Kaiser, U.: Diskutant eines Beitrags von Prof. Holmes „The Breath of Intellectual Property Rights and their Interface with Competition Policy“, International Conference on „Innovation, Appropriation Strategies and Economic Policy“, Paris, 19.11.1999.

Kaiser, U.: Leiter der Sitzung „Empirische Arbeiten zur Informationstechnologie“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 30.9.1999.

Kaiser, U.: Leiter der Sitzung „Innovation and R&D“, Jahrestagung der European Economic Association (EEA), Santiago de Compostela, 29.8.1999.

Keilbach, M.: Diskutant eines Beitrages von D. Bergemann und U. Hege „The Financing of Innovation, Learning and Renegotiation“, Workshop „Financing Entrepreneurship and Innovation in Science-Based Industries“, Mannheim, 22.-23.1.1999.

Keilbach, M.: Diskutant eines Beitrages von H. Grupp „Technological Change and Growth: Matching Theory with New Measurements on Market Level“, ZEW-IAW-Workshop „Empirische Wirtschaftsforschung“, Tübingen, 25.-26.2.1999.

Keilbach, M.: Diskutant eines Beitrages von M. van Dijk „Industrial Networks and Empirical Anomalies in Industry Life Cycles“, Workshop „Evolution of Industrial Districts“, Jena, 7.-9.10.1999.

Keilbach, M.: Diskutant eines Beitrages von R. Ackermann „Technologische Netzwerkexternalitäten und institutionelle Pfadabhängigkeiten“, Workshop „Evolutorische Ökonomik“, Buchenbach, 12.-15.5.1999.

Körting, T.: Korreferat zum Diskussionspapier von S. Bond, C. Meghir und F. Windmeijer „Productivity, Investment and the Threat of Takeover“, TMR Conference on „The Influence of Financial Markets on Restructuring in Science-Based Industries“, Fondazione Eni Enrico Mattei, Mailand, 21.-22.5.1999.

Koschel, H.: Korreferat zu einem Beitrag von M. Raith und T. Bayindir-Upmann „Umweltsteuern und die doppelte Dividende: Schattenseite einer aufkommensneutralen Steuerreform“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 22.-25.9.1998.

Kühn, I.: Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Erneuerbare Energien versus Atomindustrie. Energiewende stärkt die Region“, Schwäbisch Gmünd, 5.10.1999.

Licht, G.: „Der Standort Deutschland im Lichte der technologischen Leistungsfähigkeit“, Podiumsdiskussion Initiativkreis Wirtschaft, Frankfurt/M., 3.2.1999.

Licht, G.: „Is the Growth of Small Firms Constrained by Internal Finance?“, Korreferat

auf der Funding GAP Controversies Conference, Warwick, 12.-13.4.1999.

Pfeiffer, F.: Leiter der Sitzung „Empirische Wirtschaftsanalysen des Arbeitsmarktes“ auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 25.9.1998.

Puhani, P. A.: Diskutant eines Beitrages von A. Nesporova, C. O'Leary und A. Samorodov „Manual on Evaluation of Labour Market Policies in Transition Countries“, ILO Workshop, Genf, 13.-14.12.1999.

Puhani, P. A.: Diskutant eines Beitrages von R. Lalive, J. van Ours und J. Zweimüller, „The Impact of Active Labor Market Policies and Benefit Entitlement Rules on the Duration of Unemployment“, IZA/CEPR Workshop „Evaluation of Labor Market Programs“, Berlin, 29.11.1999.

Puhani, P. A.: Diskutant eines Beitrages von G. Kertesi und J. Köllö „Unemployment, Wage Push and the Cost Competitiveness of Regions – Evidence from Hungary under Transition“, Phare ACE Workshop „Changing Relative Wages in Central and Eastern Europe“, Budapest, 24.4.1999.

Puhani, P. A.: Diskutant eines Beitrages von J. Lunn und T. Stehen „An Empirical Investigation into the Effects of Ethnicity and Immigration on Business Formation“, Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 22.3.1999.

Radowski, D.: Korreferat zu einem Beitrag von R. Barrell, D. Willem te Velde „Catching-Up of East German Labour Productivity in the 1990s“, CESifo Conference „Ten Years After: German Unification Revisited“, Berlin, 9.-10.11.1999.

Reize, F.: Leiter der Sitzung „Labour Market Flows“, Jahrestagung der European Economic Association (EEA), Santiago de Compostela, 4.9.1999.

Reize, F.: Korreferat zu einem Beitrag von R. N. Gisin „Comparing the Effect of Two Active Labour Market Policy Measures“, ZEW Summer Workshop „Empirical Labour and Industrial Economics“, Mannheim, 9.6.1999.

Reize, F.: Korreferat zu einem Beitrag von J. M. Dyrstad und S. O. Ose „Absence and Overtime Work: Empirical Evidence from Norway“, Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 19.3.1999.

Reize, F.: Leiter der Sitzung „Wages, Labor Costs, and Employment Effects“, Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 19.3.1999.

Rennings, K.: „Standort- und Beschäftigungssicherung durch ökologische Modernisierung – Fiktion oder reale Perspektive“. Teilnahme an der Podiumsdiskussion auf der Tagung „Umweltschutz rechnet sich – Niedersächsische Unternehmen fit machen durch ressourcenschonendes Wirtschaften“ der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Universität Lüneburg, 5.11.99.

Schwager, R.: Korreferat zu einem Beitrag von C. Thum und M. Thum „Dauerhafte Transfers durch die Bereitstellung öffentlicher Güter“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 29.9.1999.

Schwager, R.: Korreferat zu einem Beitrag von A. Wagener „Double Bertrand Tax Competition: A Fiscal Game with Governments Acting as Middlemen“, ZEW-Konferenz „Fiscal Competition and Federalism in Europe“, Mannheim, 3.6.1999.

Schwager, R.: Korreferat zu einem Beitrag von B. Genser „Harmonization of Corporate Income Taxation in the EU“, ZEW-Konferenz „Fiscal Competition and Federalism in Europe“, Mannheim, 2.6.1999.

Schwager, R.: Korreferat zu einem Beitrag von C. Clemens und S. Soretz „Subvention und Konsumbesteuerung bei stochastischem Wachstum“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 22.-25.9.1998.

Schwager, R.: Korreferat zu einem Beitrag von B. Wigger „Social Security and Growth in an Altruistic Economy“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Rostock, 22.-25.9.1998.

Steiner, V.: „Ein Jahr Europäische Beschäftigungsstrategie – Bilanz und Perspek-

tiven“, Podiumsdiskussion bei der Europäischen Kommission, Bonn, 10.12.1998.

Steiner, V.: Leiter der Sitzung „Arbeit, Gesundheit und Anreize“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 30.9.1999.

Steiner, V.: Korreferat zu einem Beitrag von T. Bauer und K. F. Zimmermann, „Berufliche Mobilität von Aussiedlern“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 30.9.1999.

Steiner, V.: Korreferat zu einem Beitrag von D. Grubb, „Eligibility Rules for Unemployment Benefits“, OECD Workshop on „Making Work Pay“, 10.-11.09.1999.

Steiner, V.: „Interdependenzen der dynamischen Arbeitsnachfrage“, Diskutant beim IAB-Workshop „Lohnstruktur, Qualifikation und Beschäftigungsdynamik“, Iphofen, 25.-27.11.1998.

Steiner, V.: Sitzungsleitung beim ZEW-Workshop „Unemployment in Europe“, Mannheim, 23.-24.10.1998.

Steiner, V.: Leitung der Session „Wage Dynamics and Inequality“, Econometric Society European Meeting (ESEM), Berlin, 2.9.1998.

Stronzik, M.: Korreferat zu einem Beitrag von C. Rolfe, A. Michaelowa und M. Dutschke „Credit for Early Action – Chances and Risks“ auf der 5. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, Bonn, 25.10.-4.11.1999.

Zwick, T.: Diskutant zu einem Beitrag von T. Wagner und E. Jahn „Mitnahme- und Verdrängungseffekte der aktiven Arbeitsmarktpolitik“, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Mainz, 30.9.1999.

Zwick, T.: Korreferat zu einem Beitrag von M. Getzner und M. Schneider „Cleaner Production and Employment Effects in the Macro Economy“, Conference of the International Atlantic Economic Society (IAES), Wien, 22.3.1999.

Zwick, T.: Korreferat zu einem Beitrag von J. Hartog „How the Dutch Cured Their Unemployment – or Didn't They?“, ZEW-Workshop „Unemployment in Europe“, Mannheim, 24.10.1998.

Zwick, T.: Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Strategien für einen Beschäftigungspakt in der Europäischen Union“, Union Seminar Paneuropa „Aufbruch ins 21. Jahrhundert: Chance oder Risiko?“, Marburg, 5.9.1998.

Forschungsaffiliation

Ebling, G.: Forschungsaffiliation zum Institut für Statistik und Ökonometrie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Franz, W.: Research Associate des Centre for Economic Policy Research (CEPR), London sowie Research Fellow des CESifo Research Network, München.

Janz, N.: Forschungsaffiliation zum Institut für Statistik und Ökonometrie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Kaiser, U.: Research Associate des Center of Finance and Econometrics, Universität Konstanz.

Licht, G.: Forschungsaffiliation zum Center of Finance and Econometrics, Universität Konstanz.

Puhani, P. A.: Research Fellow des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), Bonn und des William Davidson Institute (WDI), Ann Arbor, MI, USA; Research Affiliate des Centre for Economic Policy Research (CEPR), London.

Stronzik, M.: Research Associate des HWWA, Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg.

Kaiser, U.: Forschungsaufenthalt an der Universität Konstanz, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Ökonometrie, 20.9.-24.9.1999.

Keilbach, M.: Forschungsaufenthalt an CNAM, Laboratoire d'Econométrie, Paris, 13.9.1999.

Köke, J.: Forschungsaufenthalt am Leuven Institute for Central and Eastern European Studies (LICOS), Leuven (B), 7.-8.12.1999.

Licht, G.: Forschungsaufenthalt bei Statistics Canada, Ottawa, 11.7.-29.7.1999.

Pfeiffer, F.: Forschungsaufenthalt an der Universität Konstanz, 29.3.-2.4.1999.

Ramb, F.: Forschungsaufenthalt in der Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, Frankfurt/M., 09/1999 bis 04/2000.

Rennings, K.: Energy and Resources Group, University of California, Berkeley, 1.5-31.8.1998.

Vögele, S.: Forschungsaufenthalt am Rensselaer Polytechnic Institute, Troy/NY, USA, 1.9.-20.11.98.

Weinreich, S.: Forschungsaufenthalt beim Beratungs- und Forschungsinstitut INFRAS, Zürich, Schweiz, 14.6.-15.8.1999.

Wolf, E.: Forschungsaufenthalt an der University of Texas, Austin, 13.9.-18.12.1999.

Wolf, E.: Forschungsaufenthalt an der Katholischen Universität Brabant, Tilbourg, 26.4.-30.4.1999.

Forschungsaufenthalte

Beise, M.: Forschungsaufenthalt an der Multimedia Universität, Cyberjaya, Malaysia, 1.12.-31.12.99.

Groscurth, H.-M.: Forschungsaufenthalt am Department of Physics, University of Otago, Neuseeland, 20.10.-3.12.98.

Janz, N.: Forschungsaufenthalte an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, 10.12.-16.12.1998 und 16.11.-27.11.1998.

Lehrtätigkeiten und Lehrstuhlvertretungen

Bergmann, H.: Vertretung der Professur „Energie- und Umweltrecht“, Fachhochschule Darmstadt, SS 1998.

Böhringer, C.: Seminar „Angewandte Finanzwissenschaft“ am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre der Universität Regensburg, WS 1999/2000.

Böhringer, C. und K. Rennings: Seminar „Ökonomie des Klimaschutzes“ im Wahlfach

Ökologie an der Universität Mannheim, SS 1999.

Boockmann, B.: „Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in der Europäischen Union“, Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis Berlin, 21./22.5.1999.

Boockmann, B.: „Volkswirtschaftslehre für Juristen“, Universität Mannheim, SS 1999.

Boockmann, B.: Übung „Wirtschaftspolitik I“, Universität Mannheim, WS 1998/1999.

Buscher, H. S.: „Stabilisierungspolitik I“ und „Stabilisierungspolitik II“, Staatliche Berufsakademie, Karlsruhe, 1999.

Buscher, H. S.: „Stabilisierungspolitik I“, Staatliche Berufsakademie, Karlsruhe, 1998.

Buslei, H.: „Die Rente ist sicher“, Seminar Praxis des Wirtschaftsjournalismus der Bertelsmann Stiftung und der Kölner Journalistenschule für Politik und Wirtschaft, 25.3.1999.

Cleff, T.: Lehrbeauftragter im Fach „Betriebswirtschaftslehre“, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Bergische Universität-GH Wuppertal, SS 1998 bis WS 1999/2000.

Franz, W.: Vorlesung „Arbeitsmarktökonomik“, Universität Mannheim, SS 1999, WS 1999/2000.

Franz, W., B. Fitzenberger und P. Winker: Seminar zur „Arbeitsmarktökonomik“, Universität Mannheim, WS 1999/2000.

Heinemann, F.: Lehrauftrag für VWL und Europäische Integration, Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesministerium des Inneren, Brühl.

Janz, N. und G. Ebling: Lehrauftrag für „Ökonometrische Analysen von Querschnitts- und Paneldaten“, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, WS 1999/2000.

Janz, N.: Lehrauftrag für „Ökonometrische Analysen von Querschnitts- und Paneldaten“, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, WS 1998/1999.

Keilbach, M.: Lehrtätigkeit im Rahmen des TMR Workshops „European Summer School on Industrial Dynamics“, Cargèse, 1999.

Kurz, S.: Lehrbeauftragte für „Sozialpolitik“, Staatliche Berufsakademie, Mannheim.

Pfeiffer, F.: „Außenhandel und Zahlungsbilanz“, Staatliche Berufsakademie, Mannheim, 1999/2000.

Pfeiffer, F.: „Makroökonomie, Geld und Inflation“, Staatliche Berufsakademie, Mannheim, 1999.

Pfeiffer, F.: „Mikroökonomie, Wettbewerbstheorie und -politik“, Staatliche Berufsakademie, Mannheim, WS 1998/99.

Puhani, P. A.: „Economics“, Fachhochschule Ludwigshafen, Hochschule für Wirtschaft, 1999.

Schröder, M. und H. S. Buscher: „Refresherkurs in Volkswirtschaftslehre“, Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Anlageberatung, Frankfurt, 10/1998, 02/1999 und 10/1999.

Schwager, R.: „Organe und Politiken der Europäischen Union“, Otto-von-Guericke-Universität, Magdeburg, WS 1999/2000.

Schwager, R.: „Volkswirtschaftslehre I (Mikroökonomie)“ im Deutschen MBA-Programm, Akademie für Volkswirtschaft bei der Regierung der Russischen Föderation, Moskau, 7.-11.6.1999.

Schwager, R.: „Finanzwissenschaft“ (Grundstudium), Otto-von-Guericke-Universität, Magdeburg, SS 1999.

Schwager, R.: „Intermediate Microeconomics“, Otto-von-Guericke-Universität, Magdeburg, WS 1998/1999.

Schwager, R.: Seminar „Haftung in der Wirtschaftsprüfung“ (zusammen mit Prof. Dr. Michael Hommel), Otto-von-Guericke-Universität, Magdeburg, WS 1998/1999.

Spiegel, S.: Lehrauftrag „Personalaufwendungen und -entgelte“, IHK Worms.

Steiner, V.: Vertretung einer C4-Professur für Volkswirtschaftslehre am Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Frankfurt/M., SS 1999.

Steiner, V.: Vorlesung „Verteilungstheorie und -politik“, Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Frankfurt/M., SS 1999.

Steiner, V.: Seminar „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“ im Hauptstudium, Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Frankfurt/M., SS 1999.

Steiner, V.: Seminar „Aktuelle Probleme der Sozialpolitik“, Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Frankfurt/M., SS 1999.

Steiner, V.: Vorlesung/Übung „Quantitative Methoden der Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Frankfurt/M., SS 1999.

Steiner, V.: Vorlesung/Übung „Einführung in die Ökonometrie/Angewandte Ökonometrie“, Europa Institut, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Universität des Saarlandes, WS 1998/1999.

Weinland, L.: Lehrbeauftragter für „Strategisches Marketing, Marktforschung, Konsumentenverhalten, Kommunikationspolitik, Erlebnis- und Dienstleistungsmarketing“, Staatliche Berufsakademie, Mannheim.

Zwick, T.: „Mikrotheorie“, Staatliche Berufsakademie, Mannheim, 1999.

Herausgebortätigkeit

Böhringer, C.: Herausgeber der Schriftenreihe des ZEW „Umwelt- und Ressourcenökonomie“.

Franz, W.: Herausgeber der ZEW Economic Studies; Mitherausgeber der Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, der Schriften zur Angewandten Wirtschaftsforschung und der Buchreihe „Studien zur Arbeitsmarktforschung“; Mitglied im Herausgeberbeirat der Perspektiven der Wirtschaftspolitik.

Laisney, F.: Herausgebergremium der Zeitschriften „Annales d'Économie et de Statistique“ sowie „Économie et Prévision“.

Wirtschaftspolitik aus erster Hand, Workshops

1998/99

Jahresbericht

Vortragsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand

Arbeit und Umwelt (6.12.1999)

Im Rahmen der ZEW-Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ referierte Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, vor zahlreichen Gästen aus Wirtschaft und Politik über die Wechselwirkung zwischen „Arbeit und Umwelt“.

Der Schutz des Erdklimas sei eine dringende Aufgabe dieser Zeit, sagte Müller in seinem Vortrag. Deutschland wolle im Klimaschutz in Europa und in der Welt eine Vorreiterrolle spielen. Es sei gelungen, durch die Modernisierung der Produktionsstätten in Ostdeutschland und technische Innovationen Gasemissionen zu verringern. Weitere Erfolge bei der Erfüllung des im Kioto-Protokoll festgelegten Klimaziels erforderten Anstrengungen der gesamten Gesellschaft. Vor allem in der Industrie befürchte man, dass strikte Umweltstandards zur Umsiedelung von Industriebetrieben in Länder mit weniger strengen Umweltstandards führen würden. Unter diesen Umständen gingen bei einer gleichbleibenden Umweltverschmutzung Arbeitsplätze verloren. Diesen Konflikt zwischen Arbeit und Umwelt aufzulösen sei das Ziel vorausschauender Wirtschaftspolitik, sagte Müller.

Neben Arbeit und Kapital erfordere jeder Produktionsprozess auch den Einsatz von Energie. Alle drei Einsatzfaktoren würden vom Gesetzgeber besteuert, jedoch in einem unterschiedlichen Ausmaß. Nach Auffassung des Bundeswirtschaftsministers wird Arbeit und Kapital zu hoch und Energie zu niedrig besteuert, sodass es in der Vergangenheit zu einer Fehlallokation von Ressourcen gekommen sei und immer noch komme. Diese Fehlallokation könne so lange nicht vermieden werden, wie der Preis für Energie zu niedrig sei. Die Bundesregierung wolle mit der Öko-

Steuer diese unerwünschten Einsatzrelationen zwischen den Faktoren verändern. Insbesondere solle die Entkoppelung von Kapital und Wirtschaftswachstum rückgängig gemacht werden, indem die Kapitalbesteuerung deutlich gesenkt und somit eine Abwanderung von Kapital ins Ausland vermieden werde, sagte Müller.

Aber auch der Faktor Arbeit sei zu teuer, was teilweise durch eine zu hohe Besteuerung der Einkommen aus Arbeit verursacht werde. Auch hier bestehe ein dringender Reformbedarf. Mit der Ökosteuer, die bis zum Jahr 2003 geregelt sei, flössen den Staatshaushalten etwa 21 Milliarden Mark zu. Diese Einnahmen würden für die Absenkung der Rentenbeiträge um zwei Prozentpunkte verwendet, sodass der Beitragssatz bis zur Jahresmitte 2005 bei etwa 19 Prozent stabil bleiben werde. Durch das Prinzip „Umwelt verteuern, Arbeit verbilligen“ könne eine doppelte Dividende erzielt werden: eine bessere Umwelt bei gleichzeitig weniger Arbeitslosigkeit.

Die Kritik des Sachverständigenrats an der Ausgestaltung der Öko-Steuer wies Müller als nicht ausreichend realitätsnah zurück. Die einseitige Ausrichtung auf die teilweise mit der Energieerzeugung verbundenen CO₂-Emissionen verkenne die internationale Konkurrenzsituation. Die Stromimporte von in AKW erzeugter Energie seien zwar vollständig CO₂-frei. Trotzdem solle auf Atomstrom verzichtet werden.

In einem weiteren Punkt seiner Rede sprach Müller das System der Rentenversicherung an. Trotz des sich abzeichnenden Aufschwungs und trotz der begonnenen Reformen bleibt nach Meinung Müllers auch künftig ein Bedarf an Reformen der Rentenversicherung bestehen. Das bestehende Um-lagesystem sei immer weniger finanzierbar. Darum müsse die gesetzliche Rentenversicherung durch Betriebsrenten, aber auch durch den Aufbau von Produktivvermögen in den Händen der Arbeitnehmer ergänzt wer-

den. Alle diese Aspekte seien zu berücksichtigen, damit von dem derzeitigen Umlageverfahren auf ein Kapitaldeckungsverfahren umgestellt werden könne.

Aber auch die durch die konjunkturelle Situation leicht verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfe den Blick nicht dafür verstellen, dass das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin ungelöst sei und wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf somit bestehen bleibe.

Neue Dimensionen des Wettbewerbs in der EWU (11.1.1999)

Im Rahmen der ZEW-Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ referierte Dr. Rolf-E. Breuer, Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, über die zukünftigen Wettbewerbsbedingungen in „Euroland“ als Folge der Währungsunion seit Januar 1999. Insgesamt nannte Breuer drei Ursachen für die veränderte Wettbewerbssituation in Europa. Erstens steigt durch die Globalisierung die Zahl der Wettbewerber und somit der Konkurrenzdruck unter den Unternehmen. Zweitens ändert sich infolge neuer Technologien die Qualität des Wettbewerbs, und drittens kommt es durch die Währungsunion zu einer Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen, unter denen die Unternehmen operieren.

Die Auswirkungen der neuen Qualität und Dimension des Wettbewerbs erläuterte der Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG anhand von vier Beispielen: dem Wettbewerb der Unternehmen im Allgemeinen, dem Wettbewerb zwischen Finanzdienstleistern, dem Wettbewerb zwischen Finanzplätzen und dem Wettbewerb von Wirtschaftsstandorten.

Der Euro, so Breuers erste Feststellung, sorgt für mehr Preistransparenz auf den europäischen Märkten, wovon im Wesentlichen die Verbraucher profitieren werden. Aber

auch für kleine und mittlere Unternehmen eröffnet der Euro Chancen, neue Märkte zu erschließen, die bislang aufgrund des Währungsrisikos nicht genutzt wurden. Zusätzlich entsteht für die Unternehmen durch den Euro eine größere Planungssicherheit bei Investitionen, die sie im Ausland tätigen. Diese Vorteile gelten aber nicht für deutsche Unternehmen allein, auch die Konkurrenz im Ausland profitiert hiervon. Dies berücksichtigen die deutschen Unternehmen nach Breuers Ansicht noch zu wenig. Es besteht daher die Gefahr, dass sie in die Defensive gedrängt werden. Insgesamt rechnet der Vorstandssprecher der Deutschen Bank mit beträchtlichen Preissenkungen, die aufgrund des höheren Konkurrenzdrucks vermehrt zu Lasten der Gewinne der Unternehmen gehen werden. Zehn Prozent Gewinneinbußen infolge des neuen Wettbewerbs hält Breuer, der dazu eine McKinsey-Studie zitiert, für realistisch.

Aber auch zwischen den Standorten in Europa wird es durch den Euro zu einem verstärkten Wettbewerb kommen. Konnten nationale Regierungen früher teilweise über Abwertungen und Geldpolitik ihrem Land kurzfristig einen Vorteil verschaffen, so stehen diese Instrumente mit der Einführung des Euro nicht mehr zur Verfügung. Breuer warnt aber davor, Steuern zu harmonisieren, da dadurch der Wettbewerb der Regionen untereinander zum Erliegen käme und den Regierungen jeder Zwang zum wirtschaftlichen Handeln genommen würde. Hiervon nimmt Breuer jedoch die Ertragssteuern aus. Ebenfalls sollte es nicht zu einer harmonisierten Lohnpolitik in Europa kommen, da Lohnunterschiede und unterschiedliche Arbeitsmarktpolitiken künftig ein wichtiges Instrument für die nationalen Staaten sein würden.

ZEW-Workshops

Econometric Evaluation of Active Labour Market Policies in Europe (25.-26.6.1999)

Am 25. und 26. Juni 1999 veranstaltete das ZEW eine Konferenz zum Thema „Econometric Evaluation of Active Labour Market Policies in Europe“, in der Arbeitsmarktforscher aus Europa und den Vereinigten Staaten die Ergebnisse ihrer Studien zur Wirksamkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Europa diskutierten. Die Konferenz wurde von Prof. Dr. Michael Lechner, Universität St. Gallen, und von Dr. Friedhelm Pfeiffer, ZEW, organisiert.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Europa wird von Regierungen zunehmend auf Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückgegriffen mit dem Ziel, Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Ausgaben für solche Maßnahmen sind in den letzten Jahren in beinahe allen Ländern stark angestiegen und auch die Maßnahmenvielfalt hat zugenommen. Wenn die Maßnahmen Erfolg haben, finden Arbeitslose wieder Beschäftigung, und die Arbeitslosigkeit geht zurück. Ziel einer wissenschaftlichen Evaluation ist es, die Wirksamkeit dieser Maßnahmen abzuschätzen und Aussagen zur Effizienz des Mitteleinsatzes abzuleiten.

Die Konferenz startete mit einem Referat von James J. Heckman, Henry Shultz Distinguished Service Professor und Direktor des Center for Evaluation of Social Programs an der Universität Chicago. Er zog ein sehr differenziertes, aber auch eher ernüchterndes Fazit aus 30 Jahren sozialwissenschaftlicher Analysen der Wirksamkeit aktiver Arbeitsmarktpolitik in modernen Wohlfahrtsstaaten. Im weiteren Verlauf wurden 14 wissenschaftliche Evaluationsstudien präsentiert,

darunter Studien, die die Wirksamkeit von Programmen der Fort- und Weiterbildung (Polen, Norwegen, Belgien, Slowakei, Großbritannien), von Beschäftigungsprogrammen für Jugendliche (Frankreich), von beruflichen Rehabilitationsprogrammen (Schweden), von gemeinnütziger Arbeitnehmerüberlassung (Deutschland), von so genannten „paid leave“-Programmen (Dänemark) und von Förderprogrammen für arbeitslose Existenzgründer (Italien) untersuchten. Intensiv diskutiert wurden neben den konkreten inhaltlichen Ergebnissen der aktiven Arbeitsmarktpolitik Fragen der adäquaten wissenschaftlichen Methode zur Evaluation sowie der Qualität der Datenbasis.

Die Studien für die Länder Europas zeigen zwar eine beträchtliche Heterogenität bezüglich der Instrumente und deren Ergebnissen auf. Insgesamt bestätigen die in der ZEW-Konferenz vorgestellten Untersuchungen allerdings auch die Ergebnisse der US-amerikanischen Forschung: Die durchaus vorhandenen positiven Effekte sind in ihrem Ausmaß eher bescheiden, und sie lassen sich in aller Regel nur für eine jeweils relativ kleine Minderheit von Arbeitslosen nachweisen. Mit einer massiven Ausweitung der Maßnahmen, die rein mengenmäßig notwendig wäre, um die Massenarbeitslosigkeit spürbar zu verringern, wären aufgrund der dann einsetzenden unerwünschten Nebenwirkungen auf die bereits Beschäftigten sogar eher negative Effekte zu erwarten. Das deutet darauf hin, dass der gesellschaftliche Nettonutzen der aktiven Arbeitsmarktpolitik niedriger ist, als vielfach von Regierungen angenommen.

Von den Erfahrungen aus 30 Jahren Evaluationsforschung in den USA kann auch die noch relativ junge Evaluationsforschung in Europa profitieren. Für die Güte einer wissenschaftlichen Evaluation sind nach Professor Heckman folgende Punkte von Bedeutung:

- ▷ Die für die Evaluation relevanten Parameter müssen genau definiert sein.

- ▷ Bei der Auswahl der Kontrollgruppe ist eine sehr große Sorgfalt notwendig, um die Vergleichbarkeit der Personen zu gewährleisten.
- ▷ Die Qualität der Daten ist insgesamt entscheidend für die Güte der Ergebnisse.
- ▷ Es gibt nicht ein einziges richtiges ökonomisches Verfahren; vielmehr sollte die Auswahl von der ökonomischen Theorie, der Fragestellung und den Daten abhängen.
- ▷ Unterschiedliche Schätzverfahren führen in der Regel auch zu unterschiedlichen Ergebnissen.
- ▷ Experimentelle und nicht-experimentelle Verfahren haben beide ihre Berechtigung.
- ▷ Eine Evaluation insbesondere von größeren Programmen ist ohne eine Untersuchung der Rückwirkungen auf Löhne, Preise und Beschäftigung nicht vollständig und kann leicht zu falschen Schlussfolgerungen führen.

Ein Tagungsband ist in Vorbereitung und wird in der Reihe ZEW Economic Studies bei Springer-Physica, Heidelberg erscheinen.

First ZEW Summer Workshop on Empirical Labour and Industrial Economics (7.-10.6.1999)

Erstmals veranstaltete das ZEW im Juni 1999 einen viertägigen Summer Workshop zu dem Thema „Empirical Labour and Industrial Economics“. Ziel war es, den 20 eingeladenen Doktoranden aus Deutschland, Italien, der Schweiz, Österreich, Spanien und den USA die Gelegenheit zu geben, eigene Arbeiten vorzustellen und diese untereinander und mit namhaften Wissenschaftlern zu diskutieren. Die Gastwissenschaftler hielten Vorträge, in denen sie die aktuelle Literatur ihres Gebiets und neue Forschungsergeb-

nisse präsentierten.

Zum Auftakt des Workshops hielt Stephen Nickell (University of Oxford) einen Vortrag über den Einfluss von Monopolmacht auf Arbeits- und Gütermärkten auf die Beschäftigung und die Lohnstruktur. Sein Überblick über die bisherigen Forschungsergebnisse zeigte, dass monopolistische Unternehmen ihre Mitarbeiter teilweise an den Monopolgewinnen teilhaben lassen. Unklar ist jedoch, ob dieses Verhalten in erster Linie durch die Gewerkschaften erzwungen wird. Weiterhin besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass sich eine monopolistische Marktstruktur negativ auf die Produktivität auswirkt.

In seinem Vortrag untersuchte ZEW-Präsident Wolfgang Franz den Einfluss von technischem Fortschritt, Globalisierung und EWU auf die Lohnstruktur in Deutschland. Er kam zu dem Schluss, dass eine Europäisierung der deutschen Lohnpolitik nicht angebracht sei, bei der Lohnfindung aber die Lohnpolitik der übrigen Staaten der EWU beachtet werden müsse, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Vor allem bei gering Qualifizierten habe es in den vergangenen Jahren als Folge der fortschreitenden Globalisierung und des technischen Fortschritts erhebliche Arbeitsplatzverluste gegeben. Durch eine Flexibilisierung der Lohnstruktur bei den gering Qualifizierten könne sich die Arbeitsmarktposition dieser Qualifikationsgruppe möglicherweise verbessern.

François Laisney (ZEW und Université Louis Pasteur, Straßburg) stellte neuere Entwicklungen auf dem Gebiet des Arbeitsangebots im Haushaltskontext vor. Mit Hilfe des „Collective Approach“ können Aussagen über die Wohlfahrtseffekte innerhalb eines Haushalts abgeleitet werden. Im Rahmen dieses Ansatzes kann unter anderem berücksichtigt werden, dass die Individuen ihre Zeit auch für die Produktion von Haushaltsgütern einsetzen können, die teilweise

auf dem Markt zu kaufen sind. Die wenigen empirischen Analysen auf Basis dieses Ansatzes weisen zum Teil darauf hin, dass die traditionellen Modelle auf zu restriktiven Annahmen basieren. Für die Bundesrepublik existiert bislang noch keine empirische Anwendung dieses neuen Familienangebotsmodells.

Einer zentralen industrieökonomischen Frage widmete sich David B. Audretsch (Indiana University, Bloomington) in seinem Vortrag „Warum gibt es in vielen Volkswirtschaften so viele kleine und so wenige große Firmen?“ Die mindestoptimale Firmengröße liege in den meisten Industrien deutlich über den Firmengrößen, die dort tatsächlich beobachtet werden. Audretsch erklärt dies mit einem evolutorischen Ansatz. Neue Firmen träten in den Markt ein und ersetzten die Firmen, die weit von ihrer optimalen Firmengröße entfernt seien und nur geringe Überlebenschancen hätten. Es komme daher zu einer ständigen Durchmischung von neuen und älteren Unternehmen. Keineswegs, so Audretsch, befänden sich immer dieselben Firmen am unteren Ende der Firmengrößenverteilung.

Lars-Hendrik Röller (WZB) zeigte anhand eines speziellen Markts, wie ein spieltheoretisches Lohnverhandlungsmodell auf die Realität übertragen werden kann. Das Problem dieser Modelle liegt darin, dass sie in der Regel kaum empirisch überprüfbar sind. Mit einigen Einschränkungen gelingt Röller dies jedoch für den Fall der Luftfahrtindustrie. Er zeigt dabei, dass es den Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen eher um Angleichungen bei den Löhnen als um Effizienzgesichtspunkte geht.

Badi Baltagi (University of Texas, Houston) gab in seinem Vortrag einen Überblick über Themen der Panelökonometrie. Aufgrund der Vielzahl von Anwendungsmöglichkeiten von panelökonometrischen Verfahren auf ökonomische Fragestellungen bot dieser Vortrag einen direkten Anknüpfungspunkt zu

den Arbeiten der Doktoranden.

Die Nachwuchswissenschaftler befassten sich in ihren Vorträgen unter anderem mit der regionalen Lohnstruktur, der Lohnrigidität sowie den Lohndifferenzialen zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten. Darüber hinaus untersuchten die Doktoranden das strategische Arbeitsangebotsverhalten von Frauen und die Wirksamkeit von aktiver Arbeitsmarktpolitik. Weitere, industrieökonomische Beiträge beschäftigten sich unter anderem mit den Auswirkungen des technologischen Wandels und der Globalisierung und der Frage nach der ungleichen Verteilung der Betriebsgrößen. Weiterhin wurden Studien über die Entwicklung der Produktivität und den Zusammenhang zwischen Produktivität und Beschäftigungsentwicklung präsentiert.

Fiscal Competition and Federalism in Europe (2.-3.6.1999)

Wissenschaftler aus sieben Ländern diskutierten Forschungsergebnisse zu den Konsequenzen wirtschaftlicher Integration für die öffentliche Finanzwirtschaft. Die Programmkommission bestand aus Dr. T. Büttner, ZEW, Prof. Dr. A. Haufler, Universität Göttingen, Prof. Dr. B. Huber, Universität München, Dr. R. Schwager, ZEW und Prof. K. Stahl, Ph. D., Universität Mannheim.

Hauptreferate: Im Eröffnungsvortrag wies Wallace Oates, Professor an der University of Maryland, auf die Vorteile einer dezentralen Ausgestaltung des öffentlichen Sektors hin. Es gebe zwar in der Realität durchaus Koordinationsbedarf in der Umverteilungs- und Stabilisierungspolitik. Gerade im Hinblick auf die Gestaltung der Finanzpolitik in Europa käme es aber darauf an, den Wettbewerb zwischen den Staaten lebendig zu halten, auch um das weitere Eindringen des Staates in den privaten Sektor zu begrenzen. David

Wildasin, Professor an der Vanderbilt University, konzentrierte sich auf die Konsequenzen der zunehmenden Faktormobilität in Europa. Zwar verhinderten zahlreiche Anpassungsprobleme schnelle Reaktionen auf Unterschiede in der Finanzpolitik einzelner Länder. Das Ausmaß der Mobilität hänge aber wesentlich vom Zeithorizont der Betrachtung ab. So könnte eine Besteuerung kurzfristig immobiler Faktoren zwar heute von Vorteil, langfristig aber nachteilig für die Wohnsitzbevölkerung sein, wenn die Faktoren vom Standort abwandern. Robert Inman, Miller-Sherrard Professor an der Wharton School, University of Pennsylvania, präsentierte das Modell einer offenen Stadt mit mobilen Firmen und Haushalten, die sich über lokale Einkommen-, Vermögen- und Umsatzsteuern finanziert. In einer empirischen Analyse einiger Städte in den USA wurde überprüft, inwieweit sie den Spielraum zur Finanzierung durch lokale Steuern ausgeschöpft haben. Es zeigte sich, dass ein Teil der Städte ihre Steuersätze deutlich unterhalb des Niveaus setzt, bei dem das Steueraufkommen maximiert wird. Abschließend plädierte Alan Auerbach, Robert D. Burch Professor of Economics and Law, University of California, Berkeley, für die dynamische Betrachtung der Auswirkungen der Mobilität für die Finanzpolitik. Er zeigte mit der Methode des „Generational Accounting“, dass die Konsequenzen der Einwanderung in die USA für die fiskalische Belastung der zukünftigen Generationen vom Kurs der Finanzpolitik abhängt. Bei unsolider Finanzpolitik profitierten zukünftige Generationen, weil ein Teil der Lasten von den Einwanderern getragen werde.

Referate im offenen Teil der Konferenz: Prof. Katherine Baicker, Dartmouth, untersuchte die Reaktion der US-Staaten auf Ausgabeverpflichtungen durch den Bund und zeigte, dass zunehmende Verpflichtungen zu Kürzungen in verwandten Ausgabenbereichen führen. Massimo Bordignon, Università

Cattolica, Milano, untersuchte die Rolle von Sezessionsklauseln in föderalen Verfassungen. Solche Klauseln vermeiden Krieg, erhöhen aber die Gefahr des Auseinanderbrechens der Föderation. Dr. Thiess Büttner, ZEW, zeigte für die Gewerbesteuer, dass trotz kommunalen Steuerwettbewerbs Spielraum in der lokalen Besteuerung besteht, den die Kommunen zum Ausgleich fiskalischer Beschränkungen nutzen. Prof. Richard Cornes, Keele, analysierte den vertikalen Finanzausgleich bei unvollständiger Information. Er zeigte, dass sich hier sowohl eine Unter- als auch eine Überversorgung mit lokalen öffentlichen Gütern ergeben kann. Dr. Lars Feld und Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner, St. Gallen, untersuchten den Steuerwettbewerb in der Schweiz. Sie zeigten, dass höhere lokale Einkommensteuersätze mit einem deutlich niedrigeren Bevölkerungsanteil von Beziehern hoher Einkommen einhergehen. Prof. Dr. Bernd Genser, Konstanz, gab einen Überblick über die Unternehmensbesteuerung in Europa und sprach sich für begrenzte Koordinierungsmaßnahmen bei der Besteuerung multinationaler Unternehmen aus. Prof. Timothy Goodspeed, City University, New York, präsentierte eine Analyse der Beziehungen zwischen horizontalem und vertikalem Steuerwettbewerb für OECD-Staaten. Prof. Dr. Bernd Huber, München, zeigte, dass internationale Harmonisierung zwar einen ruinösen Steuersenkungswettbewerb verhindern kann, aber auch die Möglichkeit der Ausbeutung der Minderheit durch die Mehrheit vergrößert. Dr. Kersten Kellermann, Universität Zürich, präsentierte eine Analyse der öffentlichen Investitionen in Deutschland, die ein effizienteres Investitionsverhalten der Kommunen verglichen mit der Länder- und Bundesebene nahelegt. Prof. Dr. Kai Konrad, Freie Universität Berlin, analysierte eine Situation, in der die internationale Harmonisierung der Kapitaleinkommensbesteuerung Vorteile bringt. Er zeigte, dass Harmonisierung dann auch für Teilgruppen von Ländern

vorteilhaft ist. Prof. Stuart Landon, University Alberta, untersuchte anhand des Ratings der Anleihen der Provinzen und des Zentralstaats in Kanada, ob das Verschuldungsverhalten einzelner Gebietskörperschaften Spillover-Effekte erzeugt. Prof. Panu Poutvaara, Helsinki, betrachtete die Auswirkung des fiskalischen Wettbewerbs auf die Entscheidung, in unsichere Ausbildung zu investieren. Prof. Felix Oberholzer-Gee, University Pennsylvania, belegte die These, dass bei stark unterschiedlichen lokalen Präferenzen eher dezentrale Lösungen gewählt werden, anhand der Alkoholpolitik in den USA. Prof. Luz Saavedra, University South Florida, präsentierte eine Analyse des Wettbewerbs bei Wohlfahrtsausgaben in den USA und zeigte, dass Staaten auf Kürzungen in den Wohlfahrtsausgaben anderer Staaten ebenfalls mit Kürzungen reagieren. Prof. Emilson Silva, University Oregon, zeigte, dass die Aussicht auf vertikale Zuweisungen zu einem effizienten dezentralen Angebot öffentlicher Güter führt, auch wenn deren Nutzen nicht auf das Land beschränkt bleibt, das sie bezahlt. Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, CES und ifo, befasste sich mit der Wettbewerbspolitik im Kontext der Globalisierung. Er zeigte die Möglichkeit eines Deregulierungswettlaufs, in dem die einzelnen Staaten ihre Wettbewerbspolitik zugunsten von Vorteilen auf dem internationalen Markt aufgeben. Prof. Albert Solé Ollé, Barcelona, betrachtete den vertikalen Steuerwettbewerb und belegte anhand der Einkommensteuersätze in den USA entsprechende Interdependenzen der bundes- und einzelstaatlichen Steuerpolitik. Dr. Andreas Wagener, Siegen, zeigte, dass konkurrierende Regierungen auf dem Arbeitsmarkt die Rolle von Zwischenhändlern übernehmen, indem sie mit Investitionssubventionen Arbeitsplätze „kaufen“. Dr. Alfons Weichenrieder, CES, zeigte, dass Regierungen die Auftragsvergabe an heimische Firmen als Substitut zum Steuerwettbewerb nutzen könnten. Ein Sonderband der Zeitschrift „Regional

Science and Urban Economics“ wird nach externem Referee-Prozess mit ausgewählten Beiträgen erscheinen.

Föderalismus und Finanzverfassung innerhalb Deutschlands und Europa (14.-15.4.1999)

In Kooperation mit dem Europäischen Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis, Berlin, veranstaltete das ZEW einen interdisziplinären Workshop mit Ökonomen und Politikwissenschaftlern.

Prof. Dr. J. J. Hesse vom Europäischen Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis befasste sich in seinem Eröffnungsvortrag mit der bundesstaatlichen Ordnung als Strukturprinzip und Gestaltungsaufgabe und hob die Parallelität der deutschen und der europäischen Diskussion hervor. Prof. Dr. W. Rensch, Universität Magdeburg, diskutierte Reformoptionen der Finanzverfassung vor dem Hintergrund von ökonomischer Effizienz, bundesstaatlicher Funktionalität und politischer Legitimität. Zwei Beiträge aus dem ZEW befassten sich mit dem Ausmaß des Fiskalwettbewerbs innerhalb Deutschlands und in Europa. T. Eckerle gab einen Überblick über die Standortunterschiede im Rahmen der Unternehmensbesteuerung im europäischen Vergleich. Dr. T. Büttner erörterte den Wettbewerb im Föderalstaat am Beispiel der kommunalen Steuerpolitik. Zum Abschluss diskutierte Prof. Dr. B. Huber, Universität München, die Möglichkeiten und Grenzen des Fiskalwettbewerbs im Föderalismus.

Ein Tagungsband ist in Vorbereitung.

Unemployment in Europe (23.-24.10.1998)

Der internationale Workshop wurde vom Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Beschäftigung gemeinsam mit John Addison, Professor an der University of South Carolina und zeitweilig Gastprofessor am ZEW, organisiert.

Im einleitenden Beitrag stellte Stefano Scarpetta (Economics Department der OECD) fest, dass von 22 untersuchten OECD-Staaten nur sechs Länder einen Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit erzielen konnten. Als Erklärungsfaktoren für die unterschiedliche Arbeitsmarktentwicklung nannte er Unterschiede in den Tarifverhandlungssystemen, den Kündigungsschutzbestimmungen, der Arbeitslosenunterstützung, den Lohnnebenkosten und den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Ein Schwerpunkt des Workshops lag auf dem Zusammenhang zwischen Mobilität und Arbeitslosigkeit. Andrew Oswald (Universität Warwick, England) wies auf die geringe regionale Mobilität als möglichen Erklärungsfaktor für die hohe Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern hin. Als Indiz präsentierte er für verschiedene Länder Korrelationsanalysen zwischen der Arbeitslosenquote und dem Anteil von Hauseigentümern, den er als Indikator für die geringe regionale Mobilität verwendete. Für die untersuchten Länder zeigte sich ein statistisch gesicherter positiver Zusammenhang.

Die Struktur der Arbeitslosigkeit in Portugal verglichen Oliver Blanchard (MIT) und Pedro Portugal (Banco de Portugal) mit der in den USA. Obwohl die Arbeitslosenquote in beiden Ländern etwa gleich hoch ist, ist die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Portugal mehr als dreimal so lang wie in den USA. Jedoch beträgt die Inzidenz von Arbeitslosigkeit in Portugal nur ein Drittel des US-Werts. Die Autoren führten diese Unterschiede in der Dynamik der Arbeitslosigkeit

auf die restriktiveren Kündigungsschutzbestimmungen in Portugal zurück.

Den Einfluss von mit Firmenschließungen verbundenen Entlassungen auf die zukünftigen individuellen Arbeitsmarktchancen untersuchte David N. Margolis (Sorbonne, Paris) für Frankreich. Er wies darauf hin, dass ein Großteil der entlassenen Arbeitnehmer ohne dazwischenliegende Arbeitslosigkeit einen neuen Arbeitsplatz findet. Eine empirische Analyse der Einkommenseffekte von Entlassungen zeigt, dass diese zwar kurzfristig erheblich sind und auch längerfristig nicht vollständig aufgeholt werden, dass sie sich jedoch sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen durch einen geringeren Beschäftigungsumfang nach einer Entlassung ergeben.

Claudio Lucifora (Università Cattolica di Milano) und Federica Origo (Istituto per la Ricerca Sociale) analysierten den Zusammenhang zwischen regionalen Lohndifferenzialen und Arbeitslosenquoten für Italien. Dort hat das Arbeitslosigkeitsdifferenzial zwischen den südlichen und nördlichen Regionen stark zugenommen, während die regionalen Lohndifferenziale weitgehend stabil geblieben sind. Lucifora erklärt dies durch das System der kollektiven Lohnverhandlungen, das auf eine geringe regionale Lohndifferenzierung auf Kosten großer Unterschiede in den regionalen Arbeitslosenquoten abzielt.

Joop Hartog (Universität Amsterdam) analysierte den holländischen Weg zu einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik. Die zwischen den Sozialpartnern und der Regierung vereinbarten Lohnkürzungen, Einschnitte in das Sozialsystem und Kürzungen der Staatsausgaben haben nach Hartog die Bedingungen für ein hohes Beschäftigungsniveau wiederhergestellt. Dies hat, verbunden mit der starken Ausweitung der Teilzeitarbeit, wesentlich zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen.

Die Anpassungsprozesse am österreichischen Arbeitsmarkt untersuchten Helmut Ho-

fer, Karl Pichelmann und Andreas-Ulrich Schuh (Institut für Höhere Studien und Bundesministerium für Finanzen, Wien). Die zyklischen Schwankungen der österreichischen Arbeitslosenquote sind im internationalen Vergleich gering, was die Autoren auf die hohe Reagibilität des Arbeitskräfteangebots und auf die geringe Beschäftigungsintensität des Wachstums zurückführten. In diesem Zusammenhang dürfte auch die in Österreich im internationalen Vergleich hohe Reagibilität der Reallöhne auf Änderungen der Arbeitslosenquote eine wichtige Rolle spielen.

Ein weiteres Schwerpunktthema war die langfristige Arbeitslosigkeit. In ihrer Analyse der Ursachen und Auswirkungen langfristiger Arbeitslosigkeit in Europa zeigten Stephen Machin (University College, London) und Alan Manning (London School of Economics), dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen zwischen den OECD-Ländern erheblich schwankt. Machin wies darauf hin, dass ein stabiler Zusammenhang zwischen dem Anteil der Langzeitarbeitslosen und der Arbeitslosenquote in einem Land besteht, dass sich die Wiederbeschäftigungschancen der Langzeitarbeitslosen im Zeitverlauf in den meisten Ländern nicht verschlechtert haben und dass die individuellen Wiederbeschäftigungschancen mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit nicht abnehmen.

Den Einfluss der Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit in Portugal analysierten John Addison und Pedro Portugal. Sie stellten fest, dass sich die Effekte der Arbeitslosenunterstützung abhängig von den verschiedenen Übergängen aus der Arbeitslosigkeit (unbefristete Beschäftigung, befristete Beschäftigung, Teilzeit, Selbstständigkeit, Nichterwerbstätigkeit) deutlich unterscheiden. So dürften negative Anreizeffekte der Arbeitslosenunterstützung insbesondere bezüglich der Aufnahme einer Teilzeitbeschäftigung auftreten.

Im Schlussvortrag analysierte Viktor Steiner (ZEW) die Effekte der Arbeitslosenunter-

stützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Während er bei Frauen nur geringe Effekte feststellte, haben die Verlängerung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld und insbesondere die bei Bedürftigkeit im Prinzip unbefristete Arbeitslosenhilfe die Dauer der Arbeitslosigkeit bei Männern deutlich erhöht.

Social Costs and Sustainable Mobility (Oktober 1998)

Auftraggeber dieses Workshops war der German Marshall Fund for the United States. Dr. Klaus Rennings (ZEW) organisierte die Veranstaltung in Kooperation mit der PACE University, New York. Veranstaltungsort war das World Trade Center, New York.

Faire und effiziente Preise im Verkehr sind in der internationalen Verkehrs- und Umweltpolitik von steigender Bedeutung. Auf der Konferenz wurden europäische und amerikanische Forschungsprojekte zur Monetarisierung und Internalisierung externer Kosten des Verkehrs präsentiert und diskutiert. Einen Schwerpunkt bildeten praktische Erfahrungen bei der Bepreisung externer Kosten im Zusammenhang mit Straßenbenutzungsgebühren auf Autobahnen und im Stadtverkehr. Darüber hinaus ging es um die Berücksichtigung von Externalitäten in der Infrastrukturplanung.

Publiziert wurden die Konferenzbeiträge in der Schriftenreihe ZEW Economic Studies, Vol. 7: Rennings, K., O. Hohmeyer und R. L. Ottinger (eds.), *Social Costs and Sustainable Mobility*, Heidelberg.

- ▷ Personal und Finanzen
- ▷ Gremien und Außenbeziehungen
- ▷ Organigramm

1998/99

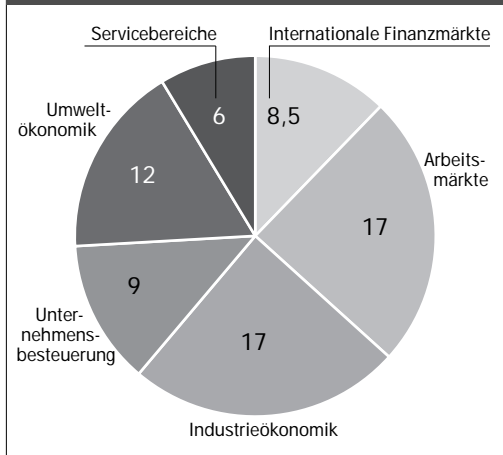
Jahresbericht

Personal und Finanzen

Der Berichtszeitraum August 1998 bis Dezember 1999 war beim ZEW durch eine erneut gestiegene Anzahl der Gesamtbeschäftigten von 103 auf 108 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gekennzeichnet, wobei der Anstieg – wie von der Geschäftsführung geplant – im Vergleich zu den Vorjahren niedriger ausfiel. Der Zuwachs bezog sich dabei ausschließlich auf das wissenschaftliche Personal.

Er war die Folge zusätzlicher Drittmittelprojekte und des 1999 begonnenen Aufbaus des Forschungsfeldes „Öffentliche Finanzwirtschaft“ im Forschungsbereich „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“. Ende Dezember 1999 waren damit beim ZEW 74 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (d. h. eine Zunahme um fünf Personen im Vergleich zum 31.07.1998) angestellt. Auch die Kapazität an wissenschaftlichen Hilfskräften, die seit Jahren für eine erfolgreiche Projektarbeit in den Forschungs- und Servicebereichen unverzichtbar geworden ist, musste zusätzlich aufgestockt werden. Im Jahr 1999 waren im Durchschnitt rund 100 Studierende der Universität Mannheim und aus weiteren Hochschulen der Region (Vergleichszahl 1998: rund 80) mit in der Regel 40 Stunden im Monat beim ZEW beschäftigt. Im Übrigen kommt

② Wiss. Personal in Vollzeitstellen*



* ohne Geschäftsführung; Stand zum 31.12.1999

der Gruppe der wissenschaftlichen Hilfskräfte bei der Gewinnung von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für das ZEW eine wachsende Bedeutung zu, nachdem der Wettbewerb um die qualifiziertesten Nachwuchswissenschaftler zunehmend härter geworden ist. Bei den Wissenschaftlern des ZEW überwiegen nach wie vor die Volks- und Betriebswirte. Aber auch Wirtschaftsingenieure und Wirtschaftsinformatiker sowie einige Wissenschaftler aus den Bereichen Statistik, Mathematik, Naturwissenschaften und Rechtswissenschaften vervoll-

① ZEW Personalentwicklung

	Jan 92	Jul 97	Jul 98	Dez 99
Angestellte/Teilzeit	17	88/10	103/13	108/14
Davon: Wissenschaftler/innen	15	64	69	74
Nicht-Wissenschaftler/innen	2	24	34	34
Drittmittelpersonal	2	30	41	50
Wissenschaftliche Hilfskräfte	5	85	80	101
Auszubildende	–	–	–	2

ständigen das interdisziplinäre Mitarbeiter-team im ZEW.

Mit der Bereitstellung und Besetzung von zwei neuen Ausbildungsstellen (Bürokauffrau, Betriebswirt Fachrichtung Wirtschaftsinformatik – BA) sowie insgesamt 55 im Berichtszeitraum beim ZEW kurzzeitig tätigen Praktikanten hat das ZEW seinen Beitrag zur Nachwuchsausbildung deutlich verstärkt. Die Einbeziehung von externen freien Mitarbeitern in die Projektarbeit wurde aufgrund der bisherigen guten Erfahrungen fortgesetzt. Mit dem Ziel des Informations- und Erfahrungsaustausches wurden Gastwissenschaftler und Gastprofessoren aus dem In- und Ausland zu Arbeitsaufenthalten ins ZEW eingeladen.

Beim ZEW ist nach wie vor ein junges Wissenschaftlerteam mit einem Durchschnittsalter von 33 Jahren tätig, wobei Ende 1999 mehr als ein Drittel der Wissenschaftler 30 Jahre oder jünger waren. Entsprechend der Institutsphilosophie haben derzeit rund 90 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter befristete Arbeitsverträge von in der Regel zwei und anschließend drei Jahren. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 12 Promotionen von ZEW Wissenschaftlern abgeschlossen. In diesem Zusammenhang spielte das wissenschaftliche Qualifizierungsprogramm eine wichtige Rolle. Nach erfolgreicher Tätigkeit und Weiterqualifizierung verließen im Berichtszeitraum insgesamt 22

Wissenschaftler das ZEW (Neueintritte: 27), wobei mit 14 die überwiegende Zahl ihre berufliche Laufbahn im Bereich der Privatwirtschaft fortgesetzt haben. Zwei Forschungsbereichsleiterpositionen mussten Anfang 1999 nach Berufung der Stelleninhaber auf C4-Lehrstühle der Universitäten München und Flensburg neu besetzt werden. Sechs weitere Wissenschaftler wurden an Fachhochschulen berufen bzw. wechselten an Universitäten zwecks Habilitation und weiterer wissenschaftlicher Tätigkeit.

Die finanzielle Entwicklung des ZEW war im Berichtszeitraum durch eine weiterhin positive Tendenz gekennzeichnet. Dies bezieht sich sowohl auf die Entwicklung im „Rumpfgeschäftsjahr“ 1998 (01.08. bis 31.12.1998) als auch im ersten, dem Kalenderjahr angepassten Geschäftsjahr 1999. So konnte der Eigenfinanzierungsanteil am Gesamtbudget wie in den Vorjahren bei etwa 40 Prozent gehalten werden, obwohl sich der Personal- und Sachaufwand einschließlich Investitionen im Geschäftsjahr 1999 gegenüber 1997/98 um rund 2,3 Millionen DM auf 19,2 Millionen DM erhöht hat. Tabelle 3 zeigt die Entwicklung im Einzelnen, wobei aus Gründen der Vergleichbarkeit die Finanzdaten des Rumpfgeschäftsjahres 1998 nicht in die Übersicht einbezogen worden sind.

Die erhebliche Steigerung des Personal- und Sachaufwandes ist zum einen auf das um

3 ZEW Finanzübersicht (Angaben in TDM)

	WJ 94/95 Ist	WJ 95/96 Ist	WJ 96/97 Ist	WJ 97/98 Ist	WJ 1999 vorl. Ist
Personal, Sachaufwand	10.030	13.436	15.121	16.255	18.520
Laufende Investitionen	417	498	618	618	669
Gesamtbudget	10.447	13.934	15.739	16.873	19.189
Entnahme aus Rücklagen	7.371	8.334	9.422	10.157	11.618
Drittmittel/sonstige Erträge	3.076	5.600	6.317	6.716	7.571
Anteil am Gesamtbudget	29%	40%	40%	40%	40%
Gesamte Deckungsmittel	10.447	13.934	15.739	16.873	19.189

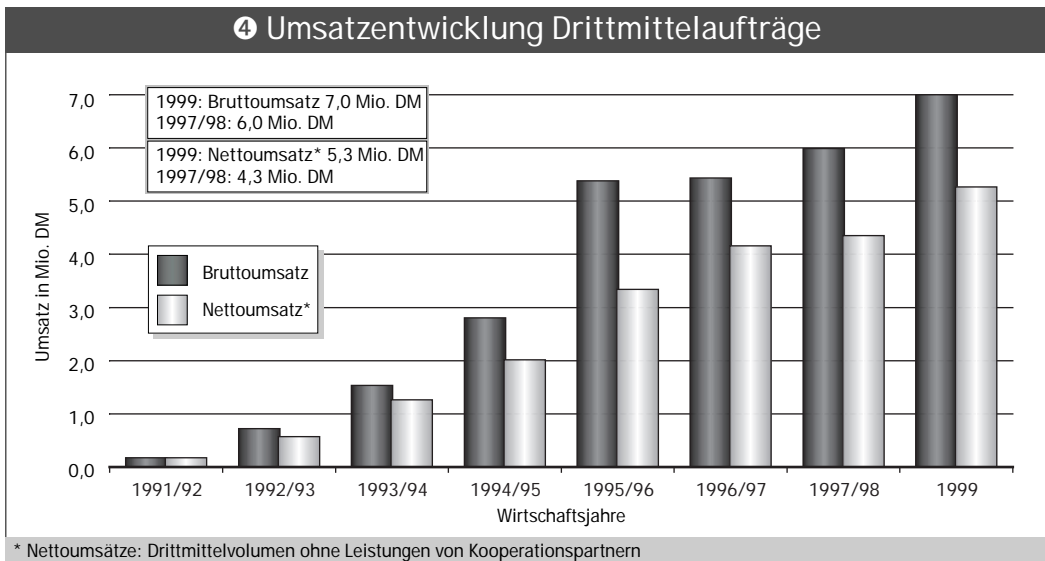
rund eine Million DM auf jetzt sieben Millionen DM gestiegene Drittmittelvolumen zurückzuführen. Zum anderen standen den Forschungsbereichen im Berichtszeitraum in verstärktem Umfang nicht verbrauchte Finanzmittel der Grundausrüstung aus vorangegangenen Geschäftsjahren zur Verfügung, eine unmittelbare Folge der in diesem Umfang damals nicht zu erwartenden positiven Drittmittelentwicklung mit entsprechenden Einsparungen im Personal- und Sachaufwand des grundfinanzierten Budgets sowie überplanmäßigen Erträgen. Diese Finanzmittel aus dem so genannten Verstärkungsfonds wurden 1999 auf der Grundlage diesbezüglicher Aufsichtsratsbeschlüsse schwerpunktmäßig einerseits für den Aufbau neuer Forschungsfelder (z. B. „Öffentliche Finanzwirtschaft“) verwendet.

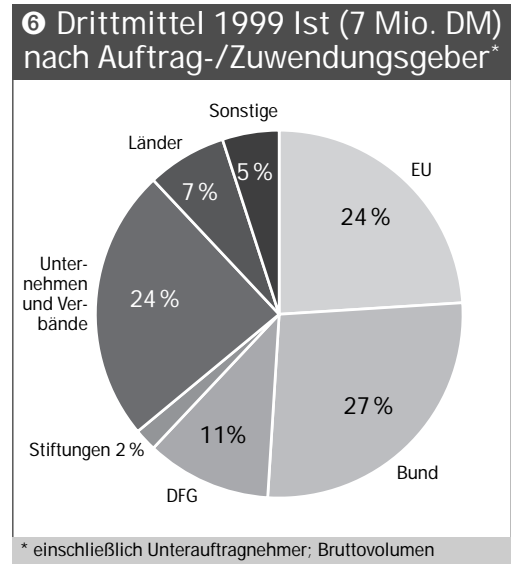
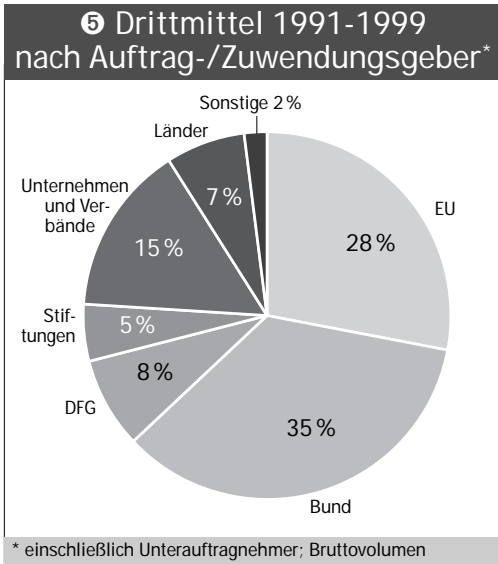
Andererseits wurden sie für die Weiterqualifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen in Form einer befristeten Freistellung von der normalen Projektarbeit zur Fertigstellung von Promotionen und Habilitationen sowie zu Forschungsaufenthalten bei anderen Institutionen eingesetzt. Dieses Instrument des Verstärkungsfonds in Verbindung mit einem Globalbudget, flexiblem Ein-

satz aller Personal- und Sachmittel einschließlich Investitionen, Festbetragsregelung für die Zuwendungen des Gesellschafters Land Baden-Württemberg hat sich in den vergangenen Jahren bestens bewährt. Es hat dem ZEW auch die notwendige finanzielle Flexibilität im Wettbewerb um eine erfolgreiche Etablierung im Wissenschafts- und Forschungsmarkt verschafft.

Grafik 4 zeigt im Einzelnen die Entwicklung des Finanzvolumens bei Drittmittelprojekten im Geschäftsjahr 1999. Mit rund einer Million DM Steigerung bei den unmittelbar vom ZEW selbst erbrachten Drittmittelleistungen hat das Nettovolumen (Drittmittel ohne Leistungen von Kooperationspartnern) inzwischen den Betrag von 5,3 Millionen DM erreicht. Wie bereits erwähnt, stieg das Bruttovolumen (Drittmittel einschließlich Leistungen von Kooperationspartnern) von sechs Millionen DM auf nunmehr sieben Millionen DM im Geschäftsjahr 1999.

Die Aufträge und Zuschüsse im Rahmen von Drittmittelprojekten verteilen sich nach wie vor auf eine Vielzahl von Auftrag- bzw. Zuwendungsgebern. Die Grafiken 5 und 6 geben einen Überblick über die Verteilung des realisierten Drittmittelvolumens seit Aufnah-





me der ZEW-Arbeit im April 1991 bis Ende 1999 bzw. im gerade abgeschlossenen Geschäftsjahr 1999. Zu den Zahlen 1999 ist zu bemerken, dass der vermeintliche Rückgang bei den Stiftungen ausschließlich durch die zeitliche Verschiebung eines größeren Pro-

jektes ins Jahr 2000 zurückzuführen ist und das Auftragsvolumen insgesamt in der Tendenz auch dort steigend ist. Zu Beginn des neuen Geschäftsjahres 2000 betrug das bereits eingeworbene Drittmittelvolumen insgesamt 6,1 Millionen DM.

Gremien und Außenbeziehungen

Stand: 31. Dezember 1999

Aufsichtsrat des ZEW

- ▷ Prof. Dr. Manfred Timmermann
(Vorsitzender des Aufsichtsrates),
Leiter Stabsbereich Controlling,
Deutsche Bank AG
- ▷ Prof. Dr. Jürgen Strube
(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates),
Vorsitzender des Vorstands der
BASF Aktiengesellschaft
- ▷ Ministerialdirigent Dr. Helmut Birn,
Staatsministerium Baden-Württemberg
(bis 15. April 1999)
- ▷ Ministerialdirektor Rudolf Böhmler,
Ministerium für Wissenschaft, Forschung
und Kunst Baden-Württemberg
- ▷ Ministerialdirektor Dr. Karl Epple,
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie Baden-Württemberg
- ▷ Ministerialrat Robert Fischer,
Finanzministerium Baden-Württemberg
- ▷ Ministerialdirigent Wolfgang Fröhlich,
Staatsministerium Baden-Württemberg
(seit 16. April 1999)
- ▷ Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Egon Lorenz,
Universität Mannheim
- ▷ Ministerialrat
Hans-Martin Scheschonka,
Finanzministerium Baden-Württemberg

Wissenschaftlicher Beirat des ZEW

Der Wissenschaftliche Beirat begleitet und begutachtet die Arbeit am ZEW. Er setzt sich aus Repräsentanten aus Wissenschaft und Unternehmen zusammen.

- ▷ Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hesse
(Vorsitzender des ZEW-Beirats)
- ▷ Prof. Dr. h.c. Reinhold Würth
(Stellv. Vorsitzender des ZEW-Beirats),
Vorsitzender des Beirats der
Würth-Gruppe
- ▷ Staatssekretär
Prof. Dr. Friedrich Buttler,
Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kultur des
Landes Brandenburg
- ▷ Gerhard Goll,
Vorstandsvorsitzender der
EnBW Energie Baden-Württemberg AG
- ▷ Prof. Dr. Dr. Dres. h.c. Klaus J. Hopt,
Direktor des Max-Planck-Instituts für
Ausländisches und Internationales
Privatrecht, Hamburg
- ▷ Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner,
Universität St. Gallen
- ▷ Prof. Dr. Dr. h.c. Norbert Kloten
- ▷ Eberhard Knoblauch,
Mitglied des Aufsichtsrates der
Hewlett Packard AG
- ▷ Dr. Bernd H. Müller-Berghoff,
Aufsichtsratsvorsitzender der
Fuchs Petrolub AG Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Dieter Sadowski,
Direktor des Instituts für Arbeitsrecht
und Arbeitsbeziehungen in der
Europäischen Gemeinschaft
- ▷ Prof. Dr. Bertram Schefold,
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt am Main

- ▷ Prof. Dr. Bernd Schips,
Eidgenössische Technische Hochschule
Zürich
- ▷ Prof. Dr. Jürgen Strube,
Vorsitzender des Vorstands der
BASF Aktiengesellschaft

Forschungsprofessoren des ZEW

Mit den folgenden Professoren in- und ausländischer Universitäten fand im Berichtszeitraum eine Kooperation in der Forschung statt:

- ▷ Prof. Richard Blundell,
University College London
- ▷ Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D.,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Josef Brüderl,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Wolfgang Bühler,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Klaus Conrad,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Horst Entorf,
Universität Würzburg
- ▷ Prof. Dr. Ralf Ewert,
Universität Frankfurt/Main
- ▷ Prof. Bernd Fitzenberger, Ph. D.,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Günter Franke,
Universität Konstanz
- ▷ Prof. Dr. Wolfgang Gerke,
Universität Erlangen-Nürnberg
- ▷ Prof. Dietmar Harhoff, Ph. D.,
Universität München
- ▷ Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Jürgen Kähler, Ph. D.,
Universität Erlangen-Nürnberg
- ▷ Prof. Dr. Alfred Kieser,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König,
Universität Mannheim und ZEW
- ▷ Prof. Dr. François Laisney,
Universität Straßburg
- ▷ Prof. Dr. Michael Lechner,
Universität St. Gallen
- ▷ Prof. Dr. Egon Lorenz,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Walter A. Oechsler,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Manfred Perlitz,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Winfried Pohlmeier,
Universität Konstanz
- ▷ Prof. Dr. Volker Rieble,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Frederic M. Scherer,
Harvard University
- ▷ Prof. Dr. Ulrich Schlieper,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Helmut Seitz,
Universität Frankfurt/Oder
- ▷ Prof. Dr. Werner Smolny,
Universität Bochum
- ▷ Prof. Konrad Stahl, Ph. D.,
Universität Mannheim
- ▷ Prof. Dr. Roland Vaubel,
Universität Mannheim

Förderkreis Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V.

Im Förderkreis Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V., Mannheim, haben sich 1993 Vertreter der Wirtschaft im Rhein-Neckar-Dreieck zusammengeschlossen, um die Arbeit des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zu unterstützen. Der Förderkreis unterstützt praxisrelevante Forschungsprojekte sowie Programme des Wissenstransfers und der Weiterbildung. Im Übrigen engagiert sich der Förderkreis als

Mitveranstalter von ZEW-Vorträgen und anderen Veranstaltungen des Instituts.

Den Vorstand des Förderkreises bilden Dr. Manfred Fuchs (Fuchs Petrolub AG) als Vorsitzender, Dr. Jürgen M. Schneider (Bilfinger + Berger Bauaktiengesellschaft) als Stellvertretender Vorsitzender, Rolf Kentner (Baden-Württembergische Bank AG) als Schatzmeister und Dipl. Kfm. Michael Baumann.

Mitglieder des Förderkreises Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V. sind:

- ▷ ABB Marketing und Vertrieb GmbH, Heidelberg
- ▷ Adolf Würth GmbH & Co. KG, Künzelsau
- ▷ Baden-Württembergische Bank AG, Filiale Mannheim
- ▷ BASF Aktiengesellschaft, Ludwigshafen
- ▷ Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Niederlassung Mannheim
- ▷ Bezirkssparkasse Weinheim
- ▷ Bilfinger + Berger Bauaktiengesellschaft, Mannheim
- ▷ BW-Kapitalbeteiligung GmbH, Stuttgart
- ▷ Commerzbank AG, Filiale Mannheim
- ▷ DaimlerChrysler AG, Werk Mannheim
- ▷ Deere & Company, European Office, Mannheim
- ▷ Deutsche Bank AG, Filiale Mannheim
- ▷ Dresdner Bank AG, Filiale Mannheim
- ▷ EDEKA Handelsgesellschaft Südwest mbH, Heddeshcim
- ▷ Eichbaum-Brauereien AG, Mannheim
- ▷ EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe
- ▷ Engelhorn & Sturm GmbH & Co. KG, Mannheim
- ▷ Ernst & Young Deutsche Allgemeine Treuhand AG, Mannheim
- ▷ Felina GmbH, Mannheim
- ▷ Frankl & Kirchner GmbH & Co. KG, Schwetzingen
- ▷ Freudenberg & Co., Weinheim
- ▷ Friatec AG, Mannheim
- ▷ Fuchs Petrolub AG, Mannheim
- ▷ Gehr-Kunststoffwerk KG, Mannheim
- ▷ Gerling Firmen- und Privat-Service AG, Vertriebszentrum Südwest, Mannheim
- ▷ Grosskraftwerk Mannheim AG
- ▷ Heidelberger Zement AG
- ▷ Helvetia Versicherungen, Filialdirektion Mannheim
- ▷ Hilger und Kern GmbH Industrietechnik, Mannheim
- ▷ HM InterDrink GmbH & Co. KG, Mannheim
- ▷ Inter Versicherungen, Mannheim
- ▷ Joseph Vögele AG, Mannheim
- ▷ Kampffmeyer Mühlen GmbH, Werk Hildebrandmühlen Mannheim
- ▷ Karl Schweyer AG, Mannheim
- ▷ Kernkraftwerk Obrigheim GmbH
- ▷ Knoll AG, Ludwigshafen
- ▷ Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart
- ▷ Dr. Kurt J. Lauk, Stuttgart (persönliches Mitglied)
- ▷ Mannheimer AG Holding
- ▷ Maschinenfabrik Gustav Eirich, Hardheim
- ▷ MLP Finanzdienstleistungen AG, Heidelberg
- ▷ Motoren-Werke Mannheim AG
- ▷ MVV Energie AG
- ▷ Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden
- ▷ Objektform Büroeinrichtungen GmbH, Mannheim
- ▷ ÖVA Versicherungen, Mannheim
- ▷ Pfalzwerke Aktiengesellschaft, Ludwigshafen
- ▷ PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft, Frankfurt/M.
- ▷ Residenz Treuhand GmbH, Karlsruhe
- ▷ Roche Diagnostics GmbH, Mannheim
- ▷ Röchling Industrie Verwaltung GmbH, Mannheim
- ▷ Rotta GmbH, Mannheim

- ▷ Dr. Fridolin Scheuerle, Mannheim (persönliches Mitglied)
- ▷ Siemens AG, Mannheim
- ▷ Südzucker AG, Mannheim/Ochsenfurt
- ▷ Volksbank Rhein-Neckar eG

Für Interessenten, die die Arbeit des Förderkreises unterstützen möchten, stehen die Geschäftsstelle des Vereins und die Mitglieder des Vorstands als Ansprechpartner zur Verfügung:

*Geschäftsstelle des Förderkreises
am Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW)
L 7, 1 . 68161 Mannheim
Tel.: (0621) 1235-101, Fax -222*

Vorsitzender des Förderkreises:

*Dr. Manfred Fuchs
Vorstandsvorsitzender der
Fuchs Petrolub AG
Friesenheimer Str. 17
68169 Mannheim
Tel.: (0621) 3802-100, Fax: -103*

Auftrag-/Zuwendungsgeber des ZEW

Auftrag-/Zuwendungsgeber des ZEW sind unter anderem:

Internationale Organisationen und europäische Staaten

- ▷ Kommission der Europäischen Union
- ▷ Österreichisches Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
- ▷ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Bund

- ▷ Bundesministerium der Finanzen
- ▷ Bundesministerium für Bildung und Forschung
- ▷ Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

- ▷ Deutscher Bundestag
- ▷ Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU)
- ▷ Umweltbundesamt

Länder, Kommunen und Kommunalverbände

- ▷ Akademie für Technikfolgenabschätzung des Landes Baden-Württemberg
- ▷ Amt für Wirtschaftsförderung der Stadt Mannheim
- ▷ Arbeitskammer des Saarlandes
- ▷ Finanzministerium Baden-Württemberg
- ▷ Finanzministerium Nordrhein-Westfalen
- ▷ Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz
- ▷ Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft des Saarlandes
- ▷ Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg
- ▷ Ministerium für Wirtschaft und Finanzen des Saarlandes
- ▷ Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
- ▷ Staatsministerium Baden-Württemberg
- ▷ Stadt Heidelberg
- ▷ Stadt Köln
- ▷ Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg

Unternehmen, Verbände und Vereine

- ▷ BASF AG
- ▷ Chemieverbände Rheinland-Pfalz
- ▷ DaimlerChrysler AG
- ▷ Deutsche Ausgleichsbank
- ▷ Deutsche Bahn AG
- ▷ Deutsche Börse AG
- ▷ European Capital Markets Institute (ECMI)
- ▷ Fuchs Petrolub AG
- ▷ German Parcel Paket-Logistik GmbH
- ▷ Gesamtmetall
- ▷ Grosskraftwerk Mannheim
- ▷ Heidelberger Druckmaschinen AG
- ▷ Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank (L-Bank)
- ▷ Metzler Investment GmbH

- ▷ Opel AG
- ▷ Prognos AG
- ▷ Wanke Portfolio Consulting GmbH
- ▷ Westdeutsche Landesbank Girozentrale (WestLB)

Forschungsförderungsinstitutionen und wissenschaftliche Einrichtungen

- ▷ Anglo-German Foundation
- ▷ Bertelsmann-Stiftung
- ▷ Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
- ▷ Deutsche Post-Stiftung
- ▷ Deutsches Institut für internationale Entwicklung (DSE)
- ▷ Deutsches Institut für Urbanistik
- ▷ Förderkreis Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V.
- ▷ Forschungszentrum Karlsruhe
- ▷ Forschungszentrum Seibersdorf, A
- ▷ Fritz Thyssen Stiftung
- ▷ GSF-Forschungszentrum
- ▷ Hans-Böckler-Stiftung
- ▷ Impuls-Stiftung (VDMA)
- ▷ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit
- ▷ Institut für Energiewirtschaft und rationelle Energieaufwendung
- ▷ Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V.
- ▷ Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (NIW), Hannover
- ▷ Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil (DAAK)
- ▷ Technologiestiftung Innovationszentrum Berlin
- ▷ Volkswagen-Stiftung
- ▷ CEDR, Lissabon
- ▷ Centre de Recherche PME, Université de Liège
- ▷ Centre for European Policy Studies, Brüssel
- ▷ Centre for Labour Market and Social Research, DK
- ▷ Centre National de la Recherche Statistique (CREST), Paris
- ▷ Centre of Finance and Econometrics, Universität Konstanz
- ▷ Centre of Research on Internationalisation (CESPRI), Università Luigi Bocconi
- ▷ CERPEM, Bari
- ▷ Conservatoire National des Arts et Métiers, Laboratoire d'Econométrie, Paris
- ▷ CORE Center for Operation Research and Econometrics, B
- ▷ Creditreform, Neuss
- ▷ Danish Technology Institute, Copenhagen
- ▷ Deutsche Ausgleichsbank (DtA), Bonn
- ▷ Deutsche Bundesbank
- ▷ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin
- ▷ Energiestiftung Schleswig-Holstein
- ▷ Energiewirtschaftliches Institut, Köln
- ▷ Energy for Sustainable Development (ESD), Neston, GB
- ▷ ENERSYS GmbH, Donaueschingen
- ▷ ESRC Centre for Business Research, Cambridge, GB
- ▷ ETLA (Research Institute of the Finnish Economy), Helsinki
- ▷ Europäisches Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis, Berlin
- ▷ Fachhochschule Gelsenkirchen
- ▷ FEEM Fondazione Eni Enrico Mattei, Mailand
- ▷ FI für Technik- und Wissenschaftsgeschichte, Deutsches Museum, München
- ▷ Finanzplatz e.V., Frankfurt/M.

Kooperationspartner des ZEW

- ▷ All Souls College, Oxford University
- ▷ Bundeskriminalamt (BKA)
- ▷ Bureau d'Economie Théorique et Appliquée (BETA), Université de Strasbourg

- ▷ Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (FHG-ISI), Karlsruhe
- ▷ Frisch Centre of Economic Research (FCER), Oslo
- ▷ Hamburgische Electricitäts-Werke AG
- ▷ IER Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung der Universität Stuttgart
- ▷ ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München
- ▷ IMIT Institute for Management of Innovation and Technology, Stockholm School of Economics
- ▷ infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Bonn
- ▷ INFRAS, Beratungs- und Forschungsinstitut, Zürich
- ▷ INFYDE, Los Arenas
- ▷ INRA Deutschland Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung, Mölln
- ▷ Institut für Angewandte Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensführung, Universität Karlsruhe
- ▷ Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen
- ▷ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
- ▷ Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Universität Stuttgart
- ▷ Institut für Geschichte der Technik und der Technikwissenschaften, TU Dresden
- ▷ Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität Berlin
- ▷ Institut für Höhere Studien, Abteilung Ökonomie, Wien
- ▷ Institut für Industriebetriebslehre und Industrielle Produktion, Karlsruhe
- ▷ Institut für Innovationsforschung und Technologiemanagement der Ludwig-Maximilians-Universität, München
- ▷ Institut für Mittelstandsforschung Bonn
- ▷ Institut für Mittelstandsforschung, Universität Mannheim
- ▷ Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel
- ▷ Institut für Wissenschafts- und Technikgeschichte, TU Bergakademie Freiberg
- ▷ Institut pour le Management de la Recherche et de l'Innovation, Université Paris Dauphine
- ▷ Institute for Fiscal Studies (IFS), London
- ▷ International Data Corporation (IDC) Deutschland GmbH
- ▷ International Konkurrence Evne (IKE), Aalborg University, DK
- ▷ IPTS Institute for Prospective Technological Studies, Sevilla
- ▷ ISIS Istituto di Studi per l'Informatica e i Sistemi, Rom
- ▷ Italian National Research Council, Rom
- ▷ ITS Institute for Transport Studies, University of Leeds
- ▷ Joanneum Research, Institute for Technology and Regional Policy, Wien
- ▷ Konjunkturforschungsstelle an der Eidgenössisch-Technischen Hochschule (ETH), Zürich
- ▷ Laboratory of Industrial and Energy Economics, National Technical University of Athens
- ▷ Leuven Centre for the Study of Transition Economics, Leuven
- ▷ London Business School
- ▷ Maastricht Economic Research Institute on Innovation and Technology (MERIT)
- ▷ Prof. Ronald MacDonald, Ph. D., University of Strathclyde, Glasgow
- ▷ Massachusetts Institute of Technology, Cambridge, Mass., USA
- ▷ Münchner Zentrum für Wissenschafts- und Technikgeschichte
- ▷ Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (NIW), Hannover
- ▷ OECD, Paris
- ▷ Öko-Institut, Darmstadt
- ▷ Österreichisches Forschungszentrum Seibersdorf (ÖFZS), Wien
- ▷ Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien
- ▷ PreussenElektra AG, Hannover

- ▷ PRISMA (Center for Economic Research and Environmental Strategy), Athen
- ▷ Prognos AG, Basel
- ▷ Raiffeisen-Zentralbank Österreich, Wien
- ▷ Sozio-ökonomische Strukturanalysen GmbH (SÖSTRA), Berlin
- ▷ Statistics Canada, Ottawa
- ▷ STEP Group, Oslo
- ▷ Strategic Industrial Research Network SIRN, GB
- ▷ Technopolis B.V. Amsterdam
- ▷ The Netherlands Energy Research Foundation (ECN), Petten
- ▷ Uniscience Ltd, Helsinki University
- ▷ Universitäten:
 - Aalborg, DK
 - Aarhus, DK
 - Amsterdam, NL
 - Antwerpen, B
 - Athen, GR
 - Barcelona, E
 - Boulder, Colorado, USA
 - Chicago, USA
 - Coimbra, P
 - Dublin, IRL
 - Essen
 - Flensburg
 - Frankfurt/Main
 - Freiburg i. Br.
 - Haifa, IL
 - Hannover
 - Harvard, USA
 - Helsinki, FIN
 - Karlsruhe
 - Konstanz
 - Lodz, PL
 - Lissabon, P
 - Lyngby, DK
 - Maastricht, NL
 - Madrid, Carlos III, E
 - Madrid Autonome, E
 - Mailand, Luigi Bocconi, I
 - Manchester, GB
 - Mannheim
 - München
 - Oldenburg
 - Olten, CH
 - Oxford, GB
 - Paris, F
 - Regensburg
 - South Carolina, USA
 - Stanford, USA
 - Stockholm, S
 - Strasbourg, F
 - Trier
 - University College, London, GB
 - Wirtschaftsuniversität Wien, A
 - Würzburg
- ▷ Vantaa Institute for Continuing Education, University of Helsinki
- ▷ VTT Energy Systems, FIN
- ▷ Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen
- ▷ Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), Berlin
- ▷ ZA für Empirische Sozialforschung, Köln
- ▷ Dr. Peter Zimmermann, Unternehmensberatung, Ottobrunn

Gastwissenschaftler am ZEW

Im vergangenen Geschäftsjahr begrüßte das ZEW folgende Wissenschaftler zu einem Forschungsaufenthalt:

- ▷ Prof. John Addison, University of South Carolina, USA
- ▷ Prof. Dominique Demougin, Ph. D., Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
- ▷ Prof. Najib Harabi, Fachhochschule Solothurn, Schweiz
- ▷ Prof. James J. Heckman, Department of Economics, University of Chicago, USA
- ▷ Prof. Dave Kaplan, University of Toronto, Kanada

- ▷ Claudia Kurz,
Europa-Universität Viadrina,
Frankfurt/Oder
- ▷ Andreas Löschel,
Graduiertenkolleg „Umwelt- und
Ressourcenökonomik“ der Universitäten
Heidelberg und Mannheim
- ▷ Thomas Osang, Ph. D.,
Southern Methodist University,
Dallas, Texas, USA
- ▷ Prof. Dr. Helmut Seitz,
Europa-Universität Viadrina,
Frankfurt/Oder
- ▷ Prof. Jeffrey A. Smith,
Department of Economics, University of
Western Ontario, Social Science Centre,
Kanada
- ▷ Prof. Paulino Teixeira,
Universität Coimbra, Portugal

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

L 7, 1 · D-68161 Mannheim
Postfach 10 34 43
D-68034 Mannheim
Telefon: 0621/12 35-01
Telefax: 0621/12 35-224
Internet: www.zew.de

Gesellschafter-
versammlung

Wiss. Beirat

Vors.: Prof. Dr. F. Buttler
Stv.: Prof. Dr. h.c. R. Würth

Geschäftsführung

Prof. Dr. W. Franz
Präsident
Wiss. Leitung

Forschungs- bereiche

Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement

Dr. M. Schröder

- ▷ Europäische Integration
- ▷ Analyse von Kapitalmärkten
- ▷ Finanzmanagement

Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung

Dr. V. Steiner

- ▷ Ungleichgewichte und Anpassungsprozesse des Arbeitsmarktes
- ▷ Humankapital und betriebliche Arbeitspolitik
- ▷ Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik
- ▷ Soziale Sicherung und Arbeitsmarkt

Servicebereiche

Wissenstransfer
& Weiterbildung

Informations-
Kommunikation

Aufsichtsrat

Vors.: Prof. Dr. M. Timmermann
Stv.: Prof. Dr. J. F. Strube

Leitung

E.-O. Schulze
Kaufm. Direktor
Kaufm. Leitung

Förderkreis Wissenschaft und Praxis am ZEW e.V.

Vors.: Dr. M. Fuchs
Stv.: Dr. J. M. Schneider

Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung Dr. G. Licht

- ▷ Innovationsforschung und Innovationspolitik
- ▷ Unternehmensdynamik
- ▷ Unternehmensstrategien
- ▷ Datenbanken

Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft PD Dr. Robert Schwager

- ▷ Unternehmenssteuerbelastung, steuerlicher Standortvergleich und steuerlicher Vergleich der Rechtsformen
- ▷ Steuern, Investitionen und Finanzierung
- ▷ Fiskalwettbewerb und Förderalismus

Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement Dr. C. Böhringer

- ▷ Innovationen und nachhaltiges Wirtschaften
- ▷ Energiewirtschaft
- ▷ Transport und Mobilität
- ▷ Internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik
- ▷ Gesamtwirtschaftliche Analyse umweltrelevanter Politiken

Information und
Kommunikation

Verwaltung

Stand: April 2000